C 21734 D

Berufsverbote: SPD und CDU bald einig? S.35

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 142 13.11.78 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** DM 2,-

Volksabstimmung in Österreich: NEIN zu Atomkraftwerken!

Die österreichische Bevölkerung hat sich mehrheitlich gegen Atomkraftwerke ausgesprochen. Das seit einem Jahr fertiggebaute AKW Zwentendorf wird nicht in Betrieb gehen, die Planung weiterer vorgesehener AKW's muß abgebrochen werden. Dies ist das wichtigste Ergebnis der Volksabstimmung vom 5. 11. bei der sich insgesamt 50,5 % der Wähler gegen und 49,5 % für Zwentendorf entschieden hatten, bei einer Wahlbeteiligung von 64,1 %. Dieses Ergebnis ist ein großartiger Erfolg der AKW-Gegner, der erst einmal längere Zeit den Atombetreibern auch international im Halse stecken bleiben dürfte. Der österreichische Kanzler Kreisky hatte noch kurz vor der Wahl siegessicher seinen Rücktritt angeboten im Falle einer Niederlage, die Opposition verzichtete aus taktischen Gründen sogar auf ein Votum für Zwentendorf. Von diesem Leichtsinn werden sich Atombetreiber erst einmal nur schwer erholen können. Schon in der BRD hatten die Großaktionen an AKW-Bauplätzen einen vorübergehenden Baustopp von neuen AKW's für ein Jahr bewirkt, in Österreich dürfte es zu erheblich schwerwiegenderen Rückschlägen für das Atomprogramm kommen.

Entgegen allen Voraussagen hatte die SPÖ ihr Wählerpotential weit stärker mobilisiert als die rechten Parteien ÖVP und FPÖ. Wegen der Verknüpfung von der AKW »Ja oder Nein«-Frage mit einer Zustimmung zu Kreisky war angenommen worden, daß gerade viele AKW-Gegner der SPÖ nicht zur Wahl gehen würden, um Kreisky nicht zu gefährden. Das Umgekehrte war der Fall: Offenbar wollten viele rechte Atombefürworter (die ÖVP hatte den Bau des AKW Zwentendorf beschlossen) ihr »Ja«
(die ÖVP hatte den Bau des AKW Zwentendorf beschlossen) ihr »Ja«
nicht mit einer Zustimmung zur SPÖ verwechselt wissen.

Auf diese Weise ist bei der Abstimmung ein auffälliges Ost-West-Gefälle zustandegekommen: die westlichen Bundesländer, zum Großteil von der ÖVP regiert, stimmten überwiegend mit »Nein«, die östlichen, überwiegend SPÖ-regierten Bundesländer, einschließlich Wien, waren mehrheit-

Fortsetzung Seite 10

Nieder mit dem Schah-Regime!



Militärregierung im Iran - der „letzte Trumpf" des Schah, wie am 7. November gemeldet wurde. Der neue Regierungschef, Gholam Reza Azhari kündigte sofort „hartes Durchgreifen" an, wenn mehr als zwei Menchen auf der Straße zusammenstehen. Die nächtliche Ausgangssperre wurde vorverlegt. In die Erdölzentren am Persischen Golf, wo die Arbeiter unmittelbar nach Verhängung des Kriegsrechts am 8. September in den Streik getreten waren, rückte die Armee ein. Bei den Demonstrationen am 12. November schoß die Armee wieder: 22 Tote wurden bis Sonntagabend offiziell gemeldet. Am Vortag, 11.11., wurde der Vorsitzende der Oppositionsbewegung Nationale Front, Sandjabi, verhaftet und unter Anklage wegen „Gefährdung des Staates" gestellt. Eine durchdachte Provokation, deren gewollter Zweck es nur sein kann, neue Massaker vorzubereiten. Sandjabi war auf dem Weg zu einer internationalen Pressekonferenz, auf der er den Schah auffordern wollte, zurückzutreten und das Land zu verlassen.

„Hartes Durchgreifen" der neuen Militärregierung im Iran - und was war bislang? Fast 10.000 Menschen sind seit Anfang dieses Jahres dem blutigen faschistischen Terror des Schah-Regimes zum Opfer gefallen, wurden ermordet weil sie nicht länger Not und Elend ihres Daseins hinnehmen wollten, weil sie sich in einer Massenbewegung gegen das sie unterdrückende und ausbeutende Schah-Regime auflehnten, gegen ein Regime, dessen einzige Stützen die Korruption und ein vom Imperialismus hochgerüsteter Polizei- und Militärapparat sind.
einzige Stützen die Korruption und ein vom Imperialismus hochgerüsteter Polizei- und Militärapparat sind.
18 Milliarden Dollar US-Waffenausrüstung - 100.000 politische Gefangene, unzählige davon in den Folterhöllen des Geheimdienstes SAVAK, und unzählige auch nicht mehr, weil sie aus den Händen der SAVAK längst auf die Friedhöfe weitergereicht wurden. Dies sind die Tatsachen, die dieses Regime charakterisieren.

10.000 ermordete Menschen in 10 Monaten - 3.000 Ermordete allein an jenem „blutigen Freitag" (8. September), als das Regime das Kriegsrecht verhängte. Das ist es, was v o r dem „harten Durchgreifen" der neuen Militärregierung liegt. Den Millionen Iranern, die in Teheran, Täbriz, Isfahan, Qom, Meshed, Shiraz, Hamadan, Gorgan und anderswo ihre Furcht in Widerstand umgewandelt haben, wird also n o c h m e h r Terror, n o c h m e h r Massenmord angekündigt.

Der Kampf des iranischen Volkes erfordert von uns Anstrengungen zu unverzüglicher Solidarität. Er fordert von uns vor allem auch, daß wir diejenigen schonungslos anklagen, die den blutigen Terror im Iran verharmlosen - und sogar offen ihre Komplizenschaft erklären. US-Präsident Carter hat dem Schah *„das Beste"* gewünscht; *„seine progressive Regierung ist wertvoll für die gesamte westliche Welt"*, ließ er übermitteln. Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff flog in den Iran, um die Sicherheit der westdeutschen Kapitalinteressen persönlich zu überprüfen. Die westdeutsche Regime-Presse führt bereits seit Monaten eine perfide faschistoide Kampagne gegen den *„Fanatismus"* der iranischen Massen. In der sozialdemokratischen „Hamburger Morgenpost" werden nicht anders als in Springers „Bild" Fotos der bedrohten Schah-Familie *„aus glücklichen Tagen"* gedruckt, werden die *fortschrittliche Industrialisierungspolitik"* und die *„guten Ansätze"* einer angeblichen *„Liberalisierung"* durch das Schah-Regime gelobt - *„Liberalisierung"* mit Tausenden von Ermordeten. Ein Conrad Ahlers kann in der MoPo (7.11.) sogar offen schreiben: *„das persische Militär (erfüllt) eine geschichtliche Aufgabe"*, ohne daß bislang die MoPo-Redaktion von Antiimperialisten und Antifaschisten dafür zur Rede gestellt wurde. Wie nahe sind u n s eigentlich die iranischen Massen, deren Mörder und Mordgehilfen n i c h t n u r in Teheran sitzen?

9.11.78: Aktionen zum 40. Jahrestag der »Kristallnacht«

Eine Vielzahl von Veranstaltungen, Kundgebungen, Kranzniederlegungen und Demonstrationen fanden anläßlich des 40. Jahrestags des nazistischen Judenpogroms vom 9./10. November 1938 überall in der Bundesrepublik und Westberlin statt.

Die mit Abstand größte Demonstration gab es am 9.11. im ehemaligen jüdischen Viertel Hamburgs (Rotherbaum). 10.000 Menschen (nach Schätzungen der Veranstalter sogar 15.000) beteiligten sich an dem von Landesjugendring organisierten Fackelzug. Viele Organisationen, darunter VVN, KB und DKP hatten zur Beteiligung aufgerufen.

5.000 Menschen beteiligten sich in **Westberlin** an einer Kundgebung mit anschließendem Schweigemarsch. Veranstalter waren die Jüdische Gemeinde, der DGB, die IG Druck und Papier, einzelne SPD-Kreisverbände u.a.

In **Düsseldorf** kamen 3.000 Menschen zu einer Demonstration, zu der u.a. die VVN aufgerufen hatte.

Ebenfalls 3.000 demonstrierten in **Bremen**. Aufgerufen hatten Jugendverbände und die VVN.

1.500 Menschen beteiligten sich in **Hannover** an einem Schweigemarsch, veranstaltet von VVN, AStA der TU und Stadtschülerrat, unterstützt von PH-AStA, KB, Antifa-Arbeitskreis im ARAK und Homosexuelle Aktion Hannover.

Fortsetzung nächste Seite



Hamburg: An der Spitze der Antifa-Demonstration (mit rund 10.000 Teilnehmern) marschierten ehemalige KZ-Häftlinge

Prozeß gegen "Russell-Buch 5" steht unmittelbar bevor

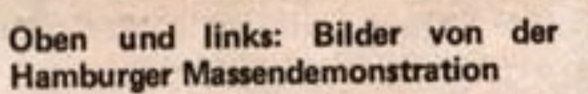
Im »Staatsverleumdungs«-Prozeß gegen den Verlag J. Reents wegen Herausgabe des »Russell-Buch Nr. 5« über den Ausbau und Einsatz des staatlichen »Sicherheitsapparats« (»Neue GeStaPo«) steht der Prozeßbeginn unmittelbar bevor. Das Amtsgericht Hamburg hat dafür bereits den 1. Dezember anberaumt. Von Seiten der Verteidigung ist allerdings noch eine Verschiebung beantragt worden. Wenn dieser Antrag Erfolg hat, wovon wir mit einiger Sicherheit ausgehen, wäre aber doch mit einem Prozeßbeginn Anfang Januar zu rechnen.

Bezüglich der Anklage gegen den Presseverantwortlichen des KB wegen unserer »staatsverleumdenden« Zweifel an den Stammheimer »Selbstmorden« ist bislang noch kein Prozeßbeginn genannt worden. Auch hier kann aber jederzeit mit einer schnellen Festsetzung gerechnet werden.

Die Zeit muß also intensiv genutzt werden, um einen breiten Protest und eine breite Solidarität gegen diese Angriffe auf die Pressefreiheit, die für die Angeklagten mit Knaststrafen enden können, aufzubauen. Dazu fordern wir alle Genoss(inn)en und alle Antifaschisten auf.

Siehe Berichte auf den S. 3 u. 4




Oben und links: Bilder von der Hamburger Massendemonstration



Ein schwuler Antifaschist auf der Hannover Demo!

Fortsetzung von Seite 1

In München fand eine Veranstaltung des DGB mit 1.000 Teilnehmern statt. Es sprachen der Schriftsteller Bernd Engelmann und Leonhard Mahlein (Vorsitzender der IG Druck und Papier).

Ebenfall 1.000 Menschen beteiligten sich in Köln an einer Demonstration, zu der die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit aufgerufen hatte.

Weitere Demonstrationen oder Kundgebungen gab es u.a. in Paderborn (200 Teilnehmer), Bochum (600), Darmstadt (100), Offenbach (150), Mannheim (300), München (250), Nürnberg (150), Bamberg (400) und Lübeck (200).

(Eine ausführliche Übersicht und politische Auswertung der Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Aktionen zum 40. Jahrestag des Pogroms geben wir im nächsten AK).

Karl Heinz Roth

Fall Hoppe: Die Menschenschinder vor der Entscheidung

In den nächsten Tagen tritt der Fall Hoppe in sein Entscheidungsstadium. Nachdem die Ärzte gesprochen haben, werden Springer, Staatsschutz und politische Staatsanwaltschaft ihre letzten Karten ausspielen. Es geht um Freilassung oder Zinksarg. Dazwischen gibt es keine Alternative mehr. Die Entscheidung geht jetzt an den politischen Senat. Der smarte SPD-jet-set Klose wird Farbe bekennen müssen. Er wird festzulegen haben, was für einen Reise Werner Hoppe demnächst antritt.

Höchste Zeit also, jetzt die Vorgeschichte präsent zu haben. Hoppe wurde im Juli 1971 inhaftiert und nach einem skandalösen Terrorprozeß zu zehn Jahren verurteilt, weil Hamburger Polizisten seine Begleiterin Petra Schelm bei einer Schießerei getötet hatten. Jeder wußte es: diese perverse Gleichung war die Quittung dafür, daß sich Werner Hoppe zur RAF bekannte. Werner Hoppe blieb auch nach dem Antritt der Strafhaft seiner Überzeugung treu. Die Quittung uferte in Barberei aus. Juli 1971 bis November 1974 Totalisolation. November 74 bis April 75 Isolation in Zweiergruppe. April bis Oktober 75 Totalisolation. Oktober 75 bis Mai 76 Isolation in Zweiergruppe. Mai bis Juli 76 Totalisolation. Juli 76 bis Juli 77 Kleingruppen-Isolation. August bis November 77 Kontaktsperre, Abtrennung vom letzten Erinnerungsrest an soziale Wirklichkeit, vom Anwalt. November 1977 bis Anfang September 1978 Kleingruppenisolation. Diese Abfolge von dosierter Lebensvernichtung ist ein einziges Schandmal. Vergessen wir nicht, daß eine derartige Chronik alle bisherigen Rekorde bundesdeutscher Gehirnwäsche bricht. Der „harte" Werner Hoppe war Freiwild.

Bis vor kurzem jedenfalls. Dann passierte etwas, womit die kühlen Planer der Identitätszerstörung nicht gerechnet hatten. Werner Hoppe ließ sich nicht erobern, aber sein Körper machte nicht mehr mit. Vollständig erholt vom letzten Hungerstreik, stieß er plötzlich alles, was er aß und trank, unverdaut wieder von sich. Er magerte zum Skelett ab, trotz bester Ernährung. Er geriet im Sommer 78 in einen Zustand, den die Nazi-Ärzte von Auschwitz seinerzeit zynisch „Muselmannsyndrom" nannten; die Ärztekomitees der Alliierten bezeichneten den fortschreitenden Verfall der KZ-Insassen als „progressive Neurasthenie". Nichts anderes als das extremste körperliche Aufbäumen gegen ständige Demütigung, Beseitigung von Intimität, Abschottung von sozialem Leben, Schlafentzug, chronische Todesangst.

Ärzte von außen traten auf den Plan. Internisten betrieben ratlos die Verlegung von Werner Hoppe auf die Intensivabteilung des Krankenhauses Altona, die organischen Krankheitsbefunde waren im Verhältnis zur akuten Lebensgefahr banal. Der Psychosomatiker Meyer aus Eppendorf orakelte, es habe sich eine Abneigung gegen jegliche Nahrungsaufnahme eingestellt. Der Strafvollzug bemühte schließlich den Kriminalpsychiater Rasch. Der stellte in seiner konservativen Sprache fest: Hoppe ist haftunfähig „unter den Bedingungen des Regelvollzuges". Schuld daran ist die Isolationshaft. Selbst nach der Haftentlassung ist eine ausreichende Wiederherstellung fraglich.

Vom Psychosomatiker Meyer aus dem Hamburger Universitätskrankenhaus ist eine deutlichere Sprache nicht zu erwarten.

Nur: Was ist die Alternative zum „Regelvollzug", wenn nicht Haftentlassung?

Meinen sie, daß sich die Haft in einer Art Edel-Strafvollzug fortsetzen lasse?

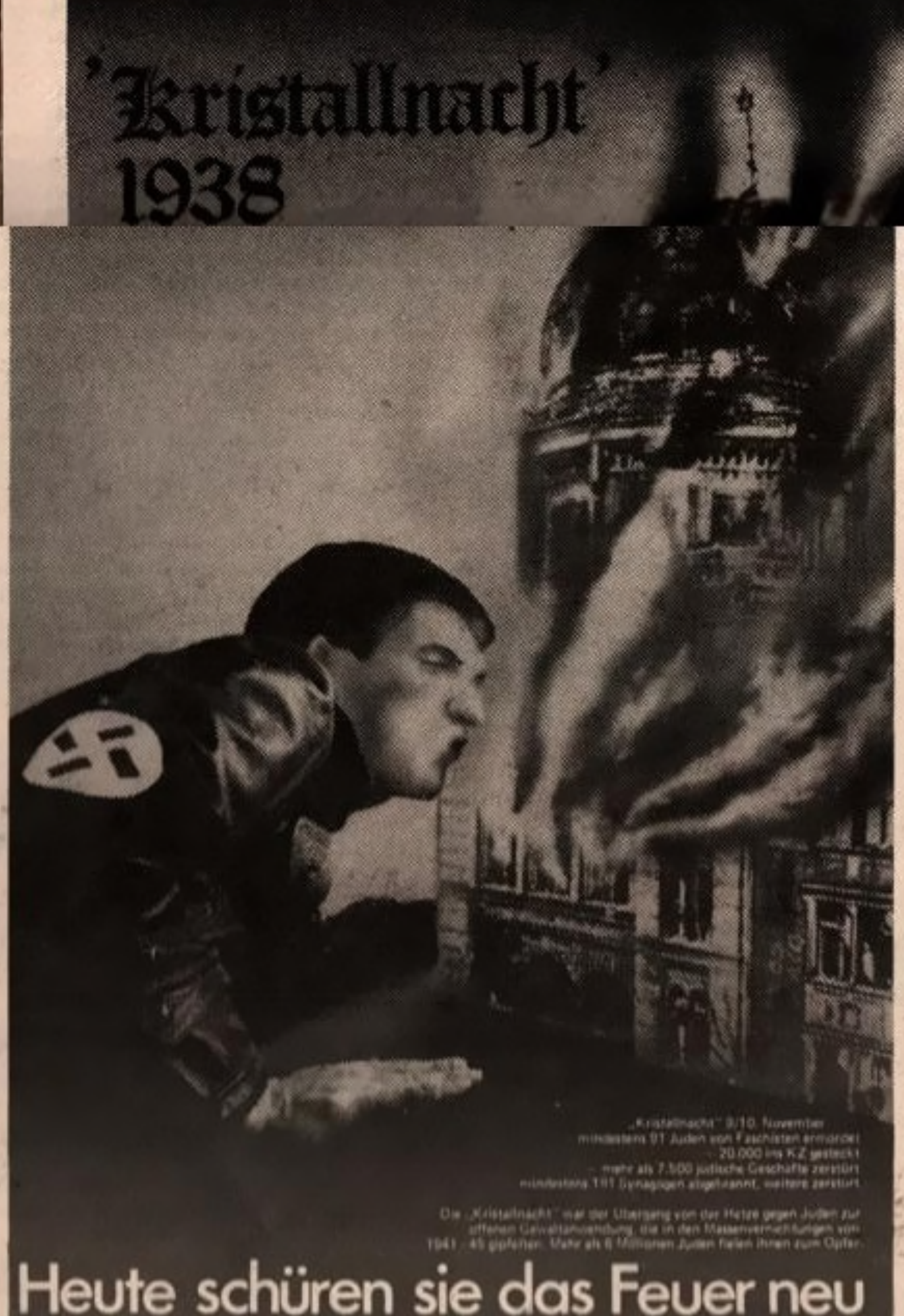
Meinen sie das, weil ihnen der Hamburger Staatsschutz auf der Pelle sitzt?

Vielleicht hat sie auch der Forschertrieb gepackt. Die Ärzte mögen einmal bei dem Arzt Georg Büchner nachlesen, was er anhand des Falls Woyzeck über die Versuchskaninchen-Mentalität seiner Kollegen geschrieben hat.

Also Festungshaft für Hoppe statt Freiheit oder Zinksarg? Die Ausflucht ist lächerlich. Alle, die sich durch dieses Hintertürchen verdrücken wollen, wissen genau, daß der Hofknicks vor dem Staatsschutz bestenfalls ein Aufschub ist. Die Schinderei von Werner Hoppe ist zu weit gegangen. Es gibt kein Zurück mehr. Mögen diejenigen, die jetzt zu entscheiden haben, zur Kenntnis nehmen, daß wir genau bescheid wissen. Mögen sie auch ruhig registrieren, daß uns der exemplarische Charakter des Falls Hoppe durchaus bewußt ist: von seinem Schicksal ausgehend werden wir auf alle mit neuen Augen blicken, die in den Sondertrakten des C-Vollzuges und den geschlossenen Abteilungen der Landesanstalten durch Elektroschock gelähmt, psychochirurgisch verunstaltet und durch Isolation in leere Schatten ihrer selbst verwandelt werden sollen. Der Fall Werner Hoppe lehrt uns, daß alles das eine Fortsetzung der nazistischen „Sonderbehandlung" mit technisch verfeinerten und lautloseren Mitteln ist.

Freiheit für Werner Hoppe! Dem Herrn Klose mag das sehr unangenehm in den Ohren klingen. Da dieser smarte Technokrat aber nur in Begriffen der Macht zuhause ist, werden wir ihm besser auf seiner Ebene beikommen. Werden ihn die eiskalten Männer um Springer und die Staatsschutzzentrale wirklich decken, wenn eines Tages Zehntausende in dieser Stadt von der Nachricht überwältigt werden, daß die Menschenschinderei nun auf den Tod gegangen ist? Die Hinrichtung auf Raten ist kein Kavaliersdelikt.

Karl-Heinz Roth



Schleswig-Holstein: Grüne-Liste-Kreisverbände auf Kandidatur verzichten

Am 5. November veranstalteten Kreisverbände der „Grünen Liste Schleswig-Holstein" einen Kongreß, nachdem am 24.9. in Wilster die letzten Einigungsbemühungen mit dem rechten Vorstand und seiner Anhängerschaft gescheitert waren (s. AK 139).

Eingeladen waren auch Vertreter der bisher nicht an der Wahldebatte beteiligten Basisinitiativen. Insgesamt diskutierten über 200 Menschen über die Frage der Kandidatur und die weitere Arbeit.

Frauen aus schleswig-holsteinischen Frauengruppen und aus den GL-Kreisverbänden hatten sich getroffen und beschlossen, folgende Punkte gemeinsam aufzugreifen: die skandalöse Handhabung des § 218 sowie die enorm hohe Frauen- und Mädchenarbeitslosigkeit. Auf dem Kongreß war weiterhin Lars Hennings vom AK Brokdorf, der sich zwar gegen eine Kandidatur, aber für ein Weiterbestehen der GL-Kreisverbände ausgesprochen hatte. Ebenso erklärte Hermann Schulz (Vorsitzender des Landesverbandes Umweltschutz in Schleswig-Holstein) seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Am Rande war auch der KBW vertreten, der die Teilnehmer als „Opportunisten" entlarvte.

Boje Maaßen von der rechten Grünen Liste warb für eine Wahlempfehlung für seinen Verein.

Der Kongreß beschloß mehrheitlich, zu den Landtagswahlen im April nächsten Jahres nicht zu kandidieren, in der Erklärung dazu heißt es: „*Der Tatbestand der Spaltung mindert die Erfolgsaussichten einer alternativen Kandidatur erheblich, und wir wollen auch realistisch feststellen, daß die GL-Kreisverbände und mit ihnen verbundene Basisinitiativen aus unserer Sicht heute noch zu schwach sind, um dieses Manko auszugleichen. Hier an einer Stärkung zu arbeiten, scheint uns vordringlich. Zusätzlich bestärkt uns eine Auswertung der hessischen Landtagswahl, von einer Kandidatur abzusehen. Hessen weist erhebliche Parallelen zu Schleswig-Holstein auf (Spaltung der Grünen etc.), und es hat sich dort gezeigt, daß ein vermuteter knapper Wahlausgang zwischen den etablierten Parteien selbst äußerst unzufriedenen Wählern eine Stimmabgabe für die SPD/FDP sinnvoll erscheinen läßt, weil die Angst vor der ‚verschenkten Stimme' und der Wunsch, die CDU auf keinen Fall an der Regierung zu sehen, das Wahlverhalten bestimmt. Wir haben heute noch nicht die Kraft, dieses Verhalten landesweit aufzubrechen. Wir glauben daher, daß alternative Listen heute nur dort kandidieren sollten, wo eine angesehene Arbeit vor Ort eine erfolgreiche Kandidatur ermöglicht*".

Auf dem Kongreß wurde die Aufrechterhaltung der GL-Kreisverbände unter dem Namen: „Liste für Demokratie und Umweltschutz" (LDU) beschlossen. Im Koordinationsausschuß sind die Kreisverbände vertreten, zusätzlich werden Vertreter von Basisinitiativen herangezogen. In der verabschiedeten Resolution zum Selbstverständnis heißt es: „*Die GL versteht sich nicht als Ersatz zur Bürgerinitiativbewegung. Die Mitglieder der GL wissen, daß das heute erreichte Bewußtsein der Bevölkerung über gesellschaftliche Mißstände - wie etwa der Umweltzerstörung und Atomenergiegefahren - geschaffen wurde durch die Arbeit der Bürgerinitiativen und ihre Aktionen. Auch wenn wir nunmehr auf eine Kandidatur verzichten, werden wir uns im Wahlkampf bemühen, gemeinsam mit Bürgerinitiativen in verschiedenen Aktionen unseren Protest gegen die Politik der etablierten Parteien zum Ausdruck zu bringen, Mißstände zu enthüllen, um längerfristig eine Alternative zu entwickeln. Dies empfinden wir nicht als Ersatz zur Arbeit der Bürgerinitiativen, sondern als notwendige Ergänzung. Wir bemühen uns um eine Zusammenarbeit mit allen demokratischen Initiativen, denn wir wissen, daß ohne außerparlamentarische Aktionen keine gesellschaftlichen Veränderungen möglich sind. Diese Zusammenarbeit sollte auch den Erfahrungsaustausch für eine fortschrittliche Kommunalpolitik einschließen*".

Der Kongreß beschloß, eine Demonstration gegen das AKW Brunsbüttel zu organisieren. Als Termin wurde Ende Januar ins Auge gefaßt, im Dezember soll ein Treffen stattfinden, wo diese Demonstration vorbereitet werden soll.

Boje Maaßen hat bereits seine Unterschrift als nordfriesischer Kreistagsabgeordneter gegeben und will auch in der (rechten) GL/SH für eine Unterstützung werben.

Weitere Unterzeichner fordern Einstellung der Anklagen



Auf der internationalen Buchmesse in Frankfurt wurden Unterschriften unter einer Erklärung gesammelt, mit der die sofortige Einstellung der Anklagen gegen den Verlag J. Reents und gegen den Presseverantwortlichen des ARBEITERKAMPF verlangt wurden. Der Text dieser Erklärung und die Erstunterzeichner wurden in der letzten Ausgabe des AK abgedruckt: darunter die Buchmessenvertretungen von 13 französischen, 1 schweizer und 6 italienischen Verlagen. Bei der Liste der westdeutschen Unterzeichner wurden versehentlich einige Namen vergessen, die wir hiermit nachtragen wollen:

- **Gerold Kunz für : Doku-Verlag, Karlsruhe**
- **Cornelius Retting für: Windhueter-Verlag, Stuttgart**
- **R. Bräuer u. Uschi Dahm für: edition treves, Trier**
- **Jürgen Fliege u. H. Fock für: Fliegenpilz, politische Literaturzeitung, München**
- **Versand der Autoren, Karlsruhe**
- **Norbert Ney, Autor**
- **Werner Gross, freier Journalist, Frankfurt**
- **Gerd Wolter, Autor, München**
- **Helmut Lochner, Autor**
- **initiative fortschrittlicher filmer (if), Hamburg**
- **am Stand des Reents-Verlages trugen sich desweiteren 50 Buchmessen-Besucher ein.**

Inzwischen sind weitere Unterschriften bei uns eingegangen von:

- **Wolfgang Barthel, Journalist beim „stern", Hamburg**
- **Henryk M. Broder, Autor, Köln**
- **Vorstand der Bunten Liste Hamburg**
- **Peter Hammer Verlag GmbH, Wuppertal-Barmen**
- **Brigitte Heinrich, Dipl. Volkswirtin, Frankfurt**
- **Lars Hennings, Architekt, Krempdorf**
- **Steve B. Peinemann, Gedichteschreiber, Hamburg**
- **Jan Peters, Journalist, Westberlin**
- **Hilde Pohl, Rentnerin (Mutter des gefangenen Helmut Pohl), Frankfurt**
- **Karl-Heinz Roth, Arzt, Hamburg**
- **Volker Tonnätt, Bildungsreferent, Hamburg**
- **Weismann Verlag/Frauenbuchverlag GmbH, München**
- **Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, Schmitten**

Aus Niederlande:

- **18 Teilnehmer einer Veranstaltung der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) am 2.11. in Kerkrade, darunter Bram van der Lek, ehem. Mitglied der Zweiten Kammer (entspricht dem Bundestag in der BRD)**
- **5 Teilnehmer einer Veranstaltung der PSP am 3.11. in Vaals, darunter Fred van der Spek, Mitglied der Zweiten Kammer**

Die Unterschriftensammlung läuft derweil weiter.

Brief von Steve B. Peinemann

Betrifft: Polizeipräs. W.-Berlin, Polizeipräs. Hamburg sowie Horst Herold (BKA) und F.J. Strauß (Min. Präs. Bayern)
vs.
Jürgen Reents, Verleger, Hamburg

Wie sollte es anders sein: Die Pressefreiheit wird hierzulande und heutzutage so behandelt, wie es schon vom Verfasser des „Deutschlandliedes" in einem weitaus realistischeren Text festgehalten wurde: Der deutsche Michel darf dürfen, sofern's die Polizei erlaubt, und mehr will er meist auch gar nicht. Will mal einer anders, wird er heute wie 1846 mit körperlicher oder formal-juristischer Gewalt in sein deutsches Laufställchen verwiesen.

Ich fühle mich persönlich betroffen durch die schwebenden Verfahren gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents. Kürzlich erschien mein Gedichtband „Die Herrschaft der Krokodile" in ebendemselben Verlag, dem jetzt die Krawatte zugezogen werden soll. Ich bin nicht im KB oder sonstwo organisiert. Daß ich beim Reents-Verlag publiziere und mit KB-Genossen eng und gut zusammenarbeite, erklärt sich sehr einfach: Das Literatenghetto ist eine extra abgeteilte Ecke im obengenannten Laufställchen. Gedichte unter formalästhetischen Vorzeichen? Nein danke! Meine Texte gehören in den Zusammenhang, in dem bei Reents gearbeitet wird. Und in den Zusammenhang, in dem Ehlers und Reents jetzt u.U. zu Zeitstrafen verurteilt werden können. Wobei am Rande zu vermerken ist, daß wenigstens einer der klagenden Herren schon seit einigen Jahren hinter Gittern sein sollte, wenn's hierzulande nach den vorhandenen Gesetzen ginge (mehr verlangt der Mensch ja gar nicht ...).

Für mich ist die Frage nicht, ob es besonders rechtmäßig oder besonders originell ist, wenn eine Zeitung Herrn Strauß konsequent mit SS schreibt. Für mich ist z.B. wichtig, daß hierzulande ein Herr Edgar Geiss an mich, der ich vor einigen Wochen einen Zeitungsartikel zu Neofaschismus geschrieben habe sowie wohl schon seit geraumer Zeit auch an andere Leute verbalen Schmutz verschicken kann, der unter das Verbot der Verbreitung neonazistischen Gedankenguts fällt. Zitat:

„Rudolf Hess ist schon zu Lebzeiten zum Märtyrer geworden. Er war der treueste Gefolgsmann seines Führers. Das Verbrechen an ihm wird in die Geschichte eingehen als ein weiterer abscheulicher Akt demokratischer Barbarei. Seine mutige Tat, mit der er den Frieden erhalten wollte, sein stolzer Charakter und seine unbeugsame Haltung in jahrzehntelanger Folterhaft getreu seinem Grundsatz ICH BEREUE NICHTS wird einer kommenden Bewegung Kraft und Zuversicht geben, ihren Kampf nach seinem Vorbild weiter zu führen für ein neues Deutschland der nationalen Ehre und der sozialen Gerechtigkeit."

Die Herren Polizeipräsidenten von Hamburg und Westberlin werden sich erinnern, daß wiederholt von demokratischer Seite versucht wurde, die staatlichen Institutionen zu Maßnahmen gegen Geiss und seinesgleichen zu veranlassen. Sie werden sich auch erinnern, daß in ihrem Auftrag Demonstranten gegen diese Steigbügelhalter eines neuen Nazismus barbarisch verfolgt, zusammengeschlagen und festgenommen worden sind. Herr Strauß wiederum, dessen merkwürdige Vergangenheit wir hier unbedacht lassen wollen, wird sich nach seinen Freunden fragen müssen. Chile, Südafrika, früher Griechenland, Portugal, Spanien. ... Wir wollen das nicht breitwalzen, aber der Herr hat immer dort intensive Freundschaften, wo von staatlicher Seite gequält, gefoltert, ermordet wird. ...Seine Freunde sind die, die die Aufträge geben. Herr Strauß wird sich fragen lassen müssen nach Alparslan Türkes, einem der größten Verbrecher, die seit dem Schah-Besuch 1967 dieses Land heimsuchten. Das Foto von Herrn Strauß hängt im Arbeitszimmer des „Grauen Wolfs" Türkes. Der bewundert ihn. Alparslan Türkes versuchte 1944 einen Umsturz im Sinne Hitlers. Das ging leider, leider daneben. Im Verlauf der Verhöre nach Türkes Festnahme verlor er die Fingernägel. Der krallenlose Wolf ging ins Ausland. Wurde zurückgeholt unter der Herrschaft eines Demirels, der unserm Strauß zu links sein dürfte. Seither wird gemordet. Nicht wahllos. Nicht ungezielt. Wenn, wie kürzlich, ein junger Mann gefunden wird, und es fehlen
Strauß zu links sein dürfte. Seither wird gemordet. Nicht wahllos. Nicht ungezielt. Wenn, wie kürzlich, ein junger Mann gefunden wird, und es fehlen
ihm: Kopf, Hände, Füße ... dann steht der Freund unseres Herrn Strauß im Hintergrund und lobt seine jungen Wölfe. Es fällt schwer, allein aufgrund seiner internationalen Bekanntschaften und Vorlieben, Herrn Strauß nicht kontinuierlich mit SS zu schreiben.

Hier haben sich einige Herren gefunden, die wahrhaftig berufen und befähigt sind, die Demokratie zu verteidigen. Zu verteidigen gegen Demokraten und Kommunisten. Zu verteidigen für die Ausbreitung von Neofaschismus, internationalen Totschlägerbanden und Folterknechten. Es graut einem vor der Demokratie, die entstünde, wenn man sie frei wirken ließe, die klagenden Herren.

Jedes Gericht, das die albernen Anklagen gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents angesichts der politischen Praxis der Kläger aufrechterhält, macht sich schon bei Berücksichtigung positiven Rechts lächerlich. Ohne Ansehen der Person soll verfahren werden...der Kläger? Des Beklagten? Einmal mehr lassen sich deutsche Richter und Staatsanwälte zum Hampelmann einer Gewalttätigkeit und Brutalität machen, die Presse- und Bürgerfreiheit nach dem Dschungelprinzip handhaben. Und die Urteile in den früheren vergleichbaren Fällen (Trikont, Agit, P.P. Zahl) waren ja auch danach.

Ich bitte darum, meinen Namen auf die Liste derer zu setzen, die sich mit Ehlers, Reents und den Spielregeln von Demokratie und Pressefreiheit gegen institutionalisierte Dummheit und Brutalität solidarisieren.

POLIT JUSTIZ

„OB STRAUSS FASCHIST IST ODER NICHT, TUT NICHTS ZUR SACHE"

Kai Ehlers, presserechtlich verantwortlich für die Zeitschrift „Arbeiterkampf" des Kommunistischen Bundes, mußte sich in Hamburg einmal wieder vor Gericht verantworten. Zum einen, weil der „Arbeiterkampf" aus der Anklageschrift gegen den Hamburger Rechtsanwalt Groenewold zitiert hatte (Vergehen gegen § 353 StGB, der mit Strafe bedroht, wer Gerichtsakten teilweise oder ganz veröffentlicht, bevor sie in der öffentlichen Gerichtsverhandlung erörtert werden). Zum anderen fühlte sich der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß durch zwei Artikel im Arbeiterkampf beleidigt. Nicht etwa, weil er in einem Artikel wegen seiner Sympathieäußerungen für das System Pinochets als „ungestrafter Terrorsympathisant" bezeichnet worden war, oder weil im anderen ein Bericht der zyprischen Zeitung „Ta Nea" wiedergegeben wurde, wonach faschistische Gruppen Zyperns von Strauß finanziert worden seien.

Nein: Strauß fühlte sich beleidigt, weil sein Name in beiden Artikeln orthographisch inkorrekt mit „ss" anstatt mit „ß" am Schluß geschrieben worden war.

Staatsanwalt Dr. Wulf beantragte gegen Ehlers wegen „fahrlässiger Vernachlässigung der presserechtlichen Aufsichtspflicht" eine dreimonatige Haftstrafe auf Bewährung und eine Geldstrafe von 2 000 DM. Er erklärte, es sei „Zeit für eine empfindliche Strafe", da Ehlers wegen anderer Veröffentlichungen des Kommunistischen Bundes schon „verschiedentlich strafrechtlich in Erscheinung getreten" sei.

Zu seiner Verteidigung zitierte Ehlers mehrere Strauß-Aussprüche. So eine Erklärung zur Waffen-SS, von der Strauß sagte, sie sei in seine „Hochachtung vor den deutschen Soldaten des 2. Weltkrieges einbezogen", oder daß Strauß seine politischen Gegner als „Tiere" bezeichne, „auf die von Menschen gemachte Gesetze nicht anwendbar" seien.

Solche Aussagen decken sich fast wörtlich mit Naziaussagen. Deshalb könne Strauß durch die SS-Zeichen gar nicht inhaltlich beleidigt sein.

Das Gericht befand, „ob Strauß Faschist ist oder nicht, tut in diesem Verfahren überhaupt nichts zur Sache". Bei aller Kritik, die Strauß als politischer Gegner einzustecken habe, werde durch diese Schreibweise seine Ehre bewußt herabgesetzt, weil er mit Methoden und Zielen der SS gleichgestellt werde.

Das Gericht verurteilte Ehlers zu 90 Tagessätzen a 30 Mark Strafe.

In dem zweiten Verfahren (Zitieren aus der Anklageschrift gegen Groenewold) nannte Ehlers die Anklage eine Perversion des Gesetzes, das ja eigentlich die Funktion habe, einen Angeklagten vor Veröffentlichungen über Ermittlungen zu schützen, die eine Vorverurteilung durch die Öffentlichkeit zur Folge haben könnten. Im Fall Groenewold sei aber durch die Erklärungen des Justizminister Vogel längst eine Vorverurteilung erfolgt gewesen. Die Veröffentlichung im „Arbeiterkampf" habe den Angeklagten durch Darstellung des Sachverhalts vor solchen Vorverurteilungen schützen wollen.

Das Gericht erkannte auf Freispruch. Allerdings nicht, weil es sich der Argumentation von Ehlers anschloß. Es war lediglich ein technischer Freispruch. Die Zitate im „Arbeiterkampf" hätten nach Ansicht des Gerichtes „keinen wesentlichen Teil der Anklageschrift wiedergegeben." Deshalb sehe das Gericht von einer Bestrafung nach § 353 d ab.

Demnächst steht ein weiteres Verfahren gegen Ehlers als presserechtlich Verantwortlichen des „Arbeiterkampfes" an. Er ist wegen Vergehens nach § 90 a, Abs. 1 StGB wegen „Staatsverunglimpfung" angeklagt. Die Anklage wird mit einem Artikel aus dem „Arbeiterkampf" begründet, in dem Zweifel an den Selbstmorden von Stammheim und Stadelheim geäußert worden waren und die Befürchtung ausgesprochen wurde, es könne nach den „ ‚Selbstmorden' zügig an die Liquidierung der ‚prominentesten' Gefangenen gegangen werden.""

Ein weiteres Verfahren steht gegen Jurgen Reents, dem Verantwortlichen des Reents-Verlages des Kommunistischen Bundes an. Er ist als Herausgeber des Bandes Nr. 5 der „Antifaschistischen Russell-Reihe" u.a. wegen Staatsverunglimpfung (§ 90 a I) und Beleidigung (§ 185) angeklagt. In dem Band mit dem Titel „Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo" wird die These des Kommunistischen Bundes vertreten, daß in der BRD eine schrittweise Faschisierung des Staatsapparates und der Gesellschaft betrieben werde.

Der „Russell-Band Nr. 5" war bereits im Mai beschlagnahmt worden, die Beschlagnahmung vorläufig jedoch wieder aufgehoben worden, weil die Klage im Hauptverfahren nicht innerhalb der für eine dauernde Beschlagnahmung nötigen Frist gestellt worden war. Gegen „Konkret" und EXTRA-Dienst, in denen Anzeigen für das Russel-Buch Nr. 5 erschienen waren, hat die Staatsanwaltschaft ebenfalls Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung des Staates eingeleitet.

„Extra-Dienst", 7.11.78

„Bürgerliches Gewand"

Während von verschiedenen Seiten erste Protestreaktionen gegen die Anklagen gegen den KB bzw. den Reents-Verlag eintreffen, haben wir inzwischen aber auch eine ausdrückliche A b l e h n u n g solchen Protestes erhalten: vom **Buchvertrieb Hager** – man weiß, das ist der Buchvertrieb für KBW-Literatur. Auf der Buchmesse von uns wegen Unterzeichnung der Erklärung angesprochen, erhielten wir von der Vertretung dieses Buchvertriebs die Antwort: Ein Verlag sei in dieser Gesellschaft nur ein bürgerliches Gewand, das die Linken sich zulegen müßten, das aber eigentlich von Grund auf abzulehnen sei. Deswegen würden sie als Verlag auch nicht unterschreiben.

Uns hat das mit dem „bürgerlichen Gewand" tatsächlich überzeugt – zumindest, was den Buchvertrieb Hager anbelangt ...

Der KBW scheint im übrigen aber auch noch über andere bürgerliche Gewänder zu verfügen: z. B. die „KVZ". Bislang haben wir dort noch kein Wort zu den Anklagen gegen unsere Presse- und Publikationstätigkeit finden können – oder sollten wir vielleicht wieder etwas überlesen haben??



Layout-Fehler

Im letzten AK ist ein unschöner Lay-out-Fehler passiert: Zwei Artikel wurden zu einem einzigen zusammengeklebt. Die Auflistung der Anklagen und Prozesse, von denen unsere Organisation bislang betroffen war (Seite 5), ist völlig ohne Überschrift direkt unter den Artikel aus der OCT- Zeitung „entincelle" gerutscht; graphisch zudem noch durch Einrahmung zusammengefaßt. Wir bitten das zu entschuldigen.

XI. Jhg. – Nr.233 *26.10.1978

was tun

Wochenzeitung der Gruppe Internationale Marxisten

Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen des „Arbeiterkampfes"

Solidarität mit Kai Ehlers und Jürgen Reents

Am 17.10.1978 fand vor dem Hamburger Amtsgericht die Urteilsverkündung im Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen des „Arbeiterkampfes" – Kai Ehlers – statt. Ihm wurde vorgeworfen, den CSU-Chef Franz-Josef Strauß beleidigt zu haben, weil dessen Name in verschiedenen Artikeln des Arbeiterkampfes mit SS statt mit ‚ß' geschrieben worden war.

Kai Ehlers wurde zu 2700 DM in 90 Tagessätzen à 30 DM verurteilt. Der Staatsanwalt Dr.Wolf begründete die Höhe der Strafe damit, daß Kai Ehlers schon „verschiedentlich" strafrechtlich in Erscheinung getreten war und daher „Zeit für eine empfindliche Strafe" sei.

Dieser Prozeß ist jedoch nur Teil einer größeren Offensive der bürgerlichen Gerichtsbarkeit gegen den „Arbeiterkampf". Vor allen Dingen zwei noch ausstehende Prozesse sowohl gegen Kai Ehlers, als auch gegen den Herausgeber im Verlag Arbeiterkampf, Jürgen Reents, stehen in diesem Zusammenhang im Vordergrund.

Wegen der Berichterstattung im „Arbeiterkampf" zu den „Selbstmorden" in Stammheim, ist Kai Ehlers angeklagt wegen Vergehens nach §90a – „Staatsverunglimpfung".

Ebenfalls wegen „Staatsverunglimpfung" und darüber hinaus wegen „Beleidigung" ist Jürgen Reents angeklagt. Die angeklagte Veröffentlichung ist das in der „Antifaschistischen Russell-Reihe" als Nr.5 erschienene Buch mit dem Titel „Nach Schleyer – ‚Sonderkommando s' in der BRD – zügiger Ausbau einer neuen GeStaPo".

Der „Arbeiterkampf" hatte im Laufe der Berichterstattung über die Ereignisse des Deutschen Herbstes eigentlich nicht viel mehr gemacht als eine Reihe ausländischer Zeitungen auch. Er berichtete über die berechtigten Zweifel an der offiziellen Regierungsversion über die Todesfälle in Stammheim.

Viele ausländische Zeitungen – so unter anderem die niederländische „Haagse Post", das dänische „Ekstra Bladet" sprachen im Zusammenhang mit den Stammheimer Ereignissen von „berechtigten Zweifeln" an der Selbstmordthese.

Dieser Prozeß richtet sich nicht gegen den „Arbeiterkampf" allein. Er richtet sich gegen die Linke insgesamt – gegen die Möglichkeit der Berichterstattung, des Kommentierens und der freien Meinungsäußerung überhaupt. Was heute den ‚Arbeiterkampf' trifft, kann morgen die „was tun" oder jede andere kritische oder linke Publikation treffen. Deshalb sollten die politischen Differenzen innerhalb der Linken – und seien sie noch so schwerwiegend – zu keiner Zeit die Solidarität und die gemeinsame Verteidigung gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates verhindern. Hier beweist sich konkret, ob der Salamitaktik des bürgerlichen Staates gegen die Linke Erfolg beschieden oder ob sie zum Scheitern verurteilt ist.

Für die Durchführung und Vorbereitung der Prozesse bitten die Genossen um Spenden auf das Konto der Arbeiterhilfe e.V., BFG-Hamburg, Konto-Nr. 12443653

Christian Dettmann

Staatsbeleidigung Artikel aus „POUR"

Die belgische sozialistische Wochenzeitung „POUR" brachte in ihrer Ausgabe vom 2. November folgenden Artikel zu den Anklagen gegen den KB:

In der BRD ist es schlecht, die repressiven Maßnahmen des Staates zu kritisieren. Die Behörden haben alles vorgesehen: Das Strafgesetzbuch sieht ausdrücklich die Zensur aus politischen Gründen vor, darunter den § 90a, der jegliche »Staatsbeleidigung« unterdrückt, und den § 185, der beschreibt, was unter »Staatsbeleidigung« zu verstehen ist.

Eine ganze Reihe von Zeitschriften und Herausgebern werden zur Zeit verfolgt, und die Lage ist so ernst, daß die Tageszeitung »Frankfurter Rundschau« am 15.8.78 schrieb: *»Die Justiz maßt sich von neuem an, festzulegen, wieweit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß«*. Nach der Beschuldigung der Drucker von »Agitdruck« und von »phantasia« wurde von der Justiz jetzt der Kommunistische Bund mit zwei Veröffentlichungen drangenommen. In seiner Zeitung »Arbeiterkampf« erschien im November ein Artikel mit dem Titel: *»Schluß mit den Selbstmorden«*, zwei Tage nach der »Entdeckung« von Ingrid Schubert, erhängt in ihrer Zelle von München-Stadelheim.

Der Artikel bezweifelt die offizielle Selbstmordversion, forderte die Aufstellung einer internationalen Untersuchungskommission und drückte die Befürchtung aus, daß die Reihe der »Selbstmorde« länger würde ... Der Presseverantwortliche riskiert bis zu drei Jahren Gefängnis aufgrund dieser Gesetze, während z. B. auch die amerikanische Advokatenkammer die offizielle Version, daß die Waffen ins Gefängnis geschmuggelt worden seien, als »absurd« bezeichnete, und der Vorsitzende der griechischen Rechtsanwaltsvereinigung von *»vorsätzlichem kaltblütigem Mord«* sprach.

Die zweite Anklage richtet sich gegen ein Buch mit dem Titel *»Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD — Ausbau einer neuen Gestapo«*, das in einer Sammlung aus Anlaß des Russell-Tribunals herauskam. Dieses Buch beschreibt im Detail die Verstärkung des staatlichen Sicherheitsapparates und vergleicht ihn mit dem, der im 3. Reich funktionierte; es liefert ebenfalls eine Liste von alten Nazi-Verantwortlichen, die immer noch in einer Reihe von entscheidenden öffentlichen Posten sitzen. Eine Ermittlung wurde auch gegen die Berliner Zeitung »Extradienst« eröffnet wegen der Veröffentlichung einer bezahlten Anzeige für dieses Buch. Muß man auch eine Verurteilung von Wochenzeitungen mit größerer Auflage erwarten, deren Analysen in die gleiche Richtung gehen?

Im Juli 1978 fand auch »Konkret« Parallelen zwischen den Tätigkeiten der Sicherheitsdienste und der Nazi-Gestapo: *»Unter dem Vorwand der Terroristenfahndung bauen das BKA und die Landeskriminalämter unter Mithilfe von Bundesgrenzschutz und Zoll einen geheimdienstlichen Apparat auf, für den jede Rechtsgrundlage fehlt«*. In ähnlichem Sinne veröffentlichte der »Stern« — das deutsche Paris-Match mit 180.000 Exemplaren — in diesem Sommer eine Reihe von Reportagen unter dem Titel *»Freiheit 78«*, in denen man lesen konnte, *»daß in jedem Falle verhindert werden solle die Bildung einer neuen Gestapo, die in der Hand einer Regierung zu einem jederzeit einsetzbaren Instrument gegen politisch unliebsame Personen werden kann, ohne jede rechtliche Kontrolle«*.

Wenn die »Stern«-Redaktion und die beiden Journalisten der »Freiheit 78«-Reihe noch nicht von der Justiz belästigt worden sind, so ist dies sicherlich kein Grund, diese Drohungen und wiederholten Angriffe auf das demokratische Grundrecht der Pressefreiheit hinzunehmen. Alle diejenigen, die es für wichtig halten, ihre Unterstützung mit den Angeklagten der beiden laufenden Prozesse zu dokumentieren, können Spenden überweisen an: Bank für Gemeinwirtschaft, Kto. Nr. 1244-3653 — Kontoinhaber: Arbeiterhilfe e.V., mit dem Hinweis: *»Prozeß Russell-Buch 5«* oder *»Prozeß Stammheim-Berichterstattung«*.

Anti-Zensur-Stellschild beschlagnahmt

Um auf die Zensurmaßnahmen der Justiz gegen KB-Presse (Strauß-Beleidigungsprozeß, Prozeß gegen den Verlag unserer Zeitung wegen Herausgabe des Russell-Buch 5) aufmerksam zu machen, hatten wir uns mit einigen Genossinnen und Genossen in der

Nach einer Weile jedoch kamen sie zurück, fotografierten uns ausgiebig, nahmen die Personalien eines Genossen auf — der, wie sie sagten, mit einer Anzeige zu rechnen hat —, verkündeten die Beschlagnahme des Stellschildes und sackten es ein.

Osloer DAGBLADET: „schockierend"

Immerhin eine Information über die Angriffe auf das »Russell-Buch 5«, wenn auch verharmlosend und deutlich vom Standpunkt der Abgrenzung gegen dieses Buch und der wohl-

Anti-Zensur-Stellschild beschlagnahmt

Um auf die Zensurmaßnahmen der Justiz gegen KB-Presse (Strauß-Beleidigungsprozeß, Prozeß gegen den Verlag unserer Zeitung wegen Herausgabe des Russell-Buch 5) aufmerksam zu machen, hatten wir uns mit einigen Genossinnen und Genossen in der Hamburger Innenstadt versammelt — mit ARBEITERKAMPF, Russell-Buch und Broschüren.

Ein Stellschild, das auf die Gefahren der politischen Zensur, die Inhalte des Russell-Buchs einging und einen Bericht von der Demonstration am 9.11. enthielt, erregte dabei die besondere Aufmerksamkeit der Polizisten der Thalia-Wache, die bereits seit drei Wochen dabei sind, j e d e s Aufstellen von Stellschildern in der Hamburger Innenstadt zu verhindern.

Bezugnehmend auf das Hamburger Wegegesetz forderten sie uns zum Abräumen des Schildes auf.

Nach längerer Diskussion mit diesen Herren, die immerhin zum Verkauf von drei AKs an Interessierte genutzt werden konnte, die sich umso intensiver unser Schild durchlasen, entschlossen wir uns also, unser Stellschild zu einem Schwebeschild umzufunktionieren, und trugen es durch die Stadt. Wutschnaubend zogen Oberpolizist Koltermann und sein Begleiter ab.

Nach einer Weile jedoch kamen sie zurück, fotografierten uns ausgiebig, nahmen die Personalien eines Genossen auf — der, wie sie sagten, mit einer Anzeige zu rechnen hat —, verkündeten die Beschlagnahme des Stellschildes und sackten es ein.

Wir konnten die Diskussion nutzen zum Verkauf von weiteren vier AKs und eines Russell-Buches.

Festzuhalten bleibt, daß diese Einschränkung unserer Agitationsmöglichkeiten in der Hamburger Innenstadt zumindest neu ist. An den letzten drei Samstagen haben wir auf diese Weise zwei Stellschilder verloren, und einmal »freiwillig« eingepackt.

Unsere Konsequenzen daraus werden sein, künftig mit Sandwiches durch die Stadt zu flanieren und dabei insbesondere auch auf die Behinderungen durch die Thalia-Bullen aufmerksam zu machen.

Dabei fänden wir es gut, wenn mehr Genossinnen und Genossen helfen würden, daß wir die Hamburger Innenstadt wieder stärker politisch beleben könnten — vielleicht im Sinne von kleinen politischen Aktionen — wie im Bunte-Liste-Wahlkampf.

Einige Genossinnen und Genossen des HBV-Bereiches
KB/Gruppe Hamburg

Osloer DAGBLADET: „schockierend"

Immerhin eine Information über die Angriffe auf das »Russell-Buch 5«, wenn auch verharmlosend und deutlich vom Standpunkt der Abgrenzung gegen dieses Buch und der wohlmeinenden Belehrung einer »unklugen« Justiz geschrieben, brachte das norwegische »dagbladet« am 23. Oktober. In einem Artikel des Kulturredakteurs Simen Skjönsberg über die Internationale Buchmesse in Frankfurt hieß es, beginnend mit einer Zwischenüberschrift:

»AUF DEM WEG ZUR GESTAPO? Darin wäre der KB bestimmt nicht einig (?). Wir trafen den Bund außerhalb der offiziellen Ausstellungshallen. Er machte besonders Reklame für ein Buch, das in einer höchst vulgären Sprache behauptet, in Deutschland sei seit der Schleyer-Entführung eine neue GeStaPo im Aufbau begriffen. Solch primitive Angriffe in dem Buch zu finden, ist höchst schockierend. Doch mindestens ebenso schockierend ist es, daß es beschlagnahmt wurde, weil es die Bundesrepublik verhöhne. Damit gab man dem Buch eine Autorität, die es sonst nicht erhalten hätte. Inzwischen ist es wieder freigegeben worden«.

fizielle Version, daß die Waffen ins Gefängnis geschmuggelt worden seien, als »absurd« bezeichnete, und der Vorsitzende der griechischen Rechtsanwaltsvereinigung von »vorsätzlichem kaltblütigem Mord« sprach.

Die zweite Anklage richtet sich gegen ein Buch mit dem Titel »Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD — Ausbau einer neuen Gestapo«, das in einer Sammlung aus Anlaß des Russell-Tribunals herauskam. Dieses Buch beschreibt im Detail die Verstärkung des staatlichen Sicher-

sicherlich kein Grund, diese Drohungen und wiederholten Angriffe auf das demokratische Grundrecht der Pressefreiheit hinzunehmen. Alle diejenigen, die es für wichtig halten, ihre Unterstützung mit den Angeklagten der beiden laufenden Prozesse zu dokumentieren, können Spenden überweisen an: Bank für Gemeinwirtschaft, Kto. Nr. 1244-3653 — Kontoinhaber: Arbeiterhilfe e.V., mit dem Hinweis: »Prozeß Russell-Buch 5« oder »Prozeß Stammheim-Berichterstattung«.

§ 90 a-Verfahren gegen die „UZ" eingestellt

Wie die antifaschistische Wochenzeitung die „tat" vom 27.10.78 zu berichten wußte, ist das Verfahren wegen „Staatsverunglimpfung" gegen „UZ"-Chefredakteur Polikeit eingestellt worden. Polikeit war vor dem Düsseldorfer Amtsgericht wegen einer Veröffentlichung in der „UZ" über die psychologische Kriegsführung der Bundeswehr angeklagt, in der die Pläne für einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren bei einem „Ernstfall" enthüllt wurden (vergl. AK 141). Die DKP führt die Einstellung des Verfahrens auf die großen „Proteste im In- und Ausland" zurück. Außer, daß sich dafür, selbst in der DKP-Presse, wenig Belege finden lassen, dürfte darüber hinaus in dieser Auffassung eine Verkennung der heutigen Klassenjustiz liegen, die gerade in der letzten Zeit den § 90 a verschiedentlich handbar gemacht hat, um die politische Meinungsäußerung in den demokratischen und kommunistischen Presseerzeugnissen einzuengen. Die Einstellung des Verfahrens sollte deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, daß der § 90 a als Damoklesschwert für die Meinungsfreiheit in unserem Lande bestehen bleibt und für seine ersatzlose Streichung eingetreten werden muß.

Aber: Natürlich freuen wir uns gemeinsam mit der DKP, daß die Justiz in diesem Fall wieder zurückgesteckt hat. Und man sollte erwarten, daß die DKP i h r e n Protest mit in die Waagschale wirft, um a u c h a n d e r e „Staatsverleumdungs"-Anklagen zum Scheitern zu bringen.

IKAH

BRD: Gefängnis für Pressedelikt? — Artikel aus „l'étincelle" —

Nachdem „L'etincelle", Wochenzeitung der französischen kommunistischen Organisation OCT, bereits in ihrer Ausgabe vom 20.10.78 eine erste Information über die Anklagen gegen den KB gebracht hatte (s. AK 141, S.5), ist nun ein weiterer ausführlicher Artikel dazu in der Ausgabe vom 27.10.78 erschienen, den wir nachstehend abdrucken.

In letzter Zeit hat eine gewisse Presse alle möglichen Gerüchte über eine „Lockerung" oder sogar „Abschaffung" der Berufsverbote in der BRD ausgestreut und so eine behauptete „Liberalisierung" suggeriert. Die Prozesse, die gegen Genossen des Kommunistischen Bundes (KB), eine deutsche Organisation, mit der die OCT regelmäßige Kontakte unterhält, unter dem Vorwand der „Staatsverleumdung" vorbereitet werden, zeigen, daß dem nicht so ist.

Zum einen gibt es eine Anklage gegen Kai Ehlers, dem Presseverantwortlichen der KB-Zeitung „ARBEITERKAMPF". Der „ARBEITERKAMPF" war während des Herbstes 1977 eine der wenigen westdeutschen Zeitungen, die es wagte, die offizielle These vom „Selbstmord" Andreas Baaders und seiner Genossen in Frage zu stellen. Die Anklage wegen „Staatsverleumdung" bezieht sich auf einen Artikel, der im November 1977 veröffentlicht wurde und den Titel „Schluß mit den ‚Selbstmorden'!" trug. Die Strafe, die für das „Delikt" der „Staatsverleumdung" vorgesehen ist, reicht von einer Geldstrafe bis zu einer Haftstrafe von drei Jahren und kann erhöht werden im Falle einer „Häufung von Delikten" (Und das ist der Fall, weil man Kai Ehlers noch einen anderen im „ARBEITERKAMPF" veröffentlichten Artikel vorhält).

In diesem Rahmen muß man auch die Bedeutung eines Verfahrens von Franz-Josef Strauß gegen Kai Ehlers sehen. Die Hamburger Staatsanwaltschaft fordert drei Monate Gefängnis auf Bewährung und DM 2.000,- Schadenersatz wegen „Beleidigung". Der Grund für dieses Verfahren findet sich in zwei Artikeln im „ARBEITERKAMPF", in denen der Name von Strauß als StrauSS geschrieben wurde, was völlig legitim ist, wenn man dessen Bewunderung für das „Gorilla"-Regime von Pinochet kennt sowie seine Todesdrohungen gegen alle, die zu ihm und seiner Absicht, „diesen Banditen (d.h. der westdeutschen Linken) bis zum Ende des Jahrhunderts das Maul zu stopfen", in Opposition stehen. Der Prozeß von StrauSS ist offensichtlich eine Vorbereitung für die kommenden Verfahren wegen „Staatsverleumdung" ...

Außerdem gibt es noch eine Anklage gegen Jürgen Reents, den „Verwalter" des Verlagshauses „ARBEITERKAMPF", wegen des Buches Nr. 5 aus der „antifaschistischen Russell-Reihe" mit dem Titel: „Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo". In diesem Fall gibt es auf Antrag (!) der Staatsanwaltschaft vier verschiedene Klagen gleichzeitig: Vom Polizeipräsidenten in Hamburg und vom Bundeskriminalamt wegen „Staatsverleumdung" (Geldstrafe oder Gefängnis bis zu drei Jahren) und von beiden wegen „Beleidigung" (Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahr). Bereits in der Klage wird der Satz der „Tateinheit" angeführt, was darauf abzielt, die Höchststrafe möglich zu machen. Weiterhin ist in dieser Klage die Rede davon, daß Jürgen das Buch im vollen Bewußtsein von dessen Illegalität redigiert hätte, was die Anklage von vornherein um den Vorwurf der „vorsätzlichen Handlung" verschärft. ... Darüber hinaus sieht die Klage die Veröffentlichung des Urteils auf Kosten des KB vor, die Beschlagnehmung aller Exemplare des Buches, die sich im Handel befinden, ihre Vernichtung und ebenso die Vernichtung der Druckplatten und Vorlagen, die für seine Herstellung verwendet wurden; das Ganze ebenfalls auf Kosten des KB. Die Anklageschrift sieht des weiteren auch die Möglichkeit der Verfolgung all derjenigen vor, die sich an der Erstellung oder dem Verkauf des Buches beteiligt haben.

Die Unterdrückung der Information

Was enthält nun dieses Buch, daß sich der westdeutsche Staatsapparat zu einer derart heftigen Reaktion veranlaßt sieht, und was wirft man dem KB vor? In der Anklageschrift heißt es:

„In dem Buch wird dem Leser durch die Wortwahl und die Art und Weise der Darstellung bezüglich der Bundesrepublik Deutschland das Bild eines Unrechtsstaates, der allgemeine Mißachtung verdient, vorgegaukelt, so insbesondere durch einen Vergleich der Verhältnisse in diesem Staat mit denen des nationalsozialistischen Regimes, durch die Bezeichnung der Bundesrepublik Deutschland als Polizeistaat, in dem planmäßig von der Regierung und von allen Parteien die Faschisierung vorangetrieben wird. Die Sicherheitsorgane werden mit Killerkommandos faschistischer Diktaturen gleichgesetzt. Es wird behauptet, es gebe praktisch eine GeStaPo und es würden politische Gegner von Polizeiorganen liquidiert und exekutiert."

Dieses Zitat spricht für sich selbst und zeigt klar, was man verbieten will: Jede deutliche Erinnerung an die Nazi-Zeit und jede öffentliche Diskussion über die Gefahr eines neuen Faschismus in der BRD; d.h. in letzter Konsequenz jede Kritik der demokratischen und antifaschistischen Linken am „Modell Deutschland". Ohne von revolutionärer Propaganda oder Aufrufen zum Widerstand gegen diese Entwicklung zu sprechen.

Unter den zwanzig inkriminierten Passagen, die nach der Anklageschrift nur beispielhaft hervorgehoben worden sind, befindet sich u.a. das folgende Zitat: *„Am 4.12.1971 wurde Georg von Rauch aus einer Gruppe von Zivilfahndern der Berliner Polizei aus einer Entfernung von 3-4 Metern durch Kopfschuß getötet. Am 3.3. 1972 wurde Thomas Weißbecker nach längerer Observation in Augsburg von einem polizeilichen Fahndungskommando auf offener Straße aus einer Entfernung von 3-4 Metern duch Herz-Lungenschuß exekutiert. In beiden Fällen wurden Spuren verwischt, den Todesschützen „Notwehr" bescheinigt und die Ermittlungsverfahren eingestellt."*

Einem anderen Zitat mit dem Titel „Führende Nazis in Geheimdiensten und Polizei" folgt eine Namensliste, „die eine Auswahl ehemaliger Repräsentanten des Nazi-Regimes aus den höchsten Stellen des staatlichen Unterdrückungsapparates enthält".

Das bedeutet, daß man von nun an in der BRD die einfache Information über gewisse Tatsachen verbieten will: Die Hinrichtung politischer Gegner durch die Polizei und die Existenz ehemaliger Würdenträger des Nazi-Regimes in den höchsten Stellen des westdeutschen Unterdrückungsapparates.

In einem Interview im „ARBEITERKAMPF" vom 16.10.78 sagt Kai Ehlers: *„Offenbar scheint unserem Gegner der Zeitpunkt gekommen ..., Fakten für eine mögliche Illegalisierung unserer Presse zu schaffen. ... Wenn der KB in dieser Sache, sowohl Stammheim als auch Russel 5, verurteilt werden sollte, dann müssen alle anderen Kritiker eines ‚Überwachungsstaates., einer ‚Neuen Sicherheitspolizei' u.a.m. damit rechnen, daß sie die nächsten Ziele der Repression sind ... Auch an Sozialdemokraten und Liberale muß der Appell gerichtet werden, sich daran zu erinnern, daß nach wie vor die geschichtliche Erfahrung gilt, daß die Kommunisten zuerst geschlagen werden – daß man sich aber – wieder einmal zu spät – erst im Knast wiedertreffen könnte."*

aus: „L'etincelle" Nr. 73, 27.10.78

Türkische Faschisten auf Deutschland-Tournee

Am Sonntag, dem 29. Oktober, versammelten sich in der Dortmunder Westfalenhalle 10.000 Türken, um dem Führer der türkischen „Rechtsextremistischen Nationalistischen Bewegung" (MHP), Alparslan Türkes, zuzujubeln (siehe gesonderten Bericht aus NRW auf dieser Seite). Man kann diesen Auftritt als den bisherigen Höhepunkt des Treibens rechtsextremer Türkengruppen und -führer in der BRD betrachten. Am 28. Oktober kamen nach einer öffentlichen Kundgebung von Türkes ca. 2.000 in die Westberliner „Neue Welt", um gemeinsam mit einigen CDU-Abgeordneten an einer sogenannten Folklore-Veranstaltung teilzunehmen.

Am 1.November erhielten die türkischen Faschisten das Frankfurter Volksbildungsheim für eine „Kulturveranstaltung".

Empörung und Widerstand

Gegen sämtliche Auftritte der türkischen Faschisten hat es Proteste und Demonstrationen gegeben: In Westberlin am 28.10. versammelten sich gegenüber dem Versammlungsort der Faschisten ca. 300 Gegendemonstranten, gegen die gemeinsam mit der Westberliner Polizei und zwei Konsulatslehrern von den „Grauen Wölfen" der Saal geschützt wurde. Genehmigt worden war die Faschisten-Veranstaltung vom Westberliner Innensenator Peter Ulrich. Scharfe Proteste kamen vom Berliner Landesverband des DGB, der die Genehmigung „mit Bestürzung" aufnahm. Der Türkische Studentenverband erklärte, die meisten Türken hätten das Auftreten des „Hitlerverehrers Türkes" mit „großer Sorge und Angst" verfolgt.

Gegen den Auftritt in der Dortmunder Westfalenhalle am 29.10. protestierte der DGB in Nordrhein-Westfalen. Der Vorsitzende, Siegfried Bleicher, forderte ein Verbot der Veranstaltung, weil sie den Tatbestand der Volksverhetzung erfülle. Bleicher meinte weiter, daß die „Grauen Wölfe" *„seit langem demokratisch gesinnte Landsleute terrorisieren und sich auch zunehmend mit deutschen Neonazis verbünden"* („FR", 28.10.) . Die IG Chemie befürchtet, daß die Dortmunder Veranstaltung *„zum Auftakt blutiger Überfälle der ‚Grauen Wölfe' auch in der Bundesrepublik wird."* Ferdinand Koob, IG-Metall-Vorsitzender in NRW, findet es befremdlich, daß die Bundesregierung, die sonst politische Aktivitäten in der BRD „pingelig genau" überwache, in diesem Fall faschistische Aktivitäten offenbar gelassen hinnimmt.

In Frankfurt fand am 1.11. die bisher größte Gegendemonstration mit ca. 4.000 Teilnehmern statt. Sie war vom Hauptvorstand der IGM und dem DGB-Landesvorstand angemeldet und bestand zum allergrößten Teil aus Türken, die in ihren Parolen (*„Mörder Türkes", „Türkes raus aus der BRD"*) ihre Empörung über die Jubelreise des Faschistenführers ausdrückten. Mitaufgerufen und mobilisiert hatten demokratische und linke türkische Vereine und Organisationen. ATIF und ATÖF gaben noch zusätzliche Parolen gegen Rassismus und Chauvinismus und gegen den westdeutschen Imperialismus aus, vermischt mit einigen „Sozialimperialismus"-Parolen. Die Demo bestand denn auch aus zwei Blöcken, der eine mehr „gewerkschaftlich orientiert" und der andere mehr zu militanteren Aktionen neigend. Die Militanten wurden von DGB-Ordnerketten auf der vorgeschriebenen Demo-Route gehalten. Die Faschisten hätten allerdings auch so keine Angst zu haben brauchen, denn nach bundesdeutscher Tradition war die Polizei bereits zum Schutz mit zwei Hundertschaften und Wasserwerfern aufgefahren. *„Deutsche Gewerkschafter haben aus ihren leidvollen Erfahrungen während des Dritten Reiches gelernt und ein feines Gespür dafür bekommen, wie nötig es ist, rechtzeitig den Kampf gegen die Faschisten zu führen"*, sagte der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Hans Frank (nach „FR", 3.11.). Nun, ja ...

Der DGB hatte Polizeipräsident und Innenminister zum Verbot der Veranstaltung aufgefordert und zur Antwort bekommen, daß hierfür die rechtliche Grundlage fehle. Der Landesverband der DFU forderte ebenfalls ein Verbot und *„die Frankfurter FDP zog eine Parallele zwischen den Aktivitäten der MHP und den in letzter Zeit verstärkten Bemühungen der italienischen Neofaschisten um ihre in der BRD lebenden Landsleute, die sich dabei öffentlich auf die Übereinstimmung vieler ihrer Forderungen mit den Zielen von Franz Josef Strauß beriefen."* („FR", 3.11.).

Wir ziehen den Schluß, daß nicht nur den deutschen Faschisten in diesem Land mehr und mehr freie Bahn gelassen wird, sondern daß sich die BRD mehr und mehr auch zur Heimstatt für ausländische Faschisten entwickelt. Mit Eifer und unter Zusammenarbeit mit faschistischen Geheimdiensten wird hingegen die ausländische Linke verfolgt und allen möglichen Repressionen unterworfen. Währenddessen versammeln sich auf dem Boden der BRD nicht nur ungehindert, sondern auch noch von staatswegen geschützt, auf einen Schlag 10.000 Leute in einer öffentlichen Halle, um einem Mann zuzujubeln, der sich den Nationalsozialismus zur Theorie gemacht hat und zu dessen Durchsetzung er Terrorgruppen herangezogen hat, die auf sein Kommando hören.

Alparslan Türkes und der Nationalsozialismus

Türkes ist Hitlerfan. Am 30.4.78 betrauerte er in der BRD Hitlers Todestag. Alte Kumpane, denn am 9.10.44 schieb bereits die Gestapo an das Auswärtige Amt: *„bisher bestanden aufgrund ihrer Haltung gute Verbindungen zu Alparslan Türkes, Absolvent einer Offiziersschule und Führer der pantürkischen Bewegung."* Seine Orientierung am Nationalsozialismus ist vor allem auch heute klar: *„Ich rufe das türkische Volk zum Kampf gegen die Demokratie auf, die auf den Straßen verkauft wird ... Es lebe das Türkentum der ganzen Welt. Hoch die Nationalsozialisten ... Unser Kampf, für den wir unser Blut opfern, gilt den kommunistisch unterwanderten Gewerkschaften und den dort arbeitenden Türkenfeinden ... Griechische Hurensöhne, dreckige Juden, armenische Wucherer und eine Handvoll Kommunisten, Freimaurer, Zionisten, Volksfeinde und Ungläubige."* So titulieren sie ihre Feinde.

„Nach SS-Organisationsmuster wurden seit 1969 seine Kommandos ‚Graue Wölfe' und die ‚Blitzkommandos' aufgebaut. Paramilitärisch organisiert .. [haben sie] mehr als 500 linke Oppositionelle, Arbeiter, Schüler, Studenten, Staatsanwälte und Bauern .. in den letzten drei Jahren ermordet".

Seit Anfang '78 (Ablösung des rechtsextremen türkischen Ministerpräsidenten Demirel durch den Sozialdemokraten Ecevit) wird der Boden für Türkes und seine Banden in der Türkei zunehmend heißer. Die BRD ist offensichtlich sein neues Quartier, hier empfangen ihn bestimmte Leute mit offenen Armen (alle Zitate aus IGM-Zeitung vom 6.9.78).

Alparslan Türkes und Franz Josef Strauß

Über das Gespräch zwischen Türkes und Strauß Anfang Mai 78 sind inzwischen einige Einzelheiten bekannt geworden: *„Alparslan Türkes und seine beiden Begleiter unterhielten sich - so war danach zu erfahren - mit Franz Josef Strauß zuerst über die ‚kommunistische Gefahr, die man gemeinsam bekämpfen muß'. Dann kritisierten die Gesprächspartner den US-Präsidenten Jimmy Carter [!], der, nach den Worten von Franz Josef Strauß, die stärkste Waffe der USA gegen ihre Freunde sei. Und endlich war man beim Thema. Strauß sagte dem Vernehmen nach den MHP-Politikern zu, daß in Zukunft für die MHP und die ‚Grauen Wölfe' ein günstiges psychologisches Klima in der Bundesrepublik mit entsprechender Propaganda geschaffen werden und zudem die politische Stellung der MHP in Europa verbessert werden müsse, damit die MHP hier in einem besseren Licht erscheine. Bayern soll der Anfang sein"* (man bedenke, daß diese Figur bereits bayrischer Ministerpräsident ist). *„In wieweit finanzielle Unterstützung von seiten der CSU gewährt werden wird, ist nicht bekannt. Bekannt ist aber die folgende Äußerung des CSU-Pressesprechers: ‚Selbstverständlich unterhalten wir auch zu türkischen Parteien und politischen Vereinigungen Beziehungen. Und diejenigen, die unserer politischen Auffassung entsprechen, denen gewähren wir auch Unterstützung."* (IGM-Zeitung, 6.9.).



Türkische Kolleginnen und Kollegen protestieren in Dortmund gegen die provokative Veranstaltung der MHP-Faschisten



Tausende von türkischen und westdeutschen Antifaschisten demonstrierten in Frankfurt gegen die Propagandareise von Türkes

BRD - Heimat für heimatlose Faschisten

Kurze Zeit nach dem Zusammentreffen zwischen Strauß und Türkes wurde in Frankfurt am 17. und 18.6.78 eine „Europäische Föderation" der türkischen Faschisten mit 70 rechtsradikalen Vereinen gegründet. In allen größeren Städten der BRD, vor allem Industrievierteln mit hohem Ausländeranteil, werden Büros gegründet, zumeist getarnt als Kulturvereine, aber der „Graue Wolf", ungefähr mit dem Hakenkreuz zu vergleichen, wird mehr und mehr ein offenes Symbol. Wir berichteten bereits einige Male im AK über diese lokalen Aktivitäten. Interessant ist dabei, daß sich die Behörden offensichtlich dumm stellen. Jedenfalls hat man bisher noch nirgendwo in der BRD von einem klaren offenen Verbot solcher Vereine gehört. Öffentliche Räume werden ihnen überall zur Verfügung gestellt, sogar Häuser der Jugend. Dabei wird die Tarnung dankbar akzeptiert, die verbreiteten Inhalte und Aufrufe ganz offensichtlich nicht beachtet. Die Büros sind Aufnahmestation und Anziehungspunkt für die aus der Türkei abreisenden Killerkommandos, offensichtlich mit Touristenpässen ausgerüstet, hier mit vorbereiteten Asylanträgen für Jahre abgedeckt. Es gibt Anzeichen, daß die türkischen Faschisten auf deutschem Boden auch zunehmend mit anderen europäischen Neofaschisten, z.B. des MSI Italiens, zusammenarbeiten.

Das Klima hier in der BRD ist jedenfalls, obwohl Franz Josef Strauß noch lange nicht zufrieden damit ist, jetzt schon günstig für solche Formierungen. Die 10.000 von der Polizei geschützten Faschisten in Dortmund sprechen eine deutliche Sprache.

Verbot sämtlicher faschistischer Organisationen und Vereine in der BRD

Verbot sämtlicher faschistischer Veranstaltungen, Auflösung der MHP-Büros, Enttarnung und gerichtliche Verfolgung und Auslieferung der hier eingesetzten Killer der „Grauen Wölfe".

Ausländerkommission

Nichts Rechtsradikales?

Beim faschistischen „Kulturabend" in Frankfurt fand sich auch der „Nahost-Experte" der „FAZ", Harald Vocke, ein. Doch: *„Nichts Radikales und erst recht nichts Rechtsradikales"* konnte er „bemerken". Stattdessen traf er *„hilfsbereite Türken"* und in dem Generalsekretär der „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa" einen *„schüchternen jungen Türken"* an, der von seinen *„Peinigern"* (Fernsehjournalisten des HR, d.V.) *„mit Zwischenfragen gequält"* wurde, ob er zu den „Grauen Wölfen" gehöre. Schließlich jedoch konnte Vocke beruhigt feststellen: *„Die Radikalen haben demonstriert und sind draußen geblieben"*. Den Polizisten, die zum Schutz des Faschistentreffen eingesetzt waren, rät er mit Blick auf die Antifaschisten: *„Eine kugelsichere Weste kann bei solchen Auseinandersetzungen nichts schaden"* (alles „FAZ", 2.11.78).

Solcherlei Versuche, ein Verbotsklima für die türkische Linke in der BRD zu schaffen, sind bei Vocke nicht Neues. Am 9.7.77 schrieb er in einem Kommentar auf Seite eins der „FAZ": *„Für die innere Sicherheit bilden vor allem die türkischen Marxisten* (auch Bülent Ecevit, derzeitiger sozialdemokratischer Regierungschef gilt ihm als Marxist; d.V.) *eine Gefahr – und nicht etwa graue türkische Wölfe"*. Und, auch das dämlichste Argument nicht verschmähend, wenn es nur hilft, vorhandene Ressentiments gegen die türkische Linke in der BRD zu schüren: *„Die türkische Linke ist in Deutschland straff organisiert. Der Verfassungsschutz behelligt sie kaum, weil er nicht türkisch versteht"* (ebd.).

Ein Frankfurter Genosse


CSU-Führer Strauß (l.), Faschisten-Führer Türkeş

Großveranstaltung türkischer Faschisten in Dortmund

Die Faschisten hatten die Westfalenhalle einige Wochen vor der Veranstaltung als „Türkischer Kulturverein" anmieten können. *„Angeblicher Sinn der Veranstaltung: Ein Folkloreprogramm anläßlich des türkischen Nationalfeiertages"* (WR, 28.10.78). Erst am Dienstag vor der Veranstaltung sickerte dann durch, um welche Art „Folkloreprogramm" es sich dabei handeln sollte. Am 27.10. mobilisierte dann auch die rechtsradikale türkische Zeitung **„Tercüman"** für den Türkes-Auftritt. Die revisionistische „Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V." (FIDEF) *„informierte sofort am 26.10. über das strikt geheim gehaltene ... Treffen, u.a. Bundeskanzler Helmut Schmidt, Willy Brandt, Herbert Wehner, den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten J. Rau, Justiz- und Innenminister des Bundes und des Landes NRW ... und forderte sie auf, 'alles in ihrer Macht stehende zu tun, um diese Provokation der türkischen Neofaschisten zu unterbinden"* (aus einem FIDEF-Flugblatt). Wenig später forderte auch der DGB-NRW ein Verbot der Dortmunder Veranstaltung. Es geschah freilich n i c h t s! Das NRW-Innenministerium weigerte sich ebenso wie die Dortmunder Polizeiführung, den MHP-Aufmarsch zu verbieten. Polizeisprecher Haffke (Dortmund): *„Es liegen keine Erkenntnisse vor, daß jemand gewalttätig wird"* (ebenda).

Auch die Direktion der Westfalenhalle sah keinerlei Anlaß, den unter massiver Irreführung zustandegekommenen Vertrag mit den Türken zu annullieren. „Begründung": *„Alle Veranstalter, die in den letzten Jahren versucht haben, Extremisten fernzuhalten, sind dabei vor Gericht auf die Nase gefallen"* (WR, 28.10.78).

Später sollte sich noch herausstellen, daß auch die SPD, die in Dortmund den Oberbürgermeister stellt, zu keiner Zeit erwogen hatte, gegen die faschistische Zusammenrottung vorzugehen: *„Bei einem Anruf beim SPD-Bezirksvorstandsmitglied Heinemann stellte sich heraus, daß die tatsächliche Ausrichtung der Veranstaltung schon seit drei (!!) Wochen in SPD-Kreisen bekannt"* war („Klün-

tung schon seit drei (!!) Wochen in SPD-Kreisen bekannt" war („Klüngelkerl", November 78).

Sofort nach Bekanntwerden des tatsächlichen Charakters der Dortmunder „Folkloreveranstaltung" mobilisierte die revisionistische FIDEF zu einer Protestdemonstration für den 29.10. - dem Tag des Türkes-Auftritts. Protestnoten gab es ebenfalls vom DGB, der IG Chemie, der IG Metall und den Jusos(letztere riefen auch zur Demonstration auf).

Etwa 1500 Demonstranten – ganz überwiegend türkische Antifaschisten – trafen sich dann am 29.10. am Dortmunder Hauptbahnhof. Leider kam es aufgrund der unter den türkischen Gruppierungen allseits vorhandenen sektiererischen Vorbehalte nicht zu einem gemeinsamen Auftreten: Der Block der „KPD/ML"-nahen ATIF/ATÖF blieb gleich am Bahnhof stehen – er lehnte jede Kooperation mit der „sozialfaschistischen" FIDEF ab. Der eher „KPD" orientierte türkische Kulturverein wollte sich zwar in einem eigenen Block der Demo anschließen, wurde aber von FIDEF-Ordnern abgetrennt und weit abgedrängt. Die FIDEF-Ordner gingen überhaupt gegen a l l e ihr nicht angehörenden bzw. nicht mit ihr sympathisierenden Antifaschisten vor: AK-Verkäufer wurden abgedrängt, z.T. bedroht und angepöbelt; andere Dortmunder Linke, u.a. die Antifa-Gruppe, Falken usw. wurden ebenfalls aus dem FIDEF-Block herausgehalten und bei der Abschlußkundgebung – ebenso wie der türkische Kulturverein – daran gehindert, den Kundgebungsplatz zu betreten!



Von den Jusos, die über Rundfunk und Presse zur Demo aufgerufen hatten, war übrigens nichts zu sehen ...

Antifa-Kommission NRW

Fahndung ohne Grenzen

Am Mittwoch, dem 1.11.1978, wurde bei einer Schießerei an der deutsch-niederländischen Grenze in Kerkrade der niederländische Zollbeamte Dirk de Jong erschossen und ein zweiter Beamter schwer verletzt. Über den Vorgang wurden von der Polizei und der Presse die widersprüchlichsten Versionen und Falschmeldungen verbreitet. – Schon die Versionen über den Hergang sind sehr widersprüchlich:

Version a): Ein mit einem Mann und einer Frau besetzter roter Ford-Kombi sei bei der Einreise in die BRD von niederländischen Beamten gestoppt worden. Daraufhin habe das Paar ohne Vorwarnung aus dem Auto heraus auf die Beamten geschossen. Anschließend habe der Wagen gewendet und sei in die Richtung verschwunden, aus der er gekommen sei (FAZ u. SZ v. 2.11.).

Version b): Auf der niederländischen Seite der Grenze sahen vier Zöllner einen Mann, der ihnen „verdächtig" vorkam, auf der anderen Seite stand eine Frau. Der Mann zeigte auf Anweisung eines der Zöllner den Inhalt seiner Tasche: einige Stangen Zigaretten und Schokolade. *„Die Zollbeamten ersuchten daraufhin den Mann, mit zur Grenzstation zu kommen. Dieser weigerte sich, zog eine Pistole und schoß unmittelbar auf die beiden am dichtesten stehenden Beamten. Angenommen wird, daß daraufhin auch die Frau ihre Waffe zog und zu schießen begann"* („de Volkskrant", 2.11.).

Heroin-Schmuggler oder Terroristen?

Zunächst hieß es, bei den Tätern könne es sich um einen *„neuen, besonders harten Typ von Heroin-Schmugglern"* handeln, so ein Sprecher des Düsseldorfer Innenministeriums („Kölner Stadtanzeiger", 3.11.). Ähnlich ein niederländischer Kriminalbeamter, der *„Leute aus der Drogenszene oder andere Kriminelle"* zu den möglichen Tätern rechnete („Aachener Volkszeitung", 3.11.).

Für das Bundesinnenministerium jedoch stand von v o r n h e r e i n fest, daß die Flüchtigen *„sowohl vom Alter als auch vom Äußeren her 'dem Raster terroristischer Täter'"* entsprochen hätten (wobei erfahrungsgemäß a l l e „ordentlich" gekleideten Menschen im Alter von 20 bis 35 Jahren diesem „Raster" entsprechen).

Dementsprechend wurden 15 westdeutsche „Anti-Terror"-Polizisten mit „neuestem Terroristen-Material" und zwei Polizeihubschraubern zur Unterstützung der Großfahndung im Drei-Länder-Eck BRD, Holland und Belgien abkommandiert.

In den Tagen darauf entwickelten

Holland und Belgien abkommandiert.

In den Tagen darauf entwickelten sich die wildesten Spekulationen: Die Springer-Zeitungen „Welt" und „Bild" vom 3.11.78 vermuteten in der beteiligten Frau Inge Viett („Bild"-Schlagzeile: *„Todesschützin von der Paßkontrolle-Terroristin Nr. 1"*), was tags darauf vom Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums dementiert wurde.

Am 4.11. verbreiteten das „Hamburger Abendblatt" und die „Morgenpost" eine andere Version: bei den Flüchtigen handele es sich um Christian Klar und Adelheid Schulz. Dieser Verdacht ergebe sich aus den Phantom-Fahndungsbildern der Polizei. Die niederländische Polizei allerdings konnte *„keine markante Ähnlichkeit mit den deutschen mutmaßlichen Terroristen"* feststellen (SZ, 4./5.11.). Am 5.11. brachte dann die „Welt am Sonntag" das Paar von Kerkrade aus heiterem Himmel mit Rolf Heissler und Sigrid Sternebeck in Verbindung. Nachdem festgestellt worden war, daß die nach der Schiesserei aufgefundenen 27 Patronenhülsen aus in den Niederlanden unbekannten Waffen stammen, übernahm das Bundeskriminalamt (BKA) die „Untersuchung".

Ergebnis: Die Täter hätten eine Maschinenpistole und eine polnische 9 mm-Pistole des Typs Makarov benutzt. Bei der Maschinenpistole handele es sich um eine polnische Waffe des Typs PM 63. Dieselbe Waffe sei im August 77 bei einem Überfall auf eine Essener Bank verwendet worden. Bei dem später in Utrecht verhafteten Knut Folkerts sei Geld aus diesem Überfall gefunden worden. Ähnliche Munition wie die in Kerkrade gebrauchte, sei auch bei der Entführung Schleyers verschossen worden. Ebenso habe die Polizei bei einem Anschlag auf einen Bus der israelischen Fluggesellschaft El-Al in London Munition dieses Typs entdeckt. Außerdem sei der gleiche Waffentyp bei der Entführung der Lufthansa-Maschine nach Mogadischu und bei einem Anschlag auf die syrische Botschaft in Rom verwendet worden.

Zusammenarbeit à la „Modell Deutschland"

Unmittelbar nach der Schießerei wurde im westdeutschen, niederländischen und belgischen Grenzgebiet Großalarm ausgelöst. Die belgische Reichswache wurde mobilisiert, von niederländischer Seite wurde ein Flugzeug der Reichspolizei zur Suche nach den Tätern eingesetzt, zwei BGS-Hubschrauber flogen das Gebiet ab. Auf allen Hauptstraßen der Provinz Limburg gingen mit Karabinern bewaffnete Polizisten in Stellung. Scharfschützen der niederländischen Marine-Infanterie zogen an der Grenze bei Kerkrade auf. Von Köln, Düsseldorf und Düren aus wurde die Grenzbewachung mit westdeutschen Polizisten verstärkt.

„Gleichzeitig mit der Großfahndung in Holland wurde auch in der Bundesrepublik eine 'flankierende Fahndung' mit einem 'neuen Konzept' ausgelöst" („Aachener Volkszeitung", 3.11.). *„Die sofort ausgelöste Ringfahndung erstreckte sich ... bis Düsseldorf, wo die wichtigsten Autobahnabschnitte von schwerbewaffneten Polizisten kontrolliert wurden"* („Bild", Aachen-Beilage, 2.11.).

Die Führung der Fahndung wurde von niederländischen und westdeut-

Die Führung der Fahndung wurde von niederländischen und westdeut-schen Instanzen von Anfang an gemeinsam betrieben.

Am 2.11. waren zwei BKA-Beamte in Kerkrade angekommen, am nächsten Tag waren es 15. Interpol wurde in die Fahndung eingeschaltet.

Am 3.11. wurde in den Niederlanden die nationale Terrorbekämpfungs-Einheit eingesetzt und ein zentrales Koordinationszentrum gebildet (auf hochdeutsch heißt das „Krisenzentrum").

„In dem speziellen Südlimburger Fahndungsteam sind auch zwölf Polizeibeamte aus dem Bezirk Aachen aufgenommen worden, wie auch niederländische Polizisten auf der deutschen Seite der Grenze stationiert sind. Sie haben die Aufgabe, für schnellen Informationsfluß hin und her zu sorgen. Dem Justizministerium zufolge ist es das erste Mal, daß in so großem Maßstab von niederländischer und deutscher Polizei zusammengearbeitet wird" („de Volkskrant", 4.11.) – abgesehen von den Jahren 1940-1945 natürlich, als niederländische Polizei und Gestapo auch ganz gut zusammenarbeiteten...

Spitzelei und Menschenjagd

Zusammen mit den Menschenjägern vom BKA und befördert durch eine sich westdeutschen Vorbildern nähernde Presse kamen auch in den Niederlanden Spitzelmentalität und Terroristen-Hysterie hoch.

Am 6.11. meldete „de Volkskrant", daß bei der Polizei in Kerkrade 197 und bei der Polizei in Aachen 37 Fahndungshinweise eingegangen waren. Fünfzig dieser Hinweise wurden an die zentrale Fahndung in Den Haag weitergeleitet, vierzehn aus Den Haag gingen wiederum ans BKA, einer an Interpol.

Besondere Aufregung mit weitreichenden Folgen verursachte die Angabe eines Mannes, der kurz nach der Schießerei einen Mann und eine Frau gesehen hatte; die Frau hatte eine blutende Verletzung an der Hand. Da angenommen wurde, die an der Schießerei beteiligte Frau sei verletzt worden, wurden künftig Frauen mit verbundenen Händen im Bereich Limburg gejagt.

In Den Bosch saß am 3.11. ein Paar in einem Restaurant. Ein anderer Gast bemerkte einen Verband an der Hand der Frau, sah nur noch Terroristen und alarmierte die Polizei. Da sich dies in Den Bosch/Niederlande abspielte und nicht in Düsseldorf/BRD ging die Sache für das Paar noch glimpflich aus. Sie wurden im lebenden Zustand zur Wache gebracht, wo sich ergab, daß sie mit der Schießerei in Kerkrade nichts zu tun hatten.

Zwei Tage später ging eine ähnliche Sache weit weniger glimpflich ab. Am 5.11. wurden in Schaesberg (Niederlande) ein Mann und zwei Frauen – eine von ihnen hatte den Arm verbunden! – beobachtet. Sie gingen zum Einkaufen, anschließend zum Essen, bestiegen dann einen VW-Bus mit Aachener Kennzeichen. Die Polizei nahm die Verfolgung auf: Zwei Polizeiwagen hinter dem Bus, ein ziviler Wagen vor dem Bus. Von diesem zivilen Wagen aus soll dem Fahrer bedeutet worden sein, anzuhalten. Weder die Insassen des Wagens noch ein unmittelbarer Zeuge des Vorgangs haben jedoch diese Stopzeichen gesehen. Nach der Presseerklärung der Polizei spielte das weitere sich so ab: *„Als diverse Stopzeichen negiert wurden, wurde erst ein Warnschuß und danach einige gezielte Schüsse abgegeben"*. („Limburgs Dagblad", 6.11.). Drei dieser „gezielten Schüsse" durchschlugen den Bus, einer traf den Fahrer in den Oberschenkel. Ein Polizeisprecher besaß hiernach noch die beachtliche Frechheit, gegenüber der Presse auszuführen: **„Es ist nicht in Panik geschossen worden. In dieser Situation wurde entsprechend den neuen Instruktionen bei der Festnahme und Fahndung nach Schwerkriminellen und Terroristen gehandelt"**. („De Limburger", 6.11.).

Niederlande-Kommission und Antifa-Kommission Hamburg



Die Führung der Fahndung wurde von niederländischen und westdeut-

Nach „Hinweis" aus der DDR Super-Fahndung in Westberlin

Westberlin ist um eine Großfahndung reicher. **„Die gesamte Berliner Polizei fahndet seit gestern, 12 Uhr 10 mit Tausenden von Beamten nach dem 26jährigen Christian Klar..."** („Berliner Morgenpost", 27.10.). Daß sich Klar in Westberlin aufhalten solle, hat die Polizei angeblich durch einen privaten „Hinweis" aus Berlin/DDR erfahren. Dieser „Hinweis" war tatsächlich die e i n z i g e Begründung für die Großfahndung am 26./27. Oktober!

Im Mai dieses Jahres genügte ein anonymer Anrufer, der behauptete, „Terroristen" gesehen zu haben, um einen ganzen Häuserblock abzuriegeln und mehrere Häuser zu durchsuchen.

Im Juni wurden im Rahmen des Razziengesetzes an Kontrollstellen auf Straßen und Plätzen Leute ohne konkreten Verdacht durchsucht.

Nun genügte ein „ernstzunehmender Hinweis", daß sich Christian Klar angeblich in Westberlin aufhält, um eine weitere Bürgerkriegsübung auszulösen.

„Alle Grenzübergänge wurden sofort durch Kontrollposten verstärkt gesichert, der Flughafen Tegel besetzt, Strassenkontrollen verschärft" („Bild", 27.10.).

Im Fahndungseifer kamen zwei Bullen beim Kontrollieren eines Zuges nach Hamburg nicht mehr dazu, rechtzeitig auszusteigen. Mit Stahlhelm und MPi fuhren sie in die DDR und durften nach vier Stunden Aufenthalt zurück nach Westberlin.

Antifa-Kommission Westberlin

Breite Aktionseinheit

Die Stadt Arolsen soll ihre Stadthalle im Stadtteil Mengeringhausen der NPD für deren Bundesparteitag am 18./19. November zur Verfügung stellen. Das entschied Ende Oktober der hessische Verwaltungsgerichtshof auf eine Beschwerde der Stadt Arolsen hin.

Mittlerweile haben sich auch prominente Proteststimmen zu Wort gemeldet, so u.a. Dr. Wolfgang Hallwachs, Geschäftsführer der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (Kassel) und Prof. Frank Deppe (Marburg).

Wieder einmal konnte sich leider der DGB nicht entschließen, antifaschistische Proteste zu unterstützen. Der DGB-Kreisvorstand Waldeck-Frankenberg lehnte die Organisierung von Gegenaktionen ab; stattdessen will er lediglich mit Zeitungsanzeigen gegen den NPD-Parteitag „protestieren". Ebenso der Kasseler DGB.

Zur Koordinierung antifaschistischer Aktivitäten hat sich ein „Arbeitskreis Antifaschismus Bad Wildungen/Arolsen" gegründet, in dem bis jetzt folgende politischen Kräfte zusammenarbeiten: KABD, DKP, VVN, Jusos, GIM, KB, GLH und Stadtschülerrat Kassel. Zur Festlegung antifaschistischer Aktionen trifft sich der Arbeitskreis am 11./12.11. Vorgeschlagen ist eine gemeinsame Demonstration am 19.11. in Arolsen selbst, mit anschließender Kulturveranstaltung sowie die Durchführung einer Konferenz von Antifa-Gruppen aus Nordhessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Hessenwahl vorbei – Biblis C kann gebaut werden

Wie nach jeder Wahl kommt für „kritische" SPD-Wähler und Jusos jetzt auch in Hessen der große Katzenjammer. Nachdem schön in der Berufsverbote-Frage, von der SPD wirkungsvoll in die Endphase des Wahlkampfes eingebracht, die Uhren seit einiger Zeit wieder rückwärts laufen, hat Börner nun auch zum Ausbau des AKW Biblis einige „Klarstellungen" vorgenommen. Die Jusos waren so vorlaut gewesen, die SPD an ihr Versprechen zu erinnern, den geplanten Block C im Falle eines Wahlsieges n i c h t zu bauen. *„Angesichts der Konkurrenz der ‚Grünen' habe sich die SPD so deutlich gegen den weiteren Reaktorbau ausgesprochen, daß es einem Betrug des Wählers gleichkomme, wenn die Partei von ihren früheren Aussagen abrücken würde"* („FAZ", 27.1o.). Daß die Jusos nicht ohne Grund diese öffentliche Mahnung aussprachen, sollte sich sehr schnell herausstellen: Am 2.11. berichtete die „FAZ", daß sich Börner *„von solchen Wahlaussagen deutlich distanziert"* hätte. Börner **b e s t r i t t , jemals den Bau von Block C als überflüssig bezeichnet zu haben. Er wolle jetzt *„aus Sorge vor Schadensersatzprozessen nicht in das Genehmigungsverfahren eingreifen" (ebd.).***

Dies bedeutet, daß der Bau von Biblis Block C b e s c h l o s s e n e S a c h e ist, denn daß das Genehmigungsverfahren positiv für die AKW-Betreiber ausgeht, ist nach dem Verlauf der öffentlichen Anhörungen der Einwender völlig klar. Und als ob man die Biblis-Gegner direkt noch provozieren will, heißt es: Ausreichende Vorbereitungen für die Entsorgung gelten in Hessen als getroffen. Zur Erinnerung: Einer der Skandale um das AKW Biblis ist, daß dort klammheimlich und ohne Genehmigung das Lagerbecken von Block A zu einem Kompaktlager erweitert wurde, weil die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague bekanntlich nicht „entsorgt", und die Atommafia nicht mehr weiß, wo sie mit den abgebrannten Brennstäben hin soll!

Das Schärfste aber ist zweifellos, daß Börner - der Mann „ mit der weißen Weste" - heute eine Äußerung, die w o c h e n l a n g durch die gesamte Presse ging und den
daß Börner - der Mann „ mit der weißen Weste" - heute eine Äußerung, die w o c h e n l a n g durch die gesamte Presse ging und den
Wahlkampf maßgeblich bestimmte, glatt abstreitet, als ob die Bürger dieses Landes nicht lesen könnten. Börner hatte einen weiteren Ausbau von Biblis nicht nur als „überflüssig" bezeichnet, er hatte auch erklärt warum: Die beiden schon laufenden AKW's (Block A und B) würden nämlich schon mehr als genug Strom liefern. In diesem Zusammenhang prägte Börner auch seinen bisher einzigen geschichtsprägenden Spruch: Die SPD sei in Hessen „die größte Bürgerinitiative"...

Umso schlimmer ist es, daß sich die Grüne Liste Hessen derzeit in einem Zustand befindet, der es ihr nicht erlaubt, gegen diesen geradezu klassischen SPD-Betrug den notwendigen Widerstand zu organisieren. Die GLH traf sich am 4./5.11. zu einer Mitgliederversammlung, die ohne konkrete Ergebnisse beendet werden mußte, obwohl sie sich durch dieses Verhalten der SPD in ihrer Kandidatur nachträglich direkt bestätigt sehen müßte. Stattdessen sehen einzelne Gruppierungen, die die GLH unterstützt haben, jetzt offenbar den Zeitpunkt gekommen, in sektiererischer Weise der GLH ihren Stempel aufzudrücken. So vertrat z.B. die GIM die abenteuerliche These, bei einem „sozialistischen Programm" hätten *„zehntausende"* mehr Wähler die GLH gewählt. Deshalb müsse jetzt rasch die sozialistische Perspektive her. Die Darmstädter Ökologen, leider unterstützt von einigen SB-Genossen, beharrten darauf, die GLH als *„Teil der demokratischen Ökologiebewegung"* festzulegen,was sie jedoch nicht näher definierten, sodaß man nur vermuten kann, daß damit ein GLU-naher Kurs eingeschlagen werden soll. Die „KPD" schließlich schlug ein Konzept vor, nach dem die Gruppen unverbindlich über alles und jedes diskutieren sollten, darunter natürlich die „Repression in Ost und West" und die Kriegsgefahr.

Die KB-Genossen schlugen in einem Diskussionspapier vor, bei dem alten Selbstverständnis der GLH, Kristallisationspunkt der bestehenden Protestbewegungen und Zusammenfassung von BI's sein zu wollen, festzuhalten.

KB/Gruppe Frankfurt

Russell-  Tribunal

Auf zur 2. Sitzungsperiode!

Vom 3. bis 8. Januar des kommenden Jahres wird die zweite Sitzungsperiode des Russell-Tribunals über Menschenrechtsverletzungen in der BRD in Köln-Mühlheim stattfinden. Nachdem auf der ersten Sitzungsperiode die Berufsverbote und damit im Zusammenhang stehende Repressionen, wie z.B. die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB, behandelt wurden, wird sich die Jury diesmal mit der Zensur, den Methoden und der Entwicklung des Verfassungsschutzes und der Einschränkung der Rechte von Angeklagten und Verteidigern beschäftigen.

Unbestritten hatte sich das Russell-Tribunal bis zu seiner ersten Sitzung zu einem Zentrum im demokratischen Kampf entwickelt. K e i n Projekt hatte in den vergangenen Jahren eine derart breite Unterstützung von der radikalen Linken bis hin zum bürgerlich-demokratischen Lager gefunden. Trotz der massiven Störmanöver der SPD konnte diese eine e i n d e u t i g e Verurteilung der Radikalenjagd im Öffentlichen Dienst nicht verhindern. Und trotz der verschiedenen Versuche, die radikale und revolutionäre Linke aus der Vorbereitung für das Tribunal auszuschließen, hat sich die Jury auf dieses Manöver nicht eingelassen.

Die Institutionen des Russell-Tribunals haben jetzt dazu aufgerufen, die zweite Sitzungsperiode vorzubereiten, indem Materialien gesammelt werden und die Öffentlichkeitsarbeit über die zur Untersuchung stehenden Themen intensiviert wird.

Die das Tribunal unterstützenden Kräfte sollten die zweite Sitzungsperiode nutzen, um die demokratische Öffentlichkeit erneut darauf hinzuweisen, daß trotz aller heuchlerischen Beteuerungen die politische Unterdrückung in der BRD weiter systematisch verschärft wird.

TOP: Zensur

Eine Zensur findet nicht statt. so heißt
TOP: Zensur

Eine Zensur findet nicht statt, so heißt es im Artikel 5 des Grundgesetzes. Aber Berufsverbote gibt es ja bekanntlich auch nicht. In beiden Fällen sieht die Praxis jedoch anders aus.

Wir brauchen nur an die jüngsten, spektakulären Fälle des Bommi Baumann-Buches, an die Hetzkampagne gegen die Veröffentlicher und Nachdrucker des „Buback-Nachrufs", an die Verhaftung der Agit-Drucker und nicht zuletzt an die Anklagen gegen den KB wegen seiner Stammheim-Berichterstattung und der Veröffentlichung des Russell-Buches 5 erinnern. Hinzu kommen die vielfältigen, meist unveröffentlicht gebliebenen Zensurfälle in den öffentlichen Medien, denen viele fortschrittliche Redakteure zum Opfer gefallen sind.

Die Gremien des Russell-Tribunals haben beschlossen, den Fall der Westberliner Agit-Drucker und die „Buback-Nachruf"-Affäre vor dem Tribunal zu behandeln. Daneben sollen mehrere Fälle aus dem Bereich des Paragraphen 88 a (Aufruf zur Gewalt) und des Paragraphen 90 a (Staatsverleumdung) aufgegriffen werden.

Wir gehen davon aus, daß die Zensurpraxis neben der Kriminalisierung der Aktionen der Linken (z. B. Brokdorf- und Grohndedemonstrationen) und den Berufsverboten gegenwärtig der entscheidende Hebel der Bourgeoisie zur Unterdrückung radikal-demokratischer und revolutionärer Gesellschaftskritik ist. Hierbei sticht wiederum besonders die Anklage wegen „Staatsverleumdung" hervor. Fast alle schweren Angriffe auf revolutionäre Organisationen werden unter diesem Stichwort geführt. So ist in mehreren Urteilen gegen die „KPD/ML" festgestellt worden, daß diese den westdeutschen Staatsapparat nicht mehr als Klassenstaat der Bourgeoisie bezeichnen dürfe; verboten ist es generell, bei Erschießungen durch die Polizei von Mord zu sprechen (angefangen bei der „Tötung" von Benno Ohnesorg bis zur „Tötung" von Routhier und weiteren Opfern der hemmungslosen Schußwaffengebrauchs der Polizei); verboten ist ebenso, die Zustände in der BRD als faschistoid zu bezeichnen (Anklage gegen die Westberliner „Buback-Nachruf"-Abdrucker); verboten ist, an der „Selbstmord"-These von Stammheim zu zweifeln (Anklage gegen den ARBEITERKAMPF) oder vom Aufbau einer neuen Gestapo zu sprechen (Anklage gegen den Reents-Verlag).

Ähnlich wie bei der Frage der Berufsverbote drängt sich bei der Untersuchung der Zensurpraxis eine Behandlung des KPD-Verbotsurteils von
Ähnlich wie bei der Frage der Berufsverbote drängt sich bei der Untersuchung der Zensurpraxis eine Behandlung des KPD-Verbotsurteils von
1956 förmlich auf. Mit dem KPD-Verbot wurde nicht nur die O r g a n i s i e r u n g der Kommunisten verboten, sondern gleichfalls die P r o p a g i e r u n g kommunistischer Grundauffassungen wie die Lehre vom Klassenkampf, die leninistische Staatstheorie usw. Zwar werden heute aus Opportunitätsgründen revolutionäre Organisationen geduldet, jedoch wird ihre Propaganda wieder zunehmend unter Strafe gestellt. Freilich geht die Zensurpraxis weit über den Bereich der revolutionären Linken hinaus. Erwähnt wurde schon der Fall der „Buback-Nachruf"-Nachdrucker; ebenso krass fällt die Zensur bei der Berichterstattung über die Anti-AKW-Aktionen ins Auge oder die staatlich verordnete Gleichschaltung von Presse und Rundfunk während der Schleyer-Entführung.

Die Betroffenheit des gesamten demokratischen und revolutionären Spektrums sollte Anlaß sein, über die Frage der Zensur eine ebenso breite Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erzeugen, wie dies am Beispiel der Berufsverbote durch das Tribunal gelungen ist.

TOP: Verfassungsschutz

Zweites Thema dieser Sitzungsperiode sollen die Entwicklung und die Methoden des Verfassungsschutzes sein. Behandelt werden sollen in diesem Teil u.a. der Fall Traube, die Schnüffelpraxis an den Grenzstationen, der Einsatz des VS in privaten Betrieben (HSW Hamburg), sowie die Einschaltung des VS an den Schulen.

Weniger problematisiert wurde bisher die Zusammenarbeit des VS mit den weiteren Geheimdiensten und dem BKA. Zwar geht allein schon von der Schnüffelpraxis des VS für alle Demokraten der BRD eine erhebliche Gefahr aus, wie sich dies z. B. in den Berufsverboten niederschlägt; doch weit darüber hinaus wird die Faschisierung durch die systematische Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten und der Verflechtung mit der exekutiven Polizeigewalt maßgeblich bestimmt. Dies war immerhin auch Gegenstand einer intensiven öffentlichen Debatte der letzten Zeit („Stern", „konkret"), auf die der Staatsapparat besonders empfindlich reagierte (z. B. Beschlagnahmung des Russell-Buch 5 des KB, das sich mit eben dieser Problematik befaßt).

TOP: Rechte von Angeklagten und Verteidigern

TOP: Rechte von Angeklagten und Verteidigern

Geplant ist, fünf (z. T. ehemalige) Anwälte von Angehörigen der RAF zu Wort kommen zu lassen. Im Vordergrund wird hierbei die Einschränkung der Verteidigungs m ö g l i c h k e i t stehen, also: Verbot der Mehrfachverteidigung, Kontaktsperre, Prozesse gegen Verteidiger wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" usw. Mit den Folgen dieser Entwicklung, die eine „freie Verteidigung" in politischen Prozessen erheblich behindern, wird die Linke insgesamt in Zukunft immer stärker konfrontiert werden. Das Verbot der Mehrfachverteidigung beispielsweise erstreckt sich nicht nur auf sog. „Terroristenprozesse", sondern gilt für alle politischen Prozesse, was die Verteidigung bei Massenprozessen wie gegen die Angeklagten der Brokdorf- und Grohndedemonstrationen zu einem erheblichen Problem werden läßt. Nicht vertreten werden jedoch die Angeklagten in den „Terroristenprozessen" sein. Auch sollen die Haftbedingungen nicht Thema der Untersuchung sein. Ein nach der ersten Sitzungsperiode eingerichteter Untersuchungsausschuß zu den Haftbedingungen wurde, ohne seine Arbeit aufgenommen zu haben, wieder aufgelöst.

Neben der unbestreitbaren Schwierigkeit, dieses Thema in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zu untersuchen, spielen hier auch politische Erwägungen eine Rolle, so die Befürchtung, das Tribunal könne durch eine massive Pressekampagne ins „terroristische Umfeld" gerückt und isoliert werden.

Der KB ist dafür eingetreten, daß auch die Haftbedingungen thematisiert werden, da unserer Meinung nach der Staat an den politischen Gefangenen demonstriert, wie weit er prinzipiell bei der Zerschlagung der Opposition zu gehen bereit ist. Trotz dieser Entscheidung halten wir es für wichtig, anläßlich der zweiten Sitzungsperiode Öffentlichkeit auch zu dieser Problematik zu schaffen und den Jury-Mitgliedern fundiertes Material dazu zu überreichen.

Der westdeutsche Beirat des Russell-Tribunals hat angekündigt, daß in der zweiten Sitzungsperiode verstärkt darauf hingewiesen werde, daß Repressionsmaßnahmen wie Zensur etc. auch in anderen Ländern der EG gang und gebe sind. Dies ist unbestreitbar der Fall und niemand wird etwas dagegen einzuwenden haben, daß das Tribunal auch an die Demokraten anderer Länder appelliert, sich dagegen zu wehren. Andererseits steht hier die Problematik, daß die SPD das Tribunal während der ersten Sitzungspe-
derer Länder appelliert, sich dagegen zu wehren. Andererseits steht hier die Problematik, daß die SPD das Tribunal während der ersten Sitzungspe-
riode heftig beschuldigt hatte, die BRD zu Unrecht als „besonders schlimm" anzugreifen und in eine Reihe mit faschistischen Staaten zu stellen. Von dieser Seite wird natürlich erneut ein starker Druck ausgeübt werden, die Kritik abzuschwächen und darauf zu verzichten, die besondere Gefährlichkeit des „Modell Deutschland" im Zusammenhang mit der Vormachtstellung der BRD in der EG herauszuarbeiten. Solche Versuche einer Beeinflussung waren allerdings bei der ersten Sitzung erfolglos geblieben.

Zur Kölner Arbeitskonferenz

Am 28./29.10. fand in Köln eine Arbeitskonferenz zur Vorbereitung der zweiten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals statt. Diskutiert werden sollte die inhaltliche Vorbereitung der von der Jury festgelegten Themen, die Haltung zu dem Beschluß der Jury, die Haftbedingungen und die Gewerkschaftsausschlüsse nicht als eigenständige Themenbereiche aufzunehmen, die Möglichkeit eines Rahmenprogramms während der zweiten Sitzungsperiode und die Perspektive einer Arbeit der Unterstützungsgruppen nach Beendigung des Tribunals

Insgesamt nahmen nur 70 Personen von 18 Unterstützungs-Initiativen teil (die größten Kontingente aus Köln und Frankfurt), was gegenüber der Frankfurter Arbeitskonferenz im Juni eine erhebliche Verminderung bedeutet. Hierin drückte sich vor allem aus, daß es gegenwärtig nur noch in wenigen Orten arbeitende Unterstützungsgruppen gibt und die Mehrzahl mit einer k o n k r e t e n Vorbereitung noch nicht begonnen, oder die Arbeit an Fällen eingestellt hat. Der erste Tag der Konferenz wurde durch die Anwesenheit der beiden Beiratsmitglieder Narr und Wesel bestimmt.

Narr und Wesel legten nochmals die Entscheidung der internen Jury-Sitzung über die Themenauswahl dar und konkretisierten diese (siehe hierzu den Artikel zur 2. Sitzungsperiode in diesem AK). Dieser Teil wurde jedoch nur sehr kurz behandelt, da die Mehrheit der Anwesenden hierauf leider nicht durch eine vorherige Diskussion in den Unterstützergruppen vorbereitet war.

Den Hauptauseinandersetzungspunkt bildete dann die Entscheidung der Jury, die Haftbedingungen nicht in den Bereich „Rechte von Angeklagten und Verteidigern" aufzunehmen. Narr und Wesel begründeten dies mit der mangelhaften Materiallage, die eine fundierte Untersuchung nicht möglich mache.

Schließlich stellte sich heraus, daß die Entscheidung nicht nur aufgrund von mangelndem Material, sondern auch aufgrund politischer Erwägungen getroffen wurde. Hierzu führten sie aus, daß aufgrund der zeitlichen Beschränkung der Sitzungsperiode Schwerpunkte gesetzt werden müßten. Ihrer Ansicht nach seien die gewählten Themen sowohl von der politischen Bedeutung für die Entwicklung der BRD als auch von der Öffentlichkeitswirksamkeit her bedeutender als die Haftbedingungen. Zudem hätten sie sich davon überzeugt, daß die Haftbedingungen in der BRD sich nicht gravierend von denen in anderen Ländern unterscheide.

Leider muß festgestellt werden, daß dieser Argumentation nur vereinzelt inhaltlich entgegengetreten wurde, während sich die Mehrzahl der Beiträge darauf beschränkte, penetrant (wobei sich insbesondere die Haftbedingunsgruppen hervortaten) die Frage nach den Opportunitätsgründen zu stellen (wohlgemerkt: dies wird durchaus nicht falsch; aber durch eine ständige Wiederholung kommt man damit wohl kaum zum Ziel, zumal die Beiratsmitglieder eben inhaltliche Argumente vorbrachten).

Schließlich wurde ein Antrag verabschiedet, wonach die daran arbeitenden Initiativen Material zusammenstellen und Mitglieder des Beirats und der Jury aufgefordert werden, die Entscheidung in einer gemeinsamen Diskussion zu überprüfen.

Zweiter Diskussionspunkt war die von der SPD-Führung angezettelte Debatte um die Berufsverbote. Weitgehende Übereinstimmung herrschte darüber, daß dies keineswegs einer Aufhebung der Berufsverbote, nicht einmal einer „Liberalisierung" entspricht. Diskutiert wurde, von den örtlichen Initiativen zu versuchen, über diese Frage in die Diskussion mit Jusos und Judos zu treten. Weiterhin soll nach der zweiten Sitzungsperiode eine Arbeitskonferenz über dies Thema organisiert werden, zu der insbesondere an Jusos, Judos und die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" herangetreten wird.

Im dritten Teil ging es um die Möglichkeit eines gemeinsamen Rahmenprogramms der Unterstützergruppen. Einigkeit herrschte darüber, eine Veranstaltung zu den Haftbedingungen durchzuführen, als Ergänzung zu den offiziellen Themen des Tribunals. Hierzu wurde die Westberliner Gruppe um den Verteidiger von Irmgard Möller, Frommann, beauftragt, die Vorbereitungen zu treffen. Die Mehrheit hielt darüber hinaus eine Veranstaltung zu den Gewerkschaftsausschlüssen für sinnvoll, allerdings nur dann, wenn über den Rahmen der Veranstaltung in Frankfurt neue Fälle präsentiert werden können (dies wird von den Bochumer und Kölner Initiativen geprüft).

Das Fazit dieser Arbeitskonferenz ist mager. Die Mehrzahl der Unterstützungsgruppen kranken nicht nur an dem deutlich sichtbaren Mangel an aktiv arbeitenden Mitgliedern und an der fehlenden politischen Breite, sondern v o r a l l e m an der mangelnden inhaltlichen Diskussion über die anstehenden Themen. So waren bis auf wenige Ausnahmen die zur Vorbereitung der Konferenz beschlossenen Themenbereiche von den Gruppen nicht vorbereitet worden. Dieser Teil der Tagesordnung wurde deshalb schon frü' zeitig abgesetzt.

Es kann nicht darüber hinweggesehen werden, daß die spontane Unterstützung für dieses Tribunal nachgelassen hat. Dies hat nicht zuletzt seine Ursache in der massiven Gegenkampagne der SPD. Dies kann von den Gruppen aber nur durchbrochen werden, *wenn jetzt die Untesuchungsarbeiten vorangetrieben werden,* um die durch die zweite Sitzungsperiode entstehende Öffentlichkeit zur Verbreiterung der Antirepressionsarbeit zu nutzen.

„KPD": Russell-Tribunal ‚schief angelegt'

Noch bis kurz vor der ersten Sitzungsperiode hatte die „KPD" eine Unterstützung des Tribunals ausdrücklich ausgeschlossen, da „*es ... einen großen Schaden für die demokratische Bewegung in unserem Land (bedeutet), wenn man zur politischen Unterdrückung im anderen Teil Deutschlands schweigt*" („Rote Fahne", Febr. 78). Früher einmal hatte es mit erfrischender Offenheit in der „RF" geheißen, ein solches Tribunal gegen den BRD-Imperialismus lenke nur vom Hauptfeind SU ab und sei „*Wasser auf die Mühlen des Sozialimperialismus*". Heute arbeitet die „KPD" in einer Reihe von Unterstützungsgruppen mit, ohne daß in der „Roten Fahne" jemals eine selbstkritische Änderung der oben zitierten Auffassung zu lesen war. Innerhalb der einzelnen Initiativen treten die „KPD"ler als selbstverständliche Unterstützer d i e s e s Tribunals auf, ohne zu erkennen zu geben, daß sie d i e s e s Tribunal eigentlich für „*einen großen Schaden*" halten. Logisch weitergedacht kann dies nur heißen: die „KPD" verfolgt alte Ziele mit neuen Methoden weiter. Einigen Aufschluß über die Absichten verrät ein während der Kölner Arbeitskonferenz verteiltes Extrablatt der „Roten Fahne". Danach war „*die gesamte Konzeption des Russell-Tribunals ... schief angelegt*". Warum? Weil „*nach wie vor ... besonders* (!) *innerhalb fortschrittlicher Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Mißtrauen und häufig berechtigte Kritik an der Konzeption des Russell-Tribunals nach dem Motto: 'Wir schaffen das schon selbst — auch ohne ausländische Juroren*' " bestehen würde. Diese Argumentation taucht gleich zweimal innerhalb der Stellungnahme auf, scheint der „KPD" also besonders am Herzen zu liegen. Nun, zuerst
ders am Herzen zu liegen. Nun, zuerst
zu den „fortschrittlichen Teilen der Sozialdemokratie". Nachweisbar hat als erster Willy Brandt diese „Kritk" in die Welt gesetzt. Aufgegriffen wurde sie dann vor allem von Kräften wie Freimut Duve (ohne ihm die gleiche Intention zu unterstellen), Günter Grass u.ä. Nicht aufgegriffen wurde sie von den Jusos und anderen l i n k e n Teilen der Sozialdemokratie, die zumindest noch den internationalistischen Gedanken der Sozialdemokratie (der alten) bewahrt haben. Die „KPD" versucht sich damit bei d e n Kräften innerhalb der Sozialdemokratie anzubiedern, die zwar in engem Rahmen an den antidemokratischen Praktiken Kritik üben, die aber ein internationales Tribunal als „übersteigerte „Reaktion" und „Verunglimpfung" bezeichnen.

Daß das Hauptaugenmerk der „KPD" auf d i e s e n Teil der SPD gerichtet ist, ergbit sich logisch aus ihren Bestrebungen zum Aufbau einer „antihegemonistischen Einheitsfront". Dieser Teil der Sozialdemokratie muß denn auch für die Behauptung herhalten, daß „*die Beschränkung des Tribunals auf die BRD und Westberlin ... nicht nur die Kritik unserer Partei hervorgerufen*" hat. Zustimmend wird dann Jürgen Habermas zitiert, der das Tribunal kritisiert als „*Gericht über den Teil Deutschlands, in dem es um so vieles liberaler zugeht als in dem anderen Teil*". Und genau dies ist natürlich auch für die „KPD" der e i g e n t l i c h e Vorbehalt gegen das Tribunal. Sie selbt wagt es jedoch nicht, o f f e n auszusprechen, daß ihrer Meinung nach mit der BRD der f a l s c h e Staat vor dem Tribunal steht, ein Staat, der nach der „Drei-Welten-Theorie" „berufen" ist, gegen die Supermächte und besonders den „Sozialimperialismus" anzugehen.

Stattdessen v e r s t e c k t sich die „KPD" hinter dem Rücken solcher Sozialdemokraten, deren eigener Beitrag im Kampf gegen den Abbau demokratischer Recht zweifelhaft ist.

In der Erklärung verlangt die „KPD" von den Unterstützergruppen, daß es „*keine Festlegung auf den Kampf gegen die angebliche 'deutsch-amerikanische Vorherrschaft'* " geben dürfe (oder gegen das „Modell Deutschland", wie dies in Diskussionen erweitert wurde). Dagegen wird aber nicht inhaltlich argumentiert, sondern stets darauf verwiesen, daß durch eine „Festlegung" Kräfte ausgeschlossen würden. Im Grunde kann sich die „KPD" damit eigentlich nur selbst meinen: sie sieht sich nicht in der Lage, auf Dauer eine Kampagne gegen den BRD-Imperialismus zu unterstützen, wenn nicht irgendwann mal auch der Dreh gegen den „Sozialimperialismus" reinkommt... oder?! So wird denn auch in penetranter Weise versucht, in der P r a x i s die Ost-West-Orientierung hineinzuschmuggeln.

Vornehmlich wird dabei die von allen Linken unbestrittene Bahro-Solidarität als Vehikel benutzt. Dabei werden die unterschiedlichsten Register gezogen. Auf der Kölner Arbeitskonferenz wurde der Vorschlag für eine Bahro-Veranstaltung parallel zur 2. Sitzungsperiode mit dem Hinweis auf den Zusammenhang der Repression in Ost und West begründet. Auf den Einwand hin, dies habe mit einem Tribunal über die BRD erstmals nichts zu tun, wurde plötzlich vertreten: eine Bahro-Veranstaltung habe n i c h t s mit strategischen Überlegungen zu tun, sondern diene n u r der Solidarität mit einem inhaftierten Sozialisten. Im weiteren Verlauf der Diskussion ließ sich ein „KPD"-Vertreter allerdings zu einer „Unvorsichtigkeit" hinreißen. Sinngemäß sagte er: wenn während des Tribunals die Repression in der DDR nicht aufgegriffen wird, wird die BRD in einem zu schwarzen Licht gezeichnet, da die Hauptgefahr aus dem Osten komme.

D a s ist des Pudels Kern. Weil wir diesen „Ost-West-Zusammenhang", wie ihn die „KPD" gern herstellen möchte, strikt ablehnen, wird dem KB dann demagogisch ein Boykott der Bahro-Solidarität unterstellt. Da in der ganzen BRD Bahro-Solidaritätsveranstaltungen stattfinden, ein zen-
veranstaltungen stattfinden, ein zen-
traler Kongreß in Westberlin geplant ist, und sich auch das Russell-Tribunal mit Bahro eindeutig solidarisiert hat, indem es ihn in die Jury berufen und seine Freilassung gefordert hat — alles Aktivitäten, die vom KB begrüßt, unterstützt und mitorganisiert werden —, bleibt der Stellenwert einer weiteren Bahro-Veranstaltung im Rahmen des Russell-Tribunals unklar, wenn es lediglich um die Solidarität mit diesem inhaftierten Sozialisten geht. Geht es allerdings um den vaterländischen Kram der „KPD", dann ist es natürlich sonnenklar, warum g e r a d e anläßlich eines Tribunals über die BRD Bahro „her muß".

Die „KPD" versucht den Eindruck zu erwecken, als ginge es ihr um ein pluralistisches Nebeneinander aller Auffassungen des demokratischen Kampfes. Das ist allerdings nur die Fassade. In Wirklichkeit geht es ihr um die „antihegemonistische Einheitsfront" — auch in der Russell-Bewegung. Unter dieser Perspektive hat eine Anklage gegen das „Modell Deutschland" keinen Platz, denn erstens ist der BRD-Imperialismus für die „KPD" k e i n Hauptfeind, und zweitens wird damit ein Teil der möglichen Bündnispartner einer s o l c h e n Front verprellt (von der rechten SPD bis hin zur CDU). Mit diesem Konzept hält die „KPD" jedoch hinter dem Berg.

Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, daß unser Konzept eine Verstärkung des Kampfes gegen das „Modell Deutschland" und damit gegen die Faschisierung in der BRD und gegen die internationalen Gefahren durch den BRD-Imperialismus ist. Ein solches Tribunal m u ß für die „KPD" „schief angelegt" sein, da sie die BRD nicht für die aufstrebende Hegemonialmacht in Europa hält, sondern im Gegenteil für einen Bündnispartner im Kampf gegen den Hauptfeind „Sozialimperialismus". Deshalb wird sie auch nichts unternehmen gegen die „europäische Einigung" unter Vorherrschaft der BRD. Jede internationale Kampagne gegen das „Modell Deutschland" schwächt diese „Einheitsfront" gegen die UdSSR und m u ß von daher von der „KPD" abgelehnt werden. Wenn die „KPD" den Mut finden würde, diese vaterländischen Positionen in solcher Offenheit zur Diskussion zu stellen, könnte eigentlich eine fruchtbare Debatte darüber beginnen.

Freispruch für Westberliner Professoren

Am 6.November, d.h. bereits am dritten von insgesamt fünf angesetzten Verhandlungstagen, sprach die 12. Große Strafkammer des Landgerichts die 14 Westberliner Herausgeber der Dokumentation „Buback - Ein Nachruf" von der Anklage der „Verunglimpfung des Staates" (§ 9oa StGB) frei.

Die Westberliner Herausgeber gehören zu der Gruppe der 48 Hochschullehrer und Rechtsanwälte, die im Juni vergangenen Jahres den „Buback-Nachruf" dokumentierten und damit für seine weitere ungekürzte Verbreitung sorgten, weil sie u.a. dazu beitragen wollten, „*der Kriminalisierung, der Illegalisierung und dem politischen Äußerungsverbot entgegenzutreten, indem wir das Recht auf freie politische Meinungsäußerung praktisch wahrnehmen*" (zit. aus dem Vorwort der Dokumentation).

Dieser Freispruch ist nach dem jüngst ergangenen (rechtskräftigen) Nicht - Eröffnungsbeschluß des OLG Bremen im Verfahren gegen die Bremer Professoren sowie den sich häufenden Freisprüchen gegen studentische Nachdrucker (zuletzt in Bonn, Bochum, Kaiserslautern) ein weiterer Erfolg im Kampf gegen die nach wie vor vorhandenen Versuche der Klassenjustiz, die damalige Solidaritätsbewegung mit dem Göttinger AStA zu kriminalisieren und abzuurteilen.

Die zunehmenden Schwierigkeiten der Justizorgane mit der „Bewältigung" der von ihnen angezettelten Strafverfahren gegen die Nachdrucker des „Buback-Nachrufs" bestätigte der Westberliner Prozeßverlauf mehr als einmal.

Schon zu Beginn des Prozesses leistete der vorsitzende Richter des Landgerichts „Außergewöhnliches". Eine von ihm selbst erlassene Verfügung, nach der die Angeklagten sich einer diskriminierenden Körperkontrolle auf „*Waffen und sonstige unerlaubte Gegenstände*" unterziehen sollten, mußte er bereits drei Stunden nach Prozeßbeginn wieder aufheben, weil sich ein Teil der Angeklagten bis dahin beharrlich geweigert hatte, die schikanösen und unwürdigen Kontrollen über sich ergehen zu lassen, während gleichzeitig der andere Teil der Angeklag-
gehen zu lassen, während gleich-
zeitig der andere Teil der Angeklag-
ten, dem es gelungen war, ohne Kontrollen in den Gerichtssaal zu gelangen, zusammen mit den Rechtsanwälten gegen die richterliche Verfügung massiv protestierte.

Offiziell übrigens wurde die Verfügung damit begründet, daß die Verhandlung aus „organisatorischen Gründen" im Sicherheitstrakt des Kriminalgerichts Moabit stattfinden mußte". (In unmittelbarer Nachbarschaft liefen der Schmücker-bzw. Lorenz/Drenckmann - Prozeß). Das Gericht sah sich auch noch zu weiteren Abweichungen von der ansonsten üblichen „Moabiter Praxis" gezwungen. So durften die Personalpapiere der Zuhörer immerhin nicht abgelichtet werden, und die Rechtsanwälte wurden beim Zugang zum Gerichtssaal nicht schärfer als Richter und Staatsanwälte kontrolliert.

Nachdem der erste Verhandlungstag mit dem Verlesen der Anklageschrift sowie der gesamten Dokumentation „Buback - Ein Nachruf" voll ausgefüllt war, nahmen die Herausgeber am zweiten Tag in ihren insgesamt acht Stunden dauernden Einlassungsreden ausführlich zu den Vorwürfen der Anklageschrift und zum Verfahren selbst Stellung. Sie belegten eindrucksvoll gerade mit Bezug auf die sog. „Mescalero - Affäre" den Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen in dem inkriminierten Vorwort der Dokumentation. Staatsanwalt bzw. das Westberliner Kammergericht, das per Beschluß vom 10.5.78 diesen Prozeß überhaupt erst eröffnet hatte, sahen vor allem durch zwei Passagen des Vorwortes ihren Staat „verunglimpft".

Einmal in der Aussage, daß „*durch exemplarische Kriminalisierung einzelner Studentenvertreter an der Hochschule ein Klima der Angst erzeugt*" werde, dann aber insbesondere durch den Satz :„*Die Unterdrückung und Verfolgung des Artikels ist selbst Ausdruck dieser Gewaltverhältnisse: während jeder Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis erstickt werden soll, können sich faschistoide Tendenzen ungehindert breit machen.*"Warum es sich bei diesen Sätzen um eine „Staatsverunglimpfung" gem. § 9oa handelt, führte das Kammergericht in seinem Eröffnungsbeschluß so aus: „*Der beschimpfende Charakter dieser Äußerungen liegt in ihrem Inhalt. Der Vorwurf der Willkür und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit unter Anspielung auf die faschistische Diktatur in Deutschland ist der schwerste Vorwurf, der gegen die Bundesrepublik und ihre Länder erhoben werden kann. Deshalb ist er maßlos in dem Ausdruck seiner Mißachtung*". „*Das geschieht böswillig, nämlich aus feindseliger Gesinnung*". Trotz derart schwerer Vorwürfe beantragte der Staatsanwalt selbst am dritten Verhandlungstag die Einstellung des Verfahrens, weil auf der „*subjektiven Seite*" der Tatbestand des §9oa nicht erfüllt sei, da den Dokumentaristen die zur Verurteilung erforderliche „*Böswilligkeit*" nicht nachzuweisen sei. Zuvor hatte er jedoch noch den Versuch unternommen, den Angeklagten ein Vergehen wegen „*schuldhafter Verbreitung eines rechtsgültig beschlagnahmten Druckerzeugnisses*" unterzujubeln.

Das Langericht folgte dem Antrag jedoch nicht, sondern sprach auf Antrag der Verteidigung die Angeklagten sowohl aus subjektiven wie aus objektiven Gründen frei, da die von der Anklage zitierten Passagen des Vorworts „ *im Rahmen der Meinungsfreiheit zulässig seien und eine Warnung vor bestimmten Entwicklungen darstellten*" („FR", 8.11.78).

„*Als Rechtsgüter stünden sich nicht die Meinungsfreiheit und die Ehre des Staates gegenüber, sondern bei dem Paragraphen §9oa gehe es um den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung von Bund und Ländern. Zu dieser Ordnung gehöre auch die Meinunsfreiheit. Da sich die Angeklagten selbst als Warner vor faschistoiden Tendenzen verstünden, könne nicht davon die Rede sein, daß der Tatbestand der Verunglimpfung des Staates objektiv erfüllt sei*" („Tagesspiegel", 8.11.). Wurde in der Anklageschrift der beschimpfende Charakter der Erklärung in dem „*schwersten Vorwurf*", nämlich daß die BRD faschistoid sei, gesehen, maß die Urteilsbegründung nun das „*Beschimpfen*" in „*Ausdrücken*".„*Der Tatbestand der Verunglimpfung des Staates, . . setzte doch ein Beschimpfen voraus, das mehr sei als das bloße Beleidigen*" (Tsp., 8.11.). Dieses Urteil ist auf jeden Fall ein guter Erfolg und hat hoffentlich auch Auswirkungen auf das Strafverfahren gegen Peter Brückner, dem von der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Hannover mit derselben Anklagebegründung „*feindliche Gesinnung gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung*" und „*Verächtlichmachung der BRD*" bescheinigt wurde.

Das Urteil verbessert auch die Startbedingungen für den Prozess gegen den KB, dem wegen der Herausgabe des Russel-Buch 5 inhaltlich ähnliche Vorwürfe gemacht werden: Vergleich der BRD mit dem Nationalsozialismus durch die Behauptung einer Faschisierung des Staatsapperates (neue GeStPo). Ein großer Irrtum allerdings wäre es, zu glauben, die Klassenjustiz würde an den KB mit derselben Elle herangehen, wie an die Professoren. Zu befürchten steht eher, daß die Justiz an den Kommunisten das nachholt, was bei den Professoren zu starke Prosteste hervorgerufen hätte: Eine exemplarische Verurteilung.

Der Erfolg wurde errungen durch die Solidarität der GEW-Berlin, des PH-AStA, der westberliner Studenten und vieler Einzelpersonen. Es ist besonders ein Erfolg der Strategie der Herausgeber/innen, sich nicht zu distanzieren bzw. ruhig zu verhal-ten, sondern von Anfang an in die Offensive zu gehen (mehrere Veranstaltungen, die letzte kurz vor dem Prozeß, Presserklärungen, Artikel, etc.).

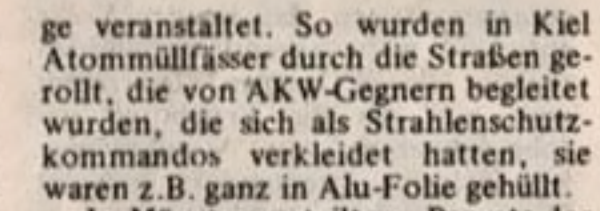
Sehr wichtig war auch, daß sich die Profs immer als Gruppe verstanden haben, was eine Stärkung nach außen als auch nach innen bewirkte. Die Arbeit der Gruppe ist ein nachahmenswertes Beispiel (auch für den KB), wie man/frau eine Sache, die man angefangen hat, bis zu Ende durchficht.

Eine Genossin aus Westberlin



Nachrichten vom Widerstand

Aktionstage gegen die WAA in Gorleben



Für den 27., 28. und 29.10. hatten die Freundeskreise der BIs Lüchow-Dannenberg überall in der BRD zu Aktionen gegen den Bau der WAA aufgerufen. Nach unserer leider nicht ganz vollständigen Übersicht gab es eine Vielzahl von gelungenen Informationsaktionen.

In **Lüchow** selbst hielten Freunde und Mitglieder der BIs eine Mahnwache auf dem Marktplatz ab. Sie stellten ein „lebendes Spruchband" dar mit der Forderung „Gorleben soll leben".

In **Lüneburg** machten die BI Umweltschutz, die WAA Gruppe und die GLU Informationstische in der Innenstadt, etwa zwölf AKW-Gegner veranstalteten mit Umhängetafeln einen kleinen Informationszug.

In **Hannover** radelten etwa 150 Menschen 2 Stunden durch die Stadt; Aufsehen erregte ihre zentrale Forderung: „Die WAA in Gorleben wird nicht gebaut. Basta".

In **Hildesheim** initiierte die Öffentlichkeitsgruppe, früher Teil der heute nicht mehr bestehenden BI, eine Fahrraddemo. Unterstützt wurde die Demonstration von den Jusos und der GLU. Etwa 120 Anti-AKWler radelten 2 1/2 Stunden durch die verschiedensten Stadtteile Hildesheims. Während dieser Zeit wurden im Zentrum zwei Büchertische abgehalten.

Am Sonntagabend fand ein erfolgreiches Anti-AKW-Fest, wieder von der Öffentlichkeitsgruppe organisiert, statt. Den etwa 350 Besuchern wurde ein buntes Programm geboten mit einem Referat zu Gorleben, einem Film über die Grohnde-Demo, Tombola, Büchertische etc.

In **Schleswig-Holstein** gab es Aktionen in Lübeck, Kiel und Flensburg. Auch hier wurden Umzüge veranstaltet. So wurden in Kiel Atommüllfässer durch die Straßen gerollt, die von AKW-Gegnern begleitet wurden, die sich als Strahlenschutzkommandos verkleidet hatten, sie waren z.B. ganz in Alu-Folie gehüllt.

In **Münster** verteilten „Beamte der Atommüllverteilungsstelle des Bundesinnenministeriums" in einer großangelegten Aktion „Proben von atomarem Müll" an die Münsteraner Bevölkerung. Sie wurden unterstützt von einigen mit Schutzanzügen und Gasmasken ausgestatteten Technikern. In dem Aufruf des „Bundesinnenministeriums", der gleichzeitig verteilt wurde, wies man darauf hin, daß man das Problem der Endlagerung und Wiederaufarbeitung von Atommüll noch nicht vollständig gelöst habe und deshalb die Bevölkerung bitten müsse, zunächst geringe Mengen davon zuhause zu lagern. In der Anweisung wurden als Lagerstätten Salzfässer, handelsübliche Bleigefäße und Glashülsen empfohlen.

In **Aachen** organisierte die AKW-NEE Gruppe die Aktionstage. Als Mitglieder der „Bundes-Atommüll-Verteilungsstelle" getarnt, wurde „Atommüll", der im Aussehen an normale Eierkohlen erinnerte, verteilt. Sehr ähnlich waren auch die mülltütenblauen Schutzanzüge.

Bielefeld. Verkleidet mit „Strahlenschutzanzügen" und „Atommüllfässer" vor sich her rollend, zogen am Samstagvormittag etwa 15 AKW-Gegner durch die Fußgängerzone und verteilten Flugblätter gegen den Bau der WAA. Der Zug erregte Aufssehen, es kam mehrmals zu größeren Menschenansammlungen, in denen lebhaft diskutiert wrde. Es wurde in Plastikbeutel verpackter „Atommüll" verteilt, zusammen mit einem Flugblatt, in dem die Bevölkerung aufgerufen wird, jetzt selbst für den Atomstrom die Verantwortung zu übernehmen und ein Päckchen Atommüll im Garten zu vergraben.

rufen wird, jetzt selbst für den Atomstrom die Verantwortung zu übernehmen und ein Päckchen Atommüll im Garten zu vergraben.

Ebenfalls in Strahlenschutzanzügen wurden auch die Redaktionen der beiden regionalen Zeitungen besucht und ihnen ein Päckchen Atommüll überreicht.

Die Freundeskreise **Rhein-Main** organisierten gemeinsam mit der Frankfurter Gruppe Strompreisboykott eine „Mahnwache" vor dem Haupteingang der Lurgi GmbH. Die Lurgi ist an der Planung der WAA beteiligt, außerdem plante und leitete sie bereits den Bau der Versuchsanlage in Karlsruhe. Vier Wächterinnen mit weißgeschminkten Gesichtern in schwarzen Kutten standen auf einem Podest und hielten Fackeln in der Hand. Außerdem lag ein Menschenteppich aus, an dem sich etwa 30 bis 40 Menschen beteiligten. Weiter liefen Aktionen in der Innenstadt, Lose wurden verteilt – der Hauptpreis war eine Fahrt mit Übernachtung nach Gorleben (nach „ID", 4.11.78).

In **Südbaden** fanden Veranstaltungen mit einem WAA Film statt, in Freiburg nahmen daran etwa 80 AKW-Gegner teil, in Mühlheim waren es 20, außerdem wurde in allen Orten Straßenagitation gemacht.

(Zusammengestellt nach Berichten aus Lüneburg, Hildesheim, Kiel, Münster, Freiburg, Bielefeld und „ID" vom 4.11.78)

Demonstration mit dem Plutoniumlindwurm in Westberlin

Radioaktives Faß in West-Berlin gefunden

In West-Berlin führte der Freundeskreis Gorleben und verschiedene Anti-AKW-Gruppen mehrere Aktionen und Veranstaltungen in mehreren Bezirken durch. Das waren unter anderem Fest, Theater und Filmvorführungen in selbstverwalteten Jugendzentren, eine Luftballonaktion in Kreuzberg, eine Photoausstellung im Wedding, Marktstände, Flugblattverteilaktionen an verschiedenen Plätzen der Stadt; außerdem fand eine Fahrraddemo am Samstag und ein Demonstrationszug mit dem Plutoniumlindwurm in der Innenstadt und im Tiergarten an zwei verschiedenen Tagen statt.

Während an diesen Aktionen die Beteiligung relativ gering war, sorgte eine spezielle Aktion am Samstag für die Verbreitung des Gorleben Problems über Rundfunk und mehrere Zeitungen. Am Samstag früh um 9 Uhr ging ein gelbes 200 Liter Plutoniumfaß auf dem Gehweg einer Hauptverkehrsstraße in Kreuzberg verloren. Es trug die Aufschrift: VORSICHT RADIOAKTIV! Aufgrund eines anonymen Anrufs bei der

Hauptverkehrsstraße in Kreuzberg verloren. Es trug die Aufschrift: VORSICHT RADIOAKTIV! Aufgrund eines anonymen Anrufs bei der

Polizei erschienen erst eine halbe Stunde später zwei Kontaktbereichsbeamte, die sich das Unding von der Nähe anschauten. Daraufhin erfolgte über Radio eine Anordnung der Polizei an die Bewohner der zur Straße liegenden Wohnungen, ihre Räume zu verlassen, an die Kinder vorübergehend einzusperren und an alle Autofahrer, den Bezirk zu umfahren.

Etwa um 11 Uhr erschienen Meßtrupps des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung und führten Messungen mit Geigerzählern durch. Die Messungen waren negativ. Dennoch ließ die Polizei von der Rundfunkanstalt eine zweite Meldung verbreiten, daß die Tonne zwar kein radioaktives Material enthalte, darin aber eine Bombe versteckt sein könnte, so daß die Straßensperre aufrechterhalten wurde.

Um 12 Uhr erst (man stelle sich vor, es wäre tatsächlich Plutonium gewesen) wurde die Tonne von einem Sprengtrupp der Polizei zur weiteren Untersuchung abtransportiert. Man könnte meinen, daß in West-Berlin offensichtlich häufiger gefährliche Dinge transportiert werden, was nur den Behörden bekannt ist.

KB/Gruppe Westberlin





Gorlebenaktion in Aachen

AKW-Würgassen noch einmal „davongekommen"

Im Rahmen der bundesweiten Aktionstage hatte der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie zu verschiedenen Aktionen aufgerufen:

Am Freitag wurde in der Zeit von 6.45 - 7.45 Uhr ein „Menschenteppich" vor dem Göttinger EAM-Gebäude gebildet, an dem sich ca. 70 AKW-Gegner beteiligten. Ziel dieser Aktion war es, an die Angestellten der EAM ein Flugblatt über die Gefahren, die von der Kernenergie ausgehen und ein Foto eines strahlengeschädigten Babies aus Hiroshima zu verteilen. Die EAM war auf diese Aktion schon vorbereitet und hatte den Arbeitsbeginn ihrer Angestellten um eine Stunde vorverlegt, so daß kein Einziger den Menschenteppich passieren mußte. Außerdem waren sämtliche Türen des Gebäudes und selbst das Tor des firmeneigenen Parkplatzes verschlossen.

Am Samstag wurden in der Göttinger Innenstadt „Atommüllpakete" an die Passanten verteilt. Anschließend führten „Bundeswehrangehörige" unter umfangreichen Sicherungsmaßnahmen einen Atommülltransport durch. Dabei „verunglückte" eines der Fässer auf dem Marktplatz. Sofort wurde von dem Transport-Begleitschutz eine Sicherheitszone mit einem Seil eingegrenzt, die keiner der innerhalb dieser Zone befindlichen Leute mehr verlassen durfte. Wer dennoch versuchte, sich widerrechtlich zu entfernen, wurde von der Schutz-Mannschaft daran gehindert.

Für den Sonntag wurde eine Fahrt zum AKW-Würgassen geplant. Es fanden sich ca. 100 AKW-Gegner ein, die in Richtung Würgassen losfuhren. Unterwegs wurden in Uslar und Lauenförde Flugblätter verteilt. Kurz hinter dem Ortseingang von Lauenförde, an der Abzweigung einer Lieferstraße zu dem AKW, fand die Fahrt der AKW-Gegner ein vorzeitiges Ende: Ca. 100 Bullen hatten die Straße mit Autos abgesperrt und wollten die AKW-Gegner „höchstens zu Fuß, aber ohne Transparente und

Fahrt der AKW-Gegner ein vorzeitiges Ende: Ca. 100 Bullen hatten die Straße mit Autos abgesperrt und wollten die AKW-Gegner „höchstens zu Fuß, aber ohne Transparente und

Flugblätter" weiterlassen. Um das für AKW-Gegner nicht ungewohnte Bild zu vervollständigen, schwebte über dieser Sonntagsidylle auch noch ein Polizeihubschrauber. Ursprünglich war geplant gewesen, bis zum AKW zu fahren, um dort das Tor symbolisch mit einer Kette zu verschließen. Da dies nicht möglich war, wurde dem „zufällig" anwesenden AKW-Leiter die Kette mit einigen gut gemeinten Ratschlägen in die Hand gedrückt.

Als die AKW-Gegner auf der Heimfahrt die Weserbrücke passieren wollten, um über Beverungen und Hann.-Münden zurückzufahren, wurde ihnen dieses von den Bullen untersagt. Waren die Bullen vorher nur in ihrer normalen Uniform angetreten, hatten sie mittlerweils angesichts der erfolgten „Stärkung" der AKW-Gegner ihre Helme und Schilde angelegt. Die AKW-Gegner mochten allerdings nicht einsehen, warum nur sie nicht über die Brücke durften, während andere Fahrzeuge und Fußgänger rüber durften und machten ihrerseits die Straße dicht. Daraufhin wurde ihnen über Megaphon mitgeteilt, es sei ein Abschleppwagen angefordert, um die Straße zu räumen und außerdem würde gegen die Halter der Kfz's Anzeige wegen Nötigung erstattet. Inzwischen zeitigte das Bullen-Aufgebot einen Effekt, den diese sicher in der Form nicht beabsichtigt hatten: Nach und nach liefen bis zu 100 Anwohner zusammen, von denen einige das Vorgehen der Polizei ebenfalls nicht billigten und lautstark protestierten. Gegen 18.30 gab dann der „Klügere" nach – um eine Eskalation zu verhindern, drehten die Göttinger um und fuhren zurück.

In der darauffolgenden Woche verprotestierten. Gegen 18.30 gab dann der „Klügere" nach – um eine Eskalation zu verhindern, drehten die Göttinger um und fuhren zurück.

In der darauffolgenden Woche verteilten die Göttinger in der Region ein Flugblatt, in dem sie die Vorfälle des Sonntag schilderten und durch Bilder belegten. Inzwischen sind beim Arbeitskreis einige Zuschriften von Anwohnern eingetroffen, die sich der Forderung nach Stillegung des AKW Würgassen anschließen und ihrer Empörung über das Vorgehen der Polizei Luft machten. Der Arbeitskreis will nun verstärkt die Aufklärung auch im Bereich um das AKW selbst beginnen.

Gesinnungsschnüffelei im Auftrag der DWK

In der Zeit vom 9.10. - 14.10. befragte das „unabhängige Institut" des Dipl. Psych. Peter Hecker nachweislich im Auftrag der DWK ca. 600 Personen im Raum Gorleben.

Einige Fragen waren:

- ob man bei Baubeginn, wenn die Polizei Gewalt anwendet, auch mit Gewalt antworten würde,
- wie schätzt die Bevölkerung die auswärtigen Atomgegner ein,
- wie man zur BI und deren Widerstandskonzept steht,
- wie man als Atomgegner das Problem der Rückstände geregelt wissen will u.a.m.

Ausdrücklich wurden Namen und Adressen der Befragten notiert und anschließend auch noch um eine Unterschrift gebeten. Sehr merkwürdige Umfragepraktiken! Die BI Lüchow-Dannenberg wendete sich daraufhin in einer großen Anzeige in der Elbe-Jetzel-Zeitung (vom 14.10.) mit der dringenden Warnung an die Bevölkerung, das Interview zu verweigern, da es im Zusammenhang zu sehen sei, mit Landkaufaktionen der DWK, mit Aktivitäten des Wachkommando Nord- und die Funktion eines „privaten Verfassungsschutzes" habe.

Um dem Psycho-Terror gegen Bevölkerung und besonders gegen die BI Umweltschutz vorläufig die Krone aufzusetzen, hat die DWK - nicht etwa das Hecker Institut- bei der Lüneburger Staatsanwaltschaft Anzeige gegen den Vorstand der BI gestellt:

Die Gesellschaft will sich damit gegen den Vorwurf wehren, daß sie sich mit Hilfe eines Meinungsforschungsinstitutes eine *„Personalkartei anlegen wolle, in der sie über jede Person im Kreis Informationen sammle"* („EJZ" 2.11.78).

Die Gesellschaft habe ein unabhängiges Meinungsforschungsinstitut beauftragt, im Kreis Lüchow-Dannenberg eine repräsentative Erhebung zu Fragen der Energieversorgung, der Kernenergie und speziell des Entsorgungszentrums mit seinen Randproblemen durchzuführen" („EJZ" 2.11.78).

Ein Sprecher der DWK betonte noch einmal - wie bereits in einer Anzeige vom 21.10. in der DAN-, daß erhobene Daten nur in tabellarischer Form (!) oder als zusammengefaßte Aussagen an den Auftraggeber gegeben werden, Zweifler werden mit dem Datenschutzgesetz beruhigt.

Die DWK muß sich gegen „üble Verleumdungen" wehren. Reinhard König, der Leiter der DWK- Abteilung Öffentlichkeitsarbeit: *„Die Äußerungen der Bügeriniative zielen darauf ab, die DWK in irgendeiner Form verächtlich zu machen. Gegen derartige Beleidigungen wehren wir uns"* („EJZ" 2.11.78).

AKW - Nein - Kommission

Volksabstimmung in Österreich: NEIN zu Atomkraftwerken!

Fortsetzung von Seite 1

lich für die Inbetriebnahme des AKW.

Eine Ausnahme machen die Großstädte (allerdings ohne Wien und Linz): in ihnen waren überall mehr AKW-Gegner als -Befürworter zur Abstimmung gegangen.

Die Wahlstatistiken ergeben, daß die meisten AKW-Gegner in den Städten unter den Jüngeren zu finden sind. Zwei Einzelergebnisse verdienen, besonders hervorgehoben zu werden:

1. Das Bundesland Vorarlberg. Dort hatten 75,8 % der Wahlberechtigten abgestimmt und von ihnen war die überwältigende Mehrheit von 84,4 % gegen AKWs! Ganze 15,5 % sprachen sich für Atomkraftwerke aus. Die Vorarlberger haben Erfahrung im Kampf gegen AKWs: Als vor fünf Jahren an der schweiz-österreichischen Grenze das AKW Rüthi gebaut werden sollte, brachte der Proteststurm diese Planung zu Fall.
2. In Zwentendorf selber stimmte eine knappe Mehrheit für das Atomkraftwerk, nämlich 56 %. Der Grund dafür liegt wohl in der Angst vieler Bewohner. die Arbeitsplätze im oder um das AKW herum zu verlieren. (Informationen aus „Kurier", 6./7. November)

Der "Wahl"kampf der SPÖ

Die SPÖ hatte noch im März verbreiten lassen, *»in einer so emotionalisierten und manipulierten Sachfrage«* dürften die »Massen« nicht entscheiden, da seien sie *»völlig überfordert«* („Zukunft", März 78, nach „apress" 6). Daß sie trotzdem die Volksabstimmung durchsetzte, hatte folgerichtig auch keinerlei demokratische Überlegungen zur Grundlage. Sie wollte angesichts der Tatsache, daß im Parlament die ÖVP und FPÖ aus wahltaktischen Gründen den Inbetriebnahmebeschluß nicht mittragen mochten, die Bevölkerung selber zum Mitverantwortlichen für Österreichs »strahlende Zukunft« machen. Sie tat das aus der Überzeugung heraus, daß die übergroße Mehrheit der Österreicher aus Angstmache (»die Lichter gehen aus«) und Märchen (»gesicherte Arbeitsplätze«) zu einem »Ja für Zwentendorf« bewegt werden könnte.

Hauptstützen dieses Wahlkampfe waren auf der einen Seite die Energiewirtschaft, die allein 30 Mill. Schilling für einen Pro-Atom-Propagandafeldzug lockermachte, und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), dessen berüchtigter Chef Benya selbst zur Führungsspitze der SPÖ gehört. Ein weiteres Mittel in der Vorbereitung der Volksabstimmung war die weitgehende Weigerung der Medien, die AKW-Gegner zu Wort kommen zu lassen.

Erfolge der AKW-Bewegung....

Erfolge der AKW-Bewegung....

Daß dieser Plan scheiterte, lag einmal am Bekanntwerden haarsträubender Einzelheiten über das AKW Zwentendorf:

- das verwendete Reaktordruckgefäß hat an den sicherheitsempfindlichsten Stellen Schweißnähte, die dem Dauerdruck möglicherweise nicht standhalten würden;
- Selbst auf die normalsten Prüfverfahren, wie sie für jeden Druckkessel vorgesehen sind, war in diesem Fall »verzichtet« worden („profil", 43/78);
- das AKW liegt mitten in einer stark erdbebengefährdeten Zone, in der bereits vor mehreren hundert Jahren verheerende Beben stattgefunden haben,
- Kurz vor der Volksabstimmung wurde ein weiterer Skandal bekannt: Schon 1960 war ein offizielles Gutachten der geologischen Bundesanstalten zum Ergebnis gekommen, daß das AKW just auf der größten Grundwasserreserve für Wien steht und deshalb dieser Standort für ein AKW »nicht geeignet« sei. Die Energieverbundgesellschaft hatte dafür gesorgt, daß dies Gutachten nicht bekannt wurde, da *»die Öffentlichkeit begreiflicherweise durch diese Arbeiten nicht beunruhigt werden soll«* („profil", 44/78).

Angesichts dieser Fakten konnte die „Aufklärungs"kampagne von SPÖ, Energiewirtschaft und ÖGB nicht recht überzeugen.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Stärkung der Anti-AKW-Bewegung waren sicher die Aktivitäten der AKW-Gegner in der SPÖ selbst. Mit ihrer Initiative »Sozialisten gegen Atomenergie« gelang es ihnen, eine breite (und von der SPÖ-Führung unerwünschte) Diskussion über AKWs

Atomenergie« gelang es ihnen, eine breite (und von der SPÖ-Führung unerwünschte) Diskussion über AKWs

zu initiieren.

... und Reaktion der SPÖ

Sie und besonders die linken Teile der IÖAG (Initiative österreichischer Atomgegner, der Zusammenschluß der Anti-AKW-Initiativen) waren demgemäß besonderen Repressionen von Seiten des Staates und der Sozialdemokraten ausgesetzt: So wurden häufig Infotische und Plakatständer angegriffen, nächtliche Plakatklebegruppen von »SP-Saalschutztruppen« gejagt; »mitunter wurden sogar Totschläger, Tränengas und Springmesser gegen AKW-Gegner eingesetzt«. Weiterhin wurden den AKW-Gegnern öffentliche oder gewerkschaftseigene Versammlungssäle verboten. Die SPÖ-Führung ließ selbst ein Konzert der »Schmetterlinge« in Innsbruck absetzen, weil die darauf bestanden, auch Anit-AKW-Lieder zu singen. Schließlich hagelte es massenweise Parteiausschlußdrohungen, insbesondere gegen die Sozialistische Jugend.

Am stärksten soll der Druck gegen AKW-Gegner im ÖGB gewesen sein. Aber immerhin protestierten in mehreren Großbetrieben Arbeiter dagegen, daß ihre Betriebsräte Pro-Zwentendorf-Inserate für die Belegschaft in den Zeitungen erscheinen ließen, obwohl diese gar nicht gefragt worden war. (Information aus „profil", 45/78)

ENDLAGERUNG

Von dem Ergebnis der Volksabstimmung waren alle bürgerlichen Parteien gleichermaßen überrascht. Die ÖVP, die eigentlich einen Grundsatzbeschluß für die friedliche Nutzung der Atomenergie hat und nur aus taktischen Gründen sich in die Front der AKW-Gegner einreihte, scheint davon ausgegangen zu sein, daß der

taktischen Gründen sich in die Front der AKW-Gegner einreihte, scheint davon ausgegangen zu sein, daß der

Volksentscheid scheitern würde, aber sie an Einfluß gewonnen hätte. Vor der Abstimmung verkündete ihr Vorsitzender, daß sie das Ergebnis respektieren würden und auch weiterhin die Frage der Sicherheit der AKWs im Vordergrund stünde („Süddeutsche Zeitung", 6.11.78). Die SPÖ hatte mit diesem Ergebnis aber offenbar überhaupt nicht gerechnet, war von der Einschätzung ausgegangen, daß sie ohne Mühen ihre Atompolitik sogar mit einem positiven Volksentscheid krönen könnte. Angesichts des Ergebnisses zeigte sich Kreisky besonders über den hohen Anteil der jungen Wähler, die gegen Zwentendorf gestimmt hatten, besorgt. Im vollen Bewußtsein, daß es sich hier um kein Zufallsergebnis handelt, sucht sich die SPÖ wieder neu zu profilieren.

Um jedem Verdacht erst einmal entgegenzutreten, daß sie den Volksentscheid nicht akzeptieren würden, brachte die SPÖ einen Gesetzesentwurf ein, der die Errichtung und Inbetriebnahme von Atomkraftwerken inclusive Zwentendorf verbietet. Diese scheinbare radikale Geste ist aber nur die logische Konsequenz aus der Volksabstimmung, da hierbei das am 7. Juli mit der SPÖ-Mehrheit verabschiedete »Zwentendorf-Gesetz« zur Abstimmung stand. Kreisky hat auch gleich betont, daß er die Abstimmung natürlich nicht als eine Ablehnung der Atomenergie auf ewige Zeiten sieht. Mit einem Hinweis auf Schweden meinte er, man müsse sich Zeit nehmen, um den Menschen zu ermöglichen, *»sich die Dinge zu überlegen«* („SZ", 7.11.). Hier deutet sich schon die Linie der SPÖ für die nächste Zeit an. Offenbar will die SPÖ erst einmal den Anschein erwecken, daß sie die Entscheidung der Bevölkerung ernst nimmt und sich auf eine Art »Denkpause« einstellt, um in dieser Zeit selbst nicht als Atombefürworterin aufzutreten, sondern vor allem auf den Dialog zu setzen und sich als die Partei zu profilieren, die die Atomenergie sicherer macht, um dann in der Hoffnung eines Abschwungs der Anti-AKW-Bewegung einen neuen Vorstoß zu machen.

Als erstes hat sich Kreisky von der SPÖ eine Generalvollmacht für wichtige Entscheidungen und Situationen ausstellen lassen. Da klar war, daß ein tatsächlicher Rücktritt Kreiskys für die SPÖ katastrophale Folgen gehabt hätte, konnte er diesen Blankoscheck auch gegenüber den Linken in der SPÖ durchbekommen.

So wird man in Österreich mit einer ähnlichen Entwicklung wie in der BRD rechnen können, als nach den Großdemos Anfang 77 die Bourgeoisie schon befürchtete, ihre AKWs nur noch hinter schwer bewachten Baustellenfestungen errichten zu können und für das forcierte Durchziehen des Atomprogramms nicht nur in der radikalen Linken, sondern in weiten Teilen des sozialdemokratischen und liberalen Lagers keinen Rückhalt mehr zu finden.

Ähnliche Überlegungen sind auch in Österreich ausschlaggebend. Denn in dem Abstimmungsergebnis machte sich wesentlich mehr an Staatsverdrossenheit Luft, als die bürgerlichen

in dem Abstimmungsergebnis machte sich wesentlich mehr an Staatsverdrossenheit Luft, als die bürgerlichen

Parteien ahnten. Die Gründe hierfür liegen sicherlich in einer ganzen Reihe von Problemen der Umweltzerstörung, die bis weit in das konservative Lager reichen. Insofern ist auch vor diesem Hintergrund mit einer ähnlichen Umweltschutzkampagne der bürgerlichen Parteien zu rechnen, um das verlorengegangene Terrain wiederzugewinnen.

Für die Anti-AKW-Bewegung wird es darauf ankommen, die nun massenhaft auftauchenden »besorgten« Umweltschützer von der SPÖ beim Wort zu nehmen und darauf zu dringen, daß über das endgültige Schicksal von Zwentendorf eindeutig entschieden wird. Sei es durch eine Umwandlung in ein Kohle oder Ölkraftwerk oder durch sofortigen Abriß, wie derzeit in der Bewegung diskutiert wird.

Zur internationalen Reaktion

Die Atomindustrie zeigte sich überall äußerst betroffen und kündigt Österreich nun den unvermeindlichen Rückschritt ins Mittelalter an. *»Der Zukunftsentwicklung Österreichs sei nachhaltiger volkswirtschaftlicher Schaden zugefügt worden«* schreibt die „Süddeutsche" (7.11.78). Entsprechend fragt die „Welt": *»Wann gehen in Wien die Lichter aus?«* (7.11.). Die schwedische und schweizer Regierung befürchteten sofort entsprechende Forderungen nach Volksentscheid in ihren Ländern, was in Schweden auch prompt eintraf („Welt", 7.11.).

Die AKW-Gegner in der BRD zeigten sich hocherfreut über das Ergebnis; die BUU/Hamburg schickte beispielsweise sofort ein Glückwunschtelegramm. Die Jusos zeigten sich »froh« und erhoffen sich dadurch ein Erstarken der Anti-AKW-Bewegung in der BRD („SZ", 7.11.).

Die Bundesregierung befürchtet ebenfalls, daß die AKW-Gegner in der BRD wieder neuen Auftrieb bekommen, ließ aber durch Minister Hauff mitteilen, daß sie an ihrem Kurs voll festhalten wolle! *»Wir gehen nicht in die Defensive, sondern machen offensiv weiter«*! Die Bevölkerung solle weiter durch »Bürgerdialog« aufgeklärt werden, zudem dürfe keinesfalls die Frage auf »Atomenergie ja oder nein« reduziert werden, sondern mit der Diskussion (sprich Demagogie) um die Arbeitsplätze und Wachstum verbunden werden („Hamburger Abendblatt", 7.11.).

In der SPD-Zeitung „Vorwärts" wird nicht mit Kritik an dem »übereilten Vorgehen« Kreiskys gespart. *»Das schwedische Modell des Bürgerdialogs* (sprich Roßtäuscherei mit falschen Wahlversprechungen) *wie die viel zu kurze und deshalb emotionalisierte Diskussion in Österreich lehren eher, daß der Dialog breit angelegt und lange geführt werden muß, um eine stabilisierte Entscheidung direkt durch den Bürger oder im Parlament zu erreichen. Nur so führt die Atomfrage nicht zur demokratischen Kernspaltung«* (9.11.78).

Auf jeden Fall hat die Volksabstimmung in Österreich den Atombe-

tung« (9.11.78).
Auf jeden Fall hat die Volksabstimmung in Österreich den Atombe-

treibern auch in der BRD noch einmal deutlich gemacht, wie schnell die AKW-Gegner breit an Boden gewinnen können. Da gilt es nachzuhaken.

Österreich - und AKW-Nein-Kommission

SKANDAL: AKW Ohu wurde trotz Unfall bis zum Wahltag angelassen!

Selbst für hartgesottene AKW-Gegner, die die Skrupellosigkeit der Atomindustrie anläßlich des letzten Unfalls in Brunsbüttel noch in Erinnerung haben, ist es unglaublich, in welchem Maße das Spiel mit dem Leben tausender Menschen angesichts des Wahlkampfes in Bayern auf die Spitze getrieben wurde!

Nach einem jetzt vorliegenden Bericht der Bremer Professoren Bätjer und Bleck (Projekt SAIU) wurde das bayerische AKW Ohu, das sich seit dem 3.12.77 im sogenannten Probebetrieb befindet und seitdem munter einen Unfall nach dem anderen fabriziert (dazu unten mehr), nach einem Unfall am 21.9.78 bis zum Wahltag am 15.10. nicht abgeschaltet, um den bürgerlichen Parteien „ihren" Wahlkampf nicht zu versauen.

Nach einem Unfall im Mai dieses Jahres stand Ohu vier Monate wegen notwendiger Reparaturarbeiten still und wurde am 20. September wieder „in Betrieb" genommen. Einen Tag später jedoch war die Freude der Betreiber über die ohne Unfall verlaufene Reparatur und die erneute Einschaltung wieder vorbei, als sich herausstellte, daß eine Speisewasserleitung (diese Leitungen versorgen den Reaktorkern mit dem Kühlwasser) undicht war und eine Kühlmittelpumpe ebenfalls durch einen Lagerschaden defekt war. Zudem zeigte ein weiteres System, daß das radioaktive Kühlwasser auf die Turbinen leiten soll, Macken, die erst einmal nicht weiter untersucht wurden; dieses System (der Zwischenüberhitzer) wurde der Einfachheit halber abgeklemmt. Nach intensiven Gesprächen am heißen Telefon beschlossen die Betreiber (Bayernwerk AG), der bayerische TÜV und die KWU, wobei vermutlich auch der „Rat" der bayerischen Landesregierung eingeholt wurde, den Reaktor nicht abzuschalten, um zu untersuchen, was die Ursachen für die Mängel sind, sondern es mindestens bis zum Tag der bayerischen Landtagswahl weiterlaufen zu lassen. Und genau am Abend des 15.10. wurde Ohu abgeschaltet, auf die Volksabstimmung am 5.11. in Österreich konnte offensichtlich keine Rücksicht mehr genommen werden (dies hat darin seine Brisanz, daß das AKW Zwentendorf baugleich mit Ohu, Brunsbüttel und im übrigen auch Philippsburg ist – Zwentendorf darf nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen in Brunsbüttel und Ohu nicht angeworfen werden, das baugleiche AKW Philippsburg darf ungeachtet aller Unfälle nun doch in Betrieb gehen unter ausdrücklicher Genehmigung der Bundesregierung. (s. „Welt", 9.11.78).

Natürlich konnte auch in Ohu trotz der Schäden an den Zwischenüberhitzern das AKW nur weiter in Betrieb gehalten werden, indem die Sicherheitssysteme gezielt außer Funktion gesetzt wurden. Sonst hätte sich das AKW ja vielleicht noch „völlig unkontrolliert" vor der Wahl abschalten können. Besondere Pikanterie erhält diese Tatsache dadurch, daß erst vor kurzem auf eine Anfrage an den bayerischen Landtag geantwortet wurde, daß eine derartige Außerkraftsetzung des Sicherheitssystems wie in Brunsbüttel in Ohu nicht möglich sei. Begründet wurde dies damit, daß die entsprechenden Systeme *„in drei verschiedenen Räumen, in drei verschiedenen Schränken, die mit Knebelschlössern versehen seien"* sich befänden und deshalb in Ohu so etwas nicht möglich sei. Unglücklicherweise gibt es aber eine Erklärung der HEW, die anfangs auch die Unmöglichkeit der Überbrückung der Sicherheitssysteme folgendermaßen begründet: *„Die entsprechenden Schränke befinden sich in drei verschiedenen Räumen, in drei verschiedenen Schränken, die mit Knebelschlössern versehen seien!!?!* Ohu ist bekanntlich baugleich mit Brunsbüttel! Insofern ist nun der Beweis erbracht, daß die Bedienungsmannschaft in Ohu genauso schnell ist wie in Brunsbüttel, da es darauf ankommt, die Ausschaltung in drei Minuten vorzunehmen, da sonst der Reaktor mit einer Schnellabschaltung zuvorkommt.

Die nach dem Abschalten erfolgten Untersuchungen ergaben ein erschütterndes Bild: Mehrere Rohre in dem Zwischenüberhitzer waren aufgerissen und die Behälterwand des Zwischenüberhitzers war schon 1 cm tief „angefressen" (die gesamte Dicke der Wand beträgt lediglich 2 cm!). Ein wenig länger andauernder „Probebetrieb", und der radioaktive Dampf hätte sich unter hohem Druck in das Maschinenhaus und damit in die Umwelt ergossen! Doch damit nicht genug, von den acht Ventilen, die in einem solchen Fall die weitere Zufuhr von radioaktivem Dampf aus dem Reaktor durch Absperren der Hauptleitungen verhindern sollen, wurden mehrere bei den Untersuchungen als nicht betriebssicher befunden - der gesamte zur Zeit im Kühlsystem befindliche radioaktive Dampf hätte also freiwerden können, mit ungeahnten Folgen für die Bevölkerung!

Die erwähnten Ventile sind übrigens bekannt für ihre Funktionsuntüchtigkeit, da sie sowohl in Ohu selbst als auch in Brunsbüttel mehrfach repariert werden mußten, was nun sicher auch für Philippsburg zu erwarten ist.

Gleichfalls in dem Bericht von Bätjer/Bleck ist eine Liste aller bislang bekannt gewordenen Unfälle in Ohu angefügt, die in nichts vor der Liste aus Brunsbüttel zurücksteht:

- Anfang Januar 78 (einen Monat nach der feierlichen Übergabe) zerlegte sich eine Kühlmittelpumpe und die Bruchstücke mußten im Kühlkreislauf gesucht werden, wobei allerdings nur 2/3 der Bruchstücke gefunden wurden. Das restliche Drittel dürfte nun nach und nach andere Teile zerstören. Desweiteren wurde festgestellt, daß für mehrere Dampfrohre die vorher gemachten Berechnungen über ihre Haltbarkeit nicht mehr zutrafen, da der Reaktor sich anders verhält als berechnet.
- Mitte Januar 78 mußten zum ersten Mal die oben erwähnten Ventile repariert werden.

Fortsetzung auf Seite 11

AKW Brunsbüttel — HEW hielt Störfall geheim

Im Katastrophen-AKW Brunsbüttel hat sich nach einer ganzen Kette schwerer Störfälle (siehe AK 141) noch ein weiterer Zwischenfall ereignet.

Die HEW hat es jedoch geschafft, diesen Störfall über eine Woche geheimzuhalten — erst ein anonymer Informant benachrichtigte die Presse. Kam dieser dem HEW-Pressesprecher etwa wieder um eine Nasenlänge zuvor, wie schon anläßlich des Störfalls am 18.6.78? Die HEW selber rechtfertigt ihr Schweigen damit, sie hätten eben *»die Sache mit dem Einlaufbauwerk für wichtiger gehalten«*. (Damit ist die Überflutung des Kühlwasser-Pumpenhauses am 24.10.78 gemeint). Das heißt denn ja wohl, daß die HEW entscheidet, welchem Störfall sie Bedeutung beimißt und welchen sie für so geringfügig erachtet, um ihn dann der Öffentlichkeit zu verschweigen.

Und das Kieler Sozialministerium, zuständige Landesbehörde für Atom-Anlagen, hat dieses Spiel voll mitgetragen, obwohl es nach dem Störfall vom 18.6.78 hoch und heilig erklärte, in Zukunft wolle man über jeden Störfall sofort die Öffentlichkeit informieren. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen ...

Über den Störfallablauf besteht noch keine abschließende Klarheit, da es mindestens zwei Versionen gibt. Nach Informationen der »Frankfurter Rundschau« — »FR« — aus »zuverlässiger Quelle« hat sich der Störfall folgendermaßen abgespielt: *»Wegen mangelnder Kühlung erhitzten sich ... die in einem speziellen Lagerbecken deponierten Brennelemente des abgeschalteten Reaktors über das zulässige Maß hinaus derart, daß die Gefahr einer Freisetzung großer Mengen Radioaktivität bestand.*

Im Kernkraftwerk Brunsbüttel werden wie auch in anderen Anlagen die Brennstäbe während notwendiger Reparaturarbeiten oder Stillstandsphasen des Reaktors in eigens dafür vorgesehenen Wasserbecken gelagert und gekühlt. Dafür sind erhebliche Wassermengen erforderlich, um die beträchtliche Zerfallswärme der Brennelemente abzuführen. Durch das ins Hauptpumpenwerk eingedrungene Elbewasser waren jedoch auch die für das Lagerbecken zuständigen Kühlpumpen ausgefallen. Während sich die Betriebsmannschaft fieberhaft bemühte, der Überflutung des Pumpenbauwerks Herr zu werden, sollen die Brennelemente in den Lagerbecken unzulässig heiß geworden sein. Erst durch die Inbetriebsetzung einer letzten Notkühlmöglichkeit soll . . . die ausreichende Versorgung der Brennelemente mit Kühlwasser wiederhergestellt worden sein. In dieser Phase soll es gleichzeitig zu einem weiteren Zwischenfall gekommen sein. Danach wurde zuviel Frischwasser eingespeist, so daß sich radioaktives Lagerbeckenwasser in das Reaktorgebäude ergoß« (»FR«, 3.11.78).

Die HEW selber bestreitet in ihren Stellungnahmen die »brenzlige Lage« im AKW und gibt bis jetzt nur zu, daß *»das Lagerbecken für die gegenwärtig ausgebauten Brennelemente des Kraftwerks bei einer 'routinemäßigen Nachspeisung' zu hoch mit Wasser geflutet worden«* ist. *»Dadurch sei Wasser in Lüftungskanäle der Beckenabsaugung eingedrungen und habe einige der Lüftermotoren überflutet«* (»Holstein. Courier«, 3.11.78).

Na also, kein Grund zur Beunruhigung! Inwieweit diese Darstellung der HEW — die ja im Verniedlichen bedrohlicher Störfälle durchaus Übung besitzt — der Realität entspricht, ist äußerst zweifelhaft.

So bestätigt ein Bericht der Physik-Professoren Jörn Bleck und Klaus Bätjer von der Universität Bremen weitgehend die Darstellung der »Frankfurter Rundschau«. Sie beziehen ihre Informationen ebenfalls aus einer »sicheren Quelle«, die sie jedoch aus naheliegenden Gründen nicht preisgeben wollen.

Solange sich ausschließlich der Betreiber (HEW), die Genehmigungsbehörde (Sozialministerium Kiel) und der TÜV um die »Aufklärung« solcher Störfälle kümmern, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Öffentlichkeit nicht hundertprozentig informiert wird und stattdessen wichtige Informationen in diesem »Bermuda-Dreieck« einfach verschwinden.

Keine Betriebsgenehmigung für Brunsbüttel!
Sicher nur durch Stillegen!

AKW-Nein-Kommission

Scheiß-Technik – Glühbirne verursachte fast einen Supergau!

Wieder einmal wurden diejenigen Kräfte, die die Atomenergie immer noch für das »non plus ultra« halten, aufgeschreckt. Diesmal sorgte eine kleine, unscheinbare Glühbirne für die Aufregung, sie versetzte das amerikanische AKW »Rancho Seco in Sacramento«/Kalifornien 70 minuten lang in Taumel. In den »technischen Wunderwerken unserer Zeit, elektronisch gesteuert, sicher vor jeder menschlichen Fehlleistung, todsicher abgeschirmt von der Umwelt und absolut sauber« — mit einem Wort, der Quintessenz dessen, was die menschliche Zivilisation uns beschert hat — man sollte es kaum für möglich halten.

Dennoch, ein einfacher Elektriker machte es möglich. Der Bericht über den Vorfall liest sich selbst fast wie eine Glosse: *»Es begann damit, daß ein Mitarbeiter an einer Instrumententafel im Leitstand des Werks die elektrische Birne eines Druckknopfschalters mit Innenbeleuchtung auswechselte. Dabei fiel eine Birne versehentlich in den geöffneten Schacht einer Instrumentenkonsole und löste dort einen Kurzschluß in der Instrumentierung aus.*

Darauf schaltete sich durch den Spannungsabfall ein Strombegrenzungs- und Unterspannungsschutz ein: mit der Folge, daß etwa zwei Drittel aller nichtnuklearen Signale für Druck-, Temperatur-, Wasserstand und Wasserdurchlauf falsche Signale abgaben — nicht nur für den Leitstand, sondern auch für das automatisch arbeitende Steuersystem.

Eine merkwürdige Kettenreaktion fand nun statt. Das Steuersystem reagierte auf die falschen Werte ebenfalls entsprechend falsch. Die Technik spielte regelrecht verrückt« (»Hamburger Abendblatt«, 6.11.78). Erst stieg die Temperatur im Reaktor an, bis die Schnellabschaltung in Betrieb gesetzt wurde. Dann ging's munter weiter: Die Signale für einen Dampferzeuger standen auf Null, für einen anderen auf Maximum. Tatsächlich waren beide außer Funktion. Und auch die Hilfspumpen ließen sich da nicht lumpen: Sie begannen plötzlich zu arbeiten, obwohl kein Wasser fließen konnte, da die nötigen Ventile geschlossen blieben. Schließlich schoß das Wasser in die Dampferzeuger und überflutete die Dampfleitung und so weiter und so fort ...

Das Personal war völlig rat- und fassungslos — die Technik versagte ihren Dienst und nahm ihren eigenen Lauf. Als die Instrumente wieder funktionierten, konnten sie nochmal aufatmen. Die Temperatur war — viellleicht durch Gottesfügung, wer weiß — unter den Grenzwert gesunken. Als Unglücksursache heißt es in einem Untersuchungsbericht lapidar: menschliches Versagen.

So lustig sich die Geschichte auch liest, das Lachen bleibt einem im Halse stecken. Es hätte ja genauso gut anders kommen können — die Folgen wären katastrophal.

Übrigens: Solche Vorfälle sind in keiner Unfallrechnung der Atomindustrie mit eingeplant.

AKW-Nee-Kommission

Appell und Aufruf an die in der Kerntechnik Beschäftigten

Auf dem Treffen der mit Bürgerinitiativen zusammenarbeitenden Naturwissenschaftler und Techniker am 17.9.1978 in Ahaus (vorgesehener

barrieren führte auch bei anderen Kernreaktoren zu schweren Störfällen.
Betroffen sind nicht nur die Bevölkerung, sondern stärker noch die

Ahaus, d. 17.9.1978

Als Anlaufstellen für vertrauliche Kontakte stehen neben örtlichen Bür-

mit der Folge, daß etwa zwei Drittel aller nichtnuklearen Signale für Druck-, Temperatur-, Wasserstand und Wasserdurchlauf falsche Signale abgaben — nicht nur für den Leitstand, sondern auch für das automatisch arbeitende Steuersystem.
Eine merkwürdige Kettenreaktion fand nun statt. Das Steuersystem

wären katastrophal.
Übrigens: Solche Vorfälle sind in keiner Unfallrechnung der Atomindustrie mit eingeplant.

AKW-Nee-Kommission

Appell und Aufruf an die in der Kerntechnik Beschäftigten

Auf dem Treffen der mit Bürgerinitiativen zusammenarbeitenden Naturwissenschaftler und Techniker am 17.9.1978 in Ahaus (vorgesehener Standort für ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente) wurde folgender Aufruf verabschiedet:

Ahaus, d. 17.9.1978

Die Unfälle in deutschen Kernkraftwerken haben den verantwortungslosen Umgang der Elektrizitätsunternehmen und der Reaktorindustrie, aber auch der Genehmigungsbehörden mit der Sicherheit der Bevölkerung und der in der Industrie Beschäftigten gezeigt. Vermeintlicher ökonomischer Vorteile wegen wurde beispielsweise bei dem Brunsbüttel-Unfall die Notabschaltung des Reaktors verhindert, wurden Sicherheitseinrichtungen überbrückt und wurde der Reaktor trotz eines Lecks im Primärkreislauf unter Verletzung zahlreicher Betriebsanweisungen weiterbetrieben. Das bewußte Umgehen zahlreicher Sicherheitsbarrieren führte auch bei anderen Kernreaktoren zu schweren Störfällen.

Betroffen sind nicht nur die Bevölkerung, sondern stärker noch die Beschäftigten, die häufig selber nicht das Ausmaß der Verletzung von Sicherheitsvorschriften, der Größe technischer Gefährdungspotentiale und nicht zuletzt ihrer eigenen gesundheitlichen Gefährdung an ihrem Arbeitsplatz kennen.

Daß die Öffentlichkeit überhaupt von diesen Vorgängen erfährt und sich damit gegen die Gefährdung ihrer Sicherheit wehren kann, ist nur dem verantwortungsbewußten Handeln Einzelner aus der Reaktorindustrie und den Institutionen zu verdanken, die zu den Praktiken nicht länger schweigen können und Kontakt mit kritischen Wissenschaftlern und Bürgerinitiativen aufnahmen.

Die mit Bürgerinitiativen zusammenarbeitenden Naturwissenschaftler und Techniker rufen die in der Kerntechnik und bei den Behörden Beschäftigten auf, ihr Wissen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Als Anlaufstellen für vertrauliche Kontakte stehen neben örtlichen Bürgerinitiativen zur Verfügung:

Projektbereich Ökologie, Ruhr-Univ.
Postfach 102148
4630 Bochum

Projekt SAIU, Universität Bremen
Bibliothekstr.
2800 Bremen 33
Tel.: 0421/2183383

Institut für biologische Sicherheit
Wendtstr. 22
2800 Bremen
Tel.: 0421/76976

Prozeßgruppe der BUU
c/o AK Politische Ökologie
Lutterothstr. 33
2000 Hamburg 19

Tutorium Umweltschutz an der Universität Heidelberg
6900 Heidelberg

jetzt: Heidelberger IFEU-Institut für Energie- und Umweltforschung
Ludolf-Krehl-Str. 56
6900 Heidelberg
Tel.: 06221/43681

SKANDAL: AKW Ohu wurde trotz Unfall ...

– Ende Januar 78 mußte der Motor einer Kühlmittelpumpe ausgewechselt werden. Das Problem mit den Dampfrohren wurde nicht dadurch behoben, daß man diese veränderte, sondern es wurden lediglich neue Meßgeräte eingebaut – so einfach ist das!

– In der Folgezeit mußten die Motoren aller Kühlmittelpumpen ausgewechselt werden, und Teile der Turbine mußten dreimal erneuert werden, da sie stets an der gleichen Stelle brachen. Nicht ohne Witz: die notwendigen Ersatzteile wurden aus den betriebsfertigen AKW's Zwentendorf und Philippsburg ausgebaut. In Punkto Zwentendorf ist das sicherlich Leichenfledderei, Philippsburg darf kriminellerweise dennoch eingeschaltet werden!

– Am 8. Februar riß eine Meßleitung so, daß sich radioaktiver Dampf in das Reaktorgebäude ergoß, wo elf Techniker sehen konnten, wie sie rauskamen.

– Im März dieses Jahres wurden im Reaktorgebäude dicke Dampfschwaden gesichtet. Die Räume konnten nur mit Schutzkleidung betreten werden, da der Dampf radioaktiv war. Das AKW wurde nicht abgeschaltet (was nur heißen kann, daß ebenso wie in Brunsbüttel das Reaktorsicherheitssystem schlicht überbrückt wurde, da sich der Reaktor bei einem solchen Schaden wohl sofort hätte selbst abschalten müssen), einen ganzen Tag lang wurde das Leck nicht gefunden. Nur durch einen glücklichen Zufall fand sich ein Folgedefekt, der die längst fällige Schnellabschaltung auslöste! Die Ursache: In einer 30 cm dicken Leitung, durch die der radioaktive Dampf unter 70 atü durchgepumpt wird, befand sich ein noch kleines Loch, das sehr leicht hätte weiter aufreißen können. Die Folge: ein GAU! Das gefundene Loch wurde nur notdürftig wieder zugeschweißt, da man den Reaktor sonst nur hätte wieder anschmeißen können, wenn das Sicherheitssystem ständig überbrückt gewesen wäre – und das ist wohl doch zu starker Tobak!

– Am 12. Mai mußten die Versuche, das AKW mit Vollast zu fahren, abgebrochen werden, da unter diesem "Härtetest" gleich mehrere Defekte auftraten. Das gesamte Notkühlsystem mußte repariert und geändert werden! Eine Undichtigkeit einer Schweißnaht führte zu der Vermutung, daß dies nicht die einzige sei, da bekannt war, daß die verwendete Stahlsorte ungeeignet ist. In der Folge wurden ca. 10 % aller Schweißnähte als unbrauchbar repariert. Es ist zu erwarten, daß dies nicht die letzten undichten Schweißnähte waren.

Die Betreiber fühlen sich natürlich durch diese Enthüllungen wieder einmal völlig zu Unrecht angegriffen: Zum ersten sei überhaupt nichts vertuscht worden, *"dazu hätte es* (das Ministerium – AK) *auch keine Veranlassung gesehen"* (SZ, 9.11.78). Aber nicht, daß man nun auf den Gedanken kommt, das Ministerium veröffentliche alle Unfälle: *„Das Ministerium bestreitet zwar nicht die von den Bremer Professoren angeführten Störfälle, bemerkt aber dazu, daß man nur die Störfälle an die Öffentlichkeit bringe, bei denen auch Radioaktivität freigesetzt worden sei"* (ebenda). – Huch, das ist ja mal was ganz Neues, hieß es bislang doch immer "radioaktive Stoffe wurden nicht an die Umgebung abgegeben" und "eine Gefährdung der Bevölkerung hat zu keiner Zeit bestanden"!?

Zum anderen sei das alles gar nicht so schlimm, sozusagen normal, da das AKW sich ja noch im Probebetrieb befinde: *"Das Ministerium weist darauf hin, daß sich das Atomkraftwerk Ohu immer noch im Probelauf befindet. Abschaltungen der Anlage in dieser Phase seien nichts Außergewöhnliches"* (ebenda). Wieso gerade dieser Umstand die Bedeutung der Unfälle herabmindere, muß ein Geheimnis bleiben. Gerade der Probebetrieb ist doch die Zeit, wo Alles und Jedes im Reaktor überprüft wird, wo überhaupt ersteinmal festgestellt werden kann, wo gerade der betreffende Reaktor seine Makken hat und wo nach Herzenslust herumgespielt werden darf. Gerade dann, wo noch niemandem so recht klar ist, was sich so alles im AKW tut, sollte man doch davon ausgehen, daß es besonders vorsichtig gehandhabt wird und daß eher zu früh als zu spät abgeschaltet werden muß – aber nein, da kann schon mal was passieren. ...

Im übrigen ist es wohl auch von untergeordneter Bedeutung, ob das AKW im Probebetrieb oder im Hauptbetrieb die Menschen mit radioaktiven Stoffen "versorgt", oder gar durch einen GAU Tausende ermordet werden!

Keine Wiederinbetriebnahme von Ohu und Brunsbüttel!
Sofortige Abschaltung von Philippsburg!
Stillegung aller AKW's!

AKW-Nein-Kommission

Lingen: „Das Geschäft mit der Atomangst"

So überschreibt das „Hamburger Abendblatt" einen Artikel auf der Titelseite, in dem das »Institut für biologische Sicherheit« von Soyka/Bohlinger in übelster Weise auseinandergenommen wird. Treffend ist dieser Titel wohl eher in bezug auf die Berichterstattung der bürgerlichen Zeitungen, speziell der Springer-Presse. Am 25.10. noch hieß es auf der Titelseite: *»Kinder-Leukämie im Schatten des Kernkraftwerkes ... Eine neue Sorge«*, wo dann die Studie von Soyka (s. AK 141) übernommen wird.

Im besten Lumpenjournalismus werden jetzt die Verfasser fertiggemacht: Kernpunkte der Auseinandersetzung mit der Studie:

- Soyka hat gar keinen akademischen Titel
- Soyka ist von einem Gericht zur Zahlung der Prozeßkosten verurteilt worden, wobei er den Zahlungsbefehl *»zerriß, in den Mund steckte und aufaß«* („HA", 3.11.78).
- Das »Institut...« liege *»in der Nähe der Helenenstraße, die mit Hamburgs Herbertstraße zu vergleichen ist«* (ebenda), woraus messerscharf geschlossen wird, daß das Institut ja unseriös sein muß — übrigens das »renommierte« Hamburger Tropeninstitut liegt tatsächlich in der Nähe der Herbertstraße im finstersten St. Pauli . . .
- Das „Hamburger Abendblatt" will folgendes Telefongespräch mitgehört haben: *»Ganz bestimmt, morgen bringe ich die Miete. Sie haben doch sicher alles mit der Leukämie rund ums Kernkraftwerk Lingen gelesen. Die Sache hat viel Wirbel gemacht. Jetzt hoffen wir, daß es auch finanziell etwas besser geht. Auch mit der Miete«* — geradezu erschütternd dieses Gespräch, das Soykas Sohn geführt haben soll.

Das „Abendblatt", ebenso wie die „Morgenpost" bringen es fertig, in ihren Artikeln nicht ein Wort zur Studie selbst zu sagen! Und dann beschwert sich das „Abendblatt" auch noch in einem Kommtar (3.11.) über die bösen AKW-Gegner: *»Dabei bediente sich der ‚wissenschaftliche Leiter' eines obskuren Instituts einer raffinierten Methode: Ist die Kernkraft-Leukämie-These erst einmal in die Welt gesetzt, bleibt sie in den Köpfen besorgter Bürger haften. Da helfen auch die einwandfreien Dementis nicht. Denn ein Rest-Mißtrauen bleibt immer — an der Sache könnte ja etwas dran sein«* — goldene Worte aus berufenem Munde!

Immerhin, es gibt auch noch andere Stellungnahmen, die sich inhaltlich mit der Sache auseinandersetzen — natürlich in gebührender Kleinheit und nicht auf der ersten Seite. So ein Leserbrief in der „Frankfurter Rundschau" (9.10.78). Es werden einige Verfahrensmängel der Studie benannt, dann aber meint der Herr Reaktorphysiker: *»Nach Soyka sind seit KWL-Inbetriebnahme 230 Leukämiefälle im 80km-Umkreis aufgetreten. ..., bezogen auf eine Million Einwohner, ca. 35 Fälle. Da der Mittelwert vor der KWL-Inbetriebnahme aber schon ca. 50 Fälle betrug, sehe ich nicht, wo da eine ‚Zunahme' sein soll«*.

Aus diesen Worten spricht der Zynismus des Reaktorphysikers. Er jongliert mit Zahlen von Toten, nach unsystematischer Zusammenfassung bleiben immerhin im völlig ungefährlichen Normalbetrieb noch 180 Krebstote ggf. auf Kosten des AKW-Lingen, für den Physiker bei 1 Mio. Einwohner eben eine „vernachlässigbar" kleine Statistik-„Rate".

Die „Zeit" macht in ihrer Ausgabe vom 3.11. an das niedersächsische Innenministerium das Angebot, die Sache doch jetzt „neutral" selbst zu begutachten: *»Die Zahlen des Bremer Instituts für Biologische Sicherheit erscheinen ebensowenig fest, wie die des Sozialministeriums. Es gibt kein Krebsregister in der BRD, keine Untersuchung über den jetzt behaupteten Zusammenhang . . .«* und schließt mit der Forderung: *»Nur eine unabhängige Studie, die die niedersächsische Landesregierung sofort hätte einleiten müssen, kann Klarheit schaffen«*.

Die Offenlegung aller Statistiken wäre ein erheblicher Erfolg dieser und ggf. ähnlicher Untersuchungen. Bisher haben sich die Behörden darum herummogeln können, insbesondere, wo damit allzu deutlich würde, daß der Krebs durch Umweltverschmutzung hervorgerufen wird, wie beispielsweise im Ruhrgebiet oder etwa die hohe Krebsrate in Bremen, die z.B. auch durch das Wesertrinkwasser verursacht sein könnte.

Doch das allein reicht nicht; eigene Nachforschungen von Bürgerinitiativen können da nur nützlich sein.

AKW-Nein-Kommission

Grohnde-Prozesse: Fotos belegen Lügen der Polizeizeugen

Nachdem der Prozeß gegen Matthias Künzel - ihm wird Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen - im April ausgesetzt worden war (s. AK 130), war ein neuer Termin für den 23. Oktober in Hameln angesetzt.

Zu Beginn der Verhandlung, diesmal ohne Polizeikontrollen und Patrouillen, schilderte Matthias seine Festnahme bei der Großdemo gegen das geplante AKW Grohnde im März 77. Er war damals beim massiven Polizeieinsatz und dem Zurückweichen der Demonstranten gestürzt und dann von den Polizisten Ponel und Holland verhaftet worden. Dabei wurde er nicht nur von Schlagstökken am ganzen Körper verletzt, man riß ihm auch noch den Helm herunter und versetzte ihm einen Stockschlag ins Gesicht, wovon dann eine klaffende Wunde über die ganze linke Gesichtshälfte zeugte. Unter entwürdigenden Umständen wurde er anschließend zu einer „Sammelstelle" gebracht und von dort aus nach Hameln transportiert.

Als erster Zeuge sagte Hundertschaftsführer Stapke aus, daß die Hundertschaft, zu der die Polizisten Holland und Ponel gehörten, nach den Demonstrationen gegen das geplante AKW Brokdorf gebildet worden sei, und daß die Polizisten „ganz wertneutral" mit der AKW-Problematik vertraut gemacht worden seien, was der Polizist Holland später verneinte. Zur speziellen „Anti-Demo-Ausbildung" mochte sich Stapke, der wie die anderen eine „beschränkte Aussageerlaubnis aus polizeitaktischen Gründen" vorlegte, nicht äußern. Von der Festnahme hatte er nichts bemerkt.

Von den beiden Polizisten wurde zunächst Ponel befragt. Er behauptete, daß sich Matthias beim Festnahmeversuch zunächst losgerissen, gezielt nach den Polizisten geschlagen und um sich getreten habe und dann beim „zweiten Zupacken" festgenommen werden konnte. Dabei sei ihm eine 30 cm lange Eisensäge abgenommen worden, die aber leider „im Getümmel" verlorengegangen sei. Bedroht oder gar geschlagen worden sei Matthias von den Polizisten nicht. Während der Befragung durch die Verteidiger von Matthias - RA Scharmer und RA v. Bosse - klappte das Lügengebäude von Ponel, gegen den wie auch seinen Kollegen Holland Ermittlungsverfahren laufen, zusammen: Konfrontiert mit früheren Aussagen von März bzw. Mai 77, verwickelte er sich laufend in Widersprüche. Trotzdem bestand er auf seiner Version von der Festnahme und gab sie zu Protokoll. Polizist Holland konnte sich anschließend an fast gar nichts mehr erinnern.

In der Lokalzeitung „Deister-Weser-Zeitung" („DWZ") wurde zwar versucht, gegen Matthias und die Art der Befragung durch die Anwälte Stimmung zu machen: *„Polizist als Zeuge hereingelegt.... Der Angeklagte verfolgte mit genüßlicher Miene das Kreuzfeuer aus seinem Polsterstuhl.... Ungeniert ließ er sich einmal vom Vorsitzenden Richter die Akten geben..."* usw. („DWZ", 27.10.78), konnte aber die Tatsachen nicht verleugnen und bemerkte: *„Vor dem Schöffengericht Hameln trieben die beiden Verteidiger eines Demonstranten jetzt einen Polizeibeamten im Zeugenstand so in Widersprüche, daß man um ihn fürchten muß, falls es noch zu seiner Verteidigung kommen sollte"*, (ebenda).

Nach dem zweiten Prozeßtag am 31. Oktober wurde es noch besser. Zunächst wurde die Befragung von Holland fortgesetzt. Sein Erinnerungsvermögen zeigte sich gegenüber der Vorwoche etwas „verbessert". So behauptete er, Matthias sei zwar bei der Festnahme *„ziemlich benommen"* gewesen, habe aber *„bewußt und gezielt"* nach den Polizisten geschlagen und getreten. Im Verlauf der Befragung traten wiederum zahlreiche Widersprüche zu den Aussagen Ponels zutage. Nachdem dann nochmals Stapke und Ponel befragt worden waren, präsentierte die Verteidigung zwei Fotos von Matthias' Festnahme, die der Fotograf der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" aufgenommen hatte. Diese Fotos belegten eindeutig

1.) daß Matthias bei der Festnahme von mehreren Polizisten umringt war,
2.) daß er keinen Helm mehr auf dem Kopf hatte,
3.) daß er keine Säge bei sich hatte,
4.) daß er die Hand schützend vor dem Schlagstock eines Polizisten erhebt,

alles Belege gegen die Aussagen der beiden Polizisten. Dazu schreibt die „DWZ" am 2.11.78 bedauernd: *„Der zweite Tag im Grohnde-Prozeß vor dem Schöffengericht Hameln endete bestürzend: Zwei Polizeibeamte erkannten sich plötzlich auf Fotos wieder, wo sie den Angeklagten auf dem Erdboden in Sitzlage festhielten und entweder schlugen oder mit Schlägen bedrohten. Ihre Zeugenaussagen an beiden Prozeßtagen paßten dazu nicht mehr. Beide aber blieben bei ihren Aussagen - und wurden vereidigt!"* Am Ende dieses Artikels fragt sich dann auch die „DWZ" ratlos: *„...dieser Angeklagte ist nur mit Demonstranten mitgelaufen, niedergeritten worden und anscheinend zunächst bewußtlos gewesen. Bloß weil er beim „gefangennehmen" um sich geschlagen hat (ohne zu treffen!), dieser ganze „Zirkus"?"*

Der nächste Termin fand dann am 9.11. statt. Dort ergab die Befragung des Fotografen der „HAZ", daß Mathias bei seiner Festnahme geschlagen worden war. Der Zeuge war offensichtlich immer noch beeindruckt über die Brutalität, mit der die Polizei gegen die Demonstranten in Grohnde vorgegangen war. Eine Gerichtsmedizinerin, die über die Verletzung von Mathias bei der Festnahme begutachten sollte, war der Meinung, daß Mathias den Schlag „mit großer Wahrscheinlichkeit" erst erhalten hatte, nachdem ihm der Helm abgerissen worden war. Ein Antrag der Verteidigung, die Glaubwürdigkeit der Polizeizeugen durch einen Psychologen zu überprüfen, wurde abgelehnt.

In einem „Plädoyer" konstruierte der Staatsanwalt eine Festnahmeversion, die voll dem „Kern" der Polizeiaussagen Rechnung trug: Zwar hätten sie sich in „Nebensächlichkeiten" widersprochen, doch der eigentliche Tatbestand sei erfüllt. Der Strafantrag von 12 Tagessätzen a DM 10.- macht jedoch die Farce nur deutlich: Hier scheint es nicht um eine „Wahrheitsfindung" zu gehen, sondern um eine Verurteilung überhaupt.

Das Plädoyer der Verteidigung und das Urteil folgen am Donnerstag, 16. November um 10 Uhr im Amtsgericht Hameln.
KOMMT MASSENHAFT!!!

AGUI

Grohnde-Prozesse und kein Ende — bereits acht Verfahren wegen Falschaussagen gegen Entlastungszeugen

"Neun Verfahren vor dem Landgericht sind inzwischen abgeschlossen. Der konkrete, absolut stichhaltige Nachweis einer strafbaren Handlung scheint mir in keinem Fall gelungen zu sein. Trotzdem wurden Gefängnisstrafen verhängt. ...

Ein besonders wunder Punkt: Die Würdigung der Zeugen. Den Polizeizeugen wurde beinahe alles geglaubt, ganz anders erging es den Zeugen der Verteidigung. Ein Verteidiger hat dazu festgestellt:

'Polizeizeugen sagen die Wahrheit, entweder weil sie widerspruchslose Aussagen machen, oder aber gerade, weil sie (ihre Aussagen) voller Widersprüche sind. Im ersten Fall wird der behauptete Schuldvorwurf durch unabhängig voneinander gemachte Beobachtungen bestätigt (so heißt es), im zweiten Fall ist belegt, daß eben keine Absprachen stattfanden und (die Aussagen) daher besonders glaubwürdig sind. Aussagen von Zeugen der Verteidigung sind von vornherein unglaubwürdig, da parteilich, oder widersprüchlich, da nicht abgestimmt oder sie werden schlicht ignoriert.'

Solcherart Zeugenaussagen-Interpretation in Schwarz-Weiß-Manier läßt sich nachweisen. In Hannover und auch in Hameln" (NDR 2, Umschau am Abend, 25.10.)

Der Redakteur des NDR, aus dessen Kommentar dieser Auszug stammt, hat inzwischen ganz persönliche Erfahrungen mit der Behandlung von Zeugenaussagen in den Grohnde-Prozessen gemacht, gegen die seine obigen Feststellungen noch harmlos wirken:

Gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren wegen uneidlicher Falschaussage eröffnet. Er hatte als Zeuge der Verteidigung im Prozeß gegen Andreas Hanke die Vorfälle an der Sperre in Kirchohsen geschildert, die er als Rundfunkreporter selbst beobachtet hatte. Staatsanwalt Borchers hält diese Aussagen für falsch — Beweis: die anderslautenden Aussagen der Polizeizeugen.

Der NDR-Redakteur ist einer von einer ganzen Reihe von Entlastungszeugen, gegen die jetzt Ermittlungsverfahren wegen Falschaussage eröffnet wurden. Nachdem schon im Frühjahr Verfahren gegen Frau D. und drei Entlastungszeugen von Linda eröffnet worden waren, hat jetzt eine neue Welle eingesetzt, von denen bisher außerdem Rüdiger Jörß, Kurt Sommer und ein hannoverscher AKW-Gegner bekanntgeworden sind.

Die auch in der Öffentlichkeit stark kritisierte "Beweiswürdigung" in den Grohnde-Prozessen liegt der Staatsanwaltschaft offenbar schwer im Magen. So etwas muß für die Zukunft vermieden werden. Und ähnlich wie bei den Zahlungsaufforderungen (siehe AK 140), mit denen ein Demonstrationsverbot auf "demokratischem" Weg durchgesetzt werden soll, greift man hier nicht etwa zu einer Gesetzesänderung — nein, viel einfacher: man setzt die Zeugen der Verteidigung einem solchen Druck aus, daß sich in Zukunft jeder dreimal überlegen wird, ob er sich als Zeuge zur Verfügung stellt.

Kommentar eines Grohnde-Verteidigers: In Zukunft können wir nur noch Entlastungszeugen bringen, die das gleiche aussagen wie die Polizeizeugen. Wir können doch niemandem zumuten, seine Aussagebereitschaft mit einem Meineidsprozeß zu bezahlen!

Womit die Glaubwürdigkeit der Justiz wieder einmal gerettet wäre.

Genossen aus Hannover

Grohnde-Prozesse vor dem Abschluß

Mit den Plädoyers der Staatsanwaltschaft in den beiden letzten Prozessen vor dem Landgericht Hannover gegen Karl Winter und Wolfgang Gießler sind die Grohnde-Prozesse in die (vorläufig) letzte Phase getreten.

Am 6.11. forderte Staatsanwalt Borchers in seinem bisher schlampigsten, längsten (fast zwei Stunden) und ekelhaftesten Plädoyer 11 Monate mit Bewährung für Karl, am 8.11. eine Gefängnisstrafe von 12 Monaten ohne Bewährung für Wolfgang.

Der Unterschied zwischen beiden: Karl wird von Borchers als ein *»unbeherrschter Mitläufer«* eingestuft, der *»von einem Massenphänomen mitgerissen«* wurde. Wolfgang ist *»Überzeugungstäter«*.

Konkrete Beweise liegen, wie gehabt, in keinem der beiden Fälle vor, und trotzdem verdienen diese beiden letzten Plädoyers Erwähnung, denn noch nie bisher ist Borchers so unverschämt und selbstsicher aufgetreten.

Im Plädoyer gegen Karl verzichtete er auf jegliche Beweisführung, tischte dem Gericht aus seiner Erfahrung in den anderen Grohnde-Prozessen alle möglichen (oft nachweisbar falschen) Geschichten auf, die im Verfahren nie zur Sprache gekommen waren und wies für den Fall, daß das Gericht ihm nicht glauben sollte, unüberhörbar drohend auf sein umfangreiches Beweismaterial hin, das er in der Hinterhand habe.

So hatte keiner der Polizeizeugen etwas von Gewalttätigkeiten auf dem Südfeld zu berichten gewußt (wo sich Karl aufgehalten hatte), die Zeugen der Verteidigung hatten berichtet, es habe dort Diskussionen mit der Polizei und dann einen unvermittelten Knüppeleinsatz gegeben. Für Borchers steht fest: dort hat es Gewalttätigkeiten der Demonstranten gegeben, und zum »Beweis« hält er dem Gericht eine Liste von Zeugen aus anderen Verfahren unter die Nase.

Strafverfahren nach dem Geschmack von Borchers: es wird keine Beweisaufnahme mehr geführt — für ein Urteil reicht die Behauptung des Staatsanwalts aus, er könne alles beweisen.

Aber mehr noch: Dieser Ehrenwerte Staatsanwalt nimmt es mit der Wahrheit nicht sonderlich genau. Da sagen Polizeizeugen aus, sie seien vor dem Reitereinsatz schon über den Südzaun hinausgewesen, sie hätten sich mehrfach über eine größere Entfernung zurückziehen müssen — Borchers weiß, daß das gelogen ist. Denn zuviele Polizeizeugen in den vorangegangenen Verfahren haben gerade das ausdrücklich ausgeschlossen. Aber Borchers braucht gerade diese Konstruktion für die Vorwürfe gegen Karl, und so sieht eben in diesem Plädoyer der Ablauf der Räumung am 19.März völlig anders aus, Borchers bisher gehalten hat. Was kümmerts ihn? »Diese Verbrecher gehören hinter Schloß und Riegel« (Albrecht) — das ist die Leitlinie, an die er sich zu halten hat, und dafür läßt er sogar die Aussage von Polizeidirektor Hermann, dem Einsatzleiter während der Räumung, der ausdrücklich ausschließt, daß auch nur Teile der Polizeikette vor dem Reitereinsatz bis zum Südzaun vorgestoßen waren, ganz einfach unter den Tisch fallen.

Nach den Plädoyers der Verteidigung am 13. und 15.11. sind die beiden letzten Grohnde-Urteile zu erwarten — vermutlich Anfang des Jahres wird dann der Bundesgerichtshof entscheiden, ob den Revisionsanträgen stattgegeben wird. Ein »Ja« würde bedeuten, daß die Verfahren noch einmal vor dem Landgericht abgewickelt werden müssen — ein »Nein«, daß Andreas, Christian, Eso und Jerry in den Knast müssen. Eine Kampagne für die Aufhebung der Urteile tut not!

Genossen aus Hannover

Das hälste im Kopp nicht aus!

(Der folgende Bericht ist keine Satire, keine Ausgeburt linker Hirne, denen ja mangels Vertrauen zum Rechtsstaat die absurdesten Vorwürfe einfallen – es ist einfach ein Tatsachenbericht aus dem bundesdeutschen Polizeialltag.)

Am 20.3.1977 demonstrierten in Hannover vor dem Polizeipräsidium 300 AKW-Gegner für die Freilassung von vier dort noch festgehaltenen Grohnde-Demonstranten. Sprechchöre, Lieder, Verhandlungen mit der Polizei – dann ein Polizeieinsatz, der an Brutalität dem vom Vortag in Grohnde in nichts nachsteht. 8 Verhaftungen, die Ermittlunsverfahren werden später eingestellt.

Zunächst Erstaunen und dann Empörung löst bei den Demonstranten die Zeitungsberichterstattung am nächsten Tag aus: ***"Durch diesen Einsatz erlitten zwei hannoversche Polizeibeamte schwere Verletzungen."*** Das kann doch nicht wahr sein!? Doch: ***"Sie verunglückten mit ihrem Funkstreifenwagen in der Nähe vom Steuerndieb, wo sie gegen einen Baum schleuderten"*** (NHP vom 21.3.77).

Der "Steuerndieb" liegt 3,5 km vom Kundgebungsort entfernt! Die beiden, über Funk zum Polizeipräsidium gerufen, wo die Demonstranten friedlich in der Frühlingssonne auf der Straße saßen, hatten es nicht erwarten können, zu der Knüppelei zu kommen, waren durch eine nur für Fußgänger zugelassene Straße im Stadtpark Eilenriede gerast und dabei gegen einen Baum bebrettert!

Mit der Sauerei, einen solchen Zusammenhang herzustellen, lag aber die NHP gar nicht so falsch: Drei der damals verhafteten Demonstranten erhielten jetzt, 20 Monate später, eine Klageschrift zugestellt, in der sie vom Beifahrer des verunglückten Funkstreifenwagens, dem Polizisten Pydd, auf Schmerzensgeld und Zahlung der Heilbehandlungskosten verklagt werden!

Begründung: die drei seien als ***"Rädelsführer"*** der Menge festgenommen worden, die ***"das Gefängnis stürmen wollte"***, um ihre ***"Gesinnungsgenossen" "gewaltsam, also rechtswidrig zu befreien"***. Der Unfall mit dem Funkstreifenwagen sei ***"zweifelsfrei"*** auf ***"das rechtswidrige Vorgehen u.a. der Beklagten"*** zurückzuführen. Sie hätten schuldhaft gehandelt, ***"weil sie wußten, daß die gewaltsame Befreiung von Gefangenen verboten ist."*** Außerdem hätten sie den ***"Kausalverlauf"*** auch übersehen können, weil sie mit der Hinzuziehung weiterer Polizeikräfte rechnen mußten!

Aber damit ist die Geschichte nicht zu Ende: Pydd – das ist ja durchaus ein auffälliger Name. Und richtig: Als Anfang dieses Jahres Rechtsanwalt Müller im Prozeß gegen Andreas Hanke die Personalien des Polizisten feststellen ließ, der bei einer Saalräumung einen Zuschauer in den Arsch getreten hatte, da hieß dieser Typ – Pydd! Und erst nach diesem Vorfall, Ende März, 78, also ein Jahr nach dem Unfall, wurde die Klageschrift erstellt, die erst weitere 7 Monate später den Beklagten zugestellt wurde.

Die Rache eines kleinen Bullen – oder hat da nicht doch Staatsanwalt Borchers seine fürsorgende Hand im Spiel gehabt???
(Die Verhandlung findet am 7.12. vor dem Amtsgericht Hannover statt.)

Genossen aus Hannover

Chinesische Delegation in Esenshamm einer Ente aufgesessen?

Während die „Rote Fahne" (11.10.) von der Demonstration in Esenshamm nur mit 16 Zeilen zu berichten wußte – während der Demonstration waren auch Proteste gegen die chinesische Delegation laut geworden, die kurz vorher das AKW besichtigt hatte, die „KDP/ML" brachte eigens dazu ein Flugblatt heraus (s. AK 140) – hatte sie eine Woche später eine Erklärung für den chinesischen Besuch parat: Unter der Überschrift: „Provokation in Esenshamm" präsentierte die „Rote Fahne", die sich offensichtlich erkundigt hat, dem staunenden Publikum die Geschichte, daß die chinesische Delegation in provokatorischer Absicht kurzfristig von den Behörden nach Esenshamm dirigiert worden sei, um die demonstrierenden AKW-Gegner zu desorientieren. Dies hätten dann der „Arbeiterkampf" und andere prosozialimperialistische Gruppen begierig aufgegriffen.

Offensichtlich soll jetzt von den Behörden die „Verwirrungsstrategie" weiter verfolgt und noch verfeinert werden: die „Kreiszeitung Wesermarsch" vom 9.10. (s. auch „Nordwestzeitung" gleichen Datums) erklärten: *„auf eine entsprechende Anfrage hin betonte ein Sprecher der NWK, daß der Besuch bei Kernkraftwerk Unterweser auf Bitten der chinesischen Delegation erfolgt sei"*.

Nun, da dürfte natürlich der „Arbeiterkampf" und ähnliche wieder drüber herfallen.

KB/Gruppe Bremerhaven

Aufruf zur Demonstration am AKW Brunsbüttel

Auf ihrem Treffen am 4./5.11. der schleswig-holsteinischen »Liste für Demokratie und Umweltschutz« beschlossen die Anwesenden eine Demonstration gegen das AKW Brunsbüttel vorzubereiten. Folgende Resolution wurde von den Teilnehmern verabschiedet:

»Resolution:

Anläßlich der nicht aufhaltenden Unfälle im zur Zeit noch stillgelegten AKW Brunsbüttel werden wir in Schleswig-Holstein Veranstaltungen durchführen mit dem Ziel, mehr Menschen als bisher für die Forderung nach einer sofortigen Stillegung des AKW Brunsbüttel zu gewinnen. Wir fordern alle demokratischen Initiativen auf, gemeinsam mit uns die Veranstaltungen bzw. die Demonstration zur Durchsetzung unserer Forderung nach Stillegung des AKW Brunsbüttel durchzuführen. Zur Vorbereitung der Demonstration findet ein Kongreß im Dezember statt.

Liste für Demokratie und Umweltschutz
V.i.S.d.P.: Henning Nielsen, Kirchberg 3, Handewitt«



frauen



Büroarbeiterinnen-Kongreß in Frankfurt

Vom 27. bis 29. Oktober fand in Frankfurt ein ‚Kongreß' für Sekretärinnen/ Büroarbeiterinnen statt. Seit Beginn des Jahres hatte eine Sekretärinnengruppe aus dem Frankfurter Frauenzentrum an der Vorbereitung dieses Treffens gearbeitet. Mitte des Jahres erschienen in „Brigitte" und „Courage" Aufrufe, zu dem Treffen hinzufahren und sich an der Vorbereitung durch Berichte zu beteiligen, die in einer Art Broschüre zusammengefaßt werden sollten.

In Hamburg fand sich schnell eine Vorbereitungsgruppe von über 30 Frauen zusammen, die sich beteiligen wollten. In einem Brief faßten sie die ersten Diskussionsergebnisse aus Hamburg zusammen.

„Wir sind heute konfrontiert mit Rationalisierungen – Schreibsäle für Sekretärinnen, Bildschirmarbeit, Entlassungen etc.

... Deshalb haben wir uns vorgenommen, diese Bedingungen genauer zu untersuchen; genauso wollen wir
nommen, diese Bedingungen genauer zu untersuchen; genauso wollen wir
untersuchen, wie unsere Kolleginnen ihre Situation heute sehen".

Allerdings stieß die Hamburger Vorbereitungsgruppe, in der ein breites Spektrum von der DFI (DKP-nah) bis zum autonomen Frauenzentrum vertreten ist, bei den Frankfurter Initiatorinnen durchaus nicht auf Begeisterung. In einem Telefongespräch wurde die gesamte Hamburger Vorbereitungsgruppe schlicht vom ‚Kongreß' ausgeladen! Als Begründung wurde angegeben, daß bestimmte inhaltliche Diskussionen auf dem Kongreß unerwünscht seien, wie die Frage der Großraumbüros, Rationalisierung, – kurz alles, was über den Konflikt Sekretärin im engsten Sinn hinausgeht. Berichte, die aus Hamburg für die Broschüre eingesandt worden waren, wurden weil sie „nicht ins Bild paßten", zurückgeschickt oder nicht abgedruckt.

Diese rigide inhaltliche Vorauswahl durch die Initiatorinnen stieß bei den Frauen der Hamburger Vorbereitungsgruppe auf Empörung:

„An einer breiten Mitgestaltung anwesender Frauen scheint Ihr nicht interessiert, was Euer Beschluß beweist, Abstimmungen über die inhaltliche Gestaltung des Kongresses nicht zuzulassen. Wenn Ihr prinzipiell nicht bereit seit, Anregungen aus dem Kreis engagierter Büroarbeiterinnen aufzunehmen, warum macht Ihr dann einen Kongreß?" (Aus einem „Offenen Brief der Hamburger Frauen" vom 26.10.).

Total blind identifizierten die Initiatorinnen die Hamburger Vorbereitungsgruppe ausgerechnet mit dem KB und schrieben in ihrer Broschüre, sie hätten *„den Eindruck gewonnen, daß Frauen des Kommunistischen Bundes Nord,* (sind unter den Initiatorinnen etwa Ex-KBW'lerinnen? – Anm. AK), *Hamburg, sich zwar auch als Teil der ‚autonomen' Frauenbewegung begreifen, aber doch ganz andere Vorstellungen als wir über die Ziele von Fraueninitiativen im Büro haben. Wir haben lange darüber diskutiert und überlegt, wie wir uns dazu verhalten sollen. Denn wir haben den Eindruck gewonnen, daß für die KB-Frauen eine Fraueninitiative im Rahmen einer Basisarbeit für ihre spezielle Organisation notwendig ist, und daß sie diese Art ‚Basisarbeit' den politischen Zielen ihrer Organisation unterordnen wollen. Klartext: Fraueninitiativen werden begriffen als Teil des sogenannten proletarischen Massenkampfes. Letzterer existiert zwar zumeist nur im Programm linker Organisationen, dort wird er dann aber auch mit Vehemenz betrieben."* (S. 29 der Broschüre).

Wie weit ein derartiger Standpunkt geht, wurde deutlich, als einer Hamburger Frau der angebliche Unterschied zwischen frau und frau klargemacht wurde: *„Wir sind hier alles Einzelfrauen, Du aber bist ein Apparat".*

Der Ablauf des Kongresses

Am Freitagabend, 27.10., war ein kleines Theaterstück angesetzt und ein Frauenfest. Hier wurde das erste Mal deutlich, daß durchaus nicht nur „die Frauenbewegung" gekommen war, sondern auch ein Großteil einzelner Frauen, die dem Aufruf aus Interesse am Thema gefolgt waren und weder zur Frauenbewegung zu rechnen waren, noch sonstwie in irgendwelchen organisierten Zusammenhängen standen.

Am Samstag morgen trafen sich die Frauen im Plenum. Nach der Begrüßung und Einführung durch die Frankfurterinnen wurde auch über den weiteren Verlauf des Treffens diskutiert. Es bestand der Vorschlag der Frankfurter Vorbereitungsgruppe, den gesamten Kongreß unter die Fragestellungen alternativer Arbeit und Widerstandsformen zu stellen.

Die Mehrheit der anwesenden Frauen fand, man solle sich inhaltlich nicht von vorne herein festlegen, und die etwa 90 Frauen wurden zu Gruppen von 15 - 20 Frauen zusammengefaßt – je nach den Tischreihen, in denen sie saßen. Den ganzen Samstag über wurde
en zusammengefaßt – je nach den Tischreihen, in denen sie saßen. Den ganzen Samstag über wurde
dann in den Arbeitsgruppen diskutiert. In den Gruppen wurde zunächst berichtet, was die einzelnen Frauen beruflich machen und welche Probleme sie bei der Arbeit haben.

Mehr oder weniger wurden dann allgemeinere Themen wie gewerkschaftliche Organisierung, Solidarität unter Frauen, Ausbildung etc. diskutiert.

Was die Hamburger Vorbereitungsgruppe bereits erfahren hatte – daß bestimmte Inhalte und bestimmte Frauen bei den Initiatorinnen nicht erwünscht waren – führte leider auch zum Eklat auf dem Kongreß: In einer Arbeitsgruppe flogen vier Frauen raus wegen angeblicher KB-Mitgliedschaft.

Dieser Rausschmiß stieß bei den Frauen auf dem Plenum am nächsten Morgen auf Empörung. „So weit sind wir also schon in der Frauenbewegung!" war der Ausruf einer älteren Frau.

Die vier Ausgeschlossenen stellten in einem Bericht erst einmal dar, was abgelaufen war, weil die Frankfurter Frauen sich darauf beschränkten, als Kommentar lediglich abzugeben: „...und dann schlich sich der Klassenkampf ein"!

Frau hätte es anders angehen müssen

Ein bißchen naiv sind die Hamburgerinnen schon gewesen. Nach ihren Erfahrungen vor dem Kongreß war ein solcher Vorfall zu befürchten. Daher hätte frau – statt defensiv zu warten, was passiert – sofort auf dem ersten Plenum am Samstag die Auseinandersetzung um Ausgrenzungsbeschlüsse und die Ausladung der Hamburger Vorbereitungsgruppe problematisieren müssen.

Ebenfalls ist nachträglich zu kritisieren, daß es kein abgesprochenes Vorgehen von den Hamburgerinnen gegeben hat.

Was weiter ?

Inhaltlich sind eine Menge Themen von Frauen in Bürojobs angerissen worden:

- Konkurrenz untereinander
- Frauenbetriebsgruppen
- Gesetzliche Schutzbestimmungen
- Rechtsberatung
- Informationsaustausch etc.

Bei derartig vielen Themenbereichen wurden natürlich die meisten nicht ausdiskutiert. Daher wurde allgemein der Wunsch geäußert, in den einzelnen Städten die Zusammenarbeit fortzusetzen.

Die Hamburger Vorbereitungsgruppe hat als Auswertung des Frankfurter Kongresses beschlossen, ihre inhaltliche Arbeit weiterzuführen, insbesondere die Kolleginnen stärker einzubeziehen und deshalb Ende Januar ein großes Kolleginnentreffen durchzuführen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

»Protokolle«22/23: Frauen in Betrieb und Gewerkschaft



Das Schwerpunktthema der Frauenzeitschrift „Protokolle" im letzten Vierteljahr 1978 ist den Problemen gewidmet, die sich im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit von Frauen und mit der Haltung der Gewerkschaften ihnen gegenüber ergeben. Angesichts der Tatsache, daß dieser Themenbereich lange nicht im Blickfeld der Frauenbewegung war, begrüßen wir das Erscheinen dieser Nummer. Sie enthält eine Materialzusammenstellung zu den verschiedensten Problemen.

So wird über die Diskriminierung bei Bewerbungen berichtet, über die Benachteiligung arbeitsloser Frauen. Ein Artikel über die Arbeitslosigkeit weiblicher Jugendlicher enthält viele Fakten zum Bereich des Lehrstellenmangels und der geringen Wahlmöglichkeit für Mädchen.

Ein wichtiger Schwerpunkt in diesem Heft ist die Behandlung der Frauen durch die Gewerkschaften. Interessante Informationen liefert dazu ein Bericht von Frauen, die die Erwitter Frauen in ihrem Kampf mit der Kamera begleitet und darüber eine Dokumentaion erstellt haben.

Die Medienfrauen haben dabei auch sehr ausführlich über die Auseinandersetzungen und Kritiken, die die Erwitter Frauen mit/an der Gewerkschaft hatten, berichtet. Die Gewerkschaft hat versucht, diese öffentlich dokumentierte Kritik zu unterbinden, indem sie das Einstampfen der Broschüre forderte.

Ein lesenswerter Bericht – auch wenn der Anlaß schon einige Zeit her ist.

Neben dem DGB- Frauenprogramm, das vielen Frauen sicherlich nicht bekannt ist, ist auch ein grundsätzlicher Artikel von Claudia Pinl zur Entwicklung gewerkschaftlicher Frauenpolitik enthalten. Anhand des Berichts über eine Frau aus einer Delmenhorster Bäckerei, die – mit Unterstützung von Annemarie Renger und des DGB – eine Einzelklage gegen die Lohndiskriminierung anstrengte, wird die Auseinandersetzung mit der – auch von der Gewerkschaft – den Frauen empfohlenen Strategie der Einzelklage geführt.

Die „Protokolle"-Frauen wollen es nicht bei dieser Nummer zum Thema Berufstätigkeit bewenden lassen und erbitten daher Beiträge z.B. zum Thema: wie arbeitet eine Betriebsrätin oder Frauen- (betriebs) - gruppen innerhalb der Gewerkschaft.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Neuer Scheidungsratgeber von Frauen für Frauen

18 Hamburger Juristinnen haben zum neuen Scheidungsrecht einen Ratgeber herausgebracht, der nicht nur die rechtliche Seite der Ehescheidung speziell für die Frau darstellt, sondern darüber hinaus auch konkrete Hilfe in schwierigen Situationen des täglichen Lebens bietet.

„Wir haben versucht,
– juristisch einwandfrei, zugleich aber verständlich die Rechte der Frauen bei Trennung und Scheidung aufzuzeigen;
– parteiisch von den Interessen der Frauen auszugehen, wobei wir wissen, daß diese Interessen nicht immer bei allen Frauen gleichgelagert sind;
– alle Probleme anzusprechen und praktische Hinweise zu geben, die im Zusammenhang mit Trennung und Scheidung auftreten können. Dabei haben wir die einzelnen Stationen von Trennung bis einschließlich der Scheidung dargestellt" (S. 5).

Und da die meisten Frauen wohl das erste Mal vor einer Scheidung stehen werden und zudem sicher den Kopf voll von ihrer gescheiterten Beziehung haben, ist es eine große Unterstützung, wenn bis ins kleinste erklärt wird, was frau zu tun hat. Ein Beispiel:

„Achten Sie darauf, daß Ihr Mann gemeinsame Schulden hinter Ihrem Rücken nicht vergrößern kann! Haben Sie z.B. ein gemeinsames Kreditkonto bei einem Versandhandelsgeschäft, so teilen Sie der Firma schriftlich mit, daß sie nun getrennt leben und für weitere von Ihrem Mann eingegangene Verpflichtungen nicht mehr haften. Ihr Schreiben könnte etwa so lauten: ....." (S. 15).

Die Juristinnen haben sehr umsichtig versucht, alle nur möglichen Probleme, die eventuell auftreten könnten, zu berücksichtigen. Dabei ist spürbar, daß nicht Frauen am grünen Tisch über juristische Theorien debattiert haben, sondern daß sie Erfahrungen in der Praxis haben.

Es ist zudem erfreulich, daß dies seit langem die erste Stellungnahme ist, die nicht behauptet, das neue Scheidungsrecht sei das Gelbe vom Ei. Mit einer gesunden realistischen Einschätzung treten die Verfasserinnen dem Propagandamärchen über das neue Eherecht entgegen. Zum Beispiel:

„Der Versorgungsausgleich war von Anfang an das Lieblingskind des Gesetzgebers bei der neuen Reform des Ehescheidungsrechts. Die Regierung pries ihn als neue soziale Sicherung der Frau. Dadurch wurde häufig der Eindruck erweckt, als ob durch die Regelung durch den Versorgungsausgleich die Alterssicherung der Frau gewährleistet sei. Dies trifft so nicht zu. ...

Eine wirkliche Besserstellung kann diese Regelung nur für all diejenigen Frauen bedeuten, die während der Ehe nicht berufstätig waren. Nach altem Recht standen sie bei Scheidung der Ehe völlig ohne soziale Sicherung da ...

Andererseits nützt auch diesen Frauen die neue Regelung wenig, wenn der Mann schlecht verdient hat oder unregelmäßig Versicherungsbeiträge geleistet hat, also selbst nur Anspruch auf eine kleine Rente hat. Denn wenn diese kleine Rente aufgeteilt wird, haben unter Umständen beide nicht genug zum Leben" (S.85).

Wir möchten den Ratgeber allen Frauen, die sich scheiden lassen wollen, sehr empfehlen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg



SCHEIDUNGS RATGEBER

VON FRAUEN FÜR FRAUEN

Er kann bestellt werden bei:
Verlag Frauenpolitik
Hafenweg 2-4
Münster

Sterben die Deutschen aus?

Die bevölkerungspolitische Kampagne der Bourgeoisie

Eng im Zusammenhang mit der Diskussion um die Entstehung und Anwendungspraxis des „neuen" § 218 steht eine ideologische Kampagne der Bourgeoisie, die das „Aussterben der Deutschen" durch allzu niedrige Baby-Produktion beschwört. Die ganze Kampagne, die sich inzwischen über mehrere Jahre erstreckt, basiert auf Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, das in Hochrechnungen (die übrigens wissenschaftlich unzulässig sind, denn kein Statistiker kann Rechnungen aufrecht erhalten, die Bevölkerungszahlen über 100 Jahre vorausrechnen) „errechnet" hat, daß bis zum Jahr 2000 nur noch 52,2 Mio. (heute rund 60 Mio.), bis 2030 noch 39 Mio. und im Jahr 2070 schließlich noch ganze 22 Mio. Menschen die BRD bevölkern werden (nach „Spiegel", 29.5.78).

Darüber hinaus werden zur Untermauerung der Thesen noch die Statistiken über die Geburtenraten der letzten Jahre herangezogen. Tatsächlich liegt die BRD mit ihrer Geburtenrate ziemlich an letzter Stelle der internationalen Statistik: aus je 100 Ehen, die zwischen 1961 und 1965 geschlossen wurden, gingen 180 Kinder hervor. Heute werden von 100 Paaren gar nur noch 150 Kinder erwartet (nach „FR" vom 1.4.78 und „Tagesspiegel", 13.6.78). Die BRD liegt damit hinter der DDR, Luxemburg, dem traditionell geburtenschwachen Finnland, Österreich - und weit hinter den USA und Japan. 14 % der Paare in der BRD blieben kinderlos, nur 22 % haben drei oder mehr Kinder. Heute hält dieser Trend



unvermindert an. In den Großstädten nehmen mittlerweile 50 % mit dem Einzelkind vorlieb, in den Kleinstädten immerhin 35 % (nach „Tagesspiegel", 13.6.78).

Fazit: die „Bestandserhaltung" (ein Begriff, der sonst nur für tierische Populationsberechnungen angewandt wird!) ist nicht mehr gesichert!

Von der Warnung bis zur Bedrohung

Die öffentliche Beachtung des Gebutenrückgangs - der schon seit 14 Jahren zu verzeichnen ist - findet erst seit ca. vier Jahren statt. Die Schlagzeilen wurden im gesamten Spektrum der bürgerlichen Presse mit der Zeit immer bedrohlicher. Zuerst merkten es die Statistiker: *„Statistiker schlagen Alarm: Wir müssen wieder mehr Babies machen"* („Hamburger Morgenpost", 16.1.74). Dann lag alles an der Pille: *„Pillenknick macht Sorgen"* („Hamburger Abendblatt", 21.10.76). Die Bourgeoisie horcht auf: Rentenversicherer, Spielwarenfabrikanten, Kinderwagenerzeuger, Babynahrungs- und Windelfirmenbesitzer fangen an, sich um ihre Zukunft zu sorgen. Was nützt es der Profitrate, wenn Umfragen optimistisch behaupten, daß für 70 % der Bundesbürger *„Familie und Kinder das wichtigste im Leben"* sind („Hamburger Abendblatt", 18.2.77), wenn die Absatzmöglichkeiten fehlen?!

Die Schlagzeilen wurden härter:

- **„In Deutschland werden mehr Särge als Kinderwagen verkauft - Hilfe,wir brauchen Babies - So geht es nicht weiter. Denn wenn es so weitergeht, gibt es uns bald nicht mehr. Uns - die Deutschen. - Kinder, Deutschland braucht Kinder!"** („Bild am Sonntag", 13.3.77).
- *„Geburtenrückgang alarmierend"* („Welt", 25.2.77).
- *„Gefahr für die soziale Sicherheit"* („Hamburger Abendblatt", 30.1.78).
- **„Gebürtenrückgang...bedroht soziale Sicherheit"** („Tagesspiegel", 1.2.78).
- *„Sind wir im Jahr 2020 ein Volk von Senioren?"* („Welt der Arbeit", 19.1.78).
- *„Die Deutschen am stärksten bedroht - durch absinkende Geburtenziffer, ‚Bestandserhaltung' nicht mehr gesichert"* („Kieler Nachrichten", 5.2.76).

Die Sorgen um die Altersversorgung...

Eines der Hauptprobleme, auf denen die bürgerlichen Ideologen herumreiten, ist die Panikmache um die Altersversorgung. Gezielt versuchen sie damit, die Angst vor der Armut im Alter zu schüren: *„Wer bezahlt die Renten im Jahr 2000?"* („FAZ", 3.3.77). - *„Bald fehlen die Kinder, die unsere Renten bezahlen - der ‚Pillenknick' könnte in Zukunft erneut große Probleme bei der Finanzierung der Altersversorgung verursachen"* („FR", 2.2.77).

Da schlägt ein Kölner Arzt namens Ferdinand Rueter vor, *„Familien, die nicht mindestens zwei Kinder aufziehen, sollen mit einer Ausgleichsabgabe belastet werden, um damit die zu erwartenden Finanzierungslücken bei der Altersversorgung zu decken"* („FR", 2.2.77).

In einem „aktuellen Kommentar" mit dem Titel „Bevölkerungspolitik und Rentenlast" hat sich auch die Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu diesem Thema geäußert: Sie ist der Meinung, daß *„infolge des Geburtenrückgangs und der daraus enstehenden Altersstrukturverschiebung sich die Beiträge zu Renten- und auch zu Krankenversicherung in den nächsten 50 Jahren vermutlich annähernd verdoppeln müssen"*. Deswegen müsse *„der Bestand der heutigen Bevölkerung langfristig aufrecht erhalten"* werden. Das erfordere **„vorrangig eine Änderung der persönlichen Einstellung und Verhaltensweisen in den Familien, eine Neubesinnung über menschliche Selbstverwirklichung"** („FR", 18.5.78).

Die Faschisten drücken das alles nur ein bischen weniger verschleiert und unkomplizierter aus: *„Der Soziologe Dr. Xaver Kaufmann betont, daß in der Geschichte ein Bevölkerungsrückgang immer zu einem Wohlstandsverlust geführt hat. Die Steuern müssen steigen: Bei sinkender Volkszahl muß die Steuerlast von einem immer kleineren Kreis Arbeitender aufgebracht werden. ... Da die Geburtenrate in den letzten 10 Jahren um die Hälfte gesunken ist, müßte den Berufstätigen in einigen Jahrzehnten das doppelte abgezogen werden, wenn die Kinderzahl so niedrig bleibt. Bei einer so unerträglich hohen Belastung würde aber jeder, der irgend kann, auswandern. Einzige Lösung: das Rentenalter wird heraufgesetzt. Vorzeitige Pensionierung kommt nicht mehr in Frage. Die Renten werden auf das Existenzminimum gesenkt. ... Nur eigene Kinder bieten uns die Sicherheit, im Alter meschenwürdig versorgt zu sein"* („Informationsblatt 2 der rechtsradikalen ‚Gesellschaft für biologische Anthropilogie, Eugenik und Verhaltensforschung').

Wie unlogisch die „Argumente" um die Sicherung der Renten sind, wird deutlich, wenn man sich überlegt, wie Steuern bzw. Rentenversicherungsbeiträge zustande kommen. Die Beiträge wachsen, ungeachtet der Kopfzahl der Werktätigen, abhängig vom produzierten und zur Verteilung des zur Verfügung stehenden Einkommen. Angesichts der steigenden Rationalisierungen und Arbeitslosenzahlen – gerade unter den Jugendlichen – bricht das Gebäude der Panikmache um den Geburtenrückgang in sich zusammen.

Die Bequemlichkeit der Leute und die Emanzipation der Frau.....

Wer ist Schuld an der Misere? Die Springer-Presse nennt's beim Namen: *„Den zeugungsfähigen Ehemänern sind Freizeit, Urlaub und Auto wichtiger geworden als ein Kind.... Die Umfrage ergab, ... daß bei der heutigen hohen Zahl von Stellungslosen jungen Menschen die meisten es nicht wagen, Kinder in die Welt zu setzen. ... Die brauchen mehr Lebensraum. Das heißt eine größere Wohnung kostet mehr Miete. Dazu kommt mehr Geld für die Kinderkleidung, mehr Geld für die Ernährung und - bedeutet weniger Freizeit für die Eltern. Der Urlaub im Winter und der im Sommer müßte reduziert werden. Die herrlichen Fernreisen nach Ceylon oder in die Karibik fielen dann ja ganz weg. Und der flotte Flitzer müßte gegen ein ‚Familiegerechtes' Auto eingetauscht werden"* („BamS.., 13.3.77).

Ein Professor Wingen behauptete auf der diesjährigen Tagung der „Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft": *„Insgesamt steht hinter dem Geburtenrückgang offenkundig ein bemerkenswerter Prozeß mit Wandlungen im gesamten System der sozialen Normen, ja in der Einstellung zum Leben überhaupt"* („FR", 27.11.76). **„Die Experten (Prof. Dr. Walter Tomann und Dr. Haupt-Rückersdorf, Nürnberg, Anm. AK) fanden heraus, daß der rapide Geburtenrückgang in erster Linie bei der Frau liegt. Prof. Dr. Tomann: ‚Die Frau von heute versteht die ihr seit Jahrhunderten zugeschneiderte Rolle als Hausfrau und Mutter anders. Sie strebt immer mehr zu Berufstätigkeit. Ihren Lebenssinn sieht sie keineswegs nur in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter"** („BamS", 13.3.77).

Auch ein Herr Schwarz vom Statistischen Bundesamt führt das veränderte Rollenverständnis der Frau als Grund für die Baby-Baisse an: *„Die Aufgabe als Mutter und als Hausfrau werde von den Frauen nicht geleugnet, aber mehr und mehr als eine unter vielen Aufgaben verstanden. Es sei der Wunsch der Frau, selbst Geld zu verdienen und so Selbstbestätigung und größere Selbständigkeit zu erreichen. ... Sie* (die Frauen, Anm. AK), *die mittlerweile vieles kritischer sehen als die Männer, versuchten mit Kinderlosigkeit oder mit weniger Kindern einer Rolle zu entgehen, die sie aus den Erfahrungen ihrer Freundinnen und Mütter nur zu gut kennen... Es komme jetzt darauf an,... politisch die Konsequenzen zu ziehen. Und zwar sofort. Denn jetzt sei die beste Zeit für eine Geburtenpolitik. In zwanzig Jahren, wenn mit enorm hohen Rentenabgaben gerechnet werden müsse, seien einer Familie viele Kinder kaum noch zuzumuten"* („FAZ", 3.3.77).

Ein Professor Hoffmann-Nowottny zeigt - ebenfalls in der „FAZ" vom 3.3.77 - wie dem Problem am einfachsten beizukommen ist: **„Vielleicht werde, sagt er, die Zahl der Geburten in absehbarer Zeit schon wieder steigen. Zu Zeiten des Wirtschaftswachstums seien die Frauen in freiwerdenden Positionen gerückt; in Zeiten der Rezession wie dieser kämen die Frauen unter einen starken Druck. Es sei zu erwarten, daß sich viele von ihnen dem zunehmenden Konkurrenzdruck und dem ‚mehr oder weniger subtilen sozialen Druck' (etwa ‚Doppelverdiener') entzögen,**
oder weniger subtilen sozialen Druck' (etwa ‚Doppelverdiener') entzögen,
sich wieder mehr in die Familie zurückzögen und - um ihre Rolle dort zu legitimieren - mehr Kinder haben wollten. ... So könnten sich Einstellungen wieder ändern, könnte bald der Satz akzeptiert sein: ‚Die Frau als Mutter - hier liegen die eigentlichen Werte' ".

Und der berüchtigte reaktionäre Psychologe Prof. Hofstätter rückt die Dinge endgültig ins rechte Licht: Den jungen Leuten fehle die Bereitschaft für den „Dienst am Staat": **„Zwischen den jungen Männern, die eine Ausbildung mit der Waffe ablehnen, und den Frauen im gebärfähigen Alter, die kein Kind (mehr) haben wollen, besteht insofern eine gewisse Ähnlichkeit, als beide davon ausgehen, die staatliche Gemeinschaft bedürfe ihres Zutuns nicht, um weiter zu bestehen und um zu prosperieren (zu gedeihen Anm. AK).** *Sie machen von Rechten Gebrauch, die ihnen als Individuen verfassungsgemäß zustehen. Vorzuwerfen ist ihnen das gewiß nicht, nur fragt es sich natürlich, wohin der Weg führt oder zumindest führen könnte"* („Welt", 29.8.78).

Die Bourgeoisie hat mit dieser Kampagne mehreres im Auge: zum einen die Fesselung der Frauen an Heim und Herd, die Restauration der alten Frauenrolle und die Festigung der Familie. Zum anderen wird es sich ein für die Ernährung einer vielköpfigen Familie verantwortlicher Arbeiter doch sehr genau überlegen, ob er es sich leisten kann, z.B. einen Streik oder andere Widerstandsformen zu riskieren.

Wo liegen die Ursachen?

Sicher ist jedenfalls, daß sich die Ursachen der „Baby-Flaute" nicht an einem Umstand oder Mißstand festmachen lassen. Zum einen hat sich sicherlich das (Selbst)Verständnis vieler Frauen über die Gestaltung ihres Lebens und die Einstellung zu den eigenen Interessen in den letzten Jahren deutlich geändert. Sie wollen nicht mehr so einfach den Beruf und ein eigenes Einkommen zugungsten eines Kindes aufgeben. Mehr als früher widersetzen sich die Frauen den alten Bräuchen der „Selbstlosigkeit". Die „Kinder-hat-man-zu-haben"-Automatik mit den Stationen Familie gründen - Kinder kriegen wird nicht mehr unkritisch hingenommen.

Zum zweiten - und das wiegt noch schwerer - haben alleinstehende Frauen oder junge Familien mehr Angst als früher vor dem sozialen Abstieg, den eine große Familie bedeutet. Dies gilt vor allem für den Wunsch nach dem zweiten oder dritten Kind. Bürgerliche Wissenschaftler sprechen von dem „Ein-Kind-Schock": *„Das Mehr an Arbeit, der Mangel an Freiheit und Frei-*

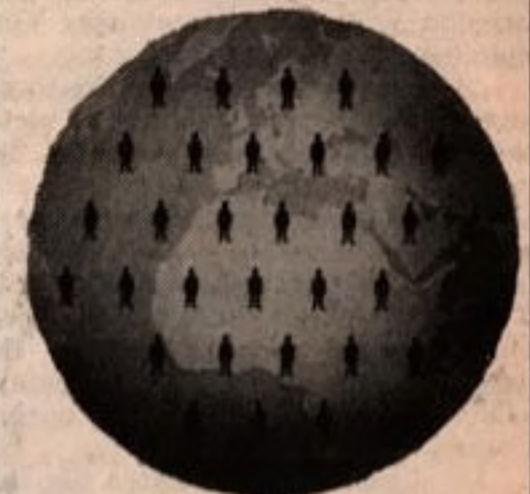
Mehr als vier Milliarden Menschen leben auf der Erde. In wenigen Jahren werden es fünf Milliarden sein. Bei einem weiteren Zuwachs von 1,9% jährlich dürfte sich die Weltbevölkerung in ca. 30 Jahren verdoppelt haben (UN-Jahrbuch, nach „Frankfurter Rundschau", 5.3.76).
Millionen Menschen haben heute schon nicht genug zu essen: jährlich verhungern 15 Millionen Kinder, 90 Mill. werden nur so schlecht ernährt, daß bleibende Schäden an Körper und Geist zurückbleiben. Allein 100 000 Kinder erblinden im Jahr wegen Mangel an Vitamin A („Tagesspiegel", 12.2.78).
Während sich die „Vereinten Nationen" darüber sorgen und „Weltbevölkerungskonferenzen" (wie 1974 in Bukarest) neue Programme ersinnen, wie dem Wachstum Einhalt zu gebieten sei, quält bundesrepublikanische Wissenschaftler und Politiker der Geburtenrückgang im eigenen Land. (Grafik aus „stern", 6/75)



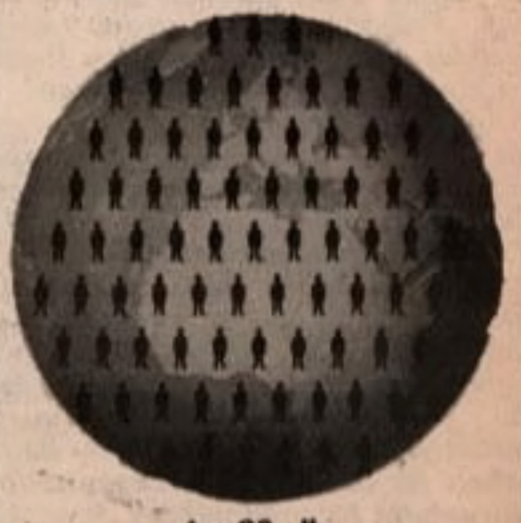
Um 2500 v. Chr.



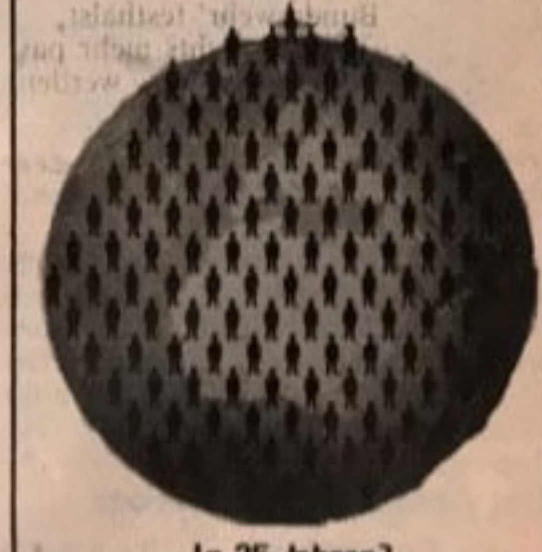
Im 15. Jh.



Im 19. Jh.



Im 20. Jh.



In 25 Jahren?

Fortsetzung von Seite 14

zügigkeit, belastende Schwangerschaften und schwere Geburten - der ganze Kontrast zwischen Erwartungen und Wirklichkeit sind es, die an ein zweites Kind ... nicht denken lassen..." („FR., 27.11.76).

Wesentliche Gründe für den Geburtenrückgang liegen auch in der großen Verunsicherung der Bevölkerung durch die ökonomische Krise, Rationalisierungen, die Arbeitslosigkeit und besonders die Jugendarbeitslosigkeit. Eine Umfrage des „Stern" im Dezember 1977 (wenn wir auch mit Vorbehalten diese Demoskopien behandeln, der Trend läßt sich sicherlich nicht leugnen) ergab, daß die Zukunftsangst wächst. Unter der Fragestellung „Wenn Sie an die Zukunft denken, glauben Sie, daß das Leben für die Menschen leichter oder immer schwerer wird?" - stimmten 1977 60 % gegenüber 44 % im Jahr 1968 für „immer schwerer". Dabei beurteilen die Frauen mit 63 % die Zukunftsaussichten noch düsterer als die Männer. Nur 11 % erwarten eine „Erleichterung".

Es wird nicht nur geredet...

Die öffentliche Debatte um den Geburtenrückgang hat bereits das Stadium überschritten, in dem nur herumgejammert wird und keine Maßnahmen ergriffen werden. Bundesregierung und Familienministerium sind immerhin schon beim „Untersuchen" und „Analysieren".

„*In einem Brief an (den damaligen) Innenminister Werner Maihofer forderte der Regierungschef* (also Schmidt persönlich) *Anfang April wegen der ‚Dringlichkeit der Problematik' umgehend eine Analyse darüber an, ob und wie der ständige Geburtenrückgang gestoppt werden können und welche Folgen daraus für das Zusammenleben der Bürger gezogen werden müßten.*" („Spiegel", 29.5.78).

Antje Huber, Bundesfamilienministerin, scheut noch vor finanziellen Konsequenzen zurück (**„Mit materiellen Anreizen allein läßt sich ein Babyboom nicht erzeugen"**) und zieht als Beweis Erfahrungen aus Belgien und Quebec (Kanada) heran: „*So habe Irland mit dem geringsten Kindergeld innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (24 DM für zwei Kinder im Monat) die höchste Geburtenrate (mit 22,3 je 1.000 Einwohner). Belgien hingegen nähme mit 200 DM im Monat für zwei Kinder bei dieser Leistung zwar den zweiten Platz in der EG ein, liege jedoch mit einer Geburtenrate von 13,3 je 1.000 Einwohner nur an siebter Stelle.*" („FAZ", 26.4.78).

Die Länder der BRD unter CDU/CSU-Regierungen hingegen haben allesamt die Sache „angepackt": ihre Trumpfkarte dabei ist der Baby-Boom der DDR. 1977 gab es dort den zweitgrößten Zuwachs seit Gründung der DDR. Von DDR-„Fachleuten" wird dies zurückgeführt auf das Paket sozialpolitischer Maßnahmen:

- Seit 1976 Schwangerschaftsurlaub von 26 Wochen bei fortlaufendem Nettoverdienst;
- Freistellung der Mutter (auf Antrag) bei Krankengeldunterstützung;
- einmalige Geburtenhilfe von 1.000 Mark;
- seit dem 1.Mai 1977 40-Stunden-Woche für alle Mütter mit zwei oder mehr Kindern;
- zweckgebundene zinslose Kredite bis 5.000 Mark, die „abgekindert" werden können.

(Informationen nach „FAZ", 29.4.78)

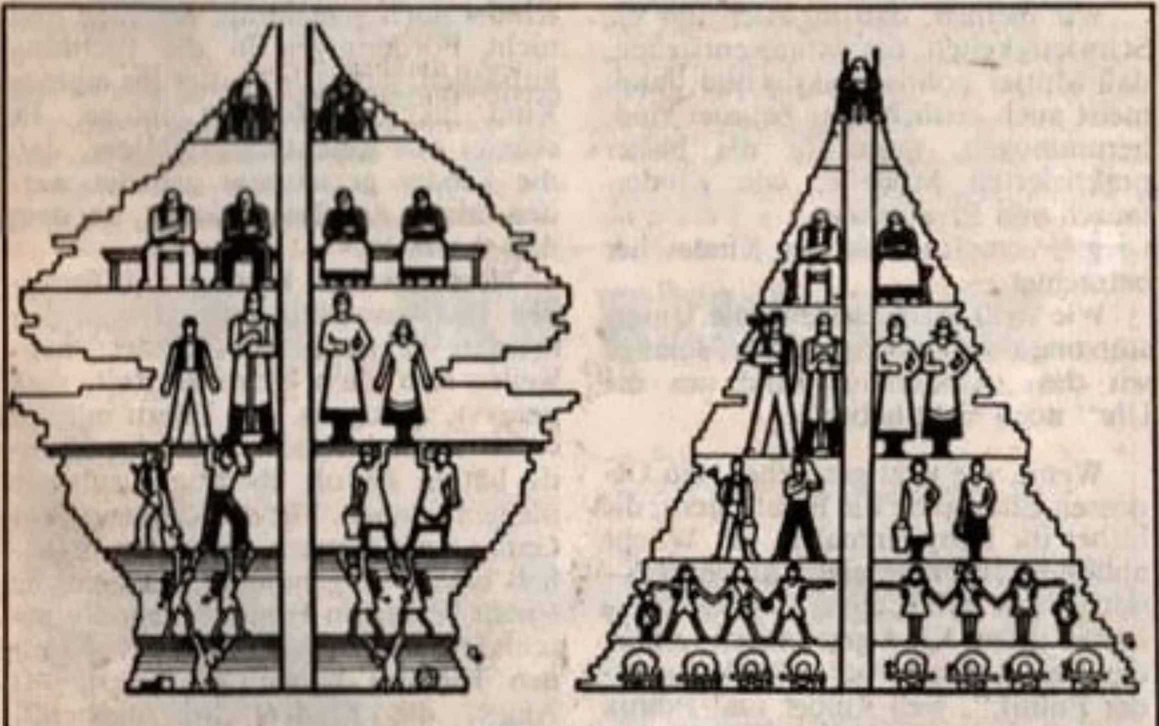
Ähnlich versucht es jetzt auch die CDU/CSU mit dem materiellen Anreiz:

- **Niedersachsen**: In einem Modellversuch zahlt die Landesregierung 1 1/2 Jahre lang „Entschädigungen" für Alleinstehende, die nur noch Erzieher sein wollen (850 DM); bei Verheirateten erhält ein Elternteil 350 DM („Hamburger Morgenpost", 2.8.78 und „FAZ", 29.8.78).
- **Bayern**: Junge Ehepaare erhalten ein Darlehen in Höhe von 10.000 DM, das sie „abkindern" können – mit 1.550 DM beim ersten Kind, 2.000 DM beim zweiten und mit je 2.500 DM für jedes weitere Kind („Hamburger Morgenpost", 2.8.78). Seit dem 1. Oktober 1978 gibt es außerdem eine neue Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind". Das Ziel: schwangere Frauen in schwierigen Verhältnissen soll „rasch und unbürokratisch" geholfen werden. Hierfür soll die runde Summe von 2,5 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden.
- **Schleswig-Holstein**: Bauwillige Familien bekommen für das dritte und jedes weitere Kind jeweils 5.000 DM („Welt", 5.6.78).
- **Baden-Württemberg**: Gewährt ein Familiendarlehen von 5.000 bis 8.000 DM für Familien mit drei Kindern, alleinstehende Väter und Mütter mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren oder alleinstehende Schwangere („bella", 7.8.78).
- **Rheinland-Pfalz**: Für jedes Neugeborene gibt es 4.000 DM mit Zinszuschuß von 2 % (ebenda).
- **Saarland**: Familiengründungsdarlehen bis 5.000 DM mit Zinszuschuß bis zu 5%. Kredit ist „abkinderbar" (ebenda).

Die in Vorreiterrolle von der CDU eingeführten „Familienhilfen" haben also allesamt Prämiencharakter. Es sind einmalige Zahlungen, kurzfristige Anreize, zudem meist noch mit der Verpflichtung belastet, sich kontinuierlich fortzupflanzen, wenn man von den Schulden wieder herunter kommen will. Diese Darlehen stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen finanziellen Belastungen, die eine Kinderschar mit sich bringt, und das ganze hat in keinem Fall mit einer wirklichen Bekämpfung der schwierigen und z.T. skandalösen Zustände zu tun, unter denen Kinder „in diesem unserem Lande" (CDU-Jargon) aufwachsen müssen. Diese Prämienpolitik erinnert eher an zweifelhafte Angebote aus der Automobil-Industrie, als die Arbeiter in Zeiten der Rezession mit einer einmaligen Zahlung von 5.000 DM zur freiwilligen Kündigung geködert wurden.

Die Kampagne der Bourgeoisie um den Geburtenrückgang zeigt ganz offensichtlich ideologische Parallelen zur Nazi-Zeit in der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. Daraus wird ersichtlich, daß derlei Kampagnen heute schon ideologische Legitimierung von künftigen – noch weit massiveren – Gebärkampagnen im Rahmen der Vorbereitung eines neuen Krieges sind. Schon heute gibt es in Bayern wieder ein „Mutterkreuz" für Frauen, die sich mit der Kinderaufzucht besonders um den „Frei"-staat verdient gemacht haben.

AG Frauen und Kinder-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

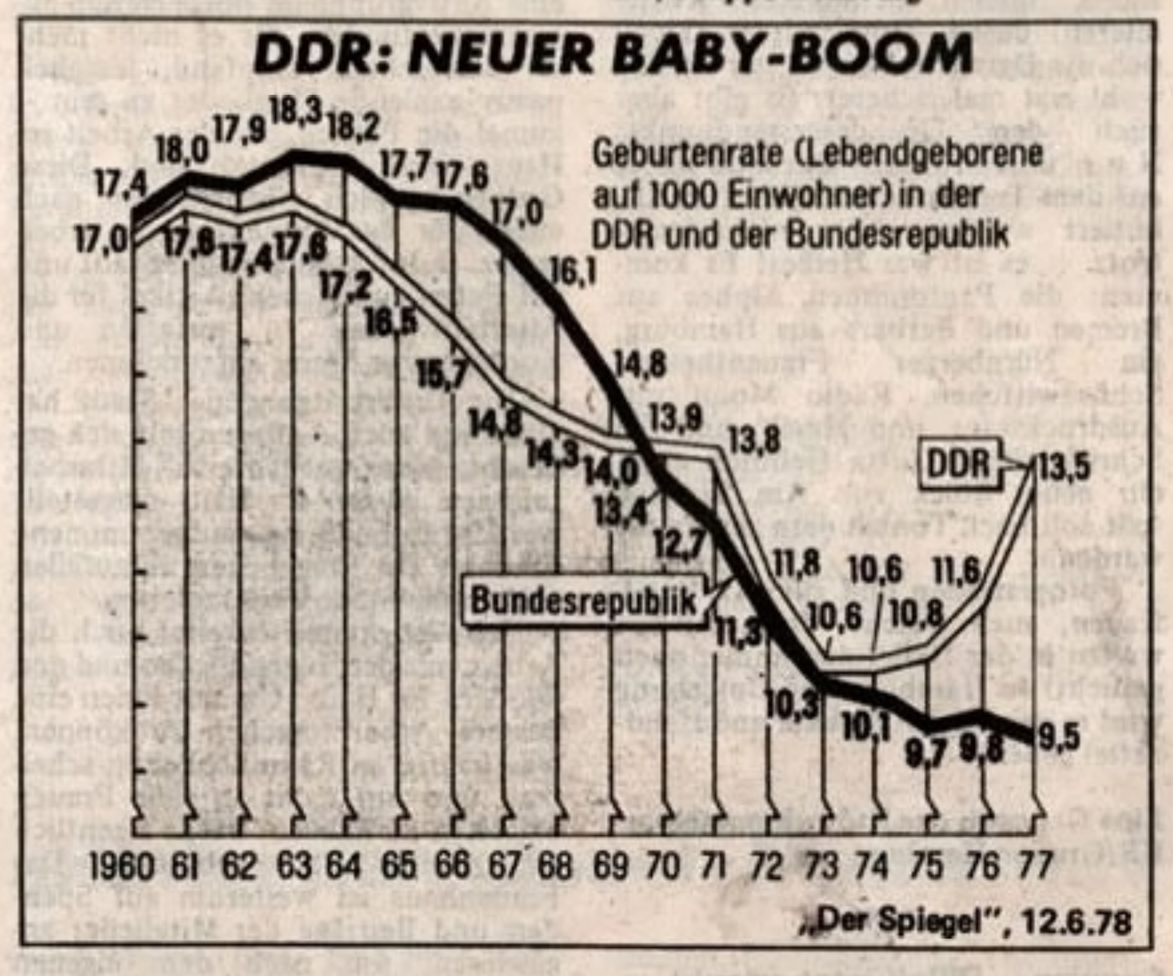


Unorganisches und organisches Verhältnis zwischen den Altersstufen
(links: schrumpfendes Volk – rechts: Deutsches Volk 1910)

Statistik aus einem faschistischen Hetzblatt (Infoblatt 2) der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" e.V. Originalzitat:

„Wir büßen unseren Rang als Kulturnation ein und werden auch politisch machtlos. Es droht uns dasselbe wie Frankreich, das durch den starken Geburtenrückgang erst politischen Einfluß und Prestige verlor und dann so schwach wurde, daß es 1940 in sechs Wochen erobert werden konnte."

DDR: NEUER BABY-BOOM



„Der Spiegel", 12.6.78

Brief an die Zeitung „Emma"

Liebe Emma,
ich möchte Dir gern ein paar Zeilen zu Deinem Artikel schreiben, in dem Du befürwortest, daß Frauen ebenso zur Bundeswehr „gezogen" werden sollen wie Männer.

Dazu muß ich sagen, daß ich ein Mann bin. Trotzdem versuche ich, mich mit dem Problem der Frauenemanzipation auseinanderzusetzen und sie zu unterstützen - zugegebenermaßen sicher nicht immer ehrlich, glaube ich.

Auf der anderen Seite versuche ich als Mann, gerade als Mann mich mit Händen und Füßen, mit allen Tricks gegen den Dienst in der Bundeswehr zu wehren. Viele meiner Bekannten haben ähnliche Ansichten und die wenigsten waren bei der Bundeswehr, alle lehnen es kategorisch ab, zum Bund zu gehen. Ein sehr enger Freund von mir, der trotz aller Anstrengungen vor kurzem gezogen wurde, hat sich intensiv, aber mit viel Angst und Bauchschmerzen auf die für ihn zu erwartenden Ungeheuerlichkeiten vorbereitet, um beim Bund nicht draufzugehen.

Aber warum hat Mann soviel Angst vor der Bundeswehr? Ich möchte versuchen es Dir zu erklären:

Du kämpfst als Frau für die SELBSTBESTIMMUNG der Frauen, gegen Bevormundung, Diskriminierung, gegen Unfreiheit, für politische Betätigung, ... der Frauen.

Aber was Du in Bezug auf die Bundeswehr im Kopf hast, hat nichts mit SELBSTBESTIMMUNG der Frau zu tun, es ist vielmehr das krasse Gegenteil. Ja, Du propagierst sogar offen die Unterdrückung der Frauen, wenn Du weiter an Deiner Forderung ‚Frauen zur Bundeswehr' festhälst.

Dir kann ja auch nichts mehr passieren, um „eingezogen" zu werden, denn über die kritische Altersgrenze bist Du hinaus.

Aber stell Dir vor, Du wirst trotzdem ..., dann:
- wirst Du den ganzen Tag kontrolliert, fast jeder Schritt von Dir wird überprüft!
- Du m u ß t Befehle von Männern ausführen und wenn sie noch so sinnlos sind!
- Du wirst geschliffen, gedrillt, physisch und psychisch „vergewaltigt", wenns sein muß bis zur Ohnmacht, bis zum Erbrechen immer und immer wieder, bis Du Dir, wenn Du Pech hast, nach Mammutmärschen das Blut aus den Stiefeln kippen kannst (sehr männlich!).
- Disziplin, Ordnung und „Zucht" üben, dich anschreien lassen, ohne eine Miene zu verziehen und wenn Du's nicht tust, landest Du vielleicht im Knast. Bei Wasser und Brot, versteht sich. Also stramm stehen und Schnauze, Rekrutin Emma!
- Oder am Wochenende dableiben, Toiletten sauber machen und so ...!
- Mit Frauenaufklebern am Auto auf den Kasernenhof fahren, gibt es nicht, denn: politische Betätigung ist verboten (wobei es für Rechtsradikale noch besondere Bedingungen gibt).
- Du wirst ständig rumkommandiert und hast allezeit unterwürfig dafür zu „danken"!
- Oft einen 15-Stunden Tag für ganze 195 DM im Monat!
- Und wenn sie Dich mal wieder weich gekocht haben, liegst Du Abends weinend im Bett!

Dies und vieles mehr kann Emma dann demnächst in jenem Theater erleben.

Kurzum, es wird alles versucht, Dich in jeder Beziehung kaputt zu machen. Du sollst kuschen lernen und zu alledem noch die Schnauze halten. Das ist das Schlimmste.

Diese Methode, Menschen (Männer heut noch) zum Kriechen zu bringen, ist nicht ganz ohne Erfolg, das müßte auch Emma bekannt sein.

Du bist gegen eine Erziehung des Mannes zum „Mann", wie kannst Du dann aber für die Erziehung einer Frau zum „Mann" sein?

Oder hast Du Illusionen über eine so aggressive Streitmacht wie die unsrige? Es ist die gleiche wie in Israel (Palästinenserausrottung), wie in den USA (Vietnamkrieg) ... , aggressiv und menschenfeindlich bis aufs Blut.

Oder hast Du Illusionen, die Bundeswehr könnte durch Frauen menschlicher werden? Wenn Du das meinst, ist das Spinnkram. Du hast beim Bund die Schnauze zu halten, und aufsteigen tut nur der, der ein Schwein ist. Und das auch Frauen Schweine sein können, zeigen Bilder aus dem Nahen Osten oder aus Vietnam, steht in dem Buch ‚Frauen im Faschismus' und zeigt sich an amerikanischen Offiziersschulen.

Du willst die Gleichberechtigung der Frauen auch auf militärischem Sektor, gut. Aber warum denkst Du dann eine Armee, die genau das Gegenteil auf ihre Fahnen geschrieben hat, und wo sicher der Bund die letzte Möglichkeit ist, etwas zu verändern? Warum denkst Du nicht an Eritrea? Dort kämpfen Frauen gleichberechtigt an der Seite der Männer in vorderster Front für ihre Freiheit und für die Freiheit ihres Volkes.

Noch kein Schwarzer hat sich emanzipiert, indem er in die amerikanische Polizei eintrat, dann hätte er zu den Black Panthers gehen sollen.

Noch keinem Schwarzen ist es gelungen, sich in der südafrikanischen Armee zu emanzipieren, dann hätte er zur Swapo gehen sollen.

War es für Frauen ein Teil ihrer Befreiung, am Fließband, im Schützengraben, am Geschütz oder hinter einem Funkgerät für Hitler den Krieg mit zu gewinnen? Nein!

Emanzipation heißt für mich, keinen Deut für dieses System und seine perversen Ideen. Wir haben was Besseres verdient. Kämpfen wir dafür und lassen uns nicht kaputt machen!

Ein Genosse aus Hannover

Buchtip
„Patience und Sarah"

Der Rowohlt-Verlag hat in seiner Reihe „neue frau" ein neues Taschenbuch von Isabel Miller, „Patience und Sarah", herausgebracht. Es behandelt die Probleme einer Freundschaft zwischen zwei lesbischen Frauen in der puritanischen Umgebung des ländlichen Neu-England im 19. Jahrhundert.

Faszinierend ist, daß die beiden Frauen zielstrebig ihre Liebe füreinander entfalten, ohne Angst vor gesellschaftlichen Strafen und Ächtung, obwohl ihnen diese gewiß sind.

Für mich haben sich dadurch Fragen aufgeworfen, in welcher Situation sich heute Frauenliebe entwickeln kann, wie es mit der gesellschaftlichen Ächtung aussieht und daß wir Frauen noch ein großes Stück Kampf vor uns haben, bis Frauenliebe oder auch Männerliebe gesellschaftlich akzeptiert wird.

Was auch in dem Roman deutlich wird: es zeichnen sich auch in Frauenbeziehungen ähnliche Rollenverteilungen ab, wie in der bürgerlichen Mann-Frau-Beziehung. Das zeigt m.E. daß Frauenliebe zunächst mal wenig mit Frauenbefreiung zu tun hat, eher ein Aspekt ist, der uns Frauen aufzeigt, wie kaputt unsere Identität ist, daß uns körperliche und zärtliche Beziehungen zu Frauen fast unmöglich erscheinen und wir an dieser Frage arbeiten müssen. Ziel der Frauenbefreiung aber sollte es sein, ganz gleich in welchen Beziehungen, als gleichberechtigtes Wesen akzepziert zu werden und danach handeln zu können.

Eine Genossin aus Hannover

Kurzmeldungen

Frauenfest in Hannover

Am 29.10.78 fand in Hannover ein Frauenfest mit ca. 250 Besuchern statt. Es spielte zunächst das „Küchentheater", eine Laiengruppe aus Gelsenkirchen, die wohl den Anspruch hatte, männliches und weibliches Rollenverhalten durch den Kakao zu ziehen, aber ziemlich langweilig diese Inhalte darbot und dem Publikum wenig Spaß bereitete.

Danach spielte die hannoversche Frauengruppe „Auf Achse" einige Sketche und Lieder zur Situation der Frauen. Sehr gut war die Verarbeitung eines Terroristentests aus der „Bild" und die Einschätzung von Mächen in jeweils unterschiedlichen Entwicklungsstadien durch einen „Mediziner" bezüglich ihrer „terroristischen Veranlagungen". Auch die Lügenmärchen der Bourgeoisie über den minderwertigen Körperbau von Frauen, die „Industriefähigkeit" von Frauen und der § 218 wurden aufs Korn genommen.

Die Hamburger Frauen-Musikgruppe „Schneewittchen" spielte danach mit Erfolg.

Als Abschluß schwang sich die hannoversche Frauen-Rockgruppe „Unterrock" aufs Podium und heizte noch einmal kräftig ein. Sie kritisierten an den vorangegangenen Beiträgen, daß wieder einmal das Thema „Frauenliebe" zu kurz bzw. überhaupt nicht gekommen war; es sei eines ihrer Interessen, die lesbische Liebe öffentlich zu machen. Alle Frauen in der Gruppe sind lesbisch.

AG Frauen
KB/Gruppe Hannover

***

Bundeskongreß der IAF

Am Wochenende des 28./29. Oktober fand in Frankfurt der Bundeskongreß der „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen" (IAF) statt. Die IAF wurde vor sechs Jahren gegründet, „*weil in der Bundesrepublik Ausländer und Frauen (und mit Ausländern verheiratete Frauen noch einmal besonders) benachteiligt sind*" (nach „Frankfurter Rundschau" vom 27.10.78).

In der BRD leben mehr als 300.000 deutsche Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind.

Beruflich sind Frauen und Ausländer häufig lediglich die Reservearmee der Wirtschaft, was für gemischt-nationale Ehen dann eine besondere Belastung bedeutet. Auch bei der Wohnungssuche haben sie Schwierigkeiten. Hinzu kommt, daß die rechtliche Lage die Ehepaare diskriminiert:

- Bei binationalen Ehen wird dem Ehemann noch immer zugemutet, daß er seine „Fruchtbarkeit" nachweist;
- bei Fragen der Gleichberechtigung unterstehen die Frauen dem Heimatrecht ihres ausländischen Ehemannes.

Durch die Ausländergesetzgebung stehen zahlreiche Familien mit einem ausländischen Vater ständig in der Angst vor dessen Ausweisung. Für die Frau bleiben im Ausweisungsfall nur

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

zwei Möglichkeiten: Sie läßt sich scheiden, dann kann sie in der BRD bleiben; oder sie folgt ihrem Mann gezwungenermaßen ins Ausland.

Darum forderte die IAF auf dem Bundeskongreß u.a. einen gesicherten Daueraufenthalt in der Bundesrepublik für die ausländische Wohnbevölkerung. Weiter trat sie ein *„für ein kommunales Wahlrecht von Ausländern, gleiche Chancen bei Arbeitsvermittlungen, die Reform des deutschen internationalen Privatrechts und für die Freizügigkeit für Asylsuchende in der BRD!"* („Frankfurter Rundschau", 31.10.78).

•••

Frauenkultur-Tage in Hamburg

Am 24. November (ab 20 Uhr) und den ganzen 25. bis zwei Uhr morgens gibt es in der Hamburger Markthalle Frauen-Theater zu erleben – allerdings nicht für Männer.

Denn sowohl die meisten Künstlerinnen wie auch die Mehrheit der Veranstalterinnen haben beschlossen, daß keine Männer als Zuschauer teilnehmen dürfen. Einmal, weil dann mehr Mut zum Selbermachen (Workshops, Spielen, Schminken, Kostümieren) da ist. Zum anderen fühlen sich die Darstellerinnen unter Frauen wohl erst mal sicherer. Es gibt aber auch den Grundsatzstandpunkt: N u r unter Frauen! Der muß sicher auf dem Treffen selbst mal offen diskutiert werden. Aber nichtsdestotrotz – es ist was Heißes! Es kommen: die Pantomimen Alphea aus Bremen und Barbara aus Hamburg, ein Nürnberger Frauentheater, Schneewittchen, Radio Moon mit Ausdruckstanz und Musik, und die Schriftstellerin Jutta Heinrich stellt ein neues Stück vor. Am Samstag spät soll nach Tonbändern geschwoft werden.

Fotografinnen und aller Art Spielfrauen, auch welche, die ausstellen wollen in der Halle, sind immer noch gesucht! In Hamburg und Umgebung wird es demnächst Plakate und Handzettel geben.

Eine Genossin der Kulturkommission KB/Gruppe Hamburg

•••

Spanien: „Pille" jetzt erlaubt

Spaniens Frauen dürfen jetzt die Anti-Baby-Pille kaufen, ohne daß sie oder der Verkäufer sich strafbar machen. Das beinhaltet ein Gesetz vom 7. Oktober 1978. Die genauen Bestimmungen über den Verkauf will die Regierung bis zum 11. November festlegen. Bis dahin drohten Haft und Geldbußen von 20.000 bis 100.000 Peseten (rund 540 bis 2.700 Mark) für den Verkauf von konzeptionsverhütenden Mitteln.

•••

Schwangere nicht verbeamten?

Der Personalärztliche Dienst hat

Der Personalärztliche Dienst hat u.a. die Aufgabe, bei einer anstehenden „Verbeamtung" zu überprüfen, ob der Bewerber die Gewähr bietet, in seiner zukünftigen Arbeit gesundheitlich voll belastbar zu sein. Daher wird jeder Kandidat gründlich untersucht, u.a. wird auch eine Röntgenaufnahme hergestellt. Bei Schwangeren darf aber wegen der gesundheitlichen Gefährdung keine Röntgenaufnahme hergestellt werden. Die Logik des Hamburger Senatsamts für den Verwaltungsdienst: Die gesundheitliche Eignung von Schwangeren ist nicht vollständig festzustellen; daher können schwangere Kandidatinnen nicht in das Beamtenverhältnis aufgenommen werden!

In der Vergangenheit haben die Personalräte kaum etwas Entscheidendes gegen das beschriebene Verfahren unternommen. Bei einer betroffenen Kollegin aus dem Gesamtschulbereich hat der Personalrat nun von seinem Initiativrecht Gebrauch gemacht und bei der Behörde beantragt, die Kollegin ohne Röntgenuntersuchung in das Beamtenverhältnis zu übernehmen. Nach einigem Hin und Her hat das Senatsamt der Verbeamtung zugestimmt. (Nach: „Hamburger Lehrerzeitung", 30.9.78).

•••

Neue Information zum Frauenhaus Hannover

Nachdem nach langwierigen Verhandlungen der Initiative „Frauenhaus Hannover – Frauen helfen Frauen e.V." mit dem Sozialdezernenten der SPD, der Stadt und dem Landesfrauenrat 1977 die Frauen ein Haus gemietet hatten und dort zehn bis fünfzehn Frauen mit ihren Kindern unterbrachten, konnte sich die Stadt nicht länger darüber hinwegsetzen: Schon bald nach Eröffnung des Hauses wurde es von Stadt und Polizei als Anlaufstelle für geschlagene Frauen empfohlen.

Seit September 1978 bekommt das Frauenhaus finanzielle Unterstützung von der Stadt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde das Geld durch Spenden und durch Beiträge des Förder- und Trägervereins aufgebracht. Rund 80 Mitglieder sind im Förderverein. Jeder kann dort beitreten, ob Mann oder Frau. Der Trägerverein besteht aus ca. 30 Frauen, die die aktive Arbeit im Frauenhaus leisten. Mitte dieses Jahres hat sich eine Aktivgruppe im Förderverein zusammengefunden, die es nicht mehr als ausreichend empfand, lediglich passiv zahlende Mitglieder zu sein – zumal die Frauen mit der Arbeit im Haus total überlastet sind. Diese Gruppe hat sich vorgenommen, nach außen für das Frauenhaus zu arbeiten, z. B. Infostände in der Stadt und auf Feten zu machen, Artikel für die Alternativpresse zu verfassen und Kontakte zur Presse aufzunehmen.

Die Unterstützung der Stadt hat allerdings auch Auflagen mit sich gebracht: Nur „qualifizierte" Mitarbeiterinnen dürfen im Haus eingestellt werden; für jede neu aufgenommene Frau ist ein Fragebogen auszufüllen und an die Stadt weiterzuleiten.

Schwierigkeiten bereitet auch die Arbeit mit den Jugendlichen und den Kindern im Haus. Um mit ihnen eine bessere Arbeit machen zu können, was häufig an Räumlichkeiten scheitert, und um nicht so viele Frauen abweisen zu müssen, würde eigentlich ein zweites Haus gebraucht. Das Frauenhaus ist weiterhin auf Spenden und Beiträge der Mitglieder angewiesen, um nach dem eigenen Konzept weiterarbeiten zu können.

Frauenhaus Hannover, Frauen helfen Frauen e.V.
(Tel. 0511/718454)
Stadtsparkasse Hannover
BLZ 250 501 80 Kto;Nr. 732 257

AG Frauen
KB Hannover

Da schmunzelt der Lustmuskel

Das Baby ist schuld, wenn die Frau nach der Geburt ihres Kindes den Spaß am Sex verliert! Durch die Entbindung kann nämlich bei den Müttern der „Lustmuskel" erschlaf- Entbindung kann nämlich bei den Müttern der „Lustmuskel" erschlaffen.

Beim Geschlechtsverkehr bietet dann die Vagina dem eindringenden Penis keinen mechanischen Widerpart mehr. Die Lust der Frau bleibt aus. Durch Training mit einem Spezialgerät können die Frauen ihren Lustmuskel kräftigen - der Spaß am Sex kehrt zurück. Das berichtete die „Hamburger Morgenpost" am 23. 10.78.

Übrigens: Mein Lustmuskel sitzt da wo andere den Lachmuskel haben. Die Lachlustmuskeln kann man hervorragend durch Spezialartikel der „Morgenpost" trainieren!

•••

Minister will Männer vor Vergewaltigung schützen

Vor „lüsternen, sexbesessenen und körperlich starken Frauen" will der britische Unterhausabgeordnete John Lee seine Geschlechtsgenossen schützen. In einem Brief an Innenminister Merlyn Rees forderte er eine Gesetzesänderung, nach der auch Frauen wegen Vergewaltigung bestraft werden können.





Kinder



Nochmals zur Diskussion um kollektive Kinder-Erziehung

In dem Leserbrief zu dem o.g. Artikel sagt ihr, daß ihr im *Interesse der Kinder* Kindertausch organisiert, damit sie in einer Gemeinschaft unter Kindern auch außerhalb des Kindergartens leben; dabei ist „das positive und auch nicht unwichtige Abfallprodukt, daß die Eltern sich mal einen Tag ausruhen können und endlich mal eine Nacht durchschlafen können". Wir haben in unserer Babyinitiative ebenfalls von Anfang an „Kindertausch" praktiziert; dabei wurden anfangs die Vereinbarungen, welche Kinder wann und wo schlafen, ausnahmslos von den Eltern getroffen, bestimmt durch die Termine der Eltern. Die Kinder waren zu klein, um gefragt zu werden; darüber hinaus bestand für uns schlicht die N o t w e n d i g k e i t, uns in gewisser Weise gegenseitig von unseren Kindern zu entlasten, wenn wir nicht nach Feierabend doch wieder in die althergebrachte Rolle der Hausfrau und Mutter schlüpfen wollten. Unsere Kinder haben ein- bis zweimal in der Woche bei anderen Kindern aus dem Kindergarten geschlafen; sie kannten diese Kinder gut, Schwierigkeiten traten nicht auf. Inzwischen sind unsere Kinder fast alle drei Jahre alt und das ganze Modell funktioniert nicht mehr so recht. Da wollen zwei Kinder plötzlich montags zusammen ausgerechnet bei den Eltern schlafen, die eigentlich damit gerechnet hatten, den Abend frei (von Kindern) zu haben. Lassen diese Eltern nun ihre Termine ausfallen?

Wir haben, als diese Pannen sich häuften, versucht, unseren Kindern sehr rechtzeitig zu erklären, warum sie an diesem Abend nicht zuhause, sondern bei einem anderen Kind schlafen sollten, d.h. wir haben durchaus u n s e r Interesse gegenüber den Kindern geltend gemacht. Kindertausch ist daher in unserer Praxis keineswegs nur oder hauptsächlich motiviert durch das Interesse der Kinder unter Gleichen aufzuwachsen, sondern im Grunde nur eine kindgerechte Form, die Interessen der Eltern, speziell der Mütter, nach Entlastung zu verwirklichen.

Zur Kritik am Ersatzelternmodell meinen wir, daß es sicherlich nicht richtig ist, die Ersatzeltern als für die Kinder großartige Lösung darzustellen, wie in dem ersten Artikel geschehen. Aber wir sind nicht der Meinung, daß sie nun unbedingt so schädlich sind, daß man sie gleich ganz abschaffen muß, wie ihr vorschlagt. Ein kleines Kind, das seinen festen emotionalen und räumlichen Bezug im Kindergarten und zuhause hat, wird es unserer Meinung nach gut verkraften, einmal in der Woche bei erwachsenen Freunden zu schlafen. Die Eltern sind sicherlich für diese Unterstützung dankbar. Zum Teil werden solche Regelungen auch ganz einfach notwendig sein, trotz der sich daraus ergebenden Probleme, die ihr ja richtig schildert.

Wir meinen, daß ihr euch um die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, daß Mütter politisch aktiv und damit meist auch zeitlich sehr belastet sind, herummogelt, wenn ihr die bisher praktizierten Modelle, wie Kindertausch und Ersatzeltern, e i n s e i t i g vom Interesse des Kindes her betrachtet.

Wie stellt ihr euch denn die Unterstützung der Genossinnen vor, solange wir das „Kinderhaus rund um die Uhr" noch nicht haben?

•

Wenn, wie jetzt geschehen, ein Genossen-Elternpaar die Ersatzeltern, die bisher ihr Baby einmal in der Woche abholten, sofort ersatzlos abschafft — mit einem schlechten Gewissen, sie hätten ihrem Kind geschadet — so ist das der Anfang vom „Rückzug aus der Politik", weil Kinder und Politik halt unvereinbar scheinen. Die Genossen haben daraufhin Kindertausch am Wochenende organisiert (zwei Babys zusammen, abwechselnd bei den Eltern) und werden jetzt aus der Initiative, in der ihr Baby ist, kritisiert, dies sei zuviel für das Kind: der räumliche und personelle Wechsel sei ihm nicht zuzumuten. U.E. läuft das klar auf die Forderung hinaus, daß die Mutter mit ihrem Kind zuhause bleiben soll, da nur dann das Kind Sicherheit, Orientierung etc. gewinnt.

Eine andere Genossin ist in ihrer Wohngemeinschaft, in der noch andere Kinder wohnen, kritisiert worden: Das Kind wird normalerweise von den Eltern und einmal wöchentlich von einem Paten in der Wohnung betreut. Kritisiert wurde an der Genossin, daß sie das Baby mal um 17°° Uhr und mal um 18.30 Uhr badet, und es darüber hinaus einige Male mit zu Terminen genommen hat. Auch hier geht die Kritik in die Richtung, die Mutter schiebe ihr Kind ab, sie müsse sich mehr drum kümmern, es regelmäßiger baden, immer im eigenen Bett schlafen lassen usw., weil Kinder Regelmäßigkeit und wenige bekannte Bezugspersonen und Räume brauchen.

Mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Kinder nach emotionaler Geborgenheit in einer Gruppe Gleichberechtigter (Erwachsener und Kinder!) hat das doch nichts mehr zu tun. Hier werden die Möglichkeiten der Kinder, Erfahrungen zu machen und Beziehungen anzuknüpfen, doch ungemein eingeengt. In einer Wohngemeinschaft mit mehreren Kindern sollte man die Kinder auch gemeinsam betreuen und nicht Forderungen in die Richtung aufstellen, daß jede Mutter ihr eigenes Kind ins Bett bringen müsse. Es scheint uns wesentlich wichtiger, daß die Kinder gemeinsam gebadet werden, als es der Zeitpunkt ist, zu dem dies geschieht.

Noch etwas zu Kindern auf Terminen. Die Auswirkungen sind wohl den meisten bekannt: Die Kinder langweilen sich nach kürzester Zeit, sind genervt, quengelig. Die Eltern müssen dann mit dem Kind spielen; im Grunde hätten sie oft ebensogut zuhause bleiben können. Für die Kinder ist das Ganze eine Strapaze. Sie wären sicherlich besser aufgehoben, wenn sie die Nacht bei einem Freund/Freundin geschlafen hätten. Aber gerade bei kleinen Kindern haben die Eltern oft Angst, die Kinder „wegzugeben", werden die anderen Kinder als Bezugspersonen kaum akzeptiert. Aus diesem schlechten Gewissen heraus werden den Kindern dann solche Strapazen zugemutet. Im Interesse der Kinder ist dies sicher nicht.

Wenn wir Politik und Kinder tatsächlich vereinbaren wollen, so müssen wir uns im Interesse der Kinder und Mütter um kindgerechte, die Eltern entlastende Formen bemühen. Hier haben heute unserer Meinung Kindertausch und Pateneltern ihren Platz. Fragen sollten wir uns, welche Möglichkeiten darüber hinaus bestehen, auch mit Hilfe der Initiativen diese Probleme kingerechter zu lösen, anstatt jetzt den Rückzug aus der Politik anzutreten und ganz individuell unsere Kinder großzuziehen. Wir sollten diskutieren, welche Schritte in Richtung auf ein „Kinderhaus rund um die Uhr" schon heute möglich sind.

Einige Mütter aus Hamburger Baby-Initiativen

Kinder, faßt Eure Eltern nicht mit

Kinder, faßt Eure Eltern nicht mit Samthandschuhen an ...
...sonst tanzen sie Euch auf der Nase rum!

„Fassen Sie Ihr Kind nicht mit Samthandschuhen an" und „Ihr Kind hat Ihnen zu gehorchen und nicht umgekehrt" – unter diesem Motto gab die „Bild" am 18.10. zwölf „Tips".

Im Interesse der Kinder wollen w i r 12 Ratschläge f ü r K i n d e r geben – Regeln, nach denen die Kinder ihre Eltern erziehen sollten:

1. Eltern sind keine Götter, die angebetet oder verhätschelt werden müssen. Im Zweifelsfalle haben die Kinder m e h r Rechte als die Eltern.
2. Kinder! Genießt Eure Ruhe, wenn Ihr spielt und laßt euch nicht ständig von den Erwachsenen reinreden.
3. Wenn die Schularbeiten in Streß ausarten, stellt lieber das Radio an oder seht euch einen guten Fernsehfilm an.
4. Eltern spinnen und übertreiben gern – prüft genau, was sie euch erzählen.
5. Laßt eure Eltern nicht stundenlang vorm Fernseher sitzen – wählt für sie Programme aus, die auch euch gefallen.
6. Es ist nicht gut, sich ständig nach den Wünschen der Eltern zu richten, notfalls sollte man sie bis Weihnachten vertrösten oder auf die nächsten Geburtstage verweisen.
7. Droht niemals Streiche an, die ihr nicht auch ausführt.
8. Mitunter solltet ihr den Erwachsenen mal zu verstehen geben, daß ihr ihnen vertraut – sonst leidet ihr Selbstbewußtsein zu stark.
9. Setzt euch kritisch mit der Schule und den Lehrern auseinander und beguckt euch die Freunde eurer Eltern.
10. Ihr solltet darauf achten, daß euer Taschengeld nicht zu niedrig bemessen ist. Kontrolliert, was die Eltern mit ihrem Taschengeld anfangen, wenn sie euch zuviel reinreden.
11. Konfrontiert eure Eltern mit eurer Sexualität, aber zerstört ihre Unbefangenheit nur behutsam.
12. Sorgt dafür, daß ihr ausreichend viel Schlaf bekommt, daß man euch morgens sorgfältig wäscht, anzieht und euch ein schönes Frühstück zurechtmacht. Nur so kann der Tag gut beginnen.

Kinderkommission



Nach den fristlosen Entlassungen: Erhärtete Vorwürfe gegen Heimleitung und Diakonisches Werk

Erstmals seit den Sommermonaten hat es jetzt erneut heftige öffentliche Kritik an der Heimleitung der Büsumer „Jugendgemeinschaftswerke" („freiwillige Erziehungshilfe" für Jungen) und dem Träger, dem Diakonischen Werk, gegeben.

Im Juli hatten 16 Heimerzieher/innen erstmals in einem Schreiben an das Kieler Landesjugendamt auf Mißstände in dem Heim aufmerksam gemacht und waren daraufhin fristlos gekündigt worden (vergl. AK 134 und AK 141). Seither wurde ihnen systematisch verwehrt, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Nach Selbstmordversuch: „Wisch dein Blut selbst weg!"

Mittlerweise ist ein achtseitiges Schreiben der betroffenen Kolleg(inn)en bekanntgeworden, in dem Vorwürfe konkretisiert und erneut Vorwürfe erhoben werden:

Am schockierendsten sind Schilderungen um Selbstmordversuche jugendlicher Heimbewohner und Selbstmorde zweier Mitarbeiterinnen: *„Bei einem Selbsttötungsversuch eines Jungen soll sich die Sekretärin des Hauses genötigt gesehen haben, die Betreuung des Jungen privat vorzunehmen. In diesem Fall soll die Heimleitung von den Mitarbeitern vor dem Selbsttötungsversuch auf die bestehende Gefahr aufmerksam gemacht worden sein. Dieser Hinweis sei nicht ernst genommen worden. In einem anderen Fall sei von der Heimleitung die Dienstanweisung gegeben worden, daß der Jugendliche nach Rückkehr aus dem Krankenhaus das aus den geöffneten Pulsadern auf die Badeeinrichtung verspritzte Blut selbst zu entfernen hatte"* („Dithmarscher Rundschau", 26.10.).

Nicht weniger verachtend hat sich die Heimleitung mindestens einer Mitarbeiterin gegenüber gegeben. Sie ist durch Suicid (Selbstmord) gestorben, nachdem ihr Nachsuchen um Hilfe ignoriert worden ist: „.... *es schockiere sie besonders die Tatsache, daß die Heimleitung von der Möglichkeit eines Suicids vorab gewußt und trotzdem nicht helfend eingegriffen habe. Nach Ansicht der Schreiber ist es unverantwortlich, einen bekanntermaßen suicidgefährdeten Mitarbeiter mit der schweren pädagogischen Aufgabe der Betreuung von verhaltensgestörten Jugendlichen zu betrauen."* (ebenda).

Während die dagegen opponierenden 16 Kolleg(inn)en im Sommer arbeitslos gemacht worden sind, ist die für diese Zustände verantwortliche Heimleitung immer noch in Amt und Würden.

... das Geschäft muß blühen:

Erstens: „*Kinder seien aus ökonomischen Gründen aufgenommen worden, obwohl die Erzieher der Ansicht waren, daß die Jungen entweder in der Gruppe nicht gefördert werden konnten oder nicht mit Mitteln des Heimes zu fördern waren."* (ebenda).

Nachzutragen bleibt hier die Information, daß das Büsumer Heim dauernd überbelegt gewesen ist. Zweitens: Einige Jugendliche des Heimes werden von Familien betreut, bei denen sie auch wohnen. Die Familien erhalten dafür einen Unkostenbeitrag, doch „*dieser Beitrag soll jedoch nur bei einem Drittel des sogenannten Pflegesatzes liegen. Währenddessen nahm das Heim für sich die Differenz von rund 2000 DM im Monat als Verwaltungskosten in Anspruch."* (ebenda).

Drittens: Um Erzieher/innen zu „sparen", wurden konsequent keine Kleingruppen eingerichtet. Erzieher/innen sollen bis zu 360 Überstunden (!) monatlich geschoben haben.

Kommentar: Heimerziehung ein kapitalistischer Unternehmensbereich

Solidaritätsveranstaltung in Kiel

Aus Solidarität mit den gefeuerten Kolleg(inn)en hat das Kieler „Bambule-Plenum" mit Unterstützung der Fachschaftsleitung der Fachhochschule Sozialwesen am 2.11. eine Veranstaltung zu den Heimereignissen durchgeführt.

Vier betroffene Kolleg(inn)en berichteten vor rund 70 bis 80 Besuchern über die Mißstände in dem Heim.

Ein Dozent der Fachhochschule kritisierte das Diakonische Werk (den Träger des Heimes), indem er darauf verwies, daß es sich hier schließlich um „öffentliche Erziehung" handele, „... *und weil das so ist, müssen die Auseinandersetzungen auch der Öffentlichkeit transparent sein. Damit verträgt sich nicht, daß diese Auseinandersetzungen rein arbeitsrechtlich geführt werden".*

In einer gemeinsamen Pressemitteilung forderten die Veranstaltungsteilnehmer das Diakonische Werk und das Landesjugendamt (in seiner Funktion als Heimaufsichtsbehörde) auf, öffentlich zu den erhobenen Vorwürfen Stellung zunehmen. Darauf darf man/frau gespannt sein.

Ein Kieler Genosse

Empfehlung: Eine Dokumentation zu den fristlosen Entlassungen kann bestellt werden beim

Bambule-Plenum Kiel
c/o U. Grun
Harriesstr. 14
2300 Kiel 1

Der Arbeitsgerichtsprozeß geht am 17.11. weiter.
Ort: Arbeitsgericht Husum, Zimmer 220, Theodor-Storm Str. 5
Zeit: 17.11.78 um 9.30 Uhr

BÜSUM... UND KEIN ENDE...

VERANSTALTUNG

FACHHOCHSCHULE SOZIALWESEN

DONNERSTAG, 2. NOVEMBER,

2. NOVEMBER,

19[00] UHR

Veranstalter: Bambule-Plenum Kiel (Druckerei) und die Fachschaftsleitung der FH Sozialwesen Kiel

Noch keine Entscheidung über fristlose Entlassungen

Affäre um Erziehungsheim in Büsum weitet sich aus

Kündigung nach dem Schreiben an das Landesjugendamt

Diakonisches Werk entläßt 16 Mitarbeiter

Erzieher drohen mit Klage wegen Diffamierung

16 Mitarbeitern eines Büsumer Jugendheims fristlos gekündigt

Wegen angeblicher „Nichteinhaltung ihres Dienstvertrages"

Kirche feuerte 16 Pädagogen

Büsumer Heim-Erzieher: „In der Öffentlichkeit diffamiert"

Gründe für Entlassung wurden zurückgewiesen

Glocksee-Schulversuch unter Beschuß

Nachdem Niedersachsens Kultusminister Remmers (CDU) kürzlich im Oldenburgischen ein Ausbildungsreformmodell stoppte, soll nun der „Schulversuch Glocksee" Hannover, ein in seiner Art einzigartiger Versuch in der BRD, in Teilen seiner Konzeption beschnitten werden.

Soziales Lernen in der Glocksee-Schule

Der „Schulversuch" sei hier kurz vorgestellt: Glocksee wurde zum Schuljahresbeginn 1972/73 als staatlicher, vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft geförderter Schulversuch begonnen. Initiator des damals als Grundschulversuch (Klassen 1 bis 4) begonnenen Projekts war Professor Oskar Negt (SB). 1974 wurde auch die Einrichtung der Klassen 5 und 6 genehmigt.

Heute besuchen 150 Schüler und Schülerinnen und 11 Lehrer diese Schule.

Zur Konzeption:

Nach Abschluß der Klasse 6 gehen die Kinder zusammen auf eine Integrierte Gesamtschule (IGS – Hannover-Linden) über.

„Der Schulversuch umfaßt je einen Stammraum für die einzelnen Jahrgangsstufen, eine gleiche Anzahl von Zusatzräumen, die in der Regel für die Kinder allein da sind, und mehrere Fachräume (incl. Turnhalle).

Die herkömmliche Stunden- und Pauseneinteilung besteht während des Schulvormittags nicht. Alle Kinder sind während des ganzen Vormittags in der Schule und bewegen sich innerhalb eines zeitlichen Lernkontinuums" (Anm. AK: lückenlos zusammenhängend) *Es gibt keine starren Jahrgangsklassen. Die Kinder orientieren sich zwar am Geschehen im Stammraum ihres Jahrgangs, können sich jedoch prinzipiell ihren Lern- und Spielzusammenhang selbst*

im Stammraum ihres Jahrgangs, können sich jedoch prinzipiell ihren Lern- und Spielzusammenhang selbst

auswählen. (Anm. AK: es handelt sich hierbei um jahresübergreifendes Lernen) – *Es werden keine Tests geschrieben und keine Benotungen erteilt. Die Eltern erhalten in jedem Schulhalbjahr einen Bericht über die soziale Entwicklung und die Lernentwicklung ihres Kindes. – Es gibt keine Schulfächer. Vielmehr entwerfen die Lehrer, nach Absprache mit den Kindern, Unterrichtsangebote, die fächeraufhebend orientiert sind, also an Projektgegenständen."*

Das pädagogische Konzept ist das des „sozialen Lernens", die Schule ist ein Stück Alltag der Kinder. Die Kinder sollen ihre Vorstellungen gleichberechtigt in die Unterrichtsgestaltung einbringen. Die außerschulischen Kontakte der Schüler werden durch das tägliche halbstündige zur Verfügungstellen des Schultelefons unterstützt. Kindern mit *„erheblichen Lernschwierigkeiten oder sog. Verhaltensauffälligkeiten, die in der Regelschule eine Überweisung in die Sonderschule zu erwarten hätten (in Glocksee schätzungsweise 15 %), bleiben bei uns in das gesamte schulische Geschehen integriert. ... bisher haben wir noch kein Kind auf eine Sonderschule überwiesen."* –

Es gibt eine regelmäßige Zusammenarbeit mit den Eltern (regelmäßige, 14-tägige Klassenelternabende).

Dieser kleine Einblick in die Glocksee-Schule soll genügen, um die erheblichen Unterschiede zur herkömmlichen Schule deutlich werden zu lassen.

Remmer's Erlaß

Gegen diesen progressiven Schulversuch zog der CDU-Kultusminister Remmers zu Felde, indem er mit einem Erlaß vom 21.7.78 die Genehmigung zur Führung der Klassen 5 und 6 im Schulversuch Glocksee zurückzog. Begründung:

„Da die Klassen 5 und 6 des Schulversuchs Glocksee nicht die Aufgabe der zum 1.8.78 in der Landeshauptstadt Hannover eingeführten Orientierungsstufen erfüllen können ..." und (völlig aus der Luft gegriffen): *„Der Übergang der Schüler aus der Klasse 6 in die 7. Klasse hat in den vergangenen Jahren wiederholt zu Schwierigkeiten geführt".*

Ein weiterer Punkt: Remmers will *„der Einrichtung einer Vorklasse nicht zustimmen, da in der Landeshauptstadt Hannover ein breites Angebot für Fünfjährige vorhanden ist, sodaß ich Ihrem Antrag auf Einrichtung einer Vorklasse nicht entsprechen kann".*

Die dritte Maßnahme, die in diesem Erlaß enthalten ist, sieht erst einmal wie eine Verbesserung aus. Nicht umsonst wird sie darum gleich am Anfang des Schreibens genannt. Dem Antrag auf Umwandlung in eine Ganztagsschule vom Zeitpunkt des Umzuges der Schule in das Gebäude an der Hölderlinstraße ab 1.9.78 wird genehmigt. Inzwischen ist aber auch dies gefährdet. *„In diesem Punkte aber könnte es zu weiteren Schwierigkeiten kommen. Wie Stadtschulrat Warmbold* (... er sehe diesen eigentümlichen und besonderen Versuch, der ihm wie ein Klein-Summerhill des englischen Pädagogen Neill vorkomme, ganz gerne ...) *in der Sitzung des Schulausschusses mitteilte, stelle sich der Schulverwaltung nach der veränderten Lage jetzt die Frage, ob nach Wegnahme der 5. und 6. Klasse das vorgesehene Umbauprogramm im Gebäude Hölderlinstraße, bei dem Kosten in Höhe von etwa 650.000 Mark anfallen, noch gerechtfertigt sei"* („HAZ" vom 20.9.78).

Die Glocksee-Eltern und Lehrer wehren sich

Die Eltern widersprechen dem Kultusminister Remmers, wenn er davon ausgeht, daß die Glocksee-Schule nicht die Aufgaben der Orientierungsstufe erfüllen kann.

„Die pädagogischen und schulversuchsspezifischen Gründe ... sind von der Lehrerschaft und der wissenschaftlichen Begleitung der Schule auf den Genehmigungserlaß vom 9.4.74 hin ausführlich dargelegt worden. Das gilt insbesondere auch für die im Rahmen der Schulkonzeption zu erfüllenden Aufgaben der seinerzeit bereits eingeplanten Orientierungsstufe". (Aus einem Schreiben der Eltern an Remmers vom 14.9.78, mit dem sie Widerspruch gegen Remmers Verfügung einlegten).

Zu den Schwierigkeiten, die es angeblich beim Übergang von der 6. Klasse des Schulversuchs zur 7. Klasse der IGS geben soll, kommen die Eltern zu dem Schluß, daß es sich hier nur um die Schwierigkeiten handeln könne, die der *„Eingliederung des Schulversuchs in die 7. Klasse der IGS neuerdings von Seiten der Schulbehörde gemacht werden".*

Neben juristischen Mitteln informieren die Eltern und Mitarbeiter der Glocksee-Schule durch eine öffentliche Erklärung und fordern durch eine Unterschriftensammlung unter diese Erklärung auf, für diesen in der BRD einzigartigen Schulversuch einzutreten.

Darüber hinaus wurde am 18. Oktober die neue Kurzfassung des Glocksee-Films „Lernen ohne Zwang" gleich zweimal gezeigt. Beide Vorstellungen mit anschließender Diskussion und Information verbunden, waren mit jeweils ca. 300 Besuchern sehr gut besucht. Es bleibt zu hoffen, daß noch weitere Möglichkeiten der Information, zum Beispiel der anstehende Jugendhilfetag in Köln, genutzt werden. Die Informationen entnahmen wir den Publikationen, die vom Glocksee-Schulversuch herausgegeben wurden.

Anschrift:
Schulversuch Glocksee
Glockseestr. 35
3000 Hannover 1
Tel. 0511/168-3783
Hier kann auch der Film über das Projekt bestellt werden.

KB/Gruppe Hannover

»Hinter den grauen Mauern...«

Unter diesem Thema fand am 1. November in Braunschweig eine Veranstaltung zur Situation im durch seine haarsträubenden Erziehungspraktiken bekanntgewordenen Birkenhof in Hannover statt. Mit 120 Teilnehmern war die Veranstaltung, zu der die Heiminitiative Braunschweig aufgerufen hatte, recht gut besucht.

In einem kurzen Theaterstück, das von der Heiminitiative Hannover aufgeführt wurde, wurden die alltäglichen Schikanen und Repressionen, denen die Mädchen im Birkenhof ausgesetzt sind, dargestellt.

Nach dem Theaterstück erzählten Mädchen aus dem Birkenhof und Mitglieder der Heiminitiative von ihrem Kampf.

In der anschließenden Diskussion standen Fragen nach Veränderungsmöglichkeiten der Heimsituation und möglicher Alternativen zu den Heimen, wie etwa Jugendwohngemeinschaften, im Mittelpunkt. Die Braunschweiger Heiminitiative berichtete in diesem Zusammenhang von ihrer bisherigen Arbeit, die neben einer konkreten Untersuchungsarbeit zur Situation in Braunschweiger Heimen vor allem darin besteht, eine breitere Öffentlichkeit über die Zustände in der Fürsorgeerziehung herzustellen.

Neben den Berichten und Diskussionen über den Birkenhof sollte auf der Veranstaltung als zweiter Schwerpunkt über den Jugendhilfetag in Köln informiert werden. Dazu kam es leider nur sehr kurz, weil nach dem Ende des Birkenhof-Teils sich die Besucherreihen doch erheblich lichteten. Dennoch kann die Veranstaltung als Erfolg gewertet werden und für die Heiminitiative Braunschweig als Aufforderung zur Weiterarbeit begriffen werden.

KB/Gruppe Braunschweig

Kurzmeldungen

Mütter-Veranstaltung in Braunschweig

Am 30.10.78 fand in Braunschweig auf Einladung der Initiative „Mütter schließen Freundschaft" eine Podiumsdiskussion statt, zu der ca. 150 Frauen erschienen waren. (Leider wirklich nur eine Handvoll Männer).

Konkreter Anlaß waren die schlechten Erfahrungen, die Eltern mit ihren Kindern in Braunschweiger Krankenhäusern gemacht hatten. So besteht lediglich eine festgesetzte Besuchszeit von drei Stunden im Krankenhaus, eine Mitpflegemöglichkeit für Eltern ist ausgeschlossen.

Zu diesem Thema äußerten sich auf dem Podium drei Vertreter von SPD, CDU, FDP, ein Kinderarzt, der Chefarzt des Kinderkrankenhauses und ein Vertreter der AOK.

Die beiden Ärzte stellten sich aufgrund fachlicher Übereinstimmung hinter die Forderungen der Initiative nach einer ganztägigen Besuchszeit, bei schwerer Krankheit Mitaufnahme eines Elternteils und Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen. Für die Durchsetzung sahen sie allerdings einige Schwierigkeiten (altbekannte): zu wenig Geld; Personal und die entsprechenden Räumlichkeiten fehlen.

Die CDU behauptete, sie finde diese Forderungen ja auch ganz toll ..., aber man dürfe doch nicht zuviel Unruhe in den Krankenhausalltag bringen.

Die SPD versuchte, sich als der wahre Interessenvertreter aufzuspielen. Zu dieser Problematik habe sie ja schon vor zwei Jahren gearbeitet und in der Zwischenzeit, in der gar nichts geschehen ist, wollte sie nur sehen, wie die „neuen Regelungen" im Krankenhaus (nach dem Motto: vorher zwei, jetzt drei Stunden Besuchszeit) sich in der Praxis auswirken.

Zu beiden Stellungnahmen hatte das Publikum allerdings eine total andere Meinung, was unter Beifall auch dargelegt wurde.

Insgesamt eine sehr interessante Veranstaltung, wobei – nachdem die Initiative auch schon 2.000 Unterschriften für ihre Forderungen gesammelt hat – man/frau sicherlich zu diesem Thema in Braunschweig noch mehr hören wird.

KB/Gruppe Braunschweig

***

„Sozialkritisches" für Kinder nicht erlaubt?

Carola Benninghofen, ehemals Ressortleiterin im Hessischen Rundfunk, wurde zum 30.10. dieses Jahres endgültig von ihrem Arbeitgeber gekündigt! Begründung: Sie habe *„zu einseitige und doktrinäre"* Sendungen gemacht, weil sie *„gesellschaftskritische Sendungen bevorzugt (habe), die nach Auffassung des Senders für Kinder nicht geeignet gewesen seien. Mehrfach habe er* (ihr Vorgesetzter Hannes Bressler, Anm. AK) *sie darauf hingewiesen, daß im Kinderprogramm keine Formen von Unter-*

haltung vorkommen sollten, die auf Sozialkritik hinauslaufen" („Frankfurter Rundschau", 23.10.78).

Anscheinend sind die in Serien produzierten Filme wie „Heidi", „Pinoccio" oder Wild-West- und Krimi-Programme besser dazu geeignet, die Kinder im Sinne dieses Staates zu erziehen ... ?

•••

Rechte des Jugendringes werden beschnitten

Frankfurt: In städtischen Publikationen dürfen künftig Organisationen mit „verfassungsfeindlichen Zielen" nicht mehr aufgeführt werden. Ihre Plakate werden aus Jugendhäusern verbannt. Anlaß dieses Beschlusses im Stadtparlament: Die SDAJ (Nachwuchsorganisation der DKP) ist Mitglied des Jugendringes. Deshalb stand auch ihre Adresse und Telefonnummer in einem Faltblatt des Jugendamtes, in dem die Anschriften aller Organisationen aufgeführt sind, die dem Stadtjugendring angehören. Für die CDU war das „*Unterstützung von Verfassungsfeinden mit Steuergeldern*" („Frankfurter Rundschau" vom 23.10.78).

•••

Aufklärung über die Aufklärung

Nun ist es wissenschaftlich erwiesen: Nur jeder vierte Jugendliche in der BRD wird von seinen Eltern aufgeklärt. Zu diesem Ergebnis kam die Untersuchung einer Hamburger Jugendzeitschrift, an der sich 120.000 Leser beteiligten. 22,8 % der befragten Jungen und Mädchen im Alter von 12 bis 20 Jahren gaben an, in der Schule aufgeklärt worden zu sein, 14 % von Freunden bzw. Freundinnen. Die meisten informierten sich anhand von Aufklärungsliteratur. 6,4 % der Befragten nannte sonstige, nicht näher bezeichnete Aufklärer („Tagesspiegel", 22.10.78).

•••

Bilder vom Polizei-Einsatz gegen Kinder unter Verschluß?

**Frankfurt: Im April dieses Jahres wüteten Polizisten zum Schutz von Dregger mit Chemical Mace gegen Schulkinder der Ziehenschule in Eschersheim/Hessen. Es wurden mehrere Strafanzeigen wegen Körperverletzung im Amt erstattet. Obwohl alle Zeugen nach Auskunft der Oberstaatsanwaltschaft vernommen wurden, ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Grund: Die „Frankfurter Allgemeine" lehnte es ab, die Bilder herauszurücken, die ihre Fotografin von dem Polizei-Einsatz gemacht hatte. Diese Bilder wurden als wichtiges Beweismittel in dem Verfahren eingestuft. Nach richterlichem Beschluß mußte die „Frankfurter Allgemeine" die Fotos herausrücken. Wer jetzt glaubt, daß die Anklage endlich erhoben wird, der irrt sich: „*Die Dokumente werden in Wiesbaden gleich-*

meine" die Fotos herausrücken. Wer jetzt glaubt, daß die Anklage endlich erhoben wird, der irrt sich: „*Die Dokumente werden in Wiesbaden gleich-*

sam mit der Lupe untersucht. Über das Ergebnis wird die Staatsanwaltschaft zu gegebener Zeit berichten" („Frankfurter Rundschau", 27.10.1978).**

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

Solidarität geht weiter!

Alle spielen fürs Kinderhaus

Wie schon 1977 hieß es auch in diesem Jahr in Hamburg „Alle spielen fürs Kinderhaus" — und das gleich an zwei Abenden über fünf Stunden lang. Insgesamt 27 Musikgruppen bzw. Solisten spielten am 31.10. und 1.11. ohne Gage. Besucht wurden die Konzerte von fast etwa 5.000 Besuchern, die pro Abend 10 Mark Eintritt zahlten. Eine wertvolle Hilfe für das Kinderhaus Heinrichstraße, dem seit seiner Eröffnung vor 27 Monaten die gesetzlich zustehende Unterstützung verweigert wird! Das Spektrum der gebotenen Musik reichte von Rock über Jazz bis zu politischen Liedern: **Michael Naura und Wolfgang Schlüter, Okko, Lonzo, Barry, Chris und Timpe; Stintfunk; Have Mercy; Achim und Trotzrock; Schneewittchen, Peter Herbolzheimer, Bill Ramsey, Helmut Ruge, Düsenberg, Lerryn, Brunos Salon Band; Knut Kiesewetter, Alexis Korner, Wolf Biermann, Walter Mossmann, Liederjan, Torfrock, Axel Zwingenberger, Schobert & Black, Hans Haider, Rudolf Rock & Schocker, Swing Gipsy Rose, sowie ein armenisches Folklore-Ensemble aus der Sowjetunion!** Päpstlicher als der Papst hingegen war wieder einmal die DKP: Der DKP angehörende Künstler, die 1977 mit für das Kinderhaus aufgetreten waren, „durften" diesmal nicht! Henning Venske informierte in Zwischentexten über die Pädagogik des Kinderhauses, die Angriffe der Springer-Presse, die Auseinandersetzung mit der Behörde und die Erfolge der Solidarität mit dem Kinderhaus. Ebenfalls wurde herausgestellt, daß die Angriffe auf das Kinderhaus allen gelten, die sich für eine fortschrittliche Erziehung einsetzen. **Der Senat setzt auf Verzögerung:** Auf den Konzerten wurde auch bekannt, wie der Senat sich sein Vorgehen in Sachen Kinderhaus Heinrichstraße weiter vorstellt. Waren einige Zeit mehr oder weniger fundierte Gerüchte im Umlauf, daß der neue Senator für Schule, Jugend und Berufsbildung, Grolle, den Konflikt mit dem Kinderhaus beilegen wolle, erklärte der Senat jetzt, daß er erst nach Vorliegen eines rechtskräftigen Urteils im Streit Kinderhaus gegen Behörde über die „Verfassungsmäßigkeit" des Kinderhauses entscheiden werde. D.h. der Senat will offenbar — wie schon

„Verfassungsmäßigkeit" des Kinderhauses entscheiden werde. D.h. der Senat will offenbar — wie schon

zwei Jahre lang praktiziert — das Kinderhaus auf einen langen juristischen Weg drängen. **Wenn die Solidarität mit dem Kinderhaus so weitergeht, wird das Kinderhaus diesen Weg auch noch schaffen — dem Senat zum Trotz!**

Stellvertretend für über 100 Künstler: ALEXIS KORNER - von links oben nach rechts unten: armenische Folkloregruppe aus der Sowjetunion, Bill Ramsey, Henning Venske, Zauberer Nathias Neuter und „Schneewittchen".





Gründungserklärung der International Gay Association

Auf dem diesjährigen Jahreskongreß der britischen Schwulenorganisation CHE in Coventry wurde die Bildung einer internationalen Schwulen-Organisation beschlossen („International Gay Association" – IGA). Die Gründungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„Schwule Männer und lesbische Frauen erleiden beträchtliche Unterdrückung auf der ganzen Welt, und es ist unerläßlich, die Wirksamkeit unserer Aktionen zu stärken durch internationale Zusammenarbeit zwischen den Organisationen lesbischer Frauen und schwuler Männer. Wir haben deshalb diese Assoziation mit den folgenden Zielen gegründet:

1. Die Wirksamkeit schwuler Organisationen soll erhöht werden, indem die politische Aktion für schwule Rechte auf internationaler Ebene koordiniert wird. Besonders geht es darum, gemeinsamen politischen Druck auf Regierungen und internationale Institutionen auszuüben.

2. Ein Informationszentrum soll errichtet werden, das Information über schwule Belange zwischen den schwulen Organisationen verbreitet, um eine größere Kenntnis schwuler Unterdrückung zu fördern und um Gebiete auszumachen, wo internationaler politischer Druck am wirksamsten erfolgen kann. Wir appellieren an alle schwulen und lesbischen Organisationen überall in der Welt, dieser Assoziation beizutreten und an andere betroffene Organisationen, sich anzuschließen.

Mitgliedschaft und Aufnahme werden bearbeitet durch die IGA-Geschäftsstelle in Amsterdam. Das Treffen in Coventry vereinbarte, daß 100 holländische Gulden der jährliche Mindestbeitrag sind, wobei größere und wohlhabendere Gruppen aufgefordert werden, mehr zu zahlen.

Zuschriften an: IAG, c/o COC, Frederickisplein 14, Amsterdam, Niederlande".

Erklärung von LG und AG Schwule zur Bildung der AG-Schwule im KB

Über die Bildung einer AG Schwule und verschiedene inhaltliche Fragen diskutierten am 3. November schwule Genossen des KB (Hamburg) mit Mitgliedern des LG.

Die AG Schwule soll eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb des KB sein. Die Mitglieder der AG Schwule nehmen teil am Kampf gegen staatliche und gesellschaftliche Unterdrückung der Schwulen und leisten Untersuchungsarbeit über „Normalität", Schwulenunterdrückung etc. (Veröffentlichungen durch AK, KB-Broschüren, Veranstaltungen). Sie wollen dazu beitragen, daß die „repressive Toleranz" als Form der Diskriminierung unter Genossen überwunden wird und eine Qualifizierung aller Genoss(inn)en des KB in der Schwulenfrage erfolgt. Ein weiteres Ziel der AG Schwule ist es, die Solidarität unter den schwulen Genossen zu stärken.

Die AG Schwule ist eine Gruppe i m KB, nicht aber eine (sozusagen „offizielle") Gruppe, Einheit oder Kommission d e s KB. Dies ergibt sich aus folgenden Überlegungen:

- Weil im KB noch keine ausreichend entwickelten kommunistischen Positionen zur Schwulenfrage vorliegen;
- wegen der Vielzahl bestehender Meinungsverschiedenheiten zwischen den Genossen der AG Schwule einerseits, den Mitgliedern des LG und anderen anleitenden Mitgliedern des KB andererseits;
- weil in der Vergangenheit alle Versuche, die Schwulen-Politik durch Kader des KB anzuleiten, an den vorhandenen Widersprüchen gescheitert sind.

Daraus ergibt sich, daß die schwulen Genossen Möglichkeiten haben müssen, ihre Standpunkte darzulegen, daß aber andererseits nicht der Anspruch bestehen kann, von ihnen würde d i e Schwulen-Politik d e s KB gemacht. Dies zu verändern und tatsächlich in der Diskussion und Praxis eine Schwulen-Politik d e s KB zu entwickeln, wird Aufgabe der Zukunft sein.

Der KB ist die bisher einzige linke Organisation in der BRD, die überhaupt den Versuch gemacht hat, sich kontinuierlich zu Fragen der Schwulen-Unterdrückung und des Schwulen-Kampfes zu äußern. Trotzdem war das bisher Geleistete bei weitem nicht ausreichend: Das Hauptproblem schwuler Arbeit im KB lag bisher darin – ähnlich wie auch bei unserer Frauenpolitik – daß schwule politische Arbeit weithin nicht als eine wichtige Arbeit anerkannt wurde, sondern nur als zweitrangig („Nebenwiderspruch") eingestuft wurde. Entsprechend wurde vielfältiger Druck auf schwule Genossen ausgeübt, „nicht nur" schwule Arbeit zu machen, sondern „Wichtigeres" zu tun.

Vollversammlungen der schwulen Genossen des KB (Hamburg) sollen zukünftig dazu dienen, die Reihen der aktiven Schwulen zu erweitern und ihre politische Rolle im KB zu stärken.

Alle Einheiten des KB (Hamburg) sind dringend aufgefordert, die schwulen Genossen zu unterstützen und zu ermutigen, sich an der Entwicklung einer Schwulen-Politik des KB, an Vollversammlungen und an der Arbeit der AG Schwule zu beteiligen.

In den übrigen Ortsgruppen des KB sollte ebenfalls diskutiert werden, welche Schritte in diesem Sinn am jeweiligen Ort möglich und nötig sind.

„Treiben sich KB-Schwule nachts in Parks rum?"

Wie im letzten AK berichtet, gab es in den vergangenen Monaten eine Reihe von faschistoiden Überfällen auf Schwule in einem Hamburger Schwulenpark. Die HAH (Homosexuelle Aktion Hamburg) veröffentlichte dazu ein ausführlicheres Flugblatt, das mögliche Arten, auf diese Überfälle zu reagieren, zur Diskussion stellt und juristische Tips enthält.

Dieses Flugblatt hängte ein schwuler Genosse während der Erstellung des AK an ein Pin Board in den layout-Räumen. Daneben schrieb er (anonym) die Frage, die uns Schwulen so ungern gestellt wird: „Treiben sich eigentlich auch KB-Schwule nachts im Park rum?"

Bereits am nächsten Morgen fand der Genosse daneben folgende Wandzeitung hängen:

„Ja, lieber Genosse(in), (der anonym geblieben ist!!), so sieht das wohl aus!

Vielleicht unterhälst Du Dich mal mit einem schwulen Genossen darüber und stellst ihm diese Frage! Die Genossen warten nur darauf und lieben es gar nicht, wenn über ihr Schwul-Sein diskret geschwiegen wird. Ich habe das getan und bei mir sind dabei verschiedene Groschen gefallen. Z.B. findet wohl keiner was dabei, wenn ein(e) Hetero-Genosse(in) auf einer Fete/im Betrieb/Jugendzentrum usw. jemanden aufreißt und mal kurz ins Bett geht ... oder? Jedenfalls gibt es keine größere Empörung darüber.

Bei Schwulen läuft die Sozialisation ganz anders als bei Heteros; die Einstellung zur Sexualität ist meistens gestört (durch das meist spät einsetzende Coming Out, durch das ‚sich-pervers-Fühlen', durch das erzwungene Verschweigen, das Verheimlichen-müssen usw.). Ein ‚normaler' Jugendlicher trifft seinesgleichen in Diskos, Jugendhäusern, auf ‚fortschrittlichen' Feten etc.; ein Schwuler trifft seinesgleichen in Parks, Klappen, entsprechenden Kneipen ... Was das bedeutet, darüber solltest Du mal nachdenken und dann o f f e n schwule Genossen dazu befragen, damit Du Deine Schwulenfeindlichkeit bekämpfen kannst. Die schwulen Genossen leiden ganz enorm unter unserem Schweigen – mehr als unter dummen Fragen!".

Wir hoffen, daß die Genossin jetzt nicht denkt, sie habe eine offene Tür eingerannt, wenn sie erfährt, daß sie mit ihrer Wandzeitung einem S c h w u l e n geantwortet hat. Weit entfernt!

Wenn es in unserer Organisation Schwulenfeindlichkeit gibt, tritt sie nicht (mehr) o f f e n zutage. Wir kommen uns manchmal vor wie von Gummiwänden umgeben. Wir sind zwar weit entfernt, als Schwule angefeindet zu werden, aber oft nur, weil wir als Schwule (mit allem, was Schwulsein ausmacht) gar nicht wahrgenommen werden. Deshalb haben wir uns über die Wandzeitung der Genossin sehr gefreut.

AG Schwule
im KB/Gruppe Hamburg

Schwule international

Mexico-City. Zum ersten Mal in der Geschichte Mexicos demonstrierte eine Schwulenorganisation öffentlich. Die „Frente Homosexual de Action Revolutionaria" (FHAR) reihte sich in eine Demonstration gegen Polizeiterror ein. Die Demo (30.000 Teilnehmer) war vom Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener, der „University Workers Union", der mexikanischen KP und der trotzkistischen Revolutionären Arbeiterpartei (PRT) organisiert worden. Mit Transparenten und Flugblättern marschierten zehn Mitglieder der FHAR vor dem Block der PRT. („The Body Politic", 10/78)

Boston/USA. 2.000 Schwule und Lesben protestierten am 1.9. gegen einen Auftritt der klerikal-faschistischen Anita Bryant. Die Bryant mußte die Veranstaltung abbrechen. Zwei Tage später wurden (zum fünften Mal) die Redaktionsräume der bekannten Bostoner Schwulenzeitung „Gay Community News" überfallen und verwüstet („TBP" 10/78).

Sidney/Australien. Brutale Polizeiüberfälle auf die australische Schwulenbewegung häufen sich. Allein am 27.8. wurden während einer Demo über 100 Lesben und Schwule verhaftet und wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses" angeklagt. Von Anfang Juni bis Ende August 1978 sind insgesamt 180 Schwule und Lesben verhaftet worden. („TBP" 10/78).

Unterstützt den Kampf der australischen Bewegung! (Adresse: Sidney Gay Liberation , Box 5, Wentworth Bldg., 174 City Road, Sidney).

Vancouver/Kanada. Mit großem technischen Aufwand jagt die örtliche Polizei Schwule. Mit Spezialkameras, die über große Entfernung „sehen" und auch bei Nacht extrem wenig Licht brauchen, werden Schwule auch in den hinterletzten Kellerlöchern verfolgt. So wurde kürzlich innerhalb von 14 Tagen 80 Schwule verhaftet, die im Waschraum eines Vorort-Parks mit Kameras entdeckt worden waren („TBP" 10/78).

Ontario/Kanada. Zur bisher größten Demonstration im dem Provinzort London kam es, als 150 Lesben und Schwule gegen einen Auftritt der Bryant protestierten. Die Demonstranten wurden von Bullen (auch in Zivil) daran gehindert, den Saal zu betreten, in dem die Bryant geiferte. Dennoch konnte die von 2.000 Teilnehmern besuchte Veranstaltung durch laut gerufene Parolen gestört werden. Darauf die Bryant vom Podium: „Diese Unterbrechungen sind von Kommunisten und militanten Homosexuellen organisiert worden". (Das stimmt!). Die versammelten Halleluja-Freaks drehten daraufhin durch, schwenkten ihre Bibeln in der Luft und riefen „Kommt rein, ihr Verirrten, ihr könnt noch etwas lernen!". Die Demonstranten riefen jedoch, die Bryant-Anhänger sollten doch selbst rauskommen. Und siehe, der Herr erhörte ihre Worte: Plötzlich sprangen die Türen auf und die 2.000 kamen herausgetobt. Bomben-Alarm! („TBP" 10/78).

Rochester/USA. 800 Schwule, Lesben und Sympathisanten demonstrierten am 23.9. gegen die zu einem „Wohltätigkeits-Konzert eingeflogene Bryant. Die örtliche Gay Task Force hatte eine dreistündige Gegendemonstration organisiert. Hauptsprecher waren Leonhard Matlovich (früherer Air-Force-Segeant, wegen Schwulsein geflogen), Karen DeCrow von der nationalen Frauenorganisation (NOW) und Kate Millet (Verfasserin von Sexus und Herrschaft). Alle Sprecher betonten die Notwendigkeit einer Aktionseinheit aller fortschrittlichen Menschen im Kampf für schwule Rechte. („Workers World", 6.10.)

Auckland/Neuseeland. Radio New Zealand, regierungseigener Rundfunk, hat den Hit der Tom Robinson Band „Proud to be gay" (Stolz, schwul zu sein) verboten. Das Lied sei „unzüchtig und obzön". Die neuseeländischen Schwulenorganisationen haben gegen diese „eklatante und ungerechtfertigte Diskriminierung" protestiert, Aufhebung des Verbots und mehr Musik für Minderheiten gefordert. („GPU News" 10/78).

Nord-Irland. Das seit 1885 bestehende Gesetz zur Bekämpfung der Homosexualität, das hohe Gefängnisstrafen für männliche Schwule vorsieht, soll reformiert werden. Das „Schutzalter" soll 21 Jahre betragen und wäre damit immer noch das höchste in Westeuropa. („GPU-News", 10/78).

Seattle/USA. In Seattle besteht, wie in über 40 Städten der USA, ein Gesetz, wonach Schwule/Lesben wegen ihrem Schwulsein weder die Wohnung noch der Arbeitsplatz gekündigt werden darf. Nun droht, wie bereits in Florida, St. Paul und Eugene, eine Volksabstimmung gegen schwule Rechte. Bei bisherigen Abstimmungen unterlag die Schwulenbewegung. Die reaktionäre „Save our moral ethics" („Rettet unsere moralischen Werte") hat 19.000 gültige Unterschriften gesammelt, um das Referendum einleiten zu können. Die Schwulengruppen haben national mobilisiert, um eine Niederlage zu verhindern („PDU-News", 10/78).

Athen/Griechenland. Die griechische Regierung hat das geplante „Gesetz gegen Geschlechtskrankheiten" (darin enthalten: Maßnahmen zur Bekämpfung der Homosexualität) zurückgezogen. Wie in AK 139 berichtet, hatte es weltweite Proteste der Schwulenbewegung gegeben. Das Gesetz ist allerdings nicht vom Tisch: Es soll in „überarbeiteter" Form demnächst wieder vorgelegt werden.

Rom/Hamburg/Köln. Wie wir der Sendung „Zwischen neun und halb eins" (NDR, 6.11.) entnehmen, *„lieben die italienischen Männer den neuen Papst"*. Weil er nämlich so männlich ist. Man(n) nennt ihn „il robusto". Wie aus Kreisen der Schwulenbewegung bekannt wird, wird eine Schwester der „Schwulen Aktion Köln" (SAK) bei der nächsten Papstwahl als oppositionelle Kandidatin auftreten, um der weiblichen Linie auf dem Heiligen Stuhl wieder zu Durchbruch zu verhelfen. Fest steht, daß dann der offizielle vatikanische Gala-Fummel abgeschafft und durch den volksnahen Dirndl-Look ersetzt wird. Eine Minderheit plädiert für die ebenfalls kleidsame Schwarzwald-Mädel-Tracht mit eingebauter Weihwasser-Sprenganlage als Reform der bisherigen Trockenmodelle. Die Räume des Vatikans sollen, bei einem Sieg, zu Festsälen für permanente Fummel-Feten umfunktioniert werden. Für die Wahl des Papstes durch die schwulen Massen!

Washington/USA. Gespalten ist der oberste Gerichtshof des US-Staates Washington in der Frage, ob der Staat berechtigt ist, die Kinder lesbischer Mütter wegen „moralischer Gefährdung" zu „kassieren". Zwei geschiedene Lesbierinnen, die zusammen mit ihren Kindern in einer Wohngemeinschaft lebten, hatten das oberste Gericht angerufen, nachdem eine untere Instanz verboten hatte, daß sie als lesbische Frauen mit ihren Kindern zusammenleben.

Jetzt zanken sich die Richter: Vier meinen, die Frauen müßten sich trennen; zwei meinen, die Frauen „dürfen die Kinder behalten"; drei meinen, daß den Vätern das Sorgerecht zugesprochen werden muß. Die Kinder selbst hat natürlich keiner dieser Geier gefragt. („New York Herald Tribune", 7.10.).

Flensburg. Durch unfangreiche Bauarbeiten in den eh schon winzigen einschlägigen Parks wird z.Z. in Flensburg die schwule Kontaktaufnahme stark behindert. Wir bitten auf den Volkspark (nähe Wasserturm) vorübergehend auszuweichen. (Notmeldung von Lisl).

Karlsruhe. Wie in AK 141 berichtet, wurde dem autonomen Jugendzentrum Karlsruhe gekündigt, weil dort eine schwule Fete stattgefunden hatte. Gegen diese Kündigung wurde jetzt eine einstweilige Verfügung eingereicht.



Die Briggs-Initiative: McCarthyismus gegen schwule Lehrer

Für den kalifornischen Senator John Briggs sind Schwule „eine selbsternannte Minderheit wie Vorbestrafte oder Männer, die ihre Frauen schlagen". In Wurfsendungen verschickt er ein Bild aus der „Los Angeles Times" mit einem Brief, in dem er dazu auffordert: „Sehen Sie sich den Mann auf dem Photo genau an, der einen Ohrring trägt und lackierte Fingernägel. Fragen Sie sich selbst: ‚Ist das die Sorte Männer, von denen ich meine Kinder unterrichten lassen möchte?' " (1). „Dies ist absolut keine Kampagne gegen irgendeine Minderheit. Ich bin dafür, daß alle normalen Menschen ihre Rechte haben. Wenn sie ein ruhiges, anständiges Leben führen, in ihren Schlafzimmern Karten spielen oder andere Sachen still und für sich machen, werden sie nicht betroffen sein" (2).



Jagdszenen aus Californien

Kaum daß seine ultrakonservative Gesetzesvorlage (siehe Kasten) zur Volksabstimmung am 7.11. zugelassen war, ging Briggs in die Offensive. Zuerst war die „Los Angeles Times" dran, die in einem Kommentar scharf gegen „Proposition 6" geschossen hatte. „... *Die Homosexuellen und ihre Kumpanen behaupten, die Eltern hätten kein Recht zu bestimmen, wer die moralische und sexuelle Entwicklung ihrer Kinder beeinflussen soll. Meine Vorlage 6 wird dieses Recht wiederherstellen, welches durch eine liberale Gesetzgebung der Demokraten (Partei) genommen wurde.*" (3) Damit wendet sich Briggs direkt gegen ein Gesetz des Jahres 1975, das Geschlechtsverkehr zwischen einverstandenen Erwachsenen legalisierte.

Und schon hat er sein erstes Opfer: Larry Berner, Grundschullehrer in Healdsburg – ein Fall wie geschaffen für eine Generalprobe zur Hexenjagd. Larry Berner hatte im August seinen Protest gegen „Prop 6" in einem Brief an den Schulrat formuliert, der ihn daraufhin (erfolglos) entlassen wollte. Als die Medien den Fall aufgriffen und bekannt machten, daß Berner schwul ist, ließen 15 Eltern ihre Kinder umschulen. Nun forderte der Schulleiter ihn auf, zu kündigen, „*um den Schuletat nicht zu gefährden*" (durch den Fortgang weiterer Schüler). Doch massive Elternproteste errreichten das Gegenteil.

Schließlich lud der Schulrat – eine Körperschaft, die an den US-Schulen wie ein Aufsichtsrat fungiert – zu einer öffentlichen Diskussion über den Fall Berner auch Briggs ein. Der sah sich am 17.8. einigen hundert Eltern gegenüber, die vorbehaltlos hinter Berner standen und dies deutlich machten. Eine Mutter stellte Berner als hervorragenden Lehrer dar und meinte, sie könne nur hoffen, daß ihr Sohn wieder in dessen Klasse käme. Briggs gab zu, daß er ja ein ganz vernünftiger Lehrer sein könnte, „*aber würden Sie ihm ihren Sohn auch während einer Klassenreise anvertrauen?*" (1)

„Warum nicht?" So sprach einer nach dem anderen für Berner, obwohl der Schulrat und Briggs vorsorglich nur Einwohnern von Healdsburg Rederecht gewährten. Zwei mexikanische Mütter erklärten, daß sie genau wüßten, was Diskriminierung bedeute und daß sie nicht gewillt seien, ihre Kinder „*zu Heuchlern heranwachsen*" zu lassen (4).

Nichtsdestotrotz nahm Briggs den Fall Berner in seine Begründung für die Vorlage auf, die in dem an alle Wähler verteilten Handbuch des Bundesstaats Kalifornien für den 7. November abgedruckt ist. „*Die Schulbeamten müssen den Eltern sagen, ihre Hände wären gebunden; die existierenden Gesetze geben ihnen nicht die Macht, mit dem Problem fertigzuwerden... Eine kleine, aber machtvolle Gruppe militanter Homosexueller ist entschlossen, der Mehrheit anständiger Bürger ihren Lebensstil aufzudrängen*" (1).

Die Briggs Initiative

Was will Briggs? Sind die Schüler in Kalifornien von lauter „bösen Onkels" umgeben?



Das kalifornische Erziehungsministerium hat eindeutig festgelegt, daß „*das gültige Gesetz (Code No. 44932) ausreicht, um Schüler vor sexuellen Annäherungsversuchen von Lehrern – homosexuellen oder heteorosexuellen – zu schützen und Lehrer davon abzuhalten, ihren sexuellen Lebensstil oder ihre Einstellung im Klassenraum zu propagieren*" (5). Außerdem erhält keine Person, die wegen eines Sexualdelikts vorbestraft ist, die Zulassung als Lehrer – und viel klarer: Berichte von Schulräten aus dem gesamten Bundesstaat ergeben, daß es nirgends Probleme gibt (5).

Darüber hinaus wurden im „Kindesmißbrauch-Behandlungscenter" von Santa Clara in den vergangenen sechs Jahren 700 Kinder versorgt, darunter waren weniger als ein halbes Dutzend Fälle homosexueller Natur. – Ferner ergeben die neuesten Polizeiberichte von San Francisco, daß von 107 erfaßten Fällen von Kindesmißbrauch sämtliche durch heterosexuelle Männer begangen wurden (5).

Wenn nun aus dem Text der Vorlage (siehe Kasten) jedoch genau das Gegenteil spricht, kommt dies nicht von ungefähr. Bereits im letzten Jahr wollte Biggs ein Gesetz gegen schwule Lehrer an öffentlichen Schulen durchsetzen, in dem u.a. ein Revers vorgesehen war für Bewerber, welches **„besagt, daß sie sich nie homosexuell betätigt haben."** Die Vorlage scheiterte.

Im September 77 begann Briggs erneut, Unterschriften für eine Vorlage zu sammeln, nach der jeder Lehrer entlassen werden sollte, der öffentlich homosexuell aktiv wird (z.B. auch auf Demos, in Interviews als Sympathisant des Schwulenkampfes). Die Vorlage scheiterte wegen einiger Formfehler.

Schließlich gelang es Briggs, seine Initiative mit rund 500.000 Unterschriften abstimmungsreif zu machen. Dabei war ihm seine Moral keineswegs im Wege, auch wenn ein Helfer kürzlich zu 60 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, weil er Leute angeworben hatte, die gefälschte Unterschriften von Wählern unter Briggs Antrag zauberten.

Inzwischen hat Briggs rund 1 Mio Dollar für seine Initiative eingesetzt. Falls dieses Geld Früchte trägt, kann es soweit kommen, daß ein Lehrer, der vor der Kasse eines Supermarkts wartet und im Gespräch meint, Homosexualität sei in Ordnung (oder zumindest nicht unmoralisch) und dabei von einem Kollegen gehört wird, vor den Schulrat zitiert und entlassen wird. Es genügt eine schriftliche Mitteilung an den Schulrat durch einen Schüler (!), dessen Eltern oder einen Kollegen, um eine umfangreiche „Untersuchungsmaschinerie" in Gang zu setzen.

Damit sind nicht nur Gerüchten und Rufmord Tür und Tor geöffnet, sondern es wird auch der gesetzliche und tarifliche Kündigungsschutz wirkungsvoll unterlaufen, der allen Staatsbeschäftigten durch eine Berufungsbehörde die Beurteilung auf der Grundlage ihrer Qualifikation garantieren soll.

Und dabei soll es noch nicht einmal bleiben. Briggs selbst setzt sich noch für die „Vorlagen 7" zur Wiederbelebung der Todesstrafe (ausführliche Aufzählung und Beschreibung aller Kapitalverbrechen, die mit der Gaskammer bestraft werden sollen) und „13" zur Abschaffung des Sozialstaats-Ballast (im Zuge der „Steuer-Rebellion"). Seine Sporen hatte sich Briggs im vergangenen Jahr bei Anity Bryant in Florida verdient, die mit dem Slogan „Töte einen Schwulen für Jesus" auszog, um die Schwulen das Fürchten zu lehren...

Kaum zurück, wollte er Gouverneur von Kalifornien werden – doch seine eigenen Parteifreunde wollten ihm nur 1,4 % ihrer Stimmen für eine Kandidatur geben (1).

Und seine jetzigen Initiativen sind noch nicht einmal die Spitze! Rechte Kreise scheiterten knapp mit ihren eingereichten Gesetzesvorlagen zum „Abtreibungsverbot" und zum „Verbot von Gewerkschaftszwang in Betrieben" (ein sog. „Recht-auf-Arbeit"-Gesetz). Sie sollen nun im kommenden Wahljahr 1980 wieder vorgelegt werden.

Doch auch anderswo lauern die Aasgeier: In Arkansas bereiten Senatoren eine Gesetzesvorlage vor, welche die Briggs-Initiative hinsichtlich eines Berufsverbots für Schwule umfassend ausweiten soll (4).

NO ON 6

„GELD ODER LEBEN!" – So lautet eine Anzeige der Briggs-Gegner, die angesichts der schier unbeschränkten Mittel der Reaktionäre mit bisher rund 20.000 Dollar finanziell im Dunkeln stehen. Durch die Gesetze, welche für Spenden ab 50 Dollar namentliche Meldung an Behörden vorsehen, wird der Geldfluß merklich geschmälert: Dutzende von 49-Dollar-Schecks gehen ein, doch selten höhere. Überhaupt ist der „Angstfaktor" und die Furcht vor „Schwarzen Listen" ein großes Handikap für die Bewegung gegen „Prop 6". Obwohl Stars wie Paul Newman, Shirley MacLaine und Natalie Wood zu den Unterstützern zählen, mußte der Filmdirektor Henry Jaglin zahlreiche Absagen notieren, als er zu einer Spenden-Fete in seine Hollywood-Villa einlud. Von den hundert Gästen, wo er „um jeden einzelnen kämpfen mußte", waren die meisten Frauen, die nach Jaglins Feststellung „weniger furchtsam als heterosexuelle oder auch homosexuelle Männer" (6) sind.

Und die Furcht ist nicht unbegründet. Gerade ist in Oklahoma ein Gesetz, das der Briggs-Initiative entspricht, angenommen worden und Schutzgesetze sind bereits in Miami, Eugene, St. Paul und Wichita zurückgenommen worden.

Schon früh war der Widerstand in Kalifornien erwacht. Rund zwanzig Initiativen gründeten am 9. – 11. Dezember 1977 in Los Angeles „Californian against Briggs Initiative" (CABI), eine Dachorganisation mit solchen Gruppen wie der in San Francisco, wo über hundert örtliche Initiativen, rund 800 Aktivisten und 15 Arbeitsgruppen sich gegen Briggs aufgemacht haben. Grundprinzip der Dachorganisation ist die Beschränkung auf das eine Ziel: Kampf gegen „Prop 6". Aktive und passive Unterstützung werden auf dieser Basis gesucht. „*D.h., daß Aktivisten aus keiner der Initiativen ausgeschlossen werden können wegen ihrer Einstellung zu oder Mitgliedschaft in jeglicher anderen politischen oder gesellschaftlichen Gruppierung*" (1).

Dies ist wichtig und bedeutend, da in der US-Schwulenbewegung ein relativ starker Einfluß konkurrierender politischer Gruppierungen wie der trotzkistischen „Socialist Workers Party" und anderer zu heftigen Auseinandersetzung und gar Spaltungen von Koalitionen geführt hatte.

Neben zahllosen bürgerlichen Politikern vom Gouverneur Brown bis zum Erzreaktionär Reagan haben sich führende Persönlichkeiten der Schwulenbewegung gegen Briggs ausgesprochen – so der schwule Stadtrat von San Francisco, Harvey Milk – und schwule Lehrer. Auf deren Antrag beschloß der Delegiertentag der „Californian Federation of Teachers" einen Protest gegen Briggs, der an den Bundeskongreß weiterempfohlen wurde. 250 Delegierte trugen schwarze Armbinden mit rosa Winkeln und der Aufschrift „Stop Briggs". Ebenso sprachen sich die „National Education Association" (NEA) und die „Californian Teachers Association" (CTA, 187.000 Mitglieder) gegen Briggs aus und beschlossen finanzielle Mittel für den Kampf gegen die Vorlage und eventuell notwendige Unterstützungen (2).

Ein Höhepunkt der Aktivitäten war der „Gay Day" (Schwulentag) am 25. Juni. Zehntausende von Demonstranten kamen in San Francisco unter der Parole „NO ON 6" zusammen: angeführt von Behinderten in Rollstühlen, die sich so für die Unterstützung ihres Kampfes im vergangenen Jahr durch die Schwulen revanchierten. Ein großer Block von Arbeitern und Angestellten unter den Tafeln der zugehörigen Gewerkschaften eröffnete ein neues Kapitel in der Schwulenbewegung. Erstmals entsandten Gewerkschaften Delegationen, Resolutionen zu einer Schwulen-Demonstration. Voran die größte Gewerkschaft der Stadt, die Hotel- und Gaststättenarbeiter, die sich ebenso wie viele andere gegen Briggs einsetzt (1).

Auf einer Rundreise sagte der Pastor Troy Perry in Chicago: „*Ich denke, wir können diesen Kampf in Kalifornien gewinnen. Ich denke, wir können den Domino-Effekt stoppen... Ob wir nun gewinnen oder nicht, ich werde mich nicht wieder verstecken...*" (7).

USA-Kommission

Quellen:
1) Body Politic, October 78, Toronto, Canada.
2) Gay Teachers Association, Newsletter Sept./Oct. 78, New York
3) Advocate, Nov. 78, San Mateo, Calif.
4) Workers World, 20.10.78, New York
5) NO propositiON 6, Flugblatt der Aktionseinheit, San Francisco
6) Los Angeles Times, 15.9.78
7) GPU News, Oct. 78, Los Angeles

Proposition 6

SECTION 1. Section 44837.5 wird in die Erziehungsrichtlinien aufgenommen, und zwar:
Eines der grundlegendsten Interessen des Staates ist die Gründung und Erhaltung der familiären Einheit. Dies Interesse schließt die Verpflichtung des Staates ein, seine beeinflußbare Jugend vor Einflüssen zu schützen, welche diesem Lebensinteresse entgegenstehen. Diese Pflicht ist insbesondere zwingend, wenn der Staat die Jugend erzieht (in öffentlichen Schulen)...

Ein Lehrer, Assistent, Hilfslehrer, Schulverwalter oder Berater hat die berufliche Verpflichtung, insbesondere die moralische wie auch die geistige, soziale und staatsbürgerliche Entwicklung junger und beeinflußbarer Schüler zu achten.

Aufgrund fortwährenden engen und anhaltenden Kontakts mit Schulkindern werden Lehrer, Assistenten, Hilfslehrer, Schulverwalter oder Berater zu Vorbildern, deren Worte, Verhalten und Taten geeignet sind, Schülern zur Nachahmung zu dienen, welche unter ihre Obhut, Anleitung, Aufsicht, Verwaltung, Führung und Schutz kommen.

Aus diesen Gründen hat der Staat ein zwingendes Interesse daran, ein Beschäftigungsverhältnis abzulehnen oder abzubrechen, wenn ein Lehrer, Assistent, Hilfslehrer, Schulverwalter oder Berater...sich öffentlich homosexuell betätigt und/oder öffentlich homosexuell verhält (aufführt), so daß es Schulkindern oder anderen Schulbediensteten bekannt wird.

Dies Verbot ist unumgänglich, weil solche Betätigung oder Verhaltensweise das staatliche Interesse an der Obhut und Fortführung der ehelichen Familieneinheit untergräbt.

„Öffentliches homosexuelles Verhalten" umfaßt die Rechtfertigung, Werbung, Aufdrängung, Bestärkung oder Unterstützung privater oder öffentlicher homosexueller Betätigung, die darauf ausgerichtet oder dazu geeignet ist, Schulkindern und/oder anderen Bediensteten bekannt zu werden (zitiert nach Body Politic, Oct 78).

Warum nicht?!

Leserbrief eines schwulen Vaters

Ich bin Vater einer neunjährigen Tochter, lebe seit drei Jahren mit einer Frau zusammen und wir freuten uns schon auf unser nächstes Kind (leider hatte meine Freundin vor ein paar Tagen eine Fehlgeburt).

Seit einem guten halben Jahr weiß ich, daß ich im schwulen Coming-out







stehe. In dieser Phase der Entwicklung habe ich neben meiner plötzlichen Zuneigung zu einem Mann, auch meine Jugend aufarbeiten müssen. Ich stellte fest, daß ich meine gleichgeschlechtliche Neigung seit nunmehr fast fünfzehn Jahren verdrängt hatte, da diese schwulen Heimlichkeiten von damals sich nicht in mein anerzogenes Weltbild einfügen ließen.

Da mir nun also aufgegangen war, daß ich nicht mehr so „normal" war, wie ich angenommen hatte, habe ich all diese Gedanken und auch alle späteren Erfahrungen ausführlich mit meiner Freundin besprochen. Hier kamen, besonders in Fragen der sexuellen Treue bzw. Freizügigkeit, kamen, besonders in Fragen der sexuellen Treue bzw. Freizügigkeit, völlig neue Probleme auf uns zu, über die wir sicher auch in der Zukunft noch häufig diskutieren werden. Wir führen seither eine permanente offene Auseinandersetzung über Schminken, Fummel tragen, meine Erfahrungen mit meinem Freund und mit anderen Schwestern (Schwulen), über Eifersucht ... Das hat es uns ermöglicht, positiv an all die neuen Dinge heranzugehen, mit denen wir nun zu tun hatten. Hierbei gab es u.a. sehr harte und langwierige Diskussionen, zu denen wir auch hin und wieder Freunde hinzugezogen haben.

Und eines steht fest: diese Auseinandersetzung hat unsere Beziehung nur positiv beeinflußt und die Vertrauensbasis noch erweitert.

In der letzten Zeit haben wir nun beide einige seltsame Beobachtungen machen müssen. Durch mein sehr offenes Auftreten wurde die Veränderung meines Äußeren und meiner Interessen im Freundes- und Bekanntenkreis schon vor Monaten registriert; nachgefragt, wie ich das mit meiner Hetero-Beziehung vereinbare, hat kaum einer. Die Fragen liefen fast immer auf die Sorge um die arme Freundin hinaus, die so etwas ertragen muß. Da wird sogar spekuliert, sie würde das evtl. nur mitansehen, um mich zu halten. - Mal ganz abgesehen von der oberflächlichen Betrachtungsweise, soll mir doch mal jemand erklären, was das mit meinem Schwulwerden zu tun haben soll. Meine Freundin streitet auch gar nicht ab, mich halten zu wollen; aber halten in unserer Beziehung und nicht abhalten vom Schwulsein.

Der Anlaß, der mich eigentlich dazu gebracht hat, diesen Artikel zu schreiben, macht mich absolut sauer. Meiner Freundin wurde verschiedentlich die Frage gestellt, ob sie sich auch im klaren sei, daß ich stockschwul werden könnte (angeblich läuft das immer so ab), und daß sie dann mit dem Kind allein wäre! In dieser Frage finde ich mehrere Unmöglichkeiten:

1. *Meine Freundin hat natürlich überlegt, daß es sein kann, daß sie eines Tages mit dem Kind allein ist, aber nicht weil ich schwul bin, sondern weil ihr klar ist, daß Beziehungen keinen Garantiestempel tragen.* *ihr klar ist, daß Beziehungen keinen Garantiestempel tragen.*

Hierzu möchte ich etwas einfügen, das mir ein Genosse bei einem längeren Gespräch u.a. sagte. Zum einen fand der Genosse es unverantwortlich, daß ich in meiner Situation (coming out) meiner Freundin ein Kind mache. Zum anderen meinte er, ich müsse mein coming out auf später verlegen, wenn ich tatsächlich jetzt das Kind wolle, denn alles zusammen könne gar nicht gutgehen.

2. Wer stellt denn diese irre Logik auf, daß die Mutter mit dem Kind und dem schwulen Vater nicht mehr in einer Wohngemeinschaft zusammenleben kann? Ich meine, das ist eine Möglichkeit, aber keine zwingende, sich unbedingt ergebende Notwendigkeit. Oder sollten da Gedanken mitspielen, daß Schwule wohl nicht so geeignete Familienväter/Erzieher sind? In den USA haben sich schwule Eltern aufgrund ihrer besonderen Probleme zusammengeschlossen (dazu mehr in einem der nächsten AK). Wir haben jedenfalls festgestellt, daß sich unsere Beziehung nicht nur auf unsere (Hetero-)S e x u a l i t ä t stützt und deshalb eine gemeinsame Wohnung auch in einem solchen Fall möglich wäre.

3. Im übrigen möchte ich hier deutlich machen, daß die Bi Sexualität kein Phantasiegebilde von Leuten ist, die den Hals nicht vollkriegen können, sondern eine als gleichberechtigt zu akzeptierende Form der Sexualität.

Wir sollten uns viel öfter die Frage stellen: W a r u m n i c h t?

Ich würde mich über eine weitere ausführliche Auseinandersetzung freuen und fordere euch auf, euch hierzu zu äußern.

Ein Genosse aus HH Altona

Anmerkung der AK-Redaktion

Nach Diskussion veröffentlichen wir diesen Artikel, obwohl wir zu seiner Stoßrichtung erhebliche Widersprüche haben, die auch in einer Auseinandersetzung mit dem Verfasser nicht zu klären waren.

Es ist gut und nicht schlecht, wenn im KB nicht stillschweigend die Situation einer Frau (zumal mit Kind) umgangen wird, deren bisherige Beziehung in die Brüche zu gehen droht. Daß dabei insbesondere Frauen sich stärker um die »arme Frau« (wie der Verfasser mit gänzlich unangemessener Ironie schreibt) kümmern als um Verfasser mit gänzlich unangemessener Ironie schreibt) kümmern als um den Mann, entspricht der besonderen Unterdrückung der Frau in dieser Gesellschaft. Die Unterdrückung der Frau gegen die Schwulen-Unterdrükkung auszuspielen, wie es der Genosse zu tun scheint, hilft da nicht weiter. Wir können nicht den Kampf gegen die Unterdrückung der e i n e n (der Schwulen) so führen, als gäbe es die Unterdrückung der a n d e r e n (der Frauen) gar nicht. Würde ein »Hetero«-Genosse so argumentieren wie der Verfasser (Was kümmern die sich denn bloß alle um meine Frau? Das kommt eben vor, daß eine Frau mit Kind mal allein dasteht. Schließlich haben Beziehungen doch keinen Garantieschein!), so würde das mit Sicherheit schärfsten Widerspruch hervorrufen. Sicher hat der schwule Genosse, recht, wenn er auch für s i c h in s e i n e r Situation Solidarität fordert. Aber gegeneinander ausspielen sollte man das eben nicht.

Kinder von Schwulen unterstützen die Schwulenbewegung

Kinder, deren Väter oder Mütter schwul/lesbisch sind, sehen sich häufig besonderen Problemen gegenüber, die sie außerhalb ihres Elternhauses nur schwer mit Außenstehenden diskutieren können. Für viele Heterosexuelle und auch für viele ledige Schwule ist es eine völlig neue Erfahrung, festzustellen, daß Schwule Kinder haben. Es ist notwendig, hier eine besondere Aufklärungsarbeit zu beginnen.

Während es in der US-Schwulenbewegung bereits eine große Anzahl Gruppen gibt, in denen sich die Eltern von Schwulen zusammengeschlossen haben, um für die Rechte ihrer Kinder zu kämpfen, wurde jetzt in New York erstmalig eine gruppe „Kinder von Schwulen/Lesben" („Children of gays") gegründet, um gemeinsame Probleme zu besprechen und Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

„*Wir werden gleichzeitig in der Schwulenbewegung aktiv sein*", kündigte ein Sprecher der Gruppe an. „*Für uns gibt es in der Schwulenbewegung sehr viel zu tun. So werden wir uns z.B. an einem Öffentlichkeits-Programm der ‚National Gay Task Force'* (nationale Schwulenorganisation, der Demokratischen Partei nahestehend) *beteiligen, um mit Heterosexuellen über schwule Angelegenheiten zu diskutieren ... Für die Schwulenbewegung sind Gruppen dieser Art besonders wichtig, denn es wird allgemein behauptet, daß Schwule andere Menschen, besonders Kinder, zur Homosexualität ‚verführen'. Wenn wir der Öffentlichkeit erst mal klargemacht haben, daß die meisten von uns gar nicht schwul sind, werden wir das Vorurteil abbauen können, wonach Schwule keine Lehrer sein und keine Kinder adoptieren dürfen.*"
(aus: Gay Teachers Association, Newsletter, Sept./Okt. '78)

AG Schwule
KB Gruppe Hamburg

Ulli Rittinger wieder im Knast

Uli Rittinger, Mitglied der Homosexuellen Aktion München, sitzt wieder im Knast. Wie wir berichteten, war er inhaftiert worden, weil man ihm vorwarf, im Münchner NPD-Büro Feuer gelegt und die NPD-Mitgliederliste veröffentlicht zu haben. Am 27.7. wurde er auf freien Fuß gesetzt unter der Bedingung, für den Staatsschutz als Spitzel zu arbeiten. Er war zum Schein darauf eingegangen, dann jedoch untergetaucht (vergl. AK 127, S. 38 und AK 137, S. 23).

Uli raus, Nazis rein!!

Wie geht's uns denn?



„Diane", die Pille für die „männliche" Frau? Verhütung oder Dressur?

Die Schering AG, die z.Zt. durch den Duogynon-Skandal von sich reden macht, hat Anfang 78 eine Pille zur Empfängnisverhütung namens „Diane" mit großem Werbeaufwand auf den bundesdeutschen Markt geworfen. Besonderer Vorteil des Präparates soll neben der Schwangerschaftsverhütung die Wirkung gegen „*Pickel, verstärkte Behaarung von Frauen oder gegen Haarausfall und fette Haut*" sein („WAZ" 21.2.78). Also Frauen, die wie die griechische Jagdgöttin etwas „herb" sind, können sich nach Einnahme von „Diane" wieder „richtig weiblich" entwickeln und fühlen.

Diese frauenfeindlichen und verarschenden Werbesprüche konnten nicht verhindern, daß „Diane" ein Verkaufsrenner ersten Ranges für Schering wurde: Da viele, insbesondere jüngere Frauen Probleme mit fettiger, pickliger Haut haben, oder auch mit stärkerer Gesichtsbehaarung, die nicht mit dem offiziell verordneten Schönheitsideal übereinstimmt, konnte der Schering-Konzern in diese „Marktlücke" hineinstoßen. Frau kann sich da kaum noch wundern, daß z.B. Pro Familia Bielefeld diese Pille gerne empfiehlt.

Schering versucht mit dieser Neuentwicklung auch der immer stärker werdenden Pillenmüdigkeit bei den Frauen Herr zu werden. 1977 sanken die Umsatzzahlen bei den Anti-Baby-Pillen Scherings um 10 Prozent. „*Wie Vorstandsmitglied Dr. Heinz Hanse in Berlin erläuterte, nahmen im vergangenen Jahr nur noch 30 v. Hundert aller Frauen zwischen 15 und 44 Jahren die Pille. 1976 immerhin waren es noch 33v.H. gewesen*" (WAZ, 30.5.78). Schering stellte deswegen teilweise seine Produktion auf die Spirale um und setzt auf Neuentwicklungen wie „Diane" („WAZ" ebenda).

Doch wie kommt es eigentlich zu diesem „Weiblichkeitseffekt" bei „Diana"? Die Pillendreher von Berlin-Wedding haben einem gebräuchlichen Östrogen (Ethinynestadiol) eine der skandalumwittertsten und gefährlichsten Hormonentwicklungen neu beigemischt, nämlich das Antiandrogen Cyproteronacetat (siehe Werbeanzeige vom Mai 1978). Dieses Cyproteronacetat hat schon auf ganz anderen Gebieten sozusagen Karriere gemacht und ist unter dem Handelsnamen A n d r o c u r als Reinsubstanz im Handel. Es wird z.B. - man und frau halte sich fest - zur Lähmung des Sexualtriebes bei „sexuell auffälligen" oder „kriminellen" Jungen Männern verordnet, quasi als chemische Kastration (nach „Deutsches Ärzteblatt" 29/78). Da die Substanz als Antiandrogen die bei Männern und Frauen natürlicherweise vorkommenden männlichen Sexualhormone, die Androgene in ihren Wirkungen blockiert, und die Androgene (ebenso wie die weiblichen Sexualhormone, die Östrogene) den Sexualtrieb steuern, hat Cyproteronacetat folgende Auswirkungen:



1. Dämpfung des Sexualtriebes;
2. Unfruchtbarkeit (wegen der Nebenwirkungen als Pille für den Mann bisher nicht im Handel);
3. Verzögerung der sexuellen Reife bei heranwachsenden Jungen und Mädchen;
4. Hautveränderungen (geringere Gesichts- und Körperbehaarung, Schutz vor Pickelbildung gleich Akne).

Als Nebenwirkungen wurden Müdigkeit, Antriebsschwäche, Gewichtszunahme und Brustdrüsenschwellungen beobachtet (nach „Arzneimittelbrief" 9/77).

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

Obwohl mit Cyproteronacetat vor 1973 bereits 7 Jahre herumexperimentiert worden war, warnten die Experten des „Arzneimittelbriefes" vor der allgemeinen Anwendung, u.a. weil es sich dabei um eine völlig neuartige chemische Substanz handelt. Eine ähnlich lautende Warnung wurde noch Ende 1977 von „Arznei-Telegramm" wiederholt. Eine Behandlung sollte nur erfolgen, *„vorausgesetzt der Patient ist vollständig informiert und hat seine wohlüberlegte Zustimmung gegeben."* (arznei-telegramm" 9/77).

Doch wie sah das in Wirklichkeit aus? Im Landeskrankenhaus Eickelborn wurden 110 Patienten, die als Triebtäter (?) aufgrund fehlender oder verminderter Zurechnungsfähigkeit von den westdeutschen Gerichten (zwangsweise) eingewiesen worden waren, mit Cyproteronacetat „behandelt" (nach „Frankfurter Rundschau", 29.5.78). Als „Alternative zur Kastration" bzw. zur lebenslangen Sicherungsverwahrung *„hätten alle Versuchspersonen ihre Einwilligung schriftlich gegeben"* („FR", ebenda). Mehrere Sexualforscher wie Bornemann, Kentler und Gindorf protestierten gegen diesen Skandal und forderten, *„die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und sicherzustellen, daß keine medizinischen Experimente an psychisch Kranken durchgeführt werden"* („FR", 30.5.78).

Der Krankenhausträger ließ durch seinen Pressesprecher Osegge dazu erklären, daß der Arzneimittelversuch *„auch mit Wissen des nordrhein-westfälischen Justizministeriums sowie des Generalstaatsanwaltes in Hamm angewendet worden"* war (FR", ebenda). Nach dem Arzneimittelgesetz ist jedoch bei behördlich eingewiesenen Patienten jede Medikamentenerprobung verboten.

Nachdem dieser Skandal mit Cyproteronacetat einigermaßen im Sande verlaufen war, holte nun Schering selbst zur Gegenoffensive aus: Prof. Naumann, Leiter der Schering Hormonforschung, verbreitete sich in aller Ausführlichkeit über die neue Substanz im „deutschen Ärzteblatt" 28 und 29-78. Er feiert unter anderem
Substanz im „deutschen Ärzteblatt" 28 und 29-78. Er feiert unter anderem
Mittel wie „Diane" als *„Bereicherung unseres Arzneimittelschatzes"* [dA, 29/78]. Dabei erfährt frau dann auch, daß diese Pille vor Einführung nur an 1.354 Frauen getestet wurde. Gefahren, die bei längerer Einnahme dieses den Hormonhaushalt stark beeinflussenden Mittels drohen, und deren Auswirkungen beeits beschrieben wurden, spielt Naumann mit dem Argument herunter, daß in „Diane" nur 2mg Cyproteronacetat ist, während bei Triebtätern 50mal soviel, nämlich 100mg täglich gegeben wird (Androcur). Unerklärlich bleibt, wieso dann diese kleine Menge in „Diane" so stark gegen Hauterkrankungen wirken kann. Die Tatsache, daß das Antiandrogen im Fettgewebe gespeichert wird (Arzneimittelbrief" 9/77), beweist, daß auch kleine Mengen, als Anti-Baby-Pille über Jahre eingenommen, zu ernsten Hormonschäden und -störungen führen können. Bloß diese Nebenwirkungen hat Schering nie gewissenhaft geprüft. Im Gegenteil: Die seelischen und körperlichen Auswirkungen des Massenexperiments „Diane" vom Schering-Konzern sind jedenfalls bis heute für die Frauen noch nicht abzusehen.

Eine Genossin der Frauenkommission NRW und ein Genosse

Spiralenversuch am Universitäts-Klinikum Essen

Seit 1976 werden an der Essener Uni-Klinik verschiedene Spiralenmodelle (= Intrauterinpessar) an Frauen getestet, um die unterschiedliche Empfängnisverhütende Wirkung zu untersuchen. Ein Dr. Tauber will mit diesen Untersuchungen Professor werden.

Das Einsetzen der Spirale erfolgte im Rahmen des Versuchs kostenlos, die Frauen wurden allerdings nicht ausführlich darüber aufgeklärt, in was für einer Versuchsreihe sie sich befanden und wie groß das Risiko einer Schwangerschaft bei der jeweils eingesetzten Spirale war. Bei einem Modell soll die Zahl der eingetretenen Schwangerschaften ungefähr genauso groß gewesen sein, als wenn keine Verhütungsmittel angewendet worden wären.

Angesichts dieser Tatsachen ist es nur "verständlich", daß die Versuchsfrauen über die Risiken nicht vollständig aufgeklärt wurden, sie hätten sich sonst sicher nicht freiwillig als Versuchskaninchen für die Pharma-Industrie und die Karrierebestrebungen des Dr. Tauber zur Verfügung gestellt. Einige Assistenz-Ärzte am Essener Klinikum weigerten sich sogar, den Frauen weiterhin die Spiralen einzusetzen.

Die trotz Spiralen schwanger gewordenen Frauen haben zum Teil in der Beratungsstelle des Essener Klinikums eine Indikation zur Abtreibung bekommen. In der Statistik der Beratungsstelle steht unter Indikationen zum Schwangerschaftsabbruch: *"In 17,4 % lagen Versager bei Kontrazeption (= Verhütung) durch ein Intrauterinpessar vor. Die Indikation zum Schwangerschaftsabbruch beinhaltet hier eine besondere Problematik."* (Kurzfassung der wiss. Beiträge der 42. Tagung der dt. Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, München, 1978). 17,4 % sind in absoluten Zahlen umgerechnet 38 Frauen, die genau im Zeitraum des laufenden Versuchs schwanger geworden sind. Nicht gerechnet sind dabei die Frauen, die nicht abgetrieben haben, sondern ihr Kind trotz Komplikationen ausgetragen haben. Sie sollten nämlich Dr. Tauber auch zu seinem unter Frauenärzten verbreiteten Ruf verhelfen, ein Spezialist für die Betreuung von Schwangerschaften bei liegendem Intrauterinpessar zu sein.

Eine solche Versuchsreihe, die auch erwartungsgemäß unsichere Spiralen einbezieht, ist umso verantwortungsloser, wenn frau sie vor dem Hintergrund betrachtet, daß immer mehr Ärzte eine mangelnde Sicherheit selbst bei angeblich bewährten Spiral-Modellen feststellen. *"Obwohl rund 250.000 Frauen in der BRD eine Verhütungsspirale (Pessar) in ihrer Gebärmutter tragen, werden jedes Jahr etwa 7.000 von ihnen schwanger. Bis zu 60 % dieser Schwangerschaften enden mit einer Fehlgeburt"* (Stern 39/78).

In der amerikanischen Fachliteratur sind in letzter Zeit auch schwerwiegende Nebenwirkungen bei bestimmten Spiralenmodellen beschrieben worden: das früher häufig verwendete "Dalcon Shield" führte in hohem Maße zu Unterleibsentzündungen und nach Befruchtung zu einer hohen Sterblichkeit bei Fehlgeburten (n. „american journal obstet. gynecol." 9/78).

Bei dem häufig verwendeten Kupfer-T von Schering ist bekannt, daß es häufig durch die Gebärmutterwand durchwandert und dann aus der Bauchhöhle herausoperiert werden muß.

Leider gibt es bis heute kaum Untersuchungen über Risiko und Komplikationen der Spirale in der BRD, auch zu wenig Erfahrungsberichte von den betroffenen Frauen. Da wir uns mit dieser Problematik näher beschäftigen wollen, sind wir auf Berichte über Erfahrungen mit der Spirale allgemein und speziell über den Essener Spiralenversuch angewiesen. Wer dazu Informationen geben kann, wende sich bitte an:

Frauenkommission NRW
c/o J.Reents Verlag,
Lerchenstr.75
2000 Hamburg 50

Patienten wollen Klinik besetzen

Weil ihre Station geschlossen werden soll, wollen die Patienten der psychosomatischen Klinik in Umkirch (bei Freiburg)sie besetzen, wenn ihnen kein gleichwertiger Ersatz zur Verfügung gestellt wird.

Zum Hintergrund: Die psychosomatische Klinik, die der Uniklinik angeschlossen ist, ist in einem Landhaus in der Nähe Freiburgs untergebracht. Die Bettenzahl beträgt 25, weiterhin stehen zusätzliche Räume wie Mal- und Musikzimmer für die Therapie zur Verfügung. Eine Besonderheit der Klinik ist zweifellos, daß man dort völlig ohne Medikamente auskam und stattdessen Gruppen- und Einzeltherapie machte. Da die Klinik in Baden einzigartig ist, war auch der Andrang entsprechend: Die Patienten mußten auch in akuten Fällen bis zu 12 Wochen auf ihre Aufnahme warten. Weiterhin ist hierbei natürlich zu berücksichtigen, daß unsere Ärzte bei psychosomatisch bedingten Krankheiten lieber zweidutzend sinnlose Operationen durchführen, bevor der Patient als „unheilbar" oder als Krüppel entlassen wird. WelcherArzt überweist schon an eine psychosomatische Klinik, bedeutet dies doch für viele das Eingestehen eigener Unfähigkeit! Die Patienten, die irgendwie in Umkirch gelandet sind, haben dementsprechende Irrfahrten hinter sich. Es verwundert also nicht, daß so manchem einflußreichen Mediziner allein die Existenz einer solchen Klinik ein Dorn im Auge ist. Zum Vorwand für die Schließung wurde jetzt die Kündigung des Landhauses durch den Besitzer genommen, obwohl die Uni das Haus auch für maximal 1,5 Millionen DM hätte kaufen können. Die Patienten sollen alle „als geheilt" entlassen werden, obwohl einige erst vor kurzem dort aufgenommen wurden. Inzwischen hat die Uni auf die Drohung der Patienten, die Klinik zu besetzen, reagiert, indem sie den Umzug in eine Station der Medizinischen Klinik in Freiburg anbot, allerdings stehen dort nur 14 Betten zur Verfügung, von den erheblich schlechteren räumlichen Bedingungen gar nicht zu reden. *„Für die Zukunft ist an eine Unterbringung im Verbund der Psychiatrischen und Neurologischen Klinik und später im geplanten Nervenzentrum gedacht"* (Presseerklärung der Uni).Die Patienten haben allerdings erklärt, daß sie auf keinen Fall in einen „unmenschlichen Krankenhausklotz" wollen, und halten an ihrem Plan, die Klinik zu besetzen, fest! (Informationen aus Bad.Ztg., v. 11.1o. + 21.1o.)

KB-Gruppe/Freiburg

Fließend kaltes Wasser, Küchenschaben, Mäuse — Günther Kaußen in San Franzisco

Der Putz kommt runter , der Fahrstuhl geht nicht, allerhand Ungeziefer in der Wohnung, das sind auch bei uns bekannte Erscheinungen in Häusern von Großbesitzern wie Günther Kaußen.

Einigen seiner Mieter in San Francisco reichte es: Sie traten in den Mietstreik.

Das G.K. ausgerechnet in San Francisco Häuser besitzt, mutet auf den ersten Blick seltsam an, auf den zweiten entspricht es durchaus der Logik von Spekulanten: diese Stadt in den USA hat seit einiger Zeit die höchsten und am schnellsten steigenden Haus- und Grundstückspreise im ganzen Land, viele Leute wollen wegen des Klimas dort hinziehen und das hat auch Kaußen spitz gekriegt. So ist sein Hausbesitz dort mittlerweile auf ungefähr 3o Häuser in der Innenstadt angewachsen.

Die Mietstreiker haben guten Grund: Die Miete wurde innerhalb eines Jahres zweimal angehoben; zuletzt im Juni um durchschnittlich 2o%. Das macht für manche Hausbewohner 2o Dollar, also 4o DM aus, für diese kaum zu verkraften, je nach Haus sind zwischen 1/3 und 2/3 Rentner, die im Schnitt von einem Einkommen von 7oo DM monatlich leben müssen, wie vom Mieterrat der Kaußen-Bewohner zu erfahren war.

Die Wut entzündete sich jedoch an einer anderen Frechheit: im Mai 1976, just als Kaußen das Haus Leavenworth 8o5 kaufte, stoppten alle Reparaturarbeiten schlagartig.

Das änderte sich erst für kurze Zeit, als David Teboe (47) eine Unterschriftenliste dagegen gestartet hatte und fast 8o% der Mieter unterschrieben. Doch dieser Erfolg war nicht von Dauer, die erforderlichen Reparaturen wurden nicht zu Ende geführt. Nach wie vor gab es kein heißes Wasser an einigen dafür vorgesehenen Stellen, die Küchenschaben tummelten sich, eine Mieterin fing sage und schreibe 45 Mäuse.

Stattdessen kam im Juni die zweite Mieterhöhung, unter anderem mit der Begründung erhöhter Grundsteuern. Dies mußte der glatte Hohn für die Mieter sein, denn kurze Zeit später wurden nach einer Volksabstimmung die Grundsteuern in ganz Kalifornien erheblich gesenkt. Vom 1.Juli an behielten zuerst siebzehn Mieter eines Kaußen-Hauses die Erhöhung ein und überwiesen sie auf ein Sperrkonto. In der Zwischenzeit hat sich die Front gegen Kaußen in San Francisco erheblich verstärkt: die lokale Mietergewerkschaft unterstützt mit Rechtsberatung und-beistand, aus dem Mieterrat ist inzwischen eine "Günther Kaußen Mietergewerkschaft" mit Mietern aus verschiedenen seiner Häuser geworden, und viele andere Mieter haben sich dem Streik angeschlossen. Kaußens Manager versuchen den Mietern mit Terror beizukommen:

8o- bis 9o-jährige Mieter wurden am frühen Morgen angerufen und nach ihrer Unterschrift bei der Sammlung und nach dem Streik befragt, angeblich seien diese Aktionen illegal. 5 Mietern wurde eine dreitägige Kündigung angedroht, drei andere erhielten eine Gerichtsvorladung. Andere Leute verlassen freiwillig die Häuser. „Ich ziehe aus wegen der dauernden Mieterhöhung und der netten Tiere", sagte eine betroffene Frau.

Ab und zu kommt Herr Kaußen zu einer Stipvisite seiner amerikanischen Besitztümer herübergejettet, immer in Begleitung von vier stämmigen Herren, die so gar nicht wie Geschäftsleute aussehen, wußten die Mieter zu berichten.

Er wird seine Gründe dafür haben, sich nicht alleine sehen zu lassen.

Die Kaußen - Mieter in San Francisco sind besonders an Informationen (können deutschsprachig rübergeschickt werden) über Kaußen in der BRD interessiert.

San Francisco Tenant Union, 1539 Haight Street, S.F.California 94117

Hausbesitzer pokern mit »wildem« Mietenspiegel

Nach dem Scheitern der Verhandlungen um einen neuen Mietenspiegel in **Hamburg** hat der Haus- und Grundeigentümerverband kurzerhand einen eigenen „Mietenspiegel" vorgelegt. Bei den dort aufgeführten Vergleichsmieten bekommen viele Hausbesitzer glänzende Augen: in ihm sind Mieterhöhungen bis zu 3o% bei Altbauten und bis zu 45% bei Neubauten vorgesehen. Generös rät der Haus- und Grundeigentümer-Verband seinen Mitgliedern, die Mieten bei Altbauten „nur" um 10% und bei Neubauten um 15% anzuheben. Der „wilde" Mietenspiegel - erstellt von einem Gutachter der Handelskammer- hat nun keinerlei rechtliche Verbindlichkeit. Offiziös aufgemacht versucht er vielmehr, den Mieterhöhungsschreiben der Hausbesitzer Nachdruck zu verleihen und die Mieter einzuschüchtern.

Bevor der Senat und die Behörden mit einer breit angelegten Umfrage Anfang 1979 tatsächliche Vergleichsmieten für einen neuen Mietenspiegel erheben, wollen die Hausbesitzer durch die jetzt angekündigte Mieterhöhungswelle die Mieten in die Höhe treiben, damit ihre Wuchermieten durch den neuen Mietenspiegel auch tatsächlich „bestätigt" werden. Betroffen sind davon praktisch alle Hamburger Mieter, die keine Sozialwohnung haben - immerhin 32o ooo Haushalte.

Der Senat „bedauert" die „Verunsicherung der Mieter" - nicht etwa das unverschämte Vorgehen der Hausbesitzer, dem er im Grunde genommen nichts entgegensetzt. Die Bausenatoren haben schon lange eine Erhöhung die Mietniveaus gefordert und unterstützen das durch einen drastischen Rückgang der Sozialwohnungsbauten.

Der Hamburger Mieterverein, bekannt für seine ausgesprochen vermieterfreundliche Politik, warnt verbalradikal seine Mitglieder, sich in Verhandlungen mit den Hausbesitzern einzulassen - und richtet gleichzeitig zusammen mit den Hausbesitzerverbänden und den Maklern eine Einigigungsstelle ein, um Mietprozesse zu vermeiden! Kein Wunder, wenn der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen letzte Woche zu der Erkenntnis kam: „Es wird immer schwerer, in Hamburg eine preiswerte Wohnung zu finden". (HA, 7.11.78).

Wohnungskommission



Herausgeber — Druck — Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 13.000
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00
Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents
Einem Teil dieser Auflage liegt eine Beilage bei!

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

„Phase 2" der IG Metall: Weitere Aktionen der Werftarbeiter

Etwa 11.000 Werftarbeiter – 4.000 in Hamburg, 3.000 in Bremerhaven und 4.000 in Emden – beteiligten sich Anfang November an Großkundgebungen der IG Metall gegen die Massenentlassungen auf den Werften. Weitere Kundgebungen in Kiel und Lübeck folgen. Damit hat die Führung der IG Metall die „Phase 2" ihrer Aktionen zur Unterstützung ihres „Strukturkonzepts Werften" eingeleitet. In der ersten Phase hatten am 23.10. 50.000 Werftarbeiter für eine Stunde gestreikt (siehe AK 142).

Wie bereits bei den vergangenen Ak-

Wie bereits bei den vergangenen Aktionen traten Gewerkschaftsführer und Landespolitiker gemeinsam auf: In Hamburg hielt SPD-Bürgermeister Klose eine Rede, in Bremerhaven Bremens SPD-Bürgermeister Franke. Der Tenor auf den Kundgebungen war überall der gleiche:

- von der Bundesregierung wurde rasches Handeln gefordert. IGM-Bezirksleiter vom Steeg: die Bundesregierung müsse „*sich endlich deutlich für den Fortbestand der deutschen Werftindustrie*" aussprechen (Metall, 1.11.78)
- die Werftmanager wurden von den Gewerkschaftsführern als ‚schlechte' Unternehmer angegriffen: Otto vom Steeg kritisierte in Emden das „*zu geringe Engagement des Werftmanagements*", die Werftunternehmer der BRD „*würden sich weniger einfallen lassen, als Werftleitungen anderer Länder, wie zum Beispiel die Japaner*" („Ostfriesen-Zeitung", 2.11.)

Mittlerweile haben sich auch Regierungspolitiker der Kritik der IGM-Führung angeschlossen: „*Seit Tagen versucht die Bundesregierung vergeblich, mit den Muttergesellschaften der Norddeutschen Werftindustrie* (Krupp, Thyssen, Salzgitter-Konzern – Anm. d. Red.) *ins Gespräch zu kommen. Die Mütter seien aber auf ‚Tauchstation' gegangen und ließen derweil die Werftarbeiter auf der Straße für ihre Sache protestieren*" (Finanzminister Matthöfer laut ‚Täglicher Hafenbericht', 28.10.).

Am 7.11. schließlich hatte Wirtschaftsminister Lambsdorff ein Gespräch mit den Werftmanagern. Neues kam dabei nicht heraus. Lambsdorff erläuterte die im Bundeshaushalt vorgesehenen 500 Mio Mark Werftenhilfe als „*Hilfe zur Selbsthilfe*" für die Unternehmen („Frankfurter Rundschau", 8.11.).

Derweil sind allerdings die kritisierten Unternehmer nicht untätig. Der Salzgitter-Konzern (HDW-Anteilseigner) erwarb 23 % Beteiligung an der Sachs AG. Salzgitter-Chef Birnbaum: „*die Beteiligungspolitik (ist) ohne Zweifel die unternehmerische Antwort auf die anhaltenden Schwierigkeiten im Stahlgeschäft und im Schiffbau*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 9.11.78) – sprich: die Arbeitsplätze auf den Werften werden gestrichen, neuinvestiert wird da, wo mehr Profite zu machen sind.

IG-Metall-Führung – was nun?

Erstaunt dürften die meisten Werftenkollegen erstmals aus der IGM-Mitgliederzeitung „Metall" (1.11.78) erfahren haben, daß es ein Drei-Phasen-Konzept für Aktionen zur Sicherung der Arbeitsplätze gibt. Phase 3 sollte eine Großaktion aller norddeutschen Werftarbeiter in Hamburg am 2. 12. sein. So lautete wenigstens ein Beschluß der IGM-Bezirksleitung. Allerdings haben z. B. die Kollegen in Hamburg hiervon bis heute nichts erfahren, während in Emden und Bremerhaven bereits Karten verkauft werden und in Kiel und Flensburg mobilisiert wird. Mittlerweile ist in Bremerhaven die Demonstration ohne Angabe von Gründen abgesagt worden. Ähnliche Meldungen kursieren in Emden! Wie dem auch genau sei – Tatsache ist, daß weder das Drei-Phasen-Modell, noch die konkrete Ausgestaltung der dritten Phase in irgendeinem Zusammenhang zu einer Arbeit an der gewerkschaftlichen Basis steht und etwa mit den Werftarbeitern diskutiert wird. Wir schrieben bereits im letzten ARBEITERKAMPF, daß die gewerkschaftlichen Aktionen zur Mobilisierung der Arbeiter nichts weiter als Begleitmusik für unternehmerische Forderungen sind. Fast höhnisch schrieb die Springer-Zeitung „Welt" am 25.10., daß die „*Gewerkschaft die gleichen Ziele wie der deutsche Schiffbau-Verband*" verfolgt.

Der zum Teil frustrierende Verlauf der bisherigen Aktionen zeigt auch die ganze Perspektivlosigkeit der Orientierung der IGM-Führung auf: die Bundesregierung hat ihre „Werfthilfe" festgelegt, die Unternehmen werden bei der Verwirklichung ihrer Entlassungen nicht ernsthaft angegriffen und können sich sogar Frechheiten wie die von Birnbaum zitierte erlauben.

Die Orientierung der IGM-Führung auf Zusammenarbeit mit den Regierenden hat bereits eine kräftige Bauchlandung gemacht. Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch die Verschiebung (in Bremerhaven wurde ein unbestimmter Termin im Januar genannt!) oder gar Absetzung der Hamburger Demonstration verständlich. Umso mehr kommt es darauf an, für eine Beibehaltung dieser Demonstration einzutreten und darüber
monstration einzutreten und darüber
die Auseinandersetzung um das Konzept der IGM-Führung zu verstärken.





PS: Wie wir aus sicherer Quelle erfahren haben, soll der Grund für die Verschiebung der Hamburger Demonstration in der Beratung der Bundesregierung über die Werften am 29. 12. liegen! Offensichtlich hat es Absprachen gegeben, bis dahin stillzuhalten!

4.000 demonstrierten am 1. 11. in Emden

4.000 Werftarbeiter aus Emden und von der Wilhelmshavener Jade-Werft protestierten vor dem Emder Rathaus gegen die Massenentlassungen. Solidaritätsadressen der Betriebsräte von Hertie und Hinrichs-Textilien wurden vorgetragen. Mit Ausnahme eines nichtoffiziellen Transparents „*Wenn von jener Seite von Gesundschrumpfen gesprochen wird, dann wird dagegen unsere geballte Faust stehen*" überwogen die offiziellen Parolen der IGM-Führung.

4.000 am 2. 11. in Hamburg

Mit etwa 4.000 Teilnehmern war die Kundgebung an den Hamburger Landungsbrücken relativ schwach besucht (wen reizt schon Klose als Redner), obwohl 80.000 Flugblätter von der IGM vertrieben wurden und die sozialdemokratische Presse ebenfalls mobilisierte.

Zur Vorbereitung der Kundgebung hatten Ende Oktober 70 Lehrlinge einen Aufruf der IGM-Jugend zur Demonstration befolgt.

Auf einer Reihe Transparenten wurde Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, auf einem Transparent wurde Streik gefordert. Beim Auftritt des Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters gab es eine Reihe Buhrufe. Ansonsten beherrschten die üblichen Reden von Klose und den Gewerkschaftführern das Geschehen.

Ein Ereignis am Rande: ein Kamerateam vom NDR machte Aufnahmen und Interviews. Als ein Polizist interviewt werden sollte, erinnerte der sich, daß er im Dienst ist: Knüppel raus, auf den Kameramann los, die Kamera fiel herunter, der Filmer wurde in ein Polizeiauto gezerrt (alles war wenige Tage später im Freitagsmagazin des NDR zu sehen!). Für Ordnung war also auch am Rande gesorgt...

3.500 am 6. 11. in Bremerhaven

In zwei Demonstrationszügen zogen 3.500 Werftarbeiter zum Theodor-

Fortsetzung auf Seite 24

Detektive als Schnüffler gegen Arbeiter

Der türkische Arbeiter Hulusi F. war nach einem Arbeitsunfall arbeitsunfähig geschrieben. Er hatte sich dann den Arm verbrüht. Als Moslem verzichtete er allerdings nicht darauf, am Gebet teilzunehmen, es war nämlich der moslemische Fastenmonat Ramadan. Fünfmal am Tag fuhr er in die eine halbe Stunde von seiner Wohnung entfernt gelegene Moschee in den Gebetssaal. Bereits morgens um 5 Uhr begleitet ihn ein Kollege.

Kurze Zeit später erhält Hulusi seine Kündigung: Begründung: seine Fahrten zum Gebet während der Zeit der Krankschreibung. Zeuge: der „Kollege", der ihn morgens begleitete. Er hatte im Auftrag der Firma Hulusi bespitzelt. Auftraggeber dieser Bespitzelei: der Metallkonzern Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln.

Vor dem Arbeitsgericht allerdings erhielt Hulusi recht. Die Fahrt zum Gebet sei kein Kündigungsgrund, Hulusi müsse wieder eingestellt werden. Mittlerweile hatte Hulusi aber eine andere Arbeit angenommen, so daß er eine Abfindung von 5000 DM akzeptierte.

TOOM-Gangsterstück: Betriebsrat Rauschgift untergeschoben

Nicht vor dem Arbeitsgericht, sondern vor der Frankfurter Strafkammer wird ein Fall verhandelt, der einen besonders krassen Fall der Bespitzelung zum Gegenstand hat. Im Auftrag der Geschäftsleitung des Warenhauses TOOM-Markt stellten die beiden Detektive Glatzel und Koch Nachforschungen gegen den Betriebsratsvorsitzenden Walter Zaschke an. Zaschke war wegen seines Engagements für minimale Rechte der Kollegen als Linker verdächtig. Auftrag der TOOM-Manager: Belastungsmaterial gegen Zaschke herbeizuschaffen, um den Betriebsrat loszuwerden. Glatzel und Koch, beides ehemalige Kriminalbeamte, ließen ihre Verbindungen spielen: Nachfragen bei der Kripo und beim Verfassungsschutz. Wie sie im laufenden Prozeß aussagten, haben sie diese Verbindungen mehrfach ausgenutzt. Einzelne Kripo-Beamte arbeiteten sogar für Verdienst nach Feierabend.

Im Fall Zaschke brachte die Zusammenarbeit mit Kripo und VS nicht den gewünschten Erfolg. Es lag nichts „Belastendes" vor. Glatzel und Koch führten im Auftrag der TOOM-Geschäftsleitung ihren Job mit eigenen Mitteln aus: Motto – wo nichts Belastendes ist, wird es

und Koch führten im Auftrag der TOOM-Geschäftsleitung ihren Job mit eigenen Mitteln aus: Motto – wo nichts Belastendes ist, wird es
geschaffen. Eine Pistole und 10 Ampullen Morphium wurden in einer Tasche mit dem Namen Zaschke in einem Schließfach deponiert. Der Kripo wurde promt ein Tip gegeben, Zaschke kurze Zeit später wegen Rauschgifthandels festgenommen. Wenig später erhielt er von TOOM die Kündigung. Das ganze flog nur auf, weil es – so die bürgerliche Presse – zu „dilettantisch" abgewickelt worden war. Angeklagt sind nun die beiden Detektive und der TOOM-Geschäftsführer plus Assistent. Beim derzeit laufenden Gerichtsverfahren geht es allerdings weniger um die Praxis, Arbeiter und Angestellte zu bespitzeln. Vielmehr wird darum gestritten, ob die Detektive dies Manöver auf eigene Faust oder im Auftrag der TOOM-Leitung gemacht haben. Schließlich will TOOM natürlich nicht öffentlich mit kriminellen Praktiken in Verbindung gebracht werden, aber weiterhin seiner Schnüffelpraxis nachgehen können. Schließlich handelt es sich hier doch um ein zukunftsträchtiges Gebiet. Der Schnüffelauftrag gegen Zaschke war für die beiden Detektive bei erfolgreichem Abschluß mit weiteren TOOM-Aufträgen in Höhe von 200.000 DM verbunden!

Detektiv Institute recherchieren für Unternehmen

Die beiden geschilderten aktuellen Fälle stehen durchaus nicht allein da. Der Fall Zaschke ist in seiner Konstruktion wohl eine Besonderheit. Häufig genug aber ist es vorgekommen, daß unbequemen Beschäftigten irgendetwas untergeschoben wird. Zaschke gab an, daß er wußte, wie unbequem er der Unternehmensleitung ist und deshalb abends schon immer in seine Aktentasche schaute, ob da auch keine TOOM-Wurst drinliegt („Informationsdienst", 21.10.). Die Zusammenarbeit mit privaten Detekteien ist mittlerweile auch gängige Praxis von Unternehmen. Dies enthüllt ein Rundschreiben des Duisburger Detektiv-Instituts Kocks GmbH an Unternehmen.

„*Vergleiche in Arbeitsgerichtsprozessen sind gelgentlich das Ergebnis massiver Erpressung und gründen dann auf genauer Kenntnis intimer Zusammenhänge, bei deren Veröffentlichung einer der Prozeßbeteiligten einen Skandal zu befürchten hat*" beschreibt das Institut die Probleme, vor denen viele Unternehmer in solchen Verfahren stehen. „*Der Vorteil des Erpressers* (damit sind die Kollegen gemeint, die sich vor Gericht zur Wehr setzen!) *liegt darin, daß da wo gehobelt wird, auch Fehler passieren. Da die meisten Verantwortlichen die Offenbarung eines Fehlers fürchten, ist ein Arbeitsprozeßgegner, der zuviel weiß, stets in einer Ausgangsposition, die letztlich einen Vergleich erfordert. Die Waffen im Arbeitsgerichtsprozeß - sofern ein Vergleich angestrebt wird - sind also neben juristischem Sachverstand spezielles Wissen*". Wie dieses „spezielle Wissen" als Counter-Strategie der Unternehmen eingesetzt wer-

sind also neben juristischem Sachverstand spezielles Wissen". Wie dieses „spezielle Wissen" als Counter-Strategie der Unternehmen eingesetzt wer-
den kann, wissen die Detektive auch zu beschreiben: Man sammle Informationen vor allem aus dem „intimen Bereich" und über die Vergangenheit des Gegners. „*Somit wird eine annähernde Waffengleichheit im Prozeß erreicht und vor dem Vergleich das Verhältnis der Prozeßgegner in eine 'relative Balance' gebracht*" (alle Zitate aus „Welt der Arbeit", 9.11.). Welche Mittel sich gegen Arbeitnehmer als Druckmittel, auf Arbeitsgerichtsprozesse zu verzichten, anwenden lassen, dazu hat dieses Detektiv-Institut eine „Checkliste" veröffentlicht.

Ford-Streik in der 8. Woche

Nach wie vor bestehen die 57.000 britischen FORD-Kollegen auf ihren Forderungen nach 20 Pfund (ca. 75 DM) mehr pro Woche, 35-Stunden-Woche und keine Produktivitätsabkommen.

Angesichts der Lohnraubabkommen der letzten drei Jahre und der immensen Profitsteigerungen bei FORD-Großbritannien verlangen die Kollegen eine Rückkehr auf das Lohnniveau von 1971 (!). „*1977 verdoppelten die ihren Profit auf 246 Mio. Pfund (fast 1 Milliarde DM) und schon jetzt haben sie diese Zahl mit 300 Mio. Pfund für dies Jahr übertroffen. Da wird's wohl Zeit, daß die Arbeiter, die diesen Profit geschaffen haben, ein bißchen abkriegen*" („Guardian", 4.11.).

Damit kommentierte Ron Todd, Chefunterhändler der Gewerkschaft TGWU die Ablehnung des „einstweilen letzten Angebots" der Firma durch die Kollegen, das immerhin Erhöhungen von ca. 16,50 Pfund wöchentlich (ca. 60 DM) vorsah. Allerdings waren darin Zulagen für Produktivitätserhöhungen enthalten. Darunter als besonderer Hammer eine sogenannte Anwesenheitsprämie, die nur gezahlt werden sollte, wenn die Kollegen 40 Stunden/Woche „normal" arbeiten. Verspätungen von mehr als 5 Minuten/Woche und „unnötige Pausen" sollten mit einem Abzug von 15 - 20 DM/Woche bestraft werden. Dabei sind schon jetzt nur 20 Minuten Essenspause und 6 Minuten vorgesehen, um mal aufs Klo zu gehen.

Einschüchterungen bisher ohne Erfolg

Außer den ständigen Klagen der Regierung über das Nichteinhalten ihrer 5%-Lohnleitlinien und dem Gejammer über die „Kosten" des Streiks (der Produktionsausfall hat bei FORD einen täglichen Wert von ca. 40 Mio. DM, die Gewerkschaften zahlten bisher etwa 8 Mio. DM Streikunterstützung), werden in der bürgerlichen Schmierenpresse von „Daily Mail", „Daily Express" und „Sun" alle möglichen Märchen aufgetischt. Z. B. wollten die Frauen angeblich ihre Männer wieder zurück an die Arbeit schicken. Diese Kampagne entpuppte sich jedoch als großer Bluff: Als eine Handvoll konservativer Frauen im Ostlondoner Vorort Dagenham vor dem Fabriktor „demonstrieren" wollte, traf sie dort auf eine weitaus größere Zahl kämpferischer Frauen, die den Kampf der Männer unterstützen (siehe Bild).

In der Debatte über bildungspolitische Aspekte der Thronrede im Unterhaus, brachte es Erziehungsministerin Williams sogar fertig, die Arbeiter für die Sparpolitik verantwortlich zu machen: Von den großen Versprechungen der Labour-Regierung, zwecks „Chancengleichheit" den Be-

lich zu machen: Von den großen Versprechungen der Labour-Regierung, zwecks „Chancengleichheit" den Be-
suchern der Abgangsklassen an den Oberschulen ein Stipendium von ca. 25 DM/Woche zu geben, war in der Thronrede keine Rede mehr gewesen: Seit Mai habe sich das Klima für öffentliche Ausgaben leider verschlechtert, da es mit den Gewerkschaften keine Übereinstimmung in Sachen Lohnpolitik gäbe... („Guardian", 4.11.).

Internationale Solidarität notwendig

FORD-Europa ist ein Musterbeispiel kapitalistischer internationaler Arbeitsteilung: Die Produktion bestimmter Vergaser, Motorblöcke oder Lenkelemente für die etwa 1.6 Mio. Fahrzeugeinheiten, die jährlich bei FORD in Europa hergestellt werden, ist je nach Modell auf ein bis zwei Werke konzentriert. Fällt nun in einem ganzen Land die Produktion aus, wird sich das auch auf die Produktion in anderen Ländern auswirken. Der Internationale Metallarbeiterbund hatte daher ein Treffen in London organisiert, an dem Vertreter sämtlicher europäischer Fordwerke teilnahmen. Diese verpflichteten sich in einer Stellungnahme zur Unterstützung der britischen Arbeiter, denn „*ein Sieg für die britischen FORD-Arbeiter bedeutet letztenendes einen Sieg für alle FORD-Arbeiter in Europa*" („Tribune", 27.10.).

Bei dieser kämpferischen Haltung spielt sicher die Tatsache eine Rolle, daß das Lohnniveau für britische FORD-Arbeiter im internationalen Vergleich ungeheuer niedrig ist: Selbst nach dem „letzten Angebot" hätte ein Kollege in der Wechselschicht am Montageband bei regelmäßig 4 Überstunden umgerechnet ganze 370 DM brutto in der Woche gehabt („Guardian", 3.11.).

Der liberale „Guardian" sieht das wohl ganz richtig: „*Die Deutschen haben einen besonderen Grund dafür, daß sie fest meinen, daß die britischen Versuche, mehr Lohn zu bekommen unterstützt werden sollten. Sie haben Angst, daß die wachsenden Lohnunterschiede zwischen den britischen und ihren eigenen hohen Löhnen bedeuten kann, daß bei künftigen Investitionsentscheidungen der Firma gegen Deutschland entschieden wird.*"

Das Ausmaß der internationalen Auswirkungen dieses Streiks per 7.11.:

Saarlous (FORD-Fiesta und Escort): für 6.000 von 8.000 Beschäftigte Kurzarbeit, die Bänder stehen seit dem 3. 11. still.

Genk/Belgien (Transit): 2.000 von 11.000 auf Kurzarbeit, totaler Stop der Bänder steht bevor.

Antwerpen (Traktoren): Alle 2.500 Arbeiter auf Kurzarbeit.

Amsterdam (LKWs): nur noch Wartungsarbeiten (1.200 Beschäftigte).

Portugal (Montage): alle 400 Kollegen nach Hause geschickt.

Bordeaux (Automatikgetriebe und Achsenbau für Fiesta): alle 3.000 Kollegen arbeiten noch.

Valencia (Fiesta und Escort): alle 8.500 Kollegen arbeiten noch bis zum 13.11.

FORD-Köln: Bisher sind alle 34.000 Kollegen nicht betroffen, ab 13. 11. sollen aber die 10.000 Kollegen in der Granaóa- und Capri-Produktion kurzarbeiten.

Englandkommission



Fortsetzung von Seite 23

Heuß-Platz. 2.000 sammelten sich bei der Seebeck-Werft, 1.500 bei der SUAG und Rickmers. Auf der Seebeck-Werft wurden vor der Demonstration Branchenversammlungen und eine Vertrauensleutesitzung abgehalten. Die Kundgebung hörten sich dann aber nur noch etwa 2.000 Demonstrationsteilnehmer an. Rechte Parolen wie „*Andere Länder bekommen Millionen – wo bleiben unsere Subventionen?*" dominierten, doch gab es auch eine Reihe fortschrittlicher Transparente:

– „*Entlassungsstopp statt Einstellungsstopp*"
– „*Subventionen sichern keine Arbeitsplätze*"
– „*Subventionen nur bei Arbeitsplatzgarantie*".

Über die Reden schweigt man lieber...

Opel Bochum: Betriebsratsmehrheit lehnt Sonderschichten ab

Mit einer knappen Mehrheit (20:19) lehnte der Betriebsrat von Opel/Bochum Mitte Oktober einen erneuten Antrag der Geschäftsleitung zur Durchführung von 8 Sonderschichten ab. Bisher gab es jedesmal bei diesen Abstimmungen eine eindeutige Mehrheit für Sonderschichten. Bei der letzten Abstimmung im Sommer wurde ein Antrag auf Sonderschichten zunächst mit 26:13 abgelehnt. Als daraufhin die rechten Betriebsräte durch den Betrieb liefen und Stimmung dagegen machten, wurde einem erneuten Antrag der Geschäftsleitung kurz darauf mehrheitlich zugestimmt.

Die jetzige Abstimmung ist Ergebnis langer Auseinandersetzungen mit den Kollegen von Opel, die hauptsächlich von den Betriebsrats-Kollegen der „Liste für die Belegschaftsforderungen", die 9 Sitze im Betriebsrat hat, geführt wurden: es wurden Flugblätter verteilt und Diskussionen in den einzelnen Abteilungen geführt, in denen sich mit den „Argumenten" der Rechten – „*Wir müssen konkurrenzfähig bleiben*" – auseinandergesetzt wurde. „*Der Arbeiter von Ford ist kein Konkurrent zum Arbeiter von Opel und umgekehrt*", erklärt dazu ein fortschrittlicher Betriebsrats-Kollege. „*Auch ist es nicht leicht, den Kollegen klarzumachen, daß wir versuchen müssen, unsere Lohnforderungen in den Tarifverhandlungen durchzusetzen und nicht durch Überstunden und Sonderschichten, weil die meisten das Geld natürlich nötig und ihre Erfahrungen mit der Tarifpolitik der Gewerkschaften haben*".

Um zu verhindern, daß die Betriebsräte, die die Sonderschichten ablehnten, erneut „umkippen" wie im Sommer 78, hat die „Liste für die Belegschaftsforderungen" Ende Oktober nach einer Belegschaftsversammlung im Werk I nochmals ein Flugblatt rausgebracht, in dem die Stimmung der Kollegen deutlich zum Ausdruck kommt: „*Sollte sich nochmals wieder eine Mehrheit finden, die beim erneuten Antrag der Belegschaft in den Rücken fällt, werden wir den Antrag auf Rücktritt des gesamten Betriebsrates stellen!*" Auf die angedrohte Kürzung des Weihnachtsgeldes (tariflich abgesichert sind 50%) durch die Geschäftsleitung im Zusammenhang mit der Ablehnung der Sonderschichten wurde mit einer klaren Kampfansage durch die Belegschaft reagiert – 1970 wurde schon einmal Weihnachtsgeld erstreikt. Die Streikandrohung soll inzwischen schon Erfolg gehabt haben: Die Werksleitung hat inzwischen 100% Weihnachtsgeld zugesagt!

Urabstimmung in der Stahlindustrie

Am letzten Freitag beschloß der IG Metall Vorstand auf einer Sondersitzung in Mülheim/Ruhr die Urabstimmung für die 200.000 Beschäftigten in der Eisen-und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen, Osnabrück und Bremen. Die Gewerkschaftsmitglieder werden vom 18. bis 21. November über Streik entscheiden.

Die Tarifverhandlungen waren in der Stahlindustrie gescheitert, weil der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl den von der IG Metall-Führung geforderten stufenweisen Abbau der wöchentlichen Arbeitszeit grundsätzlich ablehnt. Die IG Metall-Führer fordern für die Stahlindustrie den Einstieg in die 35 Stunden-Woche verbunden mit Lohn- und Gehaltszuschlägen von 5 Prozent. Die Stahlkapitalisten bieten dagegen zwei Tage mehr Urlaub sowie Lohn- und Gehaltserhöhungen von 2,1 Prozent.

Mit einer ersten Protestaktion reagierten am Mittwoch in Duisburg etwa 1500 Beschäftigte von Mannesmann auf das unverschämte „Angebot" der Stahlkapitalisten. Sie kehrten nach der Frühstückspause nicht an ihre Arbeitsplätze zurück, sondern diskutierten mit Vertrauensleuten und Betriebsräten über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen.

Fällt die 40 Stunden-Woche in der Stahlindustrie?

Der vom Gewerkschaftsvorstand unterstützte Urabstimmungsbeschluß so kurz nach Verhandlungsaufnahme ist ziemlich außergewöhnlich.Man könnte meinen, die IGM-Tarifexperten haben die langwierigen und nichts bringenden Verhandlungen satt. Diesmal jedenfalls reagierten sie knallhart. Die IG Metall-Tarifkommission wertete das Arbeitgeber-„Angebot" als *„unerhörte Provokation"* und als *„Verhöhnung"*. Allerdings muß hier einschränkend angemerkt werden, daß für die Ausgangsforderung
hier einschränkend angemerkt werden, daß für die Ausgangsforderung
der IG Metall die gleichen Kommentare angebracht sind.

Aber nicht nur die überraschend schnelle Urabstimmung fällt auf. Schenkt man der Begleitmusik Glauben, dann steht in der Stahlindustrie die entscheidende Schlacht bevor, ob die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt wird oder nicht.

Gegen die Weigerung der Stahlkapitalisten, hierüber überhaupt zu reden, wird aus vollen Rohren geschossen. *„Mit ihrem provokatorischen Verhalten knüpfen die Arbeitgeber direkt an die unguten Traditionen der Stahlbarone der Weimarer Republik an. Damals wie heute seien es die Arbeitgeber, die die Konfrontation gesucht hätten"* („FR", 9.11.78.). Und während IGM-Vorstizender Loderer Kompromißlosigkeit demonstriert *(„unerschütterlich stehe der Vorstand zum Einstieg in die 35Stunden-Woche"*, „FR", 9.11.), droht BdA-Präsident Esser mit der *„ungeteilten Solidarität der Bundesvereinigung und aller ihrer Mitgliedsverbände"* (ebenda).

Um was geht es bei diesem Konflikt?

Für die Kapitalisten erklärte Stahlunternehmerchef Weisweiler, daß man *„in der Sache gar nicht weit von einer übereinstimmenden Regelung entfernt gewesen sei"* („FAZ", 9.11.) Schließlich werde gar nicht ernstlich über eine Wochenarbeitszeitverkürzung verhandelt, unbestritten(!) sei, daß aus *„technischen Gründen"* die 40-Stunden-Woche erhalten bleiben müsse. Die Unternehmer seien bereit, eine kürzere Arbeitszeit in Form von „Freizeitblöcken" oder Urlaubsverlängerung zur Verhandlung zu stellen.

Was also von den Unternehmern befürchtet wird, ist, daß das Durchbrechen der 40-Stundengrenze in den folgenden Jahren für alle Wirtschaftsbereiche einen nicht mehr aufzuhaltenden Trend zur 35-Stunden-Woche bedeutet. Weisweiler: *„Ein Abweichen von der derzeitigen Wochenarbeitszeit (bedeute), daß dann der Übergang zur 35-Stunden-Woche in relativ schnellen Schritten für alle Tarifbereiche unaufhaltsam vorprogrammiert sei,dazu wollen die Stahlarbeitgeber nicht den ersten Schritt tun"*. Und Arbeitgeberchef Esser: *„Die Stahl-Arbeitgeber vertreten in der Abwehr solcher Arbeitszeitverkürzungen ihre eigenen Interessen. Indirekt werden selbstverständlich damit auch die Anliegen aller anderen Wirtschaftsbereiche vertreten"* („FAZ", 9.11.).

Die IG-Metall- Führer haben in der Vergangenheit wenig Initiative bei der Verwirklichung der 35-Stunden-Woche gezeigt. Bei Beginn der Verhandlungen um Arbeitszeitverkürzung in der Stahlindustrie im Juni dieses Jahres (dort wurde der Manteltarifvertrag gekündigt) lautete die Verhandlungsformel der IGM: *„Verkürzung der tariflichen Arbeiszeit bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche auch durch Freizeitausgleich"*. Verhandlungsführer Herb von der IGM bestätigte, was heute die Stahlarbeitgeber als eine Möglichkeit anbieten: **„Die IG Metall stellt sich die Arbeitszeitverkürzung so vor, daß die entfallenden wöchentlichen Arbeitsstunden übers Jahr gebündelt, neben**
dem Jahresurlaub als Freizeitschich- entfallenden wöchentlichen Arbeits-
stunden übers Jahr gebündelt, neben
dem Jahresurlaub als Freizeitschichten genommen würden ... Diese Methode hat nach Herb den Vorzug, daß die bestehende Arbeitsorganisation in den Betrieben nicht geändert werden müsse" („Handelsblatt", 19.6.78).

Der Streitpunkt ist also nur, ob die Arbeitszeitverkürzung in Form eines Schrittes hin zur 35-Stunden-Woche mit einer Zusatzklausel, die Verkürzung blockweise zusammenzufassen, abgeschlossen wird – oder ob der Hinweis auf die 35-Stunden-Woche dabei entfällt, wie es die Unternehmer wollen.

Daß die IGM-Strategen d i e s e r Auseinandersetzung so viel Wert beimessen, muß vor dem Hintergrund der vollständigen Anpassung in der Frage der Lohnerhöhung gesehen werden. Hier halten die Gewerkschaftsführer Maß und sind bereit, auf Kosten der Arbeiter und Angestellten „gesamtwirtschaftliche Verantwortung" zu beweisen.

Für den 17.November – einen Tag vor Beginn der Urabstimmung – hat die IGM in 11 nordrheinwestfälischen Städten und in Bremen und Osnabrück zu Protestkundgebungen aufgerufen.

Für die 35-Stunden-Woche!

Für die Sicherung des Reallohns durch ausreichende Lohnerhöhungen!

ÖTV

Schiff unter Billigflagge wird bestreikt

Seit dem 31.10. wird in Bremen wieder ein Schiff unter Billigflagge von der Besatzung mit Unterstützung der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) bestreikt.

Die Zustände auf dem unter Panama-Flagge laufenden Schiff „Hermosa" eines italienischen Reeders gleichen denen von B. Travens „Totenschiff"!

Es gibt weder Heizung noch Klimaanlage. Viele Ventilatoren sind defekt. Defekte Toiletten und *„Sanitäranlagen wie in einer Kloake"*. Die in einem Holzschränkchen aufbewahrten Medikamente werden in den Tropen vernichtet und der Frischwassertank des Rettungsbootes ist vollständig durchlöchert. Auf der letzten Reise lag das Schiff einen Monat lang vor Lagos o h n e S ü ß w a s s e r auf Reede.

„Die rückständige Heuer ist das einzige, was die meisten Seeleute noch auf dem mehr als mangelhaft ausgestatteten Schiff hält" (Weser Kurier, 1.11.).

Der Reeder zahlt der Besatzung nur ein Drittel des von der ITF festgelegten Mindestlohns, Überstunden werden nicht bezahlt. Laut Weser Kurier haben die Kollegen seit vier Monaten selbst vom Hungerlohn nichts gesehen.

Die Besatzung hatte in einem Ultimatum an den Kapitän menschenwürdige Verhältnisse an Bord und die Bezahlung nach dem internationalen Vertrag für Schiffe unter billigen Flaggen (ITF-Vertrag) gefordert. Nach Ablauf des Ultimatums traten sie in den Streik, außerdem wurde die Beladung des Schiffes abgebrochen.

Laut ITF weigert sich der Reeder beharrlich, in ernsthafte Verhandlungen einzutreten. Dadurch sollen die anlaufenden Kosten bald die Heuerforderungen der Besatzung übersteigen.

KB/Gruppe Bremen

Letzte Meldung: Streik auf der »Hermosa« beendet

Mit einem Teilerfolg endete am 8. 11. der Streik der Seeleute auf dem im Bremer Europahafen liegenden Frachter ‚Hermosa'. Ihnen wurden 79.000 der ausstehenden 122.000 Dollar für rückständige Heuern gezahlt. Darüberhinaus wird nach Angaben eines Sprechers der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (IFT) der Kapitän für den Reeder des unter panamaischer Flagge fahrenden Frachters eine Vereinbarung unterzeichnen, die den Seeleuten Lohn für bereits geleistete Überstunden zusichert.

Unterdessen geht der Streik der Mannschaft der saudi-arabischen ‚El Riyadh' weiter. Die Crew hat ein Angebot des Reeders abgelehnt, anstelle von bisher monatlich 120 Dollar nun 210 Dollar zu zahlen.

KB-Gruppe Bremen



Der Shanty-Chor „Hart Backbord" in Aktion.

Kurzmeldungen

Erfolg des Klöckner-Betriebsrats

Am 16.10. entschied das Arbeitsgericht, daß bei der Klöckner-Hütte/ Bremen jede weitere Anordnung zur Mehrarbeit unterlassen werden muß. Der Betriebsrat hatte die beantragten Überstunden abgelehnt, nachdem trotz der angekündigten 700 Entlassungen für September von der Werksleitung 20.000 Überstunden angeordnet wurden („Metall", 1.11.78).

1.000 Entlassungen bei Thyssen-Henrichshütte drohen!

Bereits im Laufe des letzten Jahres wurden auf der Hattinger Henrichshütte 450 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Mittlerweile ist eine interne Studie einer Rationalisierungskommission des Thyssen-Konzerns bekannt geworden, aus der hervorgeht, daß etwa 1.000 weitere Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Die Kommission hat in den letzten Monaten die einzelnen Betriebsabteilungen durchgeforstet. Kernpunkt der Studie: die Belegschaftszahl abbauen, ohne die Produktionskapazitäten dadurch zu gefährden.

Protestaktion bei Volvo-Dietzenbach

Fast die Hälfte der Kollegen bei Volvo in Dietzenbach beteiligten sich an einer Protestaktion zur Durchsetzung ihrer Forderung nach 250 DM mehr für alle (bei Volvo gibt es einen Haustarif mit der IG Metall). Von 7.30 Uhr bis 9 Uhr veranstalteten die Kollegen einen Autokorso zunächst in die Stadt, später um das Werk.

Um der Lohnforderung die Spitze zu brechen, hatte die Unternehmensleitung von sich aus 6,9% angeboten und bereits ausgezahlt. Zu sehr war den Herren offensichtlich noch die Auseinandersetzung 1976 in Erinnerung. Damals hatten die Kollegen mit Kampfaktionen 180 DM der geforderten 200 DM durchgesetzt und die Entlassung eines Betriebsrates verhindert.

Chemie

Gift im Griff?

Parallel zur derzeit laufenden Pressekampagne über die Gefährlichkeit von AKWs (z.B. „Hamburger Morgenpost"), läuft eine Kampagne zur Gefährlichkeit der Chemie-Industrie unter dem Motto „Gift im Griff?" („Gewerkschaftspost"). Diese Kampagne wird allerdings nicht so lautstark geführt wie die AKW-Kampagne.

Den Startschuß gab der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hartkopf, auf einer Fachtagung in Bonn, wo er feststellte, daß *„die Zeitbombe der chemischen Verseuchung eine potentielle Gefahr darstelle, die diejenige aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie weit in den Schatten stelle"* („Frankfurter Rundschau", 31.10.78). Als Beispiele führte Hartkopf an,

— daß seit 1969 mehr als 15 Arbeiter bei BASF in Ludwigshafen an Bronchialkrebs erkrankten, elf davon sind gestorben! Alle Arbeiter haben mit dem hochwirksamen Krebserreger Dichlormethyläther gearbeitet. Insgesamt haben 30 Arbeiter damit gearbeitet. Zynisch stellte Hartkopf fest, es müsse *„schweren Herzens vorausgesagt werden, daß ein erheblicher Anteil, wenn nicht die Mehrzahl der Verbliebenen, noch erkranken werden"*!

— daß inzwischen über hundert Fälle von Vinylchlorid-Erkrankungen in der BRD bekanntgeworden sind (der AK hat dazu mehrfach berichtet, z. B. AK 141). Außerdem führte Hartkopf die Asbestose an (Lungenkrebs, hervorgerufen durch Asbest-Staub), die viele Opfer forderte. Mit diesen Skandalen wollte er für ein neues Umweltstoffgesetz werben, daß im Dezember als Referentenentwurf vorliegen soll und im Januar von der Bundesregierung verabschiedet werden soll. Dieser Entwurf soll angeblich Schutzvorschriften für neue Chemikalien enthalten wie z. B. Tierversuche.

Auch die IG Chemie stellt das Thema „Umweltschutz" neuerdings stärker in den Vordergrund. In der November-Ausgabe der „Gewerkschaftspost" fordert sie in großer Aufmachung das Verbot von Pentachlorphenol, einem hochgiftigen Stoff, der in der Papierindustrie wegen seiner pilztötenden Wirkung in der Altpapierverarbeitung verwendet wird. Pentachlorphenol entwickelt bei der Verarbeitung und in Berührung mit Wasser hochgiftige Dämpfe, die über die Haut, die Atemwege und den Magen-Darm-Kanal vom Körper aufgenommen werden. Die Folgen: Hautentzündungen, Reizung der Schleimhäute, Kopfschmerzen, Übelkeit, Appetitlosigkeit, Muskelschwäche, Abmagerung und Atemlähmung. Gleichzeitig gibt die IG Chemie den Autoren des Buches „Seveso ist überall" Gelegenheit,in Kommentaren („Gewerkschaftspost") und Artikeln (gewerkschaftliche „Umschau") vor den Gefahren der chemischen Industrie zu warnen.

Es stellt sich die Frage, warum ausgerechnet jetzt die Bundesregierung und die IG Chemie versuchen, sich im Umweltschutzgewand zu präsentieren. Ein wesentlicher Grund dürfte das wachsende Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber den herrschenden Parteien sein, was deren Ernsthaftigkeit mit dem Umweltschutz angeht. Dieses Mißtrauen kam auch durch die Wahlerfolge der Grünen und Bunten Listen bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen zum Ausdruck. Darum hatte sich Börner bereits im hessischen Wahlkampf als Umweltschützer präsentiert. Es geht sicherlich aber nicht nur um Wählerstimmen bei der jetzigen Kampagne, sondern sie hat auch vorbeugenden Charakter: Angesichts der Tatsache, daß die chemische Industrie Jahr für Jahr 200 bis 300 neue Chemikalien auf den Markt wirft, und daß die Auswirkungen der meisten der 60.000 z. Zt. auf dem Markt befindlichen Chemikalien unbekannt sind, ist es nur logisch, daß weitere Umweltschutzkatastrophen (wie z. B. Seveso) auf uns zukommen. Um die dann folgenden Proteste aufzufangen, wollen sich bereits jetzt die Herrschenden vorbereiten. Im übrigen versucht die Bourgeoisie mit dem Argument „es wird ja was getan", Bürgerinitiativen aus dem recht starken Einfluß der Linken in dieser Bewegung herauszuziehen und in ein staatserhaltendes Fahrwasser zu lokken.

Die Chemieindustrie reagiert auf diese Kampagne auf ihre Weise. Ende Oktober war der „Hamburger Morgenpost" ein achtseitiges Farbblatt mit dem Titel „Chemie Journal '78" beigelegt. Den Tenor dieses Blattes kann man etwa so umschreiben: „Ohne Chemie kann man nicht mehr leben".

Da wurden solche rasanten Themen abgehandelt wie „Spagetti aus Erdöl", „Milliarden für Umweltschutz und Sicherheit" (die die Chemieindustrie ausgibt), „Urzustand? Nicht empfehlenswert! Ohne mineralische Düngung keine gesunde Ernährung", „Keine Chance für Kornkäfer und Mäuse" und ähnliche Propaganda-Artikel, die die Notwendigkeit der chemischen Industrie für unser tägliches Leben unterstreichen sollen. Höhepunkt ist allerdings eine „Gruselgeschichte", in der ein Mann davon träumt, daß es plötzlich keine chemische Industrie mehr gibt und dabei erlebt, daß Autos verrosten und ohne Reifen dastehen, daß es kein Telefon gibt und keine Plastikbeutel.

Weil die IG Chemie offenbar bereit ist, momentan die Gefährlichkeit bestimmter Arbeitsstoffe aufzugreifen, sollten insbesondere aktive Gewerkschafter die Gunst der Stunde nutzen und mit entsprechenden Informationen über bestimmte Arbeitsstoffe an ihrem Arbeitsplatz an die IG Chemie und die Betriebsräte herantreten, um umfangreiche Schutzmaßnahmen oder das Verbot der Substanz zu fordern.

Chemiekommission
KB/ Gruppe Hamburg

HBV

Die schleichende Rationalisierung

Bildschirmarbeit am Beispiel der Iduna/Hamburg

Langsam treten die Veränderungen auf: die Arbeit der sog. Massenabteilungen (normales, problemloses Versicherungsgeschäft) wird auf Bildschirm umgestellt.

Erstmal nur „probeweise", jetzt als Testfall für den relativ kleinen Bereich der Kfz-Versicherungen. Inzwischen ist klar: Wenn alle EDV-Programme stehen, werden sämtliche Versicherungszweige auf Bildschirmarbeit umgestellt. Auf die ordnungsgemäße Nachfrage des Betriebsrates nach Informationen gab der Vorstand als Antwort: Genaue Termine und Auswirkungen sind noch nicht bekannt, es stünden zwar schon einige Veränderungen fest, d.h. Umgruppierungen von Mitarbeitern, aber mehr Informationen gibt es nicht.

Betroffen sind ca. 800 Kolleg(inn)en, zu 90 % Frauen, die in diesen „Massenabteilungen" arbeiten. Die grundlegende Änderung im Arbeitsablauf ist, daß die Sachbearbeiterinnen dann direkt die Daten für die EDV in den Bildschirm eingeben und abfragen und dadurch zunächst einmal zwei Zwischenstufen wegfallen: erstens die Datenerfassung (70 Frauen) und zweitens das Archiv (ca. 50 Frauen). Diese Entwicklung ist auf längere Sicht „unvermeidlich".

Für die Sachbearbeiterinnen selbst heißt dies, neben einer enormen Ausdehnung der erwiesenermaßen gesundheitsschädlichen und stockmonotonen Bildschirmarbeit, daß der ständig steigende Bestand mit der zunächst gleichen, längerfristig aber sinkenden Anzahl von Kolleginnen zu bearbeiten ist.

Iduna-Generaldirektor Becker behauptet heute zwar noch: *„Wegen Rationalisierung wird bei der Iduna kein Mitarbeiter entlassen"*. Allerdings mußte er inzwischen schon zugestehen, daß sich die Aufgabengebiete der betroffenen Kollegen „schon ändern" könnten. Wohin z. B. die 120 bereits direkt betroffenen Kolleginnen versetzt werden sollen, hat er nicht gesagt. Man darf auch gespannt sein, wo diese — wenn überall rationalisiert wird — einen „neuen Platz" bekommen sollen.

Angesichts dieser Tatsachen herrscht noch eine Grabesstille im Betrieb. Einerseits, weil die Kollegen den „Beruhigungen" seitens der Geschäftsleitung noch trauen, zweitens weil kaum ein Sterbenswörtchen des Gesamtkonzeptes an die Betriebsöffentlichkeit dringt und drittens, weil die Mehrheit des Betriebsrates sich scheut, einen offenen Konflikt mit der Geschäftsleitung auszutragen, die zur Zeit massiv versucht, die Recherchen und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates zu verhindern: Bereits geplante Befragungen und Rundgänge bei Kollegen wurden zunächst wieder verschoben, weil die Geschäftsleitung sie für „unzulässig" und „unerwünscht" erklärte. Mitbestimmungspflichtige Versetzungen von Kollegen werden dem BR nicht mehr vorgelegt, weil die Personalabteilung auf einmal „eine andere Auffassung des Rechtsbegriffes" hat — und der BR prüft seit etlichen Wochen diese Rechtslage, anstatt hier einmal den offenen Clinch vor der Einigungsstelle bzw. dem Arbeitsgericht auszutragen.

Die Forderung der Gewerkschaften belaufen sich auf Nebenprobleme wie ergonomische Forderungen (optimale Ausgestaltung des Arbeitsplatzes) und nach Mischarbeitsplätzen, d.h. nur maximal vier Stunden Bildschirmarbeit täglich, dazu pro Stunde zehn Minuten Pause, und jährliche kostenlose Augenuntersuchungen. Wie diese Forderungen durchzusetzen sind, z.B. wie gewährleistet ist, daß so viele Kollegen da sind, daß in der Tat nur vier Stunden am Bildschirm gearbeitet werden muß, davon ist kein Wort zu hören.

Die ersten Abteilungsversammlungen der betroffenen Kolleginnen laufen langsam an, jetzt für die Datenerfassung. Mal sehen, was sie zu fragen und zu sagen haben

Iduna-Zelle
KB/ Gruppe Hamburg

Ein Tag am Bildschirm

Du kommst morgens und stellst als erstes die Glotze an, weil gespeichert wird, zu welcher Zeit diese ,in Betrieb genommen' wird und zwar auf die Sekunde genau. Die Kollegen sitzen mißmutig hinter ihrem Bildschirm, einige arbeiten schon, einige spielen wieder etwas daran herum. Man kann z.B. den Bildschirm eines anderen anwählen u d sehen, wann er angefangen hat zu arbeiten und wieviel er bis dahin getan hat. Allerdings kann man die Zahl der bearbeiteten Akten manipulieren, was natürlich jeder kräftig macht. Das Arbeiten an den Bildschirmen ist ein einziger Nervkram. Es vergeht kein Tag, wo nicht gepöbelt wird.

Du holst dir also, nachdem du die Kiste angeschmissen hast, deine Vorgänge und sortierst erstmal, nach Wichtigkeit, Post, was du vorher per Bildschirm abrufen mußt. Dann legst du so allmählich los, und merkst, die Kiste ist mal wieder „unterdrückt". Das heißt, die Leitungen sind überlastet oder es wird gerade mal wieder in der EDV gebastelt. Also legst du erstmal den Stapel beiseite und abeitest zunächst manuell. Link ist es, wenn man gerade sehr viel eingegeben hat und die Kiste läuft plötzlich nicht mehr, weil dann alles gelöscht wird und man den ganzen Kram nochmal eingeben kann. In solchen Situationen geht dann meist das fürchterliche Gefluche los. Oft funkt auch mal ein Kollege dazwischen, d.h. er stellt einfach im Vorübergehen deinen Bildschrim aus, was meist zur Folge hat, daß dein Anschluß bei der EDV rausfällt und du erstmal eine ganze Zeit nichts eingeben kannst, bis die es mal merken und dich wieder einklinken.

Manchmal ist das sehr witzig, aber oft nervt es auch, weil du so viel auf dem Tisch hast, was eigentlich dringend raus müßte.

Insgesamt ist die Arbeit an der Glotze ziemlich anstrengend, weil man ständig am Gucken ist, ob er noch oder schon wieder funktioniert und ständig zwischen manuell und maschinell wechselt. Abends geht man dann mit leichter Matschbirne und bisher noch — leicht schmerzenden Augen nach Hause.

Eine betroffene Kollegin aus der Hamburg-Mannheimer-Versicherung

Fachgruppe Versicherungen:

Es tut sich was

Am 8.11. fand für die Hamburger Fachgruppe Versicherungen in der HBV die halbjährliche Mitgliederversammlung mit dem Schwerpunkt Rationalisierung in Versicherungsbetrieben statt. Anlaß hierzu sind die vielfältigen Bestrebungen im Versicherungsbereich, durch die Einführung von Bildschirmgeräten am Arbeitsplatz mehr aus weniger Kollegen rauszuholen (siehe hierzu Artikel zur Iduna). Diese Mitgliederversammlung fand großen Anklang bei den Kollegen, so daß der vom Fachgruppenvorstand gewählte Raum nicht ausreichte und leider einige Kollegen wieder nach Hause zogen. Insgesamt waren so 160 Kollegen anwesend. Offensichtlich wurde die Bedeutung, die diese Frage für die Kollegen hat, vollkommen unterschätzt.

Rationalisierung kostet Arbeitsplätze

Von einem Kollegen der Allianz wurde berichtet, daß durch die Einführung der Datenverarbeitung in den Bereichen Inkasso, Textverarbeitung und aktenloser Bearbeitung auch durch Einführung der Bildschirmgeräte von den Geschäftsstellen ca. 1500 Arbeitsplätze „freigesetzt" wurden. Bei der Iduna sind bisher in den Geschäftsstellen, nicht in der Hauptverwaltung, ca. 200 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden.

Diese Bereiche gaben beispielhaft an, welche Vorreiterrolle diese großen Versicherungen spielen und was auf die anderen noch zukommt.

Die gewerkschaftlichen Forderungen beziehen sich bisher im wesentlichen auf die gesundheitsschädlichen Auswirkungen dieser Bildschirmarbeit.

- *4 Stunden maximale Bildschirmarbeit*
- *kostenlose augenärztliche Untersuchung*
- *optimale Ausgestaltung der Arbeitsplätze*

Als Aktionsformen wurden auf der Mitgliederversammlung vorgeschlagen:

- *Unterschriftensammlungen auf Betriebsversammlungen*
- *Autokorso der Versicherungsangestellten, um die Öffentlichkeit auf diese Probleme aufmerksam zu machen.*

Sind Gewerkschaften grundsätzlich gegen Rationalisierungen?

Diese Forderungen und vorgeschlagenen Aktionsformen sollen jetzt in den Betriebsgruppen diskutiert werden. Sie sind sicherlich ein Ansatz, um mit den Kollegen über die Gefährlichkeit, aber auch über die Ziele der Kapitalisten zu diskutieren. Sicherlich werden die Kollegen diesen Forderungen noch so manch neue Forderung hinzufügen können und müssen.

Diese Möglichkeit ist dennoch wichtig, wenn z.B. wie bei der Iduna dem Betriebsrat mit zweifelhaften juristischen Angaben verboten werden soll, eine Begehung der betroffenen Arbeitsplätze vorzunehmen.

Auf der anderen Seite kamen auf der Mitgliederversammlung berechtigte Zweifel auf, ob die aufgestellten Forderungen überhaupt den Kern der Rationalisierung treffen, nämlich die Verhinderung von Entlassungen. Einen interessanten Aspekt brachte hier ein Kollege des gewerkschaftseigenen Betriebs Volksfürsorge ein. Er forderte die DGB-Führung auf, obwohl es schon zu spät sei, sich endlich mal grundsätzlich gegen die Rationalisierung in diesem Wirtschaftssystem auszusprechen.

Gleichzeitig griff er ihre Glaubwürdigkeit an, da in den gewerkschaftseigenen Betrieben wie der Volksfürsorge entgegen verbal formulierten Zielen der Gewerkschaft rationalisiert werde wie in normalen kapitalistischen Betrieben. Die Entgegnung, daß er dieses Problem 5 Jahre zu spät benenne und die Volksfürsorge im kapitalistischen Konkurrenzkampf bestehen müsse, zeigte, daß für die Gewerkschaftsführung der Zug bereits in Richtung auf Entlassungen der Kollegen abgefahren ist. Bezeichnenderweise wurde die Diskussion hier schnell abgebrochen. Das letzte Wort in dieser Sache dürfte allerdings noch keineswegs gefallen sein.

Versicherungszelle und HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW

GEW im Schlepptau der SPD

Noch im Mai dieses Jahres verteidigte E. Frister im Verbandsorgan der GEW den Radikalenerlaß mit Vehemenz. Zwar räumte er ein, daß es *„örtlich Übereifer und Mißgriffe"* gebe, insgesamt rechtfertigte er jedoch — für sog. „K-Gruppen"-Mitglieder sowieso, aber auch für DKPler — Berufsverbote (die natürlich nicht so genannt werden), und geriet geradezu ins Schwärmen über die phantastische Rechtsstaatlichkeit in der BRD: **„Es gibt nur wenige Länder, die denjenigen, die nicht in den Staatsdienst aufgenommen werden, darüber einen schriftlich begründeten Bescheid erteilen, der der Nachprüfung durch Gerichte in drei Instanzen unterliegt"** (E&W 5/78, S. 18).

Im Oktober, kaum ein halbes Jahr später, heißt es in einem Beschluß des Hauptausschusses der GEW mit gewichtigem Unterton, daß davor gewarnt werde, *„die durch die Diskussion der letzten Monate geweckten Hoffnungen auf eine Rückkehr zu den Grundsätzen der toleranten Demokratie und der überzeugenden Rechtsstaatlichkeit zu enttäuschen"* (E&W 11/78,S.14).
E&W 116/8, S. 14).

Hört, Hört; dann war das mit der Rechtsstaatlichkeit doch nicht so weit her? Jetzt, wo die SPD selbst, bis in die höchsten Gremien hinein, „Kritik" an der bisherigen (unpopulären und uneffektiven!) Praxis des Radikalenerlasses übt, dürfen natürlich auch die Gewerkschaften nicht fehlen, wenn auch dem Hamburger DGB-Vorsitzenden Hans Saalfeld der Umschwung recht schwer fällt, denn er hat sich in der Abstimmung über das Klose-Papier im Fraktionsvorstand der Stimme enthalten („FR", v. 7.10.).

An dem Beschluß des Hauptausschusses der GEW ist aber noch ein weiterer Punkt bemerkenswert. Es heißt dort nämlich:
„Wer im öffentlichen Dienst ist und sein Amt durch Propaganda oder Handlungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht oder wer sich in strafbarer Weise gegen diese freiheitlich-demokratische Grundordnung betätigt, ist zu entlassen." (S. 14) Oder Frister-Originalton: „Verstößt er aber durch Wort (!) und Schrift (!) oder mit Taten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, so hat er das Recht, ein öffentliches Amt innezuhaben, verloren." (E & W 11/78, S.2) Das entspricht genau der Absicht der SPD, unter dem Stichwort der Liberalisierung eine sehr viel effektivere, aber möglichst nicht so angreifbare Bespitzelung an den Dienststellen selbst, u.a. durch Maßnahmen wie Verlängerung der Probezeit und evtl. Verschärfung des Dienstrechts durchzusetzen.

In Hamburg haben die GEW, die IG Druck und Papier, die HBV, der Landesjugendring, der ASTA der Universität und die Landesschülerkammer eine gemeinsame Unterschriftensammlung unter dem Tenor: „Für die Korrektur der Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst" begonnen. Der DGB und die übrigen Gewerkschaften verweigerten eine Teilnahme. So sehr gewerkschaftliche Aktivitäten gegen die Berufsverbote zu begrüßen sind, so wenig nützt es jedoch, wie es die aufrufenden Organisationen tun, wenn den Klosevorschlägen vorbehaltlos zugestimmt wird. Denn kaum wird es mit den Interessen z.B. der GEW-Mitglieder vereinbar sein, wenn mit der „Neuregelung" gleichzeitig eine verstärkte Überprüfung der konkreten Aktivitäten der Lehrer an den Schulen verbunden sein soll. Wie will denn die GEW später glaubwürdig gegen die kommende Schnüffelpraxis angehen, wenn sie jetzt in Kloses Fahrwasser schwimmt?

Ein wenig kritischer geht da schon eine Initiative von GEW-Mitgliedern heran, die Unterschriften für eine Anzeige sammeln. Dort heißt es u.a.: *„Die Abschaffung des Radikalenerlasses, wie sie z.Zt. in der SPD diskutiert wird, darf nicht durch die Hintertür einer verschärften Anwendung des Beamtengesetzes umgangen werden."* Neben der offensichtlichen Fehlmeldung, daß innerhalb der SPD die Abschaffung des Radikalenerlasses diskutiert wird, geht aber selbst die folgende Kritik im gesamten Text unter. Für die Unterzeichner bleibt auch in diesem Fall kaum mehr, als daß sie sich dem „allgemeinen" Trend der SPD-Debatte anschließen. So gut wie solche Initiativen im einzelnen auch gemeint sind, und auch wenn sie die vollständige Abschaffung der Berufsverbote fordern, muß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß damit Kloses Kurs unterstützt wird, wenn nicht der Mut aufgebracht wird, diesem eine eindeutige Absage zu erteilen. Aber eben hieran mangelt es. Übrig bleibt dann nur der Versuch, die eine oder andere Schönheitskorrektur anzubringen.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Verhandlungen GEW Westberlin — GEW Bund vor dem Abschluß

Am 9.11.trafen sich erneut die Verhandlungskommissionen der GEW Westberlin und der GEW Bund, um die mögliche Wiederaufnahme der GEW Westberlin zu konkretisieren. Auf der Landesvertreterversammlung (LVV) am 25.10. war die Delegation der GEW Westberlin verpflichtet worden, sich in den Verhandlungen dafür einzusetzen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse (UVB) auf Westberliner Mitglieder keine Anwendung finden. Die GEW Bund-Vertreter erklärten von Anfang an, daß ein Eingriff in die Bundessatzung nicht zur Verhandlung stehe, d. h. jede Einschränkung der UVB's komme nicht infrage. Abgelehnt wurde jeweils „aus satzungsrechtlichen Gründen" ein Vetorecht für den Westberliner Verband, eine politische Verzichtserklärung der GEW Bund und die Möglichkeit einer eigenständigen Mitgliedschaft im Westberliner Verband (die auch nach Ausschluß aus der GEW Bund gültig sein würde).

Schon bei den Verhandlungen am 23.9. war eine Entschließung für den GEW-Bundesvorstand vereinbart worden, wonach der *„Hauptvorstand bei seiner Entscheidungsfindung* (über Ausschlüsse nach den UVB's; Anm. AK) *Stellungnahmen des zuständigen Landesvorstandes...berücksichtigt"*. In der am 9.11. ausgehandelten Erklärung soll dies in eine Verpflichtung umgeschrieben werden, die gegebenenfalls bei Nichteinhaltung einklagbar ist. Das heißt aber weiterhin n i c h t, daß sich der Hauptvorstand bei seiner Entscheidung an das Votum des Westberliner Landesvorstandes halten muß.

Eine aufschlußreiche Umformulierung hat es im Teil „Aufnahmebedingungen" gegeben. Hieß es in der bisherigen Satzung der GEW Westberlin, die Aufnahme *„setzt eine freiheitlich-demokratische Haltung im Sinne des Grundgesetzes voraus"*, soll dies nun durch die entsprechende Passage aus der Bundessatzung ersetzt werden, die folgenden Wortlaut hat: *„Das B e k e n n t n i s zur freiheitlich-demokratischen G r u n d o r d n u n g (gem. Art. 18 GG) ist hierbei (* bei der Aufnahme Anm. AK.) *unerläßliche Voraussetzung"* (Hervorhebung durch den Verf.). Art. 18 des Grundgesetzes regelt im übrigen die Verwirkung von Grundrechten.

Weiterhin wurde vereinbart, schon jetzt mit der Ausarbeitung eines Vertrages zu beginnen, mit dem die Übergangsmodalitäten geregelt werden: wie sich die Gremien des neuen dem Vermögen geschieht usw. Am 23.11. soll die nächste Verhandlungsrunde laufen, drei Tage nach der Sitzung des Hauptvorstandes, auf der die Entscheidung fallen soll, ob der HV das Verhandlungsergebnis akzeptiert. Dieser Verhandlungstermin liegt jedoch noch v o r der nächsten LVV der GEW Westberlin, die über das weitere Vorgehen zu entscheiden hätte.

Es macht sich eine verdächtige Eile bemerkbar. Wenn bis zum 23.11. schon alle wesentlichen Vertragspunkte zum Übertritt ausgearbeitet werden, ist zu vermuten, daß die LVV nur noch den Segen geben soll. Auf diese Weise werden Tatsachen geschaffen, die im nachherein nur schwer rückgängig zu machen sind.



Rätesystem bei Radio Bremen?

Der Gesetzentwurf

Die Vorgeschichte des Novellierungsentwurfs beginnt schon 1971. Schon damals hatte eine Gruppe von SPD-Linken ein Papier zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes erarbeitet, was sich in Aktivitäten eines ständigen Ausschusses der SPD-Fraktion für Kunst und Wissenschaft niederschlug. Als allerdings die RFFU (Rundfunk-Fernseh-Film-Union im DGB) 1976 ihren Musterentwurf für die Verfassung von Rundfunkanstalten vorlegte, wurde dieser zur Grundlage der Ausschußarbeiten gemacht und nicht das ursprüngliche Papier der SPD-Linken. Kurz vor der Sommerpause im Juli 78 übernahm die SPD-Fraktion den auf der Basis des RFFU-Musters entstandenen Gesetzentwurf.

Er sieht gegenüber dem jetzt gültigen Gesetz vier wichtige Änderungen vor: In der Zusammensetzung des Verwaltungsrats, in der Position des Intendanten, in dem Status der Redakteure und in der Besetzung des Rundfunkrates.

1. Der **Verwaltungsrat** soll wie bisher aus neun Mitgliedern bestehen. Er hat die Aufgabe, die Dienstverträge mit der Rundfunkleitung abzuschließen, Haushaltsvoranschlag und Jahresabschluß zu prüfen und alle Anstellungsverträge oder Entlassungen zu billigen. Nach dem gültigen Gesetz werden fünf seiner Mitglieder vom ständisch gegliederten Rundfunkrat gewählt („gesellschaftlich relevante" Gruppen wie Parlamentsparteien, Kirchen, Kapitalistenverbände, DGB, Uni usw.). Dazu kommen der Präsident der Bürgerschaft und der Präsident des Landgerichts. Als "Arbeitnehmer"vertreter sitzen im Verwaltungsrat der Personalratsvorsitzende und ein vom Betrieb gewählter Beschäftigter. Nach dem neuen Gesetzentwurf sollen dem Verwaltungsrat vier Beschäftigte angehören, nur noch vier Vertreter des Rundfunkrates und der Präsident der Bürgerschaft als Vorsitzender.

2. Der **Intendant** von Radio Bremen soll nicht mehr alleiniger Rundfunkherrscher sein. Stattdessen ist ein fünfköpfiges Direktorium vorgesehen, in dem sich der Intendant seine Macht mit den Programmdirektoren von Rundfunk und Fernsehen, dem Verwaltungs- und dem Betriebsdirektor teilen müßte. Die Mitglieder des Direktoriums werden lt. Gesetzentwurf auf fünf Jahre gewählt (5 Jahresklausel).

3. Der **Redakteursausschuß**, den es bisher nur inoffiziell gab, soll gesetzlich verankert werden als "Berufsgruppenvertretung der Programm-Mitarbeiter" und neben dem Personalrat existieren. Bei Konflikten in Programmfragen soll der Redakteursausschuß den Rundfunkrat anrufen können.

4. Der **Rundfunkrat**, der auch in dem SPD Entwurf Ausdruck dafür ist, daß der Rundfunk angeblich von der gesamten Bevölkerung getragen und mitbestimmt wird, soll in seiner Zusammensetzung etwas verändert werden (z.B. soll möglicherweise das Institut für niederdeutsche Sprache als gesellschaftlich "relevante" Gruppe Mitglied des Rundfunkrates werden).

Insgesamt läuft der Entwurf darauf hinaus, stärker die "gesellschaftlich relevanten" Gruppen – wie DGB, aber auch RFFU in den Verwaltungsrat zu bringen, die der SPD nahestehen, während die CDU ihrerseits lieber den Einfluß von Reaktionären auf dem Mediensektor gestärkt sähe. Andererseits beinhaltet das Modell eine Art Mitbestimmung – ähnlich wie in den Großbetrieben. Das besagt für die Gestaltung der Programme im einzelnen noch gar nicht viel, soweit man nicht in einem SPD-beherrschten Rundfunk d i e entscheidende Errungenschaft der Liberalisierung der Medien sieht.

Die Rechten machen mobil

Für die CDU/CSU war der Bremer Gesetzentwurf ein gefundenes Fressen. Denn das kurz vorher bekannt gewordene CDU-Strategiepapier zur Machtergreifung der Rundfunkhäuser hatte die von ihr sorgfältig gepflegte Pose des besorgten und ehrlichen Biedermannes zerstört, mit der sie laufend angebliche "Linkslastigkeiten" von Rundfunk und Fernsehen aufdeckte. Nach Veröffentlichung der Bremer Entwurfs sah der medienpolitische Sprecher der CDU, Schwarz-Schilling, die Hetze von der "kommunistischen Unterwanderung" voll auf bestätigt: *"Es ist... interessant, daß ein von der CDU nicht authorisiertes Papier zur Medienpolitik so Furore machen kann, während gleichzeitig die Situation von Radio Bremen mit dem SPD-fraktionsoffiziellen Rundfunkgesetz kaum in die Schlagzeilen gelangt."*

Im Kern zielt die CDU-Attacke auf Rechtfertigung ihrer offen vorgetragenen Forderung zur Einführung von Privatrundfunk und -fernsehen: Der Entwurf plane einen SPD- bzw. Gewerkschafts"rot"funk im Gewande des öffentlich-rechtlichen Systems, der von außen nicht mehr kontrolliert werden könne. *"Sollte die SPD-Bremen der Versuchung zur Ursupation (=Erschleichung) der Macht nicht widerstehen können"* – so Schwarz-Schilling – *"wird die Union vor einer verfassungsrechtlichen Überprüfung dieses Gesetzes nicht zurückschrecken"* (TV-Courier, Nr. 22, 18.9.78). Der Entwurf sei nämlich der Höhepunkt *"eines Prozesses der sukzessiven (=allmählichen) Abkehr vom ursprüglichen Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks" (Bremer Nachrichten, 14.9.).*

Schützenhilfe vom Bremer Fernsehchef Paczensky

Die Arbeit, worin denn das "Verfassungsfeindliche" und "Systemsprengende" im SPD-Gesetzentwurf liege, wurde der CDU ausgerechnet von dem Bremer Chefredakteur des Fernsehens, Gerd von Paczensky, abgenommen, der vor Jahren selber als damaliger "Panorama"-Redakteur Opfer einer reaktionären Verleumdungskampagne der CDU geworden war.

Er veröffentlichte als *"kritischer Staatsbürger"* in der Wochenzeitung "Die Zeit" am 20.9. einen üblen Hetzartikel unter der Überschrift: "Sturm der Linken auf Radio Bremen".

In seinem Artikel macht er *"vehement Front"* gegen jede Mitbestimmung im Rundfunk- und Fernsehbereich. Der Gesetzentwurf ziele darauf ab, *" die bisher journalistisch Verantwortlichen zu entmachten, die demokratische Kontrolle des Senders, die bisher von Rundfunk- und Verwaltungsrat ausgeübt wird, zu unterlaufen und den dominierenden Programmeinfluß des linken SPD-Flügels zu verankern".*

Als wichtigster Beleg dafür gilt ihm die stärkere Beteiligung der Beschäftigten im Verwaltungsrat und die gesetzliche Absicherung des Redakteursausschuß. Daraus konstruiert er das bürgerliche Schreckgespenst einer allmächtigen Gewerkschaftsmafia, die alles durchsetzen kann, was sie will. Die berufliche Qualifikation – Anzahl der Dienstjahre – Erfahrungen bei anderen Sendern – werde überhaupt keine Bedeutung mehr haben. Radio Bremen werde ein Sender, in dem *"Fehlverhalten, Inkompetenz, Verstöße gegen die Regeln des seriösen Journalismus ... risikofrei (würden)... Unter dem Motto der Mitbestimmung könnte ein Mitglied der Anstalt praktisch machen, was er will - von lästigen Anforderungen oder gar Mahnungen unbehelligt".*

Sein besonderer Haß gilt dem Redakteursausschuß – vermutlich auch deswegen, weil der sich häufiger gegen Paczensky's allgemein bekannten autoritären Führungsstil gewehrt hatte: Er spricht ihm nahezu jede Qualifikation ab. Solchen Leuten ein Mitspracherecht einzuräumen, *"entspräche dem Wunsch von Studenten, an Stelle der Professoren die Universität zu regieren".* Die Tatsache, daß im Gesetzentwurf den Rundfunkbeschäftigten noch nicht einmal die volle Parität im Verwaltungsrat zusteht, wischt Paczensky vom Tisch: *"Der Entwurf handhabt Mitbestimmung, als gäbe es in den Rundfunkanstalten einen Gegensatz von Kapital, vertreten durch die Leitung der Sender, und Arbeit, vertreten durch die 'Basis' der Redaktionen".* Weil der Gesetzentwurf von diesem Gegensatz ausgehe, könnten *"die zu Kontrollierenden... sich dann selbst kontrollieren".*

Damit liefert Paczensky selbst wunderbar den Beweis, daß durch den Verwaltungsrat so oder so, die Journalisten entsprechend politisch gegängelt werden sollen, wodurch noch einmal eindrücklich belegt wird, daß es nicht bei Radio Bremen um eine Auseinandersetzung geht, ob die CDU oder die SPD mehr Einfluß auf Programm gewinnen soll.

Paczensky – Kronzeuge der CDU für ihre Eroberungspläne

Der Artikel lieferte den willkommenen Aufhänger für eine breit angelegte Kampagne in der der CDU/CSU nahestehenden Presse: "Roter Sturm auf die Funkhäuser" (bayernkurier), "Medien-Volksfront" (Rheinischer Merkur), "Gegen linke Pläne ein Schlag von links" (Kölner Stadtanzeiger), "Die Linke bekommt in Bremen einen Privatsender" und "Hilferuf aus Brmen" (FAZ) usw. usf.

Paczensky wurde zum Kronzeugen aufgebaut: Wenn der "linke" Bremer Chefredakteur schon gegen die "Demontage der demokratischen Kontrolle" des Senders Sturm läuft, dann ist die Situation in Bremen noch viel schlimmer, die Berechtigung der CDU-Angriffe auf NDR, WDR oder Hess. Rundfunk noch viel größer, als je angenommen wurde.

Als erste Konsequenz dieses "ungehemmten Machtstrebens" der SPD, in Bremen und anderswo "ihr Gewicht über ihren jetzt schon bestehenden großen Einfluß hinaus (zu) verstärken", beschlossen die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden aus Bundestag und Länderparlamenten den Rausschmiß Radio Bremens aus der ARD und die Streichung des ARD-Finanzausgleichs, was dem finanziellen Ruin Radio Bremens gleichkäme, falls das Gesetz verabschiedet würde (Weser-Kurier, 4.11.).

Die SPD kuscht

Gleich nach dem ersten Sturm der CDU-Empörung wurde die Bremer SPD aus den eigenen Reihen angegriffen: Gerade, wo die CDU dank Stoltenberg und ihrem Medienpapier zum WDR in die Defensive geraten sei, müsse sie Radio Bremen ins Gerede bringen. In "Panorama" wurde beklagt, der eigenen Partei sei in den Rücken gefallen worden und die *"Chance, ein Modell für einen wirklich parteiunabhängigen Rundfunk zu entwerfen"*, sei verspielt, der Ruf der SPD geschädigt (Spiegel, 39/78). Daraufhin gab die Bremer SPD die Parole aus, daß das Rundfunkgesetz alleine mit ihrer Mehrheit in der Bürgerschaft nicht verabschiedet werden sollte. Mindestens die FDP müsse mitmachen. Die Liberalen aber äußerten schon frühzeitig deutlich, daß für sie ein stärkerer Einfluß der Beschäftigten im Verwaltungsrat von vornherein nicht in Frage komme (Bremer Bürgerzeitung Sept.78).

Die erste Lesung des Gesetzentwurfes in der Bürgerschaft am 18.10. präsentierte eine SPD, die von vornherein äußerte, daß *"das Gesetz noch an der einen oder anderen Stelle verbessert werden könne"*(Weser Kurier, 19.10.). Gegenüber der CDU-Kritik (daß die Beschäftigten einen Einfluß bei Einstellungen und Entlassungen bekämen und darüber auch in Programmfragen etwas zu sagen hätten), äußerte Bürgermeister Koschnik, darüber solle *"weiter diskutiert werden"*. Ebenso wenig wurde der Behauptung der FDP entgegengetreten, es könne ihr doch *"niemand weismachen, daß in den Funkhäusern gegenwärtig so viel Unterdrückung herrsche, daß alle Journalisten tief gebeugt durch die Gänge wandeln müßten" (Weser-Kurier,19.10.).*

Im Gegenteil: die SPD stimmte der Forderung nach "Ausgewogenheit" des Rundfunkprogramms vorbehaltlos zu, wobei sie lediglich eine *"Ausgewogenheit innerhalb jeder einzelnen Sendung" für unnötig hielt.*

Dagegen stehen die Ergebnisse der Umfrage des Psychologen Hans E. Richter unter Journalisten des NDR und Bayrischen Rundfunks. Sie belegen eindeutig, daß in den Rundfunk- und Fernsehanstalten der politische Druck von rechts erheblich zugenommen hat und das Meinungsspektrum des Gesamtprogramms "enger" geworden ist (s.AK 134). Alleine diese Umfrage zeigt, daß eine Veränderung in Richtung innerbetrieblicher Demokratie dringend erforderlich wäre. Bezeichnend ist, daß die CDU selbst die Vorschläge einer minimalen Mitbestimmung der Beschäftigten im SPD-Entwurf als "systemverändernd" angreift. Ebenso bezeichnend ist es, daß die SPD die Forderung nach "Ausgewogenheit" nicht in Frage stellt. Denn diese "Ausgewogenheit" heißt in diesem Staat immer Berichterstattung im Sinne der Kapitalisten, wie auch bei Radio Bremen die Auseinandersetzungen über die Brokdorfberichterstattung oder die Schulfunksendungen zum § 218 zeigten.

Eine Genossin und ein Genosse aus Bremen

Weltweite Medienpolitik, ein Monopol der Imperialisten

Im Moment tagt in Paris die 20. Generalkonferenz der UNESCO. Ein zentraler Punkt dieser Konferenz ist die Beschlußfassung über den Aufbau einer selbständigen Presse- und Nachrichtenagentur der Länder der Dritten Welt. Dieses Anliegen versuchen die imperialistischen Staaten zu verhindern, die ihr bisheriges Informationsmonopol gefährdet sehen.

„So beherrschen die Amerikaner heute das Fernsehen weltweit. US-Serien flimmern in 80 Ländern über die Bildschirme. Costa Rica bestreitet sein TV-Programm zu 80 bis 90 Prozent, Sambia zu 65 Prozent aus fremden — überwiegend amerikanischen — Beiträgen."

72 Prozent des täglichen Nachrichtenangebots kommen von den großen Vier: „Associated Press (AP) und United Press International (UPI) aus den USA, Reuters aus Großbritannien und der französischen Agence France-Press (AFP)."

„Die vier ‚Weltagenturen' verfügen über ein Netz von Büros auf der ganzen Erde und überlegene technische Einrichtungen. Fast alle nationalen Informationsdienste sind darum Abnehmer und Kunden der Großen" (alle Zitate aus „Spiegel" 45/78).

Mit Hilfe dieses Informationsmonopols unterdrücken und verfälschen die Imperialisten ihnen nicht genehme Wahrheiten aus den Ländern der Dritten Welt und überschwemmen eben diese Länder mit ihren imperialistischen Ideologien. So werden besonders Nachrichten vom bewaffneten Befreiungskampf, vom Kampf um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit in den Ländern der Dritten Welt unterdrückt und verfälscht. Natürlich wird selbst die Wortwahl der Nachrichten so gesetzt, daß negative Gefühle beim Leser entstehen.

„Weshalb, so der chilenische Medienexperte Juan Somaria, hieß es in den Agenturmeldungen immer der ‚marxistische' Präsident Allende, nie aber der ‚kapitalistische' Präsident Nixon? Der nigerianische Publizist Peter Enaharo notierte zum Beispiel, daß Schwarze durch Weiße ‚ums Leben gekommen sind', Schwarze aber Weiße ‚niedermetzeln' " („Spiegel", 45/78). Gegen diese imperialistischen Machenschaften versuchen die Länder der Dritten Welt seit Jahren ein eigenes Nachrichten- und Presseagenturwesen aufzubauen.

„Auf der 4. Gipfelkonferenz der blockfreien Länder im September 1973 in Algier beschlossen zehn Länder die Zusammenarbeit ihrer Nachrichtenagenturen. Das Gipfeltreffen beschloß die Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans auf dem Gebiet des Nachrichtenverkehrs. Im Januar 1976 gründeten 26 Länder der Dritten Welt einen Nachrichtenpool und schlossen ein Kooperationsabkommen über das Sammeln, Verbreiten und den kostenlosen Austausch von Nachrichten. Auf dieser Grundlage fand im Juli 1976 eine Ministerkonferenz der blockfreien Staaten in Neu Delhi statt, auf der 58 Länder den Aufbau eines Nachrichtenpools beschlossen" („KVZ" vom 20.3.78).

Auf der jetzt in Paris tagenden 20. Generalkonferenz wollen die Länder der Dritten Welt eine vor zwei Jahren entworfene Mediendeklaration über die „Rolle der Informationsorgane im internationalen Leben" („Spiegel" 45/78) durchsetzen.

Durch diese Deklaration soll nach Aussagen des Unesco-Generaldirektors M'Bow (Senegal) *„der Einsatz der Informationsmittel gegen die Propaganda zugunsten des Krieges, des Rassismus und des Hasses zwischen den Völkern ermutigt"* werden. *„Der Kampf für die Verstärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, gegen die Kriegs-, Rassismus- und Apartheidspropaganda bedeutet, die Freiheit der Information stärken und diejenigen bekämpfen, die sich ihrer heute bedienen, um ein Klima zu schaffen, in dem sie morgen erstickt"* (beide Zitate aus „SZ" vom 27.10.). Nach dieser Mediendeklaration sollen *„alle Sta ten ... für die Tätigkeit der Massenmedien ihrer Länder verantwortlich gemacht werden, Regierungen und Institutionen sollen ein Gegendarstellungsrecht erhalten"* („Spiegel", 45/78).

Die westlichen imperialistischen Staaten halten diese Mediendeklaration für unannehmbar. So sagte Genscher, der eigens wegen dieser Deklaration nach Paris fuhr, auf der Konferenz: *„Die Bundesrepublik ... würde jeden Entwurf ablehnen, der die Forderung nach staatlicher Kontrolle der Medien enthält oder eine Verantwortung des Staates postuliert. Gegen den Mißbrauch der Pressefreiheit soll nach Worten des Ministers nicht der Staat als Wächter gerufen werden; gegen verfälschte Information gebe es nur ein Mittel, nämlich die Pluralität der Medien"* („Neue Züricher Zeitung", 1.11.78).

Unter dem Deckmantel der Pressefreiheit soll es selbst Regierungen von Ländern der 3. Welt vorenthalten bleiben, sich gegen falsche Darstellungen der imperialistischen Medienmacher wehren zu dürfen, während in der BRD die staatliche Kontrolle, ja selbst Nachrichtensperre wie im Fall Schleyer selbstverständlich sind.

Medienkommission

Pressegleichschaltung im Fall

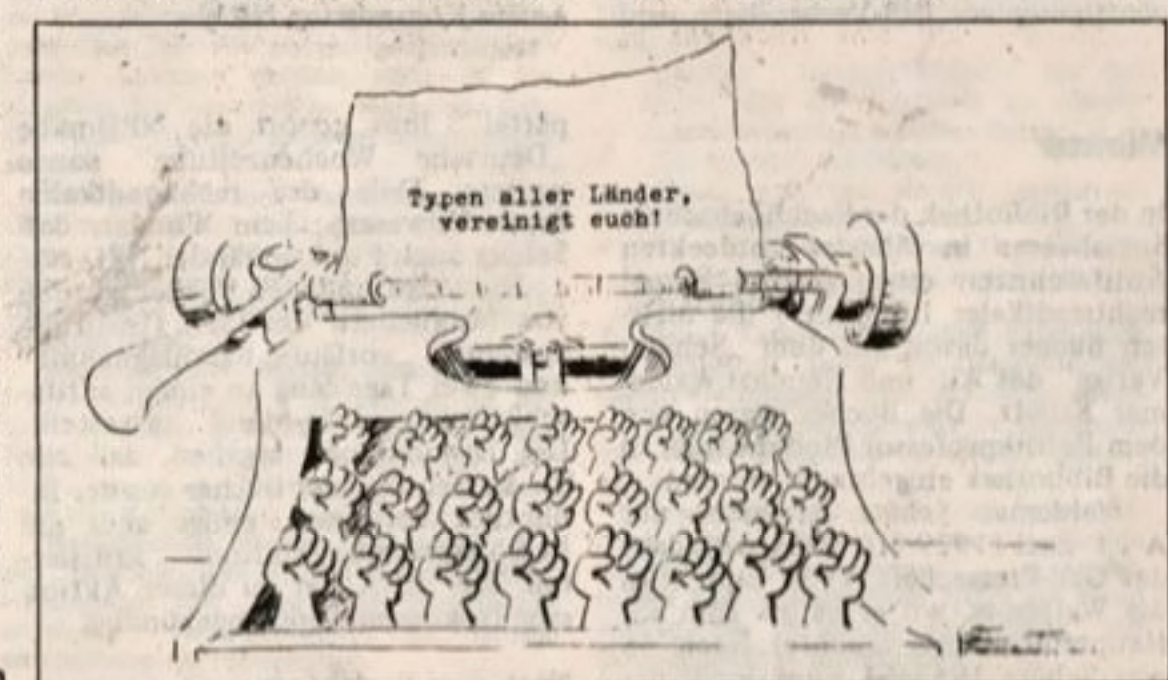
Pressegleichschaltung im Fall Schleyer soll institutionalisiert werden

Anfang November 78 hat der Chef des Bundespresseamtes, Bölling, dem Presserat die Einrichtung eines „ständigen Kontaktgremiums" zwischen der Regierung und Presse, Fund und Fernsehen vorgeschlagen. Der Hintergrund dieses „Angebots" ist die Auswertung der Zusammenarbeit zwischen den Medien und der Bundesregierung während der Schleyer-Entführung. Die damals praktizierte Form der Medienkontrolle, durch Einzelgespräche und Rundschreiben auf die einzelnen Chefredationen einzuwirken, sei — so Bölling — *„ihm und vielen seiner Gesprächspartner als zu zufällig vorgekommen. Daraufhin habe man überlegt, wie dieses Verfahren verbessert werden könnte"* („FR", 4.11.).

Die"Zusammenarbeit" während der Schleyer-Entführung sah folgendermaßen aus: Am 6.9.77 beschloß der „Krisenstab" eine Nachrichtensperre In einem Brief an alle Chefredaktionen „bat" Bölling: *„Wenn Ihnen Nachrichten auf den Redaktionstisch kommen, ... möchte ich Sie bitten, sich mit dem Pressereferat ... in Verbindung zu setzen".* Diese Nachrichtensperre hinderte die „Sicherheitsbehörden" natürlich nicht, eine g e z i e l t e Belieferung der Presse durchzuführen. So gibt es z.B. von der Aktion der GSG 9 in Mogadischu keinerlei Fotos, die veröffentlicht wurden, während gleichzeitig detaillierte Fotos aus den Stammheimer Zellen zur Verfügung gestellt wurden.

Diese Pressegleichschaltung ermöglichte damals die Vertuschung von Ungereimtheiten in der Darstellung der Bundesregierung über die Schleyer-Entführung im weitesten Sinne. Darüberhinaus ermöglichte sie die reibungslose Durchsetzung der Blitzgesetzgebung beim Kontaktsperre-Gesetz. Das jetzige „Angebot" der Bundesregierung an die Medien ist eine konsequente Fortsetzung gleichgeschalteter Presse-Politik.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg





Hildesheim

Am 26. 10. wurden die Hildesheimer Antifaschisten durch die örtliche Presse über das Verbot einer NPD-„Kundgebung" informiert. Verfügt hatte das Verbot die Hildesheimer Stadtverwaltung mit der erfreulichen, wenn auch seltenen Begründung, daß die NPD-Propaganda am 11.3. 78 (siehe AK 125) in Hildesheim den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt habe.

Das Verbot der Hildesheimer Stadtverwaltung verfehlte nicht seine Wirkung: Viele Antifaschisten ließen sich täuschen. Denn die NPD legte beim Verwaltungsgericht Widerspruch ein und bekam am 3.11. vorläufig „recht", so daß sie unter dem Schutz von 300 Bullen ihre „Kundgebung" durchführen konnte.

Als einzige organisierte Kraft hatte der „Antifaschistische Arbeitskreis Hildesheim", in dem auch Genossen des KB mitarbeiten, von vornherein für eine Gegenkundgebung mobilisiert.

Bedingt durch die Verwirrung um das Verbot protestierten am 4.11. nur 300 Antifaschisten (am 11.3. waren es 700) am Kundgebungsort der NPD, und konnten aufgrund des starken Polizeiaufgebots wenig gegen die Nazi-Provokation ausrichten. Deshalb zogen dann 250 Antifaschisten in einer spontanen und kämpferischen Demonstration in die Innenstadt. Dort endete die Aktion mit einer Abschlußkundgebung.

KB Hildesheim



NPD am 26.10. in Hildesheim

Lippstadt

Am 13. und 14. 10. 78 führte der „Antifaschistische Arbeitskreis Lippstadt" zwei Veranstaltungen durch, die mit insgesamt 150 Besuchern gut besucht waren. Ca. 100 Menschen, darunter viele Schüler, waren am 13. 10. anwesend, um über den Kamf gegen den Neonazismus zu diskutieren und sich den Film „Nazis – gibt's die noch?" anzusehen.

Mit 50 Teilnehmern fand die zweite Veranstaltung am 14. 10. zu Berufsverboten, Zensur und Strafrechtsänderung etwas weniger Resonanz.

Auf den Veranstaltungen konnten mehrere Antifaschisten zur Mitarbeit im Arbeitskreis gewonnen werden, der als nächstes etwas zu den Judenpogromen am 9.11. machen wollte.

Antifa-Kommission KB Hamburg

Landau

Am 3.11. wurde durch die „Rheinpfalz" bekannt, daß die NPD für den 5.11. in Landau einen Landesparteitag mit ihrem Vorsitzenden Mußgnug plante.

Am Abend des 3.11. fand daraufhin ein Treffen statt, um über Gegenaktionen zu beraten. Es beteiligten sich Leute von der Anti-AKW-BI, Jugendzentrumsinitiative, „Werkstatt 68" Karlsruhe, GIM und KB. Es wurde ein Flugblatt beschlossen, das zu einer antifaschistischen Kundgebung am 5.11. aufrief. Am 4.11. traf man sich noch einmal - diesmal waren auch DKP und KBW dabei (Der KBW ließ es sich dann nicht nehmen, eine Beteiligung an Aktionen abzulehnen und belehrend abseits zu stehen).

Am 5.11. waren immerhin etwa 50 Antifaschisten zusammengekommen – nicht wenig, wenn man bedenkt, daß dies die erste Demonstration in Landau seit 10 Jahren war.

Nach dem Bericht eines Genossen

Eichstetten/Kaiserstuhl

Nur unter Polizeischutz konnte die NPD am 28.10. in Eichstetten/Kaiserstuhl eine Veranstaltung durchführen. 40 Antifaschisten (DKP, KABD, KB und Jusos) hatten kurzfristig einen Fackelzug organisiert und waren anschließend in das Versammlungslokal der Nazis gezogen, die dort mit 20 Leuten versammelt waren. Die Reden der Nazis gingen in Sprechchören, Liedern etc. unter. Unter dem Schutz der herbeigerufenen Polizei konnte sich die NPD dann in einen Nebenraum zurückziehen, während die Antifaschisten spontan ihre eigene Veranstaltung durchführten.

Antifa-Kommission KB Hamburg

Antifaschstische Front Westberlin gegründet

Mit einem ersten Flugblatt trat Anfang November die „Antifaschistische Front Westberlin" an die Öffentlichkeit.. In ihr haben sich organisierte und nicht-organisierte Antifaschisten zusammengetan, um auf der Basis einer sehr breit gefaßten Plattform gegen neofaschistische, rassistische und nationalsozialistische Aktivitäten und Propaganda den Widerstand zu organisieren. Eine relativ große Mehrheit in der „Antifaschistischen Front" hatte seit der Gründung versucht, ihre Einschätzung, daß die BRD bereits ein faschistisches Land sei, auch in der Plattform zu verankern. Bald standen für sie Aktivitäten zum Jahrestag der „Selbstmorde" von Stammheim und zur Lage der politischen Gefangenen im Vordergrund. Diese Auseinandersetzung ging soweit, daß sich feste Fronten bildeten, die sich mit wechselnden Mehrheiten wochenlang gegenseitig lähmten.

Vom ersten Flugblatt gab es drei Fassungen, den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen entsprechend mit Schwerpunkt auf neofaschistische Aktivitäten oder mit Schwerpunkt auf staatsapparat und politische Gefangene.

In Abwesenheit eines Großteils der Befürworter des Schwerpunktes „Politische Häftlinge" wurde schließlich eine Fassung des Flugblattes verabschiedet, die hauptsächlich Jugendliche am Thema Neonazis ansprechen sollte.

Aus Protest gegen dieses Flugblatt verließen einige Genossen die „Front". Der Rest (die Mehrheit) jedoch begann zur gleichen Zeit mit der Planung von konkreter Arbeit:

Um die „Antifaschistische Front" bekannt zu machen, wurde die Verteilung des ersten Flugblattes bei den Aktivitäten zum 40.Jahrestag der „Reichskristallnacht" organisiert.

Am 25.11. soll im Jugendzentrum „Drugstore" eine Fete der „Antifaschistischen Front" mit Musik und Redebeiträgen zu den Hamburger Antifaschisten-Prozessen und zur Gründung der „Antifaschistischen Front" veranstaltet werden.

Die „Antifaschistische Front" trifft sich jeden Samstag um 15 Uhr im Georg von Rauch-Haus, Mariannenplatz 1a.

Antifa-Kommission Westberlin

Plattform der Antifaschistischen Front Westberlin

Wir sind gegen alle Formen von neofaschistischen Aktivitäten und deren Propaganda sowie deren Verharmlosung durch die Massenmedien und dagegen, daß das vom Staat geduldet wird. Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Form von nationalistischer Hetze wie Antiausländer- und Kriegshetze. Mit allen fortschrittlichen Leuten wollen wir über ideologische und Parteischranken hinweg gemeinsame Aktionen durchführen und planen, womit wir verhindern wollen, daß neonazistische Umtriebe überhaupt erst zustande kommen. Dafür soll ständige und langfristige Aufklärung entwickelt werden.

Broder-Veranstaltung in Kamen

Am 30.10. sprach auf Einladung der örtlichen Volkshochschule (VHS) Henryk M. Broder, Journalist und Herausgeber des beachtenswerten antifaschistischen Buches „Deutschland erwacht" in Kamen. Der Veranstaltung war ein wütender Sturmlauf seitens der örtlichen CDU, des Richterbundes, der Richterstandes und des nordrhein-westfälischen Justizministeriums vorausgegangen.

Stein des Anstoßes war ein Ankündigungstext im offiziellen VHS-Programm gewesen, der dem Broder-Buch entnommen war. (Es handelte sich um ein Zitat, das auf die Begünstigung von NS-Verbrechern und Neonazis durch die westdeutsche Justiz hinweist – siehe auch AK 140).

Mit ihrer Hetzkampagne gegen Broder und die VHS sorgte die Reaktion schließlich für einen überfüllten Saal und eine gelungene Veranstaltung. Im Publikum hatte sich auch der vehementeste Vertreter der Anti-Broder-Front, der Kamener Richter und CDU-Stadtverordnete Gerhard Hülsmann, eingefunden, der, so die ‚WAZ' vom 3.11., an diesem Abend „unterging". Der Fülle von Fakten, die Broder zu seiner These der Begünstigung von Alt- und Neonazis durch die bundesdeutsche Justiz vortrug, hatte Hülsmann nichts entgegenzusetzen.

Antifa-Kommission NRW

Münster

In der Bibliothek der Fachhochschule Sozialwesen in Münster entdeckten Antifaschisten einen ganzen Stapel rechtsradikaler Literatur - die meisten Bücher davon aus dem „Schütz-Verlag" des Alt- und Neonazi Waldemar Schütz. Die Bücher waren von dem Politikprofessor Pfeifenberger in die Bibliothek eingebracht worden.

Waldemar Schütz ist nicht nur A l t -nazi (1929 HJ, 1934 Adjudant des Gau-Pressechefs, 1939 Eintritt in die Waffen-ss, wo er es bis zum SS-Hauptsturmführer brachte). Nach '45 war Schütz 1953/54 Funktionär der SS-HIAG und der „Deutschen Reichspartei"; ihm gehört die NPD-nahe „Deutsche Wochenzeitung" sowie weitere Teile des rechtsradikalen Presse-Unwesens; kein Wunder, daß Schütz auch Funktionär der NPD ist.

Die aufgefundenen Bücher wurden von Mitgliedern des IStA (Institutsausschuß) „vorläufig beschlagnahmt" und zwei Tage lang an einem antifaschistischen Info-Stand ausgestellt. Die Diskussionen ergaben, daß alle die Entfernung der Bücher aus der Bibliothek forderten, einige aber die Beschlagnahmungsaktion kritisierten. Der IStA hat zu dieser Aktion eine Dokumentation angekündigt.

Nach dem Bericht eines Genossen aus Münster

Neonazis vor Gericht

Lüneburg: „Bewährung"

Nach eineinhalbjährigen „Ermittlungen" standen sie nun endlich in Lüneburg vor Gericht: 4 Mitglieder des „Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß", (Hannover) einer „NSDAP"- Gruppe mit besten Kontakten zur Hamburger „Hansa"-Bande.

Angeklagt wegen Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda und Sachbeschädigung waren:

- Andreas Kirchmann (17), Hannover 21, Moosbergstraße 14;
- Volker Heidel (24), Celle, Lauenstraße 25;
- Oliver Schreiber (20), derzeit Berlin 33, Warnemünderstraße 16;
- Joachim Nowalt, Hannover, Wiebkestraße 23.

Das Verfahren gegen ein fünftes Bandenmitglied, Rackelmann, zur Zeit Soldat der Bundeswehr, wurde abgetrennt.

Das Belastungsmaterial gegen die Angeklagten:

- Bei Hausdurchsuchungen waren „NSDAP"-Materialien und Einzahlungsbelege für die „NSDAP/AO"-Zentrale in den USA gefunden worden.
- Bei Heidel wurden Adressenlisten gefunden, u.a. Adressen, an die „NSDAP"-Drohbriefe geschickt worden waren.
- Einige Angeklagte waren bei Klebe- und Schmieraktionen gesehen worden.
- Selbst ein Fingerabdruck war von der Polizei auf einem „NSDAP"-Plakat gefunden worden.

Vor Gericht sagten die Angeklagten nicht aus. Mehr noch: Zeugen der Anklage - sofern sie selbst aus dem JN/NPD/NSDAP-Sumpf stammten - konnten sich plötzlich an nichts mehr erinnern, widerriefen ihre in den Voruntersuchungen gemachten Aussagen, konstruierten „Einschüchterungsversuche" seitens der Vernehmungsbeamten usw.

Angesichts dieser desolaten „Beweislage" der Staatsanwaltschaft konnte die Verteidigung der Nazis eine Provokation nach der anderen abziehen:

– Jürgen Rieger, Verteidiger von Heidel und selbst langjähriger Nazi-Aktivist, wollte die Öffentlichkeit ausschließen lassen - es säßen zuviele Kommunisten im Saal! Bei Identifikationen vor Gericht wies er die Angeklagten an, sich in die Zuschauerbänke zu verteilen (diese Provokation wurde vom Gericht zurückgewiesen) und schließlich: Weder das Hakenkreuz noch der Name NSDAP seien überhaupt strafbar - es handele sich nämlich um eine neue Partei ohne personelle Identität zur alten NSDAP...

Noch während der insgesamt fünf Verhandlungstage ließen die Angeklagten keine Gelegenheit aus, ihre nazistische Gesinnung unter Beweis zu stellen: So wurde eine Zeugin als „rote ML-Ratte" bezeichnet. Diese Zeugin berichtete vor Gericht von anonymen Drohbriefen, die sie erhält. Da wurden Antifaschisten in einer Verhandlungspause von Nazis in einem Kaufhaus verfolgt; da gab es Rempeleien von Seiten der Angeklagten und ihrer Nazi-Freunde gegen Antifaschisten im Gang vor dem Verhandlungssaal. Da verteilte „Hansa"-Nazi Edgar Geiss ungestraft Flugblätter einer „Antikominternjugend" im und vorm Gericht - unterstützt u.a. von Tibor Schwarz („Hansa"-Bande).

Das Urteil: Kein einziger der 4 muß wegen der hier verhandelten Taten in den Knast. Weder Heidel, unbestrittener Kopf der Bande, noch Schreiber – der wohl gewalttätigste der vier – noch die beiden anderen. Allen wird ihr Jugend, ihre zerrütteten Familienverhältnisse und sogar ihre – durch nichts begründete – „Besserungsbereitschaft" zugute gehalten. Heidel wurde zu einem Jahr „auf Bewährung" und 3000 DM Geldbuße verurteilt. Nowalt bekam 6 Monate „auf Bewährung", Kirchmann – angeblich der am wenigsten Beteiligte – zweimal Freizeitarrest.

Allein Schreiber hat „Pech". Er hatte schon eine Bewährungsstrafe von 18 Monaten, die nun um drei Monate „aufgestockt" wurde. Er muß jetzt absitzen.

Nach Berichten aus Lüneburg und Göttingen

Verfahren gegen „Wiking - Jugnd"

Vor dem Landgericht Koblenz hat ein Prozeß gegen 6 Nazis im Alter von 17 bis 50 Jahren begonnen. Sie sind angeklagt wegen Verunglimpfung des Staates, Volksverhetzung, Verwendung von Nazi-Emblemen, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung. Alle sollen Mitglieder der „Wiking-Jugend" sein („Süddeutsche Zeitung", 3.11.).

Bei diesen 6 dürfte es sich wahrscheinlich um Mitglieder der „NS-Kampfgruppe Mainz" (unter Führung der Familie Müller) handeln, die seit Jahren zu den aktivsten Banden der Nazi-Szene zählt.

Ermittlungsverfahren gegen weitere 20 Mitglieder der „Wiking-Jugend" in Westberlin sind aufgrund eines Berichts im „Spandauer Volksblatt" vom 22.10.78 eingeleitet worden. Das Blatt hatte von paramilitärischen Übungen dieser Bande im Grunewald berichtet.

Wieder Polizeischutz für bewaffnete Nazi-Bande

Die Umtriebe der JN/NPD im Raum Unna/Kamen haben am 4.11. einen neuen Höhepunkt erreicht: Unter dem Schutz der Polizei konnte eine 40-köpfige, mit Vierkanthölzern, Messern und Gaspistolen bewaffnete Nazi-Bande in Kamen und Unna zu „Kundgebungen" aufmarschieren, Antifaschisten provozieren, bedrohen und zusammenschlagen.

Die gleiche, um das „Gut Barenbräucker" organisierte JN-Bande hatte bereits im Februar für bundesweite Schlagzeilen gesorgt, als sie in Kamen und Bönen den Abbruch bzw. die Verlegung der VHS-Literaturabende mit dem jüdischen Schriftsteller Edgar Hilsenrath provozierte.



„Ulrich Peter liegt wehrlos am Boden. Zwei Beamte bedrängen ihn."



„Verhältnismäßigkeit der Mittel: Am Boden liegend wird Peter geschlagen."



„Zusammengekrümmt versucht sich Peter den Schlägen zu entziehen. Ein Beamter schaut zu!"

(Bilder sowie Bildunterschriften aus WAZ/WR vom 6. 11. 78)



JN-Faschist Bernd Dröse bei seiner vorläufigen Festnahme in Unna

Kamen

In Kamen, wo die Nazis zuerst antraten, lief alles noch vergleichsweise glimpflich ab: Ca. 200 durch die „Gruppe Kamener Antifaschisten" mobilisierte Gegendemonstranten standen den Nazis gegenüber – dazwischen eine Kette Bullen. Unter den Antifaschisten befand sich auch der Betriebsratsvorsitzende der Zeche „Monopol", Heinz Dyduch (Dyduch: „*Wenn unsere Polizei die Neonazis nicht beschützen würde, wäre der Spuk schnell vorbei*".).

Die Nazis prügelten mehrfach über die Bullenkette hinweg mit Holzlatten auf Gegendemonstranten ein; retour kam ein satter Eierhagel der Antifaschisten, worauf die Bullen mit 3 bis 4 Festnahmen reagierten. Hervorstechendestes Ereignis in Kamen war der Amoklauf eines 12-13jährigen (!) Jungnazis, der Antifaschisten mit einem feststehenden Messer bedrohte. Der Nazi-Pimpf wurde danach zwar von den Bullen festgenommen und entwaffnet auf Fürsprache des „Gut Barenbräucker"-Chefs und NPD-Bezirksbeauftragten **Karl-Heinz Harting** aber umgehend wieder freigelassen!

Unna

Die JN/NPD hatte ihre Kundgebung für den Alten Markt angemeldet, aber nur für den wenig belebten Neumarkt genehmigt bekommen. Dort sammelten sich zunächst auch die vom JZ Unna aus mobilisierten Antifaschisten (während der Nazi-Kundgebung ca. 300-400 Gegendemonstranten). Die Nazis kamen freilich trotz nicht vorhandener Genehmigung zum Alten Markt und bauten sich dort auf. Die Lokalzeitung WAZ/WR vom 6.11. berichtete über den weiteren Verlauf der Angelegenheit: „*Die antifaschistischen Kundgebungsbesucher ziehen vom Neumarkt ins Zentrum. Polizeieinheiten stellten sich zwischen Neofaschisten und mittlerweile 300 Kundgebungsteilnehmer. Sofort wird direkter Körperkontakt gesucht, einem Kundgebungsteilnehmer wird die Pfeife aus dem Mund geschlagen.*

... Einsatzleiter und Wachleiter der Polizei Unna, Hilkenbach, verhandelt mit (dem stellvertretenden) JN-Landesvorsitzendem Dröse. Hilkenbach will die Kundgebung auflösen, weil deren Durchführung auf dem Alten Markt nicht durch den Kreis genehmigt worden ist. Während die Polizeiführung durch Hilkenbach erklärt, daß die Kundgebung auf dem Alten Markt nicht stattfinden darf, stürzen sich unter dem Ruf 'Keil bilden, Attacke!' 17 mit Vierkanthöl-



Die „graue Eminenz" der Nazi-Bande: Karl Heinz Harting, NPD-Bezirksbeauftragter und Besitzer des JN-Landeszentrums „Gut Barenbräuker"

zern bewaffnete Junge Nationaldemokraten auf protestierende Kundgebungsteilnehmer. Peter Kalvari, Leiter des Falken-Jugendrings, wird dabei am Kopf verletzt: Platzwunde. Polizeibeamte trennen die Gruppen. Ulrich Peters, stellvertretender Unterbezirksvorsitzender der Falken, SPD-Mitglied, wird von zwei Beamten zusammengeschlagen... Ein Polizist bedroht Peters Freundin, Christa Röckl, Theologiestudentin aus Schwerte, mit einem Gummiknüppel. Dessen Kommentar: 'Hau ab, du Schwein!' ...

Nach Verhandlungen zwischen JN-Dröse und Leiter Rodax wird die Durchführung auf dem Alten Markt genehmigt, obwohl der Kreis ausdrücklich den Neumarkt als Ort der Handlung festgelegt hatte. Obwohl es bereits zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen ist, hält Polizeichef Rodax es für unverhältnismäßig (wörtlich), die NPD-Kundgebung an Ort und Stelle zu verhindern. Zwei Sprecher der JN beginnen mit ihren Vorträgen. Unter anderem wird die Reichskristallnacht als legitime Antwort auf linken Terrorismus dargestellt und der Tod der BM-Mitglieder Baader, Raspe und Ensslin nicht als Selbstmorde, sondern als heldenhafte Tat eines Polizeibeamten apostrophiert".

Folgende Details blieben dem WAZ/WR-Bericht von der Nazi-Kundgebung noch anzufügen:

+ Der Falken-Genosse Peter Kalvari mußte mit seiner Kopfplatzwunde ins Krankenhaus eingeliefert werden. Bei dem Nazi-schläger, der mit einer Latte auf Kalvari eingeprügelt hatte, handelt es sich um das NPD-Mitglied **Edgar Arnstedt aus Bielefeld.**
+ Der von Bullen zusammengeschlagene Ulrich Peters erlitt einen Armbruch!
+ Während der Nazi-Kundgebung wurden ca. 15 Antifaschisten festgenommen.

Doch damit nicht genug: Nach Abschluß der Kundgebung hatte der stellvertretende JN-Landesvorsitzende **Bernd Dröse** noch einen bemerkenswerten Auftritt: Antifaschisten hatten Dröse in Nähe des Unnaer Bahnhofs im PKW des JN-Landesvorsitzenden **Heinrich Gerlach** ausgemacht. Als sie den Wagen umringten, wurden sie von Dröge mit einer Gaspistole bedroht.

Der herbeigerufenen Polizei blieb in diesem Fall zunächst nichts weiter übrig, als Dröse festzunehmen. Auch weitere JN-Mitglieder wurden daraufhin nach Waffen durchsucht. Erst später stellte sich heraus, daß den Bullen bereits in Kamen bekannt gewesen war, daß Dröse die Waffe bei sich hatte. Er war „*nach Zeugenaussagen in Kamen mit der Waffe gesehen worden. Elke Schaumann wurde von Dröse nach ihren Angaben damit bedroht. Als sie einen Polizisten darauf aufmerksam gemacht hatte, soll dieser geantwortet haben: ,Soll ich Ihnen meine Pistole auch zeigen?'* " (WAZ-Unna, 7.10.).

Juristische Bilanz des 4.11. in Kamen und Unna: 7 Anzeigen gegen Antifaschisten („Widerstand gegen die Staatsgewalt", Eierwerfen o. ä.), lediglich zwei gegen die Nazis (gegen Arnstedt und Dröse).

Ungewöhnlich für hiesige Verhältnisse ist freilich, daß die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den Bullen einleiten will, der dem Falken und SPD-Mitglied den Arm brach. Zu verdanken ist dies lediglich dem Umstand, daß die sehr rührige WAZ/WR-Lokalredaktion den Unnaer Polizei-Einsatz in ihrer Ausgebe vom 6.11. anschaulich dokumentierte.

Von seiten der politisch verantwortlichen dürfte die Nazi-Provokation ansonsten keine weiteren Konsequenzen für die JN haben: **Die im Kamener Stadtrat vertretenen Parteien (SPD,CDU,FDP) erklärten übereinstimmend, daß sie keineswegs Verbots- oder ähnliche Maßnahmen gegen die Faschisten erwägen würden.**

Antifa-Kommission NRW



Im Vordergrund: Edgar Arnstedt aus Bielefeld. Er schlug einen Antifaschisten nieder

Nazi-Umtriebe

Sechs Wochen, nachdem E. Spoo in der „Frankfurter Rundschau" auf das braune Treiben einiger Mündener Gymnasiallehrer aufmerksam gemacht hatte, starteten die Mündener Jungnazis ihre bisher größte Provokation. Am 30.10. veranstaltete der antifaschistische Arbeitskreis in Zusammenarbeit mit der örtlichen VVN-Gruppe einen Diskussionsabend mit dem Film „Nazis, gibt's die noch?". Die Frage ließ sich relativ schnell beantworten, denn in den hinteren Reihen hatten sich ca. 15-20 Jungnazis breitgemacht, die sich durch lautstarke Provokationen während des Films bemerkbar machten.

Als es in der Pause zu einer kleinen Rempelei kam, standen sie sofort in „Kampfstellung": schwarze Lederhandschuhe an und Stühle schlagbereit in den Händen, einige hatten Schlagstöcke mitgebracht. Die herbeigerufene Polizei führte die Nazis aus dem Saal, bevor es zu der anscheinend beabsichtigten Schlägerei kam. Danach wurde die Veranstaltung fortgesetzt und mit einer lebhaften Diskussion (unter den Anwesenden waren viele Antifaschisten mit „KZ-Erfahrung", über die sie berichteten) abgeschlossen.

Inzwischen liegen die ersten Ermittlungsergebnisse über die Jungnazis vor: Von den acht Faschisten,, deren Personalien von der Polizei aufgenommen wurden, kommt nur einer aus Münden:

Gerald Wagener: Er gab die Kommandos für die Stör-Einsätze. Er kommt aus der Pfadtfindergruppe „Zugvögel", die von dem (aus der FR bekanntgewordenen) Lehrer Luthardt geleitet wird. Er hat Kontakt zur bayerischen Hoffmann-Bande. Außer Wagener konnten indentifiziert werden:

Wolfgang Nefken: Teilnehmer an der Göttinger NPD-Provokation am 11.2.; Zeuge der Verteidigung im Prozeß gegen einen Faschisten, der am 15.4. in Göttingen einen Antifaschisten zusammengeschlagen hatte.

Christian Dörr: Rinteln, Sudetenweg 2; früher Schüler-Union; Teilnehmer an JN-Kundgebungen in Hameln, Bückeburg und Rinteln am 25.3., und in Göttingen am 11.2., wo er an Überfällen auf Passanten nach der Kundgebung beteiligt war.

Hans-Michael Fiedler: Chef des Göttinger „Unabhängigen Schüler Bund" (USB), Herausgeber des „Deutschen Hochschulanzeigers", NPD-„Ordner". Er leitete anscheinend die Provokation.

Von der Öffentlichkeit kaum beachtet, hat sich in Münden in den letzten zwei Jahren eine Gruppe von ca. 20 Jungnazis gebildet, die „Wehrübungen" durchführt, Provokationen startet und inzwischen bundesweite Kontakte geknüpft hat: Zur NPD/JN, zur Hoffmann-Bande (Hoffmann war inzwischen selbst auf „Inspektionsbesuch" in Münden), zur „Deutschen Bürgerinitiative" des Nazi-Banditen Roeder, zum „Unabhängigen Schülerbund" in Göttingen.

• • •

Einen Überfall mit Tränengas verübten Neonazis auf die Saarbrücker Buchhandlung „Lenchen Demuth" (Collektiv-Buchhandlung), wo gerade eine Autorenlesung zu dem Buch „Die Neonazis" von Jürgen Pomorin stattfand.

Die Nazis rissen die Tür auf, versprühten Tränengas und verbarrikadierten dann die Tür von außen. Ein Opfer des Überfalls mußte im Krankenhaus behandelt werden. Die übrigen setzten die Veranstaltung in einer Gaststätte fort („ED", 3.11.).

• • •

Während Gerichte und Behörden die offen nazistische Propaganda der verschiedenen JN-Jugendzeitungen ungestraft dulden, formieren diese sich zu einem „Kartell". Diesem Zusammenschluß gehören mittlerweile an:

+ „perplex", Jungnazi-Magazin aus Bochum, das die Initiative zu diesem Zusammenschluß ergriffen hatte;
+ „Die Wende" aus Witten;
+ „Gäck" aus Köln, ein erst kürzlich erschienenes Blatt;
+ „Der Pfeil" aus Münster, Redakteur ist u.a. das Mitglied der Kamener Harting-Bande Michael Bolle.

Zu diesem Kartell hinzustoßen dürfte noch das Nazi-Blatt „trend" aus Gelsenkirchen, dessen Herausgeber Michael Schärer schon 1976 bei Nazi-Schlägereien in Göttingen mit einer Gaspistole bewaffnet gestellt wurde.

„Von Hintermännern oder irgendwelchen Verbindungen zu rechtsradikalen Kreisen ist nichts bekannt" – so reagierte das Kultusministerium NRW auf einen Antrag, die Verteilung von „trend" auf Schulgelände zu unterbinden!...
(lt. „tat", 27.10.78; „NPS" 9/78)

Weitere Stimmen gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen



This murderer has not been found! He and thousands of other Nazi criminals, living free, many under aliases, are waiting for December 31, 1979, when, under the current law, their crimes will fall under the statute of limitations.

Simon Wiesenthal: "JUSTICE FOR CRIMES AGAINST HUMANITY MUST HAVE NO LIMITATIONS ... it is a moral obligation, a warning for future generations."

Name:

Address:

To

Chancellor

Helmut Schmidt

Bonn

Federal Republic of Germany

Postkarteninitiative von Simon Wiesenthal gegen die Verjährung von NS-Verbrechen

Wie bereits berichtet, haben sich in der BRD bisher einzelne SPD-Abgeordnete, die DKP, die VVN, der Bundesvorstand der „Vereinigung Demokratischer Juristen", die „Aktion Sühnezeichen", der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten und selbstverständlich der KB gegen eine Verjährung gewandt. Verschiedene Widerstandskämpfer, Verfolgten-Verbände und jüdische Organisationen, staatliche Stellen in Polen, Israel, der UdSSR und die niederländische (sozialdemokratische) Partei der Arbeit haben im Ausland die Nichtverjährung gefordert. (Siehe AK 138, 139, 140.)

– Inzwischen hat der Juso-Bundesvorsitzende Schröder erneut Stellung genommen. Er ging dabei auf den Vorschlag Wehners ein, die Verjährung für Mord g e n e r e l l abzuschaffen, und warf ihm vor, es sich „allzu bequem" zu machen. „*Das für Mord auch weiterhin generell angebrachte rechtsstaatliche Prinzip der Verjährung dürfe nicht für Völkermord gelten*" („Welt", 7.11.).

– Im Widerspruch zur Führung der FDP legten die Jungdemokraten einen Antrag vor, der auf dem FDP-Bundesparteitag (12. bis 14.11. in Mainz) beschlossen werden soll: „*Die FDP tritt grundsätzlich gegen die Verjährung von ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit' ein. Die FDP-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, entsprechende Gesetzesinitiativen rechtzeitig zu ergreifen.*" („Welt", 31.10.):

– Kurz vor seinem Tod veröffentlichte der Schriftsteller Jean Amery, selbst Nazi-Opfer und ehemaliger Gefangener im KZ Auschwitz, eine Stellungnahme gegen die
– Kurz vor seinem Tod veröffentlichte der Schriftsteller Jean Amery, selbst Nazi-Opfer und ehemaliger Gefangener im KZ Auschwitz, eine Stellungnahme gegen die
Verjährung: „*Nicht, daß ich mir Illusionen machte! Der Verjährungsbeschluß, der zur Rede steht, wird durchgehen; und stieße er selbst auf den Widerstand der deutschen Volksvertreter, es würden dennoch die Mordgesellen, unbehelligt und in tiefem Seelenfrieden auf ihre besonnte Vergangenheit zurückblicken. ...Wenn die Gesellschaft die Täter freispricht, fällt sie über beschädigte Leben das Urteil: Man hat Euch erniedrigt, beleidigt, geschlagen, ermordet. Recht geschah Euch, nicht anders habt Ihr's verdient. ...Das Unverjährbare kann nicht von der Tafel der Moral gelöscht werden durch parlamentarischen Beschluß. Gegen die nivellierende Zeit ist nicht anzukommen. Aber alles Humane fordert - nicht ‚Recht', das es hier nicht geben kann, noch Rache, die unausdenkbar wäre! - nur daß man die Opfer begnadigt, nicht die Henker*". („FR", 21.10.).

– In **Luxemburg** veröffentlichte die Föderation der Zwangsrekrutierten eine Resolution:

„*...In Anbetracht, daß in der ganzen Welt, und besonders in der BRD, immer noch alte Naziverbrecher - und Verbrechen entdeckt werden, ersuchen wir unsere Abgeordnetenkammer, eine entsprechende Deklaration abzugeben und unsere Regierung aufzufordern, den Europarat in seinen Bemühungen voll zu unterstützen, und sich mit allen Mitteln und bei allen kompetenten Stellen einzusetzen, damit eine Verjährung wirksam verhindert wird. Wir können es nicht zulassen, daß Nazis, die unser Land während mehr als vier Jahren geknechtet haben, die unsere Jugend ausrotten wollten, die staatlich organisierten Terror über Luxemburg brachten und sich nicht scheuten, meuchlings zu morden, daß diese Leute straffrei ausgehen sollten*". („Der Widerstandskämpfer" 11/78, Wien).

– Mit einer Demonstration vor dem Konsulat der BRD in **New York** protestierten Opfer des Nazismus gegen eine Verjährung von NS-Verbrechen in der BRD.

– Gegen die Verjährung von NS-Verbrechen hat sich der Vorstand des **„Internationalen Rombergpark-Komitees"** auf einer Tagung in Warschau in einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt gewandt. Das Komitee, benannt nach dem gleichnamigen Park in Dortmund, in dem 1945 Hunderte sowjetische Kriegsgefangene sowie Zwangsarbeiter und antifaschistische Widerstandskämpfer aus mehreren Ländern Europas von den Nazis ermordet wurden, betont darin, daß dieses Vorhaben im Widerspruch zur UNO-Konvention vom 11.November 1970 steht. Es verweist in diesem Zusammenhang auf die offensichtliche Verschleppung des Majdanek-Prozesses und prangert an, daß Verbrechen zahlreicher SS-Mörder bis heute ungesühnt blieben.

– Professor Pilichowski, Direktor der Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in **Polen**, kündigte an, daß die polnische Regierung erneut gegen die Verjährung und gegen die bisher geäußerten offiziellen BRD-Standpunkte Stellung beziehen werde. („FR", 31.10.).

– Die „Westfälische Rundschau" berichtete von einem Gespräch mit dem leitenden Staatsanwalt der Region Lwow in der **Sowjetunion**, Anatenko. Danach liegt den westdeutschen Behörden seit 1946 eine Liste von mutmaßlichen NS-Verbrechern vor, die bislang unbeachtet
Region Lwow in der **Sowjetunion**, Anatenko. Danach liegt den westdeutschen Behörden seit 1946 eine Liste von mutmaßlichen NS-Verbrechern vor, die bislang unbeachtet
blieb. Anatenko übergab der „WR" eine weitere Liste von bislang noch nicht verurteilten Nazi-Mördern. Wie der kürzliche Fund eines SS-Archivs in Polen beweist, so Anatenko, sei keineswegs auszuschließen, daß auch nach dem 31.12.79 (Ablauf der Verjährungsfrist) weitere belastende Dokumente gefunden werden. („ED", 17.10.).

– Unterstützenswert ist eine vom Leiter des **Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien**, Simon Wiesenthal, eingeleitete Aktion: Zunächst in den USA und den Niederlanden, demnächst auch in anderen europäischen Ländern (in der BRD in ca. 4 Wochen), sind über verschiedene Vertriebsstellen Postkarten zu bestellen, mit denen bei Bundeskanzler Schmidt gegen die Verjährung protestiert werden kann. Der englische Text auf den Karten lautet: „ *Dieser Mörder ist noch nicht gefunden! Er und Tausende anderer Nazi-Verbrecher leben in Freiheit, viele unter falschem Namen, und warten auf den 31. Dezember 1979, wenn ihre Verbrechen nach geltendem Recht verjähren werden.*"

CDU/CSU und Nazis für Verjährung und Amnestie

Nach eindeutigen Worten der CDU, die für eine Verjährung von Nazi-Verbrechen ist, und von CSU-Chef Strauß, der darüber hinaus eine Generalamnestie für Nazi-Verbrecher gefordert hat, ließ es sich der CDU-„Rechtsexperte" Benno Erhard nicht nehmen, noch einmal ein paar Kernsätze von sich zu geben: Eine Verlängerung der Verjährungsfrist sei eine „Manipulation des geltenden Rechts". („Welt", 4.11.).

In ziemlich gleicher Tonlage veröffentlichte der rechtsradikale „Freiheitliche Rat" (Zusammenschluß aus DVU, Wiking-Jugend, AKON, Deutscher Block - allesamt von „National-Zeitung" - Herausgeber Frey bestimmt) eine Entschließung: „*Der Freiheitliche Rat fordert die Parteien des Bundestages auf, ...weitere Manipulationen der Verjährungsfristen ... nicht vorzunehmen, sondern eine Generalamnestie ... zu erlassen. ...*" („National-Zeitung", 3.11.). Unterzeichnet ist der Text von 250 hinlänglich bekannten Gestalten der Alt- und Neonazi-Szene. Darunter Hitlers Bildhauer Breker; „Nation Europa"-Herausgeber Dehoust; die DKEG-Aktivistin Holle Grimm (Tochter des Nazi-Dichters Grimm); Prof. Münch, Ex-CDU'ler und Aktivist aller Neonazilager; Hitler-Sekretär v.Oven; Strauß-Freund Freiherr v. Richthofen; AKON, CSU- und DVU-Aktivist Prof. Rubin; Nazi-Oberst Rudel; Hitler-Verehrer Schaumburg-Lippe; GfP-Chef Sudholt usw. usf. Weder an Nazi-Anwälten noch an NSDAP- und SS-Mitgliedern, noch an CSU-Freunden fehlt es. Wie könnte es auch anders sein!...

Antifa-Kommission
KB Hamburg

Einige Anmerkungen zur „Verjährungsdebatte"

Da der Genosse der Antifa-Kommission in AK 139 „Fragen zum Leserbrief..." beklagt, daß ihm die Positionen zu dieser Frage, die im KB und um ihn herum vertreten werden, kaum bekannt seien, möchte ich kurz darstellen, wie ich zu der Verjährung von NS-Verbrechen stehe.

Angesichts der fast schon unvorstellbaren Greuel- und Mordtaten, des Elends, das die Nationalsozialisten und ihre Helfer unzähligen Menschen angetan haben, kann und darf es keine Vergebung, kein Vergessen und keine Verjährung geben! Wir haben erleben müssen, und erleben es immer wieder, daß Angeklagte in NS-Prozessen, Nazis in öffentlichen Ämtern, in Zeitungen und Büchern ihre Taten und die ihrer Mitschläger, - henker, - mörder, - richter, als richtig und gerechtfertigt darstellen. Wie kann ich jemanden vergeben, der sagt: „Was damals Rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein" (Filbinger)? Deshalb kein Vergeben, keine Verjährung, nie!

Im Gegenteil, ich bedaure, daß es vielen dieser Bestien gelungen ist, der einzigen ihren Verbrechen angemessenen Strafe, der Todesstrafe, zu entkommen. Und ich bedauere, daß es Angehörigen der vom Nürnberger Gericht für verbrecherisch erklärten Organisationen (SS,SD,Gestapo) möglich ist, wieder im Dienste der „Si-
fe, der Todesstrafe, zu entkommen. Und ich bedauere, daß es Angehörigen der vom Nürnberger Gericht für verbrecherisch erklärten Organisationen (SS,SD,Gestapo) möglich ist, wieder im Dienste der „Si-
cherheitsorgane" Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten zu verfolgen oder als „Volksvertreter" in Parlamenten ihren Ungeist zu verbreiten (...).

Da ich davon ausgehe, daß wir ganz am Anfang der Debatte stehen, wie der Kampf gegen die geplante Verjährung der NS-Verbrechen zu führen ist, kann ich es mir erlauben, erst einmal wie Ingo zu behaupten, daß die Basis für eine Kampagne gegen die Verjährung noch breiter als die der Anti-AKW-Bewegung ist, ohne zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit konkreten Fakten und Erfahrungen aufwarten zu können. Ich möchte aber einige Vorschläge zur Entfaltung der Kampagne zur Diskussion stellen.

1. Meines Wissens ist die Frage der Verjährung in den antifaschistischen Arbeitskreisen und Aktionseinheiten noch nicht sehr stark diskutiert worden, erst recht nicht zu sprechen von Aktivitäten zu diesem Thema. Es wird höchste Zeit, daß neben den Aktionen gegen Neonazis dies zu einem festen Bestandteil der Arbeit dieser Gruppen wird. So halte ich es für gut, wenn die Antifa - Gruppen (und, wo solche nicht existieren, die KB-Gruppen) ähnlich wie in Hamburg Podiumsdiskussionen zu dem Thema „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?" initiieren.

2. Sollte der KB sich mit einem offenen Brief an die Linke bis hin zu Judos und Jusos wenden und sie auffordern, Stellung zur Verjährung zu nehmen, sie zu fragen, was sie gegen dieses Vorhaben unternehmen wollen.

Hier sollten auf jeden Fall auch die be-
sos wenden und sie auffordern, Stellung zur Verjährung zu nehmen, sie zu fragen, was sie gegen dieses Vorhaben unternehmen wollen.

Hier sollten auf jeden Fall auch die be-
stehenden oder in der Entstehung begriffenen alternativen Wahlbündnisse angesprochen werden.

3. Die Kirchen-Kommission hat in AK 139 das breite Spektrum fortschrittlicher Aktivitäten während des Katholikentages in Freiburg dargestellt. Nun, eigentlich müßte doch zumindest dieses Spektrum recht leicht für die Kampagne gegen die Verjährung zu gewinnen sein, zumal sie doch der von den Nazis auch verfolgten „Bekennenden Kirche" näher stehen dürften als den Rechten und CDU/CSU Christen. Vielleicht könnte die Kirchen-Kommission mal darstellen, wie sie sich die Mobilisierung gegen die Verjährung im Kirchenbereich vorstellt.

4. Klärt doch mal mit den Freunden der „Tageszeitung" ab, ob sie nicht einen ausführlichen Artikel zu diesem Thema bringen wollen.

5. Wir müssen anfangen, uns intensiver um die NS-Prozesse und ihre Begleitumstände zu kümmern. Denn auch eine gute Berichterstattung hierzu ist ein Beitrag gegen die geplante Verjährung. Daß hier noch vieles im argen liegt, zeigt sich m.E. auch am AK; die meisten Artikel stützen sich in erster Linie auf die - meist kümmerlichen Berichte der bürgerlichen Presse (und der Revis).

Dies deutet darauf hin, daß kaum Anstrengungen gemacht werden, um eine Bündnispolitik gegenüber den vom NS-Regime verfolgten Antifaschisten zu entwikkeln, die sich an diesen Prozessen engagieren. Hier dürfte m.E. einiges drinliegen, da diese Antifaschisten oftmals nicht von der
Bündnispolitik gegenüber den vom NS-Regime verfolgten Antifaschisten zu entwikkeln, die sich an diesen Prozessen engagieren. Hier dürfte m.E. einiges drinliegen, da diese Antifaschisten oftmals nicht von der
blind-wütigen Abgrenzungsmanie der Revis befallen sind, auch wenn sie der VVN angehören.

Ein Düsseldorfer Symphatisant des KB

Ustascha-Terrorist Bilandzic: Seit 13 Jahren vom Staatsschutz gedeckt!

Köln. Mitte Oktober wurde bekannt, daß der in Köln lebende kroatische Terrorist **Stjepan Bilandzic** trotz des bereits vor dreizehn Jahren gegen ihn verhängten Verbotes jeglicher politischen Betätigung bis heute v o l l s t ä n d i g u n b e h e l l i g t seinen faschistischen Ambitionen nachgehen konnte. Seine bislang letzte Aktion in der Öffentlichkeit: Bilandzic trat am 7. Oktober als Leiter einer exil-kroatischen „Dankdemonstration" in Köln hervor. Bilandzic & Co. wollten sich „*auf diese Weise für die ‚objektive und solidarische Berichterstattung in den Medien und die Hilfe der Kölner Bevölkerung in der Auslieferungsaffäre von Exilkroaten ... bedanken'* "(„Kölner Stadt-Anzeiger", 9.10.78). Die Bundesregierung hatte bekanntlich am 13.9. entschieden, Bilandzic sowie zwei weitere kroatische Terroristen n i c h t an Jugoslawien auszuliefern. Ein großer Teil der westdeutschen Medien hatte sich in dieser Sache auf die Seite der kroatischen Faschisten geschlagen.

Erst im Zusammenhang mit der „Dankdemonstration" wurde nun eine Kölner Ordnungsverfügung vom 23.11.65 (!) „wiederentdeckt", nach der Bilandzic verboten worden war, „*aktiv oder inaktiv eine politische Betätigung auszuüben, die offensichtlich gegen die derzeitige jugoslawische Regierung und Staatsform oder Vertreter, Repräsentanten und Einrichtungen des jugoslawischen Staates gerichtet ist...*" („Zeit", 19.10.78).

Die Verfügung war Bilandzic kurz nach seiner damaligen Entlassung aus dem Werler Knast zugestellt worden, wo er wegen eines Sprengstoffanschlages auf die jugoslawische Handelsmission in Bonn, bei dem ein Mensch getötet wurde, eine nur dreijärige Haftstrafe absitzen mußte. Dieser Verfügung ist Bilandzic zu keiner Zeit nachgekommen – er mußte auch nicht, da ihn der ‚Staatsschutz' vollkommen unbehelligt ließ. So beteiligte sich Bilandzic in der Folgezeit an einer Vielzahl faschistischer und terroristischer Aktivitäten. Das Kölner Oberlandesgericht (OLG), das am 11. August dieses Jahres die Auslieferung Bilandzic's an Jugoslawien für zulässig erklärt hatte, sah u.a. die folgenden Aktivitäten von Bilandzic als e r w i e s e n an: „Bilandzic habe

+ ‚die verbrecherisch-terroristische Organisation ‚Kroatischer Volkswiderstand' ... gegründet und von 1965 bis Mai 1978 geleitet';
+ ‚als Führer dieser Organisation im November 1974 die Terroristen Zlatko Grbes und Nenad Marketic mit Panzerraketen und Zeitbomben nach Jugoslawien geschickt...um dort Morde und Terroranschläge verüben zu lassen';
+ ‚an dem am 28.6.1976 in Düsseldorf stattgefundenen Mordversuch an (dem jugoslawischen Vizekonsul) Vladimir Topic' mitgewirkt" („Spiegel", 34/78).

1976 wurde auf Betreiben des Bundesinnenministeriums die exilkroatische Terroristengruppe **„Kroatischer Volkswiderstand" (HNOtpor)**, deren Chef Bilandzic war und wohl auch noch ist, v e r b o t e n . In diesem Zusammenhang bekam Bilandzic e r n e u t eine Verfügung bzgl. des Verbotes der politischen Betätigung zugestellt: „*Auf Anweisung des Düsseldorfer Innenministeriums wurde dem Kroatenführer untersagt, Meinungsäußerungen zu veröffentlichen, die zu Gewaltaktionen oder deren Vorbereitung aufrufen. Außerdem erhielt Bilandzic die Auflage, sich am 28. jeden Monats bei einer Polizeidienststelle in Köln-Nippes zu melden und Auslandsreisen mindestens fünf Tage im voraus anzumelden*" („Zeit", 19.10.).

Der ‚Staatsschutz' gibt sich auch in dieser Sache ahnungslos: „*Weder der Polizeipräsident noch der für Sicherheit zuständige städtische Beigeordnete konnten gestern sagen, ob sich*

Fortsetzung auf Seite 31

Fortsetzung von Seite 30

Bilandzic an diese Anordnung gehalten hat, die im übrigen auch im Polizeipräsidium bekannt war" (ebenda). Nun, es läßt sich auch ohne weitere Nachforschungen b e w e i s e n, daß sich Bilandzic selbstverständlich n i c h t an diese Anordnung gehalten hat und auch gar nicht halten mußte! Er hat in der Folgezeit nicht nur zu „Gewaltaktionen" aufgerufen, er hat sie sogar mit vorbereitet bzw. war daran beteiligt: Die HNOtpor, mit Bilandzic als Führer, konnte trotz Verbot ihre terroristischen Aktivitäten fortsetzen – ein Tatbestand, der so offen liegt, daß er selbst vom Kölner OLG festgestellt wurde (s.o.). Auch **„Otpor"**, das von Bilandzic mitredigierte Organ des „Kroatischen Volkswiderstandes", konnte ungestraft weitervertrieben werden, obwohl im Titel jeder „Otpor"-Ausgabe zum Terror aufgerufen wird: *„Jugoslawien muß zerstört werden. Zerstört mit der Dialektik des Wortes oder mit Dynamit, aber bedingungslos zerstört"*.

Bilandzic hinter Gitter!

Antifa-Kommission NRW

England: Schwule gegen Nazis

Mitglieder der faschistischen englischen „National Front" (NF) haben in diesem Jahr mehrere Schwulenlokale überfallen, Schwule zusammengeschlagen und bedroht.
- In Süd-London wurde die 'Vaux Hall Tavern' von 20 Faschisten überfallen und Besucher verletzt.
- In Leeds fand ein faschistischer Überfall auf das schwule Fenton-Hotel statt.
- Schwulenlokale in Windsor und Slough wurden von der NF bedroht.

Im NF-Organ „Spearhead" wird Mordhetze gegen Schwule betrieben. John Tyndall, Vorsitzender der NF: *„Ich kann nicht erkennen, daß jetzt – nach der Aufhebung des Gesetzes gegen Homosexualität, das lange Zeit in diesem Lande gültig war und das alle ausgenommen eine kleine Minderheit, respektiert haben – irgendetwas getan wird, um die Werte wirklicher Männlichkeit und wirklicher Weiblichkeit hervorzuheben. Diese Werte müssen der Jugend eingeflößt werden"*. Und wie sehen die „Werte" der Faschisten aus? *„... dann ging die Schlacht zwischen der Front und den Schwulen weiter. Einer dieser dreckigen Perversen wurde mit dem Kopf zuerst gegen einen Pfosten geschleudert ... Man kann sicher sein, daß diese Geschöpfe nach dieser Nacht genau wissen, was die National Front von ihnen hält* "(„Spaerhead"). Und: **„Die NF will Britannien zu einem Land ordentlicher Menschen machen, in dem es keine Homosexuellen, Drogensüchtigen und Degenenerierten gibt".**



Angesichts der Überfälle und Morddrohungen haben sich immer mehr Schwulengruppen an den antifaschistischen Demonstrationen dieses Jahres beteiligt. Bereits im Frühsommer mobilisierten die örtlichen Schwulengruppen in Manchester, Edinbourgh und Leeds zu Antifa-Demonstrationen, nachdem sich an diesen Orten „Gays against Nazis's"– Gruppen (Schwule gegen Nazis) gebildet hatten.

Bisheriger Höhepunkt war die „Carnival 2" - Demo in London (24.9.), an der 80.000 Menschen teilnahmen, darunter ein starkes Kontingent schwuler Aktionsgruppen aus London und Umgebung. In einem sehr agitativ aufgemachtem Flugblatt der „Gays against Nazi's" forderte diese Gruppe: „Come out against the Nazi's" und fragte angesichts der faschistischen Überfalle: „Ist das die Zukunft , die du willst? NF = Nazi-Front = No future for gays." (Keine Zukunft für Schwule).

Angesichts der neo-nazistischen Umtriebe in der BRD müssen auch hierzulande alle Anstrengungen unternommen werden, um den schwulen Widerstand zu stärken. Wie wir bereits berichteten, häufen sich faschistische Drohungen gegen Schwule:
- Die nazistische „Hansa-Bande" plant u.a.' Überfälle auf Schwule" („Extra-Dienst", 28.7.).
- Ein Kieler Nazi-Blatt fordert :*'Sexuell Normale, vereinigt euch!"* und behauptet :*„Homos sind entwicklungsmäßig 'Ausschuß', da es auch bei hartnäckigsten Versuchen keinen gleichgeschlechtlichen Nachwuchs geben kann"* („Lisbeth-Kieler Jugendzeitung", 19.7.78).
- Faschistische Drohbriefe und -anrufe im Gefolge der „Stern"-Kampagne: „Schwule bekennen sich" häufen sich.
- Überfälle auf Schwule in Parks nehmen zu, wobei sich kürzlich in Hamburg ein Fall ereignete, der die Beteiligung organisierter Faschisten annehmen läßt. (vgl. AK 140).

Dagegen müssen wir den Widerstand organisieren!
Come out against the Nazis!
Antifa-Adressen in London : Gays against the Nazis , c/o ANL, PO Box 151, London WC 2; Gay Activists Alliance, c/o 5, Caledonian Road, London N1.

AG Schwule
KB/Gruppe Hamburg





Meldungen

Kamen/Unna: Der Kreisvorsitzende der NPD-Jugendorganisation JN, Wilfried Atorf aus Kamen,wurde auf Betreiben von Antifaschisten aus der IG Bergbau und Energie ausgeschlossen. Für den Ausschluß hatte sich besonders der Betriebsratsvorsitzende der Zeche Monopol, auf der Atorf arbeitet, ausgesprochen. Dafür erntete er wüste Drohungen von Atorf.

In der Schwebe ist noch ein zweites Ausschlußverfahren aus der IGBE. Hierbei handelt es sich um das Mitglied im Landesvorstand der JN-NRW, Hans Pastuszka aus Unna-Königsborn.

Sowohl Atorf als auch Pastuszka sind zum engeren Kreis der sich in Kamen auf dem „Gut Barenbräukker", dem Landeszentrum der JN, formierenden Nazi-Bande zu zählen.

Die Ausschlußverfahren konnten nicht zuletzt auf Grundlage örtlicher, antifaschistischer Ermittlungsarbeit in die Gänge gebracht werden.

• • •

• • •

Betr.: Bochumer NS-Prozeß

Bezüglich unseres Artikels zum Bochumer NS-Prozeß in AK 141, Seite 31, ist der AK-Redaktion bei der Überarbeitung ein Fehler unterlaufen: Im AK war irrtümlich berichtet worden, daß sich mittlerweile nur noch e i n NS-Verbrecher im Prozeß befände. Stattdessen stehen von den ursprünglich 10 Hauptangeklagten (gegen sechs wurde schließlich der Prozeß eröffnet) noch drei NS-Verbrecher vor Gericht. Es handelt sich dabei um Josef Lenge aus Füssen , Georg Hasenkamp aus Münsterland sowie um Johann Förster aus Duisburg.

• • •

Zusammenarbeit von Bullen und Detektiven: „Keine üble Tat"

Duisburg. Wie bereits in AK 139 berichtet, fand vor der großen Strafkammer des Duisburger Landgerichts ein Prozeß gegen vier Polizisten und vier Detektive der **Detektei Kocks** statt. Unter den Angeklagten war auch Detektei-Chef **Manfred Kocks**. Der Anlaß: Zwischen Polizei und Detektiven hatte sich in der Vergangenheit eine rege Zusammenarbeit entwickelt. Informationen über die persönliche, wirtschaftliche und politische Vergangenheit von Personen wurden ausgetauscht – ein für die Detektei wie für die Bullen (die entsprechende Schmiergelder erhielten) einträgliches Geschäft.

Am 23.10. verkündete das Gericht sein Urteil: Freiheitsstrafen von 10 Monaten bis zu einem Jahr, Geldstrafen bis zu 18.000 DM. Die Freiheitsstrafen wurden allesamt zur Bewährung ausgesetzt.

„'Hier haben nicht etwa Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums gegen Schmiergelder Rüstungsaufträge verraten', stellte der Vorsitzende Richter der Fünften Großen Strafkammer in Duisburg in der Urteilsbegründung ... fest. Aus diesem Grunde handele es sich bei den angeklagten Bestechungs- und Bestechlichkeiten um 'keine üblen Taten' " (NRZ, 24.10.78). Der bundesdeutschen Realität am nächsten kam wohl Detektei-Chef Manfred Kocks: *„Er stufte die Unterredungen zwischen Detektiven und Kripo-Beamten als ‚natürliche Gesprächsführung' und ‚langfristige Vertrauenssuche' ein. Kocks: ‚Gemeinsam erörterten wir Probleme mit der Polizei. Bestechung war absolut unnötig' "* (WAZ, 14.10.78).

Antifa-Kommission NRW

Verfassungsschutz versucht Spitzel anzuwerben

Irgendwann an einem Tag im September 78 bekommt Mannheims linker Buchladen „Der andere Buchladen" Besuch von zwei Herren vom Landeskriminalamt. Die beiden Herren teilen den Besitzern Thommi Herrwerth und Traudel Lucius mit, daß gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung laufe.

Der Grund: Im Laden · urde eine hektographierte „Hungerstreikerklärung für die Gefangenen der RAF" gefunden. Drei Tage später taucht ein junger Mann im Laden auf und fragt den anwesenden Thommi nach der Zeitung „Revolutionärer Zorn". Thommi läßt den augenscheinlichen Provokateur abfahren: „Mir habbe net jeden Scheiß!" Der Unbekannte verläßt daraufhin den Laden.

Einige Tage später taucht er aber erneut auf, diesmal schon am frühen Morgen, als Thommi gerade den Laden aufschließen will. Der Unbekannte stellt sich als Herbert Bohlen vor, geboren 2. Febr. 49. Ohne Aufforderung zeigt er Thommi seine Papiere, darunter einen Ausweis des Bundesamtes für den Verfassungsschutz. Thommi hat Angst, der Besuch könnte wieder im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren stehen, aber es kommt noch viel dicker. Thommi: „Beim ersten Satz war mir klar, daß er mich kaufen will. Ich fand das unverschämt. Ich überlegte, ob ich ihn gleich rausschmeiße, dann dachte ich, mal sehen, wie die das machen, man muß die Anderen warnen". Bohlen ließ daraufhin ein Kurzreferat über Terrorismus vom Stapel und gebrauchte dabei Sätze, die Thommi vor einigen Tagen in einer Kneipe gesagt hatte. Schließlich kam er aufs Geld zu sprechen: Von 700 DM könne man doch nicht leben. Wenn Thommi für den Verfassungsschutz arbeiten würde, könnte er „viel Geld verdienen". Dann kamen Kunden. Bohlen ging, ließ aber in den nächsten Tagen nicht locker. Per Telefon versuchte er immer wieder, Treffs auszumachen. Mal bei Thommi zu Hause, mal im Auto –, schließlich in einem Cafe in Heidelberg-Neuenheim. Thommi kam pünktlich zum verabredeten Treffpunkt und mußte dort 15 Minuten warten, bis ihn ein Mann mit schwarzer Sonnenbrille und brauner Lederjacke fragte: „Bist Du Thommi?". – Nachdem Thommi die Frage mit ja beantwortet hatte, steckte ihm der Fremde einen Zettel mit einer Wegbeschreibung zu. Thommi folgte der beschriebenen Route, plötzlich stand Bohlen vor ihm.

Bei dem nun folgenden 45-minütigen Spaziergang rückte der Verfassungsschützer Bohlen mit dem heraus, was er wollte: **Der Buchhändler Thommi Herrwerth sollte seine Kunden und linke Verlage bespitzeln.** Thommi sollte z.B. bei linken Verlagen den „Revolutionären Zorn" bestellen.

Wäre ein „Geschäft" zustande gekommen, hätte er die Absender in die Pfanne hauen sollen. Als Thommi einwandte, das könne er nicht, er sei Anti-Terrorist, wies ihm Bohlen den Weg: „Sie müssen ja nicht ihre Meinung sagen. Wenn Sie sich dumm stellen, dann bekommen Sie schon was raus".

Für gezielte Informationen versprach Bohlen „einige Tausender springen zu lassen", dazu „ein paar Hunderter Grundvergütung im Monat". Auch in der Sache mit dem anstehenden Ermittlungsverfahren wolle er Thommi helfen.

Thommi versuchte Bohlen klarzumachen, daß man da nicht ins Geschäft kommen könne; dabei flocht er ein, er habe aus Versehen zwei Freunden von der Sache berichtet. Bohlen drohte: „Die können nicht reden, sonst können Sie morgen den Laden dichtmachen, wenn das rauskommt". Bohlen verabschiedete sich mit dem Satz „Wir werden uns schon einig werden".

Bohlen hat sich geirrt. Thommi Herrwerth hat die Sache ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Der „Stern" und die „Metall"-Zeitung haben ganzseitig über den Fall berichtet. (Der Stern leider nur in einem Teil seiner Ausgabe). Selbst die bürgerliche Lokalpresse („MannheimerMorgen") hat einen, wenn auch blöden Artikel gebracht. Abschließend eine Einschätzung, die Thommi Herrwerth in der „Metall" veröffentlicht hat: *„Wenn das so weitergeht, kann ein normaler, kritisch denkender Mensch nirgens mehr hingehen, ob in der Kneipe oder im Buchladen, nirgens kann man mehr ein Gespräch führen, ohne daß der Verfassungsschutz neben einem sitzt. Die Bespitzelung setzt sich bis in die Buchläden fort. Am Schluß wollen sie noch, daß wir dem Verfassungsschutz melden, welches Buch jemand kauft. Das ist eine Gefahr – nicht nur für alle Buchhändler"*.

Ein AK-Leser aus Mannheim-Ludwigshafen

Klassenjustiz

Anklage gegen Rechtsanwälte Rogge und Köhnke

Nachdem inzwischen Kurt Groenewold wegen des gleichen„Delikts" verurteilt wurde, hat nun die Staatsanwaltschaft auch Anklage gegen seine beiden Bürokollegen Petra Rogge und Rainer Köhnke erhoben. Die Rechnung der Staatsanwaltschaft ist denkbar simpel: da Kurt Gronewold ein Infosystem betrieben hat und deswegen verurteilt werden konnte, können seine Kollegen auch angegriffen werden, weil sie das Infosystem in der Bürogemeinschaft g e d u l d e t haben.

in der Bürogemeinschaft g e d u l - d e t haben.

„Die Zulassung der Anklage steht im Widerspruch zu den Gründen des Urteils des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 10.Juli 1978 gegen Rechtsanwalt Groenewold. Das Oberlandesgericht hatte festgestellt, daß das sogenannte Info, nämlich der organisierte Austausch von Informationen und Diskussionspapieren zwischen den inhaftierten Mandanten und ihren Verteidigern grundsätzlich legal und erlaubte Verteidigungstätigkeit sei. Lediglich einzelne Schriftstücke wertete das Gericht als nicht mehr zur Verteidigung gehörig." (aus der Presseerklärung vom 30.10. von Groenewold/Köhnke/Rogge).

Kein vorläufiges Berufsverbot

Einen weiteren Antrag der Staatsanwaltschaft hat die Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg zurückgewiesen, nämlich gegen Petra Rogge und Rainer Köhnke ein vorläufiges Berufsverbot zu verhängen. Dieser Antrag der Staatsanwaltschaft ist bemerkenswert. Während nach dem Prozeß gegen Kurt Groenewold k e i n Berufsverbot mehr besteht, wird gegen seine Kollegen, die das ihm vorgeworfene Infosystem ledig-

wird gegen seine Kollegen, die das ihm vorgeworfene Infosystem ledig-

lich geduldet haben sollen, ein Berufsverbot beantragt . Hier wird nicht nur eine anwaltliche Sippenhaft betrieben, da drängt sich auch der Vergleich mit „der kriminellen Vereinigung 2.Juni" auf. In Westberlin wurden „Unterstützer" wegen Unterstützung verurteilt, bevor überhaupt ein Gericht entschieden hatte, daß bzw. ob die betreffende Vereinigung überhaupt eine „kriminelle" ist.

In Hamburg klagt die Staatsanwaltschaft Anwaltskollegen wegen Unterstützung einer Sache an, die vom Gericht als im wesentlichen legal anerkannt worden ist (siehe oben).

Sind Gefangene Zwangsarbeiter?

Zu den Arbeitsbedingungen . Knast, zur „Entlohnung" von Gefangenen und zu ihrer „sozialen Sicherung" haben wir schon des öfteren etwas gesagt. Ein besonders gravierendes Problem ist, daß Gefangene nach ihrer Entlassung oft einem vor der Inhaftierung entstandenen Schuldenberg gegenüberstehen. Wenn der Gefangene eine Familie hat, kommt meist hinzu, daß diese durch die Inhaftierung ihres Ernährers (so ist das in der Regel ja noch!) zusätzlich belastet ist – nicht zuletzt finanziell.

Während der Gefangene im Knast sitzt, kann er jedoch kaum etwas zur finanziellen Entlastung seiner Familie beitragen, auch wenn er Arbeit hat. Viele Gefangene haben allerdings nicht mal das – sie sind, obwohl zur Arbeit verpflichtet, arbeitslos. In Bezug auf die soziale Sicherung im Knast und die Arbeitsentlohnung hatte es vor der Verabschiedung des Strafvollzugsgesetzes eine Reihe Versprechungen und Loblieder gegeben und von vielen war auch große Hoffnung in die gesetzliche Regelung gesetzt worden. Mittlerweile hat sich die Euphorie gelegt.

Das Bundesarbeitsgericht spricht Recht

Anfang Oktober sind nun vom Bundesarbeitsgericht zwei interessante Urteile ergangen, die den „Geist des Strafvollzugsgesetzes" um einige Nuancen bereichern!

Das höchste westdeutsche Arbeitsgericht stuft Gefangene nun – ohne freilich das Kind beim Namen zu nennen – als Z w a n g s a r b e i t e r ein. Es ging in den beiden Urteilen sowohl um die rechtliche Stellung als auch um die Bezahlung der Arbeit. In dem einen Fall (Aktenzeichen 6 ABR 46/76 vom 3.10.78) handelt es sich um das Recht des Betriebsrates, bei Einstellung, Versetzung und Entlassung von „Arbeitnehmern" mitzubestimmen. Das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein hatte entschieden, daß sich das auch auf „Arbeitnehmer" erstrecke, die im Knast sitzen, also nur zur Arbeit in den betreffenden Betrieb kommen bzw. im Knast für ihn arbeiten. Dem widersprach das BAG: **Dem Strafgefangenen komme nicht die Arbeitnehmereigenschaft zu!**

Der zweite Fall (Aktenzeichen 6ABR 146/78 vom 3.10.78) betrifft einen Untersuchungsgefangenen, der ja zur Arbeit im Knast überhaupt nicht verpflichtet ist. Der Gefangene hatte die Zahlung von Feiertagslohnzuschlägen verlangt. Das BAG entschied, auch wenn dem Untersuchungsgefangenen für seine Arbeit Geld gezahlt werde, sei er dennoch kein „Arbeitnehmer". Ein Beitrag zur „Resozialisierung" ??

IKAH HH

„Polizei = Bullen": Beleidigung?

In Karlsruhe gibt es wieder einen Versuch, eine alternative Stadtzeitung (SZ) finanziell durch Prozesse kaputt zu machen.

Als Vorwand dient die Anklage: Polizisten fühlten sich beleidigt, weil sie in der Zeitung als „Bullen" bezeichnet wurden. Was war geschehen? Karlsruher Motorradfahrer hatten in ihrem neuen Clubhaus eine Sylvesterparty gefeiert. In der Nacht führten Polizisten eine Ausweiskontrolle vor dem Haus durch und als einer der Jugendlichen dieser Aufforderung nur zögernd nachkommen wollte, war das Anlaß für die Polizisten, ihre Gummiknüppel bzw. Revolver zu ziehen. Zusätzlich forderten sie Verstärkung an, so daß ca. acht bis zehn Streifenwagen die Aktion „deckten". Zwei der Motorradfahrer wurden abgeführt.

Wie einer der beiden später berichtete, ist es bei dem anschließenden Verhör bzw. der Personalienfeststellung zu erheblichen Übergriffen der Polizei gekommen. Beide hatten jedenfalls danach Verletzungen: Platzwunden am Kopf und im Gesicht, Prellungen am ganzen Körper. Die Sache wäre vermutlich noch schlimmer verlaufen, wenn nicht ein Sozialarbeiter — von den Jugendlichen alarmiert — sich auf der Wache um die Angelegenheit gekümmert hätte.

Als obiger Bericht in der Karlsruher Stadtzeitung Nr. 6 erschien, gab es einen Strafbefehl über 600 DM wegen „Beleidigung" und „falscher Verdächtigung". Den Vorwurf der „falschen Verdächtigung" hat die Polizei inzwischen zurückgenommen (Warum wohl?).

Was blieb, war die Beleidigungsklage wegen der zweimaligen Verwendung des Begriffs „Bulle". Beim Prozeß konnte der presserechtlich Verantwortliche der SZ hierzu aufzeigen, daß von „Spiegel", „Stern" usw. bis hin zum Micky-Maus-Heft (wirklich! vorletztes Heft am 17.10.78) der Begriff „Bulle" verwendet wurde, o h n e daß je eine Anklage erfolgt ist.

Ausgerechnet bei einer alternativen Zeitung soll das aber eine Beleidigung sein. Bei der Fülle der Beispiele der Verwendung des Wortes „Bulle" schien selbst das Gericht verunsichert zu sein.(Die Verlesung einer Büttenrede vom ehemaligen baden-württembergischen Innenminister Schwartz hatte hierbei sicher auch eine Wirkung. Schwartz war ein „Bullenorden" verliehen worden und in seiner Dankesrede hatte er sich selbst als „Oberbulle" bezeichnet — aus „ID" vor zwei Jahren). Es verfügte eine Vertagung der Verhandlung.

Abends gab es ein Riesenfest mit der Politsong-Gruppe Checkpoint Charly, auf dem über 250 Leute den bisherigen Erfolg (Rücknahme der Klage „falsche Anschuldigung" und Vertagung des Prozesses) feierten und nebenbei auch Geld für die Prozeßführung zusammenkam. Zum Schluß noch eine Bitte: Falls der „Bullenprozeß" wider Erwarten doch nicht eingestellt werden sollte: Wer kennt Gerichtsurteile wegen „Bullen"-Beleidigung und wo gibt's noch Zitate aus bürgerlichen Zeitungen, die auch das Wort „Bulle" verwenden? (Bitte an folgende Adresse wenden: Karlsruher Stadtzeitung, Postfach 3644, 7500 Karlsruhe).

Karlsruher Genossen

Delmenhorster Antifaschist angeklagt

Wie damals berichtet, war es im März 78 bei einer NPD-Kundgebung in Delmenhorst zu Auseinandersetzungen zwischen den Nazis und Antifaschisten gekommen. Bei einem Überfall eines NPD-Schlägertrupps, der mit 1,5 m langen Vierkanthölzern vorgetragen wurde, leisteten die Antifaschisten entschlossen Widerstand. Dabei wurde der Bremer Nazi Klaus Kruse am Kopf verletzt und in ein Krankenhaus eingeliefert. Dafür soll nun laut Klageschrift des Stader Anwalts Alfred Behr ausgerechnet der Betriebsratsvorsitzende der Delmenhorster Müllwerker und Antifaschist Hans Seichter verantwortlich sein, weil er zuvor die Diskussionsleitung auf einem Treffen der Intitiative gegen Faschismus innehatte und damit *„die organisatorischen Voraussetzungen für die Gewaltmaßnahmen geschaffen hat"* (lt. Klageschrift).

3000,- DM Schadenersatz haben die Nazis veranschlagt und als besonderes „Beweisstück" ein „Protokoll" des Treffens der Initiative vorgelegt. Selbiges Schriftstück geisterte schon lange bevor es als Beweis vorgelegt wurde in den honorigen Kreisen der Delmenhorster CDU und des traditionsbewußten Lokalblattes herum. Nunmehr den Antifaschisten bekannt, gibt es einen Einblick in den Entwicklungsstand des Nazi-Spitzelwesens. Ein paar Kostproben aus dem Machwerk: *„Der DKP-Teil des Komitees hat gegebenfalls vor, ‚nach bewährter Weise' die Polizisten in Gespräche zu verwickeln und währenddessen Einsatzmittel der Polizei unbrauchbar zu machen..."* ; oder auch Beschreibungen wie: *„Mehrere Abstimmungen (der Volksmund würde sagen ‚wie in einer Judenschule') ergaben dann...".*

Neben totaler Desorientierung über die verschiedenen antifaschistischen Strömungen vermochten die Kundschafter ihre ideologische Heimat nicht zu verbergen. Angereichert ist das ganze mit einer Reihe halbrichtiger oder veraltetet lokalpolitischer Fakten. Unter den Versammlungsteilnehmern erinnert man sich allerdings an zwei merkwürdige Gestalten, die keiner kannte, denen aber die Größe der Versammlung - 60 Leute - zugute kam. Da auch Kenner der Delmenhorster Nazi-Szene anwesend waren, kann man sagen, daß die beiden Herren von außerhalb gekommen sein dürften. Also Antifaschisten: aufgepaßt! Die Nazis werden immer frecher.

Im übrigen wird der Verfasser des „Protokolls" natürlich nicht angegeben. Dafür werden von den Nazis zwei ebenfalls anwesende Antifaschisten als Zeugen beantragt. Eine Provokation jagt die nächste. Der „Beklagte" bemüht sich unterdessen um größtmögliche Öffentlichkeit.

Ein Delmenhorster Genosse

Denunziation wird wieder zur Bürgerpflicht



In einem Prozeß wegen Kleben eines(!) Plakates an eine Telefonzelle wurden am 25.10.78 zwei AKW-Gegner zu je 10 Tagessätzen (DM 300,–.+ DM 120,–) verurteilt. (Prozeß - und Anwaltskosten kommen noch dazu!) Bei dem Plakat handelt es sich um einen Aufruf der BUNTEN LISTE - Nord zu einem Wahlfest im Winterhuder Fährhaus.

Normalerweise stellt ja die Polizei Plakateklebern nach. In diesem Fall griff die Polizei aber erst auf Anzeige einer Privatperson ein. Zeuge: *„Ich sehe es als meine Aufgabe an , in diesem Staat für Recht und Ordnung zu sorgen."* Deshalb will er Plakatekleben unterbinden. Er hatte in der Zeit viele Plakate der BUNTEN LISTE gesehen und hatte deshalb beim Autofahren auch immer auf Plakatierer geachtet. Als es an diesem Tag endlich so weit war, fuhr er sofort mit seinem Auto zur nächsten Polizeiwache und machte eine Anzeige. Drei Polizeiwagen wurden losgeschickt. Er selbst fuhr wieder zum „Tatort" zurück und suchte die „Täter". Als er sie an der besagten Telefonzelle entdeckte, kamen auch schon zwei Polizeiwagen an. Den Rest erledigte dann die Polizei: die beiden wurden mit zur Wache genommen, Personalien geprüft, Plakate beschlagnahmt.

Im Plädoyer des Staatsanwaltes wurde das Vorgehen des Zeugen lobend hervorgehoben . Es sei schließlich die Pflicht jedes Bürgers, für Recht und Ordnung zu sorgen! Zur Urteilsbegründung: Es gibt in diesem Fall keine eindeutige Rechtslage. Im April wurde vom Oberlandesgericht Hamburg ein Urteil mit Freispruch gefällt. Die Telefonzelle war nicht beschädigt (das Plakat war ja auch sofort von der Polizei abgenommen worden). Selbst wenn es drangeblieben wäre, wäre die Funktion der Telefonzelle nicht beeinträchtigt worden. Das alles waren für den Richter nun aber keine Gründe – der Tatbestand der gemeinschaftlich vorsätzlich begangenen Sachbeschädigung lag für ihn vor. Die BUNTE LISTE, die sich die Gelder für den gesamten Wahlkampf zusammenleihen mußte und von daher auch auf freies Plakatieren angewiesen war, wird so doppelt angeschissen: einmal, weil die Wahlkampfkosten immer noch nicht zurückerstattet wurden und zum anderen durch Prozesse wie diesen.
Gegen den Prozeß wird Revision eingelegt.

Leserbrief

Befinde mich in Strafhaft und habe lebenslänglich. Bin 25 Jahre alt und habe keine Verbindung mehr nach draußen. Meinen Vater kenne ich nicht und meine Mutter ist selbst ein schwerer Pflegefall. Sonstige Kontakte habe ich keine. Könnt Euch sicher vorstellen,wie einsam ich mich fühle. Von einem anderen Gefangenen bekomme ich seit kurzem immer Eure Zeitschrift "Arbeiterkampf" zu lesen. Die sagt mir sehr zu, auch die "Knast Info ". Nun habe ich eine große Bitte an Euch. Könnt Ihr nicht mal meine Adresse im "Arbeiterkampf" veröffentlichen? Vielleicht bekäme ich daraufhin ein paar Briefkontakte nach draußen und somit eine kleine Unterstützung. Möchte noch hinzufügen, daß ich in einem Heim aufgewachsen bin und eigentlich noch nie richtig frei war und Liebe erfahren habe.

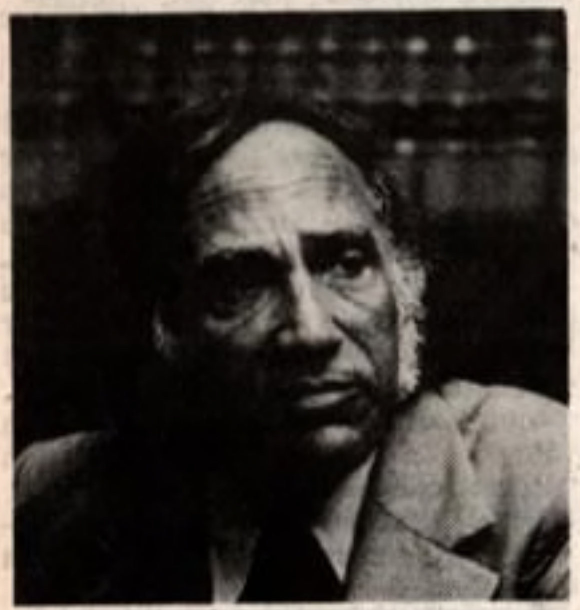
Ich danke Euch im voraus!
Mit solidarischen Grüßen
Gerhard Jolsner
Paradeplatz 5
3578 Schwalmstadt

Kristina Berster „schuldig" gesprochen

Kristina Berster ist von den Geschworenen eines Gerichts in Burlington (US-Bundesstaat Vermont) für schuldig erklärt worden, einen falschen Paß und einen falschen Namen benutzt zu haben.

Am 16.7.78 hatte Kristina versucht, die Grenze zwischen Canada und den USA zu überschreiten, weil sie sich erhoffte, in den USA vor den deutschen Fahndungsbehörden sicher zu sein.

Kristina war in die Fahndungslisten des BKA aufgenommen worden, weil sie Kontakte zum Sozialistischen Patienten-Kollektiv gehabt hatte, bevor es in die Schußlinie der westdeutschen Antiterrorpropaganda geraten war. 1973 war sie zusammen mit anderen wegen dieser Kontakte schon einmal angeklagt worden. Die Angeklagten waren demonstrativ nicht zum Prozeß erschienen, um gegen die Tatsache der



William K.Kunstler, Kristinas Verteidiger.

Anklage zu protestieren. Aufgrund dieses Vorfalls war sie für sechs Monate in Untersuchungshaft genommen worden. Als sie dann später merkte, daß das BKA sie in die Fahndungslisten aufgenommen hatte, ging sie aus Furcht vor den Haftbedingungen und der Terroristenhetze in den Untergrund. Im Verlauf der letzten Jahre wurde ihr immer klarer, daß sie in keinem Land Europas vor den westdeutschen Fahndern sicher war. Sie entschloß sich daher, in die USA zu gehen.

„Die Welle des Terrorismus schwappt auf die USA über"

Die Grenzschutzbeamten waren in der Lage, sie aufgrund eines Fahndungsbuches zu identifizieren. Außerdem wurde ihre Identität von einem Geheimdienst-Computer in Montreal (Canada) bestätigt (lt. „The Vermont Vangard Press", 5.9.78). Das FBI wußte sofort, was es zu tun hatte: endlich war ein Vorwand gefunden, auch in den USA das Gespenst des internationalen Terrorismus heraufzubeschwören. Der FBI-Chef sprach von
ternationalen Terrorismus heraufzubeschwören. Der FBI-Chef sprach von
einer Gruppe von 61 Terroristen, von der man nun eine geschnappt habe. Der Staatsanwalt Jerome O'Neill nannte Kristina eine der 34 weltweit meistgesuchten Leute.

Erst nachdem in der Presse, die zunächst — nach westdeutschem Vorbild — voll auf die Terrorismus-Version abgefahren war, leise Zweifel laut wurden, lenkten auch die Behörden ein und gaben zu, daß es mit den Vorwürfen gegen Kristina nicht so weit her sei.

Entsprechend der Propaganda wurde sie zunächst bewacht — außer einer Verstärkung des Gefängnispersonals durch US-Marshalls aus anderen Bundesstaaten wurden auf dem Dach zwei Scharfschützen postiert! Die Bewachungsmannschaft wurde ständig gewechselt. Und gleich am zweiten Tag bekam sie Besuch von zwei smarten jungen Männern, die ihr in netter Form das Angebot machten, ihr Fall könne zu den Akten gelegt werden, wenn sie mit ein paar Namen und Informationen über die westdeutsche „Terrorszene" rausrücken würde. Als Kristina die Herren abwies, verflog die „Zuvorkommenheit" plötzlich und der eine sagte: *„Dann wirst du mit uns kommen"*.

Breite Solidarität in Brigton

Kristina wäre wahrscheinlich weiter als *„meistgesuchte Terroristin"* vermarktet worden und die beiden Gentlemen hätten sie möglicherweise tatsächlich mitnehmen können, wenn es in Burlington nicht eine Reihe von Linken gegeben hätte, die ihren Fall mit großem Engagement aufgegriffen hätten. Es kam schnell ein Kreis von ca. 30 Aktivisten zusammen, die ein *„Verteidigungskomitee für Kristina Berster"* gründeten. Sie sorgten für Gegenöffentlichkeit, die sich auch in einer „differenzierteren" Berichterstattung der bürgerlichen Presse niederschlug. Sie klebten massenhaft Plakate mit der Forderung nach politischem Asyl, sie führten Veranstaltungen durch und vertrieben Anstecknadeln, die eine große Verbreitung fanden — vergleichbar den Anti-AKW-Plaketten hier in der BRD. Und — was in den USA ein ganz wesentlicher Punkt ist — sie brachten Geld zusammen, um den Prozeß finanzieren zu können. In den USA gibt es keine Pflichtverteidiger, man muß als Angeklagter seinen Anwalt in jedem Fall selbst bezahlen. Außerdem waren sie in der Lage, die Kaution von 100 000 Dollar aufzutreiben. Eine Haftentlassung scheiterte freilich daran, daß die Einwanderungsbehörden ankündigten, sie würden Kristina für den Fall in Auslieferungshaft nehmen (lt. „Rutland Herald", 10.8.78). Das Komitee bereitete in Zusammenarbeit mit dem Verteidiger William „Wild Bill" Kunstler die Verteidigung vor. Das bedeutete, Material über die politischen Verhältnisse in der BRD zusammenzustellen, um Kristinas Motivation für die illegale Einreise zusammenzutragen. Das bedeutete weiter, die Auswahl der Geschworenen mitzubestimmen (dazu hat im amerikanischen Recht auch die Verteidigung die Möglichkeit). In der Tat stellte sich bei der Befragung der Kandidaten heraus, daß
Recht auch die Verteidigung die Möglichkeit). In der Tat stellte sich bei der Befragung der Kandidaten heraus, daß
viele durch die Vorverurteilung in der Presse voreingenommen waren. Zwei Kandidaten begründeten ihre Ansicht, Kristina sei schuldig, damit, daß sie von William Kunstler vertreten wird!

William K.Kunstler ist einer der bekanntesten und auch am meisten angegriffenen Anwälte der Protestbewegung und besonders der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg. Er verteidigte in vielen politischen Prozessen: unter anderem die katholische Linke (Father Berrigan), die revoltierenden Indianer (Wounded Knee), die Aufständischen im Gefängnis Attika. Im Chikago-Conspiracy-Prozeß verteidigte er Angeklagte, die den Protest gegen den Vietnam-Krieg, die Studentenbewegung und die Jugendbewegung repräsentierten. Ende 1974 erklärte er auf einer Pressenkonferenz in der Bundesrepublik, die sich mit der Einschränkung der Rechte der Verteidigung beschäftigte:
„Wenn die Freiheit der Verteidigung bedroht ist, dann ist bald die Freiheit überhaupt bedroht. Überall in der Welt werden radikale Gegner eines Systems, Dissidenten, Kritiker, Aufständische nicht nur selbst bekämpft, sondern auch ihre Verteidiger, um ihre Stimme, ihre Gedanken zu töten. Dagegen haben wir Anwälte in der ganzen Welt zu kämpfen."



Die durchtriebene Terroristin — ich meine natürlich die Angeklagte — möge bitte zum Richtertisch kommen. Nun erzählen Sie dem Gericht, warum Sie glauben, daß Sie in Burlington keine faires Gerichtsverfahren bekommen werden.

In den nächsten Tagen erscheint beim Hamburger ATTIKAS-Verlag ein Buch, das Kunstler 1962 geschrieben hat, unter dem Titel „Berühmte Strafprozesse in den USA" (aus dem Zeitraum von 1735 bis 1954; u.a. auch über den Prozeß gegen Sacco und Vanzetti und über McCarthy-Verhöre in der Armee). Über den Prozeß gegen Kristina sagte er: *„Dieser Fall geht weit über Kristina Berster hinaus. Ich bin sehr interessiert daran, wie West-Deutschland die sogenannten Terroristen und die sogenannten Links-Anwälte, die sie verteidigen, behandelt."*

Staatsanwaltschaft und Gericht-Marionetten westdeutscher Be-
Staatsanwaltschaft und Gericht-Marionetten westdeutscher Behörden

Die Staatsanwaltschaft stand während des gesamten Prozesses in ständiger Verbindung mit der BRD-Vertretung. Sie wurde auch noch während der Verhandlung mit jeweils passenden Informationen versorgt. Die uralte SPK-Geschichte spielte keine Rolle mehr, zumal Kristina schon 1973 einen Großteil einer vielleicht zu erwartenden Strafe in U-Haft abgesessen hat. Viel günstiger schien es auch aus politischen Gründen, sie mit der heute gesuchten RAF-Generation in Verbindung zu bringen. Dazu wurde folgende Konstruktion in die Welt gesetzt: Es gibt angeblich ein Foto, auf dem Kristina zusammen mit Marion Folkerts zu sehen ist. Marion Folkerts war quasi in „Sippenhaft" verhaftet worden. Kürzlich bei ihrer Haftprüfung hat die Anklage das besagte Foto aufgetischt, das wer weiß bei welcher Gelegenheit geschossen worden war. Und weil es dieses Foto gibt, muß es eine Verbindung geben — sagt die Staatsanwaltschaft.

Wenn aber Kristinas Verteidigung die Verhältnisse in der BRD ins Spiel bringen wollte, um Kristinas Beweggründe für ihr Untertauchen und ihren illegalen Grenzübertritt zu belegen, sprang der Staatsanwalt mit einem Einspruch im Munde auf. Richter Coffrin folgte ihm aufs Wort. Die Geschworenen bekamen entsprechend den gewollten Eindruck und sprachen Kristina schuldig, einen falschen Paß und einen falschen Namen benutzt zu haben. Das Strafmaß wird noch vom Gericht selber festgesetzt. Beim jetzigen Stand des Verfahrens ist noch eine Höchstrafe von 5 1/2 Jahren möglich! Inzwischen konnten wir erfahren, daß die Verteidigung Berufung einlegen will. Als nächstes steht ein weiterer Prozeß bevor. In ihm wird über den Asyl-Antrag entschieden. Grundsätzlich hat jeder das Recht, in den USA Asyl zu erhalten, der aus politischen Gründen dort Zuflucht sucht.
Grundsätzlich hat jeder das Recht, in den USA Asyl zu erhalten, der aus politischen Gründen dort Zuflucht sucht.
Willkommen war sie in den USA — weil sie propagandistisch verwertet werden konnte. Eine Tatsache, die zusätzlich ihre Gefährlichkeit unterstreichen sollte, war die Höhe der Kaution. Sie war zunächst auf 500 000 Dollar festgestzt worden. Der höchste Betrag, der je bei einer Grenzverletzung festgesetzt wurde! Der Prozeß wurde jedoch seitens des Gerichts so geführt, als handele es sich um eine „simple Grenzverletzung" ohne weiteren politischen Hintergrund. Ähnlich, wie hier in der BRD „simple Mordprozesse" geführt werden. In einem Artikel des Verteidigungskomitees heißt es dazu:
„Tagtäglich werden Mexikaner geschnappt bei dem Versuch, durch die Grenze nach Texas zu schlüpfen, und sie werden meist einfach zurückgeschickt. Sowjetische Seeleute, die vom Schiff springen, und um politisches Asyl bitten, werden willkommen geheißen. Offenbar weil Kristina eine Dissidentin aus einem 'demokratischen Land' ist, soll ihr die Zuflucht verweigert werden, die man Alexander Solschenizin wegen seiner Flucht vor dem 'Sozialismus' gewährte. Nebenbei bemerkt, hatte auch er sich Vermont ausgesucht".

Zur Vorbereitung einer möglichen Abschiebung befindet sich Kristina jetzt in einem New Yorker Knast, möglicherweise auch, um sie etwas von Vermont wegzubekommen, wo ihr breitere Sympathie sicher war. Die Haftbedingungen, die sich wesentlich aufgrund der Bemühungen des Verteidigungskomitees in Burlington spürbar gebessert hatten, findet sie in New York nicht mehr vor. Das reicht bis zur Erschwerung von Besuchen und Behinderung des Post- und Zeitungsbezugs.

Die Vorwürfe müssen vom Tisch — Kristina darf nicht in einen westdeutschen Knast!

Eine formelle Auslieferung scheint aufgrund der praktisch nicht belegbaren Vorwürfe im Augenblick schwierig. Die Frage, um die es jetzt wesentlich geht, ist, inwieweit sich das Gericht auf Kristinas Beweggründe einläßt.

Als einfachste Lösung droht ihr, einfach „in ihr Heimatland" abgeschoben zu werden, womit die Fahnder ihr Ziel erstmal erreicht hätten.

Hier liegt eine Aufgabe für uns! Ein vergleichbarer Fall, wo auch minimale „Verbindungen" als Vorwand gedient hatten, konnte kürzlich gelöst werden: Karin Aalbers wurde freigelassen. Ihre „Kontaktschuld" hatte offenbar darin bestanden, daß sie politische Prozesse besucht hat. Es ist unsere Aufgabe, hier für die Entkräftung der Vorwürfe zu kämpfen und hier die Vorverurteilung in der Presse zurückzuweisen, damit sie einer möglichen Abschiebung nicht mit der der Sache eigentlich angemessenen Angst entgegensehen muß. Außerdem wird Kristina sicherlich durch jeden Brief, den sie aus der BRD erhält, gestärkt. Sie befindet sich z.Zt. im
durch jeden Brief, den sie aus der BRD erhält, gestärkt. Sie befindet sich z.Zt. im

Metropolitan Correctional Prison Facility
150 Park Row
New York 10007
New York

IKAH Hamburg

Ein Jahr Knast für Rechtsanwalt Reinhard gefordert

Am 7.11. plädierte die Staatsanwaltschaft dafür, RA Reinhard zu einem Jahr auf Bewährung und drei Jahren Berufsverbot zu verurteilen. Sie meint, es sei erwiesen, daß Reinhard die „Schmücker-Hinrichtung" unterstützt habe, die der Gruppe um Ilse Jamdt vorgeworfen wird. Zu Anfang war er in dem Verfahren gegen diese Gruppe als Verteidiger tätig gewesen. Der Schmücker-Prozeß selber ist erst kürzlich neu aufgerollt worden. Und es gibt Zweifel daran, daß die bisher verbreitete Version über den Tathergang stimmt. Die dunkle Rolle des Verfassungsschutzes, für den Schmücker tätig gewesen war, kommt in der Prozeßwiederholung möglicherweise etwas ans Tageslicht. Gemeinsam ist den Prozessen gegen RA Reinhard und gegen die Wolfsburger Gruppe, daß sich wesentliche Vorwürfe auf Aussagen des Kronzeugen Bodeux stützen!

Am Dienstag und Mittwoch (14.-15.11.) wird die Verteidigung plädieren und zwar jeweils um 9 Uhr im Strafjustizgebäude am Sievekingplatz in Hamburg. Das Urteil wird für Ende November erwartet.

IKAH Hamburg

---

40 Tagessätze für Beleidigung von drei Richtern

Wie schon im letzten AK kurz angekündigt, fand in der vergangenen Woche in Hamburg ein Beleidigungsprozeß gegen einen Gefangenen aus Hamburg-Fuhlsbüttel statt. Er hatte sich über die Nicht-Aushändigung des ARBEITERKAMPFS beschwert. Die Beschwerde war abgewiesen worden. Der Gefangene hatte daraufhin bei der nächsten Instanz Rechtsmitte' eingelegt und in einem ausführlichen Schriftsatz seiner Empörung Ausdruck verliehen, und dabei Vergleiche zur NS-Zeit gezogen. Wegen dieser Vergleiche, die sie auf sich und ihre Arbeit bezogen, fühlten sich drei Hamburger OLG-Richter beleidigt. Für das Gericht war der Fall klipp und klar: 40 Tagessätze Geldstrafe — 40 „Tagesverdienste".

IKAH Hamburg

„Die Meinungsfreiheit eines Richters gilt nicht uneingeschränkt"

So kommentierte die HAZ vom 4./5.11.78 die Entscheidung des Dienstgerichtshof für Richter am Oberlandesgericht Celle, dem Hildesheimer Richter Vultejus einen Verweis zu erteilen. Gleichzeitig wurde in dem Verfahren bestätigt, daß Vultejus' Ausschluß aus einem bereits länger zurückliegenden Prozeß im Juli 1976 „rechtens" war.

Vultejus hatte damals in der Presse einiges Aufsehen erregt, als er den Verkaufsleiter einer Plattenspielerfirma — angeklagt wegen der Behinderung von Betriebsratswahlen — per Haftbefehl vor Gericht vorführen lassen wollte. Verteidiger RA Augstein stellte daraufhin Befangenheitsantrag gegen Vultejus. Begründung: dessen Aktivitäten in der ÖTV. Diesem Antrag wurde (allerdings ohne die Angabe von Gründen) stattgegeben. Der Direktor des Amtsgerichts Hildesheim, Herrmann Freudenberg, CDU-Mitglied und Mitglied des konservativen Richterbundes, dementierte, daß bei seiner Entscheidung die Angehörigkeit zur ÖTV eine Rolle gespielt habe. Ausschlag habe die „überzogene" Maßnahme des Haftbefehls gegeben. Das Urteil des Dienstgerichtshofs straft nun den Amtsgerichtsdirektor Freudenberg Lügen. Zwar wollte der Vorsitzende *„nicht in Zweifel ziehen, daß seine (Vultejus')Gewerkschaftszugehörigkeit seine Rechtsprechung nicht beeinflusse"*, aber: *„Vultejus habe als engagiertes Gewerkschaftsmitglied in einem Verfahren gegen einen Arbeitgebervertreter nicht objektiv urteilen können."*(Az.: DGH 3/78)

Der Verweis bezieht sich auf ein Interview in der „Metall" (14/76), das Vultejus nach dem Ausschluß aus dem Verfahren gegeben hatte. Er erklärte dort, daß *„Gerichte Täter mit weißem Kragen anders behandeln"* und schrieb dies der überwiegend konservativ eingestellten Richterschaft zu. Damit, so der Dienstgerichtshof, habe Vultejus *„dem Ansehen der Richter und Gerichte öffentlich geschadet"*. Und weiter: *„Auch für Richter gelte das Recht der freien Meinungsäußerung. Ihnen sei aber verwehrt, mit Kritik an richterlichen Entscheidungen die Flucht in die Öffentlichkeit anzutreten, ohne zuvor auf internem Wege eine Klärung gesucht zu haben."* (HAZ 4./5.11.78)

Es ist offensichtlich, daß mit Vultejus einer der wenigen fortschrittlichen Richter getroffen werden soll. So hatte er erst kürzlich eine Fachtagung des niedersächsischen Justizministerium gerügt, *„bei der Richter in einer Art Planspiel das Verhalten in Terroristenprozessen übten"* (HASZ, 28./29.10.). Darüberhinaus kann aber die Anerkennung von gewerkschaftlichen Aktivitäten als Befangenheitsgrund sicherlich auch für andere Prozesse Auswirkungen haben.

KB/Gruppe Hannover

Offener Brief von P.P. Zahl an Horst Mahler

Sehr geehrter Herr Mahler,

Mit Schreiben vom 12.9.1978 bat ich Sie, mir, ggfls. in Form einer Erklärung an Eides statt, 15 Fragen über Ihren Haftstatus zu beantworten.

Sie taten dies nicht, sondern wiesen in einer kurzen Notiz vom 24.9. lediglich darauf hin, für Sie gälten ,,die gleichen Haftbedingungen wie für die übrigen ca. 600 in der Teilanstalt II der JVA Tegel untergebrachten Gefangenen." Dieser Vollzug unterscheide ,,sich sehr erheblich von demjenigen für Staatsschutzgefangene."

Mit kurzem Brief vom 27.9. wiederholte ich daraufhin meine Bitte und erklärte ein zweites Mal den Zweck meiner Fragen, nämlich durch Beschreiten des sog. Rechtsweges dem neuen Strafvollzugsgesetz ,,Fleisch geben" zu wollen, und sei es im Wege der Grundsatzklage vor dem Verfassungsgericht wegen Verletzung einiger Verfassungsartikel, insbesondere des Rechts auf gleiche Behandlung (Art. 3 GG).

Mit Schreiben vom 14.10.1978 nehmen Sie endgültig Stellung: Sie lehnen die Beantwortung der Fragen ab. Das ,,Geschrei über die Haftbedingungen" meinen Sie, ,,war und ist der Stoff, mit dem Mitleidskampagnen gefüttert werden, die nichts anderes sind als Rekrutierungsunternehmen für die RAF und ihre Ableger." Daran, so Sie, wollten Sie sich ,,in keiner Weise beteiligen". Sie verweisen auf Haftbedingungen politischer Gefangener ,,während des ersten Weltkriegs und in der Weimarer

politischer Gefangener ,,während des ersten Weltkriegs und in der Weimarer

Zeit" und sagen, ,,daß wir mit der Folterkampagne eine schwere Schuld auf uns geladen haben: wir haben die Menschen draußen, die uns als Genossen geglaubt und vertraut haben, belogen" und verweisen im übrigen darauf hin, ,,ob Du unter den gegebenen Haftbedingungen kaputt gehst oder nicht, hängt nicht von diesen Bedingungen, sondern von Dir allein ab."

Der Lebensweg des Menschen Horst Mahler rundet sich: vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten über die Schlagende Verbindung in die SPD; von der SPD über den sds zur RAF, von der RAF zur KPD A-Null, von der A-Null zum Rezipienten des Frühen Marx (das muß so etwa im vorigen Jahr gewesen sein, und einem Freund, der sich über Deine immer neuen und immer mit strenger Formallogik entwickelten neuen Standpunkte wunderte, schrieb ich, Deinen Lernprozeß irgendwie anerkennend, nun stündest Du da, wo wir schon vor über 10 Jahren standen), aber der Intellektuelle Horst Mahler fraß sich im Knast weiter durch die Bücherberge: in Deinen kürzlich erschienenen Artikeln im ,,Neuen Forum", Wien, warst Du schon im Eileschritt bei Hegel und — Tocqueville, und zwar in einer Form, die selbst den redlichen Sozialdemokraten Nenning, der seit einigen Jahren das Bündnis von progressiver Sozialdemokratie und ,,progressivem Kapital" beschwört, schon etwas zu weit ging, und nun, Herr Mahler, stehen Sie wieder kopf, rechts vom RCDS und den Schlagenden Verbindungen, rechts von den Justizministern der Länder, rechts, wo die Börse schlägt. Der Jurist Mahler, doch ein Jesuit? Mea culpa, mea maxima culpa geschrien, daß selbst jene, die Ihnen daraufhin die Halb- oder Zweidrittelstrafe schenken sollen, sich leicht angeekelt abwenden?

Man lese einen Satz wie,,,ob Du an den gegebenen Haftbedingungen kaputt gehst oder nicht, hängt nicht von diesen Bedingungen ab, sondern allein von Dir" mehrmals, lese dazu einen Hinweis , ,,nur mal so am Rande: Max Hölz brauchte bestimmt keine Stunde, um nach einer Zellenfilzung seine Sachen wieder in Ordnung zu bringen", den auf e i n e n Überlebenden aus höllischer Zeit, mit dem Sie, Herr Mahler, nicht mehr das geringste zu tun haben. Jene, die damals nicht überlebten, Selbstmord machten oder geselbstmordet wurden, jene, die physisch und psychisch gebrochen rauskamen, keine Silbe wert; der eine Überlebende aus dem Weimarer Knast genügte Herrn Mahler, darzustellen, wie ,,human" gegenwärtige Haftbedingungen seien — gemessen an damaligen.

Sind sie's wirklich? War Hölz Staatsschutz- oder Strafgefangener? War er in der Hand von Dr. Herolds Soldaten? Gab es damals Forschungsprogramme mit der ,,camera silens" in den Hamburg-Eppendorfer Universitätskliniken?

Die nach relativ kurzer Zeit Knast entlassenen Astrid Proll, Carmen Roll, die ,,beschränkt Verhandlungsfähigen" oder überhaupt nicht mehr Verhandlungsfähigen aus Stammheim, Kaiserslautern, Bochum, Köln-Ossendorf, die an Magen-Darm-Krankheiten schwer laborierenden Werner Hoppe, Werner Schlegel, Lothar Gend — schiere ,,Phänomene"? Und all die anderen, denen nur, achselzuckend oder zynisch, ,,vegetative Dystonie" attestiert wird, nicht von ,,Sympathisanten", sondern Amtsärzten, auch Sie Bedingungen unterworfen, denen sie, wie ein Horst Mahler, ganz simpel dadurch entrinnen könne, zögen sie sich selbst nur am eigenen Zopf aus dem Sumpf?

Ob einer kaputt geht oder nicht, ,,hängt allein von Dir ab", so der sich positiv zur Leibniz'schen Monade bekennende H.M., dessen Marx-Lektüre gewiß ,,Jugendsünde" war — wie so vieles.

In widerlichster Weise unterstellen Sie mir, Herr Mahler, über Haftbedingungen ein ,,Geschrei" anzustimmen. Ist es ,,Geschrei", Menschenrechte, Verfassungsrecht und Strafvollzugsgesetz einzuklagen?

In widerlichster Weise unterstellen Si mir, Herr Mahler, mit diesem ,,Geschrei" etwas, das Sie ,,Mitleidskampagnen" zu nennen belieben, zu ,,füttern".

Mitleid auch bei Ihnen eine Sünde, die es zu meiden gilt wie die Erbsünde, ein altes Laster? Paßt Mitleid nicht in den Katalog der Staatstugenden, deren Loblied auch Sie in letzter Zeit mitsingen?

In widerlichster Weise unterstellen Sie mir, der ich mit Hilfe von Anwälten, Freunden und Menschen, deren Gehirne und Herzen noch nicht staatsfromm verfault oder gefroren sind, Menschenrecht, Verfassungsrecht und Gesetz einklagen und erzwingen will, via ,,Geschrei" und Appelle ans Mitleid ,,für die RAF und ihre Ableger Rekruten" mobilisieren zu wollen. Das, allerdings, ist die Logik der Macht, der Machthaber und Ihrer Medienhuren, die wie Sie, Herr Mahler, Folterhaft eine ,,angebliche" nennen — um sie in aller Ruhe und ohne Mitleid von keinem ,,Geschrei" gestört zu praktizieren.

Wer den Rechtsweg benutzt (der ja noch manchmal gangbar ist, auch wenn er durch neue Gesetze und Gerichtsbeschlüsse beschwerlicher wurde), ,,rekrutiert ... noch mehr junge Menschen (die sich) aus Mitleid mit den Gefangenen und Empörung über angebliche Folterhaft in den politischen Untergrund treiben lassen'; so weit denkt nun auch der Herr Mahler. Wo leben wir denn, und wo lebt der Herr Mahler? (In Tegel, in ,,Normalvollzug", im Gegensatz zu über 99% der politischen Gefangenen und Guerilleros in der BRD und Westberlin.)

Man schneide Gefangenen die Zunge ab, und sie können nicht mehr schreien über das Unrecht, das ihnen im Namen des Rechts angetan wird.

Man schaffe das Mitleid ab, und kein Gefangener kann noch daran appellieren.

Man regeneriere sich im Normalvollzug von den Folgen der ,,strengen Isolationshaft" im alten, trotz allem vitalen Knast Moabit, und nenne die Bedingungen, die bei weitem schlimmeren, unter denen andere, anderswo, noch immer leiden, ,,angebliche", dann braucht da keine politische Identität gebrochen zu werden, denn da war keine gewesen. Oder eine höchst biegsame, schmiegsame, die nun exakt die Sprache jener spricht, die einen einst der strengen Isolationshaft (die's somit gegeben haben muß, wie ein Herr Mahler freimütig zugibt) unterworfen hatte .

Der Skandal, Herr Mahler, besteht nicht in ,,dem Mitleid und der Empörung junger Menschen", die sich ,,in den politischen Untergrund treiben lassen"; der Skandal besteht vielmehr in der Mitgleidlosigkeit und Ungerührtheit der vielen, die die Verbrechen gegen die Menschenrechte hinnehmen, ja bejahren, in der Hartherzigkeit und Ignoranz der vielen, die sich später nicht darauf werden berufen können, ,,nichts gewußt" zu haben und jene Empörung der wenigen jungen Menschen erst ermöglichen, die, politisch gesehen, ,,schlimmeres begehen als Verbrechen, nämlich Eseleien" (Lenin — Ihr Guru noch vor wenigen Jahren).

Diese ,,Eseleien", die falsche Politik der Wenigen, der Verzweifelten und Verzweifelnden, zu v e r h i n d e r n, ging und gehe ich an die Öffentlichkeit und sage, was in diesem Lande mittlerweile wieder möglich ist, und appelliere in der Tat an das Bessere in den Menschen, zu dem Mitleid unabdingbar gehört und Menschenliebe; um ,,Eseleien" zu verhindern, hatte ich Sie gebeten, Herr Mahler, wie andere Gefangene, eine Schilderung des ,,normal" genannten Haftstatus zu geben, damit er — für alle! — einklagbar werde, möglich werde.

Ich wollte und werde weiterhin die Bekanntheit meiner Person und meines (typischen und tiefen) ,,Falles" als Vehikel nehmen für die Verbesserung des Status, der Haftbedingungen a l l e r Betroffenen. Vier von etwa hundert Gefangenen waren im vergangenen Jahr vom höchsten erkennenden Gericht dieser Republik aus der Kontaktsperre genommen worden. Ich gehörte zu diesen vier. Also läßt es sich an meinem B e i s p i e l exemplifizieren, daß in Sachen Haftbedingungen nicht Justizminister und BGH federführend sind, sondern der Staatsschutz; und daß gegen diesen und seine Methoden allerdings die moralische und politische Kraft des Besseren Deutschland mobilisiert werden können, und zwar, Herr Mahler, nicht nur für P.P.Zahl, sondern für a l l e Betroffenen. Weil die Menschenrechte unteilbar sind!

Als Sie (zusammen mit Jürgen Bäcker) vor einiger Zeit in Presse und Fernsehen eine Kritik der RAF leisteten, äußerten sich einige hohe Justizverwaltungsbeamte hier abschätzig über Sie und nannten Ihr Papier und Ihr Interview eine ,,Zwei-Drittel-Rede", also ein öffentliches Schuldbekenntnis des Delinquenten, um vorzeitig aus der Haft entlassen zu werden. Ich habe dieser Meinung damals widersprochen; ich hielt Ihren Sinneswandel und Ihre Selbstkritik für ehrlich. Mit Ihrem Brief vom 14. Oktober 1978 an mich, jedoch, zeigten Sie, daß es nicht gut um Sie steht, daß Sie zum Bauchredner der Herren des Morgengrauens geworden sind, daß Sie zu einer echten Selbstkritik gar nicht fähig sind, da sich Ihr Selbst alle naslang chamäleonhaft ändert, daß Sie, in einem Wort, weit über das hinausgelangt sind, was man von Ihnen fordert. Das ,,Vollzugsziel", heißt es im neuen Strafvollzugsgesetz, sei es, den Gefangenen zu befähigen, ,,künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen". Daß der ,,Vollzug der Freiheitsstrafe" seit Jahrhunderten exakt das Gegenteil bewirkt, sei hier einmal dahingestellt; fest steht, daß bei Ihnen das Ziel, Sie dahin zu bringen, nicht noch einmal aus dem Grunde, der Sie in den Knast gebracht hatte (Sie nennen ihn einen ,,politischen Irrtum"), wieder in ihn hineinkommen, erreicht ist. Nicht aber aus Einsicht, sondern aus Gründen der totalen Anpassung. Ginge es Ihnen nämlich um die ,,soziale Verantwortung", Sie hätten meine detaillierten Fragen nach Ihrem Haftstatus in Form einer Erklärung an Eides statt beantwortet, hätten mitgeholfen, der Klage vor Gericht, bei der Strafvollstreckungskammer, ein wenig mehr Gewicht und Chance zu verleihen; dann, Herr Mahler, hätten Sie gefragt: ,,Was kann ich tun, Euch zu helfen, der ich das Glück habe, unter einem Justizsenator im Knast zu sitzen, der noch nicht oder noch nicht völlig unter der Fuchtel des Staatsschutzes ist?"

Die zur Zeit ,,draußen" eine völlig verfehlte Politik machen und ,,Eseleien" begehen, die ,,schlimmer als Verbrechen" sind, und verfolgt und erschossen werden, haben zumindest das edle Motiv, helfen zu wollen, in einer Lage, einer Situation, die Mitmenschlichkeit, Mitleid, Liebe zunehmend sanktioniert, in der ein tiefes Durchatmen die Verfassung zunehmend aus der Verfassung bringt. Dieses Motiv brachte sie dazu, immer mehr das Gesicht ihrer und unserer Feinde anzunehmen — zu werden wie d i e: unbarmherzig. Unbarmherzig und zunehmend unfähig zu echter Analyse und konkreter Utopie.

Nicht das Sagen der Wahrheit, Herr Mahler, ,,treibt junge Menschen in den Untergrund", sondern die Fakten, die der Wahrheit zugrunde liegen. Zu diesen gehört, daß es eine funktionierende bürgerliche Öffentlichkeit in diesem Lande nicht mehr gibt. Zu diesen gehört, daß der Kampf um die Menschenrechte eine Sache der wenigen geworden ist, von Spezialisten, die als wenige erfolgreich ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden können. Daß dies Land starke und mutige Helsinki-Gruppen benötigt, welche die andauernde und schamlose — und nun auch selbst von Ihnen, Herr Mahler, geleugnete — pausenlose Verletzung von Menschenrechten von Gefangenen, insbesondere von Staatsschutzgefangenen in diesem Lande anprangert und bekämpft.

Erst eine demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit, die die Sache der Menschenrechte zu der ihren gemacht hat, verhindert, daß einige wenige verzweifeln und das ,,gut gemeinte" tun, also das Gegenteil des Guten.

Erst der Kampf größerer gesellschaftlicher Kräfte um die Menschenrechte auch der Geiseln des Staatsschutzes — denn daß politische Gefangene in diesem Lande genau das sind, bedarf keiner Erörterung mehr — verhindert zweierlei: zum einen, daß da wenige in eine vergebliche und schnelle Schlacht ziehen, die sie nicht gewinnen können, zum zweiten, daß die Gefangenen sich in das verwandeln, in das sich nun alles im Kapitalismus verwandelt hat: in Waren, die sich gegen andere Waren (sprich Menschenleben, Geld) austauschen lassen.

Es sind die Staatsschutzorgane, die bewußt und vorsätzlich, weil sie echte oder vermeintliche Gegenspieler zu ihrer Macht- und K mpetenzausweitung brauchen, die Verzweiflung und Verzweifelte und, in diesem Gefolge, deren Rechtfertigungsideologien produzieren und das, was da fälschlicherweise ,,Untergrund" genannt wird. Nicht Mitleid mit Gefangenen und Empörung über Folterhaft treiben in den ,,Untergrund", sondern die Mitleidlosigkeit der Macher und der Verwalter der Krisen und die Empörungslosigkeit der vielen, die diese zulassen.

Max Hölz, den Sie erwähnen, Herr Mahler, ,,brauchte" vielleicht ,,keine Stunde, um nach einer Zellenfilzung seine Sachen wieder in Ordnung zu bringen" (als wäre d a s der Punkt), er und seine Genossen, gegen die die RAF schier ein ,,Kindergarten" war und ist, wußte sein Menschenrecht jedenfalls verteidigt vom Anderen, vom Besseren Deutschland. D a s gab ihnen die Kraft zum Aushalten im Knast und ihren Genossen die Kraft, keine individuellen Lösungen zu suchen, wo gesellschaftliche nötig waren und sind. Die wahrhaft menschliche,

chen, wo gesellschaftliche nötig waren und sind. Die wahrhaft menschliche,

die gesellschaftliche und politische Lösung heute, jedoch ist die gleiche: Amnestie.

Nicht Amnestie für wenige Privilegierte, sondern für alle. Wir leiden nicht an Geruchshalluzinationen — es stinkt wirklich so im Land. Da muß Luft her, Durchzug, frischer Wind, ein neuer Anfang; da müssen alle Türen offen gemacht werden.

,,Eine Politik, die wirklich Zukunft will, muß den Bann lösen, der ganz prosaisch dieses Land geschlagen hat... Eine Amnestie muß her, ein ,,Gesetz zum Kontakt mit der zukünftigen Wirklichkeit"! (Ein deutscher Herbst, 1978)

So, Herr Mahler, meinten, mit meiner Frage nach Ihren Haftbedingungen ,,marschierte" ich ,,in eine Sackgasse."

Richtig ist, daß sich die Frage nach den Haftbedingungen nicht lösen läßt von der Frage der Verwandlung einer Stadtguerilla, die angetreten war gegen ,,das größte Verbrechen seit Auschwitz: den Vietnamkrieg" in eine ,,befreit-die-Guerilla-Guerilla"; richtig aber ist ebenso, daß wer die Haftbedingungen apostrophiert und Tatsachen ,,angebliche" nennt, nie aus der Sackgasse herauskommen wird: die Justizministerkonferenz nicht und Herr Mahler nicht, der sich unter der Hand und noch recht unbemerkt von der Öffentlichkeit in ihren Klaus Bölling verwandelt hat. ,,Ob Du an den gegebenen Haftbedingungen kaputt gehst oder nicht, hängt nicht von diesen Bedingungen ab, sondern allein von Dir," schrieben Sie, in dem (wohl vergeblichen) Versuch, sich in der Hölle ein paar kleine, private Asbestwände zu ziehen. So können Sie als resozialisiert und ,,wiedereingegliedert" gelten und entlassen werden — in die nächstbeste Konzernetage.

Ich dagegen ziehe es vor, gegen diese Bedingungen anzugehen. Mit legalen Mitteln und mit Hilfe jener Öffentlichkeit, die daran arbeitet, daß k e i n e r m e h r k a p u t t g e h t. Drinnen nicht, draußen nicht.

Es mag schade sein, daß Sie, Herr Mahler, früher einmal Bruder und Genosse, eskapistisch aus der Front für die Verwirklichung der Menschenrechte im BRD-Knast ausgeschert sind, es ist aber gut, daß Sie es mich und andere rechtzeitig wissen ließen. Ich wünsche Ihrem Kampf um die Wiederaufnahme des Verfahrens und eine baldige Entlassung viel Glück.

Sie werden verstehen, daß ich unsere Auseinandersetzung der Öffentlichkeit zugänglich mache; mir gegenüber jedenfalls braucht niemand an ,,Schuldgefühlen zu leiden und solche Überlegungen in sich zu unterdrücken" (so Sie); ich halte Kritik für die ,,selbstverständlichste Sache der Welt" (Brecht), kann sie aber nur akzeptieren, wenn ihre Voraussetzungen stimmen. Zu diesen gehört unabdingbar: die Feststellung und Benennung der furchtbaren Tatsachen, auch und vor allem jener, die Sie aus schändlichem O portunismus leugnen.

Freiheit und Glück — AMNESTIE FÜR ALLE!

P.P.Zahl

Vorläufig kein Hafturlaub für Horst Mahler

Der Antrag von Horst Mahler auf Hafturlaub liegt zunächst einmal auf Eis. Rechtlich hat Mahler seit dem 18.August dieses Jahres Urlaub vom Knast zu erhalten, da er am 18.August 1980 zwei Drittel seiner ,,Strafe" abgesessen hat und dann, aller Voraussicht nach entlassen wird. Nach Paragraph 13 des Strafvollzugsgesetzes ist bei ,,Langstrafen" eine Dauer von 21 Tagen Hafturlaub in den letzten zwei Jahren vorgesehen.

Mahlers Antrag ist — wie selbst die bürgerliche Presse unverblümt schreibt — wahltaktischen Manövern zum Opfer gefallen.

Justizsenator Meyer übernimmt dabei den Part, die Westberliner FDP als fortschrittliche Alternative herauszuputzen, indem ,,*er aus prinzipiellen Gründen der Gleichbehandlung der Auffassung [ist], daß Mahler nicht anders behandelt werden dürfe als jeder andere Häftling*"; er ,,*will nun offenbar ein Zeichen für Rechtsstaatlichkeit und Liberalität setzen*" (Tsp.v.25.10.).

Demgegenüber sind Innensenator Ulrich und der regierende Bürgermeister Stobbe gegen den Hafturlaub. Zunächst sprachen sie von einem ,,*Ausnahmecharakter*" in diesem Fall, inzwischen sind sie angeblich um die ,,*körperliche Unversehrtheit*" (FR 1.11.78) besorgt, angeblich während seines Hafturlaubs Opfer von Anschlägen seiner ,,*früheren Kumpane*" (Tsp. 25.10.) werden könne.

Dabei ist selbst der Westberliner Staatsschutz laut FR in einem internen Bericht an Generalbundesanwalt Rebmann der Meinung, es ,,*könnte zwar eine Gefährdung aus Kreisen terroristischer Gewalttäter hervorgehen, aber konkrete Anhaltspunkte liegen dafür nicht vor*". ,,*In der Vergangenheit sind vergleichbare Aktionen nicht bekannt. Der Mord an Ulrich Schmücker ist anders gelagert*".

Als ,,neutrale" Entscheidungsinstanz wurde inzwischen Bundesanwalt Rebmann angerufen, der sich natürlich aus ,,rechtlichen Gründen" gegen den Antrag Mahlers ausgesprochen hat. ,,*Nach bundeseinheitlicher Verwaltungsvorschrift zum Strafvollzugsgesetz, so wurde dazu erläutert, sind solche Täter von einer Urlaubsgewährung ausgenommen, die wegen terroristischer Delikte von einem Oberlandesgericht (in Berlin von einem Kammergericht) in erster Instanz verurteilt wurden*" (Tsp. 7.11.78).

Damit ist der bundesdeutschen ,,Rechtsstaatlichkeit" wohl zunächst einmal Genüge getan und der von der bürgerlichen Presse viel beschworene ,,Koalitionskonflikt" (,,FR") elegant beigelegt.

Um gleich Nägel mit Köpfen zu machen, hat Rebmann darüber hinaus beantragt, das Wiederaufnahmeverfahren des Mahler-Prozesses abschlägig zu bescheiden. Horst Mahler will mit diesem Wiederaufnahmeverfahren erreichen, daß seine Verurteilung wegen Bankraubes aufgehoben wird, die lediglich sich auf die Aussagen des ,,Kronzeugen" Ruhland stützen konnte.

Wir unterstützen den Antrag von Horst Mahler auf Hafturlaub und auf Wiederaufnahmeverfahren.
Nach wie vor gilt:
Freiheit für Horst Mahler !

KB-Westberlin

Berufsverbote: SPD und CDU vor der Einigung?

Drei Wochen lang durfte die Nation einen „erbitterten Glaubenskrieg" („FR") zwischen den Regierungsparteien und der Opposition verfolgen, durften die Jusos auf eine endliche Liberalisierung der Berufsverbotepraxis hoffen und an wundersame Entwicklungen in der SPD glauben. Am Mittwoch vergangener Woche griff dann die Bundesregierung in die Debatte ein. Betont nüchtern, mit „bemerkenswerter Umsicht und Vorsicht" (so Springers „Hamburger Abendblatt") und bewaffnet mit einer Reihe von Rechtsgutachten bereitete sie dem ganzen Rummel um eine „Reform des Radikalenerlasses" ein (sicherlich nur vorläufiges) Ende und holte die Geister, die nach Kloses erster aufsehenerregender Pressekonferenz zu liberalen Höhenflügen ansetzten, auf den Teppich zurück.

Die Schlußfolgerung, zu der die Ministerriege nach „eingehender Prüfung der Rechtslage" gekommen ist, ist verblüffend einfach: im Kern bleibt es, wie es ist. Regierungssprecher Grünewald mochte zwar diese Quintessenz der Kabinettssitzung nicht derart vulgär und für viele Hoffende nicht derart niederschmetternd zusammenfassen; sein kunstvoll formulierter Hinweis: *„es ist wohl nicht falsch, anzunehmen, daß der rechtliche Spielraum kleiner ist, als manche denken, die das Thema jetzt diskutieren"* – bedeutet jedoch im Klartext nichts anderes.

Nach der Kabinettssitzung vom 8.11. ist es wohl nicht falsch anzunehmen, daß der „unselige Beschluß" aus dem Jahre 1972, nachdem er von der SPD-Führung bereits drei bis fünfmal auf den Misthaufen der Geschichte befördert wurde, nun seine erneute selige „Auferstehung" feiern wird.

Spiel mit verteilten Rollen

Die Bundesregierung hat sich in den letzten Wochen bewußt jeder politischen Stellungnahme zu der Diskussion um die Berufsverbote enthalten. Während prominente Politiker von SPD und FDP landauf-landab ihren festen Willen bekräftigten, radikale Veränderungen vor allen Dingen in der Überprüfungspraxis durchzusetzen, spielte das Kabinett die Rolle des sachlichen, über dem Parteienstreit stehenden Prüfers der Rechtslage, der die Wünsche und Absichten der eifrigen Reformer mit den rechtlich Machbaren konfrontiert. Diese Konfrontation wurde dann allenthalben als „überraschend in ihren Ergebnissen" ausgegeben. Sowohl die Vor-

von SPD und FDP landauf-landab ihren festen Willen bekräftigten, radikale Veränderungen vor allen Dingen in der Überprüfungspraxis durchzusetzen, spielte das Kabinett die Rolle des sachlichen, über dem Parteienstreit stehenden Prüfers der Rechtslage, der die Wünsche und Absichten der eifrigen Reformer mit den rechtlich Machbaren konfrontiert. Diese Konfrontation wurde dann allenthalben als „überraschend in ihren Ergebnissen" ausgegeben. Sowohl die Vor-

stellungen von Klose (Klose ist im übrigen Jurist; bevor er Bürgermeister von Hamburg wurde, war er Staatsanwalt!) als auch das „Neun-Punkte-Programm" von Koschnick (siehe AK 141) wurden genau in den Punkten als „verfassungsrechtlich bedenklich" verworfen, die als Beweis für eine „Liberalisierung" der Berufsverbotepraxis dienten.

Dabei haben Vogel und Baum, die das entscheidende Gutachten für die Bundesregierung erstellten, nichts anderes gemacht, als das Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahre 1975 zu referieren und die einschlägigen Bestimmungen der Beamtengesetze aufzulisten. Prompt sind sie dann zu dem höchst überraschenden Ergebnis gekommen, daß die Rechtslage nicht nur mit der alten Handhabung des „Radikalenerlasses" übereinstimmt, sondern diese auch zwingend erfordert.

Und so stellt sich der Ablauf der Dinge als gekonntes Spiel mit verteilten Rollen dar:

- führende SPD-Politiker inszenieren eine von zerknirschter Selbstkritik triefende „Liberalisierungskampagne", die recht hübsch in die Endphase der hessischen Wahlschlacht hineinpaßt. Diesmal endlich sei es den SPD/FDP-regierten Ländern ernst mit der „Reform der schrecklichen Überprüfungspraxis".
- Die CDU heult auf und verspricht, auf der Straße zu kämpfen, um zu verhindern, daß „unsere Kleinen" in der Schule von den „Roten" verdorben werden.
- Nachdem einige Ministerpräsidenten (Börner, Späth) wechselseitig Gesprächsbereitschaft beteuern, nimmt sich die Bundesregierung der Sache an und steckt „den rechtlichen Rahmen" ab, der leider „kaum Spielraum für eine Reform" hergibt.
- Am Ende steht eine feierliche Ministerpräsidentenkonferenz mit Schmidt an, von der die demokratische Bewegung keinesfalls Fortschritte, sondern eher das Gegenteil erwarten kann.

„...das kann allenfalls das Oppositionslager frohstimmen!"

Am 3.11. verkündete der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Zimmermann, daß *„die Wiederherstellung der Gemeinsamkeit nur in der Rückkehr der Koalitionsparteien, nicht aber im Aufeinanderzubewegen bestehen kann"* („Welt", 3.11.).

Sechs Tage später kommentierte der CSU-Mann den Kabinettsbeschluß zur Handhabung des Radikalenerlasses so: **„Mit dieser Darstellung kann auch die Opposition zufrieden sein!"** (Zimmermann in einer ARD-Fernsehdiskussion am vergangenen Donnerstag). Die Zufriedenheit der CSU wird verständlich. Der Beschluß lautet nämlich zusammengefaßt so:

1. *Auf die Erfordernis der Verfassungstreue kann bei der Einstellung oder bei der endgültigen Übernahme in den öffentlichen Dienst nicht verzichtet werden. Der Staat muß die Verfassungstreue der Bewerber überprüfen und zu einem Urteil gelangen, das zugleich eine Prognose über das Verhalten der Beamten enthält. Dieses prognostische Urteil muß sich jeweils auf eine von Fall zu Fall wechselnde Vielzahl von Elementen und deren Bewertung gründen.*

Also: Je größer die Vielzahl der bewerteten Elemente, sprich die gesammelten Erkenntnisse des Verfassungsschutzes und der Schulbehörde über „Handlungen, Äußerungen und Unterlassungen" ist, desto treffsicherer die Prognose.

2. *Für die Beurteilung der Verfassungstreue reicht das dienstliche Verhalten nicht aus. Nach dem geltenden Beamtenrecht muß der Beamte j e d e r z e i t die Gewähr bieten, für die scheinheilig-demagogische-Grundordnung einzutreten.*

Also: Auch das „außerdienstliche Verhalten" muß überprüft, erspitzelt werden. „Teilzeitdemokraten" (Baum) sind im öffentlichen Dienst unerwünscht!

3. *Die Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen" Partei oder Organisation kann für die Ablehnung allein nicht maßgebend sein. Sie kann aber durchaus für das prognostische Urteil über die Bewerberpersönlichkeit relevant sein.*

Dies ist exakt die Festschreibung des status quo, wie er durch das BVG-Urteil von 1975 bestimmt worden ist.

4. *Die R e g e l anfrage beim Verfassungsschutz ist nicht notwendig. Verfassungsrechtlich bedenklich aber wäre es, wollte man die Anfrage generell oder für bestimmte Bereiche ausschließen.*

Das „Hamburger Abendblatt" interpretiert diesen „heißumkämpften" Grundsatz treffend so: *„Es darf (!) also angefragt werden, regelmäßig oder in bestimmten Einzelfällen"* („Hamburger Abendblatt", 9.11.). Inzwischen hat der saarländische Landtag den Beschluß gefaßt, „auf Regelanfragen beim Verfassungsschutz zu verzichten", wie die bourgeoise Presse betrügerisch schreibt. In Wahrheit handelt es sich um das, was man treffend mit dem Begriff „kosmetische Operation" beschreiben kann: Die (Regel-)Anfrage wird auf denjenigen Kreis von Bewerbern eingegrenzt, den die Behörde nach Prüfung sämtlicher anderer Kriterien tatsächlich einstellen will („letzte zu prüfende Einstellungsvoraussetzung").

Die „FAZ" entdeckte des *„Rätsels Lösung* (immerhin wird das Saarland von der CDU geführt)" dann auch darin, *„daß nicht zweifelsfrei verfassungstreue Bewerber gar nicht erst in die engere Wahl* (für eine Verbeamtung, d.R.) *kommen"* („FAZ", 6.11.).

Mit anderen Worten: geht man davon aus, daß angesichts der Rationalisierungen im öffentlichen Dienst (Lehrerarbeitslosigkeit!!) ohnehin nur ein kleiner und weiter abnehmender Teil der Bewerber in die engere Wahl für einen Beamtenjob gezogen werden, so kann getrost auf eine (höchst unsinnige und uneffektive) Regelanfrage für a l l e Bewerber beim Verfassungsschutz verzichtet werden. Es reicht, wenn diejenigen, die nach eingehender Prüfung ihres „tatsächlichen Verhaltens" während der Probezeit eingestellt werden sollen, noch einmal – um auf Nummer Sicher zu gehen – routinemäßig beim Verfassungsschutz überprüft werden. Stoltenberg (CDU) hat dies bereits als gangbaren „Kompromiß" im Parteienstreit bezeichnet.

5. Nur wenn die Behörde überzeugt ist, daß der Bewerber verfassungstreu ist, darf sie ihn einstellen. Wiederum dürfte Springer mit seiner Interpretation richtig liegen: *„Damit ist auch der Koschnick-Vorschlag kaum haltbar, grundsätzlich und ungeprüft zunächst einmal von der Verfassungstreue eines jeden Bewerbers auszugehen"* („Hamburger Abendblatt", 9.11.).

Sofern das jemals wirklich Koschnicks Absicht war...



„Kompromiß" in Sicht

Wochenlang haben führende SPD-Mitglieder mit massiver Unterstützung ihrer Hofpresse ihren „Fehler" eingestanden, den sie in der „Radikalenfrage" begangen hätten. Unterstützt von den demagogischen Attacken der CDU/CSU („Die SPD liefert unsere Kinder den Kommunisten aus!") und von der grotesken Treuherzigkeit beträchtlicher Teile der Berufsverbotegegner („Die SPD geht endlich in die richtige Richtung!") wurde von der SPD die Illusion geschürt, daß nach Jahren kontinuierlicher Verschärfung der politischen Unterdrückung in der BRD das große Umdenken im Regierungslager eingesetzt habe.

Heute kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die „prinzipiellen Differenzen" zwischen den Regierungsparteien und der Opposition in der Berufsverbotefrage demagogische Scheingefechte waren, unabhängig davon, wie ernst die SPD-Linke eine „Liberalisierung" wünscht. Aber: seit wann macht die Linke in der SPD die Politik, und seit wann gehören Klose, Koschnick und Brandt dem „linken Flügel" an?

Wo noch vor wenigen Tagen die CDU Volksbegehren gegen die „Kommunistenpläne der SPD" inszenieren wollte, herrscht heute wohlwollende Anerkennung für die SPD-Vorschläge bis weit in die CSU hinein. Die pflichtgemäßen Ausfälle einiger Unions-Politiker („Bonn beugt sich dem Diktat Moskaus") können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Opposition kaum noch der Plausibilität entziehen kann, die die „Reform"bestrebungen der SPD für eine Effektivierung der Berufsverbotepraxis ausübt. Die Gesprächsbereitschaft, die von beiden Seiten Tag für Tag beteuert wird, müßte eigentlich auch beim letzten

SPD-Vorschläge bis weit in die CSU hinein. Die pflichtgemäßen Ausfälle einiger Unions-Politiker („Bonn beugt sich dem Diktat Moskaus") können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Opposition kaum noch der Plausibilität entziehen kann, die die „Reform"bestrebungen der SPD für eine Effektivierung der Berufsverbotepraxis ausübt. Die Gesprächsbereitschaft, die von beiden Seiten Tag für Tag beteuert wird, müßte eigentlich auch beim letzten

Zweifler die Alarmglocken schrillen lassen. Aus den Schritten, die gegenwärtig in CDU-regierten Ländern unternommen werden (auch hier wird ja mit Riesenschritten „liberalisiert") läßt sich das Ergebnis der absehbaren Einigung ablesen. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben die VS-Anfrage bei minderjährigen Bewerbern für den Öffentlichen Dienst abgesetzt. Das Saarland hat die Regelanfrage in völlig irrelevanter Weise eingegrenzt (s.o.). Die Zahl der Fälle, bei denen beim VS angefragt wird, soll sich also vermindern, was in Wirklichkeit aber belanglos ist, da eine Anfrage bei denjenigen, die ohnehin für eine Anstellung nicht in Frage kommen, für die Behörde in der Tat überflüssig ist und auch den Betroffenen weitgehend egal sein kann.

Was an substantiellen Veränderungen bleibt, sind die Ankündigungen, die politische Kontrolle über das „Schulgeschehen" selbst zu verschärfen:

- **den Vorbereitungsdienst zu einem politischen Nadelöhr auszurichten, was einwandfrei m e h r Gesinnungsschnüffelei für die Referendare, Auszubildenden usw. bedeutet,**
- **die Probezeit nach der Einstellung zu verlängern (zehn Jahre sind von Koschnick selbst ins Gespräch gebracht worden)**
- **das Disziplinarrecht gegen Beamte zu verschärfen oder zumindest „voll auszuschöpfen", d.h. verstärkt anzuwenden.**

Neben ungemein schönen Worten und einigen kosmetischen Veränderungen, was die Regelanfrage beim VS betrifft (mit dem Vorteil größerer Effektivität) sind dies die realen Verschlechterungen für die Masse der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, die auf der Tagesordnung stehen, wenn sich, wie es jetzt geplant ist, die Ministerpräsidentenrunde mit Kanzler Schmidt erneut zum Thema Radikalenerlaß zusammenfindet. Dies sollte Anlaß für gemeinsame Aktionen der Berufsverbotegegner sein.

Konkret stellen wir eine zentrale Demonstration zum Zeitpunkt und am Ort der Ministerpräsidententagung zur Diskussion und wenden uns mit diesem Vorschlag an a l l e Berufsverbotegegner, d.h. sowohl an den Kreis der das Russell-Tribunal unterstützenden Gruppierungen als auch an die der DKP nahestehende „Initiative Weg mit den Berufsverboten".

Diese Aktion sollte zeigen, daß der Widerstand einheitlich an der Forderung nach vollständiger Aufhebung der Berufsverbote und Wiedereinstellung aller Opfer der Radikalenpraxis festhält.



Im Zuge der Lockerung des Radikalenerlasses ...



Im Zuge der Lockerung des Radikalenerlasses ...



... ist vorgesehen ...



... erkälteten Lehrern das Unterrichten zu gestatten ...



... auch wenn der Hals noch sehr rot sein sollte.

Zum BVerfG-Urteil von 1975

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur politischen Treuepflicht der Beamten vom 25. Juli 1975 spielt in der gegenwärtigen Berufsverbotediskussion eine entscheidende Rolle.

Die Bundesregierung hat klargestellt, daß sie sich bei einer „Reform" der Berufsverbotepraxis insbesondere von diesem Urteil leiten lassen will.

Was das bedeutet, macht die Dokumentation der wichtigsten „Leitsätze" dieses Urteils deutlich:

1. Es ist ein hergebrachter und zu beachtender Grundsatz des Berufsbeamtentums..., daß den Beamten eine besondere politische Treuepflicht gegenüber dem Staat und seiner Verfassung obliegt.
2. Die Treuepflicht gebietet, den Staat und seine geltende Verfassungsordnung, auch soweit sie im Wege einer Verfassungsänderung veränderbar ist, zu bejahen und dies nicht bloß verbal, sondern insbesondere in der beruflichen Tätigkeit dadurch, daß der Beamte die bestehenden verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorschriften beachtet und erfüllt und sein Amt aus dem Geist dieser Vorschriften herausführt. Die politische Treuepflicht erfordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Vom Beamten wird erwartet, daß er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten sich lohnt. Politische Treuepflicht bewährt sich in Krisenzeiten und Konfliktsituationen, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift.

(...)

4. Es ist eine von der Verfassung (Art. 33, Abs. 5 GG) geforderte und durch das einfache Gesetz konkretisierte rechtliche Voraussetzung für den Eintritt in das Beamtenverhältnis, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten.
5. Der Überzeugung, daß der Bewerber die geforderte Gewähr nicht bietet, liegt ein Urteil über die Persönlichkeit des Bewerbers zugrunde, das zugleich eine Prognose enthält und sich jeweils auf eine von Fall zu Fall wechselnde Vielzahl von Elementen und deren Bewertung gründet.
6. Die sich aus Art. 33, Abs. 5 GG ergebende Rechtslage gilt für jedes Beamtenverhältnis für das Beamtenverhältnis auf Zeit, für das Beamtenverhältnis auf Probe und für das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit.

(...)

8. Ein Teil des Verhaltens, das für die Beurteilung der Persönlichkeit eines Beamtenanwärters erheblich sein kann, kann auch der Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei sein, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt – unabhängig davon, ob ihre Verfassungswidrigkeit durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellt ist oder nicht...

Entscheidend an den „Leitsätzen" ist die Definition der „politischen Treuepflicht": Die „politische Treuepflicht" eines Beamten wird auf eine totale, die gesamte Persönlichkeit (Fühlen, Denken, Handeln) umfassende Identifikation mit dem Staat und der jeweiligen Regierung ausgeweitet. Der Beamte soll nicht nur ein Diener des Staates, sondern sein höriger K n e c h t sein, der jederzeit „besonders in Krisenzeiten und ernsthaften Konfliktsituationen" mit und für seinen Herren durch dick und dünn geht.

Der „Leitsatz" 2 hat seine traurige Berühmtheit durch den niedersächsischen Kultusminister Pestel erlangt, der den niedersächsischen Professoren, die den „Buback-Nachruf" dokumentiert hatten, wörtlich die Passage des BVerfG-Urteils als zu unterschreibende „Treueerklärung" vorlegte.

Die Einstellungsbehörde (also die Exekutive) ist nicht nur berechtigt zu entscheiden, ob ein Bewerber diese Kriterien erfüllt, sondern auch v e r p f l i c h t e t , ein „prognostisches Urteil" über einen Bewerber zu fällen.

denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift.
(...)
4. Es ist eine von der Verfassung (Art. 33, Abs. 5 GG) geforderte und durch das einfache Gesetz konkretisierte rechtliche Voraussetzung für den Eintritt in das Beamtenverhältnis, daß der Bewerber die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten.
Passage des BVerfG-Urteils als zu unterschreibende „Treueerklärung" vorlegte.
Die Einstellungsbehörde (also die Exekutive) ist nicht nur berechtigt zu entscheiden, ob ein Bewerber diese Kriterien erfüllt, sondern auch v e r p f l i c h t e t , ein „prognostisches Urteil" über einen Bewerber zu fällen.

DKP-Initiative will „konkretes Verhalten" beurteilt sehen

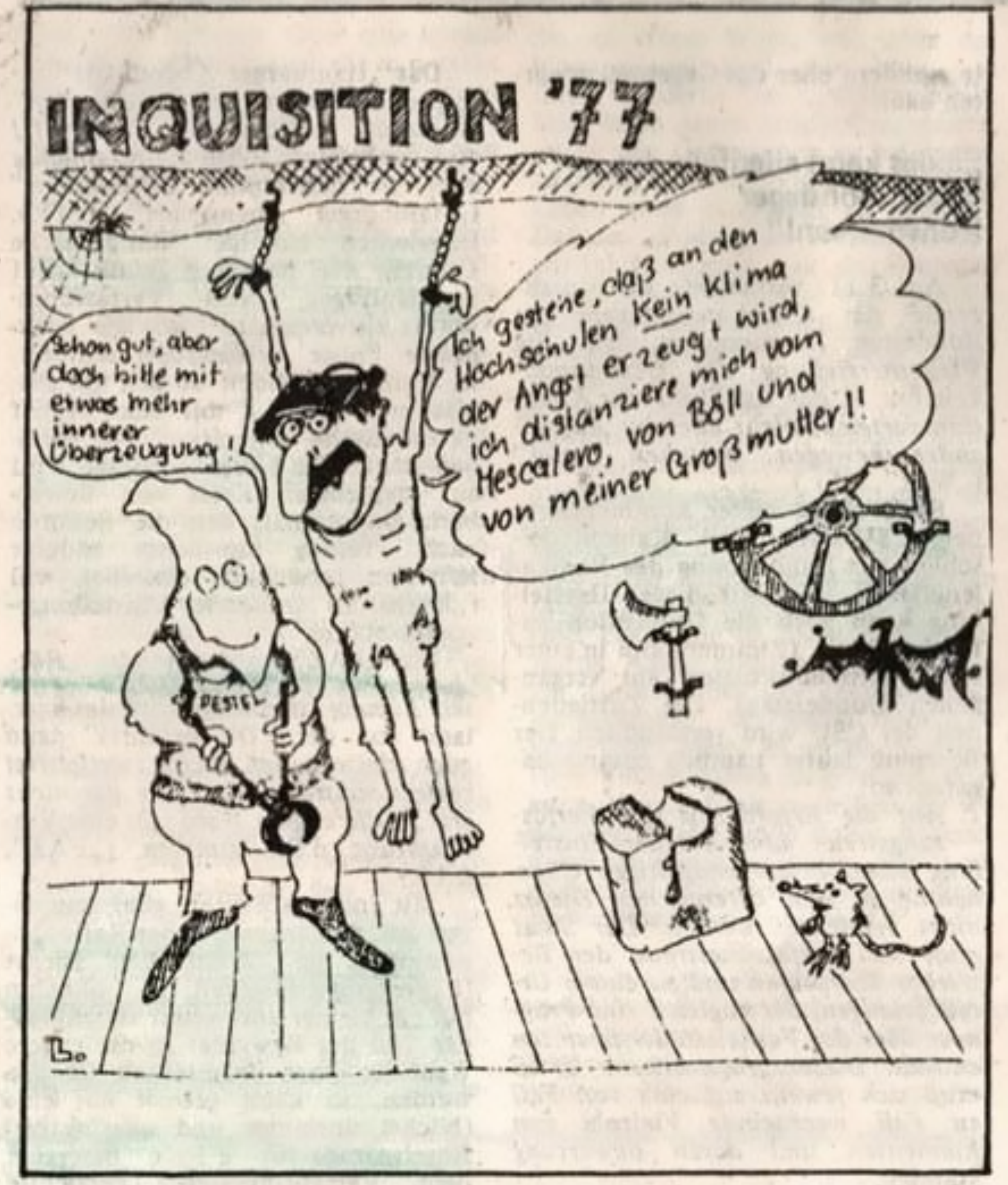
Nach den ersten noch vorsichtig gehaltenen Stellungnahmen der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" hat diese nun deutliche Signale in Richtung SPD gefunkt, daß sie ihren Teil beim Integrationsmanöver übernehmen will. In der neuesten Stellungnahme, abgedruckt in der „DVZ" vom 2.11., bescheinigt sie Klose, daß seine Vorschläge *„erstmals eine inhaltliche Veränderung im Sinne einer Lockerung der Praxis bedeuten"* würden, auch wenn dies *„noch nicht die Abschaffung der Berufsverbote"* sei.

Nach Ansicht dieser Initiative würden *„95 % der Fälle hinfällig werden"*, wenn *„die Mitgliedschaft ... keine Rolle mehr spielen würde"*. Das hieße also eine fast vollständige Aufgabe der Berufsverbote, was freilich der Aussage Kloses total widerspricht, daß mindestens 75 % der bisherigen Fälle auch weiterhin zu Berufsverboten führen würden. Kennt die Initiative vielleicht Kloses Absichten besser als er selbst? Denn dieser hat eben n i e vertreten, daß die Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen" Organisation k e i n e Rolle spielen soll. Vertreten hat er lediglich, daß die Mitgliedschaft a l l e i n nicht für ein Berufsverbot ausreichen soll, wenn der Beamte bzw. der Bewerber aus dieser Mitgliedschaft keine besonderen Aktivitäten ableite. (So in der Bürgerschaftssitzung am 11.10.: *„Damit sage ich n i c h t , daß es nur auf das dienstliche Verhalten eines Bewerbers ankommt, sondern ich sage ausdrücklich: Auch das außerdienstliche Verhalten spielt eine Rolle"*; zitiert nach „Staatliche Pressestelle Hamburg", 20.10.).

Noch ein Stück wirklichkeitsfremder ist die Behauptung, bei *„Wegfall der sogenannten Regelüberprüfungen ... würde die unheilvolle Schnüffelei eingeschränkt werden"* Nicht zuletzt von Klose selbst stammt der Hinweis, daß der Verfassungsschutz mit den bürokratischen Regelanfragen, die in der Regel eben nicht (bzw. zu wenig) gebracht haben, überlastet sei und nicht zu seinen „eigentlichen Aufgaben" kommen würde — eben zur Schnüffelei! Schließlich läßt sich die „Initiative" sogar dazu hinreißen, die absehbaren V e r s c h ä r f u n g e n, die mit der angeblichen „Liberalisierung" verbunden sind, zu begrüßen. *„Wenn erstmals das dienstliche Verhalten zur Grundlage der Beurteilung gemacht werden würde, wäre die Diskriminierung vieler politischer Aktivitäten eingedämmt."* Später stellt sie zur Veränderung der gegenwärtigen Praxis sogar die Forderung auf: *„Bei allen Beurteilungen ist vom konkreten Verhalten des einzelnen auszugehen."* Hat man etwa nicht bemerkt, daß es gerade darum geht, über die Einführung des Begriffs „Indoktrination" die konkrete Unterrichtspraxis von immer mehr Lehrern in die „verfassungsfeindliche" Ecke zu drängen. Zum anderen schwenkt die Initiative in diesem Punkt voll auf SPD-Kurs ein: Wer im Unterricht dieses Gesellschaftssystem grundsätzlich in Frage stellt, der gehört eben auch nicht in die Schule. Die Initiative deckt mit dieser Forde ung gleichzeitig auch die Schnüffelpraxis, die in den Schulen von reaktionären Eltern, Schülern und Lehrern begonnen werden soll.

Sie verschärft damit ihren Kurs, die Solidarität mit den Berufsverboteopfern der „K-Gruppen" zu verweigern, da diese nicht den gleichen Schwur auf das Grundgesetz leisten wie die DKP. Nicht umstonst wird von dieser auch hervorgehoben, daß ihre Mitglieder sich in der Schule politischer Aktivitäten im Sinne der DKP enthalten würden, denn sie hat die Regeln dieser Klassenschule anerkannt. Dies bedeutet: Sobald die DKP die kleinste Chance wittert, als Partei ein Häppchen mehr Legalität zu ergattern, wäre sie bereit, daß sich ihre Mitglieder im Schuldienst der strengsten Kontrolle unterziehen. Also strikte bürgerliche Pädagogik, die auch vor mißtrauischen (CDU-)Elternaugen noch bestehen kann. Die DKP würde selbst die Einschränkung weiterer Rechte der Lehrer (z.B. Verlängerung der Probezeit!) freudestrahlend hinzunehmen, wenn nur die Berufsverbote nicht länger wegen Mitgliedschaft in dieser Partei verhängt würden. Ja wenn ... denn der Handel ist wie üblich ohne den Wirt gemacht!

Sollte sich dieser Kurs in der Initiative durchsetzen, trägt sie damit zur weiteren Spaltung der Anti-Berufsverbotebewegung bei. Kaum kann sie sich jedoch davon erhoffen, daß die DKP ungeschoren wegkommt. Denn was konkretes „verfassungsfeindliches" Verhalten ist, bestimmt in diesem Land immer noch die Bourgeoisie und nicht die DKP.



Klose auf dem Prüfstand

Über eine Stunde bestritt Klose am 1.11.78 im III. Programm des Norddeutschen Fernsehens im Rahmen der Sendung „Auf dem Prüfstand".
sei, und andererseits die Verunsicherung der Jugend nicht in dem Maße fortsetzt, wie dies bisher der Fall war. So in etwa kann man

Klose auf dem Prüfstand

Über eine Stunde bestritt Klose am 1.11.78 im III. Programm des Norddeutschen Fernsehens im Rahmen der Sendung „Auf dem Prüfstand". Es ging hier um die sogenannte Reform der Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst. Bei den durchweg rechts ausgerichteten Podiumsteilnehmern und auch aus dem Publikum wurde Klose ausschließlich von rechts angeschossen. Dies machte sich auch bei der Auswahl der Zuschauertelefonanfragen bemerkbar – von links kam nichts durch. In dieser Situation konnte Klose zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen konnte er sich gegenüber den CDU-Positionen als „Liberaler" darstellen, und zum anderen konnte er die staatstragende Funktion seiner Vorschläge in breiter Form darstellen.

Ausgangspunkt seiner Überlegungen sei die Feststellung gewesen, daß große Teile der Jugend verunsichert und in Frontstellung zum Staat geraten seien (Beispiel: Bürgerschaftswahlen in Hamburg). Diese wieder zu gewinnen, sei sein hauptsächliches Ziel und nicht, wie ihm immer unterstellt werde, die Aufnahme von Kommunisten in den Staatsdienst. Bei einer Ablehnung von 16 (0,1 %) Bewerbern von insgesamt 16.000 durch den Verfassungsschutz in einem Jahr Überprüften, müsse man sich ein effektiveres Verfahren überlegen, das einerseits diese Extremisten aus dem Staatsdienst fernzuhalten in der Lage sei, und andererseits die Verunsicherung der Jugend nicht in dem Maße fortsetzt, wie dies bisher der Fall war. So in etwa kann man die Ausführungen Kloses zusammenfassen. Hinzu kommt noch: Kein grundsätzlicher Unterschied zwischen dienstlichem und außerdienstlichem Verhalten – keine starre Orientierung an einer formalen Mitgliedschaft, sondern konkrete Verhaltensbeurteilung, so könne man wenigstens auch gleich die KP-Chaoten erfassen, die keine formale Mitgliedschaft kennen; Diskussion und Reform des Disziplinarrechts, um ein flexibleres und schnelleres Reagieren zu ermöglichen – damit lag Klose voll auf der Koschnick-Linie.

Hierbei ist dann auch nicht überraschend, daß Klose auf die Frage einer rechten Elternvertreterin, wie man sich gegen Indoktrination in der Schule wehren könne, auf das Angebot seines früheren Schulsenators Apel verwies, der die Eltern im Rahmen der Terroristenhysterie aufgefordert hatte, sogenannte Indoktrination bei ihm zu denunzieren. Alles in allem – die Rechten konnten beruhigt ins Bett gehen. Klose hat keine Liebe zu den Kommunisten entdeckt und wird sich weiter dafür einsetzen, daß diese, wenn auch mit verändertem Verfahren, Berufsverbot erhalten.

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

Na also!

Klose stellt klar

Gegen die bösen Verleumdungen, er sei irgendwie links, hat sich der Hamburger Bürgermeister jetzt erfolgreich zur Wehr gesetzt. Möge dies auch (endlich) von den Linken zur Kenntnis genommen werden!

Gericht verbietet Springer-Verlag ehrenrührige Behauptungen

„Das Landgericht Hamburg hat dem Axel Springer Verlag mit einstweiliger Verfügung vom 20. Oktober verboten, zu behaupten oder zu verbreiten beziehungsweise behaupten oder verbreiten zu lassen,

– der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, insbesondere Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, befürworte die Einstellung von Kommunisten als Lehrer;

– Bürgermeister Klose verfolge den Plan, Kommunisten als Lehrer einzustellen.

Die „Bild-Zeitung" hatte solche ehrenrührigen Behauptungen in ihrer Berichterstattung über Kloses Äußerungen zum Extremisten-Beschluß aufgestellt.

Das Gericht hat dies nunmehr bei Vermeidung eines für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes verboten. Die Kosten des Verfahrens hat der Axel Springer Verlag zu tragen."

(Zitiert nach: „Staatliche Pressestelle Hamburg", 20.10.78)

„KPD": Schwierigkeiten mit der Vaterlandsverteidigung

Wie schon in AK 141 berichtet, greift die „KPD" nicht das demagogische Manöver der SPD-Führung um die Berufsverbote an, sondern deren angebliche Haltung gegenüber der DKP. So heißt es in der Stellungnahme der „Roten Fahne" (19.10.78): „Der Anstoß für die SPD-Debatte geht sicherlich auf Konsultationen der Bahr-Clique mit sowjetischen Führern zurück. Im Rahmen der Entspannungspolitik soll die moskauhörige DKP ... in Zukunft aus der Schußlinie genommen werden ... Kein Kommunist, kein Sozialist, kein Demokrat kann sich mit der Erklärung des SPD-Vorstands zufriedengeben, erst recht nicht, wenn ausschließlich die moskauhörige DKP geschont werden soll." Mit anderen Worten: die SPD-Führung treibt den „Ausverkauf der BRD" voran, indem die „5. Kolonne des Sozialimprialismus" in den Staatsdienst gehievt wird. Die logische Konsequenz aus dieser Erklärung, nämlich Berufsverbote für DKP-Mitglieder zu fordern, mochte die „KPD" jedoch (noch) nicht ziehen, da sie allzu große Schwierigkeiten für ihre Bündnispolitik erwartet. Sie tat gut daran, denn schon die oben zitierte Position stieß auf heftigen Widerstand. In der „Roten Fahne" vom 2.11. werden drei Leserbriefe abgedruckt, die sich alle in unterschiedlicher Weise gegen die offizielle „KPD"-Erklärung aussprechen.

Am schärfsten geht Gerd Heide, ein bekannter Hamburger Berufsverbotefall und Mitglied des Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher, ins Gericht. Nach einer Kritik, daß die „Rote Fahne" die beabsichtigte Verschärfung der Berufsverbote nicht herausarbeitet, geht er auf die oben zitierte Passage ein und schreibt: *„Das halte ich für Blödsinn! Mir fällt es schwer, noch höflich zu kritisieren. Durch diesen Satz wird der ganze Artikel diskreditiert. Ich sehe*

botefall und Mitglied des Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher, ins Gericht. Nach einer Kritik, daß die „Rote Fahne" die beabsichtigte Verschärfung der Berufsverbote nicht herausarbeitet, geht er auf die oben zitierte Passage ein und schreibt: „Das halte ich für Blödsinn! Mir fällt es schwer, noch höflich zu kritisieren. Durch diesen Satz wird der ganze Artikel diskreditiert. Ich sehe

schon, wie die zuständige KB-Kommission diesen Satz herausklaubt und mit Genuß – und mit gewissem Recht – eine Attacke im „Arbeiterkampf" reitet." (wie recht Du doch hast, Gerd! – Anm. der zuständigen KB-Kommission). Als Grund für die Manöver gibt er dann an: *„der Widerstand im In- und Ausland erfordert ein (vor allem kosmetisches) Manöver"*. Nun, was die Attacke betrifft, haben wir Gerd H. hoffentlich nicht enttäuscht. Nicht zustimmen kann man ihm jedoch, wenn er behauptet, dieser Satz würde den Artikel in der „Roten Fahne" diskreditieren, so als ob diese Position rein zufällig in die „RF" hineingeschwirrt wäre. Vielmehr ist er konsequenter Ausdruck der „antihegemonistischen" Linie der „KPD", nur das will Gerd H. offenbar nicht wahrhaben.

In den weiteren Leserbriefen wird bezweifelt, ob die DKP der „wesentliche Punkt" sei, und ob die DKP „für ihr undemokratisches Verhalten bekannt sei ...", in beiden Fällen mit Hinweis auf die breite Mobilisierung gegen das Berufsverbot für Hans Apel (SEW) in Westberlin.

In einem neuen Grundsatzartikel modifiziert die „Rote Fahne" scheinbar ihre Position, ohne jedoch direkt auf die Kritiken einzugehen. Aber eben nur scheinbar. Zwar wird stärker hervorgehoben, daß die „neue Praxis" in Wirklichkeit keine „Liberalisierung" ist, um dann jedoch wieder in der „Entspannungspolitik" die eigentliche Tücke auszumachen. Dabei kommt sie zu dem Schluß: *„Diese Verschränkung von SPD- und DKP-Politik* (gemeint ist sowohl die undemokratische Politik in der BRD als auch der „Ausverkauf" an die UdSSR; Anm. AK) *muß in der Tat aufgebrochen werden, will man hier eine demokratische Politik vertreten, die umfassend den Kampf um demokratische Rechte führt, unter Einschluß des Kampfes um Unabhängigkeit, Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gegen die Bedrohung durch die beiden Supermächte, insbesondere die Sowjetunion."*
Alter Dreck in neuen Kübeln!

Zwar zeigt sich, daß die Durchsetzung eines o f f e n vaterländischen Kurses der „KPD" Schwierigkeiten macht (immer noch, zum Glück!), aber der einzige Schluß, den diese Schlaumeier daraus ziehen, ist, einfach ein wenig vorsichtiger zu argumentieren. Änderungen der vaterländischen Grundrichtung gibt's bei der „KPD" nicht, taktische Variationen, wann und mit welcher Intensität dieser Kurs propagiert wird, umso mehr.

Jusos für Beamtenrechtsreform

In einer Erklärung ihres Bundesvorstands und -ausschusses setzen sich die Jusos für eine „grundlegende Veränderung des öffentlichen Dienstrechts" ein. Dafür fordern sie:

1. Der Staat habe von der „Verfassungstreue" seiner Bürger auszugehen.
2. Die Mitgliedschaft in einer Partei dürfe „kein Kriterium für die Bewertung eines Bewerbers oder Beamten" sein.
3. „*Vorgeschaltete Überprüfungsverfahren sind ersatzlos abzuschaffen*".
4. „*Zur Lösung von Konflikten ... reicht das geltende Disziplinarrecht aus*".
5. Keine Sonderbehandlung für den sogenannten „Sicherheitsbereich" (Richter, Staatsanwälte usw.).

Vor allem setzen sie sich für eine Trennung zwischen dienstlichem und außerdienstlichem Verhalten ein: „*Was die im öffentlichen Dienst Beschäftigten in ihrer Freizeit tun, geht den Arbeitgeber nichts an*", um dann jedoch mit dem Pferdefuß zu folgen: „*solange die Grenze der Strafgesetze beachtet wird.*" Frage an die Jusos: Ist das Berufsverbot für einen Lehrer, der mit einer Demonstration „Landfriedensbruch" begeht (z.B. Brokdorfdemonstrationen), gerechtfertigt? Diese Frage muß gestellt werden, weil die Strafgesetze eben nicht nur sogenannte „kriminelle" Taten umfassen, sondern ebenso p o l i t i s c h e Äußerungen und Aktivitäten. Gerade bei der zunehmenden Tendenz, politische Aktionen zu kriminalisieren, kann diese Frage nicht ausgeklammert werden.

Die Vorstellungen der Jusos für eine „grundlegende Veränderung des öffentlichen Dienstrechts" orientiert sich nach eigenen Aussagen am Beamtenrecht der Weimarer Republik. Damals wurde von den Beamten die „Treue zur Reichsverfassung" gefordert. Im Gesetz zum „Schutze der Republik" wurden die Beamten verpflichtet, „*in der amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten*" und alles zu unterlassen, „*was mit seiner Stellung als Beamter in der Republik nicht zu vereinbaren ist*". Worin hier der „Vorteil" gegenüber der jetzigen Regelung liegen soll, bleibt unklar. Denn w a s v e r e i n b a r mit der Stellung als Beamter ist, bestimmten in diesem Land immer noch die herrschenden Kräfte. Auch in der Weimarer Republik wurden Mitglieder der KPD aus dem Staatsdienst entlassen, weil sie eben nicht für die „republikanische Staatsgewalt", sondern für die Diktatur des Proletariats eintraten.

Vergleichbar mit einer Bindung an die Reichsverfassung ist heute der Schwur aufs Grundgesetz und auf dieses Gesellschaftssystem. Verfassungsgerichtlich verboten ist die Propagierung der sozialistischen Revolution. Also ist ein Berufsverbot für Leute, die das — dienstlich und außerdienstlich — nicht lassen können, gerechtfertigt?!

Leider muß man davon ausgehen, daß auch von den Jusos diese Spaltung in der Berufsverbotefrage vollzogen wird.

Bei dieser Orientierung bleibt immer die Frage, w e r tritt für das Grundgesetz ein und wer nicht? Und diese Frage beantworten, heißt Überwachungspraxis und nichts anderes.

Eine Verharmlosung der gegenwärtigen Situation und einen Liebesdienst ganz besonderer Art leisten sich die Jusos, wenn sie SPD und DGB bescheinigen: „*Die Organisationen der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und SPD, erhofften sich von der Verpflichtung der Beamten auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung eine Stärkung der jungen Demokratie*".

Jaja — es war alles s o gut gemeint. Dieser Schwachsinn ist eigentlich nur noch verständlich unter der Voraussetzung, daß es den Jusos gar nicht prinzipiell um die Aufhebung der Berufsverbote geht, sondern um die Beseitigung der „schlimmen Auswüchse" — sprich: nur der Berufsverbote gegen SPD-Mitglieder.

W.D. Narr: „Seid wachsam, Leute!"

In der Novemberausgabe der „links" hat sich auch das Sozialistische Büro in die Berufsverbotediskussion eingeschaltet. Die Stellungnahme von Wolf Dieter Narr hebt sich wohltuend von den meist naiven Beifallsbekundungen ab, wie sie in den letzten Wochen von den Jusos, der GIM und von Zeitschriften wie „konkret", „Pardon", „extra-dienst" zu hören waren.

Narr macht sich im Gegensatz zu diesen die Mühe, die Vorschläge der SPD k o n k r e t zu untersuchen. Er sieht in den von Koschnick verkündeten (inzwischen ja wieder überholten) Grundsätzen zwar auch „*Verbesserungen*", warnt jedoch andererseits davor, „*den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben*".

Narr vermutet, daß „*die große Verunsicherung ... sich vom Bewerberkreis, wo sie spektakulär und öffentlich ausfallen muß, in den Kreis der öffentlich Bediensteten*" verlagert, da die SPD offenbar nach der Maxime verfahren wolle: „*die Zugangsbedingungen sollen allgemein erleichtert, die Hinausschmeißmöglichkeiten in gleichem Maße erhöht werden.*"

Damit drohe „*die Korrektur eines ‚verhängnisvollen Irrtums' ... durch einen zweiten in gleicherweise verhängnisvollen, nicht entschuldbaren Irrtum erkauft zu werden*".

Narr kritisiert weiter, daß die SPD offenbar überhaupt nicht daran denkt, die Aktivitäten des Verfassungsschutzes einzuschränken und den Apparat, der sich auf der Grundlage des Radikalenerlasses aufgebläht hat, zu entflechten. „*Man muß auch den Apparat verändern; sonst arbeitet er fröhlich unter der Erde weiter.*"

Narr fragt sich, ob er nicht vielleicht schon „zu mißtrauisch" geworden sei, fordert aber als Fazit eindeutig auf: **„Seid wachsam, Leute!"**

MELDUNGEN

Während die Sozialdemokratie wieder einmal erregt darüber debattiert, daß die Mitgliedschaft bzw. die „bloße Mitgliedschaft" in einer „verfassungsfeindlichen Organisation" für ein Berufsverbot nicht ausreichen soll bzw. „nicht allein" ausreicht bzw. „nicht allein s c h o n" ausreicht (an diesen feinen Differenzierungen erkennt man, wie weit ‚links' der jeweilige SPD'ler anzusiedeln ist ...), hat die „Praxis" wieder einmal zugeschlagen. In diesem Fall war es das Westberliner Oberverwaltungsgericht, das das Berufsverbot gegen den beamteten Lehrer Hans Apel besiegelte. Apel wurden keinerlei „dienstliche Vergehen" oder sonstige Verfassungsbrüche vorgeworfen, sondern seine „a k t i v e Mitgliedschaft" in der SEW, die ihn früher oder später unweigerlich in einen „Loyalitätskonflikt" mit seinem staatlichen Arbeitgeber stürzen müsse. Gerade im Fall Apel hatte es breiteste Proteste gegeben, so u.a. Demonstrationen und eine Massenversammlung in der „Deutschland-Halle". Um die Sache noch perfekt zu machen, hat der Senat jetzt jedwede andere Beschäftigung Apels im Öffentlichen Dienst untersagt.

Noch zu seiner Lehrerzeit wurde mit Hans Apel über einen Stundenauftrag auf Honorarbasis im zweiten Bildungsweg (Volkshochschule) verhandelt. Die Absicht, ihn von November an zu beschäftigen, wurde auch nach seiner Entfernung aus dem öffentlichen Dienst vom Kreuzberger Volkshochschuldirektor und SPD-Abgeordneten D. Masteit beibehalten. Masteit sagte am 19.10.78, „*er würde nun tatsächlich von einem Berufsverbot sprechen, wenn dem ‚Ex-Lehrer' auch die Honorarstunden versagt würden.*"

Auch der verantwortliche Volksbil-

Masteit sagte am 19.10.78, „*er würde nun tatsächlich von einem Berufsverbot sprechen, wenn dem ‚Ex-Lehrer' auch die Honorarstunden versagt würden.*"

Auch der verantwortliche Volksbil-

dungsstadtrat Gericke (SPD) sagte wenige Tage später, „*daß die Ausdehnung des beamtenrechtlichen Urteils des Oberverwaltungsgerichtes auf nahezu alle sonstigen Beschäftigungsmöglichkeiten eines Lehrers in seinem Beruf unverhältnismäßig wäre.*"

Was auch immer die beiden Herren Abgeordneten zu dieser ehrenwerten Ansicht bewogen haben mag — der Innensenator Ulrich bereinigte diese Liberalisierungsspekulationen. Denn nach den Ausführungsvorschriften der Westberliner Gesetzlichkeit, so Innensenator Ulrich, gelte das ausgesprochene Urteil gegen Apel auch für Arbeiter und Angestellte im Öffentlichen Dienst. Und aus juristischen Gründen sei ein Honorarverhältnis deshalb nicht möglich, weil ein derart Beschäftigter Anspruch auf ein Angestelltenverhältnis habe.

Ähnliche Konsequenzen wie Apel drohen drei weiteren SEW-Mitgliedern, die auf SEW-Parteitagen durch „aktive Mitgliedschaft" aufgefallen waren. Grundlage hierbei sei, so Neuköllns Volksbildungsstadtrat Böhm (SPD), das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 1975. In Neukölln laufen insgesamt fünf Disziplinarverfahren, die auch Mitglieder des KBW betreffen. Diesen wirft man zusätzlich vor, in ihren Klassen eine politische Beeinflussung der Schüler betrieben zu haben („Tagesspiegel", 3.11.78).

Eine 27jährige Sozialpädagogin soll von der Katholischen Jugendfürsorge in Regensburg entlassen werden, weil sie ein Plakat, das unter dem Titel „Der Richter und seine Ankläger" den damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Filbinger, und den von ihm zum Tode verurteilten Marinesoldaten Gröger zeigt, herausgegeben habe. Überdies habe sie an Veranstaltungen der DKP oder „KPD" teilgenommen.

Inzwischen hat die katholische Jugendfürsorge außer den oben genannten Gründen noch folgende Vorfälle zur Begründung angegeben: Ute Schilde habe mit 180 anderen Regensburgern einen Aufruf in der „Mittelbayerischen Zeitung" unterstützt, der davor warnte, terroristische Gewalttaten als Vorwand für eine Einschränkung bürgerlicher Freiheiten zu mißbrauchen. Weiterhin wird ihr vorgeworfen, sie habe an einer Kulturveranstaltung teilgenommen, die der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" organisiert habe.

Mittlerweile haben fünf Regensburger Universitätsprofessoren, der ehemalige Universitätspräsident Prof. Dr. Gustav Obermair, Prof. Dr. theol. Norbert Brox, Professor am Fachbereich für Katholische Theologie, sowie die Professoren Dr. Hans Jürgen Daheim, Dr. Hans Hössle und Dr. Thraede eine Solidaritätserklärung für Ute Schilde abgegeben. In der Erklärung heißt es: „*Mit dem Filbinger-Plakat hat Frau Schilde nichts anderes getan, als die Empörung von Tausenden von Demokraten und Gegnern von Nationalsozialismus und Faschismus bildhaft zu verdeutlichen ... Ihre Kündigung lasse daran zweifeln, welche Loyalität die katholische Jugendfürsorge von ihren Mitarbeitern erwartet: die zu einem ‚christlichen' Spitzenpolitiker oder die zu einer allgemeinen* [*und ja auch christlichen*] *Ethik, die das Töten verbietet und die Fähigkeit zum Eingeständnis von Fehlern und zu Konsequenzen fordert.*"

allgemeinen [*und ja auch christlichen*] *Ethik, die das Töten verbietet und die Fähigkeit zum Eingeständnis von Fehlern und zu Konsequenzen fordert.*"

***

Ebensowenig wie H. Apel in Westberlin nutzt es Kurt Faller aus Freiburg, daß er sich im Schuldienst als Sonderschullehrer ‚korrekt' (im Sinne der Behörden) verhalten hat. Faller ist sogar „superkorrekt" und vertritt Ansichten, die sich der Kultusminister bei jedem Lehrer wünschen würde (und die deutlich über das hinausgehen, was mit Prozeßtaktik zu erklären wäre). Faller fordert von jedem Lehrer, daß er im Unterricht seine eigene Auffassung zurückstellen müsse, um „nur noch objektiv" zu informieren. Wer agitiert, der müsse eben „*bis hin zur Entlassung disziplinarisch belangt werden*" (nach „FR", 1.11.). Zur Erinnerung: Was in diesem Land in der Schule „objektiv" ist, bestimmen ehemalige Nazi-Richter und — nicht zu vergessen — der Erzbischof!

Faller ist dennoch in drei gerichtlichen Instanzen zum Berufsverbot verurteilt — trotz Eltern- und Lehrerprotesten, die ihm alle Staatstreue bescheinigten. Denn er ist nun einmal DKP-Mitglied. Deshalb wird ihm auch eine Beschäftigung als Angestellter versagt. Der Landtag lehnte eine entsprechende Elternpetition ab, und wie das ebenfalls in dieser Sache noch laufende Gerichtsverfahren ausgeht, kann man sich denken.

***

Wo schon die Zeit danach ist, möchte auch die CDU ein bißchen „mitliberalisieren". Aber nicht zuviel, denn „am Kern der Sache" soll sich natürlich nichts ändern. Nach Rheinland-Pfalz hat jetzt auch Baden-Württemberg verfügt, daß noch nicht mündige jugendliche Angehörige oder Bewerber des Öffentlichen Dienstes nicht mehr überprüft werden sollen. Ist das nicht „ein mutiger Schritt in die richtige Richtung", der als „großer Erfolg der Bewegung" bewertet werden müßte ... fragen wir die Jusos, „pardon", „konkret" und die GIM (zit. nach „Frankfurter Neue Presse", 2.11.).

***

Hartnäckig bedrängt allerdings die CDU den hessischen Ministerpräsidenten Börner, seinen jüngsten Wahlsieg mit einem weiteren Berufsverbot zu krönen. Börner soll „*Farbe bekennen*", ob er's etwa mit Klose hält, und Sylvia Gingold endlich ganz aus dem Schuldienst feuern. S.G. bekam nach ihrem endgültigen Berufsverbot als Beamtin gnädigerweise eine Anstellung auf Zeit. Und das, obwohl sie inzwischen in den DKP-Parteivorstand gewählt wurde. Ja, so „liberal" geht's in Hessen schon seit jeher zu! („FNP", 4.11.).

***

Das Arbeitsgericht Augsburg hat die Bezirksregierung von Schwaben (Bayern) verpflichtet, die Lehrerin Maria Leiterer einzustellen. Der Fall von Maria Leiterer war im April dieses periode vor dem Russell-Tribunal behandelt worden. Ihr Berufsverbot war mit der Kandidatur für die „Demomit der Kandidatur für die „Demokratische Liste" zu Studentenwahlen (an der Liste sollen sich auch Kommunisten beteiligt haben), mit der Mitarbeit in der Augsburger Initiative gegen Berufsverbote und der Unterzeichnung eines Aufrufs gegen die Berufsverbote begründet worden.

***

Am 1.11. verwarf die I. Große Strafkammer des Landgerichts Aurich die Berufung des Realschullehrers W.M. aus Emden. W.M. war in erster Instanz vom Schöffengericht Emden

Am 1.11. verwarf die I. Große Strafkammer des Landgerichts Aurich die Berufung des Realschullehrers W.M. aus Emden. W.M. war in erster Instanz vom Schöffengericht Emden

wegen Hausfriedensbruch in zwei Fällen zu 1.050 DM, zuzüglich der Gerichtskosten, verknackt worden.

Weil W.M. sich gegen das vorherrschende Notensystem gewandt hatte, wurde er im Februar 1977 vom Regierungspräsidenten wegen „politisch linksextremer Aktivität" vom Unterricht „vorläufig" suspendiert. Ihm wurde verboten, die Schulanlagen zu betreten. W.M. ließ sich sein Recht allerdings nicht nehmen, mit den Schülern über sein faktisches Berufsverbot zu diskutieren. Der Rektor, dem wohl die inhaltlichen Argumente fehlten, alarmierte sofort die Polizei.

***

Undankbar erwies sich ein linker Buchhändler aus Mannheim, der ein lukratives Angebot des Verfassungsschutzes ablehnte und sich schnöderweise damit an die Öffentlichkeit wandte. Der VS-Mann kam mit einer ganz blöden Masche: Bei dem Buchhändler war bei einer Durchsuchung ein „Terroristenflugblatt" gefunden worden. Bei dem anstehenden Prozeß könne er mit „einem blauen Auge" davonkommen und sich auch noch einige Scheine verdienen, wenn er bereit sei, einige „gezielte Informationen" rüberzurücken. Übrigens: w i e das Flugblatt in den Laden gelangte, kann sich der Buchhändler nicht erklären. Vielleicht fragt er mal den zuständigen VSler.

***

Stuttgart: Die Lehrerin Sigrid A. wurde vom Oberschulamt aus dem Dienst entlassen. Vorgeworfen wird ihr die Kandidatur für den MSB Spartakus und die Mitgliedschaft in der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner.

der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner.

***

Das ist das Schärfste. Die Junge Union Hamburgs „kritisiert" die Vorschläge Kloses, weil diese dazu führen würden „*daß Schüler ihre Lehrer bespitzeln und sie der Behörde meldeten, damit Verfassungsfeinde nachträglich aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden können*" („Hamburger Abendblatt", 24.10.). Da kündigt diese Jugendriege der Union Schnüffeleien an, um sich dann darüber zu beschweren.

***

Offenbach: Der Sozialarbeiter Thomas K. wurde von der Gemeindeverwaltung Rödermark entlassen, weil er einen Wahlaufruf der DKP unter-

Offenbach: Der Sozialarbeiter Thomas K. wurde von der Gemeindeverwaltung Rödermark entlassen, weil er einen Wahlaufruf der DKP unter-

zeichnet hatte. Der Bürgermeister sah hierdurch die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" gestört.

Militarismus Antimilitarismus

Verschärfungen beim Gewissens-TÜV

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Zivildienst vom April dieses Jahres ist das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer schlagartig verschärft worden.

Die Durchfallquoten erreichen teilweise astronomische Größenordnungen. Beim Kreiswehrersatzamt (KWE) Lüneburg kommt sie nahe an hundert Prozent; selbst lupenreine Pazifisten haben bei den Gewissensprüfern kaum eine Chance. Diese Praxis hat in Lüneburg zu einem wahren „Mangel" an Zivildienstleistenden geführt. Nur auf diesem Hintergrund ist die großzügige Geste des KWE zu erklären, in den letzten Monaten zwei (!) ganze Kriegsdienstverweigerer anzuerkennen.

Im Nachbarkreis von Lüneburg, dem Landkreis Harburg, hat sich die Durchfallquote ähnlich entwickelt: Sie beträgt annähernd 80 Prozent.

Offenbar soll die Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern unmittelbar von der Bedarfslage an Zivildienstleistenden abhängig gemacht werden –, worauf auch die Praxis des KWE Münster hindeutet: „*Dort wird neuerdings im Anschluß an die Gewissensprüfung dem Verweigerer nicht mehr mitgeteilt, ob der Antrag anerkannt oder abgelehnt ist.*" („Spiegel" 35/78) Bei dieser Praxis können die KWEs in aller Ruhe die Durchfallquote nach ihrer Bedarfsplanung regeln.

Ein weiteres Mittel, die Anzahl der KDV zu senken, bzw. zu steuern, ist die Aufhebung von bereits positiv gefaßten Beschlüssen des Gewissens-TÜV. Nachdem es 1973 schon einmal eine Welle von Aberkennungen gegeben hat, soll offenbar diese Praxis wieder ausgegraben werden. Der „Spiegel" (35/78) schildert aus Schleswig-Holstein einen Fall, wo die Aberkennung folgendermaßen begründet wurde:

„*Der Prüfungsausschuß für KDV ... hat in seiner Entscheidung ... die Sach- und Rechtslage verkannt und somit rechtswidrig entschieden.*"

„*Beim Antragsteller fehlt jegliches Durchdenken und Nachempfinden der Fragen zu dem Bereich, was ein wehrpflichtiger junger Staatsbürger tun kann oder zu tun hätte, um seine Mitmenschen, insbesondere die, die sich nicht selbst wehren können, vor einer Aggression von außen zu schützen.*" (!)

Doch auch innerhalb der Verhandlungen zeigt sich, daß sich die perverse Phantasie der Militaristen noch zu steigern vermag.

So wurde einem KDVer in Flensburg beim Gewissens-TÜV die „Frage" gestellt: „*Sie arbeiten als Zivildienstleistender im Krankenhaus und betreuen dort kranke Menschen. Plötzlich stürzt ein Irrer mit Flammenwerfer (!) ins Krankenzimmer. Was machen Sie?*"

Angesichts dieser Situation haben die meisten Gruppen der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) ihre Beratertätigkeit verstärkt, denn wer sich heute nicht beraten läßt, hat kaum eine Chance, durchzukommen.

AG Zivildienst

Bundesverband fordert die Einführung des Arbeitsdienstes

Um die Politiker zu *„ermutigen"*, daß *„nicht sonderlich populäre Thema"* des Arbeitsdienstes zu behandeln und um die Diskussion darum zu *„beleben"*, veröffentlichte der „Deutsche Bundeswehrverband e.V." (DBwV) jüngst ein umfassendes Konzept zur Einführung einer „Gemeinschaftsdienstpflicht". Die Kernpunkte des Konzepts sehen vor:

1. Die allgemeine Wehrpflicht ist durch eine umfassende **„Gemein-**



BW-Offiziere wollen „Gemeinschaftsdienstpflicht"

schaftsdienstpflicht" zu ändern. Danach sollen alle Jugendlichen, also auch Frauen zur Dienstleistung für „Staat und Gesellschaft" verpflichtet werden. Ausgenommen sind lediglich körperlich und geistig Behinderte.
2. Für die Übergangszeit bis zur allgemeinen Dienstpflicht fordert der DBwV eine **Wehrausgleichsabgabe**, die von allen zu zahlen wäre, die weder Bund noch Zivildienst leisten. Ausdrücklich weist der DBwV darauf hin, daß auch die Frauen zahlen sollten.
3. Für die Organisation der „Gemeinschaftsdienstpflicht" sei eine „klare Planungs- und Führungskonzeption" zu schaffen. Zuständig dafür sei der **Bundessicherheitsrat.**
4. *„Solange... die notwendige Zahl von 200 000 Wehrpflichtigen erreicht wird"* soll die Gewissensprüfung eingestellt werden. Es soll **„Wahlfreiheit"** zwischen den „waffenlosen" und den direkten Militärdiensten herrschen. Ab 1990 sinke die Zahl der wehrpflichtigen Männer allerdings so stark, daß nach Meinung des DBwV die Gewissensprüfung wieder eingeführt werden müsse.
5. Ein weiteres Ziel dieses Konzeptes sei der **Ausbau des Zivilschutzes.** Zu den „waffenlosen" „Gemeinschaftsdienstaufgaben" werden der Zivilschutz, der Katastrophenschutz, das Technische Hilfswerk, das Unterstützungswesen der Streitkräfte, der Versorgungsschutz und andere paramilitärische Dienste gezählt. *„Priorität besitzen bei allen Diensten die Verteidigungsleistungen"*.
6. Es sei *„sicherzustellen"* daß die *„Gemeinschaftsdienste ... von vornherein so lange dauern, wie Grundwehrdienst, Verfügungsbereitschaft und Pflichtwehrübungen"*.

Die Konsequenzen dieses Konzeptes wären die völlige Liquidierung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung verbunden mit einer umfassenden verschärften Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Neben der Einbeziehung der Frauen in die Dienstpflicht muß besonders der Vorschlag, praktisch alle Dienstbereiche dem Bundessicherheitsrat zu unterstellen, somit die heute noch halbwegs zivilen Ersatzdienstbereiche einer militärischen Führung unterzuordnen, besondere Beachtung finden. Bei dem Eifer, historische Vorbilder wieder detailgetreu auferstehen zu lassen, darf dann auch die klassische Begründung für die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines Arbeitsdienstes nicht fehlen: laut Bundeswehrverband wäre er ein „Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit"... (Angaben und Zitate nach „FAZ" und „Süddeutsche Zeitung" vom 19.9.78)

Das Beispiel muß Schule machen!

SO-Fotoausstellung: »Nie wieder Krieg!«

Die Fotoausstellung der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) in Hamburg stieß auf unerwartet große Resonanz. In den 10 Tagen vom 4. - 14. Oktober, in denen die Ausstellung in dem Hamburger Kommunikationszentrum „Markthalle" geöffnet war, kamen rund 4000 Besucher, darunter 60 Schulklassen!

Die Ausstellung ist in folgende Teile gegliedert: 1. Weltkrieg – 2. Weltkrieg – Vietnamkrieg – Bundeswehrpropaganda/Werbung von Rüstungsfirmen – Agitationsplakate gegen Faschismus und Krieg (eigene Collagen, Heardfieldplakate usw.).

Neben einer Schockwirkung, die die Bilder auf die Besucher ausüben, wird die unterschiedliche Betroffenheit zwischen Zivilbevölkerung und einfachem Soldat auf der einen, Kapitalisten und Generalität auf der anderen Seite aufgezeigt. Im Bundeswehrteil werden die verschiedenen Werbetricks der Bundeswehr gezeigt: Fanclubs, Tage der Offenen Tür, Preisausschreiben, großformatige farbige Poster (‚Kriegsschiff vor Sonnenuntergang', ‚Hubschrauber vor blühenden Feldern').

Die Resonanz auf die Ausstellung zeigt sich auch daran, daß ungefähr 150 „diskofos" (Zeitung der SO) verkauft wurden und daß sich 20 Besucher bereit erklärten, in der SO mitzumachen. Da es sich nicht um ZDLer sondern vorwiegend um Schüler handelt, wird jetzt ein „antimilitaristischer Arbeitskreis" gegründet, der als erstes eine Aktion gegen Kriegsspielzeug in der Vorweihnachtszeit plant.

Erstaunlich war nur, daß kaum Genossen auf der Ausstellung anzutreffen waren, obwohl es sicher gute Möglichkeiten gegeben hätte, mit Klassen, Kollegengruppen usw. sich die Ausstellung anzusehen und darüber zu diskutieren.

AG - Zivildienst





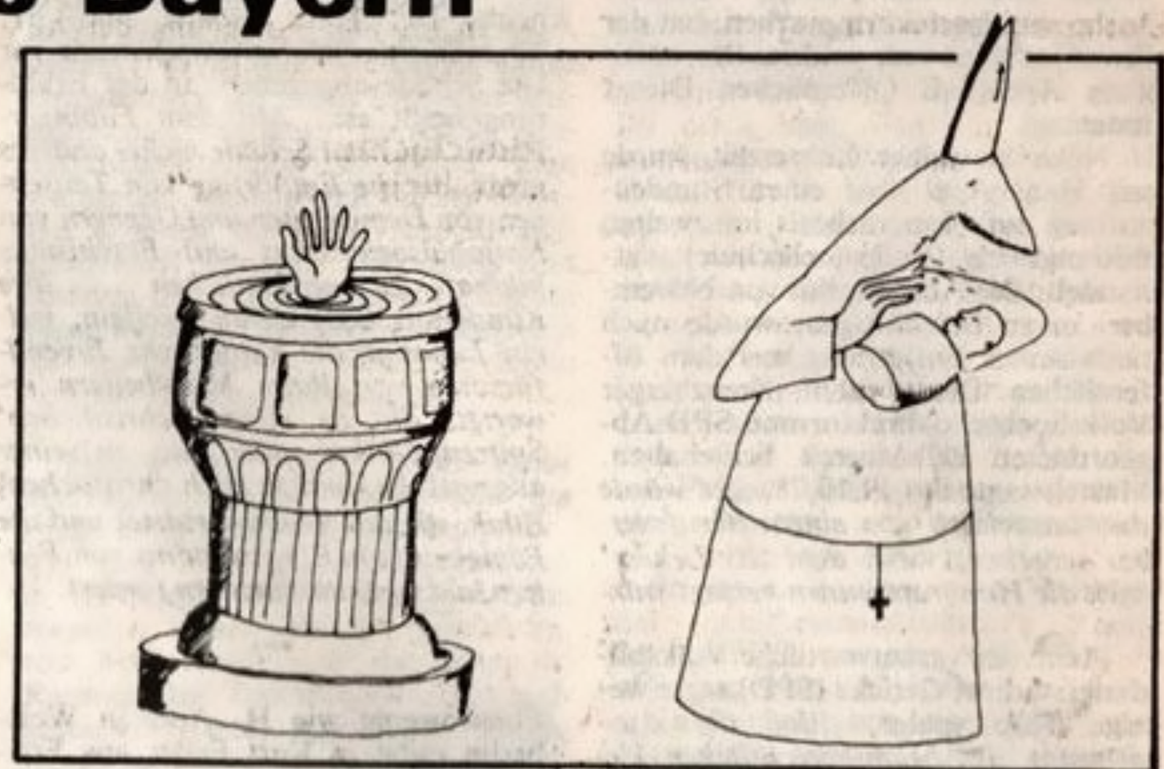
Schwarzes Bayern

Einem Religionslehrer an einem Nürnberger Gynasium wurde Anfang Oktober die Lehrerlaubnis vom Erzbistum Bamberg entzogen. Begründung: Er habe seine beiden Töchter noch nicht taufen lassen. Der Religionslehrer, Bernd Organ, berief sich dabei auf das Elternrecht und auf die Bibel.

In einer Stellungnahme — er hat inzwischen dem Erzbischof von Bamberg, Elmar Maria Kredel, ein Gerichtsverfahren angedroht — schreibt er: *»Zu den Theologen, die einen Taufaufschub für möglich bzw. empfehlenswert halten, zählen u. a. A. Kirchgässner, P. Schoonenberg, P. Lengsfeld, der Augsburger Neutestamentler H. Leroy, und insbesondere der renommierte Dogmatiker Walter Kasper, also Namen, die sich nicht einfach in die ‚linke' Ecke abdrängen lassen ...*

Es ist nicht einzusehen, daß die Inanspruchnahme des Elternrechts auf eine angemessene, kindgerechte und sachgemäße religiöse Erziehung der eigenen Kinder dem Auftrag eines Religionslehrers widersprechen soll. Das Gegenteil ist genau der Fall.«

Darauf der Schulreferent des Bischofs, Johann Krauser, rotzfrech: *»Ein Religionslehrer könne sich nicht auf das Elternrecht berufen, da er sich*



an die Weisungen der Kirche zu halten habe«.

Das erzbischöfliche Ordinariat sieht in dem Vorfall ein »Ärgernis« und verweist auf die »Lehre und Disziplin«, gegen die der Studienrat verstoßen habe. Das Kirchenrecht lege fest, daß Kinder »möglichst bald« zu taufen seien.

Aber auch in anderen Bereichen will das Bamberger Bistum »härtere Maßstäbe ... anlegen«. Nach im Mai verabschiedeten Richtlinien darf ein katholischer Religionslehrer, der mit einem Partner anderer Konfession verheiratet ist, nur mit Sondergenehmigung des Bischofs Unterricht halten. (Laut »Frankfurter Rundschau«, 21.10.78, »Nürnberger Nachrichten«, 19.10.78).

KB/Gruppe Nürnberg

EKD droht mit Sprengung des Weltkirchenrates

Schon im Sommer kritisierte die EKD heftig, daß Gelder aus dem Sonderfond des Antirassismusprogrammes des Weltkirchenrates an Befreiungsbewegungen (Patriotische Front und SWAPO) gegeben worden waren. Vergangene Woche tagte die Synode (Parlament) der EKD in Bielefeld. Die bisherigen öffentlichen Äußerungen von dort deuten darauf hin, daß die deutsche Kirche ihre weniger begüterten Brüder und Schwestern vor allem aus der Dritten Welt erpressen will.

Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen *»enthalte einen Sprengsatz für die ökumenische Bewegung«* (Zusammenschluß der Kirchen der Welt — Rundfunkmeldung, 8.11.78). Offenbar will die EKD die Kirchen der Dritten Welt auf Biegen und Brechen völlig an die Interessen des kapitalistischen Westens ketten. Daß es der EKD allein um die Durchsetzung dieses politischen Kurses geht, wird dadurch deutlich, weil *»niemals Gelder der EKD in den Sonderfonds geflossen seien«* (»Frankfurter Rundschau«, 18.8.78), sondern der Sonderfonds durch Spenden aus aller Welt finanziert wird.

Außerdem kann es sich bei den an die Patriotische Front gezahlten 170.000 DM für humanitäre Hilfe nur um einen symbolischen Beitrag handeln. So geht es wohl letztlich auch darum, die Befreiungsbewegungen öffentlich als gewalttätig zu diskriminieren, um auf die Dauer ihre Unterstützung durch manche kirchliche Gemeinden und auch die Diskussion um ihre Ziele zu verhindern.

Kirchenkommission

Pfarrer wegen Beerdigungspredigt vor Gericht?

Vergeblich versuchten die Werksdirektion und der Betriebsrat der Zelle Westerholt bei Gelsenkirchen gegen eine Predigt des evangelischen Pastors R. Heinrich anzuklagen. Anlaß waren seine kämpferischen Worte zum Tode des am 2. Mai verunglückten Kumpels J. Spill: *»Dieser Tod, hervorgerufen durch die Mißachtung der Sicherheit am Arbeitsplatz, dieser Tod ist unser letzter Feind, gegen den wir ankämpfen können«* (»Frankfurter Rundschau« — »FR«, 1.11.78).

Diese und andere militante Worte des Pfarrers veranlaßten die Werksleitung zu einer Klage: Mit seinen Ausführungen zur Sicherheit am Arbeitsplatz habe der Pastor sie persönlich beleidigt. Gründe, gegen solche Proteststimmen gerichtlich vorzugehen, gibt es aus Sicht der Kapitalisten genug:

— Mit der Sicherheit am Arbeitsplatz ist es offensichtlich katastrophal bestellt: *»Hier im Revier wird alle paar Wochen ein Verunglückter unter die Erde gebracht«* (»Stern«, 2.11.78).

— Außerdem existiert bei Gelsenkirchen eine Bürgerinitiative (P. Heinrich ist Mitglied), die gegen die Routen der Bergetransporte ankämpft. Das bei der Kohlegewinnung abfallende Gestein wird mitten durch den Ort gefahren und belästigt die Anwohner pausenlos mit Lärm und Dreck (»Stern«, 2.11.).

Vor diesem Hintergrund ist klar, daß den bei der Beerdigung anwesenden Werksvertretern die öffentliche Aufforderung, nach den Ursachen des Todes zu fragen, zu weit ging. Sie hätten wohl lieber gehört: Gott, dem Herrn, hat es gefallen, diesen Menschen aus dem Leben abzuberufen. Amen.

Der endgültig abschlägige Bescheid des Landgerichtes Essen führt aus, daß der Pastor einer Berggemeinde zur Situation der Bergarbeiter etwas sagen darf, weil hier die Kirche »besonders gefordert« sei. Das gehöre auch mit zum Amtsverständnis der Kirche, und deshalb sei es *»nicht gerechtfertigt, daß der Staat unter dem Aspekt der Formalbeleidigung in den Bereich einer Beerdigungspredigt einbricht«* (laut »FR«, 1.11.).

Hinter der formaljuristischen Begründung des Gerichtes verbirgt sich aber ein inhaltlicher Gegensatz. Die Richter sehen trotz des im Ergebnis positiven Urteils die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse grundsätzlich anders als P. Heinrich. Bergarbeiter-Gemeinden *»erfahren durch die Mühsal unter Tage und Unfälle am Arbeitsplatz stärker als andere Gemeinden die Heillosigkeit dieser Welt«* Gerade gegen diese Sicht der kapitalistischen Gesellschaft und des von ihr produzierten Todes predigte P. Heinrich: *»Wenn der Tod von Josef Spill einen Sinn hat, dann vielleicht den, daß er uns, die Lebenden, daran erinnert, daß Menschen Opfer ihrer Zeit und ihrer unmenschlichen Verhältnisse am Arbeitsplatz werden können und daß wir, die Lebenden, gegen die unmenschlichen Leiden unserer Zeit ankämpfen müßten«* (»FR«). Nach aller Erfahrung ist es unrealistisch, damit zu rechnen, daß die Klassenjustiz den Kampf (und nicht nur eine Proteststimme!) gegen den Tod durch den Klassenfeind rechtlich schützt. Da müssen die vom Tode Bedrohten schon selber aufstehen!

Kirchenkommission

Dollarsturz und Währungskrise

Der imperialistische Konkurrenzkampf verschärft sich

Die westliche Welt sei *„noch einmal um Haaresbreite um völligen Chaos vorbeigegangen"* („Blick durch die Wirtschaft", 3.11.78).
„Der Zusammenbruch der westlichen Zivilisation" habe gedroht.
Vom *„Schock der vergangenen zwei Wochen ... in denen Wall Street unter Berücksichtigung aller Begleitumstände eine ähnlich schlimme Talfahrt durchmachen mußte, wie Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre"* („FAZ", 1.11.78) ist die Rede.

Wall Street – das ist das berüchtigte Zentrum der Börsen und Devisenspekulanten in den USA. Anlaß für diese dramatischen, einen weltwirtschaftlichen Zusammenbruch befürchtenden Äußerungen: Der rapide Verfall der Weltleitwährung Dollar, die Anfang November ihren Tiefstand mit 1,72 DM erreichte. Noch im letzten Jahr war ein Fall des Dollar unter 2 DM kaum denkbar, doch bereits im Frühjahr 1978 sank er vorübergehend auf 1,91 DM.

Die kapitalistische Weltwirtschaft durchläuft zur Zeit wieder eine schwere Währungskrise, die allerdings nicht wie es die Börsenspekulanten dramatisieren, Ausdruck des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft ist, sondern Ausdruck des sich verschärfenden Konkurrenzkampfes der wichtigsten imperialistischen Staaten beim Ringen um Absatzmärkte und Profite.

Die Hauptfront dieses Konkurrenzkampfs verläuft heute zwischen den USA, Japan und der BRD/Europäische Gemeinschaft. Letztere basteln parallel zum Verfall des Dollar an einer zweiten Leitwährung in einem europäischen Währungsverbund. Neben verschiedenen Währungsmanipulationen hat dieser Konkurrenzkampf heute bereits die Form eines begrenzten Handelskrieges zwischen diesen Rivalen angenommen.

Diese Entwicklung ist Gegenstand der folgenden Untersuchung.

Dollar als Leitwährung

Nach wie vor gilt der Dollar international als die Leitwährung für die Wirtschafts- und Währungsbeziehungen der kapitalistischen Länder. Diese Position hat sich der US-Imperialis-

„Umschichtung im kapitalistischen Lager" („FR", 3.11.78)

Nach wie vor gilt der Dollar international als die Leitwährung für die Wirtschafts- und Währungsbeziehungen der kapitalistischen Länder. Diese Position hat sich der US-Imperialis-

mus durch eine ungehemmte Expansaionspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg erobert. Durch stürmischen Kapitalexport, Export von US-Gütern, Kreditvergabe und sogenannte „Wirtschaftshilfe" sowie durch massiven Rüstungsexport haben es die US-Konzerne geschafft, weltweit eine Abhängigkeit in Wirtschaft und Handel von den Zielen und Vorhaben des US-Imperialismus zu schaffen.

Diese Position zu erringen war nur möglich vor dem Hintergrund der Niederlage der imperialistischen Konkurrenten im Zweiten Weltkrieg (Niederlage des deutschen und japanischen Imperialismus) sowie der Schwächung und Ausblutung konkurrierender Imperialismen wie Großbritannien, Frankreich und Italien.

Bedingung dafür waren: Eine hochentwickelte kapitalistische Wirtschaft, die durch den Zweiten Weltkrieg nicht zerstört war, ein scheinbar grenzenloser Absatzmarkt für US-Produkte und Kapitalanalgen, ein entwicklungsfähiger Markt im Lande selber, dem ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung standen, leichte und billige Verfügbarkeit über Rohstoffe. Binnen kurzem wurde so der US-Imperialismus zur wirtschaftlichen und politischen Weltmacht Nummer 1, die lange Zeit konkurrenzlos schien.

Die Entwicklung des Dollar zur Leitwährung des Wirtschaftsverkehrs der kapitalistischen Staaten untereinander führte außerdem dazu, daß der US-Imperialismus über die Währungspolitik in der Lage war (und immer noch ist), in die wirtschaftliche Entwicklung anderer Staaten einzugreifen und darüber Abhängigkeiten zu schaffen, mit denen diese Staaten unter Druck zu setzen sind.

Die seit Jahren anhaltende Währungskrise, die mit dem neuerlichen rapiden Fall des Dollarkurses deutlich wurde, ist daher:

– **eine Krise des US-Imperialismus.**

Die Möglichkeiten der Expansion sind begrenzt, Absatzmärkte zum Teil ausgeschöpft, zum Teil von Konkurrenz (BRD, Japan) bevorzugt. Die Expansionspolitik hat zum Teil schwere Rückschläge hinnehmen müssen (Niederlage in Vietnam/Indochina als Höhepunkt)

– **eine weltweite Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern**, die seit über zehn Jahren von vorübergehenden Aufschwüngen unterbrochen, anhält und sich zunehmend verschärft. Folge: die einstmals schier unbegrenzte Aufnahmefähigkeit der Märkte für die Waren ist gebremst, rückläufig. Zusätzlich machen aufstrebende imperialistische Staaten (Japan, BRD) den USA auf den traditionellen Märkten zunehmend Konkurrenz.

Der Kampf der imperialistischen Staaten um die Aufteilung der Absatzmärkte hat sich verschärft.

„Umschichtung im kapitalistischen Lager" („FR", 3.11.78)

Die Entwicklung um den Dollar ist Ausdruck des Konkurrenzkampfes der imperialistischen Staaten untereinander. Dabei zeigen die folgenden Zahlen, wie sich auf ökonomischer Ebene das Kräfteverhältnis untereinander verschoben hat. Hauptkonkurrent der USA sind zum einen Japan, auf der anderen Seite die Europäische Gemeinschaft unter Führung der BRD. Innerhalb der EG ist Großbritannien von der zweitstärksten Industrienation nach dem Zweiten Weltkrieg auf den fünften Platz gesunken.

Als Hauptindikatoren für die Veränderung der Kräfteverhältnisse bei der imperialistischen Expansion führen wir beispielhaft den Kapital- und Warenexport an.

Warenexport in Mio US-Dollar:

	1950	1960	1970	1975	1977
USA	10.149	20.412	42.590	106.157	120.168
BRD	2.069	11.644	35.509	91.618	117.936
Japan	820	4.055	19.318	55.844	80.496
Frankreich	3.037	6.862	17.891	52.214	63.516
Großbrit.	6.087	10.213	19.347	43.780	57.516
Italien	1.209	3.648	13.206	34.216	45.036

(aus „IPW-Berichte" 10/78)

1978 nun haben die BRD-Unternehmen die USA das erste Mal vom Spitzenplatz beim Warenexport verdrängt („Bild am Sonntag" am 22.10.: *„Hurra! Jetzt sind wir an der Spitze!"*). Der Anteil beider Nationen am Weltexport betrug in der ersten Hälfte 1978 je zwölf Prozent, dabei ist jedoch die Veränderung interessant, sank doch der Anteil des US-Imperialismus von 18 % 1950, stieg der BRD-Imperialismus von 3,6 % 1950!

Noch deutlicher macht die Veränderung der folgende Vergleich: Setzt man den Exportstand von 1950 mit Index 100 fest, dann stieg er:

	1950	1977
USA	100	1184
BRD	100	5700,1
Japan	100	9816,6
Frankreich	100	2091,4
Großbrit.	100	944,9
Italien	100	3725,1

(aus „IPW-Berichte" 10/78)

Die stärkste Entwicklung machten also Japan und die BRD durch, während sich Großbritannien und die USA am langsamsten entwickelten.

Der Warenexport ist heute das Hauptkennzeichen der imperialistischen Expansion Japans und der BRD, dabei ist dieser Sektor zur Zeit auch derjenige, auf dem sich die wirtschafts- und währungspolitische Konkurrenz am schärfsten bemerkbar macht. Form dieser Konkurrenz ist ein beginnender und sich verschärfender Handelskrieg, bei dem Auf- und Abwertungen der Währungen eine wesentliche Rolle spielen (zum Handelskrieg später). Die Stärkeposition der USA und Großbritanniens besteht in einem nach wie vor starken Anteil von im Ausland direkt angelegten Ka-

Abwertungen der Währungen eine wesentliche Rolle spielen (zum Handelskrieg später). Die Stärkeposition der USA und Großbritanniens besteht in einem nach wie vor starken Anteil von im Ausland direkt angelegten Ka-

pital der nationalen Konzerne (Kapitalexport), über das nach wie vor große Profite gemacht werden. Allerdings haben auch hier die BRD und Japan zu einer Offensive angesetzt und ihren Kapitalexport in den letzten Jahren relativ viel schneller entwickelt.

Private direkte Kapitalanlagen im Ausland in Mio. Dollar

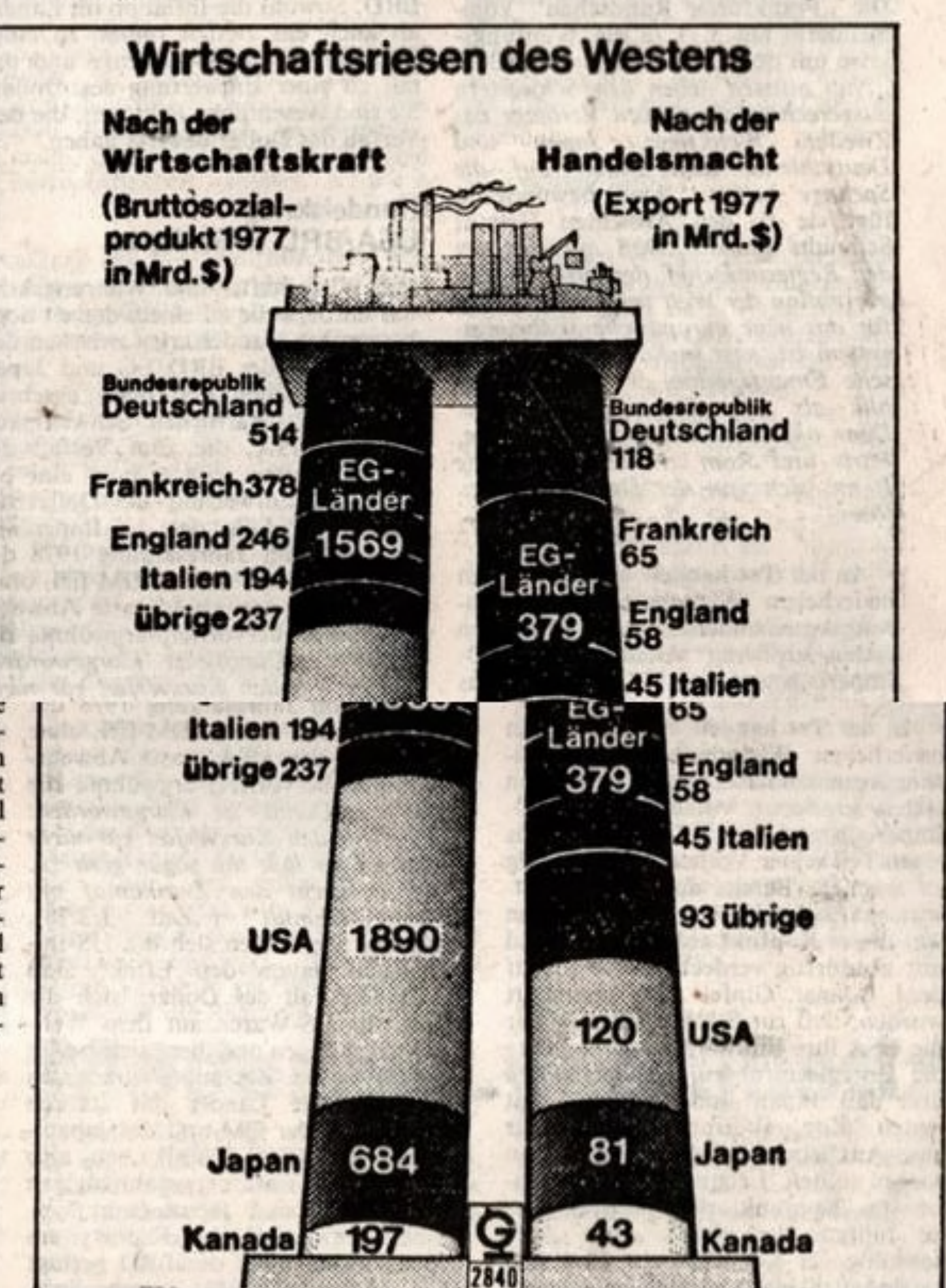
	1960	1975
USA	31.900	133.200
Großbrit.	12.000	33.800
BRD	800	16.800
Japan	300	15.900
Frankreich	–	12.000

(aus „IPW-Forschungsheft" 4/77)

Stärkeposition des BRD-Imperialismus

Wir haben an einigen Faktoren schon gezeigt, daß der BRD-Imperialismus zum US-Imperialismus eine relativ aufsteigende Stärkeposition entwickelt hat, die es ihm ermöglicht, in offene Konkurrenz zum einstigen „Chef" der BRD-Wirtschaft zu treten. Deutlich wird dies auch in einigen direkten Vergleichen. Überwogen im direkten Warenaustausch der beiden Länder 1977 noch die Importe aus den USA mit 600 Millionen DM Differenz, konnte die BRD in diesem Jahr den Spieß mit einem Überschuß von 1,3 Mrd. DM zu ihren Gunsten umdrehen („FR", 7.10.).





Auch bei der gegenseitigen Durchdringung mit Kapitalexport haben sich die Verhältnisse gewandelt. Waren bis 1975 die Kapitalanlagen der USA in der BRD fast fünfmal so hoch, wie die der BRD in den USA, hat sich die Entwicklung verändert. Seit 1975 haben BRD-Konzerne in den USA 4 Mrd. DM investiert, während US-Konzerne in der BRD ca. 2 Mrd. DM anlegten („Welt der Arbeit", 9.11.78). Immerhin war der Stand am 31.12.77 aber immer noch eindeutig zugunsten der USA: direkte Kapitalanlagen der BRD-Unternehmen in den USA: 6,705 Mrd. DM.

Von US-Unternehmen in der BRD: 19,05 Mrd. DM („IPW-Berichte" 10/78). Doch der Trend zugunsten der BRD setzt sich stürmisch fort. So investieren 1977 - 1980 folgende BRD-Konzerne in den USA:

- VW baute für 500 Mio. DM ein neues Werk
- die Bayer AG hat für 700 Mio. DM einen US-Pharma-Konzern übernommen
- Thyssen will für 600 Mio. DM die Budd Comp. kaufen
- Daimler Benz kaufte sich mit 140 Mio. DM bei der Firma Euclid ein
- Flick erwarb für 250 Mio. DM eine 12 %-Beteiligung bei der Firma Grace
- Siemens für 66 Mio. DM eine Beteiligung am Elektronik-Konzern Micro Devices
- Die Degussa-Werke haben für 200 Mio. Dollar ein Werk in Alabama errichtet
- Henkell hat für 175 Mio. DM die General Mills gekauft
- Kolbenschmidt (Metallgesellschaft) hat eine eigene Produktion aufgenommen
- die Maschinenbaukonzerne Babcock und Klöckner-Humboldt-Deutz haben eine eigene Produktion in den USA angekündigt, ebenso wie der Chemiekonzern Boehringer, der Oetker-Konzern und die VDO-Armaturen-Werke.

Insgesamt hat der BRD-Imperialismus seinen Kapitalexport auf 54,865 Mrd. DM gesteigert. Davon wurden allein 40 % seit 1974 exportiert! Vor allem ist es gelungen, die Exportquote gegenüber den Kapitalimporten (Gesamtsumme: 50,566 Mrd. DM) zu steigern. Seit 1975 liegt der Kapitalexport fast doppelt so hoch wie die Importe von Kapital in die BRD.

Die relativ gestärkte Stellung des BRD-Imperialismus wird auch noch an einigen weiteren Vergleichen deutlich:

- So blieben die Preissteigerungen gegenüber denen der USA zurück!

Anstieg der Verbraucherpreise von 1970 bis 1977 in Prozent

USA	56
BRD	46
Japan	104
Frankreich	83
Großbrit.	145
Italien	136

(aus: „IPW-Berichte" 10/78).

Die BRD verzeichnet seit 1973 hohe Überschüsse in der Handelsbilanz (jährlich zwischen 13 und 17 Mrd. DM), die USA seit 1971 Defizite, die seit drei Jahren ständig ansteigen (dieses Jahr ca. 35 Mrd. Dollar!).

Eine weitere Stärke der BRD sind die hohen Devisen- und Goldbestände, die mit 26,38 Mrd. Dollar 1977 die Summe von Japan (17,06 Mrd. Dollar) und den USA (9,71 Mrd. Dollar)

Fortsetzung auf Seite 40



Süddeutsche Zeitung



Fortsetzung von Seite 39

zusammen erreichen (alle nicht näher bezeichneten Angaben aus „IPW-Berichte" 10/78).

Die starke Position auf dem Welthandelsmarkt, die Freisetzung von Milliarden DM für den Kapitalexport, relative Stabilität (geringe Inflation, geringe Arbeitslosigkeit) im Lande sowie starke Währungsreserven machen die starke ökonomische Position des BRD-Imperialismus aus. Von dieser gestärkten Position aus wagt er eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes zum US-Imperialismus.

Verschärfte Konkurrenz von BRD- und US-Imperialismus

Die „Frankfurter Rundschau" kommentierte am 3.11.78 die Währungskrise um den Dollar folgendermaßen: „*Nun müssen neben den Schweizern ausgerechnet die großen Verlierer des Zweiten Weltkriegs, Japan und Deutschland, dem Dollar auf die Sprünge helfen.*" Und bewundernd fügt sie zu den Absichten Helmut Schmidts hinzu: „*Daß ausgerechnet der Regierungschef der größten Exportnation der Welt treibender Motor für das neue europäische Währungssystem ist, sagt mehr über die politische Emanzipation der Bundesrepublik als über ihre wirtschaftliche. Denn ökonomisch hätten es London, Paris und Rom genauso nötig wie B nn, sich von der Dollar-Leine zu lösen*".

In der Tat handelt es sich bei den neuerlichen Wirtschafts- und Währungsauseinandersetzungen um einen ersten größeren Vorstoß des BRD-Imperialismus, dem US-Imperialismus einen Teil seiner Vorherrschaft streitig zu machen. Bereits auf dem „Weltwirtschaftsgipfel" im Juli in Bonn war dieser Konflikt aufgebrochen und nur notdürftig verdeckt worden. Auf dem Bonner Gipfel war vereinbart worden, daß zur Stärkung des Dollar die USA ihre Einfuhren, insbesondere die Energieeinfuhren, senken sollten und daß Japan und die BRD mit neuen Konjunkturprogrammen für eine Ankurbelung ihrer Wirtschaften sorgen sollten. Letzteres sollte im Sinne von „Konjunktorlokomotiven" dazu führen, daß durch einen Aufschwung der Konjunkturen neue Absatzmöglichkeiten geschaffen werden und dadurch auch die Konjunkturen der schwächeren imperialistischen Staaten angekurbelt werden. Hauptmotiv des US-Imperialismus war es, für seine Waren neue Absatzmöglichkeiten vor allem in Europa zu schaffen.

Die Situation des US-Imperialismus war in den letzten Jahren durch eine anhaltend schwere Krise gekennzeichnet, Hohe Arbeitslosigkeit (derzeit 6 %) und ansteigende Inflationsraten (zur Zeit 9,6 %) verschlechterten die Lage der Arbeiterklasse zunehmend. So ist das Reallohnniveau allein 1977 um 3,3 % auf den Stand von 1972 gesunken („FAZ", 30.10.).

Der Grund der Dollar-Schwäche

Steigender US-Ölimport… in Mrd. $: 1975: 18,4 – 1976: 25,5 – 1977: 33,6 – 1978 (Schätzung): über 40

…wachsendes US-Defizit Leistungsbilanz in Mrd. $: 1975: +11,7 – 1976: -1,4 – 1977: -20,2 – 1978: -25

Rückgang der Produktion und geringere Profite der Unternehmen (vor allem im Export) waren eine Folge. 1978 war von der Regierung Carter als Jahr ungehemmter „Wachstumspolitik" erklärt worden. Doch die dadurch ansteigende Inflationsrate verbunden mit einem rapide ansteigenden Defizit in der Handelsbilanz verschlechterte die Position auf den Außenmärkten der US-Konzerne. Das Handelsbilanzdefizit (es werden mehr Waren aus dem Ausland eingeführt als ins Ausland exportiert) stieg von 6 Mrd. Dollar 1976 auf 27 Mrd. Dollar 1977 und geschätzte 35 Mrd. Dollar 1978 („FAZ", 2.3.78 und „IPW-Berichte" 10/78). Hauptgrund hierfür sind ständig steigende Ölimporte aus dem Nahen Osten und steigende Importe vor allem aus Japan und der BRD. Sowohl die Inflation im Lande, als auch das Defizit führen zu einer Vermehrung der Geldmenge und damit zu einer Entwertung des Dollar. Sie sind wesentliche Faktoren, die den Verfall des Dollar bewirkt haben.

Handelskrieg USA/BRD (EG)/Japan

Die Wirtschafts- und Währungskrise hat mittlerweile zu einem derzeit noch begrenzten Handelskrieg zwischen den USA sowie der BRD/EG und Japan geführt. Neben den oben beschriebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA, die zum Verfall des Dollar führten, gibt es noch eine bewußt auf Entwertung des Dollar betriebene Politik des US-Imperialismus. Als am Jahresanfang 1978 der Dollar erstmals unter 2 DM fiel, ohne daß dies in den USA ernste Abwehrreaktionen hervorrief, argwöhnte die „Zeit": „*Damit ist klargeworden: Carter will den Kursverfall gar nicht aufhalten, er läßt ihn sogar gern zu. Denn er sucht den Zweikampf mit Helmut Schmidt*" („Zeit, 3.3.78). Tatsächlich erhoffen sich die US-Imperialisten davon den Effekt, daß durch den Fall des Dollars sich die Preise für US-Waren auf dem Weltmarkt verbilligen und diese sich besser absetzen lassen. Zudem verteuern sich die Preise der Länder mit starken Währungen (der DM und des japanischen Yen). Diese Politik zielt also genau auf die stark exportabhängigen Staaten BRD und Japan (zum Vergleich: der Anteil des Exports am Bruttosozialprodukt der BRD beträgt 23 %, in den USA 6 % — nach „Spiegel", 27.2.78). Die USA hoffen, diese Länder dabei empfindlich zu treffen. Sie gehen davon aus, daß diese aufgrund der hohen Exportabhängigkeit diesen Konflikt scheuen.

Bereits am Jahresanfang drohten US-Wirtschaftspolitker darüber hinaus mit Maßnahmen: Kommen die BRD und Japan der US-Forderung nach stärkerer Stützung des Dollar durch Devisenkäufe und der Ankurbelung der Konjunktur (gemeint ist: Aufgabe der „Stabilitätspolitik" von Helmut Schmidt zugunsten einer größeren Inflation in der BRD, womit der Dollar entlastet, die DM belastet würde) nicht nach, würden sich die USA „*ins Schneckenhaus zurückziehen und ihrerseits die Importe beschränken*" („Spiegel", 13.2.78). Und derartige Beschränkungen werden bereits durchgeführt bzw. sind in Planung:

- 1976 erzwangen die USA eine Begrenzung der japanischen Stahlimporte
- Im Mai 1977 wurden die Importe japanischer Farbfernseher reglementiert
- Ende 1977 mußte Japan seinerseits der US-Forderung nach Zollsenkungsmaßnahmen für 38 Agrar- und 280 Industrieprodukte zustimmen, womit diese auf dem japanischen Markt konkurrenzfähiger wurden (nach „IPW-Berichte" 2/78)
- Erst kürzlich beschloß der US-Senat, einen Verzicht der USA auf den sogenannten „waiver" (Ausverlängern. Dadurch wird ab 1.1.79 eine Einfuhrsteuer auf subventionierte Agrargüter erhoben (eine Maßnahme, die sich besonders gegen die EG richtet, in der fast alle Agrarprodukte subventioniert werden). Außerdem wird damit für eine Reihe industrieller Importgüter eine Einfuhrsteuer erhoben („FAZ", 1.11.78 und „FR", 3.11.78).

Doch erreichte der US-Imperialismus bisher nicht den gewünschten Zweck. Zwar verteuerten sich beispielsweise die BRD-Exporte, dennoch konnte die BRD weiterhin ihren Export steigern, was sicherlich auf Qualität, den hohen technischen Stand, pünktliche Lieferfristen und relativ zuverlässigen Service der BRD-Produkte zurückzuführen ist sowie darauf, daß alle Aufwertungen der DM durch die höhere Inflation in den Abnehmerländern ausgeglichen wurde. Ebensowenig verhinderte diese Entwicklung, daß sich sogar die Kapitalanlagemöglichkeiten für die kapitalkräftigen BRD-Konzerne in den USA verbesserten (steigender Kapitalexport). Als Vorteil konnte die BRD eine Verbilligung wichtiger Einfuhrgüter wie Rohstoffe und Energie verbuchen. Ebenso verkalkuliert hatte sich der US-Imperialismus bei seiner Absicht, die westdeutschen Banken zu großen Stützungskäufen für den Dollar zu zwingen. In der Vergangenheit war es Teil des Weltwährungssystems, daß die Banken sich hierzu verpflichteten. Jetzt beschränken sich die BRD-Banken darauf, nur insoweit Stützungskäufe vorzunehmen, wie dies für die Wahrung der Exportchancen der BRD-Wirtschaft als notwendig angesehen wurde. Die Kalkulation der USA, dem Konkurrenten BRD über eine rasche Vermehrung der Geldmenge höhere Inflation und Aufgabe der „Stabilitätspolitik" aufzuzwingen, ist zunächst nicht aufgegangen.

Stattdessen mußte die Carter-Regierung eher dem Druck und den Forderungen ihrer Konkurrenten nachgeben. Ende Oktober legte Carter ein Stabilisierungsprogramm für den Dollar vor, das u.a. vorsieht:

- Freisetzung von 30 Milliarden Dollar auf internationaler Währungsebene für Dollar-Stützungskäufe
- kreditpolitische Maßnahmen (Erhöhung des Diskontsatzes), durch die das angepeilte Wachstum gebremst wird.

Immerhin erreichte dieses Programm den Effekt, daß der Dollarkurs vom Tiefstand 1,72 DM in kurzer Zeit auf 1,86 DM anstieg und sich derzeit bei 1,89 DM einpendelt. Andererseits ist die Folge, daß Experten der Carter-Regierung höhere Arbeitslosigkeit und steigende Inflation voraussagen sowie eine wirtschaftliche Rezession. Die Prognosen für das jährliche Wirtschaftswachstum sind von 3 % bis 3,5 % auf 1,5 % bis 2 % zurückgeschraubt worden („FAZ", 6.11.78).

Von den Mitkonkurrenten des US-Imperialismus ist dieses Programm zunächst als ein wichtiger Beitrag zur Stützung des Dollarkurses begrüßt worden. Andererseits wird eine längerfristige Wirkung des Programms bezweifelt, denn Carter hat entgegen den Vereinbarungen des Bonner Wirtschaftsgipfels sein Versprechen zur Senkung der Energieeinfuhren — und damit Verbesserung der Handelsbilanz — nicht eingehalten. Das Energiesparprogramm der US-Regierung sieht nur etwa die Hälfte der Einsparungen vor, die in Bonn festgelegt wurden.

Der Handelskrieg zwischen den Zentren imperialistischer Rivalität hat also gerade erst begonnen. Die jüngsten Beschlüsse der Carter-Regierung zeigen, daß er zwar zur Zeit nur begrenzt läuft, doch ist eine Verschärfung bereits angelegt. Muß die US-Regierung doch spätestens dann zu schärferen Maßnahmen greifen, wenn sich erweist, daß mit den jetzigen Maßnahmen keines der Probleme gelöst ist: Weder ist der Dollar längerfristig vor weiteren Kursverlusten geschützt, noch garantieren die Beschlüsse den von den US-Konzernen erwarteten Profitaufschwung.

Der europäische Währungsblock

Seit einiger Zeit laufen die Bemühungen Bundeskanzler Schmidts, gegenüber dem Dollar eine Währungskonkurrenz aufzubauen. In der Regel wird diese Tatsache vornehm umschrieben: „*Eine neue europäische Währung (könnte) es dem Dollar leichter machen und ihm einen Teil seiner Last als internationaler Währung abnehmen*" (Bankier Abs in der „FAZ", 2.11.). Etwas weniger vornehm und uneigennützig drückt der Vorsitzende der Deutschen Bank, Guth, die Ziele aus: „*Im übrigen wissen wir ja, daß hinter der Idee, ein europäisches Währungssystem zu schaffen, auch der Gedanke steckt, eine andere Reservewährung aufzubauen, die neben den Dollar tritt*". Dies sagt Guth auf der Grundlage, daß er zuvor die Leitwährung Dollar beklagte: Seine Stellung als Leitwährung ermögliche es ihm, wirtschaftspolitische Manipulationen zu Lasten anderer Staaten abzuwickeln (Guth im „Spiegel"-Interview, 6.11.78). So wurden beispielsweise 1977 52 Mrd. Dollar als US-Schatzwechsel neu ausgegeben, die inflationäre Entwicklung also durch simple Vergrößerung der Geldmenge gefördert. Die Folgen mußten aber andere in Dollar handelnde kapitalistische Staaten weitgehend tragen: 31 Mrd. Dollar von dieser Summe mußten ausländische Zentralbanken übernehmen („Spiegel", 6.11.). Guth will, daß sich der BRD-Imperialismus erstens von solchen Zwängen unabhängig macht u d zum anderen selber in die Lage versetzt wird, solche Manipulationen vorzunehmen.

Zu diesem Zweck wird fieberhaft an einem „Europäischen Währungssystem" (EWS) gearbeitet, dessen Schöpfer Bundeskanzler Schmidt ist. Das von Schmidt vorgeschlagene System soll auf der EG-Tagung Anfang Dezember verabschiedet werden und bereits ab Januar 1979 in Kraft treten:

- **kurzfristiges Ziel ist es, über den Währungsverbund von EG-Staaten den Handel dieser Länder untereinander vom Dollar unahbängig, auf der Basis einer von der DM dominierten europäischen Währungseinheit (EWE) zu führen**
- **längerfristig soll die EWE als zweite Leitwährung neben dem Dollar aufgebaut werden. Dabei ist in einem weiteren Schritt auch die Einbeziehung Japans geplant, das ebenfalls wegen der Dollarentwicklung unter starkem Aufwertungsdruck steht. Bei seiner Japanreise im Oktober hat Schmidt sich mit Ministerpräsident Fukuda über dieses Vorgehen verständigt.**

Und so soll das EWS nach Schmidts Vorstellungen funktionieren:

- Die Länder der EG, zusätzlich Norwegen (das jetzt schon Mitglied der „Schlange" ist, siehe Kasten) und die vor dem Beitritt stehenden Länder Griechenland, Portugal und Spanien bilden einen einheitlichen Währungsblock. Durch Schaffung einer eigenen Währungseinheit, des EWE, wird eine Gegenwährung zum Dollar geschaffen. Die nationalen Währungen müssen feste Wechselkurse haben, Schwankungen bis 2,25 % sind erlaubt. Der Wert der EWE bemißt sich an dem Anteil des betreffenden Landes am Bruttosozialprodukt der EG. Damit hätte die BRD mit 27 % Anteil die stärkste Position:

Anteil am Bruttosozialprodukt der EG in Prozent

BRD	27
Frankreich	19,5
Großbrit.	17,5
Italien	14
Niederlande	9

(„FAZ", 7.9.78).

Für die Abwicklung der Handelsgeschäfte schaffen die beteiligten Länder einen „Europäischen Währungsfonds" (EWF), der in Konkurrenz zum bestehenden – von US-Banken beherrschten – „Internationalen Währungsfonds" (IWF) tritt. In den EWF zahlen die beteiligten Länder 20 % ihrer Währungsreserven. Auch hier sitzt der BRD-Imperialismus aufgrund seiner Stärke eindeutig an den Schaltstellen.

Das EWS-Modell von Helmut Schmidt ist also eindeutig ein Versuch des BRD-Imperialismus, seine in Europa erworbene Vormachtstellung zu institutionalisieren und sich Machtmittel für eine Verschärfung der Konkurrenz zum US-Imperialismus zu schaffen.

Immerhin werden durch den EWS, wenn er die EG-Länder umfaßt, etwa 50 % des Außenhandels der BRD (der mit diesen Ländern geführt wird) dem Einflußbereich und den Manipulationen des US-Dollar zum Teil entzogen. Das ist die von Schmidt gewünschte „Zone der Währungsstabilität".

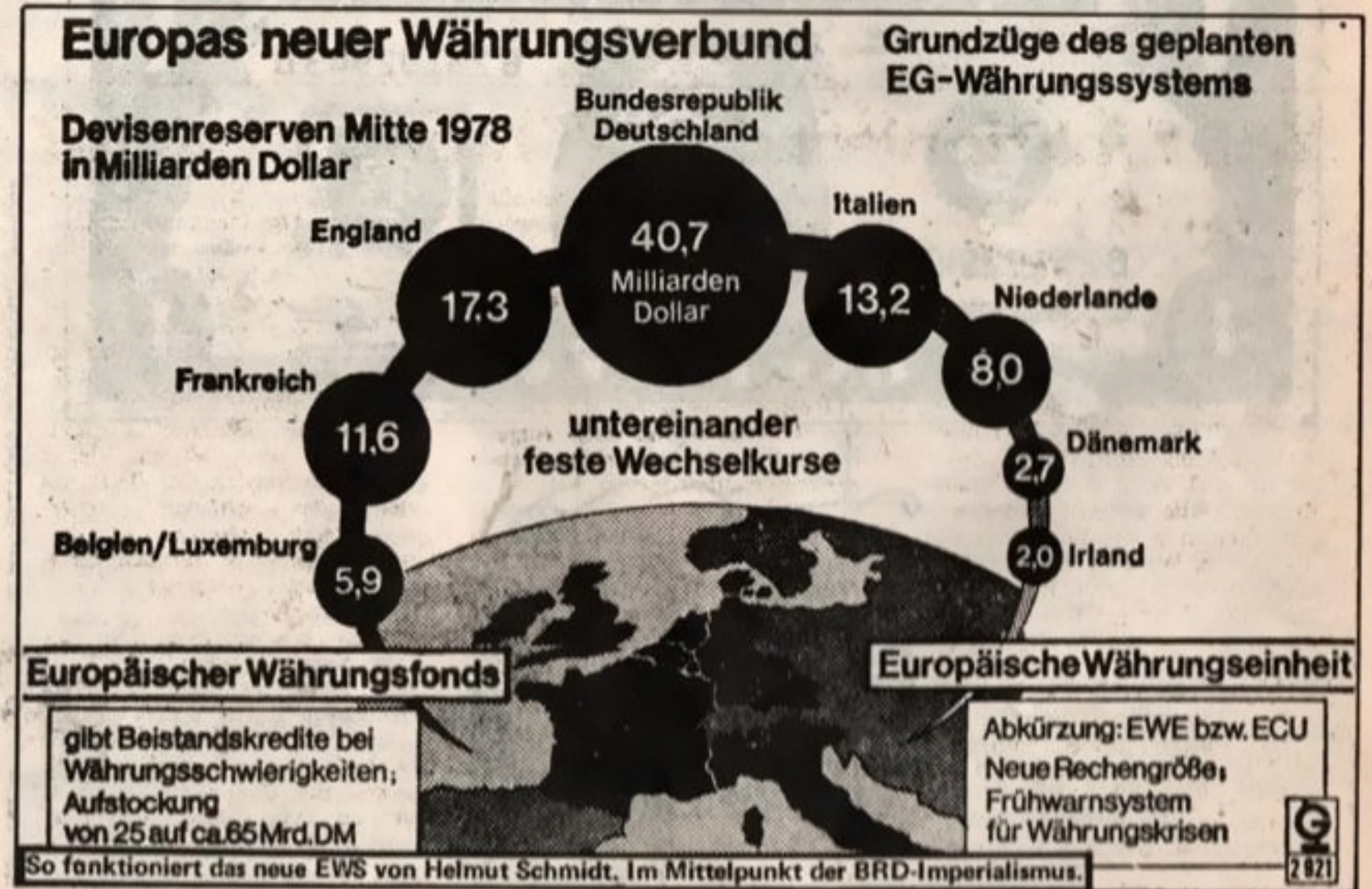
Konkurrenzschwierigkeiten in der EG

Trotz fieberhafter Reisetätigkeit (Schmidt und Frankreichs Giscard d'Estaing besuchten die europäischen Regierungschefs) hat Schmidts Projekt zunächst einen Dämpfer bekommen. Zur Zeit sieht es so aus, daß wohl nur Frankreich beitreten wird, die Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit Italien und Großbritannien verhindern ein schnelles Verwirklichen des EWS. Verhandelt wird außerdem um einen sofortigen Beitritt von Irland und Griechenland, die beide einen Wunsch in diese Richtung geäußert haben.

Die Hauptgründe für die Schwierigkeiten sind:

- Das BRD-Konzept für den EWS basiert auf der Forderung einer einheitlichen wirtschaftlichen Entwicklung in den dem System angeschlossenen Staaten. Dies bedeutet die Forderung nach „Stabilitätspolitik" als Grundlage für den Beitritt. Frankreich hat prinzipiell seine Zustimmung gegeben. Vor allem in Großbritannien und Italien gibt es konkrete Probleme bei der Verwirklichung dieser Forderung des BRD-Imperialismus: sind doch die Inflationsraten und Preissteigerungen in diesen Ländern so hoch, daß eine von der BRD geforderte noch schärfere Verschlechterung

Fortsetzung auf Seite 41



So funktioniert das neue EWS von Helmut Schmidt. Im Mittelpunkt der BRD-Imperialismus.

Fortsetzung von Seite 40

der Lage der Werktätigen unweigerlich zu einer Verschärfung der Klassenkämpfe führt. Bereits jetzt haben die Herrschenden dieser Länder Schwierigkeiten, ihre, gemessen an Schmidts Forderungen, bescheidene „Anti-Inflationsprogramme" durchzusetzen.

Daher fordern Italien und Großbritannien eine Lockerung der Beitrittsbedingungen: Italien verlangt eine größere Bandbreite bei den Währungsschwankungen (statt 2,25 % zwischen 6 bis 8 %, Schmidt hat 4,5% „angeboten", „FR", 3.11.).

Großbritannien beharrt vor allem darauf, daß das System so ausgelegt wird, daß bei Kursschwankungen die stärksten Währungen, gemeint ist die DM, intervenieren müßten. So hoffen die mit starker Inflation belasteten Länder, einen Teil ihrer inflationären Situation auf die BRD abzuladen und deren Vormacht in Grenzen zu halten.

Dagegen aber hat die Deutsche Bundesbank scharfen Protest eingelegt und Bundeskanzler Schmidt ihre Forderungen vorgelegt:

— Das neue Währungssystem darf *„nicht durch eine Harmonisierung der Inflationsraten auf einer mittleren Linie"* erreicht werden, sondern müsse durch eine überall *„gleichmäßig strikte währungs- und wirtschaftspolitische Disziplin untermauert werden"*
— *„Der sofortige Anschluß von drei oder vier EG-Ländern mit relativ hohen Inflationsraten stellt ein nicht geringes Risiko dar"*
— Der vorgesehene Umfang der Kredithilfen *„erscheint als zu weitgehend"* („Spiegel", 6.11.78).

Die Bosse der Bundesbank befürchten, daß zum einen die wirtschaftlich schwächeren Länder das EWS ausnutzen, um zusätzliche Profite zu Lasten der BRD zu machen, wenn nicht eine radikale „Anti-Inflationspolitik" zur Beitrittsvoraussetzung gemacht wird. Sie fürchten außerdem bei zu häufiger Intervention der Bundesbank durch Vermehrung der Geldmenge praktisch die Inflation dieser Länder in die BRD zu importieren. Damit wäre aber die Absicht, bei der Schaffung des EWS eine Stärkeposition gegenüber dem US-Imperialismus aufzubauen, gefährdet. Deshalb plädieren die Bankiers für folgendes:

— Verschärfung des Vorgehens gegen die Arbeiterklasse insbesondere in Italien und Großbritannien vor dem EWS-Beitritt
— Zunächst einen Kompromiß beim EWS, der sich auf den „Beitritt Frankreichs Zur ‚Schlange' einpendelt" („FR", 31.10.78).

Frankreich: Gegen die Vormacht der BRD

Der Plan für die EWS ist auf dem Bremer EG-Gipfel im Frühjahr 1978 vor allem von Frankreich aufgegriffen worden. *„Die beiden* (Schmidt und Giscard) *waren vorsichtig genug, nur schweigend mitzuteilen, daß hinter dem Projekt eines europäischen Währungssystems etwas Politisches, eine neue Gemeinsamkeit stecke. Sie hat mit Veränderungen im Verhältnis beider Länder zu Amerika zu tun"* („FAZ", 29.9.). Neben dieser Gemeinsamkeit gibt es allerdings Befürchtungen Frankreichs, daß die wirtschaftlich stärkere BRD dabei den größeren Vorteil hat. So plädiert auch Frankreich für derzeit noch nicht so feste Verbindlichkeiten im Währungsverbund: *„Zwar hat der französische Präsident den festen politischen Willen, doch die wirtschaftlichen Realitäten Frankreichs sind noch lange nicht reif für die Rückkehr des Franc in einen europäischen Währungsverbund relativ fester Wechselkurse"* („FAZ", 3.11.).



Frankfurter Rundschau

Bereits im Mai 1978 kommentierte die „FAZ" die Stellung der BRD beim Versuch, das Weltwährungssystem zu stabilisieren: „Unter den Blinden ist der Einäugige König".

Für die Zukunft hat Giscard ehrgeizige Pläne des französischen Imperialismus verkündet, die mit Sicherheit schwere Belastungen für die französischen Werktätigen bedeuten: *„Es wäre nicht gut, wenn Europa von einem beherrscht würde. Gäbe es nur eine Macht in Europa, so wäre das Deutschland. Wir müssen dafür sorgen, daß es in Europa wenigstens zwei Länder vergleichbaren Gewichtes gibt: Deutschland und Frankreich"* („FAZ", 18.10.78). Deshalb fordert er: *„Wenn wir das Nötige tun, können wir in etwa zehn Jahren die gleiche wirtschaftliche Entwicklung und die gleiche Macht erreichen wie die BRD"* („Zeit", 27.10.78).

Großbritannien – Auf dem Weg zur „Kolonie"?

In Großbritannien sind die Gründe einer Ablehnung des Beitritts zum EWS sehr unterschiedlich. So verkündete der Vorstandsvorsitzende der Lloyds Bank die unbedingte Zustimmung der Banken zum Beitritt als Gegengewicht zum Dollar. *„Die Harmonisierung der Wirtschaftsentwicklung sei die Grundvoraussetzung für das Funktionieren des EWS"* („Blick durch die Wirtschaft", 2.11.78). Andererseits wird momentan ein Beitritt abgelehnt, da in der derzeitigen Situation ein schärferer „Stabilitätskurs" ohne großen Widerstand der Arbeiterklasse nicht durchsetzbar sei. Zudem wird ein Wirtschaftsaufschwung erwartet, den die britischen Konzerne zur Aufbesserung ihrer Profite kurzfristig nicht durch Streiks großen Ausmaßes gefährden wollen.

Innerhalb der regierenden Labour-Party gibt es heftige Widersprüche zum EWS, die vor allem vom Gewerkschaftsflügel kommen. Labour hat eine Resolution verabschiedet, in der es heißt, daß der Währungsverbund die *„größte Attacke auf die wirtschaftliche Souveränität des Landes und eine Beerdigung sozialistischer Hoffnungen"* sei.

Mehr dürfte den Bauchschmerzen des britischen Imperialismus entsprechen, was der ehemalige Labour-Finanzberater Kaldor sagte: *„Wenn wir im Zustand unserer jetzigen industriellen Schwäche in eine Währungsunion mit Deutschland gedrängt werden, dann kann das Ergebnis nur sein, daß Großbritannien auf den Status einer Kolonie oder eines Vasallen von Deutschland gemindert wird"* („Zeit", 20.10.78). Die Zeitung „The Economist" dagegen befürchtet pathetisch: Wenn Großbritannien dem EWS nicht beiträte, würden Frankreich und die BRD *„die bei weitem größte Schlacht gegen das Vereinigte Königreich in ihrem Krieg der Eroberungen gewonnen haben"* (7.10.78).

Letztlich wird auch dem britischen Imperialismus nichts anderes übrigbleiben, als sich dem Verbund anzuschließen, so wie nach einigen Widerständen der EG-Beitritt vollzogen wurde. Vorrangig geht es bei den Auseinandersetzungen darum, so viel wie möglich von den eigenen Forderungen an den EWS erfüllt zu bekommen.

Die weitere Perspektive

Versuche, durch Weltwirtschaftsgipfel die zunehmend in Widerspruch geratenden Interessen unter einen Hut zu bringen, dürften zum Scheitern verurteilt sein, wie die Ergebnisse des Bonner Gipfels vom Juli zeigen. Statt mit einer Harmonisierung ist vielmehr mit einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes zu rechnen. Die Tatsache, daß heute von den Imperialisten nicht annähernd im Maße der stürmischen Expansion bis Mitte der sechziger Jahre neue Märkte erschlossen und besetzt werden können, zeigt, daß es mehr und mehr darum geht, den vorhandenen Kuchen aufzuteilen, das größte Stück davon zu erhalten. Der BRD-Imperialismus ist angetreten, den USA Paroli zu bieten. Mit der nächsten großen Weltwährungskrise dürfte dieser Konflikt der trotz erster schärferer Auseinandersetzungen noch großenteils schlummert, weiter aufbrechen.

Für die Werktätigen in den betroffenen Ländern zeigen die verschiedenen Konjunktur- und Anti-Inflationsprogramme heute schon auf, daß die Angriffe auf Lohn, Arbeitsplatz und soziale Rechte noch zunehmen werden.

Wirtschaftskommission

USA

»Man verkauft die Erde nicht, auf der die Menschen wandeln!«

So faßte der Häuptling Tashunka Witko („Crazy Horse") die indianische Beziehung zur Erde zusammen. Heute haben die großen Konzerne längst mit „Glasperlen" und Gewehrkugeln die letzten indianischen Gebiete für sich erobert. Denn auf den Reservatsgebieten liegen die größten Rohstoffquellen der US-Industrie: u.a. 95 % der Uranvorkommen und 33 % der Kohlereserven (nach „Clamshell Newsletter").

Und doch ist die heutige Situation der Indianer in den USA erschreckend: Die Kindersterblichkeit liegt 31 % über dem Bundesdurchschnitt, die Lebenserwartung beträgt 47 Jahre, rund 80 % sind arbeitslos („Workers World", 6.10.78).

Auf der anderen Seite findet eine massive Ausbeutung des Indianerlandes durch die großen Konzerne statt, denn Indianerland ist ertragreich: In Wyoming und Montana gibt es große Kohlegebiete, die im Tagebau leicht abzubauen sind. Ebenso sind hier ertragreiche Uranvorkommen. In Utah, Arizona und New Mexiko, dort wo die „Black Mesa", der heilige Berg der Navajo und Hopi liegt, findet sich alles, was das Kapitalistenherz begehrt: Uran, Kohle, Silber, Gold, Chrom, Vanadium. – Als Vergütung erhalten die Indianer wieder nur „Glasperlen". Die Northern Cheyenne in Wyoming, welche 2.000 Morgen Land an Peabody, Consol, Norsworthy & Reger und Chevron abgaben, erhalten e i n e n Dollar pro Morgen und Jahr sowie 17,5 Cent pro geförderter Tonne Kohle, mit anderen Worten ein lächerliches Trinkgeld (nach Claus Biegert, „Seit 200 Jahren ohne Verfassung", rororo 4056, S. 49).

Das neueste Projekt der Kapitalisten ist die Uranausbeutung in der „Black Mesa". Dort wird die größte und tiefste Uranmine der USA eröffnet. Das erste Erz soll bereits in ein paar Monaten gefördert werden; volle Produktionskapazität soll bis 1980 erreicht sein („International Herald Tribune", IHT, 10.10.78). Hinter diesem Projekt steckt die Gulf Oil Company, eine der größten Ölfirmen, die auch satt im Urangeschäft mitmischt: ihr gehören 11,6 % der Uranquellen (IHT, 14.10.77).

Doch die Indianer werden dabei nicht nur finanziell betrogen. Die radioaktive Verseuchung bringt erhöhte Krebsgefahr mit sich: der radioaktive Müll wird an der Oberfläche gelagert (4.500 Tonnen täglich), radioaktives Radon wird aus den Schächten in die Luft geblasen.

Was nachbleibt, wird eine leblose, radioaktiv verseuchte Landschaft sein. Bereits jetzt sind diese Gebiete zum großen Teil durch das „Stripmining" (Tagebau ohne nachträgliche Wiederherstellung der Landschaft) zerstört, die Flüsse verdreckt und die Luft verpestet.

USA-Kommission

• • •

Anfang des 17. Jahrhunderts verkauften die Indianer die Insel Manhattan angeblich für einen Beutel voll Glasperlen. So geht jedenfalls die Sage.

Daß Grundstücksgeschäfte heutzutage nicht mehr ganz so billig ablaufen, schon gar nicht in Industriegebieten, ist eigentlich klar – und doch gibt es noch immer „Glasperlen"-Händler.

Wir berichteten bereits vor einiger Zeit, daß Indianer der Stämme Passamaquoddy und Penobscot ein 200 Jahre altes Gesetz entdeckt haben, welches ihren Anspruch auf Zweidrittel des Bundesstaats Maine garantiert. Ausgerechnet dort befinden sich große Teile der Industrie Maines. Kommt es jetzt zum Prozeß, müssen die Grundstücke für die Dauer des Prozesses festliegen, d.h. es dürfen keine Verkäufe getätigt werden. Also versuchte die Regierung, einen außergerichtlichen Vergleich zu erzielen. Daß die Indianer darauf eingegangen sind, liegt mehr oder weniger daran, daß sie bei einem Gerichtsurteil eher schlechter wegkommen als bei einer außergerichtlichen Einigung.

Der Kompromiß, dem jetzt nur noch der Kongreß zustimmen muß, lautet:

– Eine Zahlung von 27 Millionen Dollar an die beiden Stämme, wovon 5 Millionen sofort als „Ausgleich für bisherige Unterstützung der Indianer" an Maine abgehen.
– Zahlung von 10 Millionen Dollar, die dem Ankauf von etwa 400 qkm dienen sollen. Damit werden gleichzeitig alle Rechte der Indianer an dem Gebiet erlöschen und es unterliegt allen Gesetzen des Bundesstaates Maine („International Herald Tribune", 19.10.78).

USA-Kommission

Moderne Lynchjustiz

Moderne Lynchjustiz

„15.000 Menschen – Männer, Frauen und Kinder – klatschten Beifall, als der Neger mit Petroleum begossen und angezündet wurde. Sie drängelten, schrien und schubsten sich, um näher an den Schwarzen heranzukommen..." (Memphis Post, 22.5. 1917).

Inzwischen sind sechzig Jahre vergangen und die Lynchjustiz wird heute s o nicht mehr praktiziert. Heute geht alles seinen ordnungsgemäßen gesetzlichen Gang. Der Fall: Im August 1977 zog die (farbige) Familie Smith nach Mobile in Alabama – zum äußersten Verdruß aller Rassisten in eine weiße Nachbarschaft. Was nun begann, waren Wochen des Terrors: Scheiben wurden von den Rassisten eingeworfen; die Vermieterin wurde mit anonymen Morddrohungen belästigt und eingeschüchtert; als letztes wurde mit einem Brandsatz versucht, im Hause Feuer zu legen. Am Labor Day (Anfang September) wurde Charles Smith durch das Geschrei seiner Kinder aufgeschreckt. Als er sah, daß diese von zwei Rassisten mit einer Machete und einem großen Schraubenschlüssel verfolgt wurden, holte er seine Pistole. Bei dem Versuch, seine Kinder vor den beiden Rassisten zu retten, wurde er von dem einen mit der Machete von hinten angegriffen. Im Reflex und in Notwehr schoß Smith – und tötete den Angreifer.

Wie es sich nun für die US-Rechtssprechung gehört, wurde nicht der übriggebliebene Rassist wegen Beihilfe zum Mordversuch angeklagt, sondern Charles Smith muß sich jetzt wegen Mordes vor Gericht verantworten. Seine Verurteilung kann die Todesstrafe ergeben.

Lynchjustiz 1978!

USA-Kommission

Huey Newton bleibt im Knast

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß der Black Panther Führer Huey Newton aus seinem kubanischen Exil in die USA zurückgekehrt ist, um sich den Behörden zu stellen. Newton wurde wegen illegalen Waffenbesitzes in zwei Fällen und Teilnahme an einer Schlägerei angeklagt. Der letzte Punkt ist nun unter den Tisch gefallen, nachdem der Zeuge der Anklage, Preston Callins, vor der Presse erklärte, daß Newton ihn nicht zusammengeschlagen hätte.

Der entsprechend empörte Staatsanwalt ließ seinen ehemals so wichtigen Kronzeugen daraufhin gleich einsperren, weil dieser „nicht vor Gericht aussagen wollte". Newton selbst wird weiterhin wegen des ersten Anklagepunktes im Knast festgehalten – der Vorsitzende Richter verweigerte ihm bisher auch eine Freilassung gegen Kaution.

Dazu muß man wissen, daß dieser Richter auch vorsitzender Richter in den berüchtigten „Zebra"-Prozessen 1974 war. Es ging darum, daß Schwarze angeblich massenhaft weiße Frauen in San Francisco vergewaltigt und ermordet haben sollten. Der Richter verhielt sich damals extrem rassistisch gegen die Angeklagten – und eben dieser Richter wurde jetzt extra für den Newton-Prozeß aus dem Ruhestand geholt.

Newton muß aufgrund der Anklage mit bis zu zwei Jahren Knast rechnen und bei diesem Richter sieht es alles andere als günstig aus (nach „Workers World", 6.10.78).

USA-Kommission

Wie funktioniert das Währungssystem?

Mit der Entwicklung des Welthandels (Warenaus- und einfuhr) wurde es notwendig, eine einheitliche Leitwährung zu schaffen. Bis zum endgültigen Zusammenbruch 1973 galt für die kapitalistischen Währungen das System von „Bretton Woods". Dies hatte den Dollar zur Leitwährung bestimmt (der Wert des Dollar wird nach der Höhe der Goldreserven und dem Goldpreis bestimmt). Alle anderen Währungen orientieren sich im Welthandel an dem Wert des Dollar, das heißt, sie sind gegen Dollar eintauschbar. „Bretton Woods" sah ein System fester Wechselkurse vor: Die Währungen durften um 1 % über oder unter dem Dollarkurs schwanken. Sind die Schwankungen größer, müssen die Notenbanken der angeschlossenen Länder durch Kauf oder Verkauf von Devisen (oder Gold) intervenieren, um ihre Währung wieder zu stabilisieren. Gelingt dies nicht, muß die entsprechende Währung auf- oder abgewertet werden.

Seit 1973 ist das System fester Wechselkurse zugunsten des „Floating" zusammengebrochen. „Floating" heißt, daß die Kurse frei schwanken und nach Angebot und Nachfrage auf- und abgewertet werden).

Parallel zu dieser Entwicklung gründeten Frankreich, die BRD, Belgien, Niederlande und Luxemburg sowie Dänemark die sogenannte „Währungsschlange". Frankreich schied wegen der Vorherrschaft der BRD nach kurzer Zeit aus, Norwegen kam neu hinzu. In der „Schlange" orientierten sich die beteiligten Währungen nicht ausschließlich am Dollar, sondern vereinbarten feste Wechselkurse und gegenseitige Stützung der Währungen untereinander. Die Interventionspunkte bei Kursschwankungen wurden bei ±2,25 % festgelegt. Faktisch war die „Schlange" ein fester DM-Block. Zwar gelang es der BRD bisher nicht, dieses Konkurrenzunternehmen zum Dollar auszubauen, dennoch brachte auch diese kleine „Schlange" Vorteile: Immerhin wird fast ein Viertel des Außenhandels der BRD mit den in der „Schlange" vertretenen Länder abgewickelt und dieses Viertel wurde für den BRD-Imperialismus steuerbar und kalkulierbar.

Das jetzt geplante „Europäische Währungssystem" (EWS) ist der Versuch der BRD, die kleine „Schlange" zu einer großen „Schlange" der europäischen Währungen auszubauen und den Anteil des steuerbaren Welthandels dank der eigenen Vormachtstellung zu vergrößern.

Türkei

Die türkische Armee probt den Völkermord!

Eine friedliche Dorfszene:
Frauen melken Kühe, Männer arbeiten auf dem Feld, Kinder spielen. So wie das Leben in einem kurdischen Dorf in Ostanatolien sich täglich wiederholt fernab von den industrialisierten Regionen der Westtürkei, in der Südostecke der Türkei, in der Provinz Hakkari, nahe der irakischen und iranischen Grenze.

Plötzlich wird der ländliche Friede brutal gebrochen. Soldaten mit modernen Waffen umzingeln das Dorf, lautlos. Nach dem Vorbild der „Ledernacken" wird zur Vermeidung unnötigen Aufsehens die Operation zunächst lautlos durchgeführt: einem außerhalb des Dorfes weilenden Bauern wird lautlos die Kehle durchschnitten. Als der Ring geschlossen ist, beginnt ein erbitterter Kampf Mann gegen Mann. Die Luftwaffe greift ein, Napalmbomben werden geworfen, bis nach kurzer Zeit das Dorf in Schutt und Asche gelegt ist und die Männer ermordet am Boden liegen. Frauen fliehen um ihr Leben, werfen sich den Soldaten zu Füßen und betteln um das Leben ihrer Kinder. Rücksichtslos verrichten die Soldaten ihr blutiges Geschäft: auch Frauen, Kinder und alte Menschen werden Opfer der Kugeln. Dann ist wieder Todesstille.

Aus dem Hintergrund tritt der Kommandant hervor, umarmt seine Soldaten und jubelt mit ihnen über die Vernichtung des Dorfes.

Diese makabre Szene, die an die Massaker der deutschen Wehrmacht und der US-Armee in Vietnam erinnert fand tatsächlich statt: Perfekt geplant und durchgeführt im Rahmen eines Manövers (Kanalti-Jandarma-78) türkischer Jandarmas (vergleichbar mit dem BGS in der BRD), dem türkischen Innenministerium als Ordnungstruppe unterstellt, und unterstützt von Einheiten der türkischen Streitkräfte.

Die Türkei ist in der demokratischen und linken Öffentlichkeit sowohl des Inlandes als auch im internationalen Rahmen seit längerem ins Gerede gekommen. Neben der Zypern-Politik auch vor allem wegen der Unterdrückung der Kurden in der Türkei – nicht zufällig fand das „Manöver" in einem überwiegend von Kurden bewohnten Gebiet statt und nicht zufällig sprachen die „Leute" im Dorf kurdisch. Hier ist noch anzufügen, daß neben den angreifenden Truppen auch die „Dorfbewohner" verkleidete Jandarmas waren.

Anzumerken ist auch, daß es im offiziellen Sprachgebrauch der Türkei keine Kurden gibt, obwohl sie mit ca. 10 Millionen Einwohnern rund ein Viertel der Bevölkerung sind. Anzumerken ist weiter, daß es den Kurden verboten ist, ihre Sprache zu sprechen, ihre Kultur zu pflegen und sich als Kurden zu bezeichnen. Kurdische Schulen in der Türkei gibt es nicht, die kurdische Bevölkerung wird gezwungen, ihre Kultur zu verleugnen.



So probt die türkische Armee den Massenmord an den Kurden

Daneben werden die Kurden massiv verfolgt, wenn sie gegen diese Bestimmungen verstoßen und sie sind Freiwild der Jandarmas. Es ist nicht untertrieben, wenn man die kurdische Bevölkerung der Türkei als rechtslos bezeichnet. Szenen, wie sie in dem Manöver dargestellt wurden, finden (zwar nicht in dieser Brutalität) täglich in der Osttürkei statt.

Mord, Folter, Vertreibung, unterlassene Hilfeleistung (wie bei den letzten Erdbeben), gehören zum Alltag. Es ist nicht übertrieben, wenn man die Kurden als vogelfrei und rechtlos bezeichnet.

Allerdings hat die bei dem o.g. Manöver an den Tag gelegte Brutalität auch in der Türkei einige Proteste hervorgerufen. Einerseits, weil offen gegen „Feinde" vorgegangen wurde, die zur Bevölkerung zählen und weil dies in einer Offenheit praktiziert wurde, die auf eine Vernichtung der Kurden als Ziel hindeutet.

Perverserweise hat die Manöverleitung es sich auch nicht nehmen lassen, die Bevölkerung aus den umliegenden Dörfern als Zuschauer dem Schauspiel beiwohnen zu lassen. Das ganze Manöver hatte neben der militärischen Übung also auch den Zweck, die Kurden einzuschüchtern und exemplarisch deutlich zu machen, daß jeder Widerstand zwecklos ist. So hat auch einer der anwesenden kurdischen Zuschauer gesagt: „Ich möchte nicht in diesem Dorf gewesen sein."

Aufgrund des Protestes der demokratischen Öffentlichkeit und der Linken in der Türkei war der türkische Innenminister schließlich gezwungen, eine „offizielle", d.h. beschönigende Stellungnahme abzugeben: „*Dieses Manöver hatte zum Ziel, zu zeigen, daß die in das Gebiet eingedrungenen fremden Truppen sich durch einheimische Trachten tarnen können, und daß die fremden Fallschirmtruppen, die den Eindringlingen helfen wollten, gestoppt und die Lebens- und Besitzsicherheit unseres Volkes verteidigt werden konnte. Der Guerillakampf erfordert, daß man sich der Umgebung anpaßt.*

Uns hat es tief berührt, welche Reaktionen dieses Manöver, das nur zur Erforschung der Sicherheit unserer Staatsgrenzen und Verteidigungsmöglichkeiten dienen sollte, hervorgerufen hat.

Unsere Jandarma-Einheiten, als Teil der türkischen Armee, die sich in der Hand der Nation befindet und dem Befehl der Staatsbürger unterworfen ist und nur dazu da ist, die gesellschaftliche Sicherheit zu garantieren und die Rechte der Staatsbürger zu verteidigen. Sie sind auch jederzeit bereit unsere Bürger notfalls mit dem Einsatz ihres Lebens zu verteidigen."

Gegen diese scheinheilige Erklärung erhoben die kurdischen Abgeordneten keinen Widerspruch und auch viele türkische Journalisten und Intellektuelle ließen sich mit dieser Erklärung abspeisen.

Außer einer spontanen Demonstration der Organisation „Devrimci Yol" gab es auch von Seiten der Linken keinen weiterreichenden öffentlichen Protest, ausgenommen die Stellungnahmen, die wir hier zitieren:

„Devrimci Yol" verglich dieses Manöver mit Operationen, die gegen die Bevölkerung Mittel- und Südamerikas durchgeführt werden.

Kitle, die Zeitung von TSIP, schrieb: „*Zuerst soll man die Frage stellen: Was hat die Jandarma mit dem ‚feindlichen Dorf' zu tun? Die Jandarma ist dem Innenministerium unterstellt, hat also die Aufgabe, die Sicherheit innerhalb der Türkei zu gewährleisten. Aber auch ein ‚feindliches Dorf' kann sich nur in einem fremden Land befinden. Oder gibt es in der Türkei Dörfer, die unsere ‚Feinde' sind? Oder betrachten manche Leute die Menschen, die im Osten leben, als ‚Feinde'? (...) Außerdem, was soll ‚feindliches Dorf' bedeuten? Nehmen wir an, das Dorf ist in einem andern Land. Aber wo hat man bis jetzt erlebt, daß ein ‚Dorf' als ‚feindlich' angesehen wurde? Gibt es zur Zeit ein Land, mit dem die Türkei sich im Kriegszustand befindet? Selbst wenn dies zutreffen würde, würde dann ein einzelnes Dorf zum Feind erklärt und die gesamte Bevölkerung samt Frauen, Kindern und älterer Leute vernichtet werden?*" („Kitle" 227/78).

Von anderen türkischen Organisationen wurde dieses Manöver als eine Probe für den Völkermord am kurdischen Volk charakterisiert.

Kurdische Gruppen haben gegen dieses Manöver protestiert und Parolen wie: „Kanatli-Jandarma kann den Kampf unseres Volkes nicht verhindern" an die Häuser gemalt.

Allerdings, gemessen an der Unverschämtheit dieses „Manövers" und der in der demokratischen Öffentlichkeit lautgewordenen Proteste, der Widerstand gegen diese – von Ecevit (Sozialdemokrat) zumindest geduldete – Aktion als schwach und verhalten bewertet werden.

So wagte es kaum eine Organisation, entschlossen gegen diese Politik Front zu machen.

Andererseits ist es nicht nur eine Aufgabe der türkischen Linken gegen die „wirksamen Maßnahmen" (Lieblingsausdruck von Ecevit) gegenüber den Kurden Stellung zu nehmen!

Nieder mit der nationalen Unterdrückung der Kurden!

Hoch lebe die Brüderschaft der Völker!

Griechenland/Türkei-Kommission

Kitle, die Zeitung von TSIP, Griechenland/Türkei-Kommission

Ohne Waffe keine Propaganda mehr

Seit die faschistische MHP, deren Führer Türkes sich gerade in der BRD aufhielt, wo er auch mit CDUlern zusammengetroffen ist, durch die sozialdemokratische Regierung Ecevits aus der Regeirung gedrängt wurde, verstärken die faschistischen Truppen, unter anderem die „Grauen Wölfe", ihren bürgerkriegsähnlichen Terror. Durch diesen Terror soll die sozialdemokratische Regierung, die der Bevölkerung mehr Lebenssicherheit verspricht, handlungsunfähig gemacht werden.

Seit Anfang dieses Jahres starben auf Grund politischer Angriffe der Faschisten 500 Menschen, davon allein 170 in Istanbul.

Was sich hinter der Zahl 500 Tote verbirgt, welche Situation für die Linke in der Türkei herrscht, unter welchen Repressionen die Bevölkerung zu leben hat, soll ein Bericht verdeutlichen, der auf den Erfahrungen einer türkischen Genossin, die schon längere Zeit in West-Berlin lebt und einer westberliner Genossin, die im Sommer in der Türkei war, aufbaut.

Eine angespannte Situation

Als erstes, wenn man in Istanbul ankommt, fällt auf, daß jede verfügbare Wand über und über mit Parolen bemalt ist. Die meisten richten sich gegen den Faschismus, propagieren die Revolution, den bewaffneten Kampf. Parolen zur Unterstützung der Ecevit-Regierung findet man relativ selten. Oder aber es sind faschistische Parolen und Plakate.

Die Situation zwischen Faschisten und Linken ist unerhört angespannt. Wenn man die Zeitung aufschlägt, findet man jeden Tag eine ganze Latte von politischen Morden. Zum allergrößten Teil sind es Linke oder Menschen aus der Bevölkerung, die bei den Terroranschlägen der Faschisten ums Leben kommen.

Jemand wird erschossen, weil er von Faschisten dabei beobachtet wurde, wie er eine Cumhuriyet (linksliberale Zeitung) kaufte, oder 2 werden erschossen, während sie zusammen eine linke Zeitung lesen, oder jemand wird umgelegt, weil er an einer Demonstration teilgenommen hat.

Häufig sind linke Lehrer oder Professoren die Opfer, weil sie linke oder liberale Standpunkte in ihren Vorlesungen vertreten haben.

Bevorzugte Angriffspunkte sind die Lehrerschulen und Studentenheime oder -Cafes. Die meisten Lehrerstudenten sind fortschrittlich und haben in der Türkei eine wichtige Bedeutung. Die Angriffe der Faschisten konzentrieren sich deshalb auf das Erziehungswesen.

Der Kampf um die Studentenheime

Andauernde militante Auseinandersetzungen gibt es um die Studentenheime. Der Platz in einem Studentenheim ist deshalb so wichtig, weil es für die Studenten, besonders für die, die nicht aus den Universitätsstädten kommen, bei den hohen Mieten und der Wohnungsknappheit unmöglich ist, Unterkünfte zu finden. Der Verlust des Platzes im Studentenheim ist gleichbedeutend mit dem Abbruch des Studiums.

Die Studentenheime sind wie die Universitäten entweder von Linken oder Faschisten bzw. Polizei besetzt. Dabei werden die Kämpfe um die Heime und Universitäten im wesentlichen militant und bewaffnet geführt.

Ein linkes Studentenheim ist überhaupt nur zu halten, wenn die Studenten auch in der Lage sind, sich militärisch gegenüber den faschistischen Angriffen zu verteidigen. So werden Wachen aufgestellt, um nicht von etwaigen Angriffen überrascht zu werden. Diese Kämpfe der Linken, sich lebensnotwendiges Territorium zu erhalten, sind aber nicht mehr auf den studentischen Bereich beschränkt.

Der Vormarsch der Faschisten muß gestoppt werden!

Genau wie in den Studentenheimen versuchen die Faschisten jetzt ganze Städte oder Bezirke zu übernehmen, in denen sie dann die Bevölkerung terrorisieren und eine fortschrittliche und antifaschistische Propaganda völlig unmöglich ist.

Ein 16-jähriger Junge, der gerade aus Elazig kam, erzählte, daß die Stadt vollständig aufgeteilt ist, in einen faschistischen und einen antifaschistischen Teil. Zwischen der beiden Teilen verläuft eine regelrechte Grenze, die sowohl von faschistischer als auch von antifaschistischer Seite mit bewaffneten Posten besetzt ist. Wer die Viertel betreten will, muß entsprechende Loseworte sagen. Der Junge selbst hatte an dieser Grenze gelebt und die täglichen Schießereien und Auseinandersetzungen miterlebt. Er erzählte, daß ein zwölfjähriger Junge in das faschistische Viertel gegangen ist, um beim Metzger Fleisch zu kaufen. Er wurde von den Faschisten erschossen. Auch die Arbeitsstätten können nicht mehr erreicht werden.

Der Prozeß um die Aufteilung der Stadtviertel ist noch nicht überall so weit fortgeschritten wie in Elazig, aber die Linken sind täglich gezwungen, sich zu verteidigen. In den von Faschisten besetzten Gebieten ist es nicht so, daß hier die Bevölkerung mehrheitlich faschistisch ist. Die Faschisten haben sich hier militärische Positionen erobert. Um überhaupt linke Propaganda betreiben zu können, um überhaupt zu überleben, müssen die Linken sich verteidigen und ebenfalls Viertel besetzen bzw. zurückerobern. Auch Streiks und andere Aktionen sind in faschistisch besetzten Gebieten unmöglich, da die Faschisten jedem Protest mit tödlichem Terror begegnen.

Für die bekannten aktiven Genossen bedeutet diese Situation, daß sie ständig auf der Hut sein müssen. Beim Büchertisch auf der Straße müssen sie damit rechnen, aus einem vorbeifahrenden Auto beschossen zu werden. Wie rücksichtslos die Faschisten dabei ihren Terror ausüben, um die Bevölkerung einzuschüchtern und die Linke zu isolieren, zeigt der Anschlag in Ankara. In Ankara sind teilweise ganze Straßenzüge von den Faschisten besetzt. Im August beschossen die Faschisten einen Bus, der einer von ihnen noch nicht besetzten Straße fuhr. Es gab mehrere Tote und viele Schwerverletzte. Die Täter konnten gefaßt werden und sagten aus, daß sie den Befehl zu diesem Anschlag von hohen Funktionären der „Grauen Wölfe" bekommen hätten.

Insgesamt zeichnet sich eine Strategie der Faschisten ab, die Aktionsmöglichkeiten der Linken durch gezielten Terror einzuengen. Für die revolutionäre Linke und für Kräfte, die sich zum linken sozialdemokratischen Lager der CHP zählen, steht heute die Notwendigkeit, sich bewaffnet den Angriffen der Faschisten zu stellen. Dies ist eine enorme Anforderung an die Linke in der Türkei, auf der einen Seite eine schlagkräftige Organisation aufzubauen, dabei aber schon heute den bewaffneten Kampf, auch wenn es sich um einen Abwehrkampf handelt, zu organisieren.

Die Sozialdemokratie im Kampf gegen links und re...

Die Sozialdemokratie, allen voran ihr Führer und jetziger Ministerpräsident Ecevit, verschließt vor der faschistischen Strategie völlig die Augen und beschuldigt „links wie rechts" gleichermaßen die „Lebenssicherheit" zu gefährden (siehe AK 138).

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen „links und rechts" und um „Ruhe und Ordnung" herzustellen, werden neue Polizeitruppen, ähnlich unseren MEKs, aufgebaut und Razzien, Kontrollen, Hausdurchsuchungen verschärft. Diese Maßnahmen hindern die Faschisten nicht, ihre Konflikttheorie durchzuziehen, sondern sie verstärken ihre Angriffe auf linke Organisationen. „*Blind muß man sein, wenn man nicht sieht, daß in Ankara die Unteroffiziersschule berüchtigter Stützpunkt der ‚Grauen Wölfe' ist – und sogar mehr. 1976 unterrichteten zwei CIA-Agenten die Unteroffiziere, und als Gäste MHP-Parteimitglieder über ‚Brandanschläge, Femenorde und Sabotageaktionen'. Und nicht von ungefähr liegt das Hauptquartier von Alparslan Türkes (Führer der faschistischen MHP, d. Verf.) in der 3. Straße des Stadtteils Bahcelivler - Ankara, nur eine Straßenecke von einem berüchtigten Folterzentrum des türkischen Geheimdienstes MIT entfernt, in der 4. Straße, Hausnummer 20. Der türkische Geheimdienst MIT nämlich ist, genauso wie die Polizei und Teile des Militärs, von Anhängern der Rechtsradikalen unterwandert. Als ein Zeichen, daß sich daran auch unter Ecevit wenig geändert hat, werten Politiker die Tatsache, daß der MIT bisher keinerlei Informationen an die Regierung gegeben habe*" (J. Roth in FR vom 25.8.78).

Dem ist nichts hinzuzufügen!

2 Genossinnen aus West-Berlin und die Türkei/Griechenland-Kommission

Frankreich

„Fall Heidy": Die Justiz will den Spieß umdrehen

Sieben Monate nach Heidys Folterung fand auf Antrag ihrer Anwälte eine gerichtliche Untersuchung (Gegenüberstellung von Zeugen) statt, in der bestimmte Widersprüche in den Zeugenaussagen geklärt werden sollten.

Am 21.3. waren bei Heidy, die seit Anfang des Jahres in Paris lebt, sechs bis sieben französische Polizisten aufgetaucht. Heidy befand sich in ihrer Wohnung zusammen mit ihrem französischen Freund Jaques, der gekommen war, weil sie sich nicht besonders fühlte und etwas zuviel getrunken hatte. Die Polizisten waren vom Hausmeister gerufen worden, der behauptet, Lärm in der Wohnung gehört zu haben. Gegen ihren Protest wurde Heidy von ihnen mitgenommen. Einige Stunden später fand sie sich wieder in dem psychiatrischen Krankenhaus St. Annen mit Verbrennungen und Verätzungen schwersten Grades an der Scheide, am Po, an den Oberschenkeln und am Bauch, nachdem sie vorher nach Aussage der Polizei in das Krankenhaus Claude Bernard eingeliefert worden war. Sie war unverletzt, als sie aus ihrer Wohnung abtransportiert wurde und hat ab dem Zeitpunkt, wo sie sich im Polizeiwagen befand, ihre Erinnerung verloren (vgl. AK 126, 127).

Worum ging es nun bei der Gegenüberstellung am 23.10.?

Erstens gab es Widersprüche über die Einlieferungszeit in das Krankenhaus Claude Bernard. Dahinter steht die Frage, wie lange Heidy sich in der Gewalt der Polizei befunden hatte. Sie war um 17.20 Uhr aus ihrer Wohnung abtransportiert und laut Aussage der Polizei um ca. 19.00 Uhr in Claude Bernard eingeliefert worden, also ca. anderthalb Stunden in Gewahrsam der Polizei.

In späteren Aussagen wurde der Einlieferungszeitpunkt auf 18.00 bis 18.10 Uhr korrigiert, doch ohne daß dieser Widerspruch geklärt wurde.

Der Arzt, der Heidy in Claude Bernard in Empfang genommen hatte, bestätigte dagegen indirekt den späteren Zeitpunkt, indem er aussagte, bei Heidys Einlieferung dabei gewesen zu sein, sie eine halbe Stunde untersucht zu haben, und daß er gleich danach einen Notfall behandeln mußte, der um 19.30 Uhr eingeliefert worden war.

In der Gegenüberstellung schloß sich der Arzt jedoch mehr oder weniger den Aussagen der Polizisten und anderen Zeugen an, indem er sich *„nicht genau erinnern"* konnte, ob er bei Heidys Ankunft auch wirklich dabei war, und ob er zwischen Heidys Untersuchung und dem genannten Notfall nicht noch andere Patienten behandelt hatte.

Dadurch, daß der Arzt als letzter Zeuge in dieser Konfrontation aussagen mußte, wurde es ihm besonders leicht gemacht, und auch „nahegelegt'", sich mit den Aussagen der Polizisten zu „vereinheitlichen".

So wurde im Ganzen die Version daraus gemacht, daß sich Heidy nur kurze Zeit in Gewalt der Polizisten befand. Damit will sich die Polizei immer mehr dem Verdacht entziehen, etwas mit Heidys Folterungen zu tun zu gaben.

Wenn aber nach dieser Version die Polizisten rein zeitlich nur schwer etwas mit Heidys Verletzungen, die ja schon um 18.00 Uhr in Claude Bernard vorhanden gewesen sein sollen, zu tun haben können, stellt sich die Frage, wann Heidy dann gefoltert worden sein soll.

In diesem Zusammenhang wird ein weiterer Widerspruch wichtig, der bei der Gegenüberstellung verhandelt wurde.

Es geht um die Frage, ob die Polizisten bei Heidys Verhaftung in ihrer Wohnung waren und sie aus nächster Nähe gesehen haben.

In ihrer ersten Aussage hatten die Polizisten, der Hausmeister und ein Nachbar dies b e s t ä t i g t und darüber hinaus auch ausgesagt, daß Heidy zu diesem Zeitpunkt u n v e r l e t z t war! Hingegen beteuern jetzt alle diese „Zeugen" (bis auf den Nachbarn, der inzwischen verstorben ist), daß die Polizisten n i c h t in Heidys Wohnung gewesen seien und so auch nichts gesehen haben wollen.

Was sich hier anbahnt, ist die Version, daß Heidy schon in ihrer Wohnung gefoltert worden sei.

Untermalt wird dies auch durch eine neue Aussage des Hausmeisters, daß Heidy fortwährend um Hilfe geschrien habe. Der Ermittlungsrichter ging in der Konfrontation über solche Widersprüche hinweg und tat alles, um die neue Polizei-Version zu erhärten. wer soll also dann als Schuldiger gefunden werden?

Auch hier hat der Richter seine Versionen. Einen möglichen Schuldigen scheint er in Heidys französischem Freund Jaques finden zu wollen. Dafür pickte er sich aus der Aussage des Nachbarn, der die gesamten Geschehnisse in Heidys Wohnung um ca. zwei Stunden vorverlegt hatte, nur die Ankunftszeit von Jaques heraus, um zu beweisen, daß er lange Zeit vor den Polizisten gekommen sei.

Eine andere Möglichkeit scheint für den Richter Heidys Hamburger Freund zu sein, der sie in Paris besucht hatte.

In der medizinischen Akte von St. Annen, gibt es einen Bericht, in dem behauptet wird, daß Heidy dort direkt nach ihrer Ankunft gesagt hätte:

- Ihre deutschen Freunde wären am selben Morgen abgefahren (sie waren einen Tag früher abgefahren);
- Sie hätte ihre Verletzungen beim Aufwachen bemerkt (welches Aufwachen? Am Morgen, oder nach der Ohnmacht?);
- und: „Das ist/war mein Freund, das kann nur er sein." (Dieser Satz steht ohne jeglichen Zusammenhang in dem Bericht).

Dies sind die einzigen Punkte, die „positiv" im Sinne dieser Version sind. Bemerkenswert ist weiterhin, daß es in diesem Bericht einen Satz gibt, der sorgfältig ausgestrichen ist, so daß man ihn beim besten Willen nicht entziffern kann. Er ist ausgestrichen worden, als der Bericht in die Untersuchungsakte aufgenommen wurde.

Was bezweckt der Richter damit, daß er den Verdacht auf Freunde von Heidy lenkt?

Einerseits hat die „Affaire Heidy" in Frankreich soviel Staub aufgewirbelt, daß man sie nicht einfach unter den Teppich kehren kann.

Andererseits hat der französische Staat ein dringendes Interesse, die Wahrheit über diesen Fall zu vertuschen, **„der in der Tat darauf hinauslaufen könnte, das Verhalten gewisser Polizeistellen und der Repressionsorgane im Allgemeinen in Frage zu stellen"** (Offener Brief von Sartre u.a. vom 28.5.78).

Durch das Vorgehen des Richters soll die Solidaritätsbewegung das eigentliche Ziel, die wahren Täter zu finden, aus den Augen verlieren und dazu gebracht werden, nur noch Heidys Freunde zu verteidigen. Diese Taktik ist nicht nur auf dem Mist des Richters gewachsen, sondern dahinter stehen noch andere staatliche Stellen. Das zeigt besonders die Anwesenheit des stellvertretenden Generalstaatsanwalts bei der Konfrontation. Dazu der Anwalt von Heidy: *„In den letzten zwanzig Jahren ist das kein einziges Mal vorgekommen."*

Da die Kampagne zur Aufklärung dieses Falles viel Geld kostet, wurde von Heidys Schwester ein Solidaritätskonto eingerichtet:

Solidaritätskomitee p.a. Hilke Böttcher, Bahrenfelder Chaussee 29, HH 50, Kontonummer Hilke Böttcher, Haspa 1016/766436, Stichwort: „Heidy"

Hamburger Freunde von Heidy aus dem Solidaritätskomitee

Larzac-Bauern: „Man soll uns nicht zur Gewalt der

haus Claude Bernard. Dahinter steht die Frage, wie lange Heidy sich in der Gewalt der Polizei befunden hatte. Sie war um 17.20 Uhr aus ihrer Wohnung abtransportiert und laut Aussage der Polizei um ca. 19.00 Uhr in Claude Bernard eingeliefert worden, also ca. anderthalb Stunden in Gewahrsam der Polizei.

die Polizisten rein zeitlich nur schwer etwas mit Heidys Verletzungen, die ja schon um 18.00 Uhr in Claude Bernard vorhanden gewesen sein sollen, zu tun haben können, stellt sich die Frage, wann Heidy dann gefoltert worden sein soll.

In diesem Zusammenhang wird ein weiterer Widerspruch wichtig,

Italien

Neue Zeitungspläne der italienischen Linken

Für den kommenden Februar ist eine neue linke Zeitung in Italien geplant, die unter dem Titel „Die Linke: Oppositionelle Tageszeitung" mit 50.000 Auflage erscheinen soll. Initiator ist die MLS („Movimento lavoratori per il socialismo" = Arbeiterbewegung für den Sozialismus). Das Rezept ist bei der spanischen „El Pais" abgeguckt: *„Viele Fotographien, viel ausländische Politik, die von den italienischen Zeitungen vernachlässigt wird: eine feste Seite der Debatte innerhalb der Linken gewidmet, offen auch für die PCI und die PSI; aber auch Sportkommentare, Kinoanzeigen etc...."* („L'espresso", 1.1o.). Zur Verwirklichung des Projekts ist die MLS eine Zusammenarbeit mit diversen Gruppen angegangen: *„Gewisse Sektoren der Gewerkschaften . . . Gruppen der Christen für den Sozialismus und evangelische Gruppen. Wir haben eine große Spannweite auch bis zu den Radikalen und der Linken der PSI (Sozialisten)"* („Lespresso", s.o.). Ein PSI-mann ist Mitglied im Vorbereitungskomitee der Zeitung.

Eine andere Initiative wurde von der Zeitung „Quotidiano die lavoratori" der Organisation Avanguardia Operaia ergriffen, die auf einem Kongreß Mitte Oktober beraten hat, ob ein Zusammengehen der drei linken Zeitungen „Quotidiano. . .", „Lotta Continua" und „il Manifesto" möglich sei - ein selbst nach ihren eigenen Vorstellungen sehr langfristiges Projekt . . . .Kurzfristig erstrebt sie eine punktuelle Zusammenarbeit und Absprache der drei Zeitungen.

Italienkommission

Falscher „Papstsegen" und die Folgen

Sonnabendmorgen in Rom, 28.1o., gab die satirische Zeitschrift „Male" (das Böse) eine Pressekonferenz. Grund der Konferenz war die häufige Beschlagnahme des Lästerblattes, das mittlerweile vor dem finanziellen Ruin steht. Ständig um Aktualität bemüht, stellte „Male" die Pressekonferenz - eine Woche nach der Papstwahl - in einen „göttlichen" Rahmen. Höhepunkt der Konferenz war der Auftritt eines in Lumpen und Flitter gekleideten „Papstes", die Tiara auf dem Haupt, und zweier „Kardinäle", die eine Ansprache vom Redaktionsbalkon des „Male" hielten.

Abends um 2o Uhr desselben Tages erschienen dann die Herren von der Polizei in der Redaktion und luden die Redaktionsmitglieder Vincenzo Sparagna und Carlo Cagni zu „letzten Klärungen" auf das Kommissariat. Auf der Treppe wurde dann noch eir Dritter festgenommen, der zwar nicht einmal zur Redaktion des „Male" gehört, aber das war den Polizisten egal. Auf der Wache stellten die Beamten dann erschreckt fest, daß das Lotta Continua-Mitglied „Cagni" in Wirklichkeit Zaccagnini heißt und der Sohn des gleichnamigen christdemokratischen Parteisekretärs ist. Er wurde umgehend freigelassen. Die anderen beiden blieben bis Montag in Haft und stehen unter der Anklage der „Beleidigung der Religion und eines ausländischen Staatsoberhauptes".

Italienkommission

Larzac-Bauern: „Man soll uns nicht zur Gewalt der Verzweiflung zwingen!"



Sit-In vor Beginn der Larzac-Demonstration am 28.10. in Paris/ Beaubourg

Seit dem 29. September ist der schon bald acht Jahre dauernde Kampf der Bauern der Larzac-Hochebene in Okzitanien (Südfrankreich) wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Seit diesem Tag bedroht die Regierung die Bauern, die sich standhaft geweigert haben, ihr Land zugunsten der Erweiterung eines Militär-Camps aufzugeben, mit Zwangsenteignung. Wir haben darüber in AK 141 (S. 41) berichtet. Waren es zunächst zwei Larzac-Gemeinden, für die ein Erlaß erging, der den Schutz der Ländereien als landwirtschaftliche Nutzflächen aufhebt und das alleiniige Kaufrecht der Armee vorsieht (womit der erste Schritt zur Zwangsenteignung in einer höchstens sechs Monate dauernden Prozedur getan ist), so ist inzwischen bekannt geworden, daß die gleichen Erlasse auf zwei oder drei weitere Gemeinden zukommen. Etliche Bauern haben bereits die detaillierte und mit „Entschädigungs"-Festsetzungen verbundene Mitteilung ins Haus bekommen, welche Landstücke ihnen von der Armee weggenommen werden sollen.

Die Regierung und die Armeeführung hatten anscheind gehofft, daß der Widerstand der Bauern und der in ganz Frankreich verankerten Unterstützerbewegung nach einer gewissen Zeit scheinbarer Ruhe „verfault" sei, und daß nun der Zeitpunkt für die Zwangenteignung günstig wäre. Diese Rechnung scheint nicht aufzugehen. Nach erfolgreicher regionaler Mobilisierung (Hungerstreiks, Demonstrationen, Blitzaktion: Pflügen aller bedrohten Felder, Solidarisierung der gesamten Linken, der Bauernverbände, der meisten Gemeinde- und Stadträte der Region, des Bischofs, der bedeutendsten regionalen Zeitungen usw.) schloß sich eine beachtliche Aktivität im landesweiten Maßstab an.

Landesweiter Aktionstag am 28. Oktober

Der am 1. Oktober von den Bauern und den Larzac-Komitees aus 22 Städten beschlossene Aktionstag am 28. Oktober sollte ein erster Schritt zur weiteren Entfaltung des Widerstandes werden, und diese Erwartung ist nicht enttäuscht worden: Am 28. Oktober gab es in ca. 100 Städten Solidaritätsaktionen; in über 30 Städten fanden Demonstrationen bzw. Kundgebungen statt.

30 Bäuerinnen und Bauern des Larzac waren unterwegs, um zu den Teilnehmern zu sprechen. In ihren Reden stand im Zentrum die Frage, bis zu welcher Härte die Regierung die Auseinandersetzung noch treiben wolle: *„Wir ergeben uns nicht, wir brauchen die Einheit um zu siegen. Schande denen, die unsere Ernten zerstören, Schande denen, die uns seit sieben Jahren mißachtet haben. Für uns ist der Enteignungserlaß nichts als Papier. Wir kämpfen mit Gewaltlosigkeit, wir respektieren die Menschen, aber man soll uns nicht zur Gewalt der Verzweiflung zwingen!"* (So der Sprecher der Bauern in der Kundgebung in Tornemire auf dem Larzac, zitiert nach : „La Gueule Ouverte", 1.11.78)

Die größten Demonstrationen und Kundgebungen waren laut „La Gueule Ouverte" in Nantes (an der Atlantikküste, 10.000 Menschen), in Tournemire/Roquefort (Larzac, 5.000 Menschen), Lyon (über 2.000) und Paris (2.000), sowie Grenoble (600). Die trotzkistische Tageszeitung „rouge" (30.10.) berichtete von 3.500 in Paris und des weiteren u.a. 3.000 in Montpellier, 1.500 in Toulouse, je 1.000 in Nimes und Valence und kleineren Demonstrationen in Monbrison, Albi, Montargis, Vannes, Mulhouse und Nice.

In Nantes war die Hauptparole: *„Gardarem lo Pellerin, gardarem lo Larzac"* (okzitanisch: „Bewachen wir Pellerin, bewachen wir den Larzac"), womit die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen das geplante Kernkraftwerk Pellerin und gegen die Enteignung des Larzac zugunsten des Militärs herausgestellt wurde. In Roquefort/Tournemire stand die unmittelbare Konfrontation mit dem Militär im Mittelpunkt. Als Kundgebungsort



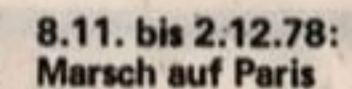
Vor dem Aktionstag am 28. Oktober zogen Larzac-Bauern mit ein paar Schafen ins Landwirtschaftsministerium

war ein Bahnhof genommen worden, der erst kürzlich von der Armee wieder hergerichtet worden ist, und man hielt einen durchkommenden Zug für zehn Minuten an, um ihn mit antimilitaristischen Plakaten und Parolen zu schmücken. Ein Sprecher des Soldatenkomitees propagierte: „*Unter der Uniform bleibst du ein Bauer!*"

In Lyon erklärte anläßlich der Larzac-Demonstration in der Innenstadt der Vorsitzende des Regionalkomitees der Jungen Landewirte (eines „anerkannten" Bauernverbandes) öffentlich seinen Rücktritt aus der gemeinsamen „Kommission Armee – Jugend" (einer Art konzertierter Aktion") mit der Begründung der „*Unvereinbarkeit zwischen einer militär-industriellen Gesellschaft und der Landwirtschaft*". In Paris beteiligten sich sehr viele Schüler unter der Parole: „*Die Armee: Sie tötet, sie verpestet und sie macht blöde!*" an einem Sternmarsch in das Einkaufsviertel Beaubourg.

Darüber hinaus fanden in allen Teilen Frankreichs weitere Hungerstreiks und Veranstaltungen unterschiedlichster Art statt. In Macon waren es vor allem junge Bauern, die ihren Kampf gegen Enteignungsversuche der Landwirtschaftsbank (Credit Agricole) mit dem Larzac-Widerstand verbanden. Zahlreiche Intellektuelle, der General de Bollardiere und die beiden konkurrierenden Führer der Sozialistischen Partei, Mitterand und Rocard, beteiligten sich oder erklärten sich demonstrativ solidarisch. In der Erklärung des Schriftstellers Jean-Paul Sartre heißt es u.a.:

„*Dieser Kampf dauert schon sieben Jahre. Ihr habt gewollt, daß er ohne Gewalt sein soll. Wenn dieser Krieg gewaltsam gewesen wäre, hätte ihr riskiert, ihn zu verlieren. Die Regierung und ihre Armee waren viel zu stark für euch. Ihr habt euch entschieden, keine anderen Waffen als den Willen zum Frieden zu haben. Ihr habt nicht verloren, vielleicht werdet ihr gewinnen: Ich wünsche es, Hunderttausende Frauen und Männer wünschen es mit mir*"



8.11. bis 2.12.78: Marsch auf Paris

Beginnend mit dem 8. November marschiert eine Gruppe von Bäuerinnen und Bauern, unterstützt von weiteren Freiwilligen, in 24 Etappen die 700 km vom Larzac bis nach Paris. Eine Kette von Veranstaltungen in den Etappenorten soll zur Mobilisierung des Widerstands auf eine zentrale Großveranstaltung, voraussichtlich am 2. Dezember in Paris, dienen. Die Bauern verlangen von dem Präsidenten Giscard d'Estaing, daß er sich bis dahin seine Antwort auf ihre Forderung überlegt hat: „*Schlicht und einfach das Camp-Erweiterungsprojekt aufgeben!*"

Einstweilen sieht es noch nicht danach aus: In zwei Ferienkolonien am Rande des Larzac sind Einheiten der schwerbewaffneten Eingreifpolizei CRS stationiert worden.

Begleiten wir den Marsch auf Paris mit Protestschreiben an den Präsidenten (Palais de l'Elysee, F-75000 Paris). Auch Geld wird dringend gebraucht: Schickt es an Leon Maille, Potensac-du Larzac, F-12100 Millau – Stichwort: Gardarem lo Larzac.



Plakat zum Aktionstag am 28. Oktober:
„Giscard setzt die Enteignung der Bauern in gang...WIDERSTAND!... Für das Aufgeben des Camp-Erweiterungsprojekts!"
(Das Wort „resistance" = Widerstand knüpft im Französischen direkt an die Erinnerung des Kampfes gegen die Nazi-Besatzung an.)



Im September erwischten Bauern auf einer Straße außerhalb des Militärcamps zwei solche Bürgerkriegs- und Antiguerilla-Panzerwagen, die angeblich eine Panne hatten. Als die Bauern die Wagen nach zwei Stunden wieder „freiließen", konnten sie aber völlig intakt losfahren. Kommentar in der Zeitung der Larzac-Bauern (Gardarem lo Larzac Nr.37, Oktober 1978): „*Jedesmal wenn ein Militärfahrzeug mit Panne auf unserem Land herumgurkt, genügt die einfache Tatsache, daß der Bauer in Wut gerät, mysteriöserweise dafür, daß die Panne behoben ist ... Immerhin sollte eines Tages die Wut groß genug werden, daß das Umgekehrte herauskommt!*"

Belgien: Die diskreten Manöver der Bourgeoisie

Nach 16 Monaten Amtszeit ist die aus einer Koalition von Christdemokraten, Sozialdemokraten und 2 „Sprachenparteien" gebildete Regierung Tindemans zurückgetreten und hat einer Übergangsregierung Platz gemacht - gebildet aus den gleichen Parteien, allerdings ohne Tindemans selbst, sondern mit Verteidigungsminister Paul van den Boeynants vom rechten Flügel der wallonischen PSC an der Spitze.

Für Mitte Dezember sind Neuwahlen geplant. In der Zwischenzeit sieht der neue Regierungschef seine Hauptaufgabe darin, „die in der wirtschaftlichen, sozialen, finanziellen und währungspolitischen Krisenlage unumgänglichen Entscheidungen zu treffen" („SZ", 21.10.), d.h. die Angriffe auf den Lebensstandard der Werktätigen im Rahmen der sogenannten ‚Antikrisen-Politik' weiterzuführen.

In der bürgerlichen Presse wurde in Zusammenhang mit dem Rücktritt Tindemans im allgemeinen vom „Scheitern des Lebenswerkes" dieses „verdienten Europäers", nämlich die Beilegung des sogenannten „Sprachenstreits" und die „Befriedung Belgiens" gesprochen. Daran ist nur soviel richtig, daß Meinungsverschiedenheiten über die Ausführung des sogenannten „Egmont-Pakts" der unmittelbare Anlaß des Regierungssturzes waren, dessen tieferliegende Ursachen allerdings woanders zu suchen sind. Uns scheinen diese „Krise" und die Neuwahlen eher langfristig geplante und durchkalkulierte Schritte im Rahmen eines angestrebten verschärften Rechtskurses der CVP zu sein.

„Sprachenstreit" soll tatsächliche Probleme vernebeln

Die Krise ist von der CVP selbst ausgelöst worden, als sie Verfassungsbedenken gegen die Ausführung der im „Egmont-Pakt" vereinbarten Regionalisierung Belgiens aufgriff.

Dieser im Frühjahr 77 ausgehandelte Plan sieht u.a. die Bildung von 3 großen Regionen vor (die französich-sprachige Wallonie, das flämischsprachige Flandern und das zweisprachige Brüssel), die eigene Parlamente und Exekutiven erhalten sollen, mit v.a. wirtschaftspolitischen Befugnissen. Daneben wurde die Einrichtung dreier kultureller Gemeinschaften (der flämischen, der frankophonen und der deutschsprachigen) mit Befugnissen in kulturellen Fragen vereinbart. Die Grenzen von „Regionen" und „Sprachengemeinschaften" stimmen dabei nicht überein. Die Zentralregierung, die alle wesentlichen Machtfunktionen behält, solle paritätisch besetzt werden. Für die Region Brüssel, die durch die Ausdehnung der überwiegend französisch-sprachigen Stadt in das flämische Umland besondere Reibungsflächen bietet, wurden komplizierte Sonderregelungen getroffen.

Dieser „Egmont-Pakt" wurde von Anfang an stark kritisiert, vor allem aus der flämisch-nationalistischen Ekke, die den Pakt als „Verrat an Brüssel" (so soll Brüssel nach ihren Vorstellungen keine eigenständige Region bilden, da die Stadt im flämischen Landesteil liege) bezeichnete.

An entsprechende Strömungen versucht die CVP jetzt durch das Platzenlassen der Ausführung der Regionalisierung anzuknüpfen und so der traditionellen flämischen „Sprachenpartei" Volksunie Stimmen abzujagen. Da diese Taktik allerdings den kleinen Schönheitsfehler hat, auch die Haltung der CVP in dieser Frage angesichts ihrer früheren Zustimmung zumindest als schwankend erscheinen zu lassen, dürfte hier kaum der allein ausschlaggebende Grund für die jetzigen Manöver zu finden sein. Für den kommenden Wahlkampf allerdings läßt sich daraus ablesen, daß er vorwiegend mit chauvinistischer Demagogie betrieben werden wird.

Wesentlich für die eingeschlagene Taktik der CVP in Bezug auf den „Egmont-Pakt" dürften Überlegungen finanzkapitalistischer Kreise und ihrer Sprecher in der CVP sein (den sog. „Unitaristen", zu denen auch Tindemans zu zählen ist, der über seine Berater direkt mit Großkonzernen wie Empain, Kredietbank u. a. verbunden ist), die den Status quo gegenwärtig einer Regionalisierung mit ihren für sie gefährlich erscheinenden Folgen vorziehen. Sie fürchten, daß sich die neuen Strukturen „lähmend auf die unternehmerische Initiative" auswirken könnten; das Schreckgespenst des „Kollektivismus" für eine Wallonie unter sozialdemokratischer Regierung wird an die Wand gemalt. Auf politischer Ebene befürchtet man die Bildung „verschiedener Machtniveaus, die sich gegenseitig blockieren" („La Libre Belgique", 13.10.78).

Ihre Vorstellungen gehen eher in die Richtung, mit einer gestärkten Staatsgewalt die „Anti-Krisen-Politik" zu verschärfen und gegenüber dem zu erwartenden Widerstand der Werktätigen durchzusetzen. Das muß nicht heißen, daß die Koalition mit den Sozialdemokraten, die bisher wesentlich die „Befriedung" der Arbeiterbewegung übernommen haben, keine Perspektive mehr besitzt; es geht wohl gegenwärtig eher darum, eine politische und ideologische Alternative für den Zeitpunkt aufzubauen, wo der sozialdemokratische Mohr seine Schuldigkeit getan hat und gehen kann. Eine wesentliche Rolle innerhalb dieser Pläne spielt Tindemans selbst, der gegenwärtig seinen glanzvollen Auftritt als „Retter des Vaterlandes" vorbereitet. Bereits das öffentliche Spektakel um seinen Rücktritt, wo Tindemans sich bitter über die „miesen Machenschaften" der Parteivorsitzenden und die „Mißachtung des Parlaments" beklagte, hatte die Funktion, das Image des über dem „Parteihader" und dem Druck der Pressuregroups stehenden, nur dem Gemeinwohl verpflichteten Saubermann aufzubauen, auf das sich seine Rolle als belgischer de Gaulle stützen soll. Schon vor der letzten Wahl im Frühjahr 77 hatte er ähnliche Töne anklingen lassen („*durch mangelnde Opferbereitschaft einzelner Interessengruppen sei die Demokratie in Gefahr geraten*" „FAZ", 22.2.78) und ein „Komitee zur Verteidigung der Demokratie" gebildet, war aber damals - mit Rücksicht auf die notwendige Koalition mit den Sozialdemokraten - zurückgepfiffen worden.

Die Spaltung der „Sozialistischen Partei"

Die Sozialdemokraten haben bisher ihre Rolle hervorragend gespielt: sämtliche Wahlversprechungen waren bald in der Versenkung verschwunden, das „Anti-Krisen-Gesetz" wurde bedingungslos unterstützt. Diese Politik ist natürlich an der Parteibasis und dem Wählerpotential der Sozialdemokraten nicht spurlos vorrübergegangen, das wird sich sicherlich auch im Wahlergebnis niederschlagen. Diesem Prozeß des Abwirtschaftens versuchte der wallonische Teil der BSP seit geraumer Zeit mit verstärkter Betonung föderalistischen Forderungen bis hin zu offener chauvinistischer Demagogie zu begegnen. Bestandteil dieser Taktik war auch die Annäherung an die wallonischen Christlich-Sozialen und die Brüsseler Sprachenpartei FDF bei Ausklammerung des bisherigen Begründungszusammenhangs für die Forderung nach regionaler Autonomie („Föderalismus und Strukturreformen").

Letzter Punkt dieser Entwicklung war jetzt die Trennung der beiden bisher unter einer gemeinsamen Führung arbeitenden regionalen Parteigruppen und die Bildung der „Parti Socialiste" in der Wallonie. Die flämische BSP wird jetzt ihren Anpassungskurs ohne den „Ballast" der traditionell militanten wallonischen Parteibasis verstärkt fortsetzen und ist damit ihrem großen Vorbild SPD ein gutes Stück nähergekommen.

Innerhalb der Sozialdemokratie wurde dieser Schritt z.T. scharf kritisiert: „*Eine totale Aufspaltung wird die Arbeiterbewegung unseres Landes hoffnungslos auseinanderdividieren und schwächen in ihrem Kampf gegen die Kapitalisten, die einheitlich vorgehen und sich um Landesgrenzen nicht kümmern*" („Links", 21.10. - „Links" ist das Organ der „Linken" in der flämischen BSP).

Angesichts schärfer werdender Angriffe der Bourgeoisie auf den Lebensstandard der Werktätigen und einer hinter den CVP-Wahlmanövern sichtbar werdenden Rechtsentwicklung der gesamten belgischen Politik könnte die so verstärkte Aufsplitterung der belgischen Arbeiterklasse und ihre ideologische Desorientierung durch nationalistische Parolen sowohl aus der flämischen als auch der wallonischen Ecke ein zusätzliches Hindernis beim Aufbau der notwendigen Abwehrfront werden.

Belgien-Kommission

Demonstration der Werftarbeiter



Rund 4.000 Werftarbeiter kamen am 20. Oktober in Paris zusammen, um gegen die massiven Entlassungspläne in der französichen Werftindustrie und die Weigerung der Giscard-Regierung, staatliche Kredite zu gewähren, zu demonstrieren. Eine außerordentlich große Zahl, nämlich rund 1.000 Werftarbeiter, waren eigens von La Ciotat an der südfranzösischen Mittelmeerküste (Marseille) angereist. Die Werftarbeiter von La Ciotat haben bereits durch verschiedene Kampfaktionen auf die drohende Vernichtung ihrer Existenz aufmerksam gemacht: dort drohen allein 1.200 Entlassungen. Die bereits vorgenommenen und noch angekündigten Entlassungen in anderen Betrieben in und um Marseille hinzugezählt, muß man schon davon sprechen, daß die ganze Region derzeit in ein riesiges Arbeitslosenlager umgewandelt wird. Am 25. Oktober zogen ca. 300 Werftarbeiter von La Ciotat in die Rundfunkanstalt und verlasen eine Erklärung zu den Entlassungsplänen über den Sender.

(Informationen nach „lutta ouvriere" vom 28.10.78 und „rouge" vom 31.10.78).

Niederlande

„Illegale" Marokkaner erkämpften ihre Aufenthaltsgenehmigung

Im Oktober erreichte eine Gruppe von „illegal" eingewanderten Marokkanern, daß die niederländische Regierung ihren Ausweisungsbescheid zurücknahm und 182 Marokkanern die Aufenhalts-und Arbeitserlaubnis gewährte. Vorausgegangen war ein drei Jahre andauernder Kampf mit Kirchenbesetzungen und Hungerstreiks, in dem die Marokkaner in ständiger Unsicherheit lebten. Diese Unsicherheit führte dazu, daß schon 62 von ihnen das Land vor dem jetzigen Bescheid verlassen hatten („Guardian". 19.10.78).

Wir berichteten im Arbeiterkampf 137 ausführlich über den bisherigen Kampf der Marokkaner gegen ihre Ausweisung. Ihr Kampf hatte 1975 begonnen, als die niederländische Regierung eine Verordnung erließ; diese gewährte den „illegalen" ausländischen Arbeitern nur dann eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie nachweisen konnten, daß sie schon 1 1/2 Jahre in den Niederlanden arbeiteten. Dies war praktisch unmöglich: welcher Unternehmer bestätigt schon, daß er jahrelang „illegale" Arbeiter beschäftigt hat?! Dies würde ihn schließlich selbst vor Gericht bringen. Mit Betriebsbesetzungen konnten einige Arbeiter erreichen, daß ihnen Arbeitsbescheinigungen ausgestellt wurden; durch einen Hungerstreik in der Amsterdamer Kirche De Duif erhielten 200 Marokkaner gültige Pässe von ihrer Botschaft.

Die 182 jetzt betroffenen Marokkaner führten ihren Kampf gegen die Ausweisung bis heute weiter, mit Hungerstreiks und mehreren Solidaritätsdemonstrationen. Ihnen wurde von der Regierung schon 1976 erklärt, daß eine „kollektive Legalisierung" nur als Generalpardon ausgelegt werden und weitere Illegale anziehen würde. Es bestünde auch keine Gefahr für die nach Marokko zurückkehrenden Illegalen. Das wissen die Marokkaner allerdings besser. Dem marokkanischen Spitzeldienst „Amicales" ist es u.a. zu verdanken, daß auf allen marokkanischen Grenzstationen ein Aushang mit den Fotos und Namen der 182 existiert.

Im Juni 1978 wurde den 182 endgültig das Ultimatum gestellt, die Niederlande bis Ende Juli verlassen zu haben. Daraufhin begannen 50 von ihnen in der Amsterdamer Kirche De Duif einen Hungerstreik, der bald von niederländischen Gruppen mitgetragen wurde. Pastoren hielten 24stündige Dauergottesdienste ab, weil polizeiliche Maßnahmen während eines Gottesdienstes verboten sind. Die Solidaritätsfront reichte bald bis zu den Sozialdemokraten und bis in Teile der Christdemokraten, so daß das Ultimatum um 2 Monate verschoben werden mußte. Unter dem Druck der Öffentlichkeit mußte der Staatsrat schließlich die Aufenthaltsgenehmigung erteilen, doch der Haken ist dabei: Der Staatsrat erklärte, dies sei ein Sonderfall, weil die Unterstützer den Marokkanern falsche Hoffnungen gemacht hätten. Für die weiteren Tausende von „illegalen" Ausländern muß der Kampf erst noch geführt werden.

Nahost-Kommission

Skandinavien

Christiania — 600 Eier für die Bullen

Dänemark. Am 31.10. kam es in dem Kopenhagener „Freistaat" Christiania wieder zu einem Bullenübergriff. Sechs Polizisten waren in die Kneipe „Woodstock" gegangen, die als das „Zentrum des Drogenhandels" in Christiania angesehen wird. Sie fanden nicht, was sie suchten, und zogen in eins der Häuser weiter. Einige Neugierige folgten, um zu sehen, was geschehen würde. Die Bullen zogen ihre Pistolen und forderten Verstärkung an. Bevor die 38 Bullen eintrafen, hatten die Christianiter 600 Eier besorgt. Mit den Eiern und allerhand angefaultem Gemüse wurden die Bullen beworfen. Drei Christiania-Bewohner wurden festgenommen.

Dieser neue Polizeiübergriff fand einen Tag vor einer Folketingsdebatte statt, wo über einen Antrag der „Christlichen Volkspartei" auf Räumung von Christiania binnen eines halben Jahres verhandelt wurde. Äußerer Anlaß dafür war ein selbstkritischer Artikel in der Zeitung der Christiania-Bewohner gewesen, der Gewalttätigkeiten, Drogenkonsum und die damit verbundene Profitmentalität in dem „Freistatt" angreift. Viele der ursprünglichen Ideen der Christiania-Bewohner sind untergegangen. Staatlicherseits wird das ausgenutzt für eine Propagandakampagne zur Schließung von Christiania. In diesem Rahmen sind auch die häufigen Polizeieinsätze zu sehen.

Der Antrag der „Christlichen Volkspartei" wurde von den anderen Parteien abgelehnt, allerdings mit unterschiedlichen Begründungen: Glistrups „Fortschrittspartei" hat die sofortige Räumung von Christiania gefordert!

Skaninavienkommission

Streikbrecher in den eigenen Reihen

Schweden. Der Gesamtmetallarbeiterverband hat Verhandlungen mit der Geschäftsleitung des nordschwedischen Bil- & Traktor-Betriebes aufgenommen, nachdem alle seit vier Monaten Streikenden entlassen worden waren. H. Olsson, der Gewerkschaftssekretär, sieht neuerdings gute Chancen, daß alle Arbeiter wieder eingestellt werden, und zwar angeblich zu deren eigenen Bedingungen. Sein „Sinneswandel" (wir berichteten darüber, daß der Gesamtmetallverband der Bodener Arbeiter in ihrem „wilden" Streik nicht unterstützen wollte) kommt offenbar daher, daß aus vielen Ortsgruppen an den Gesamtverband die dringende Aufforderung gerichtet wurde, die Kollegen endlich zu unterstützen („DN", 24.10.78).

Was den Konflikt zwischen dem Gesamtmetallarbeiterverband und der Bodener Ortsgruppe betrifft, so soll dieser angeblich bereinigt sein, seit die Unterstützung „von oben" da ist. Allerdings vor dem Arbeitsgericht, wo die Kollegen gegen ihre unrechtmäßige Entlassung klagen, sieht H. Olsson immer noch keine Aussicht auf Erfolg.

Von Seiten des geschäftsführenden Direktors des Werkes, H. Lindström, wird berichtet, daß der Streik bisher einen „Schaden" von ca. 1 Mio. Kronen „eingebracht" hat.

Der Direktor hat inzwischen sechs von den entlassenen Kollegen wiedereingestellt, zwölf weiteren wurde die Wiedereinstellung angeboten. H. Lindström sollte keine Stellung nehmen, zu welchen Bedingungen da wieder gearbeitet wurde. Die anderen Kollegen erklärten etwas verbittert, daß es sich hier um die jüngsten, die „effektivsten" und um die Kollegen handeln würde, die während des Streiks nicht in der vordersten Reihe gestanden haben. Obwohl es für sie hart sei, akzeptieren sie aber die Entscheidung der Wiedereingestellten („DN", 31.10.).

„Internationelen" (43/78) nennt diese „Kollegen" schlicht Streikbrecher.

Skandinavienkommission

Irland England

Britische Angriffe auf „Republican News"

„Republican News" („RN") ist die Wochenzeitung der Provisional Sinn Fein in Belfast. Wegen ihrer detaillierten und unerschrockenen Berichterstattung über die britischen Greueltaten im Norden wird sie von allen

ten auch die Festnahme des Herausgebers Danny Morrison. Er wurde in Belfast am 8.9. festgenommen, eine Woche ohne Beschuldigung nach dem Notstandsgesetz festgehalten und dann der Mitgliedschaft in der IRA und dann

wobei sich das Verhör ausschließlich um die Produktion und die Politik der RN drehte.

Die Überfälle und Schikanen konzentrieren sich auf das öffentliche, politische Gesicht von Sinn Fein, sie

dischen Bil- & Traktor-Betriebes aufgenommen, nachdem alle seit vier Monaten Streikenden entlassen worden waren. H. Olsson, der Gewerkschaftssekretär, sieht neuerdings gute Chancen, daß alle Arbeiter wieder eingestellt werden, und zwar angeblich zu deren eigenen Bedingungen. Sein „Sinneswandel" (wir berichteten darüber, daß der Gesamtmetallverband der Bodener Arbeiter in ihrem „wilden" Streik nicht unterstützen wollte) kommt offenbar daher, daß aus vielen Ortsgruppen an den Gesamtverband die dringende Aufforderung gerichtet wurde, die Kollegen endlich zu unterstützen („DN", 24.10.78).

Was den Konflikt zwischen dem Gesamtmetallarbeiterverband und der Bodener Ortsgruppe betrifft, so soll dieser angeblich bereinigt sein, seit die Unterstützung „von oben" da ist. Allerdings vor dem Arbeitsgericht, wo die Kollegen gegen ihre

Von Seiten des geschäftsführenden Direktors des Werkes, H. Lindström, wird berichtet, daß der Streik bisher einen „Schaden" von ca. 1 Mio. Kronen „eingebracht" hat.

Der Direktor hat inzwischen sechs von den entlassenen Kollegen wiedereingestellt, zwölf weiteren wurde die Wiedereinstellung angeboten. H. Lindström sollte keine Stellung nehmen, zu welchen Bedingungen da wieder gearbeitet wurde. Die anderen Kollegen erklärten etwas verbittert, daß es sich hier um die jüngsten, die „effektivsten" und um die Kollegen handeln würde, die während des Streiks nicht in der vordersten Reihe gestanden haben. Obwohl es für sie hart sei, akzeptieren sie aber die Entscheidung der Wiedereingestellten („DN", 31.10.).

„Internationelen" (43/78) nennt diese „Kollegen" schlicht Streikbrecher.

Skandinavienkommission

Irland England

Britische Angriffe auf „Republican News"

„Republican News" („RN") ist die Wochenzeitung der Provisional Sinn Fein in Belfast. Wegen ihrer detaillierten und unerschrockenen Berichterstattung über die britischen Greueltaten im Norden wird sie von allen Republikanern weit über das eigentliche Lager der Provisionals hinaus gern gelesen. Für ihre Bedeutung spricht allein die Höhe ihrer Auflage, noch vor einem halben Jahr 20.000 pro Woche. Und das bei einer Bevölkerung ganz Irlands von nur 4,5 Mio., darunter 1 Mio. überwiegend „britisch" gesonnene Protestanten im Norden.

Auch nach Abflauen der militanten Kämpfe im Norden in einer Periode brutalster Repression seitens der britischen „Sicherheits"kräfte, in der die organisierte republikanische Bewegung selbst stark geschwächt war, blieb „RN" sowas wie ein Symbol des Widerstands. Das wollen die Briten scheinbar nicht länger dulden.

Die derzeitigen Angriffe begannen im April mit Besetzungen von Büro und Druckerei durch die britische Armee und Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen bei den „RN"-Mitarbeitern. Insgesamt wurden 15 Genossen wegen angeblicher IRA-Mitgliedschaft festgenommen, darunter auch der Drucker Gary Kennedy, in Wirklichkeit Mitglied der sozialdemokratischen SDLP (!).

Doch schon nach zwei Wochen konnte „RN" wieder regelmäßig erscheinen, obwohl die Maschinen weiterhin beschlagnahmt waren. Man hatte sich vorausschauend durch Bildung einer zweiten Redaktion für ähnliche Fälle vorbereitet.

Die Repression gegen „RN" hat inzwischen jedoch zugenommen. Die derzeitige Situation schildert ein Artikel, den wir aus der linken englischen Monatszeitschrift „The Leveller" vom Nov. '78 übersetzt haben:

„Die Produktion der Republican News wird weiter durch die Schikanen der Sicherheitskräfte behindert. Jede Ausgabe wird in verschiedenen Häusern der Stadt erstellt, um weiteren Überfällen vorzubeugen. Sie muß in der Republik — unter beträchtlichen Extrakosten — gedruckt werden, und die Kinder, die sie auf der Straße verkaufen, müssen zu zweit gehen, damit einer nach den britischen Soldaten Ausschau halten kann, während der andere verkauft.

Trotz aller Schwierigkeiten verkauft die Zeitung weiterhin 16.000 pro Woche. Die letzten Angriffe beinhalten auch die Festnahme des Herausgebers Danny Morrison. Er wurde in Belfast am 8.9. festgenommen, eine Woche ohne Beschuldigung nach dem Notstandsgesetz festgehalten und dann der Mitgliedschaft in der IRA und der Verschwörung gegen die Justiz beschuldigt.

Vor Gericht sagte Morrison aus, er sei von britischen Soldaten in einer Polizeiwache zusammengeschlagen worden und dann zum ‚Verhör'-zentrum in die Castlereagh-Kaserne gebracht worden. Dort wäre er 29 Mal von der Polizei ‚verhört' worden, wobei sich das Verhör ausschließlich um die Produktion und die Politik der RN drehte.

Die Überfälle und Schikanen konzentrieren sich auf das öffentliche, politische Gesicht von Sinn Fein, sie sind ein Versuch, die politischen Verbindungen zwischen der Organisation und der Bevölkerung zu durchtrennen, während der augenblicklichen militärischen Flaute. Trotz aller Angriffe bezeichnen sich die Genossen der RN als so ‚widerstandsfähig wie immer'.".

Englandkommission



Heißer Herbst in England?

Seit dem 7.11. streiken die 26.000 Bäckereiarbeiter in England und Wales, die in der Baker's Union (Gewerkschaft) organisiert sind für Lohnerhöhungen von 26 Prozent. Das 11-Prozent-Angebot der Kapitalisten lehnten sie ab. Betroffen sind 70 Prozent der Brotproduktion.

Beim britischen Gaskonzern British Oxygen fordern 3.200 Kollegen ca. 30 Prozent mehr. Wegen ihrer industriellen Schlüsselposition waren sie im Vorjahr die einzigen, die gegen das 10-Prozent-Lohndiktat der Labourregierung eine Forderung von über 20 Prozent durchsetzen konnten. In diesem Jahr wurden ihnen erst 9 Prozent angeboten.

Der staatseigene Autokonzern British Leyland bietet den Kollegen fünf Prozent an. Daraufhin gingen die Leyland-Kollegen in Birmingham erstmal einen Tag aus Protest nach Hause. Laut „Guardian" vom 7.11. standen am 6. November bereits sechs Montagebänder still.

Der britische General Motors-(Opel)-Ableger Vauxhall bot bisher 8,5 Prozent, die Urabstimmung darüber begann am 7.11.

Bei Michelin/Stoke-on-Trent lehnten die Kollegen das 12-Prozent-Angebot ab und strichen erstmal die Überstunden.

Die Lohnrunde fängt gerade erst an ...

Englandkommission

Internationaler Proteststreik gegen Unilever-Konzern

In Schweden streikten kürzlich Kollegen aus mehreren Firmen der Unternehmensgruppe Unilever, ebenso in Finnland. „Dagens Nyheter" berichtete, daß in insgesamt 13 oder 14 Ländern Unilever-Angestellte einem Streikaufruf der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter gefolgt sind („DN", 26.10.).

Hintergrund dieses Streikes war, daß sich Unilever weigerte, in einer Fabrik in Boksburg/Südafrika eine Gewerkschaft (SFAWU) als Verhandlungsparner anzuerkennen. In der dortigen Fabrik sind nur 200 der 1.200 Beschäftigen Weiße.

Unilever ist seit 1911 mit 29 Firmen in Südafrika vertreten; davon sind 27 reine Tochterfirmen (100%ig). Sie haben offenbar schon seit langem Gefallen an den dortigen Rassegesetzen und den daraus folgenden Vorteilen bei der Ausbeutung der schwarzen Menschen gefunden. Jüngstes Beispiel („DN" 25.10.) aktiver Unterstützung des Rassistenregimes bot das Vorgehen von Unilever bei der Bildung des Homelandes Bophutatswana: B e v o r dies Gebiet endgültig eingerichtet war, annoncierte Unilever schon nach Arbeitskräften aus dem Homeland.

Skandinavienkommission

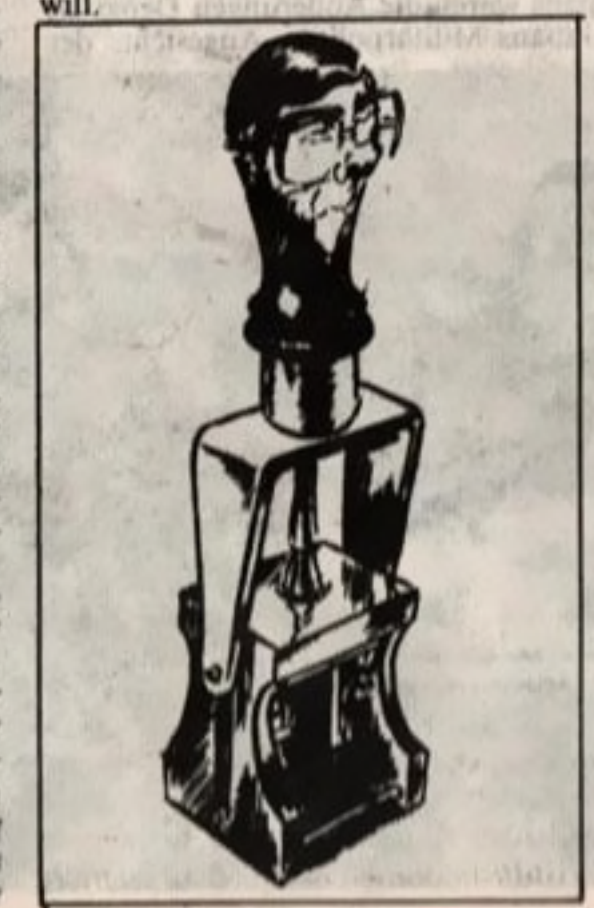
Verwaltungsregierung?

Außer einigen Allgemeinplätzen hatte die Minderheitsregierung in ihrer Regierungserklärung nichts zu bieten. Ullsten war als Führer der zweitkleinsten Partei im Reichstag Regierungschef geworden, nachdem keine Koalition zustande kam, aber auch niemand Neuwahlen wollte. Aus der Erklärung geht hervor, daß diese Regierung nur eine Verwaltungsregierung ist. Interessant sind nur die Erklärungen zur Energiepolitik.

„Unsere Verantwortung vor der Zukunft fordert strenge Haushaltung mit den Naturreserven. Die Technik muß der Forderung nach sauberer Umwelt und einer Gesellschaft in ökologischer Balance angepaßt werden. ... Die Regierung beabsichtigt eine Energiepolitik zu betreiben, die eine breite Unterstützung im Reichstag und im schwedischen Volk bekommen kann.

Die Regierung wird für verschärfte Forderungen an die Sicherheit verschiedener Energiearten sorgen. Die Regierung sieht als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Sicherheit unserer Energieversorgung zu vergrössern. Die Unruhe vieler Menschen vor den Risiken der Kernkraft und anderer Energiearten sollten wir als eine Aufforderung annehmen, die größmögliche Sicherheit zu schaffen." (nach „DN" vom 19.10.).

Wie ernst Ullsten und seine Regierung dies nehmen, zeigt Energieminister Tham, der bis 1980 elf Kernkraftwerke in Betrieb nehmen will.





asien

Japan — China:

Eine „neue Ära"?

„Eine neue Ära in den Beziehungen zwischen Japan und der VR-China bricht an." So wurde der Besuch des chinesischen Vize-Ministerpräsidenten Deng Hsiao-ping vom 22. bis zum 29.10.78 in Japan von den japanischen Massenmedien hochgejubelt. Es war der erste offizielle Besuch eines Regierungsmitgliedes der VR China in Japan seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die neue Ära basiert auf dem chinesisch-japanischen „Friedens- und Freundschaftsvertrag", der am 12.8.78 geschlossen wurde und dessen Ratifikationsurkunden jetzt zwischen den beiden Außenministern ausgetauscht wurden. Deutlich wurde die Reichweite dieses Vertrages aber erst während der letzten Wochen, vor allem aber während des Deng-Besuches. Insbesondere muß der Vertrag im Zusammenhang mit der veränderten Machtkonstellation im asiatisch-pazifischen Raum nach dem Ende des Vietnamkrieges gesehen werden.

Der Vertrag beinhaltet nicht nur dem Wortlaut nach *„die Förderung von dauerhaft friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern"*, sondern gleichzeitig auch die Reinwaschung Japans von jeglicher Kriegsschuld. Bei einem Empfang beim japanischen Kaiser, dem Hauptkriegsschuldigen, erklärte dieser Deng gegenüber: *„Die Beziehungen zwischen beiden Ländern blikken auf eine sehr lange Geschichte zurück und, obwohl es in dieser Geschichte zeitweilig unglückliche Ereignisse gegeben hat, gehören diese ... der Vergangenheit an. Ich hoffe, daß die Geschichte der f·eundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern von nun an lange fortgesetzt wird"* („Asahi Shinbun", 24.10.78). Auch der japanische Ministerpräsident Fukuda sprach sein Bedauern über die *„unglücklichen Ereignisse"* der Vergangenheit aus. **Was hier so einfach mit „unglücklichen Ereignissen" abgetan wird, sind jedoch die mehrfachen imperialistischen Raubzüge der japanischen Streitmächte durch China in den vergangenen 100 Jahren, in denen fast 20 Millionen Menschen sterben mußten, und die durch die japanischen Militärs verübten Massenmorde und Folter an Kriegsunbeteiligten und Wehrlosen, wie sie aus der Nazi-Geschichte und den US-Greueltaten in Vietnam bekannt sind.** Die in diesen Erklärungen ausgedrückte Verachtung und Erniedrigung des chinesischen Volkes lebt also trotz des „Freundschaftsvertrages" weiter. Gleichzeitig wurde der japanische Imperialismus in seiner Politik bestärkt, als Deng auf die Erklärung des Kaisers erwiderte: *„Es ist genauso, wie Euer Majestät es sagt"* (ebenda).

Ein weiterer Schlag ins Gesicht nicht nur des chinesischen Volkes, sondern auch aller Kriegsgegner Japans waren die Äußerungen Dengs zu Japans Militärpolitik. Angesichts der angespannten internationalen Lage erklärte Deng bereits Anfang September vor japanischen Presseleuten in Peking: *„Es ist klar, woher die Gefahr für unsere Länder* (China und Japan) *kommt* (gemeint ist natürlich die Sowjetunion, Anm. AK). *Wir müssen uns gegen diese gemeinsame Bedrohung vorbereiten. Daher bin ich dafür, daß Japan ihre eigene Verteidigungskraft besitzt. ... Ich glaube, daß ein Krieg demnächst ausbrechen wird, aber wenn wir uns verbünden, können wir ihn abwenden"* („Japan Times", 11.9.78). Und jetzt: *„Der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag* (auf dem die militärische Zusammenarbeit basiert, Anm. AK) *und die Stärkung der Selbstverteidigungskraft sind selbstverständliche Dinge* (!) *... Daß Leute, die nach Abrüstung und Frieden schreien, die Unterhaltung einer Selbstverteidigungskraft merkwürdig finden, ist merkwürdig"* („Asahi Shinbun", 24.10.78).

Die chinesischen Machthaber unterstützen damit inzwischen offen den aggressiven japanischen Militarismus, die militärische Zusammenarbeit zwischen dem japanischen und US-amerikanischen Imperialismus, die hochgerüsteten US-Militärbasen auf japanischem Boden (die durch den AMPO-Vertrag, d.h. den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag, abgesichert sind) die Lagerung amerikanischen Atomwaffen in Japan etc... Das sind die reaktionären Konsequenzen der „Drei-Welten-Theorie" und Chinas anti-hegemonialer (sprich anti-sowjetischer) Politik. Gleichzeitig fallen diese Worte aber auch gerade zu einem Zeitpunkt,

- wo auch die mit Japan verbündeten imperialistischen Mächte, allen voran die USA und die BRD, eine stärkere Aufrüstung der japanischen „Selbstverteidigungskräfte" offen empfehlen,
- wo von seiten der japanischen Regierung und der Massenmedien seit einigen Monaten eine breite öffentliche Kampagne über die Notwendigkeit der Aufrüstung und eines „Notstandsgesetzes" für „Verteidigungsfälle" geführt wird und
- wo diese Kampagne laufend von Meldungen über die wachsende sowjetische Bedrohung begleitet wird.

Aufschlußreich ist hierbei die Tatsache, daß die Antihegemonie-Politik Chinas so weit geht, daß sie auch eine militärische Stärkung Japans beinhaltet, ja sogar die militärische Zusammenarbeit mit den USA befürwortet. Mit diesem Inhalt ist es auch leicht verständlich, daß Japan nach drei Jahren so plötzlich der Aufnahme der umstrittenen Antihegemonie-Klausel in den Freundschaftsvertrag zustimmte. Diese Klausel verpflichtet die Vertragspartner, selbst auf die Ausübung von Hegemonie zu verzichten, und wendet sich gegen Länder (die VR China versteht hierunter die Sowjet-



union), die nach Alleinherrschaft streben. Bei der Unterzeichnung des Vertrages im August dieses Jahres erklärte Japan plötzlich entgegen seiner früheren Haltung diplomatisch, daß die Klausel, so wie sie nunmehr formuliert sei, sich gegen kein bestimmtes Land richte; dafür hat Japan aber zunächst militärisch eine Front weniger und sogar einen Rüstungs-Freibrief erhalten. Und auch die bürgerliche Presse und Sicherheitsexperten jubelten: *„Japan hat jetzt einen stärkeren Ausgangspunkt, um entschlossenere politische Schritte gegenüber Asien und der Sowjetunion sowie auch der VR China zu unternehmen"* („Japan Times", 13.8.78).

Daß diese Wende in der chinesischen Diplomatie gegenüber Japan bereits seit längerer Zeit vorbereitet worden ist, läßt sich aus den folgenden Ereignissen ablesen: Im April 1977 wurde ein Militärexperte des japanischen Verteidigungsministeriums vom chinesischen Politikern zu militärischen Unterredungen eingeladen; kurz darauf folgte eine Gruppe ehemaliger japanischer Seeoffiziere, die Einfluß in den verschiedenen Verteidigungsgremien Japans haben. Im Juni 1977 reiste der ehemalige Generalsekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Osamu, nach China (aus: Japan 1977/78, Politik und Wirtschaft, Institut für Asienkunde, Hamburg). Bereits am 8.9.78 besuchte General Chang Tsai-chien, der stellvertretende Chef des Generalstabes der chinesischen Volksbefreiungsarmee, für eine Woche hohe Offiziere des japanischen Militärs sowie den stellvertretenden japanischen Verteidigungsminister, Maruyama. Übereinstimmend mit seinen japanischen Kollegen erklärte er, *„daß die Streitkräfte beider Länder die Kontakte auf verschiedenen Ebenen um der gegenseitigen Verständigung willen fördern sollten"*, und zwar *„Kontakte nicht nur zwischen Zivilbeamten, sondern ebenfalls zwischen Militärpersonal"* („Japan Times", 10.9.78). Chang deutete an, vieles von den Japanern lernen zu wollen und im Zusammenhang mit den Rüstungsbemühungen Chinas die Zusammenarbeit mit Japan auf diesem Gebiet anzustreben. Schließlich nahmen am 31.10.78 mehrere Vertreter der Volksbefreiungsarmee (VBA) an einem Empfang des japanischen Botschafters in Peking anläßlich des Jahrestages der japanischen Selbstverteidigungskräfte teil, darunter Wu Hsiu-chuan (stellvertretender Vorsitzender des Generalstabes der VBA), Chang Ju-kuang (stellvertretender Leiter der VBA — Allgemeine Logistik-Abteilung), Liu Tao-sheng (stellvertr. Befehlshaber der Marine), Wu Fu-shan (stellvertr. Befehlshaber der Luftwaffe), Ma Wei-hua (stellvertr. Befehlshaber der VBA-Truppeneinheiten, Peking) und Chai Cheng-wen (Leiter des Büros für auswärtigen Angelegenheiten des nationalen Verteidigungsministeriums) (aus: „Japan Times", 2.11.78).

Ein weiterer Aspekt des „Freundschaftsvertrages" ist die Öffnung des chinesischen Marktes für die außenwirtschaftliche Expansion japanischer Kapitalinteressen. Im Zusammenhang mit den „vier Modernisierungsvorhaben" Chinas (in der Landwirtschaft, Industrie, Forschung und Technologie und im militärischen Bereich) besuchte Deng jeweils ein Werk der Nissan Motor Co., Nippon Steel Corp. und Matsushita Electric Industrial Co. Bei Nissan zeigte sich Deng vor allem von der Karosserieabteilung beeindruckt, wo mit 46 Industrierobotern eine 96 %ige Automation erreicht ist. Während hier auf einen Arbeiter im Schnitt 94 produzierte Fahrzeuge im Jahr anfallen, liegt die Rate in der VR China bei einem Fahrzeug pro Arbeiter. Dazu Deng: *„Jetzt verstehe ich, was Modernisierung wirklich bedeutet. Ich begrüße die Zusammenarbeit des japanischen Volkes bei der Modernisierung Chinas, und eine solche Zusammenarbeit wird auch die politischen Beziehungen beider Länder erweitern"* („Japan Times", 25.10.78).

Diese Aufforderung Dengs an die japanischen Kapitalisten dürfte kaum schöner ausgedrückt werden kö nen. Wie bereits in Südostasien geschehen, wird das japanische Kapital jede Chance für die Ausweitung des Handels, der Auslandsinvestitionen, des wirtschaftlichen Einflusses in China ausnutzen. Das Außenhandelsvolumen (Exporte und Importe) mit China belief sich 1977 auf 3,5 Milliarden US-Dollar (1973: 2 Mrd.), das waren nur knapp 3 % des gesamten japanischen Außenhandelsvolumens. Der japanische Exportüberschuß gegenüber China betrug rund 0,4 Mrd. US-Dollar. Doch im Februar 1978 wurde eine achtjährige private Handelsvereinbarung mit der VR China geschl. ssen, wonach Waren im Werte von jeweils 10 Mrd. US-Dollar in beiden Richtungen fließen sollen. Diese Abmachung kann sicherlich als eine Grundlage für die Stabilisierung und Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder angesehen werden. Bereits Anfang 1979 — so wurde vor kurzem zwischen Japan und der VR Chinas abgemacht — soll die Handelsvereinbarung um das Vierfache auf ein Gesamtvolumen von 80 Mrd. US-Dollar bis 1990 erhöht werden. Und es soll auch nicht nur beim Warenhandel bleiben; auch technologische finanzielle Hilfeleistungen werden von chinesischer Seite erwartet. Interessant ist, daß während des Deng-Besuchs in Japan eine Gruppe von Provinz- und Stadtverwalter als erste chinesische Delegation das Oarai Technologiezentrum der Reaktor- und nuklearen Brennstoff-Entwicklungsgesellschaft besuchte. Das Hauptinteresse richtete sich dabei auf den ersten (Versuchs-) Schnellen Brüter Japans. Ferner sind bereits Gespräche im Gange über gemeinsame Arbeiten an Entwicklungsprojekten von Düsentriebwerken, die schon 1971 von den japanischen Ministerien Wissenschaft und Forschung sowie Internationaler Handel und Industrie eingeleitet wurden. Die militärischen Implikationen liegen auf der Hand.

Es ist klar, daß der wirtschaftliche Einstieg in China für Japan im Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Ländern, wie den USA und der BRD erhebliche Vorteile bringen kann, andererseits aber erst durch den kapitalistischen Weg der chinesischen Machthaber ermöglicht wurde. Es liegt aber in der Logik eines kapitalistischen Landes wie Japan, mit wachsendem wirtschaftlichen Einfluß zumindest das gegenwärtige politische Klima in der VR China zu stabilisieren, nicht zuletzt um ihre eigenen Kapitalinteressen zu schützen. Nicht umsonst warnt die bürgerliche Presse davor, daß *„Handelsbeziehungen durch interne Machtkämpfe, wie während der Antiführungs- und ‚antikapitalistischen' Kampagne der ‚Viererbande' erlebt, ernsthaft gefährdet werden könnten"* („Japan Times", 17.8.78). So dürfte Japan sehr viel daran liegen, Herrscher vom Schlage Dengs zu stützen.

Auf Ministerpräsident Fukudas Äußerung: *„Die Länder Südostasiens streben nach Unabhängigkeit, und diese Bestrebung nach Unabhängigkeit unterstützen wir nach Kräften"*, erwiderte Deng: *„Die Hilfeleistungen, die Japan an ausländische Staaten, insbesondere an Entwicklungsländer anbiete, unterstützen wir von Herzen. ... Durch die Zusammenarbeit Japans werden diese Völker zufriedengestellt und geschützt"* („Asahi Shinbun", 24.10.78)...

Muß das noch kommentiert werden?

Asien-Australien-Kommission



Indira probt ihr Comeback

Nach der vernichtenden Niederlage bei den indischen Parlamentswahlen im März 1977 versucht Indira Gandhi jetzt, wieder an die Macht zurückzukehren. Als Sprungbrett dazu diente ihr eine Nachwahl im südindischen Bundesstaat Karnataka, wodurch sie wieder einen Sitz im Unterhaus erhalten hat (nachdem sie 1977 in ihrem Wahlkreis abgebürstet worden war).

Damals, nach 18 Monaten Notstandsregime, hatte ihre Kongreßpartei in der Mehrzahl der indischen Bundesländer nicht einen einzigen Sitz erhalten!

Wenn damals die jetzt regierende Janata-Partei angetreten war, um dem korrupten Gandhi-Regime ein Ende zu machen, so war doch Indira selbst wegen der während ihrer Regierungszeit verübten Verbrechen, wie Zwangssterilisierungen, Folter und Ermordung von politischen Gegnern, niemals zur Rechenschaft gezogen worden. In dem Wahlkreis, in dem sie jetzt kandidierte, zeigte sich dann auch bald, daß sie und ihre Parteifreunde nicht bereit sind, von solcher Art Politik in Zukunft zu lassen. Mit der Parole: *„Indira, die Hoffnung für die Armen"* angetreten, sprang sie (bzw. die Polizei des von der Kongreß-Partei regierten Bundesstaates) mit Kritikern in alter Manier um: Eine junge Schauspielerin, deren Mutter unter dem Gandhi-Regime eingekerkert worden war und nach der Haftentlassung starb, wurde *„zusammengeschlagen und bewußtlos ins Krankenhaus eingeliefert"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 7.11.78). Bei einer anderen Gelegenheit griff die Landespolizei auf einer Wahlveranstaltung *„mit Tränengas und Bambusstöcken an. Dabei wurde eine 19 Jahre alte Schülerin getötet und 85 Personen, darunter fünf Journalisten, verletzt"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 3.11. 1978).

So hat denn auch die regierende Janata-Partei in dieser Nachwahl versucht, die Alternative „Diktatur oder Demokratie" aufzubauen, wobei sie natürlich vorgibt, die Demokratie zu verkörpern. Als Starredner wurde der sozialdemokratische Industrieminister Fernandes geschickt, der als Gewerkschaftsführer unter der Gandhi-Herrschaft selbst im Gefängnis gesessen hatte und dessen Bruder von der Polizei zum Krüppel gefoltert worden war.

Allerdings hatte er als offizieller Vertreter der Janata-Partei sicher auch nicht die besten Karten. Denn für die armen Bauern, die einen Großteil der Bevölkerung von Karnataka ausmachen, hat das neue Regime eben auch keine Verbesserungen gebracht. *„Es bleibt die erschütternde Wahrheit, daß weit über 200 Millionen Inder unter einer Armutsgrenze leben, die selbst für Entwicklungsländer unglaublich niedrig angesetzt ist, daß dagegen eine hauchdünne Minderheit, die sich mit jeglichem Regime in Delhi zu arrangieren weiß, von Tag zu Tag reicher wird. Diesen Konflikt nutzt Indira Gandhi geschickt aus"* („FR", 9.11.78).

Und der besseren Demagogie hat es Indira denn wohl zu verdanken, wenn sie mit über 77.000 Stimmen Vorsprung den Janata-Kandidaten schlug und wieder ins Parlament in Delhi einzieht.

Asien/Australien-Kommission

lateinamerika

Kurzmeldungen

Vor einigen Tagen meldete die bürgerliche Presse mit dicken Überschriften: *„Südkorea wollte eine eigene Atomwaffe entwickeln"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 3.11. 1978). Danach soll das Regime in Söul bereits Anfang der siebziger Jahre versucht haben, über den Kauf von Wiederaufbereitungsanlagen Material für die Herstellung eigener Atombomben zu gewinnen.

Ein Ausschuß des Repräsentantenhauses hatte diese Pläne in einem Untersuchungsbericht veröffentlicht. Das US-Außenministerium hält die Angelegenheit für „derartig brisant", daß es sich weigerte, dem Ausschuß darüber irgendwelche Informationen zukommen zu lassen. Im gleichen Zusammenhang sind neueste Versuche südkoreanischer Faschisten, US-Politiker zu bestechen, bekanntgeworden. Diese Politiker sollten in den USA dafür sorgen, daß die Stimmung zugunsten Südkoreas beeinflußt werden sollte.

Über die Atomwaffenproduktion heißt es dann weiter, daß das Entwicklungsprogramm nach 1975 (Zündung von Indiens Atombombe) eingestellt worden sei.

Mit keinem Wort wird aber erwähnt, daß Südkorea heute, trotz aller schönen Sprüche von „Truppenabzug" eine einzige Waffenkammer ist. Selbstverständlich gehören zu diesem Arsenal auch nukleare Waffen, ebenso wie biologische, die schon im Koreakrieg 1950 bis 1953 von den US-Imperialisten gegen das koreanische Volk eingesetzt wurden.

Und daß die Entwicklung eigener Waffen durch Südkorea keineswegs Vergangenheit ist, zeigt die kürzlich erfolgreich getestete Boden-Boden-Rakete einheimischer Produktion (siehe AK 140).

•••

12.000 Philippinos der neu gegründeten „Gesellschaft für die Entlassung und Amnestie politischer Untersuchungshäftlinge" (KAPATID) unterzeichneten eine Petition an den Diktator Marcos, in der sie sich für eine Erweiterung des Präsidentendekrets 1429 einsetzen, um eine uneingeschränkte Amnestie für alle politischen Untersuchungshäftlinge zu erreichen.

Ein Sprecher von KAPATID erklärte, daß die Schätzungen der Zahl der politischen Gefangenen in die Tausende gehen, obgleich es schwierig ist, exakte Zahlen wegen der Beschränkungen durch das Kriegsrecht zu bekommen (vgl. „New Asia News", Oktober 1978).

In den letzten Wochen wurden 245 Philippinos in Untersuchungshaft genommen, davon 126 Zuckerrohrarbeiter aus Bago City, 68 arme Bauern aus Pulupandan und 40 Streikende der „Eastern Textile Mills" in Meycauayan, während nur 19 vorher inhaftierte Personen in dieser Zeit freigelassen wurden (vgl. „New Asia News", Okt. 1978).

•••

Zum zweitenmal evakuierte die amerikanische Regierung die Bevölkerung der Bikini-Inseln von ihrer radioaktiv verseuchten Insel.

Nach 23 gemeldeten Atom- und Wasserstoffbomben-Versuchen in Bikini auf den Marshall-Inseln Micronesiens wurde die Insel 1969 für sicher erklärt, um wieder mit den ehemaligen Bewohnern besiedelt zu werden. Die Atomenergiekommission (AEC) erklärte: *„Es ist im wesentlichen keine Radioaktivität zurückgeblieben und wir können keine Auswirkungen auf pflanzliches oder tierisches Leben feststellen"* („New Asia News", Okt. 1978, S. 10).

Die Entwicklungen in den folgenden sechs Jahren, in denen die Bikini-Insulaner zurückkehren durften, zeigen eine ungeheuerliche Unterschätzung der auf Bikini bestehenden radioaktiven Gefahr.

US-Regierungsbeamte betonten noch im April 1978, daß die Bewohner bis Januar 1979 ohne Gefahr auf der Insel bleiben können. Knapp einen Monat später ergaben medizinische Untersuchungen an Bewohnern alarmierende Ergebnisse: Der Grad der inneren radioaktiven Dosis geht bis zu 980 rem, das ist das doppelte des amerikanischen Sicherheitsstandards. Addiert man die äußere Radioaktivität hinzu, beträgt der höchste Stand 1.180 rem (vergl. „New Asia News", Okt. 1978). Das Enewetak-Volk, das nach 25 Jahren bei seiner Rückkehr den verheerenden physischen und psychischen Folgen der Radioaktität ausgesetzt war, sieht einer ungewissen Zukunft entgegen. Viele von ihnen versuchen zusammen mit US-Soldaten, den durch 43 Nuklear-Tests entstandenen Atommüll zu beseitigen.

FSLN weicht nicht zurück

Die Gruppe der Zwölf (intellektuelle und demokratische Persönlichkeiten mit enger Verbindung zur FSLN) ist Ende Oktober aus der FAO (breite Oppositionsfront) ausgetreten, weil Teile der FAO nicht bereit waren, sich konsequent für die zwei zentralen Minimalforderungen einzusetzen: Verstaatlichung aller Somoza-Eigentümer und Bildung eines Volksheeres anstelle der Nationalgarde. Vor allem die Konservative Partei (die lange Jahre mit Somoza zusammengearbeitet hat) hatte angefangen, eine Politik ohne und gegen die FSLN zu betreiben und den „Somozismus ohne Somoza" durchzusetzen. Die „Zwölf" waren in der FAO die Kraft, die als Vertreter der FSLN die Massenbasis und Mobilisierungsfähigkeit des Oppositionsbündnisses ausmachte. Mit dem Austritt der „Zwölf" verliert die FAO fast vollständig ihre Unterstützung durch die Massen und gerät zum Verhandlungsgremium zwischen Somoza-Clan, nicaraguanischer Bourgeoisie und US-Imperialismus, das keinerlei Glaubwürdigkeit vor dem nicaraguanischen Volk besitzt. Dies wird unter anderem an der Tatsache deutlich, daß die demokratischen und reformistischen Gruppierungen, die der FAO angehörten, ebenfalls das Bündnis verlassen haben, bzw. verlassen werden (KP und der von ihr kontrollierte Gewerkschaftsverband, liberale Partei u.a.). Unabhängig von der FAO wurde seit etwa Mitte dieses Jahres ein Bündnis aus Einzelgewerkschaften, Frauenorganisationen, Organisationen von Künstlern, Studenten, Komitees für politische Gefangenen usw. aufgebaut. Die FSLN ist als Organisation selber nicht in dieser **„Bewegung der Volkseinheit" (MPU)** vertreten, hat sie aber von Anfang an unterstützt und mit aufgebaut. Die FSLN betrachtet nach dem Zurückweichen der rechtsbürgerlichen Kräfte der FAO die Bewegung der Volkseinheit als die wesentliche oppositionelle Kraft Nicaraguas. Es ist zu erwarten, daß sich die Gruppen und Parteien, die sich ebenso wie die Gruppe der Zwölf von der FAO getrennt haben oder trennen wollen, sich der „Bewegung der Volkseinheit" anschließen werden.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen haben – auch wenn die bürgerliche Presse darüber absolut nichts berichtet – nicht aufgehört. Sie werden zur Zeit, im Rahmen der Vorbereitung einer neuen Offensive der FSLN in Form von Guerilla-Aktionen durchgeführt: Überfälle auf Kasernen der Nationalgarde, Liquidierung von Somoza-Spitzeln usw., worauf immer sofort der Rückzug erfolgt.



Angesichts der Entschlossenheit der FSLN und des nicaraguanischen Volkes, den Kampf trotz der blutigen Repression der Nationalgarde und trotz der Gefahr einer militärischen Intervention durch den Imperialismus weiterzuführen, fordern wir hier noch einmal dringend zur Unterstützung der FSLN auf:

Spenden mit dem Vermerk „Nicaragua" an die Lateinamerikakommission des KB/Hamburg oder direkt an: Büro Nicaragua, c/o Angelika Pappe Ravensburgerstr. 149, 56 Wuppertal 1 Sonderkonto Nicaragua, Kontonr.: 101 451 8500, Bank für Gemeinwirtschaft Essen (BLZ 360 101 11)

Die Märtyrer beweint man nicht, wenn man sie nicht im Kampf nachahmt.

Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Linken

Die letzten Kämpfe in Nicaragua und die Stärke der FSLN haben offensichtlich zu neuen Ansätzen in der Zusammenarbeit der Revolutionäre Lateinamerikas beigetragen. Nachdem von der Revolutionären Koordinationsjunta (JCR), der der chilenische MIR, PRT/ERP Argentiniens, MLN/Tupamaros Uruguay und ELN/Bolivien angehörten, seit längerem nichts mehr zu hören war und auch keine Informationen über die Stärke der Mitgliedsorganisationen (außer MIR) vorlagen, scheint es jetzt Initiativen für eine erneute kontinentale Zusammenarbeit zu geben. In einer mexikanischen Meldung wird über eine gemeinsame Erklärung von MIR/Chile, PRT/ERP Argentinien, FSLN/Nicaragua, PSP/Costa Rica (Sozialistische Partei) und UDP/Peru (Zusammenschluß verschiedener linker, marxistischer und gewerkschaftlicher Gruppierungen) berichtet. Die Erklärung selber liegt uns noch nicht vor. Schwerpunkt der Zusammenarbeit soll aber zunächst die gemeinsame praktische Solidarität für Nicaragua sein.

Lateinamerika-Kommission

Argentinien-Solidarität

Prozeß gegen Juntagegner

Am 15.11. findet in Düsseldorf der Prozeß gegen die Gegner der argentinischen Junta aus Duisburg statt, die im März das Europa-Cup-Spiel zwischen Borussia Mönchengladbach und Liverpool für die Argentiniensolidarität anläßlich der Weltmeisterschaft genutzt hatten. Es wurde ein Transparent mit der Aufschrift *„Argentina '78 – Fußball ja, Folter nein"* entrollt. Der Verein Mönchengladbach hat einen Prozeß angestrengt, um die Strafe von 2.000 Schweizer Franken, die Gladbach wegen des Zwischenfalls vom UEFA erhielt, von den Juntagegnern einzuklagen (vergl. Presseerklärung der Betroffenen in AK 139).

Der Prozeß findet statt:
15.11. 9.30 Uhr
Amtsgericht Düsseldorf, Mühlenstr. 34, Raum A 111.

Im Falle einer Verurteilung werden die Gesamtkosten ca. 3.500 DM betragen. Anwaltskosten und Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit sind jetzt schon angefallen. Deswegen wurde für Spenden ein Solidaritätskonto eingerichtet:
Stadtsparkasse Duisburg (BLZ 350 500 00), Kontonummer: 321-03-33-00, Stichwort: Fußball ja – Folter nein

Weiterführung der Argentinienkampagne

Auf dem letzten Treffen von Vertretern der Argentinien-Solidaritätsgruppen Anfang Oktober wurde beschlossen, die Argentinien-Solidarität weiterzuführen, auch wenn und g e r a d e wenn das öffentliche Interesse an den Zuständen in Argentinien nach Beendigung der Weltmeisterschaft erwartungsgemäß deutlich nachgelassen hat. Die Vertreter der Gruppen haben beschlossen, in einem erneuten Gespräch mit amnesty und einem Bundestagsabgeordneten den genauen Stand der Vorbereitungen für die Ausreise politischer Gefangener aus Argentinien und der Aufnahmebedingungen hier in der BRD zu klären. Außerdem sollen am Tag der Menschenrechte (9./10. Dez.) bundesweite Aktionen zur Argentiniensolidarität durchgeführt werden. Für den gleichen Zeitraum ist eine Telefonkampagne geplant, die sich an das AA in Bonn und die jeweiligen Innenminister der Länder richten soll, mit der Frage, wann die politischen Gefangenen aus Argentinien endlich eintreffen. Inhaltlicher Schwerpunkt der Aktionen sollen weiterhin die bekannten vier Forderungen sein (Aufnahme von mindestens 500 politischen Gefangenen, freie Ausreise für alle in ausländische Botschaften Geflüchteten, Veröffentlichung einer Liste über alle politischen Gefangenen durch die argentinische Regierung, unabhängige internationale Untersuchung der Gefängnisse und KZs). Über Weihnachten sind in einigen Städten Hungerstreikaktionen vorgesehen (nach Protokoll der ila, und ila-Info 20).

Lateinamerika-Kommission

Richtigstellung zum Artikel „Chile – zur Politik der reformistischen Linken"

Im Artikel der Hamburger MIR-Genossen in AK 140, den die Genossen uns noch mal zur Überformulierung gegeben hatten, ist uns ein Fehler unterlaufen. Es hieß dort: *„Das wirtschaftliche Modell der Diktatur zur Errichtung des Monopolstaates und die Umorientierung der Wirtschaft zum Außenhandel führten zu einer Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie. Die PDC ging als Vertreter der kleinen und mittleren Unternehmen, die durch die Wirtschaftspolitik massenhaft in den Bankrott getrieben wurden, in die Opposition."* Das ist falsch.

Richtig muß es heißen, daß die PDC als Vertreter der Großbourgeoisie in die Opposition ging und dabei vor allem die Teile der Bourgeoisie vertrat, die bislang aus dem inneren Markt ihre Profite gezogen hatte und durch die radikale Umorientierung auf den Außenhandel getroffen wurde.

Dies ist wichtig, weil sonst die Bündnispolitik des MIR (Zusammenarbeit nur mit begrenzten Teilen der Christdemokratie) unlogisch würde. Der MIR lehnt ja nicht prinzipiell das Zusammengehen mit der kleinen und mittleren Bourgeoisie im Kampf gegen die Diktatur ab, sondern er lehnt es ab, mit d e n Kräften zusammenzugehen, die den Putsch mit vorbereitet haben, die noch nach dem Putsch als Vertreter der Junta im Ausland aufgetreten sind und deren Opposition gegen die Junta völlig unglaubwürdig ist. Und das sind eben große Teile der PDC, Figuren wie Frei und Konsorten.

Lateinamerika-Kommission

Nicaragua-Solidarität läuft allmählich an

Carlos Mejía Godoy y los de Palacagüina auf der Solidaritäts-Veranstaltung in Westberlin.

In einer Reihe von Städten in der BRD, u.a. in Frankfurt, Westbierlin, Kiel, Freiburg und Hamburg fanden von Mitte Oktober bis Anfang November erste Veranstaltungen für die Solidarität mit Nicaragua und der FS LN (Sandinistische Befreiungsfront) statt. Die Veranstaltungen standen im Rahmen einer Europatournee der nicaraguanischen Musikgruppe **„Carolos Majia Gody y los de Palacagüine"** – Pech für jeden, der sich diese Musik und die politischen Texte der Gruppe hat entgehen lassen. Auf fast allen Veranstaltungen sprach ein Vertreter der FSLN.

In Hamburg war die Veranstaltung in der ESG mit über 400 Leuten nicht schlecht besucht, über 1.000 DM an Spenden (ohne andere Einnahmen) wurden der FSLN zur Verfügung gestellt.

Man muß berücksichtigen, daß die FSLN von keinem Land offiziell unterstützt wird und so gut wie vollständig auf Spenden angewiesen ist. Daran gemessen sind die bisherigen Sammlungsergebnisse in der BRD noch recht mager.

Insgesamt kann die Veranstaltungsreihe nur als ein Anfang der Nicaragua-Solidarität gesehen werden. Die zu erwartenden weiteren Kämpfe bis zum Sturz der Somoza-Clique und bis zur Auflösung der Nationalgarde, und die Gefahr einer militärischen Intervention in Nicaragua erfordern eine längerfristige und kontinuierliche Solidaritätsarbeit.

Relativ großen Erfolg hatten bisher die Aufrufe von **Ernesto Cardenal** (Priester und einer der bedeutendsten zeitgenössischen Dichter Lateinamerikas), die in kirchlichen und liberalen Kreisen erhebliche Resonanz gefunden haben.

Lateinamerika-Kommission

FSLN weicht nicht zurück

Die Botschaft der USA in Bonn sah sich genötigt, auf eine Briefkampagne zu reagieren, die den Protest gegen die Unterstützung der USA für Somoza zum Inhalt hatte. Alle Unterzeichner der Protestbriefe erhielten ein Antwortschreiben vom Presseattache (!) der US-Botschaft, in dem „nachgewiesen" wird, daß die USA derzeit keinerlei militärische Hilfe an Nicaragua leisten. Zwar bestehe das Militärhilfe-Kreditabkommen von 1977, aber das bedeutet natürlich *„nicht automatisch die Zustimmung zu Waffenlieferungen."* Zwar wurden Krankenhausausrüstungen (?!) im Wert von 160.000 Dollar an ein Hospital der National-Garde (!) geliefert, aber es handelt sich dabei um ein Hospital, *„das auch Zivilisten aufnimmt".*

Zwar wurden für das Jahr '78 Kredite in Höhe von 2,5 Mio. Dollar bewilligt, aber das *„amerikanische Außenministerium hat bezüglich der Verwendung dieses Kredits keine Vereinbarung mit der Regierung Nicaraguas unterzeichnet...".* Und schließlich wird sowieso alles *„von Fall zu Fall im Lichte der jeweiligen Situation in Nicaragua in Bezug auf die Menschenrechte geprüft..."*

Soweit zur Militärhilfe. Bei der Wirtschaftshilfe sieht das alles noch humaner aus: *„Was die Wirtschaftshilfe anbelangt, so berücksichtigen die von den Vereinigten Staaten bei der Planung amerikanischer Hilfsprogramme ... angewandten Kriterien vor allem die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse der Armen. Wir sind der Auffassung, daß die Wirtschaftshilfsprogramme ... für Nicaragua diese Kriterien erfüllen und daß sie nachweislich den Armen zugute kommen..."* (Dieser „Nachweis"
sie nachweislich den Armen zugute kommen..." (Dieser „Nachweis"
wäre allerdings mal interessant – wird aber leider, leider nicht mitgeliefert). Und schließlich wird jeder Zweifler vollends beruhigt sein, wenn zum Schluß versichert wird, daß die derzeitige Lage *„Anlaß zu großer Sorge"* gebe, und: *„Wir (USA, Anm. AK) fordern im Rahmen unserer Politik der Nichtintervention in die innenpolitische Entwicklung anderer Länder alle Seiten auf, Gewalt abzulehnen und eine friedliche und demokratische Lösung für die Probleme jenes Landes anzustreben."*

Ganz auf derselben zynischen Welle antwortete die Daimler-Benz AG auf die Aufforderung durch das Büro Nicaragua, ihrem Vertreter Anastasio Somoza in Managua den Vertrag sofort und öffentlich zu kündigen. Daimler-Benz antwortete darauf mit dem Hinweis auf die Kunden, die man nicht im Stich lassen dürfe:

„... Sie werden verstehen, daß ein Abbruch unserer Geschäftsbeziehungen zu der Vertriebsgesellschaft in Nicaragua den Verkauf unserer Fahrzeuge nicht wesentlich reduzieren würde, doch die zahlreichen Mercedes-Kunden, die im Laufe der letzten 20 Jahre unsere Produkte gekauft haben, hart treffen (würde)... Wir respektieren durchaus Ihre politische Argumentation, doch haben Sie bitte Verständnis für die Verpflichtung unseres Hauses, den Wünschen unserer Kunden nach Dienstleistungen im Service-Bereich nachzukommen." (Vermutlich kann hier auch der „Nachweis" erbracht werden, daß das Engagement des Hauses Daimler-Benz vor allem „den Armen" Nicaraguas dient).

Die Firma Siemens – ebenfalls vom Büro Nicaragua zum Abbruch jeglicher Zusammenarbeit mit Somoza aufgefordert – hat bisher nicht reagiert. Es dürfte ihr zur Zeit auch etwas schwerer fallen, einen so souveränen Respekt vor der politischen Argumentation zur Schau zu stellen. Schließlich ist der Auftrag, ein neues Telefonnetz in Nicaragua zu installieren, zumindest kurzfristig gefährdet. Die Bundesregierung sah sich gezwungen, einen für dieses Projekt vorgesehen 10-Mio.-Kredit einzufrieren, nachdem der Kreditplan vorzeitig bekannt wurde und auf relativ breite Empörung stieß.

Für den Abbruch aller diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zum Somoza-Regime!

Lateinamerika-Kommission



Rhodesien bombardierte erneut Flüchtlingslager in Sambia

Rhodesische Kampfflugzeuge haben erneut Lager in Sambia angegriffen und Blutbäder unter den Lagerinsassen angerichtet. Nach Berichten aus Sambia hat es sich dieses Mal um ein Auffanglager für junge Schwarze gehandelt, in dem ca. 14.000 Schüler untergebracht sind, die dort unter der Aufsicht des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge leben. Das Bombardement forderte sechs Tote und zahlreiche Verletzte, erklärte ein Regierungssprecher in Lusaka („SZ", 4.11.78). Bereits im Oktober hatten Bombardements auf Lager in Sambia mehrere hundert Menschenleben gekostet (vgl. AK 141). Das Militärhauptquartier in Salisbury legte zynischen Wert auf die „Feststellung", daß bei diesem Überfall die Bedrohung sambischen Lebens und Reichtums „minimal" gewesen seien („The Times", 3.11.78). Im südafrikanischen Fernsehen kündigte der Oberbefehlshaber der rhodesischen Streitkräfte, P. Walls an, Rhodesien werde neue „Defensive-Operationen" gegen Nachbarländer unternehmen, wenn dies „notwendig" erscheint.

Londons Waffenlieferungen an Sambia

Inzwischen wird mit Hercules-Transportflugzeugen der RAF englisches Rüstungsmaterial nach Lusaka geflogen. Es handelt sich vor allem um Luftabwehrwaffen. Das Foreign Office gab bekannt, daß Kaunda die Waffen unentgeltlich erhalte („NZZ", 31.10.78). Die Schenkung wurde vor ca. einem Monat zwischen Callaghan und Kaunda vereinbart. Kurze Zeit später öffnete Kaunda die Grenze zu Rhodesien, was auf scharfe Kritik von Mosambik und Tansania stieß. Die Waffen, die von den Sambiern gegenwärtig nicht bedient werden können und die daher vollständig von den englischen „Beratern" abhängig sind, haben vor allem politische Bedeutung. Sie dienen der Stärkung des trotz aller radikalen Töne „gemäßigten" Kaunda, der wiederum stark auf Nkomo (ZAPU) setzt.

Kriegsrecht, Exodus und Evakuierungspläne

Die faschistischen Kriegsdrohungen gegen die Nachbarländer werden im Inneren durch die Erweiterung des Kriegsrechtes auf die Hälfte des Landes begleitet, wo das Militär mit Standgerichten gegen „Sympathisanten" der Freiheitskämpfer vorgeht und ein absolut rechtloser Zustand herrscht. Der ununterbrochene Exodus der Weißen aus dem Land zeigt allerdings, wie diese selbst längerfristig ihre Chancen einschätzen. Im September verließen 1.776 Weiße offiziell das Land, weitere 2.000 dürften schätzungsweise im Oktober ausgereist sein. Angesichts der unbestreitbaren Erfolge der Befreiungskämpfer, die zudem in der beginnenden Regenzeit ihre Kämpfe intensivieren werden, hat sich die BRD-Regierung entschlossen, die 1.400 bis 1.600 in Rhodesien lebenden Deutschen für den „Ernstfall" zu instruieren. Entsprechende Papiere wurden ihnen über das Bonner Generalkonsulat in Johannesburg (RSA!) zugeleitet, das für das rhodesische „Krisenmangagement" offensichtlich zuständig ist. Unter den Papieren befindet sich ein dreisprachiger sogenannter Schutzausweis, in dem eine Registrierung der betreffenden Person im Johannesburger Generalkonsulat bestätigt wird. Den Deutschen wird empfohlen, Bonn stets über ihren Wohnsitz auf dem laufenden zu halten (Evakuierung!) und sich Vorräte für zwei Wochen zuzulegen (innerhalb dieses Zeitraumes wird wohl mit einer imperialistischen Großintervention zu rechnen sein). Ähnliche Maßnahmen bereiten auch die schweizer und die österreichischen Behörden vor. Außerdem haben sich schon mehrere Fluggesellschaften auf eine Luftbrücke für die in Rhodesien lebenden Weißen vorbereitet („SZ", 7.11.78). Diese Maßnahmen deuten nicht zuletzt darauf hin, daß auch für den Imperialismus die Tage des Rassistenregimes gezählt sind, bzw. mit einer rapiden „Verschlechterung" der Lage gerechnet wird. Mit umso tollwütigeren Rundumschlägen der Faschisten muß gerechnet werden!



Nach dem Überfall von rhodesischen Truppen auf das mosambicanische Flüchtlingsdorf Nhazonia

Muzorewas Autobiographie in Rhodesien verboten

Die an's Groteske grenzende Selbsterniedrigung der schwarzen Marionetten in der „Übergangsregierung" der rhodesischen Faschisten ist kaum zu überbieten: Die Autobiographie Muzorewas wurde dieser Tage in Salisbury verboten! Ein Reporter der BBC befragte Muzorewa (der zu Gesprächen mit Außenminister Owen nach London gekommen war), wie er es über sich bringen könne, an führender Stelle in einer Regierung zu sitzen, die sein eigenes Buch verbiete. Muzorewa erwiderte dreist, er würde nur deswegen in dieser Regierung sitzen, weil sie dafür sorgen solle, daß bald eine andere an die Macht komme, die keine solchen Verstöße gegen die Menschenrechte begehen werde. Auweih!
(nach „NZZ", 1.11.78)

Afrika-Kommission

Korruption und Betrug

Korruption und Betrug — „Watergate" in der RSA

Ein Korruptionsskandal erhitzt gegenwärtig die Gemüter der weißen Südafrikaner, der bereits mit dem US-amerikanischen „Watergate"-Skandal verglichen wird. Wenngleich diese Empörung recht makaber anmutet angesichts der totalen Unterdrückung der südafrikanischen schwarzen Mehrheit, so ist der Skandal doch zugleich symptomatisch für das Regime, das in den „eigenen Reihen" nicht viel weniger zimperliche Methoden für angezeigt hält.

Zum Vorgang selbst: Nachdem sich die Gerüchte seit Mitte dieses Jahres verdichteten, daß das südafrikanische „Informationsministerium" in Korruptionsaffären verwickelt ist, wurde eine Ein-Mann-Untersuchungskommission eingesetzt: Richter Anton Mostert. Was er recherchierte und – gegen den Willen der südafrikanischen Regierung – veröffentlichte, glich einem Krimi: Das „Informationsministerium" unter Minister Connie Mulder hat – angewiesen von John Vorster (heute Präsident in Südafrika, damals Regierungschef) und in Zusammenarbeit mit dem Erziehungsminister Koornhof und dem Chef des Sicherheitsdienstes BOSS, van den Bergh – versucht, die bedeutendste englischsprachige Zeitungsgruppe („Südafrikanische Presse Vereinigung", SAAN) zu kaufen. Im Gegensatz zur total regierungshörigen Presse der Buren hatte die Presse der englischen Minderheit gelegentlich die Regierungspolitik als „zu rigide" kritisiert und für die Durchführung gewisser Reformen plädiert.

Diese gemäßigt reformistische Variante des südafrikanischen Kapitalismus hat ihre politische Heimat in der – zahlenmäßig recht bedeutungslosen – oppositionellen „Progressive Federal Party", die vom Industriemagnaten Oppenheimer unterstützt wird. Der Kauf der SAAN, zu der die von Schwarzen viel gelesene „Rand Daily Mail", die "Cape Times", die auflagenstarke „Sunday Times" und der „Sunday Express" gehören, wurde vom Geheimdienstchef van den Bergh vorgeschlagen, wie der Industrielle Luyt bezeugte, der als Mittelsmann fungieren sollte. Nachdem diese Sache schiefging, beschloß die Regierung, heimlich eine eigene Zeitung aus den (Steuer-) Geldern des „Informationsministeriums" zu finanzieren: „The Citizen" avancierte rasch zur reaktionärsten englischsprachigen Zeitung in Südafrika. Gefragt, warum er sich an diesem Coup beteiligt habe, sagte Luyt: *„Es war für mein Land und wurde vom Regierungschef (Vorster) gewünscht"* („The Times", 3.11.78). Das Geld für die Gründung des „Citizen" erhielt Luyt über eine Gesellschaft in Zürich, die Thesaurus Continentale Effektengesellschaft, die 25 Millionen Mark an Luyt weitergeleitet hatte. Zwischen Luyt und dem (inzwischen zurückgetretenen) Staatssekretär des „Informationsministeriums", Rhoodie, war vereinbart worden, daß Rhoodie die direkte Kontrolle über die radaktionelle Linie auszuüben hätte („NZZ", 6.11.78). Anfang des Jahres verkaufte Luyt die Zeitung an einen südafrikanischen Verleger und einen holländischen Geschäftsmann. Weitere Geldgeber im Hintergrund: Otto von Habsburg (der ja mittlerweile von seinen Gesinnungsfreunden in der bayerischen Landesregierung die westdeutsche Staatsbürgerschaft erhielt), David Witts, ein texanischer Rechtsanwalt und B. Servaas, Verleger der US-amerikanischen „American Saturday Evening Post" („The Times", 31.10.78). Gleichzeitig wurde bekannt, daß die südafrikanische Regierung versucht hat, die Kontrolle über die US-amerikanische Tageszeitung „Washington Star" zu erlangen, um ihre Propaganda in den USA zu intensivieren. Das Projekt soll gescheitert sein, aber man kann davon ausgehen, daß dies nicht die einzige ausländische Zeitung gewesen ist, über die die RSA (hier erfolglos) die Kontrolle zu übernehmen versuchte... („NZZ", 5.11.78).

Die Enthüllungen Mosterts scheinen nur die Spitze des Eisbergs zu sein. So erklärte der Generalrevisor Barrie nach Einsichtnahme in die Unterlagen und Bücher des „Informationsministeriums", daß diese *„einige der schlimmsten Ungereimtheiten in der ganzen Geschichte der südafrikanischen Staatsverwaltung"* enthielten („NZZ", 2.11.78). Das ist kein Wunder, da das „Informationsministerium" der Rassisten in einer Grauzone (Finanzierung der geheimen Rassistenpropaganda) operiert, die auch die persönliche Bereicherung der dort Tätigen zur Routineangelegenheit werden läßt (so ließ Luyt regelmäßig hohe Angestellte des „Informationsministeriums" samt deren Familien mit seinem Privatjet auf die Seychellen einfliegen).

Connie Mulder, damals der offiziell politisch Verantwortliche für diese Vorgänge und im neuen Kabinett Botha für Rassenfragen zuständig, hat mittlerweile seinen Hut nehmen müssen. Aber er war nicht der einzige: Richter Anton Mostert, der die Aufklärung der Skandale betrieben hatte, wurde dieser Tage ebenfalls entlassen! Mosterts Untersuchung soll nun von einem geheim tagenden Parlamentsausschuß übernommen werden. Nixon hatte es schwerer gehabt...

Angola: Mobilmachung

Die Zuspitzung in Namibia, forciert durch den aggressiven Rassistenplan der „internen Wahlen" (siehe AK 141), hat die angolanische Regierung veranlaßt, die angolanische Bevölkerung zur „unverzüglichen Mobilmachung" aufzurufen. In einer Erklärung des Verteidigungsministers Careira wurde die Aufforderung mit einem **„unmittelbar bevorstehenden Angriff"** südafrikanischer Truppen auf die angolanische Hauptstadt Luanda und die Städte in Südangola begründet. Pretoria habe den Angriffsplan gefaßt, um die *„gerechte Befreiungsaktion der SWAPO-Kämpfer zu neutralisieren"* („SZ", 8.11.78).

Bereits im Sommer des Jahres hatte ein Überfall der Rassisten auf Angola über 500 Tote gekostet und es ist zu erwarten, daß die RSA-Truppen – ähnlich wie die rhodesischen Faschisten – gemeinsam mit den Banden der UNITA diese Politik forcieren werden: bis hin zum möglichen Großangriff auf die Hauptstadt selbst. Denn die VR Angola ist für die SWAPO und für die gesamte Entwicklung des Befreiungskampfes in Namibia von unschätzbarer Bedeutung und insofern der militärisch bekämpfte Todfeind für Imperialismus und Faschismus im südlichen Afrika!

Bewaffnete Aktionen

Bewaffnete Aktionen in der RSA

Eine Zunahme der bewaffneten Zwischenfälle zwischen schwarzen Freiheitskämpfern und den Polizeikräften der RSA muß das Rassistenregime in Pretoria konstatieren. In der letzten Oktoberwoche kam es zweimal zu Schußwechseln, wobei nach offiziellen Angaben ein weißer Sergeant verwundet und zwei Schwarze getötet wurden. Seit den Massakern von Soweto 1976 sind mehr als 4.000 Schwarze nach Mosambik und Sambia geflohen, die heute verstärkt in die RSA zurückkehren: bewaffnet. Die südafrikanische Regierung hat inzwischen (nach westdeutschem Vorbild?) „Anti-Terroristen-Einheiten" aufgestellt, die mit Hubschrauberunterstützung sofort in den betreffenden Gebieten zum Einsatz kamen. Wenngleich die bewaffneten Aktionen noch sporadischen Charakter haben, ähnlich wie zu Beginn des Kampfes in Zimbabwe, so signalisieren sie doch, daß die Radikalisierung der schwarzen Opposition sich beschleunigt (nach „The Times", 1.11.78).

RSA: Gefängnis für Folter-Polizisten

Selten genug kommt es vor: Wegen Totschlags an einem schwarzen Häftling sind zwei weiße Polizisten von einem Gericht in Durban zu zwölf Jahren Haft und sechs Stockschlägen verurteilt worden. Ein angeklagter schwarzer Polizist erhielt ebenfalls zwölf Jahre Gefängnis. Wegen vorsätzlicher Körperverletzung an einem zweiten Häftling wurde das Trio zu weiteren drei Jahren Haft verurteilt. Der später seinen Verletzungen erlegene Häftling hatte „gestanden", 10.000 Rand gestohlen zu haben. Er und sein Mitgefangener wurden darauf auf grausamste Weise drei Tage ununterbrochen mißhandelt. Kurz bevor er starb, konnte P. Cane dem Arzt noch angeben, wer seine Mörder seien. Der Arzt setzte ein Verfahren in Gang, dessen Verlauf und Ergebnis für die RSA äußerst ungewöhnlich ist, während der „Verhandlungsgegenstand" – Folter und Mord im Knast – in den letzten Jahren mehreren hundert Häftlingen das Leben gekostet hat. Man denke nur an Steve Biko, dessen Mörder in der RSA weiterhin unbehelligt ihrer „Tätigkeit" nachgehen dürfen.



nahost

Iran: Am Rande des Bürgerkriegs



Straßenkampf in Teheran

Nach dem Rücktritt der iranischen Regierung unter Ministerpräsident Sharif-Emami hat das Militär die „Macht" übernommen. Dieser Schritt ist im Grunde seit längerem erwartet worden, hatte doch das Schah-Regime in der letzten Zeit zunehmend Machtlosigkeit gegenüber dem Aufstand des iranischen Volkes demonstriert. Die sozialen und politischen Ursachen für den Protest der Bevölkerung sitzen so tief, daß das blutige Vorgehen des Schah-Regimes gegen die friedlichen Demonstrationen den Haß des Volkes gegen das faschistische Schah-Regime nur verstärkt hat. Unter dem blutigen Terror kämpfen die außerordentlich unterschiedlichen oppositionellen Strömungen und verschiedenen Schichten des Volkes vorerst gemeinsam für den Sturz des Schah-Regimes. Nach den schweren Auseinandersetzungen in den großen Städten beginnen jetzt auch die Menschen in kleineren Orten und Dörfern ihren Kampf gegen das Schah-Regime. Die Zeichen für den bewaffneten Aufstand mehren sich. Schon seit Monaten werden große Waffenmengen für die Opposition in den Iran gebracht. Die riesigen politischen Streiks der Arbeiter in wichtigen Industriezweigen, die Streiks im gesamten Öffentlichen Dienst, an allen Schulen und Universitäten haben den Verfall der Macht des Schah-Regimes rasant beschleunigt.

Zur „Rettung" des Schah-Regimes kommt - falls von den Militärs überhaupt beabsichtigt - die Militärdiktatur zu spät. Das Schah-Regime hat endgültig abgewirtschaftet. Aber auch der Aufstand des Volkes wird sich durch die Militärdiktatur nicht unterdrücken lassen. Die Kämpfe und Streiks der Massen haben schon das nach dem „schwarzen Freitag" verhängte Kriegsrecht über 12 iranische Städte unwirksam gemacht. Die letzte Woche hat gezeigt, daß trotz verschärfter Anwendung des Kriegsrechts die Demonstrationen weitergehen, Streiks, besonders in der Ölindustrie, lähmen nach wie vor die Wirtschaft, Bazare und Läden bleiben geschlossen. Darüberhinaus mehren sich die Zeichen, daß sich Teile des Militärs keineswegs mehr widerspruchlos zur Unterdrückung des Volkes einsetzen lassen.

Nieder mit dem Schah-Regime!

lassen.
Nieder mit dem Schah-Regime!

In den letzten Wochen wachsen die Demonstrationen gegen das Schah-Regime weiter an. Nach der SAVAK-Provokation in Kerman, wo erstmals eine Moschee angegriffen wurde, fanden in mindestens 37 Städten militante Demonstrationen statt. Überall wurden öffentliche Gebäude, Bürgermeisterämter, Gouverneurspaläste, Banken zerstört und angesteckt. Am ersten November-Wochenende demonstrierten Millionen von Iranern in vielen Städten und Dörfern gegen das Schah-Regime und griffen Symbole der blutigen Herrschaft des Schah und des Imperialismus an. Zu besonders blutigen Unruhen kam es am 3. November, als das Militär allein auf dem Universitätsgelände in Teheran 40 Menschen ermordete. Daraufhin wurden am 5.11. in Teheran von den demonstrierenden Massen Ministerien, Banken, ausländische Niederlassungen (z.B. die BMW- und Volkswagen-Niederlassung) und Botschaften zerstört. Die britische Botschaft ging in Flammen auf (gerade der britische Außenminister Owen hatte dem Schah-Regime immer wieder die Unterstützung Großbritanniens zugesagt). Die USA-Botschaft konnte nur durch massiven Einsatz von schwer bewaffnetem Militär geschützt werden.

Vertreter der bürgerlichen Opposition im Iran hielten es mal wieder für angebracht, sich von den „Gewalttaten" und „Brandstiftungen" zu distanzieren, die sie durchweg Agenten des Geheimdienstes SAVAK in die Schuhe schoben, um so die militanten Kämpfe des Volkes zu diskreditieren. Gerade in Teheran - auch die bürgerliche Presse sprach hier von „Brandstiftung" und „Plünderungen" - gingen die Demonstranten sehr gezielt gegen ganz bestimmte Gebäude - Symbole der Herrschaft des Schah - vor. Provokationen von SAVAK-Agenten tragen grundsätzlich eine ganz andere Handschrift: Erinnert sei hier an den Kinobrand in Abadan, bei dem mehr als 400 Menschen in der Flammenhölle bei geschlossenen Türen verbrannten; erinnert sei an die Provokation vor der Moschee in Kerman (Angaben nach „Rouge" 31.10. und SZ 7.11.).

Militärputsch

Einen Tag nach den gewaltigen Demonstrationen wurde vom Schah eine Militärregierung „eingesetzt". Schon vorher gab es im Iran und besonders

Militärregierung „eingesetzt". Schon vorher gab es im Iran und besonders

in Teheran Gerüchte, nach denen hohe Militärs auf eine Übernahme der Macht gedrungen haben. Dies ist auch als einzige Möglichkeit geblieben, die Herrschaft des Schah-Regimes zu verlängern. Unter dem Druck der Massen, die seit Monaten immer stärker den Sturz des Schah-Regimes fordern, stellten auch die gemäßigten bürgerlichen Politiker und Geistlichen immer radikalere Forderungen auf. Von Frankreich aus erklärte der Führer der Nationalen Front, Sandjabi, nach mehreren Gesprächen mit dem Schiitenführer Khomeiny, daß er nicht mehr bereit sei, Gespräche mit dem Schah über eine Koalitionsregierung unter dem früheren Ministerpräsidenten Amini zu führen. Er forderte ebenfalls den Sturz des Schah-Regimes und eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform Irans. Sandjabi ist gezwungen, radikalere Forderungen zu vertreten, wenn er sich den Weg in eine spätere bürgerliche Regierung offenhalten will.

Selbst der als gemäßigt geltende Ayatollah Schariat-Madari (Qom), der bislang ebenso wie die Führer der Nationalfront die Rückkehr zur Verfassung von 1906 und damit eine konstitutionelle Monarchie gefordert hatte, tritt nun für den Sturz des Schah-Regimes und für den bewaffneten Kampf ein, wenn es nicht gelingen sollte, die Forderungen auf friedlichem Wege durchzusetzen (u.a. „FR", 3.11.78 und „SZ", 6.11.78).

Die Rede des Schah, die er im iranischen Fernsehen anläßlich der Einsetzung der Militärregierung hielt, machte deutlich, wie sehr der entschlossene Kampf des iranischen Volkes seinen Handlungsspielraum eingeengt hat. Als erstes gab er in der Vergangenheit gemachte Fehler zu, mit Hilfe der „Übergangs"-Militärregierung würden gesetzwidrige Unternehmen, Brutalität und Korruption ohne Rücksicht auf die Folgen beseitigt. Die meisten Streiks seien berechtigt. Das „Chaos" habe jedoch in vielen Landesteilen ein derartiges Ausmaß erreicht, daß die Unabhängigkeit des Landes (?) in Gefahr sei. *„Um weitere Unruhen und Morde zu verhindern und um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, habe ich mein Bestes getan, um eine Koalitionsregierung zusammenzubringen. Aber es klappte nicht."* („FR", 7.11.).

Die Kämpfe gehen weiter

Nur eins ist im Augenblick sicher:
Die Kämpfe gehen weiter

Nur eins ist im Augenblick sicher: Die vom Schah gewünschte Ruhe und Ordnung wird es auch unter einer Militärregierung nicht geben. Überall im Iran, selbst in Teheran, gibt es weiter Demonstrationen. Die Ölindustrie wird weiter bestreikt, trotz erfüllter ökonomischer Forderungen. Die Journalisten sind wieder in den Streik getreten, nachdem das Militär die Militärzensur durchzusetzen versuchte. Rundfunk und Fernsehen wurden vom Militär besetzt. Die Drohungen, das Kriegsrecht jetzt wirklich anzuwenden — als ob das in der Vergangenheit nicht versucht worden wäre — hat bis jetzt noch keine durchschlagende Wirkung gezeigt.

Und genauso wirkungslos wird die vom Militär ebenfalls „verschärft" betriebene Antikorruptions- und Bestrafungskampagne gegen die besten Diener des faschistischen Schah-Regimes bleiben. Daran wird auch die Verhaftung des verhaßten, langjährigen Ministerpräsidenten Hoveida und des berüchtigten ehemaligen SAVAK-

Chefs Nassiri, sowie die angekündi-
gen Ministerpräsidenten Hoveida und
des berüchtigten ehemaligen SAVAK-

Chefs Nassiri, sowie die angekündigten Überprüfung der riesigen Besitztümer des Schah und seiner Familie nichts ändern.

Daß sich diese Blutsauger längst mit Millionen- oder gar Milliardensummen aus dem Staub gemacht haben (allein 64 Mitglieder der Schah-Familie befinden sich bereits im Ausland), wird dem iranischen Volk nicht verborgen geblieben sein. Die iranische Bevölkerung wird aber sehr genau registrieren, daß die Verfolgung Oppositioneller erheblich verschärft wird. So wird nach dreißig iranischen Journalisten gefahndet, die in den letzten Wochen versucht haben, die Presse für die Kämpfe der Bevölkerung auszunutzen. Die Verhaftung des Führers der Nationalfront, Sandjabi, auf einer internationalen Pressekonferenz einen Tag vor dem Generalstreik kann nur als Provokation aufgefaßt werden.

Nieder mit dem Schah-Regime!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Nieder mit dem Schah-Regime!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Nahost-Kommission

Israelische Berater im Iran

Im letzten ARBEITERKAMPF haben wir berichtet, daß bei der blutigen Niederschlagung der riesigen Anti-Schah-Demonstrationen am „schwarzen Freitag" (8.9) - mehrere tausend Menschen wurden an diesem Tag ermordet - insgesamt 5.000 israelische Soldaten in verschiedenen Städten beteiligt waren. In diesem Zusammenhang hatten wir auf die schon immer außerordentlich guten Beziehungen zwischen dem faschistischen Schah-Regime und dem zionistischen Staat hingewiesen.

Jetzt wurde bekannt, daß es allein in Teheran 1.500 Israelis gibt, die für verschiedene israelische "Firmen" arbeiten (bekanntlich nimmt der Waffenhandel und der Beraterdienst auf dem militärischen und Geheimdienstsektor einen besonders großen Raum ein).

Zum Vergleich: Zwischen 1958 und 1972 hatten die Zionisten insgesamt 4.000 Berater in 80 Länder der "Dritten Welt" geschickt ("The Israel Economist", Feb./März 72, S. 47). Für israelische „Verhältnisse" befindet sich also eine außerordentlich hohe Anzahl im Iran.

Nachdem unmittelbar nach der Übernahme der Macht durch die Militärs 300 israelische Familienangehörige nach Tel Aviv ausgeflogen waren, macht sich die israelische Regierung Gedanken über die Evakuierung der übrigen Israelis. Besonders makaber wird es, wenn in einem Atemzug mit den beim Volk zu recht verhaßten im Solde des Imperialismus stehenden Beratern auch die seit jeher im Iran lebenden Juden angesprochen werden. Die Knesset-Kommission für die Einwanderung hat einen Appell an die iranischen Juden herausgegeben und sie eingeladen, sich nach Israel zu begeben. Gleichzeitig wurde die „Jewish Agency" - schon vor der Staatsgründung Israels praktisch „Einwanderungsbehörde" - aufgefordert, Vorsorge für ihre Aufnahme zu treffen („Le Monde", 8.11.78). Dabei wird von der israelischen Regierung zugegeben, daß es bisher keine „antiisraelischen" und „antisemitischen" Ausschreitungen gegeben habe. Richtig ist, daß es keine antisemitischen Ausschreitungen gegeben hat. Aber auch die demagogische Gleichsetzung von „antiisraelisch" (sprich „antizionistisch") und „antisemitisch" kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß am letzten Sonntag selbstverständlich - wie alle Symbole imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung - auch das Büro der israelischen Fluggesellschaft EL AL in Flammen aufging.

Gerade nach dem Bekanntwerden des Einsatzes israelischer Soldaten im Iran brachte die bürgerliche Presse immer wieder Gerüchte über zu erwartende "antisemitische Ausschreitungen" durch die "reaktionären" Moslems. Richtig ist, daß es in den letzten Jahrhunderten häufig blutige Verfolgungen iranischer Juden gegeben hat. Die westliche Presse geniert sich allerdings nicht, ausgerechnet den Vater des jetzigen Schah und den Schah selbst als Beschützer der Juden hinzustellen und den Sturz des Schah-Regimes als Gefahr für die iranischen Juden zu beschwören ("International Herald Tribune", 14./15.10.78). Dabei hatte gerade zur Regierungszeit Reza Schahs eine neue Verfolgungswelle gegen Juden eingesetzt, was auch nicht weiter erstaunlich ist, da der Schah besonders gute Beziehungen zu den Nazi-Faschisten unterhielt und auch aus diesem Grunde 1941 zugunsten seines Sohnes abdanken mußte. Andererseits wurde gerade in der Verfassung von 1906 – die zusammen mit dem fortschrittlichen schiitischen Klerus erkämpft worden war – den Juden erstmals die Staatsbürgerschaft und ein Sitz im neuen Parlament gegeben (Weinbaum: Iran and Israel, The Discreet Entente; in: Orbis Philadelphia, 18, 1974, H. 4).

Nahost-Kommission



Pressemitteilung der CISNU

7.11.78

Im Rahmen einer Solidaritätskampagne für die Freilassung aller politischen Gefangenen im Iran sind vor einigen Tagen auf Initiative der C.I.S.N.U. zwei bekannte französische Rechtsanwälte,

Marie Franc Schmidlin

und

Thiery Fagart

in den Iran gereist. Sie sind von der Liga für Menschenrechte und dem katholischen Juristenverband in Frankreich damit beauftragt worden, die Lage der politischen Gefangenen im Iran zu untersuchen.

Unter dem massiven Druck der Bevölkerung mußte das Schahregime vor zwei Wochen einen kleinen Teil der politischen Gefangenen freilassen. Diese hatten überwiegend ihre reguläre Haftzeit bereits verbüßt!

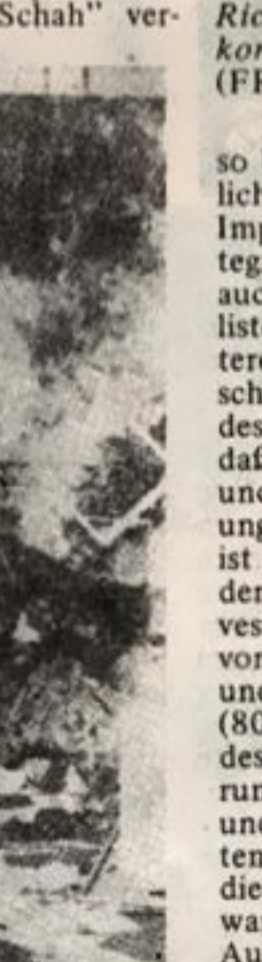
Bis heute haben die beiden Rechtsanwälte mit mehreren ehemaligen Gefangenen Kontakt aufnehmen können und versuchen, sich über die genaue Zahl und die jetzige Situation der noch inhaftierten Gefangenen zu informieren. In den letzten Tagen sind beide auch Augenzeugen der sich weiter zuspitzenden blutigen Auseinandersetzungen in Teheran gewesen.

Die beiden Rechtsanwälte werden in einigen Tagen ihre Reise beenden und in Pressekonferenzen in verschiedenen europäischen Städten über ihre Erfahrungen und Eindrücke berichten. Zeit und Ort dieser Pressekonferenzen werden rechtzeitig bekanntgegeben.

C.I.S.N.U. Frankfurt am Main

Imperialisten begrüßen Mord und Terror im Iran

Die vom Schah eingesetzte Militärregierung, die den Aufstand der iranischen Bevölkerung gegen das faschistische Schah-Regime mit noch gesteigerter Brutalität unterdrücken soll, wurde von den imperialistischen Staaten ausdrücklich begrüßt. Schon während des blutigen Terrors in den



Angriff auf die Symbole der Herrschaft des Schah-Regiemes

Monaten zuvor hatten sie dem faschistischen Schah-Regime immer wieder ihre Unterstützung zugesagt und den Mord an Tausenden von Iranern damit zynisch kommentiert, daß nur auf diesem Wege die „Liberalisierungspolitik" des Schah-Regimes gegen Rechts- und Linksradikale abgesichert werden können.

Einen solchen Zynismus haben sich die Imperialisten nicht einmal bei den von ihnen selbst inszenierten Putschen, wie beispielsweise in Chile 1973, leisten können. Damals sahen sich selbst die USA genötigt, ihre üblen Machenschaften zu verschweigen. Äußerungen eines Bruno Heck über den angenehmen Aufenthalt in sonnigen, zu KZs und Mordzentralen umfunktionierten Stadien, stießen auf einhellige Empörung der demokratischen Öffentlichkeit.

Ganz offensichtlich rechnen die Imperialisten darauf, daß das jahrelang durchgehaltene Schweigen in den bürgerlichen Massenmedien über die faschistische Schah-Diktatur, über Mord und Terror, Ausbeutung und Unterdrückung ihre Lügen über die „fortschrittliche", am Westen orientierte Politik des Schah glaubwürdiger macht.

„fortschrittliche", am Westen orientierte Politik des Schah glaubwürdiger macht.

Aber die Wucht der Aufstände außerordentlich breiter Schichten des



Mit schußbereiten Gewehren gegen die demonstrierende Bevölkerung

iranischen Volkes hat nicht nur – unter großen Opfern – den faschistischen Unterdrückungsapparat wirkungslos gemacht, sie hat das Schweigen der bürgerlichen Presse durchbrochen. Die offene Unterstützung des Terrors macht die Imperialisten nicht nur noch verhaßter bei den iranischen Völkern, sie macht anschaulich deutlich, daß die Imperialisten – und nicht zuletzt die westdeutschen – bei der Durchsetzung ihrer Interessen über Leichenberge gehen.

Das US-Außenministerium, der Sicherheitsberater des Präsidenten, Brzeszinski, und der Energieminister Schlesinger erklärten übereinstimmend, daß sie sich von der Militärregierung die *„Wiederherstellung der Stabilität"* im Iran, ja, sogar von *„Recht (!!!) und Ordnung"* erwarten (FR. 8.11.78). Während sich selbst in den bürgerlichen Massenmedien hierzulande nicht mehr verheimlichen läßt, daß die iranischen Massen unter der Parole „Tod dem Schah" verzweifelt für demokratische Freiheiten kämpfen, übermittelte Carter zusammen mit seinen Geburtstagswünschen für den Schah-Sohn die besten Wünsche für den Schah und erklärte, *„er sei dankbar für die Bewegungen in der Richtung auf die Demokratie. Er wisse, daß der Schah auf die Opposition von Leuten stoße, welche sich den demokratischen Prinzipien widersetzten. Die fortschrittliche Regierung des Schahs sei wertvoll für die ganze westliche Welt"* (NZZ 3.11. und „International Herald Tribune", IHT 1.11.78). Bekanntlich hat der Schah keinerlei Schritte *„in Richtung auf Demokratie"* unternommen, im Gegenteil den faschistischen Terror erheblich gesteigert. Im zweiten Punkt hat Carter jedoch fast recht: die Regierung des Schahs ist *„wertvoll für die ganze westliche Welt"*, sieht man davon ab, daß es statt „westlicher Welt" Imperialismus heißen müßte. Die Schah-Regierung ist der Gendarm der Imperialisten am Arabischen Golf und im Indischen Ozean (Beispiel: Unterdrückung der Revolution in Oman), und sie ermöglicht die Ausbeutung der iranischen Bevölkerung durch die imperialistischen Mächte und die nationale

licht die Ausbeutung der iranischen Bevölkerung durch die imperialistischen Mächte und die nationale

Bourgeoisie. Allein in den USA kaufte der Iran 1977 Waffen für 13 Milliarden Mark (Welt 7.11.).

Die Carter-Regierung steht mit ihren Lobreden auf das Schah-Regime selbstverständlich nicht allein da. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff übermittelte dem Schah am 28/29. Oktober eine Grußbotschaft von Bundespräsident Scheel und erklärte auf einer Pressekonferenz in Teheran, daß die Bundesregierung aus *„wirtschaftlichen und politischen Gründen"* an *„stabilen"* Verhältnissen im Iran interessiert sei (FR 30.10.). Völlig ungeachtet der Tatsache, daß es sich im Iran um eine spontane Massenbewegung handelt, die sämtliche Bevölkerungsschichten umfaßt, was Lambsdorff mit Sicherheit auch weiß, führte er demagogisch als Begründung für die Unterstützung des Schahs an, daß man in Bonn nicht interessiert sei und sein könne an einer *„Entwicklung zugunsten ultrakonservativer oder gar reaktionärer Kräfte noch an einer Entwicklung in Richtung auf eine marxistisch oder kommunistisch beeinflußte Gruppe"* (FR 30.10.).

Dieses bei bürgerlichen Politikern so beliebte Feindbild soll die tatsächlichen Interessen des westdeutschen Imperialismus verdecken. Neben strategischen Interessen stehen nämlich auch für die westdeutschen Imperialisten handfeste wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Die westdeutsche Industrie muß bei einem Sturz des Schah-Regimes damit rechnen, daß sie die iranischen Ressourcen und das iranische Volk nicht mehr so ungestört ausplündern kann. Der Iran ist der elftgrößte Handels-„Partner" der BRD. 1977 wurden Anlagen, Investitionsgüter und Waren im Wert von 6,35 Milliarden Mark geliefert und Waren für 4,35 Milliarden Mark (80% für Erdöl) importiert. 360 bundesdeutsche Unternehmen sind mit rund 14.000 deutschen Ingenieuren und Facharbeitern im Iran tätig (Daten nach „Die Zeit" 3.11.). Anlaß für die Reise Lambsdorffs nach Teheran war die Sorge, daß die iranischen Aufträge an die Kraftwerk Union AG (KWU) über den Bau von 4 Kernkraftwerken sowie für die Lieferung von 6 U-Booten platzen könnte. Man einigte sich vorerst auf eine Verschiebung um 1 Jahr.

Erfreulicherweise blieben die Äußerungen Lambsdorffs nicht völlig ohne Widerspruch. Der Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder warf ihm vor, daß er mit seinem Wunsch nach stabilen Verhältnissen im Iran *"indirekt"* das deutsche Interesse an einer *"stabilen Diktatur"* im Iran zum Ausdruck gebracht habe (FR 1.11.).

Abgesehen davon, daß es geradezu verharmlosend ist, angesichts der faschistischen Terrorherrschaft des Schah von "stabiler Diktatur" zu reden, ist das westdeutsche Interesse natürlich sehr direkt.

Die "Rechtfertigung", die daraufhin aus dem Bundeswirtschaftsministerium kam, macht die Sache um keinen Deut besser. In einer Presseerklärung heißt es, daß Lambsdorff in Teheran darauf aufmerksam gemacht habe, daß Bonn *"weitere (!) Fortschritte in der politischen Liberalisierung"* im Iran wünsche (FR 1.11.). Dies ist haargenau die Formulierung, die auch der britische Außenminister David Owen Mitte Oktober benutzt hatte, um die Entscheidung des britischen Premierministers zu verteidigen, dem Schah in einem Brief seine Unterstützung zuzusagen (Guardian, 13.10.).

Gegenstimmen zu diesem eindeu- verteidigen, dem Schah in einem Brief seine Unterstützung zuzusagen (Guardian, 13.10.).

Gegenstimmen zu diesem eindeutigen Kurs der Regierenden in den USA, Großbritannien und der BRD gibt es in diesen "demokratischsten aller demokratischen Parlamente" nur wenige. Die allerdings reden eine recht deutliche Sprache. So das Mitglied einer internationalen Untersuchungskommission, Russell Kerr, Abgeordneter im britischen Parlament, der gerade von einer 10-tägigen Einladung des iranischen Juristen-Komitees zurückkommt. Er warnt den Westen, *„im Bewußtsein der iranischen Bevölkerung zum Synonym für eine neue Form des Kolonialismus zu werden"*, indem er den Schah als stabilisierende Macht unterstützt. Als besonders gräßliches Beispiel für die „Gestapo"-Methoden im Iran berichtet er: *„Am blutigen Freitag (8. Sept.) wurde eine Menschenschlange, die sich zum Blutspenden angestellt hatte, niedergemäht"* (Guardian 24. 10.).

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing äußerte sich in einer Stellungnahme ähnlich. Was sich im Iran angebahnt habe, werde noch ein langer Prozeß sein. *"Wir dürfen nicht dazu beitragen, daß dieser Prozeß willkürlich abgewürgt wird (wie die demokratisch gewählte Regierung Mossadegh). Die Massaker der Schah-Truppen ..., die tausende von Todesopfern forderten, deuten in diese Richtung und sind weltweit zu verurteilen. Unsere direkte Unterstützung für das unterdrückerische Schahregime, vor allem in Form von Waffenlieferungen, muß sofort eingestellt werden."* (FR 1.11.).

Auch die indirekte Unterstützung, Herr Abgeordneter! Tod dem Schah!

Nahost-Kommission

Bagdad-Konferenz

Mit einer außerordentlichen lauen Erklärung endete die Gipfelkonferenz der Staaten der arabischen Liga und der PLO. Das offizielle Kommunique enthielt nichts weiter als die schon bekannte Erklärung, daß alle Staaten einen israelisch-ägyptischen Separat-Frieden ablehnen und an Ägypten appellieren, auf einen Friedensvertrag mit Israel zu verzichten. Des weiteren wurden die üblichen Lippenbekenntnisse der arabischen Regimes abgegeben, den Kampf gegen den Zionismus mit militärischen und sonstigen Mitteln zu unterstützen. Außerdem solle *"der Kampf von palästinensischem Volk und PLO inner- und außerhalb der besetzten Gebiete"* kräftig unterstützt werden. Die Beschlüsse von Rabat und Algier wurden bekräftigt, in denen die PLO als einzige *"legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes"* bezeichnet worden war.

Über Sanktionen gegen Ägypten, die besonders von den Staaten der Front der Standhaftigkeit und Konfrontation und der PLO gefordert worden waren, war in den offiziellen Verlautbarungen nichts zu lesen. Außer durch Vertreter der PLO-Führung wurde von keinem Teilnehmer irgendetwas über die unter Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossenen "Druckmittel" gegen Ägypten berichtet. Im Falle der Unterzeichnung eines Friedensvertrages sollen – angeblich – folgende Maßnahmen in Kraft treten: Ägypten soll aus der arabischen Liga ausgeschlossen werden, der Sitz der arabischen Liga soll von Kairo in eine andere arabische

Fortsetzung auf Seite 51

Interview mit George Habasch

Wir drucken im folgenden Ausschnitte aus einem Interview mit dem Generalsekretär der PFLP, George Habasch, ab, in denen er auf die palästinensische nationale Einheit, auf die Camp-David-Abkommen und die Ergebnisse der Konferenzen der Ablehnungsfront-Staaten (Front der Standhaftigkeit und Konfrontation) eingeht. Zum Teil der nationalen palästinensischen Einheit: Die Widersprüche zwischen den bürgerlichen und revolutionären Kräften innerhalb der PLO hatten die bürgerlichen Kräfte nach dem Einmarsch der zionistischen Truppen im Südlibanon und **den Einsatz der UNO-Truppen militärisch zu lösen versucht (wir berichteten in AK 134, S. 37/38 darüber). PLO-Chef Arafat hatte damals die berüchtigte Truppe 17 aufgestellt, mit der er Kämpfer der Ablehnungsfront und der AL-Fatah angreifen ließ, die sich nicht seiner kapitulationistischen Politik beugen und von ihren Stützpunkten im Südlibanon weiter den zionistischen Feind angreifen wollten.**

Das Interview stammt aus "Al-Hadaf", Nr. 405; es wurde von dem Wochenmagazin "Arabische Welt" gemacht, die Übersetzung stellten uns Freunde der PFLP zu Verfügung.

F: Wenn in dieser Phase eine palästinensische nationale Einheit erreicht werden würde, wäre das eine starke Waffe gegen den imperialistischen Plan, der die palästinensische Revolution schwächen soll? Welche Möglichkeiten sieht die PFLP, diese nationale Einheit zu erreichen? Wie bewertest Du das Tripolis-Abkommen?

A: Die palästinensische nationale Einheit ist sehr notwendig. Es ist möglich sie zu erreichen. Das wissen wir von anderen Völkern, z.B. Vietnam. Die nationale Einheit ist die Grundbasis für unseren Sieg über Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion. Durch den ständigen Kampf unseres Volkes wird die nationale Einheit erreicht werden.

Wir haben das Tripolis-Abkommen als Basis für die palästinensische nationale Einheit betrachtet, So haben es auch die palästinensischen Massen und die fortschrittlichen arabischen Kräfte empfunden, nämlich als einen Sieg der palästinensischen Revolution und ihrer Organisationen. Daß dieses Abkommen nicht in die Praxis umgesetzt worden ist, dafür sind nicht wir, sondern die PLO-Führung verantwortlich. Sie hat die Ver-

nicht in die Praxis umgesetzt worden ist, dafür sind nicht wir, sondern die PLO-Führung verantwortlich. Sie hat die Ver-

wirklichung des Tripolis-Abkommens behindert. Hätte die PLO-Führung die Beschlüsse des Tripolis-Abkommens in die Tat umgesetzt, wäre das ein Zeichen dafür, daß sie die Politik der sogenannten "friedlichen Lösung" nicht länger befürwortet, sondern den revolutionären Weg eingeschlagen hätte.

Aber mir scheint, daß die PLO-Führung von dieser utopischen Regelung träumt (gemeint ist der sog. "Ministaat"; Anm. AK). Die einzige Methode, um die palästinensische nationale Einheit zu erreichen, ist der kontinuierliche Kampf aller Organisationen.

F: Wie ist Deine Position zu den Konflikten zwischen den Palästinensern? Was hat die PFLP zur Verhinderung der Konflikte unternommen, so daß sie sich nicht wiederholen?

A: Die PFLP war gegen diese absichtlich verursachten Konflikte, die die Revolution stark schwächen. Wir haben alles mögliche unternommen, um sie zu verhindern, obwohl wir in manchen Gebieten gezwungen wurden teilzunehmen.

Die rechten Palästinenser sind dafür verantwortlich, weil momentan innerhalb der Al-Fatah wesentliche Meinungsunterschiede bezüglich der Politik der PLO-Führung bestehen. Die Absicht der PLO-Führung war, alle demokratischen Kräfte, die für die Kompromißlose Ablehnung eintreten, zu liquidieren. Deswegen treten wir für die Korrektur der PLO-Führung ein. Wir hoffen, daß die rechten Palästinenser aus den Konflikten gelernt haben und daß sie in der Zukunft solche gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den linken Palästinensern vermeiden werden.

F: Abgesehen von den Camp-David Ergebnissen, meinst Du, daß Sadat für die Regelung des palästinensischen Problems eintritt, oder geht es ihm nur darum, die Sinai-Halbinsel zurückzubekommen?

A: Das Hauptproblem von Sadat ist, daß die Zionisten mehr ägyptisches Land behalten wollen, als Sadat ihnen zugestehen will.

Viele haben die falsche Vorstellung, daß das palästinensische Problem das Hauptthema in Camp David war. Das Hauptinteresse der Zionisten ist, daß sie die Siedlungen und die militärischen Flughäfen behalten und die Rohstoffe der Sinai-Halbinsel weiter ausbeuten können.

Deswegen kann Sadat keine weiteren Kompromisse bezüglich der Sinai-Halbinsel dulden. Wenn das Hauptthema das palästinensische Problem gewesen wäre, dann hätte Sadat mit Hilfe des US-Imperialismus eine

das Hauptthema das palästinensische Problem gewesen wäre, dann hätte Sadat mit Hilfe des US-Imperialismus eine

unklare Erklärung herausgegeben, um dadurch einen Seperatfrieden zwischen "Israel" und Ägypten zu erreichen.

F: Was hältst Du von der ersten und der zweiten Konferenz der Ablehnungsfront-Staaten. Waren die beiden Konferenzen in der Lage, die Ergebnisse des Sadat-Besuchs scheitern zu lassen? Und was für Maßnahmen werden gegen den Sadat-Besuch unternommen?

A: Die Ablehnungsfront-Staaten haben eine wichtige Position eingenommen, indem sie den verräterischen Besuch Sadats verurteilt haben.

Sie sind aber nicht in der Lage, den faschistisch-zionistischen Plan scheitern zu lassen.

Um die palästinensische Revolution zu liquidieren, hatten die Zionisten den Südlibanon besetzt. Gegen die Besetzung haben die Ablehnungsstaaten nichts unternommen.

Die reaktionären arabischen Staaten versuchen, die Regierung in der Volksrepublik Jemen durch eine reaktionäre Regierung zu ersetzen. Auch dagegen unternehmen die Ablehnungsstaaten nichts.

Die fortschrittlichen arabischen Massen stellen an die Ablehnungsstaaten die Forderung, daß sie eine revolutionäre Strategie annehmen, die sich gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion richtet. Die Ablehnungsstaaten sollen ihre Verurteilung gegenüber der Politik Sadats in die Praxis umsetzen.

Hauptstadt gelegt werden, ägyptische Firmen, die mit Israel zusammenarbeiten, sollen boykottiert werden, die finanzielle Unterstützung Ägyptens durch Staaten der arabischen Liga soll gestrichen werden ("Le Monde" und NZZ 7.11.78). Dabei handelt es sich um wenig konkret gefaßte Resolutionen. Bevor sie in Kraft treten können, müssen alle Schritte auf weiteren Außen- und Wirtschaftsminister-Treffen festgelegt werden.

Selbst zu diesen Sanktionen wird es im Falle eines Friedensvertrages aber kaum kommen. Schon vor der Bagdad-Konferenz hatten die reaktionären arabischen Staaten Saudi-Arabien und Sudan unabhängig voneinander erklärt, daß sie zwar die Camp-David-Abkommen für ungenügend (!) halten, Sadat aber das Recht habe, eine Politik zu machen, mit der er den besetzten Sinai befreien könne. Und: Saudi-Arabien betrachte es als Ziel der Konferenz, die arabische Einheit zu stärken, nicht aber Sadat zu isolieren (NZZ 24. und 26.11.78, SZ 31.10./1.11.78). Der sudanesische Präsident Numeiri hatte dies sogar zur B e d i n g u n g für seine Teilnahme gemacht. Nach Ende der Konferenz haben die Vereinigten Arabischen Emirate (VAR) unmißverständlich erklärt, daß sie Ägypten auch nach einem Friedensvertrag weiter finanziell unterstützen werden: *"Ägypten ist ein unerläßlicher Bestandteil der arabischen Welt, und wir beabsichtigen, die Hilfe fortzuführen"* (SZ, 9.11.).

Die Staaten der Front der Standhaftigkeit und Konfrontation und die PLO haben sich also mit ihren Forderungen nicht durchsetzen können, sind aber dafür in den Schoß einer im wesentlichen hinter Sadat stehenden "arabischen Einheit" zurückgekehrt. Der syrische Außenminister Khaddam hatte vor der Konferenz gefordert: Ausschluß Ägyptens aus der arabischen Liga, Verlegung des Liga-Hauptquartiers, Abbruch aller wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Ägypten, Verurteilung Sadats und totale Ab-
politischen Beziehungen zu Ägypten, Verurteilung Sadats und totale Ab-
lehnung der in Camp David gefaßten Beschlüsse (SZ 2.11.78).

Irak hingegen hat es fertiggebracht, das mit ihm noch vor kurzem verfeindete Syrien rechts zu überholen. Auf der Tripolis-Konferenz der Staaten der Front (nach dem Jerusalem-Besuch Sadats) war der Irak nur zögernd erschienen und wegen der zu kompromißbereiten Haltung Syriens wieder abgereist. Die Beschlüsse dieser Konferenz sind nie in die Tat umgesetzt worden (s. Interview mit G.Habasch, Generalsekretär der PFLP). Auf der Konferenz in Damaskus (nach dem Camp-David-Abkommen) fehlte der Irak von vornherein mit der Begründung, Syrien denke selbst heimlich an eine Kapitulation. Dann ergriff Irak die Initiative zur Bagdad-Konferenz mit einem Kompromiß: Es sollte ein jährlicher 9 Mrd.- Fonds eingerichtet werden, aus dem Ägypten 5 Mrd. Dollar, Syrien, Jordanien und die PLO 4 Mrd. Dollar Unterstützung für 6 Jahre erhalten sollten. Ägypten sollte mit dem Geld dazu bewegt werden, die Vereinbarungen von Camp David zu annullieren, die anderen Staaten sollten das Geld für den Kampf gegen Israel erhalten. Abgesehen davon, daß man sich nur auf 11 Mrd. Dollar für fünf Jahre, pro Jahr also 2,2 Mrd. Dollar einigte, wies Sadat dieses Angebot selbstverständlich zurück. Schließlich sind die Camp-David-Abkommen nur ein logischer Schritt seiner jahrelangen proimperialistischen Politik.

Allerdings war durch dieses Manöver der Weg frei geworden für die außerordentlich laue, aber gemeinsame Erklärung "gegen" die Camp-David-Abkommen a l l e r arabischen Staaten, die das Ende der Front der Standhaftigkeit und Konfrontation bedeuten kann. Der Kurs der reaktionären arabischen Regimes – stillschweigende Unterstützung der Politik Sadats – scheint sich durchgesetzt zu haben.

Presseerklärung der Generalunion Arabischer Studenten

In einer Presseerklärung hatte die GUAS auf Grundlage der Ablehnung der Camp-David-Beschlüsse gefordert:

"Wir fordern die Teilnehmer des Gipfeltreffens auf:

1.endlich konkrete Schritte für die Befreiung der besetzten Gebiete zu unternehmen;

2.die Grenzen für die palästinensische Revolution zu öffnen und alles zu unternehmen, um die Rechte des palästinensischen Volkes wiederherzustellen;

3.nicht länger zu versuchen, das Sadat-Regime zurückzugewinnen, sondern es zu boykottieren und die ägyptischen nationalen Kräfte zu unterstützen!"

Die Erfüllung dieser Forderungen ist mit den Beschlüssen der Bagdad-Konferenz in weite Ferne gerückt.

Nahost-Kommission

Palästina-Seminar: Tummelplatz für Heuchler

Am 4./5. 11. 78 fand in Frankfurt ein Palästina-Seminar statt, veranstaltet vom Sekretariat der Palästina- und Nahostkomitees in der BRD und Westberlin. Während des ganzen Seminars waren Vertreter der Informationsstelle Palästina (ISPA), Bonn, anwesend (Abdul Rahman Alawi, der PLO-Vertreter bei der Arabischen Liga in Bonn, Abdalla Frangi, hielt ein Referat).

Anwesend waren am Samstag morgen 12 Komitees, während sich noch vor einem Jahr auf Einladung der ISPA 24 Komitees trafen, die das Sekretariat einrichteten. Zeitweise waren bis zu 120 Personen anwesend, u.a. auch Mitglieder oder Vertreter verschiedener Organisationen (Aktion Dritte Welt, KABD, KBW, Bund Sozialistischer Arbeiter, Liga, Generalunion Arabischer Studenten, Palästinensischer Studentenverein, der neugegründete Nahost-Arbeitskreis Hamburg, Nahostkommission des KB) sowie einige Einzelpersonen. Interessant ist, daß sowohl Walter Hollstein als auch Said Dudin ihre Teilnahme abgesagt hatten.

Das Seminar hat – leider – bestätigt, daß die dort anwesende Palästina-„Solidaritätsbewegung" größtenteils nichts weiter ist als eine „Verkleidung" des KBW. Bedauerlicherweise – weil der Palästina-Solidarität außerordentlich abträglich – hat sich erneut erwiesen, daß den hiesigen PLO-Vertretern die verlogene Solidarität des KBW bedeutend lieber ist als jede Kritik an der Politik der PLO-Führung. Dies deckt sich allerdings mit ihren politischen Standpunkten. Selbst nach der Tripolis-Konferenz werden die Linken und revolutionären Kräfte innerhalb des palästinensischen Widerstandes und der PLO konsequent verschwiegen. Die Politik bürgerlicher Kräfte in der PLO-Führung wurde hingegen als d i e Politik d e r PLO ausgegeben.

Wie tief dagegen die Widersprüche in der PLO sind, hat sich zuletzt im Libanon gezeigt. Arafat ließ eine eigens zu diesem Zweck aufgestellte Truppe (Truppe 17) militärisch vorgehen gegen Kämpfer der Ablehnungsfront und auch der AL-Fatah, die in ihren Basen hinter den Linien der UNO-Truppen zurückkehren wollten, um weiterhin den zionistischen Feind zu bekämpfen (vgl. den sehr aufschlußreichen Artikel *„Wer uns bekämpft, ist unser Feind"*, Zur aktuellen Lage im Libanon, in: Tal As-Saatar, Nr. 4, Okt. 78).

Das Seminar hatte zum Ziel, *„die Kenntnisse über den Kamf der palästinensischen Revolution zu vertiefen, um die Solidaritätsbewegung zu vereinheitlichen (?!) und zu verbreitern (??), das Bewußtsein über die Aufgaben der Solidaritätsbewegung, wie sie in der Bonner Plattform vorgeschlagen sind, zu erhöhen und die Fähigkeit zu entfalten, diese Aufgaben zu erfüllen"* (Einladung). Damit war selbstverständlich die „Vereinheitlichung" auf die Standpunkte des KBW gemeint. Trotz des Versuchs von Seiten der Verhandlungsleitung, jede Kritik abzuwürgen, und trotz der übergroßen Zahl von KBW'lern nebst Anhang, wurden tiefe Widersprüche vor allem an zwei Punkten deutlich: Der Versuch, die gegen die palästinensische Revolution gerichtete Politik der arabischen Reaktion sowie deren Existenz überhaupt zu leugnen, wurde aufgedeckt.

Grundlegenden Widerspruch einiger weniger gab es zur provokativen Aktion des KBW-nahen sekreteriats anläßlich des 40. Jahrestages der „Reichskristallnacht".

Arabische Reaktion

Die Scharlatanerie des Sekretariats wurde schon an der Hauptparole deutlich: *„Der Kampf des palästinensischen Volkes unter der Führung der PLO für ein demokratisches Palästina – Bollwerk gegen Zionismus, Imperialismus und Faschismus"*. Mit dieser Formulierung war der Kampf gegen die „arabische Reaktion" vom Tisch. Im palästinensischen Manifest von Tripolis, das alle in der PLO vertretenen Organisationen unterzeichnet haben, heißt es unter Punkt 1 ausdrücklich: *„Wir kämpfen für den Aufbau einer fortschrittlichen arabischen Front gegen jegliche Kapitulation und gegen die zionistischen und reaktionären Pläne der Imperialisten, die zur Kapitulationslösung führen sollen und gegen die arabischen Instrumente der Lösung in diesem Gebiet"*. (zit. n. „Tal As-Saatar", Nr. 2/3). Mit der Begründung, daß die PLO gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion kämpft, wurde die Hauptparole der Veranstalter denn auch von einem Vertreter des Palästinensischen Studentenverbandes ausdrücklich kritisiert.

Noch deutlicher wurden die KBW-nahen Standpunkte vieler Komitee-Mitglieder in der Arbeitsgruppe zu den Zielen und Aufgaben der PLO. Ausführlichst wurde dargelegt, daß Sadat selbstverständlich nur gezwungenermaßen seine verräterische proimperialistische Politik macht, und zwar aufgrund der hohen Verschuldung Ägyptens bei den USA. In diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich begrüßt, daß die in Bagdad versammelten arabischen Staaten (zu denen außer den Staaten der Front
versammelten arabischen Staaten (zu denen außer den Staaten der Front
der Standfestigkeit und Konfrontation auch die reaktionären arabischen Staaten Saudi-Arabien, Jordanien, VAR, Sudan gehören) beschlossen hatten, das ägyptische Regime mit einer 11-Mrd.-Dollar-Spritze von den Camp-David-Abkommen wieder abzubringen.

Mit diesen Standpunkten begaben sich die KBW-nahen Komitees sogar in Widerspruch zu den Programmen und Beschlüssen der PLO, und zwar in sehr grundsätzlichen Fragen. Dies wurde von mehreren Teilnehmern, u. a. von dem Vertreter der PLO, Abdul Rahman Alawi, aufgedeckt und scharf kritisiert: Er stellte ausdrücklich fest, daß die PLO nach den Camp-David-Abkommen zum Sturz des Sadat-Regimes aufgerufen habe und eine finanzielle Unterstützung des Sadat-Regimes durch die Bagdad-Konferenz zurückweise.

Derart in der Zwickmühle griffen die Mitglieder KBW-naher Komitees zu einem Trick: Um abzulenken, zogen sie die erste Nummer der Zeitschrift „Tal As-Saatar" hervor (herausgegeben von Freunden der PFLP), in der u. a. ein „Spiegel"-Interview Abdalla Frangis kritisiert wird und, was entscheidender ist, die Standpunkte der PFLP und der palästinensischen Ablehnungsfront propagiert werden – und verlangten das Verbot des Verkaufs dieser Zeitschrift sowie den Einzug (!) aller schon verkauften Exemplare.

Mit diesem Trick wurde augenscheinlich auch der PLO-Vertreter aufgerüttelt. Nach der Pause leitete er mit einem längeren Beitrag den Rückzug ein: Er habe nur formuliert, was schon immer der Standpunkt der PLO gewesen sei, es solle nicht der Eindruck entstehen, er unterstütze die eine oder die andere Position. Sadat müsse isoliert werden, bis eine Änderung in Ägypten eintritt. Die Hauptaufgabe der PLO sei der Kampf gegen den Zionismus; da Sadat der Freund des Feindes sei, müsse die PLO sich von ihm trennen; das ägyptische Volk solle mit ihm machen, was es wolle.

Interessant in diesem Zusammenhang sind einige Ausführungen zur finanziellen Unterstützung der PLO durch arabische Staaten in dem Referat Abdalla Frangis. Die PLO erhalte finanzielle Unterstützung von Saudi-Arabien, Qatar usw., diese Unterstützung dürfe keinen Einfluß auf die Politik der PLO haben. So habe die PLO auch früher eine finanzielle Unterstützung von Libyen erhalten, die später an gewisse Bedingungen geknüpft worden sei, deshalb sei die jährlich 24-Mio.-Dollar-Unterstützung dann abgelehnt worden. Wir meinen, diese Ausführungen sprechen für sich, dem AK-Leser ist darüberhinaus die pro-imperialistische Politik Saudi-Arabiens hinlänglich bekannt, ebenso wie der Einfluß Saudi-Arabiens im Nahen Osten.

„Reichskristallnacht"

Der grundsätzliche Widerspruch zwischen den Standpunkten des KBW und den Beschlüssen der PLO macht eine Palästina-Solidarität der KBW-nahen Komitees außerordentlich schwierig. Abgesehen von Lippenbekenntnissen zur Politik der PLO sind auch Aktivitäten verlangt. Mit Solidaritätsaktionen gegen die Vereinbarungen von Camp David würden sich diese Komitees auf Glatteis begeben. So findet sich in der KVZ kein einziges Wort der Kritik an der pro-imperialistischen, verräterischen Politik Sadats, im Gegenteil: diese Politik wird ausdrücklich in Schutz genommen. So war die Gipfelkonferenz von Camp David ein *„heftiger Spaltungsversuch"* der Imperialisten gegen die arabische Einheit. Die Unterzeichnung der Verträge durch Sadat wird mit zwei (!) Sätzen kommentiert: *„Trotzdem* (alle anderen arabischen Regimes sind selbstverständlich gegen die Spaltungsversuche der Imperialisten immun Anm. AK). *ist es den USA gelungen,Präsident Sadat zur Unterzeichnung dieser Vereinbarungen gegen die Interessen des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation zu erpressen. Voraussetzung dafür war die finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit, in die sie Ägypten gezwungen haben"* („KVZ",2.10.78).

In dieser schwierigen Situation kommt dem KBW die 40-jährige Wiederkehr der „Reichskristallnacht"
kommt dem KBW die 40-jährige Wiederkehr der „Reichskristallnacht"
gerade zupaß. In der gleichen „KVZ" heißt es in einem anderen Artikel: *„Zwecks Unterstützung von Carters Spaltungsmanöver in Camp David gibt Kultusminister Remmers im August eine Unterrichtseinheit an alle Lehrer in Niedersachsen... Den 40. Jahrestag der Reichskristallnacht, mit dem die Faschisten den offenen Massenmord an der jüdischen Bevölkerung einleiteten, nimmt Remmers zum Vorwand, eine ideologische Offensive gegen den Kampf des palästinensischen Volkes zu starten"*. Diesen Einschätzungen folgend, erstellte das Sekretariat eine vierseitige Zeitung mit dem Titel: *„40. Jahrestag der 'Reichskristallnacht', Die Bundesregierung propagiert die Vertreibung und Unterdrükkung des palästinensischen Volkes"* (Diese Zeitung soll jetzt von allen Komitees massenhaft verkauft werden). Das Palästina-Seminar wurde gleich ausgenutzt, um in Frankfurt eine kleine Sektierer-Kundgebung durchzuziehen. Zu 50 Menschen, die sich auf dem Römerberg versammelt hatten, stießen etwa 80 Teilnehmer des Seminars. Erfreulicherweise boykottierten einige Teilnehmer diese Provokation und gaben eine Stellungnahme dazu heraus (siehe Kasten). Neben den acht Unterzeichnern dieser Stellungnahme sprachen sich zwei Mitglieder des PK Bonn, zwei Tübinger Teilnehmer und der Vertreter des „Bundes Sozialistischer Arbeiter" gegen die Kundgebung aus.

Mitglieder KBW-naher Komitees gingen sogar so weit, die Gedenkveranstaltungen jüdischer Gemeinden als zionistische Propagandaveranstaltungen zu bezeichnen und in diesem Zusammenhang den „Arbeiterkampf" zu „beschuldigen", zionistische Veranstaltungen zu propagieren. Diese Kampagne des KBW und ihm nahestehender Komitees kann man nur als Provokation gegen die Opfer des Nazi-Faschismus bezeichnen.

Zu erwähnen ist, daß der PLO-Vertreter diese Politik ausdrücklich guthieß und die Kritiker noch einmal tadelte: Kritik sei keine Entschuldigung für Nichtteilnahme.

Selbstverständlich haben wir uns ausdrücklich gegen die am Schluß des Seminars vom Sekretariat vorgelegte Erklärung ausgesprochen, weil darin die pro-imperialistische Politik Sadats und anderer reaktionärer Staaten beschönigt und die Politik des US-Imperialismus im Nahen Osten verharmlost wurde, vor allem aber, da die Solidarität mit der palästinensischen Revolution unter der Führung der PLO untrennbar verquickt wurde mit dem Begrüßen des Faltblattes und der provokativen Aktion zur „Reichskristallnacht" (die Erklärung lag am Schluß des Seminars noch nicht für alle Teilnehmer schriftlich vor).

Nahost-Kommission

Stellungnahme zur Kundgebung in Frankfurt, 4.11., veranstaltet vom Sekretariat der Palästina- und Nahostkomitees in der BRD und Westberlin

Am Vorabend des Palästina-Seminars wurden die Teilnehmer informiert, daß anläßlich der Aktivitäten des DGB und der Bundesregierung zur 40jährigen Wiederkehr der Reichskristallnacht eine Kundgebung in Frankfurt stattfinden sollte, mit dem Ziel, der Verharmlosung des Faschismus, der drohenden Intervention der westdeutschen Imperialisten im Nahen Osten und insbesondere der reaktionären Ausnutzung dieser Veranstaltungen zur Propagierung des zionistischen Staates entgegenzutreten sowie den berechtigten und bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO zu propagieren.

Parolen waren:

Der Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO für ein demokratisches Palästina – Bollwerk gegen Zionismus, Imperialismus und Faschismus.

Aufhebung des Verbotes von GUPS und GUPA.

Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung.

Wir haben aus folgenden Gründen nicht an der Kundgebung teilgenommen:

– Die Kundgebung war eine Woche vorher bekannt, eine rechtzeitige Information wäre erforderlich – und auch möglich – gewesen. Mit der kurzen Diskussion am Vorabend, an dem etliche Gruppen noch nicht anwesend waren, und dem Abblocken der erneut aufgeworfenen Diskussion am nächsten Morgen wurden die Seminarteilnehmer überrollt. Für die Kundgebung hatte es keine Aktionseinheitsgespräche gegeben und keine breite Mobilisierung stattgefunden.

– Wir begrüßen es, daß angesichts der 40jährigen Wiederkehr der Reichskristallnacht in der BRD breite antifaschistische Aktivitäten stattfinden, gerade angesichts des Wiedererstarkens des Nazismus.

– Wir wissen, daß gerade in der BRD unter den linken, liberalen und antifaschistischen Kräften prozionistisches Gedankengut weit verbreitet ist, u.a. da es den herrschenden Kräften gelungen ist, weiten Teilen der Bevölkerung eine Kollektivschuld an den scheußlichen Verbrechen des Nazi-Faschismus einzureden und in eine Unterstützung des zionistischen Staates umzumünzen. Damit sollen gleichzeitig die Ursachen des Faschismus und Antisemitismus verschleiert und über den aggressiven, rassistischen Charakter des zionistischen Staates hinweggetäuscht werden.

– Wir halten es für unsere Aufgabe, gegen die breite prozionistische Propaganda, die immer einhergeht mit der Hetze gegen den berechtigten Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO als seiner einzigen legitimen Vertreterin und gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung, anzukämpfen. Dazu gehört insbesondere eine breite Informationsarbeit über die rassistische, proimperialistische Ideologie und Politik der Zionisten. Wichtig ist dabei, die demagogische Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus aufzudecken.

Eine Kundgebung mit den oben angegebenen Zielen und Inhalten halten wir dazu für nicht geeignet und schädlich, weil der derzeitige Informations- und Bewußtseinsstand der Bevölkerung es den herrschenden Kräften erleichtert, Antizionismus als Antisemitismus zu diffamieren. Gleichzeitig wird von den antifaschistischen Aktivitäten abgelenkt. Bündnispartner im antifaschistischen Kampf werden auf diese Weise nicht gewonnen!

2 Mitglieder der „Aktion Dritte Welt" (iz3W)
2 Mitglieder des Nahost-Arbeitskreises Hamburg
2 Mitglieder der Nahost-Kommission des KB
2 Reutlinger Teilnehmer

Frankfurt, den 5.11.1978



Nachrichten aus Schule und Hochschule



10 Jahre Gesamtschule oder: Wie man eine Lehrergeneration einfing

Eine ganze Generation von jungen, durch die Studentenbewegung politisierten Lehrern glaubte, daß die Gesamtschule ein Stückchen Demokratisierung des Bildungswesens sei, und bemühte sich um eine Anstellung in diesem Schulversuch, um dort ihre Ansprüche zu verwirklichen. Doch schon damals, in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren wurden die Ziele und die Funktion der Gesamtschule heftig diskutiert. Zu den schärfsten Kritikern gehörten u.a. die dem SB nahestehenden und in Fachkreisen bekannten Pädagogen J. Beck und H. Stubenrauch. In ihren damaligen Betrachtungen kommen sie aber zu dem Schluß, daß die fortschrittlichen Elemente dieser Reform die reaktionären Tendenzen überwiegen, und setzten große Hoffnungen in die Praxis eines sozialistischen Lehrers an der Gesamtschule.

Dieser Artikel soll der Beginn einer Auseinandersetzung sein mit dieser Kritik und ihren Schlußfolgerungen. Gleichzeitig wollen wir untersuchen, wie die Wirklichkeit nach zehn Jahren Gesamtschule aussieht und wie die damaligen Kritiker und Verteidiger heute zu ihren alten Thesen stehen.

„Chancengleichheit"

In Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es: *„Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, ... benachteiligt oder bevorzugt werden."* Klar war damals wie heute, daß das dreigliedrige Schulsystem in diesem Punkt dem Grundgesetz widerspricht, daß Mädchen und Arbeiterkinder benachteiligt und Jungen und Bourgeoiskinder bevorzugt werden.

Also wollte man eine Schulreform, die „Chancengleichheit" versprach, insbesondere für Arbeiterkinder. Doch daß diese in der Gesamtschule auch nicht verwirklicht werden kann, haben damals schon ihre Kritiker gesehen. So schreibt J. Beck 1970: *„Schon die Verwirklichung des ersten Zieles*
nicht verwirklicht werden kann, haben damals schon ihre Kritiker gesehen. So schreibt J. Beck 1970: „Schon die Verwirklichung des ersten Zieles
(Chancengleichheit, Anm. d. Verf.) *würde die Zerstörung der Klassenherrschaft und die Demokratisierung der Gesellschaft zur Folge haben oder voraussetzen"* (1). Oder V. Hoffmann: *„Anzunehmen, derselbe bürgerliche Staat, der die Diktatur der Bourgeoisie durch Notstandsgesetze, Konzepte wie das der ‚formierten Gesellschaft' oder die erhöhten Rüstungsausgaben sichert und damit die bestehenden Widersprüche zwischen den Klassen weiter verschärft, zugleich Ernst machen könnte mit dem Anspruch auf gleiche emanzipatorische Erziehung, hieße, einem naiven Idealismus das Wort zu reden"* (2).

Daß Gewährung von „Chancengleichheit" in der Klassenschule ein Ding der Unmöglichkeit ist, macht Beck am Beispiel der Deutschzensur deutlich: *„Maßstab für richtiges oder falsches Sprechen ist die Schulsprache, die etwa dem sogenannten ‚elaborierten Code' der Mittelklasse entspricht. Nun haben die bekannten empirischen Untersuchungen ... aber ergeben, daß das Sprachverhalten der Kinder Produkt ihrer sozialen Herkunft ist.*

Das bedeutet: Wenn man Sprachverhalten von Schülern beurteilt, dann beurteilt man in Wirklichkeit ihre soziale Herkunft" (3).

Auch in der Gesamtschule wird die Sprache der herrschenden Klasse gelehrt (was Beck mit ‚Code der Mittelklasse' umschreibt), und wer sich diese Sprache nicht aneignet, wird u.a. in einer schlechten Deutschzensur seine entsprechende Quittung dafür bekommen. Die Normen für Unterrichtsinhalte, für Beurteilung von Schüler„leistung" und Schülerverhalten setzt die Bourgeoisie und deswegen wird der Slogan von der „Chancengleichheit" zur Farce.

Integration

Ein zweites Ziel der Gesamtschule sollte die Erziehung zur Selbständigkeit und zum sozialen Handeln sein. Dazu heißt es in den Richtlinien für Hamburger Gesamtschulen: *„Die Gesamtschule nutzt die gemeinsame Erziehung der Schüler aller sozialen Schichten, um soziale Unterschiede in pädagogisch fruchtbarer Weise bewußt zu machen und die Schüler anzuhalten, sich mit den unterschiedlichen sozialen Ursachen von Konflikten kritisch auseinanderzusetzen. Damit stärkt sie die Identität des einzelnen, trägt zum Abbau sozialer Diskriminierung bei und vermittelt den Schülern die Fähigkeit, sich selbstsicher und interaktionsbereit zu verhalten."*

Schöne Worte — doch entkleidet man sie des sozialdemokratischen Schmus, dann bedeuten diese Sätze nichts anderes als Erziehung zur Ideologie der Sozialpartnerschaft. Ein Arbeiterkind hat eben die Probleme eines Bourgeoiskindes zu verstehen und zu tolerieren — „die Unterschiede in pädagogisch fruchtbarer Weise bewußt zu machen", kann ja wohl nie heißen, zum Klassenstandpunkt erziehen, das wäre ja gerade das Gegenteil von Integration!

Aber selbst dieses gewünschte Ziel ist nicht zu erreichen, da die Schüler in vielen Fächern nicht im Klassenverband, sondern in Leistungskursen unterrichtet werden — und da sind nach wie vor die Arbeiterkinder überwiegend in den unteren Kursen und die Kinder der bessergestellten Leute in den oberen.

Damals wie heute muß man also feststellen: Soziale Integration gerät angesichts des Konkurrenzkampfes um bessere Zensuren und Einteilung in höhere Kurse ebenfalls zur Farce.

Die Kritiker der ersten Stunde haben den Klassencharakter der Gesamtschule und die Erziehung zur Sozialpartnerschaft (im Fachjargon „kompensatorische Erziehung") treffend entlarvt: *„Nicht die Zensuren sind falsch, sondern die Sprache. ... Man kompensiert die Folgen der Unterdrückung, um die Ursachen am Leben*
entlarvt: „Nicht die Zensuren sind falsch, sondern die Sprache. ... Man kompensiert die Folgen der Unterdrückung, um die Ursachen am Leben
zu erhalten. Genauer: Kompensatorische Erziehung will auf scheinbar demokratische Weise Mängel beseitigen, die auf undemokratische Weise entstanden sind und noch entstehen... Der Kompensierer Sisyphos wird nicht arbeitslos. Er erhält sich selber den Gegenstand seiner praktischen Kritik und damit der Gesellschaft die Klassen, die er eigentlich aufheben wollte — sofern er überhaupt ein Bewußtsein von ihnen entwickelt hat" (4).

Der ökonomistische Ansatz

Nicht zufällig haben wir die Kritik an der Ideologie der Gesamtschule an den Anfang gestellt, weil wir der Ansicht sind, daß Schule eben hauptsächlich eine politisch-ideologische Funktion hat und nicht in erster Linie Fertigkeiten für das spätere Arbeitsleben der Schüler vermitteln soll. Wäre Letzteres nämlich der Fall, so könnte man nicht erklären, warum die Schule nicht in der Lage ist, die Ansprüche der Wirtschaft an korrekte Rechtschreibung und genügende Rechenfertigkeit zu erfüllen, wie die alljährlichen Klagerufe der Handelskammer zeigen.

Beck u.a. sind da allerdings anderer Meinung. Ausgehend von den bildungsökonomischen Theorien von Altvater und Huisken wurde damals allgemein vertreten, daß die Bourgeoisie *„eine Zurichtung der Schule auf die Erfordernisse der ‚spätkapitalistischen Leistungsgesellschaft'"* brauche mit *„minimalem Input und maximalen Output"*.

Aufgrund ökonomischer Bedingungen sei die Bourgeoisie geradezu gezwungen, die Gesamtschule einzuführen: *„Die zur optimalen Produktivitätssteigerung notwendige Verbesserung der Qualifikationsstruktur ist nur durch die ‚Mobilisierung und Abschöpfung aller verwertbaren Begabungsreserven', durch Förderung eines jeden Schüler ‚bis zum Höchstmaß seiner Leistungsfähigkeit' zu erreichen"* (6).

Huisken, ein in vergangenen Jahren sehr bekannter ‚Bildungsökonom', hat explizit bestritten, daß die Schule in erster Linie ideologische Funktion hat. Entscheidend sei die „Andersartigkeit" der Qualifikation, die *„vom Stand der Produktivkräfte und der daraus resultierenden Arbeitsplatzstruktur"* zu bestimmen sei (7).

Diese Theorie scheint eine Folge des ‚Sputnik-Schocks' zu sein. (Die unterentwickelte Sowjetunion schickt bereits einen Satelliten in den Himmel, und das hochindustrialisierte Westdeutschland steht nackend in den Erbsen). Man erinnert sich an die SPD-Kampagne „Bildungsnotstand", wo Willy Brandt von Stadt zu Stadt reiste und den Arbeiterkindern einen Platz an der Universität versprach, um das technische know how der Bundesrepublik an das der USA anzuheben.

Doch wozu brauchte man dann eine „Demokratisierung des Bildungswesens"? Wozu eine Gesamtschule? Der Beweis wäre kaum zu erbringen, daß die Einrichtung von 285 Gesamtschulen in der Bundesrepublik zur „optimalen Produktivitätssteigerung" beigetragen hätte. Allein die Tatsache, daß es heute eben nur 285 sind, und die Gesamtschule weit davon entfernt ist, zur Regelschule zu werden, müßte die damaligen Analytiker stutzig machen. Schließlich ist die Theorie, daß die Gesamtschulen aus ökonomischer Notwendigkeit eingerichtet werden müßten, eine Theorie der Hochkonjunktur. Wenn Mangel an Arbeitskräften herrscht, ist es naheliegend, das vorhandene Potential so rationell wie möglich auszubilden. (Dabei soll nicht bestritten werden, daß die Gesamtschulen als Großlabors für künftige Schulfabriken auch einen bestimmten wirtschaftlichen Aspekt für die Bourgeoisie haben).

Doch angesichts heutiger Jugendarbeitslosigkeit kann man nicht mehr
stimmten wirtschaftlichen Aspekt für die Bourgeoisie haben).

Doch angesichts heutiger Jugendarbeitslosigkeit kann man nicht mehr
daran glauben, daß die herrschende Klasse großes Interesse an möglichst v i e l e n gut ausgebildeten Jugendlichen hat. So bleibt letztendlich übrig, daß die Bourgeoisie noch nie eine gute fachliche Qualifikation der Jugendlichen in der Schule angestrebt hat.

Angebliche Möglichkeiten und Aufgaben

Geht man von der Theorie Huiskens und Altvaters aus, so unterschätzt man die ideologische Funktion und gerät in Illusionen über die Möglichkeiten und Aufgaben sozialistischer Lehrer an Gesamtschulen, und genau das ist bei Beck u.a. der Fall.

V. Hoffmann nimmt ausgerechnet die von ihm scharf kritisierte „soziale Integration" zum Anlaß, um eine Art „revolutionäre Berufsperspektive" zu propagieren: *„....dann kann man davon ausgehen, daß sich der Klassenantagonismus in die Schule hineinverlagert und damit eine exakte Widerspiegelung der gesellschaftlichen Totalität darstellt, ‚ein feineres Modell im Kleinen' als das dreigliedrige Schulsystem. Infolgedessen vergrößert sich die Chance, die objektiv immer widersprüchlicher werdenden Ziele noch innerhalb ihres Geltungsbereiches ... als Scheinziele zu entlarven..."* (8).

Also weil in der Gesamtschule Kinder aller Schichten zusammengefaßt sind, kann man die Klassenwidersprüche deutlich machen und politisches Bewußtsein bei den Schülern bewirken.

Oder J. Beck: Man könne nicht verhindern, *„daß sich ... politische Begabungen und politisches Bewußtsein in stärkerem Maße als bisher entfalten."* Und in völliger Überschätzung der Lehrerrolle und ihrer Möglichkeiten und Grenzen: *„Kritische Lehrer könnten schließlich kritische Schüler erziehen, die sich gegen die kapitalistische Ausbeutung wehren."* Anschließend muß er aber gleich einschränkend feststellen, daß es momentan sowieso die Schüler sind, die sich wehren.

Mit solch großen Hoffnungen und ungenügend gegen die ideologische Stärke der Bourgeoisie gewappnet, strömte eine ganze Lehrergeneration in die Schulen — und wenn's möglich war, natürlich in eine Gesamtschule.

Bilanz nach zehn Jahren

Vorweg — die Ideen sind dieselben geblieben.

Immer noch wird als erster Grund für die Einrichtung von Gesamtschulen der ökonomische Zwang gesehen: *„‚Produktion' von mehr und besser ausgebildeten jungen Menschen"*. Auch die Illusionen sind im Kern noch dieselben: *„Gemeinsames Lernen von Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft hebt nicht die soziale Segregation auf, sie ermöglicht jedoch für alle Kinder ein Lernen am Konflikt / an der Differenz / am Aufeinanderprallen verschiedener Normen, Verkehrs- und Verhaltensnormen"* (9). Allerdings hat sich offensichtlich in den zehn Jahren die klassenkämpferische Attitüde abgeschliffen; wollte man bösartig sein, so erinnert das Zitat schon gefährlich an die Ausführungen in den Hamburger Rahmenrichtlinien.

Daß ein großer Teil der Gesamtschullehrer resigniert ist, weil sich ihre Illusionen nicht erfüllt haben, darauf wird nicht eingegangen. So bleibt ihnen nur noch der statistisch gemessene Erfolg der Gesamtschulen, bei dem sie wissen, daß er ohne ihr Engagement nie zustande gekommen wäre.

Mehr bessere Abschlüsse, das wurde erreicht, auch die Senkung der Quote, die ohne Hauptschulabschluß von der Schule geht. Aber eine Erhöhung des politischen Bewußtseins bei
de erreicht, auch die Senkung der Quote, die ohne Hauptschulabschluß von der Schule geht. Aber eine Erhöhung des politischen Bewußtseins bei
Schülern ist bisher nicht festgestellt worden. In einer Untersuchung wird dazu lapidar festgestellt: *„Gesellschaftskritische Einstellungen fanden sich am ausgeprägtesten in Gymnasien. In Gesamtschulen fand sich eine Minderheit von Schülern, die sich mit einigen Lehrern in besonderem Maße identifizierte"* (10).

Nun, diese Illusion der revolutionären Berufsperspektive ist also tot. Was nun? Was ist aus all den Lehrern geworden? Haben sie die Diskussion von vor zehn Jahren noch in Erinnerung? Untersuchungen (11; 12) beweisen, daß sich Gesamtschulkollegien sehr stark von ‚normalen' Kollegien unterscheiden, daß sich dort immer noch die ‚Progressiven' und ‚Engagierten' sammeln. Aber dann ist es höchste Zeit, um über den Schulhof hinauszublicken und gründlich Bilanz zu ziehen.

(1) J. Beck, „Demokratische Schulreform in der Klassengesellschaft?" in „Erziehung in der Klassengesellschaft", List-Taschenbuch, 1970
(2) V. Hoffmann, „Der Klassencharakter der Gesamtschule", Rossa Verlagskooperative Berlin, 1972
(3) J. Beck, ebenda
(4) J. Beck, ebenda
(6) J. Beck, ebenda
(7) F. Huisken, „Lehrer und Schule im Spätkapitalismus" zitiert nach V. Hoffmann
(8) V. Hoffmann, ebenda
(9) H. Stubenrauch, „Sozialisten und Gesamtschule", slb-info 33, Offenbach, Mai 78
(10) H. Fend, „Zwischenbilanz eines Schulversuches", GGG-Heft 8/76
(11) B. Schön, „Das gesellschaftliche Bewußtsein von Gesamtschullehrern", Beltz-Monografien, Weinheim-Basel 1978
(12) K. Ulrich, „Lehrerberuf und Schulsystem", Ehrenwirth-Verlag 1978

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief zu: „Lehrerleid und Lehrerflucht"

Die Veröffentlichungen in der Zeitschrift „päd. extra" (9/78) und im „Jahrbuch für Lehrer 79" zum Thema Lehrerflucht haben Fragen und Probleme aufgegriffen, die in fast allen Diskussionen unter linken Lehrern gegenwärtig eine große Rolle spielen: die Schwierigkeiten, als linker Lehrer in einer immer stärker nach rechts ausgerichteten Schule bestehen zu können, ohne die eigenen Ansprüche allesamt über Bord zu werfen. In einem ersten Artikel im AK 140 hat ein Hamburger Lehrergenosse dazu Stellung bezogen. Er sieht die Ursache für die Probleme, die linke Lehrer in der Schule haben und die viele soweit fertigmachen, daß sie selbst mit dem Gedanken spielen den ganzen Kram hinzuschmeißen, in der falschen, weil reformistischen Einschätzung der Schule und ihrer Veränderbarkeit, empfiehlt den Kollegen, ihr politisches Engagement nicht auf das Klassenzimmer zu beschränken und sich den Klassencharakter der Schule zu verdeutlichen. In einer Zuschrift einer Lehrerzelle im AK 141 wurde schon daraufhingewiesen, daß eine solche Position hinter dem Diskussionsstand der Debatte „Linker Lehrer in rechter Schule" im Rebell zurückbleibt. Ich sehe in den Ausführungen im AK 140 jedoch noch eine weitergehende Tendenz angelegt, die nicht weit von folgender Position entfernt ist: In der Schule spielt sich momentan sowieso kaum etwas ab, wer sich da engagiert, muß auf Granit beißen und resignieren. Deshalb sollte man als Linker in anderen politischen Bereichen arbeiten, wo man größere Chancen zur Organisierung politischer Erfolge sieht. Richtig daran ist natürlich, daß es vollkommen sinnlos ist, linken Lehrern zu raten, sich in einem sinnlosen Kampf an der Schule zu verschleißen. Gefährlich an dieser Position ist nur, daß sie leicht dazu führt, die Probleme, die sich im unmittelbaren Umgang mit Schülern stellen, nicht mehr ernst zu nehmen, auf ihre Probleme nicht einzugehen, den Unterricht „durchzuziehen" und den Widerstand der Schüler gegen diese Schule und diesen Unterricht, die sogenannten Disziplinprobleme, mit den „bewährten" Mitteln zu brechen. Das Repertoire reicht von Anhalten der Stimme über den bösen Blick bis zur Strafarbeit, Tadel, Brief nach Hause. Der Unterschied zu den reaktionären Paukern besteht dann nur noch darin, daß der linke Lehrer dann eben mehr oder weniger „fortschrittliche" Inhalte bringt und durch seine eigentümliche Inkonsequenz im Umgang mit den Disziplinierungsmaßnahmen
steht dann nur noch darin, daß der linke Lehrer dann eben mehr oder weniger „fortschrittliche" Inhalte bringt und durch seine eigentümliche Inkonsequenz im Umgang mit den Disziplinierungsmaßnahmen
gekennzeichnet ist — er hat bei ihrer Anwendung ja immer Bauchschmerzen.

Ein solches Lehrerverhalten, das eher mit dem eines Dompteurs zu vergleichen ist und das sich den Problemen der Schüler verschließt, hat sicher auch Auswirkungen auf das Verhalten anderen Menschen außerhalb der Schule gegenüber. Das Lehrersein sozialisiert ja auch den Lehrer und schnell hat man die typischen „Lehrermacken" angenommen. Will man eine solche Entwicklung verhindern, will man sich den Schülern und ihren Problemen öffnen und sie unterstützen in ihrem Kampf gegen prügelnde Lehrer und gegen das Aussortieren, will man weitgehend ohne Druck arbeiten, tauchen sofort die Probleme auf. Nicht nur mit der Schulleitung und Kollegen, die sich über zu großen Lärmpegel beschweren. Der Lehrer, der nicht wie die meisten der Kollegen die Schüler diszipliniert und so den „geordneten Unterrichtsablauf" herstellt, bekommt erst mal die ganze Abwehr, die die Schüler gegenüber der Schule zu Recht haben, in Form von Unterrichtsstörungen zu spüren. Damit hat man sich rumzuschlagen und das geht ganz schön an die Nerven, besonders wenn man wie ich in der zusätzlichen Drucksituation der Ausbildung steht. Oft scheint mir in solchen Situationen in den althergebrachten und von Kollegen warm empfohlenen Disziplinierungsmitteln das einzige Heil zu liegen. Aber selbst wenn ich mir vornehme, „mal härter durchzugreifen", bringe ich es nicht. In mir sträubt sich alles dagegen.

An den Berichten von Lehrern, die aufgehört haben, wurde mir deutlich, wie sich solch eine Situation auswachsen kann, die einen mehr und mehr aufsaugt, einem über den Kopf wächst bis letztendlich die einzige sinnvolle Lösung der totale Bruch mit dem Lehrerdasein in dieser Schule scheint. Sich entweder weitgehend anzupassen oder auszusteigen, das scheint für immer mehr Lehrer die einzige, wenn auch beklemmende Alternative zu sein.

In einer Situation, in der sich für viele Genossen an der Schule die Frage stellt, halte ich es auch für wenig förderlich, die Ansprüche an das Verhalten linker Lehrer zusammenzutragen, wie es ein Lehrerge-

Fortsetzung auf Seite 53

Fortsetzung von Seite 52

nosse in einer Zuschrift im AK 141 tut. Es bringt meiner Meinung nach recht wenig, wenn man nur diskutiert, was der linke Lehrer alles tun „muß". Viel wichtiger fände ich, wenn berichtet würde, w i e es einzelnen Kollegen und Kollegengruppen gelingt, diese Ansprüche – wenn auch nur teilweise – umzusetzen, sie zu einer tatsächlichen Richtschnur für ihr Verhalten zu machen und nicht nur als erdrückende Last mit sich herumzutragen.

M. Krüger, ein Lehrer, der im Jahrbuch für Lehrer 79 seinen Entschluß, aus der Schule herauszugehen, begründet, schließt seine Begründung mit folgender Aufforderung: *„Ebenso sollten Lehrer, die beschlossen haben, in der Schule zu bleiben, schreiben, warum sie das tun und wie sie dort überleben, was sie stark macht und was für andere nützlich sein kann"*. Das was hier gefordert wird, ist wohl der wichtigste Beitrag für die Diskussion um das Thema „Lehrerflucht". Dies ist sicher auch schwieriger, als das Aufstellen von Forderungen an das Verhalten von linken Lehrern, weil es voraussetzt, sich die eigene Praxis ungeschminkt vor Augen zu führen und sich Rechenschaft abzulegen. Nur wenn es uns gelingt, anhand von konkreten Berichten zu verdeutlichen, daß es möglich ist, auf die Interessen der Schüler in ihrem Kampf gegen diese Schule einzugehen, sie zu unterstützen, ohne dabei als Lehrer von dieser Arbeit vollkommen aufgesogen zu werden und alle anderen politischen Bereiche zu vernachlässigen, können wir einer Diskussion von linker Lehrerarbeit näher kommen, die sich nicht nur in der Alternative Anpassung oder Flucht erschöpft.

Ein Göttinger Lehrergenosse

Leserbrief zu „Lehrerflucht..."

M.E. ist die Lehrerflucht im wörtlichen Sinn nicht, oder zumindest noch nicht, das eigentliche Problem. Jedenfalls liegen die Zahlen derjenigen, die den Beruf aufgeben, noch sehr niedrig (wenn auch mit ansteigender Tendenz). Da aber über dieses Thema in den vergangenen Monaten einige Bücher und eine Reihe von Aufsätzen erschienen sind, die innerhalb der Lehrerschaft auf reges Interesse stoßen, ist es doch ein Problem, das größer ist, als dies die Zahlen ausdrücken. Das Hauptproblem ist dabei die Aufgabe der eigenen Ziele, die Schule und das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern grundlegend zu verändern.

Nun ist allein das schwindende Engagement eines Teils der fortschrittlichen Lehrer keine Besonderheit. In jedem gesellschaftlichen Bereich gibt es Zeiten, in denen sich die Menschen mehr und radikaler und andere Zeiten, in denen sie sich weniger engagieren. Die fortschrittliche Lehrerbewegung hat ihren Ausgangspunkt in der Studentenrevolte und der nachfolgenden Generation von Studenten, die über die Schule politische Veränderungen erreichen wollte. Viele von den damals gemachten Hoffnungen sind nicht erfüllt worden, im Gegenteil mußten enorme Rückschläge eingesteckt werden. Von daher kann der Rückzug eines Teils dieser Lehrer nicht verwundern.

Was ich jedoch bedenklich und bezeichnend zugleich finde, ist die Tatsache, daß aus diesem Rückzug gleich wieder ganze „Theorien" aufgebaut werden und von einem Extrem ins andere verfallen wird. Während früher in der Schule d i e Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse geschehen sollte, haben alle veröffentlichte Erfahrungsberichte jetzt die Tendenz, daß eh nichts zu machen sei.

Aufgefallen ist mir weiterhin, daß für das eigene Ausflippen im wesentlichen die Schüler und die Kollegen verantwortlich gemacht werden. Die Schüler, weil sie dem fortschrittlichen Kollegen in der Regel den gleichen Widerstand entgegensetzen wie dem reaktionären. Die Kollegen, weil sie nicht mitziehn. Zwar wird entschuldigend auf die gesellschaftlichen Verhältnisse hingewiesen, aber aus dieser Erkenntnis folgt nichts mehr.

Wenn man die Erfahrungsberichte liest, müßte man unweigerlich zu dem Schluß kommen, daß die Lehrer die eigentlich Betroffenen dieser Klassenschule sind. Die Kinder dagegen erscheinen nur noch als die Monster, die dem Lehrer das Leben schwer machen. Auch wenn für das Verhalten der Kinder/Schüler Erklärungen gesucht werden, bleibt die Tatsache, daß die S c h ü l e r die Hauptbetroffenen dieser Klassenschule sind, verborgen.

Diese völlig verdrehte Sicht der Wirklichkeit ist m.E. ein wichtiger Ansatzpunkt, um gegen die Tendenz der Lehrerflucht anzugehen. Die Ursachen für die Lehrerflucht liegen meiner Ansicht nach neben dem oben beschriebenen allgemeinen „Trend" v o r a l l e m in der kleinbürgerlich-individualistischen Haltung der Lehrer.

Liest man die Erfahrungsberichte, stellt man fest, daß die wenigsten aufgrund des Drucks von seiten der Behörde usw. ausgestiegen sind, sondern immer, weil sie sich mit ihren Vorstellungen bei den Schülern nicht durchsetzen konnten. Der Lehrer, eingeschlossen die fortschrittlichen, verlangt in der Regel, daß die Schüler sich nach seinen Interessen richten. Die Mehrzahl der fortschrittlichen Lehrer gibt vor, von den Interessen der Schüler auszugehen, bestimmt in der Regel jedoch s e l b s t , w a s die Interessen der Schüler sind. Reagieren die Schüler mit Widerstand und Verweigerung, begreift dies der Lehrer als Angriff auf s i c h und nicht als Ausdruck der Abwehr der Klassenschule. Die meisten Lehrer müssen die Erfahrung machen, daß ihre Vorstellungen von Erziehung hin zu Solidarität in der Realität nur schwer durchzusetzen sind.

Aber auch hieraus wird nicht der Schluß gezogen, daß es keine pädagogischen Patentrezepte geben kann, die per se das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern und von Schülern untereinander grundlegend ändern, sondern daß Solidarität und Vertretung der eigenen Interessen e r k ä m p f t werden muß. Im Gegenteil fühlt sich wiederum der Lehrer angegriffen, weil die Schüler nicht auf seine Vorstellungen eingehen.

Die Bourgeoisie gibt dem Lehrer den Auftrag, die Jugend zu erziehen. Ideologisch wird dies so verpackt, als sei tatsächlich der einzelne Lehrer dafür verantwortlich, was später aus der Jugend wird. Genau dies ist aber auch das Verständnis, mit dem die Lehrer als Individuen vor „ihren" Schülern stehen. Und wenn man schon nicht durch die Schule die Welt aus den Angeln heben kann, so wird doch zumindest erwartet, daß im engen Rahmen „seiner" Klasse alles das ganz anders sein kann, was sonst die Schule ausmacht.

Diesen Individualismus aufzubrechen und die Kollegen für eine wirkliche Zusammenarbeit mit den Kollegen und den Schülern zu gewinnen, halte ich für einen weiteren wichtigen Aspekt.

Meiner Ansicht nach nutzt es dabei wenig, den Kollegen nochmals die Ansprüche eines fortschrittlichen Lehrers vorzuhalten, wie dies ein Lehrergenosse im AK 141 macht. D i e s e Ansprüche kennen sie selbst, und sie sind ja gerade bei dem verzweifelten Versuch, diese zu verwirklichen, gescheitert.

Wichtiger ist meines Erachtens, daß unter den Lehrern einer Schule erst einmal die Diskussion aufgenommen wird, was man g e m e i n s a m machen kann: sei es an der Frage der Unterrichtsinhalte, sei es die Zensurengebung, Klassenarbeiten oder das Vorgehen gegen reaktionäre Lehrer.

Um hier auch von unserer Seite was in Gang zu setzen, müßte sich im AK (oder in einer anderen Publikation) die Wirklichkeit an der Klassenschule widerspiegeln. D.h. sowohl Artikel über die Unterdrükkung der Schüler durch Schulleitung und reaktionäre Lehrer, als auch die Ansätze fortschrittlicher Lehrer, die Schule zu verändern.

In diesem Rahmen würde dann auch die Diskussion um alternative Pädagogikkonzepte Bedeutung gewinnen.

Ha., KB/Gruppe Hamburg

Klar, der Artikel im AK 140 hat die Ursachen über die weitverbreitete Resignation unter fortschrittlichen Lehrern nur sehr allgemein benannt. Erst, wenn man die Illusionen, mit denen unsereins in der Schule angetreten ist, genauer untersucht, werden die Widersprüche und weitere Handlungsmöglichkeiten klarer.

Daher finde ich es gut, daß im letzten AK die Diskussion zu diesem Thema angelaufen ist.

Dort ist nämlich d i e zentrale Illusion (in dem schon etwas älteren Beitrag eines Hamburger Lehrergenossen) ausführlich dargestellt:

„Oberstes ‚Lernziel' dieser Auseinandersetzungen über Lehrer- und Schüler-‚fehlverhalten' ist die deutliche Herausarbeitung der Ursache: Klassenschule/Klassensystem. Dabei sind Zusammenhänge, Abhängigkeiten, gemeinsame Feinde linker Lehrer und Schüler deutlich zu machen sowie die eigene widersprüchliche Lehrerrolle als Repräsentant der Klassenschule, aber auch als Bündnispartner der Schüler im Kampf um eine bessere Schule. Erst n a c h diesen g r u n d l e g e n d e n Erkenntnisprozessen werden Schüler auch gemeinsam mit Lehrern über Abwehr- und Kampfstrategien nachdenken und sie durchführen können." (Hervorhebungen von mir).

Das ist nichts anderes als die berühmte und von vielen schon totgesagte revolutionäre Berufsperspektive": Der Lehrer erzieht die Schüler in Theorie und Praxis zum Klassenkampf, denn wie anders soll man das Wort „grundlegende Erkenntnis-

und von vielen schon totgesagte revolutionäre Berufsperspektive": Der Lehrer erzieht die Schüler in Theorie und Praxis zum Klassenkampf, denn wie anders soll man das Wort „grundlegende Erkenntnis-

prozesse" interpretieren und wie anders das Nachdenken und Durchführen von „Abwehr- und Kampfstrategien"?

Dabei soll man auch noch „die eigene widersprüchliche Lehrerrolle als Repräsentant der Klassenschule" den Schülern deutlich machen (Wieviel Promille der Schüler interessiert das überhaupt?). Warum soll man das denn? Damit man später, wenn einem die Sache zu heiß wird, mit dem Einverständnis der Schüler wieder abspringen kann?

Auf solche Bundesgenossen dürften die Schüler im Allgemeinen nicht scharf sein. Im Gegenteil. Die Schüler haben oft genug bewiesen, daß sie in ihren Kämpfen von den superschlauen Lehrern nicht abhängig sind und ich halte es für ausgesprochen verständlich, wenn die Schüler ihren Kampf alleine führen w o l l e n , es sogar ablehnen, Ratschläge von Lehrern anzuhören. Aber selbst dann haben wir sie zu unterstützen – auch wenn uns manches nicht schmecken sollte. Im Rahmen unserer Möglichkeiten und ohne ihnen vorher einen Vortrag über unsere zwiespältige Rolle zu halten.

Nun wird jeder fragen, was unsere Möglichkeiten sind. Nun, die Möglichkeiten sind um so größer, je mehr Kollegen hinter den Schülern stehen. Mit den K o l l e g e n müssen wir über unsere Rolle und unser Selbstverständnis diskutieren. Läuft diese Diskussion, so ist der Spielraum gegenüber den Schülern auch größer. Das gilt für die Zensurengebung, für fortschrittliche Unterrichtsinhalte und -Methoden – kurz, um ein repressionsfreieres Klima an der Schule zu schaffen, dafür ist die Zusammenarbeit der fortschrittschrittlichen Kollegen notwendig.

Dann nämlich ist nicht mehr die Hauptsache, was jeder i n d i v i d u e l l im Klassenzimmer macht, sondern was man zusammen gegenüber der Schulleitung oder Behörde durchsetzen kann. Das kann eine Projektwoche sein, das kann ein Raucherzimmer sein, das können bessere Zensuren, weniger Arbeiten, weniger Drill sein. Beispielhaft finde ich z.B. die gemeinsame Vorbereitung von Unterrichtseinheiten zu Faschismus/Neofaschismus, wie sie in einem Schulkreis gemacht wurden. Es ist zwar begrüßenswert, wenn ein Kollege sich in mühseliger Kleinarbeit hinsetzt und eine Klassenarbeit so auswertet, daß kein Schüler unterm Strich bleibt. Doch diesen ungeheuren moralischen Druck wird dieser Kollege nicht auf die Dauer aushalten. Er wird irgendwann über dem Hin- und Herge„tschintsche" seiner Testauswertung wie eine Primel eingehen.

Zum Schluß noch einige allgemeine Anmerkungen:

Hans Kuhlmann hat in seinem Buch „Klassengemeinschaft" eindrucksvoll beschrieben, wie er mit dem Anspruch, den der Genosse auch hat, in die Schule reinkam, es mit ungeheurem Einsatz etwa eineinhalb Jahre versucht hat, genau das zu erreichen, was der Genosse auch fordert, und letzten Endes eingestehen muß-

der Genosse auch hat, in die Schule reinkam, es mit ungeheurem Einsatz etwa eineinhalb Jahre versucht hat, genau das zu erreichen, was der Genosse auch fordert, und letzten Endes eingestehen muß-

te, daß er Schiffbruch erlitten hat. Gilt das nicht mehr? Sind wir immer noch da, wo wir mit unseren Illusionen während des Studiums vor zehn oder acht Jahren waren? Insgesamt überschätzt der Genosse seine Lehrerrolle wahnsinnig, wenn er meint, als „ideologischer Statthalter der Bourgeoisie" (der er nun einmal als Lehrer in dieser Gesellschaft ist) solche großen Spielräume zu haben, daß er sich diesem Job im Dienste der herrschenden Klasse so einfach entziehen kann, ja seine Rolle ins Gegenteil verkehrt.

Gewiß, die Möglichkeiten, die er aufzählt, sollte man nutzen, gerade in „geisteswissenschaftlichen" Fächern wie Deutsch, Geschichte etc. sind die Möglichkeiten eines kritischen Unterrichts bestimmt nicht ausgeschöpft.

Doch wie sieht das im naturwissenschaftlichen oder Fremdsprachenunterricht aus? Angesichts des Beitrages des Genossen müßten die betreffenden Kollegen zum größten Teil eigentlich einpacken.

Für „eine klare Lösung der Widersprüche in den Köpfen linker Lehrer", darin bin ich mit Dir einer Meinung, lieber Genosse!

Eine Lehrergenossin des Lehrerkomitees KB/Gruppe Hamburg

Die Schulbehörde meldet sich zum Kurssystem

Hamburg. Ein Ende der Auseinandersetzung zwischen Berufsschülern und Schulbehörde in Sachen Kurssystem ist immer noch nicht abzusehen.

Auch im dritten Block setzte sich die Kette der Streik- und Protestaktionen fort:

Am vorletzten Blocktag zogen noch einmal ca. 300 Lehrlinge zur Schulbehörde, um Schulsenator Grolle ein auf den Vollversammlungen verabschiedetes Schreiben zu übergeben.

Mittlerweile ist die Zahl der an den Schulstreiks beteiligten Lehrlinge auf insgesamt gut 3.500 gestiegen, das ist rund ein Viertel der 15.000 von der Einführung des Kurssystems betroffenen Kolleginnen und Kollegen an den gewerblich-technischen Berufsschulen.

Es ist allerdings nicht zu übersehen, daß die Beteiligung an direkten Protestaktionen im Vergleich zum letzten und insbesondere zum ersten Block (u.a. fand hier der dreitägige Streik der G10/16 statt) merklich zurückgegangen ist und erstmals auf die G10/16 beschränkt blieb. Die unnachgiebige Haltung der Schulbehörde, die zunächst darauf abzielte, die Protestaktionen ins Leere laufen zu lassen, hat inzwischen breit vorhandene Illusionen über kurzfristige Erfolge durch spektakuläre Aktionen zerstört.

Vor dem Hintergrund erster Resignationserscheinungen und des momentanen Abflauens der spontanen Kämpfe macht die Schulbehörde jetzt Angebote, um die Schülerproteste zu beschwichtigen und auf für sie ungefährliche Wege zu lenken.

Vier Tage nach einem Gespräch zwischen der Behörde und Gewerkschaftsfunktionären, wandte sich Schulsenator Grolle in einem Brief Ende Oktober höchstpersönlich an die Schüler. Auf einmal kennt er nur noch „liebe Schüler", deren Befürchtungen ernst zu nehmen seien, deren berechtigten Bitten man nun Rechnung tragen wolle und dergleichen Schleimtriefen mehr – wie halt einer redet, der sich anschickt andere über's Ohr zu hauen. Der Inhalt des Briefes: Beibehaltung der harten Linie in der Hauptsache (das Kurssystem wird eingeführt) und Scheinzugeständnisse in Nebenfragen (Mitwirkungsrechte der Berufsschüler).

1. Den Schülern wird angeboten, an der Gestaltung der Kurse mit r e d e n zu dürfen, aber: *„Die Schulen e n t s c h e i d e n, unter welchen Gesichtspunkten sie im Wahlpflichtunterricht (Kurse) Klassen teilen"*. Das für die Schüler bei Entscheidungen der Schule höchste Mitbestimmungsorgan – die Schulkonferenz – ist in seiner letzten Entscheidungsbefugnis durch das Veto-Recht des Direktors abgesichert. Schüler können hier allenfalls mitreden, Vorschläge einbringen usw.

Folgerichtig spricht Grolle zwei Sätze weiter in seinem Brief nur noch vage von einer *„B e r ü c k s i c h t i g u n g der Schülerwünsche"* ...,

2. Die Kurse sollen weiterhin in den Zeugnissen *„nach ihrem Gegenstand bezeichnet"* werden, eine Extra-Benotung soll es nicht geben. Angeblich also läßt die Teilnahme an einem Kurs *„keine Rückschlüsse auf den Leistungsstand eines Schülers zu"*. Dieser Schmus gipfelt gar in der G a r a n t i e (wer diese gibt, wird elegant umschrieben!), *„daß der Wahlpflichtunterricht keine außerschulischen Nebenwirkungen hat, die für einzelne Schüler von Nachteil sein könnten"*! Hier wird die vordringlichste Sorge der Berufsschüler aufgegriffen, daß durch die Leistungsdifferenzierung über die Kurse den Kapitalisten weitere Auslese und Druckmittel in die Hand gegeben werden, und so getan, als sei das nie geplant gewesen.

Der Kapitalist hat aber jederzeit die Möglichkeit zu erfahren, welchen der Kurse „sein" Lehrling besucht. Sei es durch die Berichtshefte, durch ein Befragen der Lehrlinge oder über einen Anruf bei der Schule – die Direktoren sind sogar verpflichtet, Auskunft zu geben („duales" Ausbildungssystem). Es ist einfach ein Witz, angesichts der Tatsache, daß Kapitalisten und betriebliche Ausbilder die Lehrpläne im wesentlichen mit erarbeiten, die Behauptung aufzustellen, man könne sie da raushalten ...

3. Schließlich wird in dem Brief ganz offiziell zugegeben, daß zum „Funktionieren" des Kurssystems Lehrerstunden fehlen. Leere Versprechen, daß man sich *„für eine möglichst baldige Vermehrung der Teilungsstunden einsetzen"* werde, dürfen in dem Brief natürlich nicht fehlen.

Bleibt die Frage: Warum wartet die Behörde mit der Einführung des Kurssystems nicht solange, bis die materiellen Voraussetzungen geschaffen sind?

In der Antwort dieser Frage liegt der Hund begraben: Nicht t r o t z, sondern gerade w e g e n der schlechten Bedingungen wird das Kurssystem eingeführt, weil eben nicht „mehr Chancengleichheit" beabsichtigt ist, sondern weil wachsener Leistungsdruck, Konkurrenzkampf und verschärfte Auslese Trumpf sind!

Es ist in absehbarer Zeit überhaupt nicht geplant – und das wird selbst von Behördenvertretern nicht bestritten – die Lehrer- und Raumsituation an den Berufsschulen zu verbessern – im Gegenteil!

Dieses Vorgehen und die damit beabsichtigten Folgen für die Schüler hat bereits Methode: Bei der Einführung der „reformierten" gymnasialen Oberstufe wurden während der Schülerproteste die gleichen Versprechen gemacht – seither hat sich ihre Situation aber verschlechtert.

DGB zieht mit

Wie im letzten AK berichtet, ist die Einführung des Kurssystems die Erfüllung einer langjährigen Forderung des DGB. Dem entgegen hat inzwischen sowohl die „Betriebsgruppe arbeitsloser Lehrer" in der GEW sowie die „Fachgruppe Gewerbeschulen" der GEW sich gegen Grolles Kurssystem ausgesprochen. Auch im Hamburger Kreisjugendausschuß (KJA) des DGB gibt es durchaus unterschiedliche Meinungen. Auf der letzten Kreisjugendkonferenz wurde u.a. eine Stellungnahme verabschiedet, in der immerhin die Einführung des Kurssystems unter jetzigen Bedingungen eine Absage erteilt wird.

Trotz dieser innergewerkschaftlichen Positionen hält die Gewerkschaftsführung an ihrem selbstherrlichen Kurs fest. Originalton des Bildungsreferenten Bolt auf einer KJA-Veranstaltung gegen das Kurssystem am 1.11.: *„Wir können uns doch nicht nur aufgrund der Proteste von unseren vor Jahren aufgestellten Forderungen lösen ..."*.

Hatte der DGB bisher die Forderung nach Kurssystem noch an bestimmte Bedingungen geknüpft, die Forderung nach Verlängerung des Berufschulunterrichts und nach Einstellung von Lehrern zumindest gleichberechtigt erhoben, will man davon heute nicht mehr viel hören. Bolt und GEW-Vorsitzender Lemke vertreten die Ansicht, das Kurssystem sei ein Fortschritt a n s i c h , die Forderungen der Berufsschüler nach Zurücknahme dagegen ein Schritt rückwärts und deshalb abzulehnen. Man müsse jetzt mit dem Kurssystem leben und versuchen, das Beste daraus zu machen ...

Ein Genosse der G10

„Bild" und „UZ" hetzen gegen Abendgymnasiasten

Am 25.10. hatte die „Bild" im Rahmen ihrer Kampagne zu den Berufsverboten (Stichwort: ‚Klose schmeißt unsere Kleinen den Roten in den Rachen') einen Artikel über das Frankfurter Abendgymnasium (AG) publiziert: *„In dieser Schule gibt es schon kommunistische Lehrer"*. Da wird dann im bewährten lebensnahen „Bild"-Stil ein Situationsbericht gegeben. Wir ersparen es uns, die einzelnen „Terror"-Details hier wiederzugeben; jedenfalls werden die wenigen nicht-kommunistischen Lehrer am AG von der Schülerbrut, die sich ihre roten Kollegen herangezüchtet haben, genüßlich gefoltert, und der hessische Kultusminister verdankt sein Leben dem glücklichen Umstand, daß er noch nie den Fuß über die Schwelle zu dieser Höhle gesetzt hat usw.

Freilich ist dies nicht mal der originellste Beitrag in einer Serie, deren alarmierende Enthüllungen deutsche Frauen heute davon abhalten, überhaupt noch Kinder in die Welt zu setzen (was wiederum den Geburtenrückgang und das Aussterben unserer begnadeten Rasse beschleunigt). Denn die Kleinen unterliegen ja der Schulpflicht und landen daher zwangsläufig früher oder später in den Klauen der Kommunisten — so jedenfalls folgert messerscharf eine „junge Frau" — Frau Boenisch? — in der „BamS" (5.11). Sie hatte sich immer so sehnlich ein Kind gewünscht...

Bemerkenswert an d i e s e m Artikel ist vielmehr, daß die DKP postwendend reagierte und die „Bild"-Recherchen bestätigte. Die Vorgänge am Frankfurter AG kämen für *„Springers Meinungsfabrik in der augenblicklichen Auseinandersetzung um die Berufsverbote wie bestellt"*. Springers „Bild" habe darauf *„sehnlichst gewartet"*. Denn am AG gäbe es *„fragwürdige Formen von Notengebung, willkürliche Zerstörung von Schuleinrichtungen und schließlich die isolierte Besetzungsaktion"* — alles *„Stoff"* für „Bild".

Ob *„gewollt oder ungewollt"*, die AG'ler lieferten mit ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Schule (um nichts anderes geht es nämlich in dieser Sache — siehe AK 141) *„Munition für die wilde Hetze der CDU/CSU gegen die DKP"*!! Dagegen: *„Nicht einer der ‚kommunistischen Lehrer und roten Schüler' ist Mitglied der DKP"* (alles „UZ", 28.10.78).

Als ob das noch der Klarstellung bedurft hätte! Einer gewissen Komik entbehrt es aber nicht, daß diese Sekte, die in realen Protestbewegungen kaum noch eine Rolle spielt, sich entrüstet an die Brust klopft, wenn es gilt, den Ehrenkodex kommunistischer Lehrer gegen die „Chaoten" zu verteidigen. Daß der blöde Springer immer noch nicht wahrhaben will, daß DKP-Lehrer anständige richtige Pauker sind, die auch hart durchgreifen, wenn's not tut (so wie am AG??) — das ist doch wirklich gemeinster Antikommunismus!

KB / Gruppe Frankfurt

War die Lissabonner Konferenz proimperialistisch und antikommunistisch?

ROTE FAHNE 9. Jg. / Nr. 45

Für den Korrespondenten der „Prawda" Boris Kotov war die Sache klar. Er schrieb am 9. April 78 anläßlich einer Vorbereitungskonferenz, daß sich eine „antisowjetische Bande" und eine „Gruppe von politischen Abenteurern und Reaktionären mit guten Verbindungen zu den Neofaschisten" daranmache, in Portugal eine „neue antisowjetische Provokation zu starten".

Und die von der Cunhal-Partei gesteuerte Zeitung „O Diario" beschwerte sich zum gleichen Zeitpunkt darüber, daß „der Chef der antisowjetischen Bande, Tomaz Rosa, vom Premier-Minister Mario Soares empfangen wurde". Unmittelbar vor Beginn der Konferenz reiste extra ein Politbüromitglied der KPdSU nach Portugal, um die PS von Mario Soares vor einer offiziellen Teilnahme zu warnen. Der sowjetische Botschafter in Lissabon legte förmlichen Protest bei der portugiesischen Regierung ein und beantragte Polizeischutz. (Hauptmann Tomaz Rosa gehörte dem Vorbereitungsausschuß der Konferenz an. Er war aktives Mitglied der revolutionären Bewegung der portugiesischen Streitkräfte und wurde zum Arbeitsminister der 6. Provisorischen Regierung ernannt. Er war ein persönlicher Freund von Mario Soares.)

Aus diesen geschilderten Vorgängen wird zweierlei deutlich:

1. Eine Einschätzung der Bedeutung der „Lissabonner Konferenz" ist nur möglich auf der Grundlage einer Einschätzung der Sowjetunion von heute.
2. Vorbereitung und Durchführung der Konferenz war nicht ein ausschließliches Komplott von „Maoisten und rechtsradikalen Reaktionären", sondern die Verbindung der Initia-

der Konferenz war nicht ein ausschließliches Komplott von „Maoisten und rechtsradikalen Reaktionären", sondern die Verbindung der Initia-

toren gerade auch zur Sozialistischen Partei Portugals ist nicht zu leugnen.

Die KB-Führung, d. h., die Fortsetzungsserie des „Arbeiterkampfes" machte sich die Sache noch leichter als der „Prawda"-Korrespondent. Der Ausgangspunkt der „Prawda" und des „Arbeiterkampfes" war der gleiche: „Antisozialimperialistisch = Antisowjetisch = Antikommunistisch".

Während die „Prawda" die „antisowjetische Provokation" lediglich auf portugiesischem Boden angesiedelt sah, spürte die Phantasie des „Arbeiterkampfes" gleich eine zeitliche abgestimmte Weltverschwörung auf. Der „Arbeiterkampf" verweist auf einen Jahreskongreß der „Antikommunistischen Welt-Liga" und ein angebliches Treffen in Großbritannien zur „Gründung einer ‚Antikommunistischen Weltorganisation zur Verteidigung der Freiheit und der freien Marktwirtschaft'".

Er konstatiert dann: „In genau diese Zusammenhänge – antisowjetische Konferenzen und Vorbereitung zur Gründung einer neuen ‚Anti-Komintern' (antikommunistisch-antisowjetische Internationale) – gehört auch die ‚Lissabonner Konferenz'. Dies deckt sich weitgehend mit der bekannten chinesischen Propaganda für eine ‚Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus'." („AK" 139)

Damit ist die Katze aus dem Sack. Die Urheber der „antikommunistischen Weltverschwörung" sitzen in Peking. Die KB-Formel läßt sich erweitern: „Antisowjetisch-Antikommunistisch = Prochinesisch = Proimperialistisch".

Die ganze Argumentationskette des „Arbeiterkampfes" bricht zusammen, wenn durch die Realität bewiesen wird, daß die Sowjetunion eine imperialistische Supermacht ist, die aggressiv und kriegslüstern ist. Die Kernfrage zur Beurteilung der Teilnahme an der Lissabonner Konferenz ist nicht die Frage, ob dort auch CDU-Mitglieder anwesend waren, sondern die Frage: Gibt es eine Bedrohung durch den russischen Imperialismus in Europa oder nicht? Die KB-Führer leugnen eine solche Bedrohung. Zwar gibt es widersprüchliche und schwankende Aussagen über den Charakter der Sowjetunion im „Arbeiterkampf", in offiziellen Stellungnahmen aber wird immer der nichtimperialistische und im Grunde „fortschrittliche" Charakter der Sowjetunion unterstrichen.

In einem Bündnisangebot des LG des KB an die moskauhörige DKP-Führung ist von „antikommunistisch motivierter ‚Unvereinbarkeitspolitik' (unserer Partei) gegenüber der DKP" die Rede, wird die KPD-Befürwortung der „militärischen und politischen Aufrüstung d e s I m p e r i a l i s m u s (!) gegen die angeblich drohende ‚Gefahr aus dem Osten'" kritisiert. Im Osten gbit es also (wenn man dem „Arbeiterkampf" glauben soll) weder Imperialismus noch Gefahr, alles Aggressive geht vom Westen (wahrscheinlich nur von der Bundeswehr) aus.

Entsprechend dieser fatalen Fehleinschätzung der Politik und des Charakters der Sowjetunion, übernimmt der „Arbeiterkampf" prosowjetische Positionen in der Einschätzung der Weltlage und internationaler Konflikte (Angola, Kuba etc.). Solche Positionen stehen logischerweise der DKP näher als unserer Partei. Weil wir ein entschiedener Gegner der heutigen sowjetischen Führung sind, konstatiert die KB-Führung: „Es entspricht unseren seit langem erklärten Grundsätzen, daß die ‚KPD' als eine proimperialistische Kraft in demokratischen Bündnissen fehl am Platz ist." („Arbeiterkampf" 140)

Dem entspricht ein eindeutiges Angebot an die moskauhörige DKP-Führung: „Die DKP-Führung muß von unserer Seite weiterhin mit eindeutigen und konstruktiven, aber ohne Kriecherei und Konzessionen formulierten Vorschläge für Gespräche und gemeinsame Aktionen rechnen." („Arbeiterkampf" 136)

Welchen Charakter hat die Sowjetunion von heute?

Welchen Charakter hat die Sowjetunion von heute?

In der Sowjetunion von heute hat eine bürokratische monopolkapitalistische Clique die Macht. Aus der Besonderheit des Restaurationsprozesses (d. h. der Wiedereinführung des Kapitalismus auf der Grundlage einer staatlichen Wirtschaftsführung) ist eine staatsmonopolkapitalistische Wirtschaftsstruktur entstanden, die erheblich konzentrierter ist als in jedem anderen imperialistischen Land.

Im Verhältnis zum USA-Imperialismus ist die Sowjetunion ökonomisch immer noch schwach. Daher rüstet sie fieberhaft auf, um militärisch führend zu werden und so die Ressourcen, Reichtümer und Arbeitskräfte anderer Länder auszuplündern und ihre wirtschaftliche Unterlegenheit auszugleichen. Die besondere staatsmonopolkapitalistische Struktur der Sowjetunion erleichtert eine Militarisierung der Volkswirtschaft. Nach verschiedenen Schätzungen belaufen sich die Militärausgaben auf 12–15 % des Bruttosozialproduktes. Schon 1976 lagen die sowjetischen Militärausgaben mehr als 25 Milliarden US-Dollar über denen der USA (Vergl. „Militärisches Gleichgewicht 1977–1978", Hrsg. „Internationales Institut für Strategische Studien", London). Gegenüber den USA-Imperialisten ist die Sowjetunion inzwischen weltweit strategisch in der Offensive. Dem äußeren Expansionismus entspricht eine faschistische Unterdrückung im Innern.

In unserer in Westberlin verteilten Erklärung zur Frage der Teilnahme an der „Lissabonner Konferenz" hieß es deshalb: „In der jüngsten Zeit wird immer deutlicher, daß die Sowjetunion eine weltweite Hegemonialmacht ist, die sich nicht mehr mit ihren bisherigen Einflußzonen zufrieden gibt, sondern die nach Ausweitung ihres Einflusses strebt. Die Politik mit den kubanischen Söldnern in Afrika, die Politik des Wettrüstens, der Versuch, die Befreiungsbewegungen für die Machtinteressen der sowjetischen Führer einzuspannen, all dieses fordert Widerstand heraus. Es ist eine Tatsache, daß die Politik der Sowjetunion zunehmend mehr auf Widerstand der Völker stößt, daß auch in der linken Bewegung in der BRD die Gleichung, Kritik der Sowjetunion = Antikommunismus, nicht mehr zieht. Wir sind nach Lissabon gefahren, weil dort verschiedene politische Kräfte waren, die die Politik der Sowjetunion verurteilen."

Wir haben uns an der Lissabonner Konferenz beteiligt, nicht weil sie „proimperialistisch" war, oder weil wir dort „bewußt das Bündnis mit der CDU" gesucht hätten, wie der KB behauptet, sondern weil wir sie als Manifestation gegen die Hegemoniepläne der Supermacht Sowjetunion begriffen haben.

Der Zeitplan für diese Konferenz stand auch nicht im Zusammenhang mit irgendwelchen „Antikomintern-Pakten", von denen der „Arbeiterkampf" redet, sondern hat sich ursprünglich am Zeitplan der „Helsinki-Nachfolgekonferenz" orientiert.

Die „Lissabonner Konferenz" wurde von den Initiatoren (Repräsentanten von allen wichtigen politischen Parteien Portugals, PS, PSD, CDS und PCP/ML) als Protestmanifestition gegen die sowjetische Lesart von „Friedens"- und „Entspannungs"politik der Belgrader Konferenz konzipiert. Im Zusammenhang mit dem Breschnew-Besuch in der BRD und der gesamten sowjetischen diplomatischen Offensive in Westeuropa und nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag des sowjetischen Überfalls auf die Tschechoslowakei, erhielt die Konferenz im Mai dieses Jahres eine aktuell-politische Bedeutung.

Auffallend war die sehr heterogene Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer. Zunächst einmal muß man es unbedingt als positiv bewerten, daß es gelungen ist, „verschiedene politische Kräfte an einen Tisch zu bringen, um über den gemeinsamen Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus zu diskutieren" (vergl. RF Nr. 22).

Es stimmt einfach nicht, was der „Arbeiterkampf" monoton wiederholt, daß sich in Lissabon nur „Maoisten und Ultrarechte" getroffen hätten.

Es stimmt einfach nicht, was der „Arbeiterkampf" monoton wiederholt, daß sich in Lissabon nur „Maoisten und Ultrarechte" getroffen hätten.

Neben Marxisten-Leninisten und Vertretern der Opposition aus der Sowjetunion, waren Sozialisten, Sozialdemokraten, Christdemokraten und Parteiunabhängige aus verschiedenen Ländern anwesend. (Viktor Fainberg, z. B. verließ die Konferenz, nicht weil sie zu rechts war, sondern weil „zuviele Kommunisten" anwesend waren.)

Die heterogene Zusammensetzung der Teilnehmer wurde nicht bewußt herbeigeführt, sondern entspricht der Ungleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen politischen Strömungen in Europa, die für Unabhängigkeit und Freiheit gegenüber den Hegemonieabsichten der Supermächte eintreten.

Es ist schlichtweg demagogisch zu behaupten, daß „KPD und CDU in Lissabon Verbrüderung" gefeiert hätten. Auf Grund weitgehender Unterschiede in der Frage der Einschätzung des USA-Imperialismus und der Bedeutung der Rolle der Arbeiterklasse im demokratischen Kampf unter den Konferenzteilnehmern ist es absurd, die Lissabonner Konferenz als „Grundstein für die europäische Einheitsfront" einzustufen. Insbesondere der Teilnehmerkreis aus der BRD zeigte, daß dort noch nicht einmal im Ansatz diejenigen politischen und gesellschaftlichen Kräfte vertreten waren, die die Basis einer gemeinsamen antihegemonistischen und demokratischen Front bilden können. Eine solche Basis kann nur durch die Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Demokraten und Christen gebildet werden – in Lissabon war leider kein westdeutscher Sozialist und Sozialdemokrat oder Gewerkschafter. (Übrigens sprach dort auch niemand im Namen der CDU, wie der „Arbeiterkampf" ständig behauptet – Cornelia Gerstenmaier war als Schriftstellerin eingeladen, Ulrich Matheé als Wissenschaftler und nicht als „Pressereferent von Stoltenberg", W. Höpker und H. Holzhamer als Journalisten. Damit soll nicht geleugnet werden, daß die Genannten der CDU nahestehen oder auch Mitglieder sind – es ist nur ein Unterschied, ob man als offizieller CDU-Vertreter auftritt oder als Individuum mit bestimmten politischen Auffassungen.) Es ist im übrigen auch pure Heuchelei der KB-Führung, uns anzukreiden, daß wir mit Leuten, die der CDU nahestehen, an einer Konferenz teilgenommen haben, während KB-Vertreter in Westberlin munter mit

Fortsetzung auf Seite 55

Nochmals zur Lissabonner Konferenz

Wir drucken in diesem AK eine neue Stellungnahme der „KPD" zu der „Lissabonner Konferenz gegen die Bedrohung durch den russischen Imperialismus" (Ende Mai dieses Jahres) ab. Das hat folgende Vorgeschichte: Nachdem die „KPD" sich monatelang um eine klare Stellungnahme zur „Lissabonner Konferenz" herumwand, zugleich aber behauptete, sie habe doch schon alles Nötige gesagt, schrieben wir im AK 137 (4.9.): „....*Wir sind im übrigen selbstverständlich b r e n n e n d daran interessiert, daß die Haltung der ‚KPD' zur ‚Lissabonner Konferenz' möglichst b r e i t in der demokratischen Öffentlichkeit bekannt wird. Dafür würden wir auch gern den AK zur Verfügung stellen*".

Daraufhin meldete sich am 6.10. ein Leitungsmitglied der „KPD", um uns u.a. mitzuteilen, daß die „KPD" von diesem Angebot Gebrauch machen wolle. Mit Schreiben vom 9.10. bestätigten wir der „KPD" unsere Zustimmung und konkretisierten das Angebot: Stellungnahme von maximal einer Seite. Mit demselben Schreiben (abgedruckt in AK 141, S. 58) übermittelten wir der „KPD" einen Fragen-Katalog für ihre Stellungnahme: „**Wir bitten Euch, in Eurer Stellungnahme insbesondere auf folgende Fragen einzugehen: Hat die KPD sich für das Zustandekommen der Lissabonner Konferenz eingesetzt? Wenn ja: Wie und warum? Mit welchem Ziel ist die KPD nach Lissabon gefahren? Wie schätzt sie nachträglich die Ergebnisse ein? Wie schätzt die KPD die anderen Teilnehmer, besonders die aus der BRD, ein? In welcher Weise will die KPD diesen ‚positiven Ansatz, unterschiedliche Kräfte an einen Tisch zu bringen' (laut ‚Rote Fahne') zukünftig fortsetzen? Was bezweckt die KPD generell mit solchen Kontakten? Geht es um politische Über-**

bringen' (laut ‚Rote Fahne') zukünftig fortsetzen? Was bezweckt die KPD generell mit solchen Kontakten? Geht es um politische Über-

zeugungsarbeit unter diesen rechtsbürgerlichen Kräften? Wenn ja, in welchem Sinne? Geht es um bündnispolitische Ansätze im Sinne der ‚antihegemonistischen Einheitsfront'? Welche Kräfte der Lissabonner Konferenz hält die KPD im Sinne einer solchen ‚antihegemonistischen Einheitsfront' für gewinnbar und wie könnte das konkret aussehen?-

Warum hat die KPD in ihrem Zentralorgan nicht die Namen und politischen Standorte der bürgerlichen Teilnehmer veröffentlicht? Warum hat die KPD nicht eventuelle Gründe für die vorzeitige Abreise von Willi Jaspers in der ‚Roten Fahne' erläutert? Warum hat die KPD nicht in der ‚Roten Fahne' ihre Widersprüche zu Teilen der Konferenz-Resolution dargestellt, falls es solche Widersprüche gibt?".

Nach diesem Schreiben reagierte die „KPD" drei Wochen lang überhaupt nicht. Am 30. Oktober schließlich wurde uns telefonisch „in den nächsten Tagen" ein Artikel zur „Lissabonner Konferenz" zum Abdruck im AK angekündigt. Dieser Artikel erschien am 9.11. in der „Roten Fahne". Am 10.11. ging er uns außerdem per Eilbrief mit einem freundlichen Begleitschreiben zu. Eilig hatte es die „KPD" also offenbar nicht, unser Angebot aus dem AK vom 4.9 wahrzunehmen.

Der vorliegende Artikel geht auf die meisten von uns gestellten Fragen nicht oder kaum ein. Das hatten wir befürchtet. Ebenso befürchtet hatten wir, daß die „KPD" den Artikel mit allerlei allgemeineren Betrachtungen befrachten würde. Auch das ist eingetreten. Wir beschränken uns deshalb beim Abdruck auf die erste Hälfte des Artikels, in der tatsächlich „Lissabonner Konferenz" Stellung genommen wird. Das ist bereits gut eine Seite. Der zweite Teil, den wir nicht abdrucken, ist noch einmal eine 2/3 Seite lang. Es enthält lediglich allgemeinere Betrachtungen zu den Themen

„Unabhängigkeit, Freiheit, Kampf gegen Kriegsgefahr, Selbstbestimmungsrecht und Einheit der Nation"

(so die Zwischenüberschrift). Zu den dort angegebenen Themen ist zwischen uns und der „KPD" ohnehin ein Artikelaustausch vereinbart.

Ein Taktik-Wechsel der „KPD"

Die neue Stellungnahme der „KPD" signalisiert einen Taktik-Wechsel in Sachen „Lissabonner Konferenz". Nachdem sie zunächst die „Lissabonner Konferenz" in der „Roten Fahne" sehr unkritisch und oberflächlich begrüßt hatte, hatte die „KPD" später (offensichtlich unter dem Druck der Kritik aus der Linken) verschiedene Versuche unternommen, in Distanz zu diesem Unternehmen zu gehen. Am ausgeprägtesten geschah das in einer offiziellen Stellungnahme der „KPD", die Ende September-Anfang Oktober in Westberlin verbreitet wurde.

In dieser Stellungnahme wird folgendermaßen argumentiert: Die „KPD" sei sich darüber im Klaren, daß an der „Lissabonner Konferenz" auch Antikommunisten und Antidemokraten teilgenommen hätten, wobei namentlich Cornelia Gerstenmaier (u.a. ehem. Vorsitzende der „Gesellschaft für Menschenrechte", jetzt Chefredakteurin der deutschen Ausgabe der rechten Emigranten-Zeitschrift „Kontinent") und der Journalist Holzammer („Welt", Mitgl. der CDU) genannt wurden. Die Teilnahme *„solcher Leute"* an der „Lissabonner Konferenz" habe sich die „KPD" *„nicht ausgesucht"*. Vielmehr sei sie gerade zu dem Zweck nach Lissabon gefahren, diesen „**Antikommunisten und Antidemokraten den Einfluß, den sie noch haben, zu entreißen**".

In der neuen Stellungnahme der „KPD", die wir in diesem AK abdrucken, ist von einem s o l c h e n angeblichen Zweck der Teilnahme an der „Lissabonner Konferenz" nicht mehr die Rede. Stattdessen heißt es dort: „**Auch wenn die CDU alles andere als eine demokratische Partei ist, begrüßen wir es, wenn Mitglieder dieser Partei bereit sind, mit Kommunisten über die sowjetische Bedrohung und die nationale Frage zu diskutieren**". Das deutet auf Zusammenarbeit hin, nicht auf Konfrontation.

Die „KPD" geht jetzt sogar so weit, ihre frühere beiläufige Erwähnung von *„antidemokratischen und antikommunistischen Tendenzen"* auf der „Lissabonner Konferenz" als *„hauptsächlich"* gegen die

nung von *„antidemokratischen und antikommunistischen Tendenzen"* auf der „Lissabonner Konferenz" als *„hauptsächlich"* gegen die

„MLD" gerichtet hinzustellen. Das kann in diesem konkreten Zusammenhang eigentlich nur als Entschuldigung an die in Lissabon vertretenen rechtsbürgerlichen Politiker verstanden werden, denen nun treuherzig versichert wird, daß man s i e doch nicht gemeint habe, jedenfalls nicht „hauptsächlich".

Wenn man die Gründe für den plötzlichen Taktik-Wechsel der „KPD" untersucht, so fällt auf, daß die ziemlich linksradikal argumentierende Westberliner Stellungnahme just in der heikelsten Phase bei der Bildung der „Alternativen Liste"/AL herausgebracht wurde, als die „KPD" sich gerade auch wegen der „Lissabonner Konferenz" massiver Kritik ausgesetzt sah. Anscheinend meint man in der „KPD" nun, da man die AL sicher unter Dach und Fach hat, solche Verkleidungs-Kunststücke nicht mehr nötig zu haben. Rücksichtnahmen auf die internationale „ML"-Bewegung, wo traditionelle Kontakt-Parteien der „KPD" (wie vor allem die portugiesische PCP/ML) wenig Verständnis für die taktische Distanzierung der „KPD" von der „Lissabonner Konferenz" gehabt haben dürften, spielen dabei gewiß ebenfalls eine Rolle.

Was ist von den neuen Argumenten der „KPD" zu halten?

Die neuen Argumente der „KPD" zu ihrer Beteiligung an der „Lissabonner Konferenz" lauten:

1. *„Es stimmt einfach nicht, was der ‚Arbeiterkampf' monoton wiederholt, daß sich in Lissabon nur ‚Maoisten und Ultrarechte' getroffen hätten. Neben Marxisten-Leninisten und Vertretern der Opposition aus der Sowjetunion waren Sozialisten, Sozialdemokraten, Christdemokraten und Parteiunabhängige aus verschiedenen Ländern anwesend"*. Die Zusammensetzung der Teilnehmer sei also *„heterogen"* gewesen.
2. Die rechtsbürgerlichen Politiker aus der CDU usw. seien dort nicht als offizielle Vertreter ihrer Parteien etc. aufgetreten, sondern als *„Individuum mit bestimmten politischen Auffassungen"*.

Zu Punkt 1: Die „Rote Fahne" kann dies frech behaupten, weil sie sich bisher geweigert hat, die Teilnehmerliste der „Lissabonner Konferenz" ihren Lesern bekanntzumachen. Ein Blick auf die Teilnehmerliste zeigt nämlich, daß von einer „heterogenen" Zusammensetzung nicht die Rede sein konnte, sondern sich im Wesentlichen tatsächlich Christdemokraten o.ä. und „ML"er gegenübersaßen. Sozialdemokraten oder gar Sozialisten haben

Fortsetzung auf Seite 55

Forts. der Stellungnahme der KPD

ROTE FAHNE 9. Jg./Nr. 45

CDU-Leuten und USA-Freunden hinter den Kulissen über antikommunistische Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der ‚Alternativen Liste' verhandelten.

Auch wenn die CDU alles andere als eine demokratische Partei ist, begrüßen wir es, wenn Mitglieder dieser Partei bereit sind, mit Kommunisten über die sowjetische Bedrohung und die nationale Frage zu diskutieren.

Wie gesagt, den KB-Führern geht es auch gar nicht so sehr um die CDU (das ist nur der demagogische Aufhänger), sondern grundsätzlich darum, eine gegen die Hegemonie der Supermacht Sowjetunion gerichtete Politik als „antikommunistisch" und „proimperialistisch" zu diffamieren.

Recht hat der „Arbeiterkampf" allerdings in seiner Kritik, daß die ROTE FAHNE nicht genügend über die in Lissabon vertretenen Positionen berichtet hat. Dabei geht es gar nicht so sehr um zu verschweigende „Peinlichkeiten", sondern gerade auch um Informationen über Positionen und Beiträge, die es wert sind, verbreitet zu werden. Ich denke dabei vor allem an die Grußadresse des Generalmajors Grigorenko, den Beitrag von Roman Kupchinsky (Ukrainer, Sekretär des ‚Komitees für die Verteidigung der politischen Gefangenen in der UdSSR'), das Telegramm an Frantisek Kriegel (CSSR) oder den Beitrag des portugiesischen Antifaschisten Francisco Ferreira (Mitglied der Presseabteilung des Vorstandes der Sozialistischen Partei Portugals).

Neben fortschrittlichen Positionen gab es auch einige reaktionäre. Dazu gehört u. a. das Auftreten einer Gruppierung, die sich „Marxisten-Leninisten Deutschlands" nennt. Sie besorgen das Geschäft der bürgerlichen Antidemokraten und diskreditieren das Ansehen der Marxisten-Leninisten. Sie setzen auf den USA-Imperialismus als Schutzmacht und begrüßen die politische Unterdrükkung in der BRD und Westberlin. Besonders engagiert zeigte sich ein Herr Hügel in Lissabon. U. a. führte er gegen das Russell-Tribunal an: „Gegner der Kernenergie, Feinde des vereinigten Europa maßten sich an, über einen demokratischen Staat (!), der vom russischen Sozialimperialismus bedroht ist, zu urteilen." Und weiter: „Mit der Phrase vom ‚Berufsverbot' sollten diese Maßnahmen zur Verteidigung der Demokratie als ‚reaktionär' angeprangert werden." Diese Leute waren hauptsächlich gemeint, als wir in der Berichterstattung über die Lissabonner Konferenz in der RF Nr. 22 schrieben:

„Zu begrüßen ist es auch, daß (in einer Resolution) die Bedeutung des ‚Kampfes zur Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiter' hervorgehoben wurde. Dies ist deshalb wichtig, weil auf der Konferenz auch Positionen zu Wort kamen, die eine antidemokratische und antikommunistische Tendenz enthielten. Mit solchen Positionen gilt es, sich weiter ideologisch auseinanderzusetzen, sie gilt es, als schädlich und hemmend für den antihegemonistischen Kampf zu entlarven."

So kann z. B. die These „Jeder Feind der Sowjetunion ist unser Freund" keine ausreichende Grundlage des Zusammenschlusses der antihegemonistischen Kräfte sein. Warum? Diese These läuft auf ein „sich stützen" auf den USA-Imperialismus hinaus und legt auch die Einheit mit reaktionären, volksfeindlichen Kräften, ja selbst mit Faschisten nahe.

Ohne oder gegen die Volksmassen kann man weder Unabhängigkeit noch Freiheit erreichen. Deshalb ist der Kampf für demokratische Rechte und soziale Errungenschaften untrennbar mit dem Unabhängigkeitskampf verbunden.

Forts. der Antwort des KB

unseres Wissens an der Konferenz nicht teilgenommen, mit Ausnahme der portugiesischen PS. Es wäre gut, wenn die „KPD" ihre Behauptungen über die Zusammensetzung der Konferenz mit Fakten belegen würde.

Zu Punkt 2: Die These von den „Individuen" läßt sich allenfalls bei sehr oberflächlicher Betrachtung aufrechterhalten. Angesichts des allgemeinen antikommunistischen Geschrei's der CDU/CSU - beispielsweise über Kontakte zwischen SPD und PCI - ist offensichtlich, daß sich kein CDU-Politiker lediglich als „Individuum" mit einem Kommunisten (und dafür hält er höchstwahrscheinlich auch die Vertreter der „KPD") an einen Tisch setzen würde, ohne sich vorher bei seiner Partei abgesichert zu haben bzw. direkt im Auftrag seiner Partei zu handeln. Wenn man zudem weiß (was die „Rote Fahne" leider bisher unterschlug), daß an der „Lissabonner Konferenz" zwei Vertreter der offiziellen „Stiftung" der CDU für die norddeutschen Bundesländer teilnahmen (Chef dieser „Stiftung" ist der frühere Kriegsminister Kai Uwe von Hassel), so wird der zumindest halb-offizielle Charakter dieses Treffens klar.

Die „KPD" versucht dies aus verständlichen Gründen herabzuspielen – aber es ist natürlich ein enormer, geradezu sensationeller Schritt, wenn sich in dieser Weise CDU-Leute mit „K-Gruppen"-Vertretern e r s t m a l s zusammensetzen, um Meinungen über eine Frage von gemeinsamem Interesse – den Kampf gegen die angebliche sowjetische Bedrohung – auszutauschen.

War die „Lissaboner Konferenz" proimperialistisch und antikommunistisch?

Die „KPD" bestreitet, daß die „Lissaboner Konferenz" proimperialistisch und antikommunistisch war. Folgt man ihrer Logik, so k a n n die Konferenz gar nicht antikommunistisch und proimperialistisch gewesen sein, w e i l sie sich gegen die Sowjetunion bzw. „die sowjetische Bedrohung" richtete. Dieser Logik zufolge k a n n eine Konferenz gegen den „Sozialimperialismus" per Definition überhaupt nur a n t i -imperialistisch, keinesfalls aber pro-imperialistisch sein.

In ihrer neuen Stellungnahme schreibt die „KPD": **„Die Kernfrage zur Beurteilung der Teilnahme an der Lissaboner Konferenz ist nicht die Frage, ob dort auch CDU-Mitglieder anwesend waren, sondern die Frage: Gibt es eine Bedrohung durch den russischen Imperialismus in Europa oder nicht?"**. Das heißt doch unmißverständlich: Falls es eine solche Bedrohung tatsächlich gibt, ist es ziemlich gleichgültig, mit w e m man sich gegen diese Bedrohung verbündet, sei es nun mit der CDU oder sonstwem.

Auf eben d i e s e s Gleis möchte die „KPD" selbstverständlich liebend gern die Auseinandersetzung bringen – nicht mehr über ihre konkrete Bündnispolitik zu diskutieren, sondern über den „Charakter" der Sowjetunion und die „sowjetische Bedrohung".

Was diesen Punkt angeht, wollen wir der Diskussion nicht ausweichen. Im Gegenteil, auf u n s e r e n Vorschlag hin gehört dieser Punkt mit zum Themen-Paket des zwischen uns und der „KPD" vereinbarten Artikel-Austausch. Nur: Man darf die „sowjetische Bedrohung" nicht benutzen, um damit jede Diskussion über Bündnispolitik, Politik gegenüber Teilen der Bourgeoisie usw. unter den Tisch zu wischen.

Selbst f a l l s man eine „sowjetische Bedrohung" anerkennt, so folgt daraus überhaupt noch nicht die Notwendigkeit, auf der Basis gewisser gemeinsamer Interessen Bündnisse mit dem „eigenen" Imperialismus einzugehen. Vor dem 1. Weltkrieg „bedrohte" Österreich Serbien, Rußland „bedrohte" Österreich, Deutschland „bedrohte" Frankreich usw. Trotzdem haben die Kommunisten damals jede Tendenz zur „Vaterlandsverteidigung" schärfstens bekämpft.

Die „sowjetische Bedrohung", sei sie nun real oder nicht, wird heute von den Imperialisten des NATO-Paktes benutzt, um ihre eigene forcierte Kriegsrüstung zu rechtfertigen und die Volksmassen für einen neuen imperialistischen Krieg bereit zu machen. Diesem Zweck diente auch die „Lissaboner Konferenz", auf der es selbstverständlich n u r um die „sowjetische Bedrohung" ging, keineswegs um die Rolle der USA oder der EG-Imperialisten, namentlich des expansiven BRD-Imperialismus. Aus den veröffentlichten Rede-Beiträgen geht hervor, daß von den anwesenden „ML"ern kein Versuch gemacht wurde, diesen Charakter der Konferenz zu kritisieren und ihm ein eigenes Konzept entgegenzustellen.

Die „KPD" spricht ansonsten immerhin noch davon, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieg von der „Rivalität zwischen den b e i d e n Supermächten" ausgehe. In der Praxis handelt sie schon nicht mehr nach dieser These. Wie könnte sie sonst auf den Gedanken kommen, sich mit imperialistischen Politikern zusammenzusetzen, die n u r d e s h a l b gegen die „sowjetische Bedrohung" auftreten, weil sie an der Seite einer der beiden „rivalisierenden Supermächte" auf Beutezug gehen möchten?! **Es sei denn, die „KPD" wäre tatsächlich der Meinung, der Kampf dieser Politiker gegen die „sowjetische Bedrohung" diene n i c h t imperialistischen Interessen?**

Abschließend noch eine Randbemerkung. Die „KPD" schreibt: *„Es ist im übrigen auch pure Heuchelei der KB-Führung, uns anzukreiden, daß wir mit Leuten, die der CDU nahestehen* (es waren CDU-M i t g l i e d e r! – Anm. AK), *an einer Konferenz teilgenommen haben, während KB-Vertreter in Westberlin munter mit CDU-Leuten und USA-Freunden hinter den Kulissen über antikommunistische Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der ‚Alternativen Liste' verhandelten".*

Dazu ist zu sagen: K e i n KB-Vertreter hat jemals derartige oder sonstige Verhandlungen mit „CDU-Leuten und USA-Freunden" geführt. Daß es überhaupt Mauscheleien über einen Unvereinbarkeitsbeschluß (gegen die „KPD") gegeben hat (mit dem Kreis um den RA Schily, der ein Sozialdemokrat ist, aber gewiß kein CDU-Mann oder USA-Freund!), ist von uns umgehend und mit aller nötigen Deutlichkeit als schwerer politischer Fehler, der unseren Prinzipien widerspricht, kritisiert worden (nachzulesen in AK 140, S. 6–7). Man bräuchte über „Lissabon" längst nicht mehr zu reden, wenn die „KPD" sich ebenso schnell und selbstkritisch von ihrem dortigen Techtelmechtel, nun w i r k l i c h mit „CDU-Leuten und USA-Freunden", distanziert hätte.

Und zum Schluß: Wir bitten die „KPD", diesen Artikel, der kürzer ist als ihre von uns abgedruckte Stellungnahme, in der „Roten Fahne" zu veröffentlichen.

Antwort der KPD auf zwei Artikel im „Arbeiterkampf" Nr. 140

Zu den Artikeln „Ansichten eines KPD-Führers" und „Ein Angebot an die KPD" im „Arbeiterkampf" Nr. 140 geben wir folgende politische Stellungnahme ab. Wir erwarten, daß diese auch im „Arbeiterkampf" abgedruckt wird.

1. In diesen Artikeln wird behauptet, Vertreter des KB „hatten kürzlich Gelegenheit (gehabt), mit einem Leitungsmitglied der KPD" über einige Fragen im Zusammenhang mit der „Lissabonner Konferenz ... zu diskutieren". Der Charakter des Gesprächs wird als „privat" bezeichnet. Überdies hätte der KB „in einem Brief" ein „Angebot an die KPD" über den Abdruck eines Artikels zur Lissabonner Konferenz gemacht.

Diese Behauptungen sind falsch bzw. grob entstellend.

Richtig ist vielmehr, daß auf I n i t i a t i v e u n s r e r e r P a r t e i am Donnerstag, dem 5. Oktober 1978, ein Gespräch zwischen Vertretern unserer Partei und des Leitenden Gremiums des KB zustande kam, das folgender Tagesordnung folgte:

1. Abdruck eines Artikels der KPD zur Lissabonner Konferenz im „Arbeiterkampf".

2. Vorschlag für eine öffentlich in der ROTEN FAHNE und im „Arbeiterkampf" geführte Diskussion um folgende Fragen: a) „Zum militärischen Kräfteverhältnis in Europa", b) zu dem Thema „CSSR 1968", c) zur Frage einer „Bündnispolitik gegenüber der DKP", d) zur „Solidarität mit Rudolf Bahro und der demokratischen Opposition in der DDR und in Osteuropa", e) über die unterschiedlichen Auffassungen zur Europäischen Gemeinschaft, f) zum „Konflikt Vietnam – Kampuchea", g) zur „Politik der Kubaner in Afrika". Zu diesen Themen sollten Artikel gegenseitig in der ROTEN FAHNE und im „Arbeiterkampf" abgedruckt werden - so unser Vorschlag.

3. Schlugen wir auf diesem Treffen vor, eine Veranstaltungsreihe zu diesen Themen zu beginnen.

4. Wurde ein Abonnements-Austausch der Theoretischen Organe beider Organisationen vereinbart.

Erst n a c h dem Treffen vom 5. Oktober schrieb das Leitende Gremium des KB einen Brief an unsere Partei, in dem die Ergebnisse des Gesprächs bestätigt wurden. In diesem Brief fehlt allerdings bezeichnenderweise, daß auch über den Punkt c) „Bündnispolitik gegenüber der DKP" und über Veranstaltungen gesprochen wurde.

2. In dem Artikel wird weiter behauptet, daß dort genannte marxistisch-leninistische Parteien Westeuropas nach den „Ansichten eines KPD-Führers" nicht Bruderparteien seien.

Vielmehr wurde in dem Gespräch erklärt, daß wir brüderliche Beziehungen zu marxistisch-leninistischen Parteien, die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gegen den Modernen Revisionismus kämpfen und auf dem Boden der strategischen Konzeption der „Drei Welten" stehen, unterhalten, daß wir für die Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung auch in Westeuropa eintreten. Gerade weil wir dabei von den Prinzipien der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Selbstverantwortung jeder Partei ausgehen, mischen wir uns nicht in die Angelegenheiten dieser Parteien ein; eventuelle Differenzen, die selbstverständlich auch in einzelnen Fragen zwischen marxistisch-leninistischen Parteien bestehen, werden im Geiste des gemeinsamen Kampfes gegen gemeinsame Feinde zwischen den Parteien diskutiert und nicht mit Opportunisten.

3. Deshalb ist auch die Behauptung falsch, Vertreter unserer Parteien hätten Wertungen über die Politik z. B. der PCP/ML vorgenommen. Insbesondere ist es falsch, daß über die Widerspruchslage in Portugal Ausführungen gemacht worden wären. Wir begrüßen den Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten mit anderen Kräften gegen den Modernen Revisionismus, gegen die beiden Supermächte, besonders gegen die Sowjetunion, und betonen, daß eine solche Politik die Stärkung der demokratischen Positionen der Volksmassen einschließt.

4. In dem genannten Artikel wird behauptet, Vertreter unserer Partei hätten erklärt, Willi Jasper sei als Beobachter nach Lissabon gefahren. Richtig ist, daß Willi Jasper zunächst aufgrund der ersten Vereinbarungen der Veranstalter als Beobachter fahren sollte. Diese Vereinbarungen wurden natürlich dadurch hinfällig, daß später von den Veranstaltern nur Einzelpersonen, nicht aber Repräsentanten von Parteien und Organisationen eingeladen wurden. Unter den dann teilnehmenden Personen befanden sich in der Tat auch Marxisten-Leninisten wie Willi Jasper.

5. Der Artikel des „Arbeiterkampfes" verschweigt nicht nur Charakter und Intention des Gesprächs, sondern auch die Tatsache, daß die Vertreter unserer Partei auf diesem Treffen scharfe

Anmerkungen zur »Antwort der KPD«

Die „KPD" hat recht, daß die beiden von ihr genannten Artikel im ARBEITERKAMPF 140 sich auf das Gespräch am 6. Oktober (nicht 5. Oktober, wie die „KPD" irrtümlich meint) bezogen. Warum dies damals im AK nicht erwähnt wurde, ergibt sich aus dem Punkt 7 in der „Antwort der KPD": **Auf Bitten der „KPD"-Vertreter** hin war vereinbart worden, über den Gegenstand des Gesprächs (die Unterpunkte 1-4 unter Punkt 1 in der „Antwort der KPD") zunächst nichts zu veröffentlichen.

Daß es u n s aber keineswegs darum ging, dies Gespräch zu verschweigen, geht daraus hervor, daß wir im AK 141 darüber berichteten, nachdem wir drei Wochen nach dem Gespräch noch keinerlei Reaktion der „KPD" auf das Gespräch erhalten hatten.

Die „KPD" behauptet (siehe auch Punkt 7), wir hätten „die wichtigsten Passagen des Gesprächs verschwiegen". Tatsache ist, daß wir am 9. Oktober (also 3 Tage nach dem Gespräch) der „KPD" eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des Gesprächs – aus unserer Sicht – geschickt hatten, mit der ausdrücklichen Bitte, *„uns diese zu bestätigen bzw. gegebenenfalls zu korrigieren"*. **Diesen Brief ließ die „KPD" unbeantwortet.**

Die „KPD" hat recht, wenn sie jetzt in ihrer „Antwort auf zwei Artikel..." im Unterpunkt 3 unter Punkt 1 ihren Vorschlag einer Veranstaltungsreihe erwähnt, den wir bei unserer Zusammenfassung des Gesprächs tatsächlich vergessen hatten. Im Gegensatz zu den Unterpunkten 1 und 2 waren hierzu bei dem Gespräch am 6. Oktober allerdings auch keine detaillierten Festlegungen getroffen worden.

Unzutreffend ist hingegen unserer Erinnerung nach der Unterpunkt 2c (*„Zur Frage einer ‚Bündnispolitik gegenüber der DKP' "*). Hierüber wurde im Zusammenhang des Artikelaustausches n i c h t gesprochen - **obwohl wir nichts dagegen hätten, auch diesen Punkt in das Programm aufzunehmen.** Nur zur Erinnerung: die einzelnen Themen für einen Artikelaustausch wurden, in der Reihenfolge ihrer Nennung, von einem Vertreter des KB auf einem Zettel notiert, den sich dann die „KPD"-Vertreter (die selbst nicht mitgeschrieben hatten!) zur Abschrift ausbaten. Einwände gegen diese Notizen machten sie dabei nicht. Unsere Auflistung der Themen im Brief an die „KPD" vom 9.Oktober wurde ebenfalls von diesem Zettel abgeschrieben. Insofern meinen wir tatsächlich, uns kaum zu irren, wenn wir sagen, daß der Punkt c von der „KPD" erst n a c h dem Gespräch eingefügt wurde.

In jedem Fall ist der Vorwurf der „KPD" absurd, wir hätten nachträglich einen oder mehrere Punkte unserer Absprache klammheimlich unter den Tisch fallen lassen wollen. Eben um hier Klarheit zu schaffen, Mißverständnisse zu vermeiden oder auch mögliche Erinnerungsfehler zu korrigieren, hatten wir ja unseren Brief vom 9. Oktober geschrieben. Die „KPD" hatte Zeit genug, ihn zu beantworten, falls es ihr um Korrektheit gegangen wäre.

2-4. In diesen Punkten bestätigen wir ausdrücklich unsere Darstellung in AK 140. Daß es für den bei dem Gespräch wortführenden Vertreter der „KPD" nachträglich peinlich ist, ausgerechnet mit u n s über interne Kritik der „KPD" an der portugiesischen „PCP/ML" gesprochen zu haben, läßt sich in einer Organisation wie der "KPD" denken. Daß er dies jetzt aber einfach ableugnet, statt „selbstkritisch" seinen „Fehler" zu bekennen, enttäuscht uns doch etwas.

Fortsetzung auf Seite 56

Nachdruck aus „Rote Fahne" Nr. 44

Kritik übten an der der Einheit der Marxisten-Leninisten feindlichen Politik des Leitenden Gremiums des Kommunistischen Bundes, die intrigant und hämisch nicht die Einheit im gemeinsamen Kampf betone, sondern vermutete Widersprüche in Form von Gerüchten und Annahmen austrete. Diese spalterische Politik des KB, dem Voyeurismus des „Spiegel"-Journalismus würdig, kommt erneut in dem Artikel im „Arbeiterkampf" Nr. 140 zum Ausdruck.

6. Der Artikel im „Arbeiterkampf" Nr. 140 verschweigt weiter, daß die Vertreter unserer Partei das Leitende Gremium des KB kritisierten, weil es eine Politik betreibt, die aus der „Rechtskartell-Theorie" der Modernen Revisionisten resultiert, die die DKP/SEW bei der Linken in der BRD und Westberlin nicht isoliert, sondern selbst als „Linke" hoffähig macht, die eine imperialistische Supermacht, nämlich die Sowjetunion, verharmlost und zum „objektiven Verbündeten" der Völker besonders der Dritten Welt macht und damit eine rechte Blockbildung mit Vertretern der Neuen Bourgeoisie der Sowjetunion und der DDR betreibt.

Gegen diese „rechte Bündnispolitik" des KB betonten Vertreter unserer Partei, daß innerhalb der Linken, innerhalb der demokratischen und sozialistischen Kräfte darum gerungen werden muß, eine gemeinsame Politik für demokratische Rechte, für die Lebensinteressen der Werktätigen, für Völkerfreundschaft und für Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht (auch des deutschen Volkes) gegen die beiden Supermächte, insbesondere gegen die Sowjetunion, zu entwickeln. Der Kampf um Unabhängigkeit, Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht ist Teil des demokratischen Kampfes. Zugleich wollen wir auf alle diejenigen Kräfte einwirken, die allein für nationale Unabhängigkeit eintreten, um zu zeigen, daß Unabhängigkeit nur dann erreicht und behauptet werden kann, wenn die demokratischen Rechte des Volkes nicht reaktionär beschnitten, sondern positiv erweitert werden. Das ist keine

um zu zeigen, daß Unabhängigkeit nur dann erreicht und behauptet werden kann, wenn die demokratischen Rechte des Volkes nicht reaktionär beschnitten, sondern positiv erweitert werden. Das ist keine

rechte, sondern eine durch und durch fortschrittliche Politik angesichts der nationalen und internationalen Bedingungen, da es im Interesse der Arbeiterklasse liegt, daß der Kampf um demokratische Rechte, den um Unabhängigkeit eingeschlossen, zugleich mit dem Kampf um die soziale Befreiung geführt wird. Dieses Interesse verbindet sie mit anderen, demokratisch orientierten Schichten des Volkes und ist daher Grundlage einer kommunistischen Bündnispolitik heute. In eben diesem Sinn wurde auf dem Treffen am 5. Oktober von unserer Seite diskutiert.

7. Auf dem Treffen am 5. Oktober wurde von beiden Seiten Vertraulichkeit über dieses Gespräch festgelegt, bis die leitenden Ebenen unserer Partei und des KB über eine öffentliche Polemik beraten hätten. **Wir sehen in der unwahren, grob entstellenden und die wichtigsten Passagen des Gesprächs verschweigenden Veröffentlichung in den beiden Artikeln einen Bruch dieser Abmachung und veröffentlichen deshalb hiermit die Tagesordnung dieses Treffens, damit Gerüchten und falschen Behauptungen nicht Raum gegeben wird. Allerdings ist dieser Vertrauensbruch ein erneuter Hinweis auf die intrigante und unernsthafte Politik des Leitenden Gremiums.**

8. Zum Schluß: Wir sehen in der verfälschenden und entstellenden Veröffentlichung über das Treffen am 5. Oktober zwischen KPD und KB einen gezielten Affront, der der Absicht folgt, unsere Partei von dem Plan einer öffentlichen Diskussion um brennende Fragen des Kampfes um demokratische Rechte und um den Sozialismus abzubringen. Wir sehen darin einen Ausdruck der Schwäche des KB.

Wir erlauben uns Gelassenheit: Wir wünschen die notwendige Aktionseinheit von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten und halten deshalb daran fest, über die genannten Fragen eine öffentliche, von jedem Mitglied unserer Partei und des KB nachprüfbare Polemik zu eröffnen. Dies ist besonders mit einer Organisation notwendig, deren Leitung nie gewählt wurde, deren Politik nicht innerhalb gewählter Instanzen rechenschaftspflichtig festgelegt und kritisiert werden kann, die eine Politik der Spaltung und der Intrigen betreibt und damit dem Kampf um demokratische Rechte und um den Sozialismus Schaden zufügt.

Da wir wissen, daß innerhalb des KB ein großer Teil der Mitglieder

mit dem Kampf um demokratische Rechte und um den Sozialismus Schaden zufügt.

Da wir wissen, daß innerhalb des KB ein großer Teil der Mitglieder

ebenfalls die Aktionseinheit von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten wünscht, da wir wissen, daß es zu der Politik des Leitenden Gremiums des KB und zur mangelnden marxistischen Programmatik und Praxis Widersprüche gibt, hoffen wir, durch eine öffentliche Diskussion zur Klärung der genannten Fragen beizutragen und der Aktionseinheit näher zu kommen.

Anmerkungen zur »Antwort der KPD«

5-6. Hierbei handelt es sich unserer Meinung nach um leeres Stroh, mit dem nachträglich von den peinlichen Punkten 2-4 abgelenkt werden soll. Tatsächlich wurde während des Gesprächs über manche Dinge kurz gesprochen, u.a. wahrscheinlich auch über das in den Punkten 5 und 6 Zusammengetragene. Während die „Antwort der KPD" allerdings den Eindruck erweckt, als hätten die „KPD"-Vertreter uns eine Standpauke in Form eines Referats gehalten, war es in Wirklichkeit so, daß diese Dinge über die ganze Zeit des Gesprächs hin n e b e n dem eigentlichen Kern des Gesprächs (die Unterpunkte 1-3 unter Punkt 1 in der „Antwort der KPD" als gelegentliche Randbemerkungen abfielen.

7. Die vereinbarte „Vertraulichkeit" bezog sich, wie die „KPD" selbst richtig feststellt, nur auf den K e r n des Gesprächs (Vereinbarungen über einen Artikelaustausch), und zwar ausdrücklich nur deshalb, weil darüber zunächst in den jeweiligen Leitungen beraten werden sollte. Jeder kann sich anhand von AK 140 leicht überzeugen, daß wir diese vereinbarte ‚Vertraulichkeit' in den beiden Artikeln n i c h t gebrochen hatten - was uns witzigerweise die „KPD" wiederum vorwirft, indem sie sagt, wir hätten „Charakter und Intention" (soviel wie Absicht, Stoßrichtung) des Gesprächs verschwiegen.

8. Die Unterstellung der „KPD", uns gehe es um einen „**gezielten Affront** (soviel wie: provokatorische Unhöflichkeit), **der der Absicht folgt, unsere Partei von dem Plan einer öffentlichen Diskussion ...abzubringen**", kann man nicht einmal mehr als geschickten Trick werten. Denn die Tatsachen sprechen eine allzu deutliche Sprache:

1. Von Seiten der „KPD" lag bis zu der Veröffentlichung in der „Roten Fahne" vom 2. November keinerlei Reaktion auf das Gespräch vom 6. Oktober und die dort provisorisch getroffenen Vereinbarungen vor. **Spricht das für ein besonders brennendes Interesse der „KPD" an der raschen Aufnahme des vereinbarten Artikelaustausches?**

2. Wir haben - ohne darauf eine Antwort zu bekommen - der „KPD" mit Schreiben vom 9. Oktober die Vereinbarungen bestätigt und sie ihrerseits um Bestätigung (bzw. auch Korrekturen und Ergänzungen) ge-

2. Wir haben - ohne darauf eine Antwort zu bekommen - der „KPD" mit Schreiben vom 9. Oktober die Vereinbarungen bestätigt und sie ihrerseits um Bestätigung (bzw. auch Korrekturen und Ergänzungen) ge-

beten. Wir haben außerdem, nachdem drei Wochen ohne jede Reaktion seitens der „KPD" vergangen waren, diesen Brief am 31. Oktober im AK veröffentlicht. Spricht das für mangelndes Interesse am Zustandekommen des Artikelaustausches?

Da die „KPD" erwartet, daß wir ihre Stellungnahme abdrucken (was nun geschehen ist), erwarten wir, daß sie u n s e r e Stellungnahme auch abdruckt.

Zwei Mitglieder des LG

Fortschreitende Zersetzung der „ML"-Internationale

Die Anzeichen für eine Spaltung in der auf die KP Chinas orientierten „ML"-Internationale nehmen zu.

Seit geraumer Zeit ist die CSU-freundliche Provokateurstruppe „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschland") bemüht, internationale Kontakte zu knüpfen, um in der „ML"-Bewegung einen noch wilderen und offeneren pro-imperialistischen Kurs durchzusetzen. Sie steht dabei im harten Konkurrenzkampf mit der „gemäßigter" auftretenden „KPD", die bisher alle Werbungen der „MLD" um Gespräche und Bündnisse abgewiesen hat.

Seit einigen Monaten jedoch kann die „MLD" bei ihrem hartnäckigen Werben um die begehrte „**internationale Anerkennung**" erste Erfolge für sich verbuchen:

– An der berüchtigten „**Lissabonner Konferenz**" (Ende Mai) durfte die „MLD" gleichberechtigt mit der „KPD" teilnehmen. Wer ihr zu diesen Ehren verholfen hat, blieb bisher ungeklärt. Wahrscheinlich ist, daß sie dies vor allem der PCP/ML – die portugiesische Bruderpartei der „KPD" – zu verdanken hat!

– Anfang Oktober konnte die „MLD" einen an sie gerichteten freundlichen Brief der PCUd'I (italienische Bruderpartei der „KPD") veröffentlichen, in dem der „MLD" „**Erfolge bei der revolutionären Arbeit, besonders für die Einheit der Marxisten-Leninisten**", gewünscht wurden. Ein nicht zu übersehender Affront gegen die „KPD", die eine Einheit mit der „MLD" bisher ausdrücklich ablehnt!

– Am 11. Oktober gab die PCP/ML eine hochinteressante Stellungnahme gegen die PCMLF – französische Bruderpartei der „KPD" – heraus. Darin wird der PCMLF vorgeworfen, sie sei *„für die These von den drei Welten in Worten, aber proalbanisch in der Tat"*. – Besonders wird der PCMLF vorgeworfen, sie unterstütze in Portugal eine „*Mikroagentur*" namens PC(ML)P – vielleicht eine Abspaltung der PCP/ML. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß bei dem kürzlich durchgeführten Münchner Kongreß der „KPD" (30. September) auch ein Vertreter der PCMLF auf dem Podium saß ...

– Mitte Oktober fand in Paris ein Treffen zwischen Vertretern der „MLD" und der ORPCF/ml statt – *„in proletarisch-revolutionärer und*

der „KPD" (30. September) auch ein Vertreter der PCMLF auf dem Podium saß ...
– Mitte Oktober fand in Paris ein Treffen zwischen Vertretern der „MLD" und der ORPCF/ml statt – *„in proletarisch-revolutionärer und*

kameradschaftlicher Atmosphäre", wie es im „MLD"-Organ „Die Neue Welt" (30.10.78) heißt. Die „Neue Welt" triumphiert: „**Die Gespräche sind ein Beitrag für den proletarischen Internationalismus, die Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung in Europa ...**". Die Freude der „MLD" ist verständlich, wenn man weiß, daß die ORPCF/ml die e i n z i g e französische „ML"-Organisation war, die mit einem offiziellen Vertreter an der Lissabonner Konferenz teilnahm. (Warum die beiden erheblich „bedeutenderen" französischen „ML"-Gruppen PCMLF und PCR(ml) keine offiziellen Vertreter geschickt hatten, kann höchstens erraten werden).

Die hier angesprochenen Vorgänge zeigen klar, daß die „MLD" bei ihrer Suche nach Kontakten zu Gleichgesinnten in der kunterbunten internationalen „ML"-scene zügig vorankommt. Eine Schlüsselrolle für die weitere Entwicklung spielt die PCP/ML, die in Portugal seit Jahren das Bündnis mit Bourgeoisie, Reaktion und Faschismus praktisch vorexerziert hat und die der „MLD" eigentlich politisch-ideologisch viel näher seht als ihrer bisherigen Bruderpartei „KPD".

Hinter diesen Vorgängen stehen handfeste politische Differenzen, vor allem in den Fragen des Bündnisses mit Teilen der Bourgeoisie und der Vaterlandsverteidigung. Die Praxis der PCP/ML (die 1975 die faschistischen Überfälle auf linke Parteibüros unterstützte, die 1976 den Präsidentschaftswahlkampf des Reaktionärs Eanes unterstützte usw.) unterscheidet sich wesentlich von der bisherigen Politik der „KPD". Das ist unübersehrbar und keineswegs nur mit den besonderen Bedingungen eines jeden Landes zu erklären. In der BRD ist die „MLD" bestrebt, eine ähnliche Politik wie die PCP/ML zu propagieren und die „KPD" systematisch in Richtung einer solchen Politik zu treiben.

Die „KPD" s c h w e i g t zu diesen immer deutlicher hervortretenden Widersprüchen und verweist mit dümmlicher Penetranz auf irgendwelche sehr allgemein gehaltenen Statements, in denen angeblich ihre „antihegemonistische" Bündnispolitik definiert sei. **Tatsächlich jedoch wird gerade zu d e n Fragen, die heute im Zentrum der Meinungsverschiedenheiten unter den Vaterlandsverteidigern stehen, in den bisherigen Verlautbarungen der „KPD" kaum etwas Konkretes gesagt.** So erklärt sich auch, daß die „KPD" noch ein halbes Jahr nach der „Lissabonner Konferenz" an einer inhaltlichen Stellungnahme zu dieser zu knabbern hat.

Wer die Gründe für das auffallende Schweigen der „KPD" zu diesen Fragen sucht, stößt auf zwei Hauptpunkte:

hat.

Wer die Gründe für das auffallende Schweigen der „KPD" zu diesen Fragen sucht, stößt auf zwei Hauptpunkte:

– Angst oder taktische Hinterlist, sich hinsichtlich der Praktizierung ihrer „antihegemonistischen" Bündnispolitik eindeutig festzulegen, um sich die Tür nach rechts offenzuhalten, ohne sich heute schon der vollen Kritik von links stellen zu müssen.

– Erhebliche Widersprüche in der „KPD" bis in die Leitungsorgane hinein. Brüche in der internationalen „ML"-Szenerie, in die sich die „KPD" bisher eingeordnet hat, dürften zur Verschärfung dieser Widersprüche beitragen.

16.-19. November in Westberlin:

Internationaler Kongreß für und über Rudolf Bahro

Vom 16. bis 19. November wird in Westberlin ein ‚Bahro-Kongreß' stattfinden, der über Konsequenzen aus Bahros Buch „Die Alternative" diskutieren und zugleich die Solidarität mit dem in der DDR zu 8 Jahren Haft verurteilen Genossen Bahro stärken soll.

Drei Themen sollen im Mittelpunkt des Kongresses stehen:

- Die Oktoberrevolution und ihre Bedeutung für die heutige Linke.
- Der Prager Frühling – Strukturbedingungen und Formen einer Systemkrise in Osteuropa.
- Produktionsziel: Reich entwickelte Persönlichkeit.

Zu diesen drei Themen sind jeweils Podiumsdiskussionen am 16., 17. und 18. November vorgesehen. Als Teilnehmer dieser Veranstaltungen sind u.a. Peter von Oertzen (Mitgl. des Bundesvorstands der SPD), Zdenek Mlynar (1968 Sekretär des ZK der KP der CSSR), Ernest Mandel (Sekretär der trotzkistischen „4. Internationale"), Felice Besostri (KP Italiens), Aldo Natoli (ehem. „il manifesto", Italien), Jiri Pelikan (1968 Leiter des Prager Rundfunks), Rudi Dutschke, Luciana Castellina (Abgeordnete der PdUP, Italien), Luigi Corvatta (Soz. Partei Italiens), Heinz Brandt, Oskar Negt (SB), Jürgen Fuchs (Schriftsteller aus der DDR), Werner Vitt (stellv. Vors. der IG Chemie, Papier, Keramik), Klaus Matthiesen (Fraktionsvors. der SPD in Schleswig-Holstein) angekündigt.

Neben den Podiumsdiskussionen soll es mehrere Arbeitsgruppen geben, u.a. über *Arbeiter und Intelligenz im Prozeß krisenhafter Aufbrüche in Osteuropa, Alternative einer sozialistischen Wirtschaft, die Rolle des Staatsapparates und der osteuropäischen KP'en, sozialistische Strategie und ihre Bedeutung für vorindustrielle Gesellschaften, Stalinismus und westeuropäische Parteien, das Wechselverhältnis von revolutionärem Reform-Prozeß in Ost- und Westeuropa.* Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sollen auf Vollversammlungen diskutiert werden.

Eingeladen zu dem Kongreß haben u.a.: Elmar Altvater (SB), Wolf Biermann, Rolf Berger (Präsident der TU Westberlin, Heinz Brandt, Rudi Dutschke, Ossip Flechtheim, Ernest Mandel, Klaus Mathiessen (SPD), Jakob Moneta (ehem. Chefredakteur der Zeitung der IG Metall), Peter von Oertzen (SPD), Gerhard Schröder (Bundesvorsitzender der Jusos).

Zum Abschluß des Kongresses soll am 19. November eine Solidaritäts-Kundgebung stattfinden.

E. A. Rauter im Clinch mit der DKP

Der Journalist E.A. Rauter, Mitglied der DKP, hat sich mit seiner Partei angelegt. In einem Buch „Über den Umgang mit Wörtern" und in einem Artikel in „das da-avanti" (Juni 78) kritisierte er unter dem Motto „**Phrasendrescher von links**" insbesondere die sprachlichen Exzesse in der DKP-Presse. Die DKP gab sich angesichts dieser herben Kritik halbwegs gelassen. Rauter sei *„ein bekannter Buchautor, ein kluger Genosse, den wir schätzen und dessen Arbeiten wir nicht unterschätzen"*. Leider aber auch *„ein Intellektueller, der nicht gerade an Minderwertigkeitskomplexen leidet"* und der *„noch viel zu lernen und sich anzueignen"* habe, nämlich *„vor allem das, was man den Klassenstandpunkt nennt"* (Fritz Noll, „UZ" vom 13.7.).

In „das da-avanti" vom November 78 meldete sich E.A. Rauter mit einer „**Antwort an meine Kritiker in der DKP**" erneut zu Wort. Er kommt dort zu sensationellen Thesen wie etwa: *„Die Ähnlichkeit zwischen uns und der SPD ist immer noch zu groß. Das erklärt, warum die Unzufriedenen nicht zu uns kommen - und wir noch welche abgeben -, sondern sich organisieren als ‚Bunte' und ‚Grüne'..."*.

Seinen Parteigenossen von der DKP wirft er vor, sie hätten von ihm wegen seiner Kritik *„Unterwerfung"* gefordert. *„Solche Genossen stellen ihre Eitelkeit über die Interessen der Arbeiterklasse"*. „**Wenn sie staatliche Macht hätte, gings mir jetzt drekkig**", schreibt Rauter über eine besonders rabiate DKP'lerin.

Rauter entwickelt in seinem Artikel ausgezeichnete Vorstellungen zur Offenlegung innerorganisatorischer Widersprüche: *„Warum sollte die Partei vor der Bevölkerung Geheimnisse haben, wenn die Bevölkerung die Partei ins Parlament bringen soll?... Ist die Bevölkerung zu dumm, bei der Erörterung der Methoden mitzudenken, die zur Verwirklichung ihrer Interessen nötig sein mögen?*

Wenn die Arbeit der Partei im Sinne der Bevölkerung ist, kann es in der Partei vor der Bevölkerung keine Geheimnisse geben ...

Wenn wir unsere politische Arbeit nicht vor der Bevölkerung besprechen, wie soll sie dann überprüfen, daß wir ihre Avantgarde sind? Die Bevölkerung muß Vertrauen zu uns bekommen können, das ist unmöglich, solange wir ihr nicht vertrauen...

Geheimniskrämerei ist, was alle machen, die SPD, die CDU usw., Geheimniskrämerei ist konterrevolutionär. Die Türen aufmachen, die Fenster aufmachen, die Schreibtische öffnen - das ist das Neue, das ist sozialistisch, das beweist die Identität der Interessen zwischen Partei und Bevölkerung besser als alle Propaganda. Wenn wir Schwächen haben: Raus damit an die Öffentlichkeit!".

Rauter hat Recht. Spätestens an dieser Stelle müßte er allerdings s e l b s t einmal problematisieren, daß er beispielsweise die DKP jahrelang mit gemachter, oberflächlicher Polemik gegen „die Chaoten" u.ä. bedient hat, die um keinen Deut besser oder gehaltvoller war als die Angriffe, denen er sich jetzt in der DKP ausgesetzt sieht. Warum will er nur die schmutzige Wäsche seiner Partei in der Öffentlichkeit waschen und nicht auch seine eigene?

Unabhängig von dieser Frage zeigt sich am ‚Fall Rauter', ähnlich wie vor einigen Monaten in der Polemik zwischen „konkret"-Herausgeber Gremliza und der DKP, daß es im intellektuellen Umfeld der DKP und unter der DKP immerhin wohlgewogenen Journalisten heftig zu bröckeln begonnen hat. Die selbstgefälligen Reaktionen der DKP auf solche Erscheinungen verstärken den Trend

Jakob Moneta

Gewalt und Gegengewalt

Der folgende Text ist ein Redebeitrag, der von Jakob Moneta, ehem. Chefredakteur der „Metall" (Zeitung der IGM), am 27.10. 1978 auf einer Veranstaltung in der Westberliner Technischen Universität gehalten wurde.

Ich hoffe, dass ich mich mit diesem Thema auf dem Boden der FDGO befinde. Ich weiss jedoch, dass ich mich auf dem Boden der historischen Wahrheit befinden werde – und das scheint mir mindestens ebenso wichtig zu sein.

Die moralischen Kategorien, in denen Gewalt von Terroristen in der BRD verurteilt wird, leiden an einem merkwürdigen Widerspruch.

Bis zum heutigen Tage wird – um nur ein Beispiel zu nennen – in der offiziellen sozialdemokratischen Geschichtsschreibung die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD im Deutschen Reichstag am 4. August 1914 nicht moralisch verurteilt. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten wird sogar heute noch – so etwa in einer vom SPD-Parteivorstand herausgegebenen Veröffentlichung „Hundert Jahre Sozialdemokratie" – als Beweis patriotischen Verhaltens gewertet. Die ärmsten Söhne Deutschlands waren eben auch die treuesten. Auch wenn es im 1. Weltkrieg um die Machtinteressen des Kaiserreichs ging für die Millionen hingeschlachtet wurden!

Dass die bürgerliche Geschichtsschreibung in ihrer überwältigenden Mehrheit kein Wort der moralischen Verurteilung für die Bewilligung der Kriegskredite findet, versteht sich von selbst. Da aber doch anzunehmen ist, dass Gewalt, wenn auch staatlich sanktioniert, im ersten Imperialistischen Weltkrieg eine gewisse Rolle gespielt haben dürfte, ist es immerhin ein auffallender Widerspruch, wenn man an die von den gewählten Abgeordneten des deutschen Reichstages verübte Missetat nicht den gleichen moralischen Maßstab anlegt wie an Erscheinungen des individuellen Terrors durch selbsternannte Rächer des Volkes.

In der Tradition der deutschen Sozialdemokratie findet man allerdings auch einen anderen Maßstab in der Behandlung des Problems der Gewalt, und zwar die Verwendung politischer und nicht nur moralischer Kategorien zu ihrer Beurteilung.

Unter dem Sozialistengesetz, als die Partei schwersten Verfolgungen ausgesetzt war, hat der Parteitag in St. Gallen (2.-6.10.1887) eine Resolution gegen den Anarchismus verabschiedet, deren Schwergewicht in der rücksichtslosen Verurteilung der anarchistischen Taktik lag, die der Arbeiterbewegung gewaltigen Schaden zufügte. In der Geschichte der Völker sei die Gewalt ebensogut, ja sogar häufiger ein reaktionärer als ein revolutionärer Faktor gewesen, ihre individuelle Anwendung führe nicht zum Ziel; sie sei vielmehr schädlich und verwerflich, weil sie das Rechtsgefühl der Massen verletze, hiess es in der Resolution von St. Gallen. Und dann ging es wörtlich weiter:

„Für die individuellen Gewaltakte bis aufs äusserste gereizter Verfolgter und Geächteter machen wir die Verfolger und Ächter verantwortlich; wir begreifen die Neigung zu solchen (Gewaltakten) als eine Erscheinung, die sich zu allen Zeiten unter ähnlichen Verhältnissen gezeigt hat, und die gegenwärtig durch bezahlte Lockspitzel für die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitenden Klassen genützt wird."

die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitenden Klassen genützt wird."

Dieser Schlußsatz kommentiert der Historiker der Sozialdemokratie, Franz Mehring, „verwahrte den Parteitag vor dem Verdacht in das Horn der bürgerlichen Ängstlichkeit zu stossen."

Heute hat die bürgerliche Ängstlichkeit so sehr überhand genommen, daß man sich gar nicht mehr traut, darüber nachzudenken, wo die eigentliche gesellschaftliche Wurzel des Terrorismus wohl liegen mag.

Daß die Attentate der deutschen Anarchisten ihre politische Wurzel im Sozialistengesetz hatten, daran erinnerte auch August Bebel in seiner Autobiographie „Aus meinem Leben". Er berief sich hierbei auf den nationalliberalen Abgeordneten mit dem beziehungsreichen Namen Freiherr von Stauffenberg, der im Reichstag bei der Beratung der Verlängerung des Sozialistengesetzes erklärt hatte, dieses Gesetz habe den Anarchismus verschuldet. Das also sagte damals ein nationalliberaler Bürger! Denselben Gedankengang wie den des Freiherrn von Stauffenberg enthielt, nur noch weit ausführlicher und gestützt auf zahlreiche Tatsachen der Bericht des Generalstaatsanwalts über die „anarchistischen Umtriebe" in der Schweiz vom Mai 1885. Nach Bebel bestätigte dieser Bericht nur, was die Sozialdemokraten im Reichstag wiederholt nachdrücklich erklärt hatten und zwar: *„Der Anarchismus war vor dem Erlass des Sozialistengesetzes ein in Deutschland fast unbekanntes Gebilde. Die Erbitterung, die das Gesetz hervorrief, war ein geeigneter Boden dafür, und – so Bebel – diese Erbitterung wuchs durch die brutalen Maßnahmen zahlreicher Polizeibehörden, die darauf berechnet schienen, die Betroffenen zu Gewalttaten anzureizen. Daß sie ohne das Sozialistengesetz nie zum Anarchismus gekommen wären, gestanden auch mehrere (anarchistische) Angeklagte selbst zu.*

Aber die Machtmittel, die das Gesetz der Polizei in die Hände gab, wurden für viele Beamte ein Reizmittel, sich als Staatsretter aufzuspielen. Die großen Geheimfonds, die ... zur Verfügung standen, ließen es auch bald genug als ein profitables Geschäft erscheinen, Verschwörungen anzuzetteln und Fanatisierte anzustiften, ihrem Haß gegen die Gewalthaber durch Attentatsversuche Befriedigung zu schaffen. Tatsache ist, daß bei all den Attentatsversuchen und Attentaten, die sich in den Jahren 1881 bis 1886 und noch später zutrugen, Polizeiagenten ihre Hände im Spiele hatten und die Anreger waren. Gelang es alsdann im geeigneten Augenblick, die Verschwörer auszuheben und zur gerichtlichen Verantwortung zu bringen, dann erschien die Polizei in der Glorlole des Staats- und Gesellschaftsretters, sie hatte ihre Unentbehrlichkeit, ja ihre Notwendigkeit erwiesen und es regnete Lob, Belohnungen und Ehrungen".

So weit August Bebel. Ohne in allem eine Parallele zwischen dem Anarchismus damals und dem Terrorismus heute ziehen zu wollen – das Sozialistengesetz traf schließlich die gesamte Arbeiterklasse, aus deren Reihen auch die meisten Terroristen kamen, ist die Frage nach den Ursachen der Erbitterung, die den Boden für die heutigen Erscheinungen des Terrorismus bereitet hat, ganz gewiß berechtigt.

Auch die Radikalenerlasse, die selektive Unterdrückungsmaßnahmen gegen wenige sind, aber indirekt hunderttausende berühren, sind sehr wohl dazu angetan, Gefühle von Haß gegen Gewalthaber zu erzeugen, die sich in vielfältiger Weise Befriedigung verschaffen könnten.

Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen anarchistische Attentäter, denen man durch die Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz einen so guten Boden bereitet hatte, galten aber nicht nur ihnen. Sie sollten in Wirklichkeit die gesamte militante Arbeiterbewegung treffen. Am 11. April 1886 erschien der Streikerlaß des preußischen Innenministers von Puttkamer, der die Sozialdemokratie der Agitation für den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung beschuldigte. Die Sozialdemokratie nutze an sich berechtigte Streiks für Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzung nur aus, um die *„Gemüter der ihren Verführungskünsten anheimfallenden Arbeitermassen allmählich auf einen gewaltsamen Losbruch vorzubereiten"*, hieß es in dem Streikerlaß. In seiner Rede vom 26.Mai 1886 ging von Puttkamer noch einen Schritt weiter. Er erklärte, hinter jeder größeren Arbeitsniederlegung lauere „die Hydra der Gewalttat und der Anarchie".

Hier wurde nun deutlich, daß der Kampf nicht nur der Anarchie, sondern auch den Streiks der Arbeiterklasse galt, gegen die in der Tat mit polizeilichem preußischen Pflichteifer vorgegangen wurde. Gegen den Bergarbeiterstreik im Jahre 1889 z.B. scheute man sich nicht einmal, Militär einzusetzen. Zahlreiche Tote und Verwundete, darunter auch Frauen und Kinder, wurden Opfer der staatlichen Gewalt.

Die Tradition brutaler Gewaltanwendung zur Erhaltung der Vorrechte der herrschenden Klassen ist uns in Deutschland ungebrochen erhalten geblieben. Und zwar auch nach der Beseitigung des Kaiserreichs, die bekanntlich dem unglücklichen Zufall zu verdanken war, daß der Sozialdemokrat Phillip Scheidemann am 9.November 1918 sich gegen die Absichten von Friedrich Ebert dazu hinreißen ließ, die bürgerliche Republik auszurufen, um Karl Liebknecht, der die Sozialistische

bürgerliche Republik auszurufen, um Karl Liebknecht, der die Sozialistische

Republik proklamiert hatte, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

In einer Statistik der politischen Morde in der Weimarer Republik hat der Politikwissenschaftler Prof. Gumbel

- allein für die Jahre 1918 bis 1922 eine Gesamtzahl von 376 Mordtaten aufgespürt.
- 354 politische Morde wurden von 1918 bis 1922 in der demokratischen Weimarer Republik von Rechtsstehenden begangen und 22 von Linksstehenden.
- Ungesühnt blieben 326 Morde der Rechten und 4 der Linken.
- Die Dauer der Einsperrung je Mord betrug für die Rechten 4 Monate, für die Linken 15 Jahre.
- Hingerichtet wurden 10 Linke für 22 Morde und kein einziger Rechter für 354 Morde!

Tausende durch die „Freikorps", von fanatisierten Studenten, die sich ihnen anschlossen und von der regulären Armee ermordete Arbeiter und Soldaten in der Periode der Liquidierung der revolutionären Bewegungen der Arbeiterklasse in den Jahren 1918 bis 1923, sind in der Rechnung von Prof. Gumbel nicht einmal enthalten.

Jedenfalls ist die heute so häufig vorgebrachte Behauptung, die Weimarer Republik sei daran zugrunde gegangen, weil sie nicht den Mut hatte, gegen die „Radikalen von rechts und links" die Gewalt der Gesetze und die nackte Gewalt einzusetzen, eine grobe Lüge. Die Weimarer Republik hat die radikale Linke sehr wirksam und äußerst gewalttätig mit allen Mitteln bekämpft. Sie hat gleichzeitig alles getan, um den Rechtsradikalen den Weg zur Macht zu ebnen.

Offenbar sind aber auch in der Bundesrepublik die guten und ehrbaren Traditionen deutscher Richter und Gerechtigkeit nicht ganz untergegangen, die Linken zu strafen und Rechten zu schonen und zu hätscheln. War es doch kürzlich der Bundesjustizminster Dr. Vogel in höchsteigener Person, der auf die Gefahr lückenhafter Strafverfolgung und ungleicher Rechtsanwendung bei Staatsschutzverfahren im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aktivitäten hingewiesen hat.

Eine Anfrage bei den Landesjustizverwaltungen habe ergeben, erklärte Minister Vogel, daß in der Zeit vom 1.Januar 1975 bis zum 31. Juli 1978 insgesamt 750 Straf- und Ermittlungsverfahren nach dem Paragraphen 86 des Strafgesetzbuches – also wegen Verbreitung von Propaganda verfassungswidriger Organisationen – und § 86 a – Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen – anhängig waren.

Obwohl sich der Strafrahmen für beide Paragraphen, die Nazis und Neo-Nazis betreffen, zwischen Geldstrafe und Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bewegt, verhängten in mehr als dreieinhalb Jahren die Gerichte in 16 Fällen – von 750! – Freiheitsstrafen. Lediglich in zwei Fällen (je einmal 15 Monate und sechs Wochen) mußten die Verurteilten die Strafe verbüßen. In den übrigen 14 Fällen (die Urteile lagen zwischen vier und neun Monaten Freiheitsstrafe) wurde die Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt. In 38 Fällen wurden Geldstrafen zwischen 125 DM und 5400 DM verhängt. In 142 Fällen sind die Verfahren wegen Verdachts strafbarer NS-Aktivitäten eingestellt worden.

Vergleicht man hiermit die Eifrigkeit, mit der die Stellungnahmen zum Buback-Nachruf, oder die Agit-Drucker verfolgt werden – und es gibt hunderte Fälle, in denen zu Unrecht als „Sympathisanten" Verdächtigte Wochen oder Monate unschuldig in Haft saßen, so kann man nur bestätigen: ein Teil des Justizapparates, offensichtlich ein recht großer, hat wieder die ausgetretenen Pfade der Justiz der Weimarer Rupublik betreten, die so glitschig waren, daß man leicht in den Abgrund des Dritten Reiches rutschen konnte. Was denn auch die überwältigende Zahl der deutschen Richter, Staatsanwälte, Justizbeamten mühelos bewältigt hat.

Daß die organisierte Arbeiterbewegung, die gewerkschaftliche, die sozialistische, die marxistische, die kommunistische den individuellen Terror als Kampfmethode stets verurteilt hat, weil er zur Erreichung des politischen Zieles unwirksam, folgenlos ist, dürfte sich vielleicht sogar bis zu deutschen Richtern herumgesprochen haben. Dennoch wurde selten versäumt, das Arsenal von Gesetzen, das angeblich nur der Bekämpfung des Terrors dienen sollte, auch gegen militante Linke einzusetzen. Es dürfte gewiß auch kein Zufall sein, wenn in der letzten Tarifbewegung der IG Metall in Baden-Württemberg die Arbeitgeber Forderungen nach kollektiver Absicherung gegen Abgruppierung als verfassungswidrig brandmarkten, weil diese Forderung einen Angriff auf den Gewinn und damit auf das verfassungsmäßig geschützte Eigentum darstellt. Hiermit sollten auch die Gewerkschaften langsam in die verfassungsfeindliche Ecke gedrängt werden.

Der individuelle Terror wurde von der revolutionären Arbeiterbewegung, zu der auch die Sozialdemokratie von August Bebel gehörte, politisch auch dann verurteilt, wenn er ihr moralisch gerechtfertigt erschien. So etwa die zahlreichen Attentate gegen die brutalen Polizeischergen des Zarismus, oder den Zaren selbst. Schließlich hat sogar Friedrich Adler, der Sohn von Viktor Adler, Gründer und Führer der österreichischen Sozialdemokratie 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh, aus moralischem Protest gegen dessen Kriegspolitik erschossen. Friedrich Adler wurde zum Tode verurteilt, nach der Revolution von 1918 amnestiert und war später immerhin Se-

verurteilt, nach der Revolution von 1918 amnestiert und war später immerhin Se-

kretär der sozialistischen Internationale.

Die politische Verurteilung des individuellen Terrors ging davon aus, daß diese „Propaganda der Tat" die Massen weder überzeugen, noch mitreißen kann. Nur durch ihre eigene kämpferische Erfahrung, durch ihre eigene Aktion, durch ihre Selbsttätigkeit können sie ihr entfremdetes Bewußtsein abstreifen, können sie zu Kämpfern der Arbeiterbewegung für eine neue, eine menschliche, eine sozialistische Gesellschaftsordnung werden. Es rettet sie eben kein höheres Wesen, kein Gott, kein König, kein Tribun, und sich aus dem Elend zu erlösen – auch dem psychischen und dem politischen – das können sie nur selber tun.

Der politische Mord, der an Vertretern der herrschenden Klassen oder ihrer Schergen verübt wird, mag Ausdruck der persönlichen Empörung über Unrecht sein. Aber die revolutionäre Bewegung kann nur siegen, wenn sie die Bedingungen beseitigt, die das tägliche Unrecht hervorbringen, nicht aber die Menschen, die es repräsentieren.

Das aber darf uns nicht daran hindern, die Heuchelei aufzudecken, die darin liegt, daß Gewalt, die sich eines „linken" Vokabulars bedient, von denen mit Schaum vor dem Mund angeprangert wird, die den Massenmord der Rechten, die Massenmorde der Nazis, auch heute noch nur mit Bauchschmerzen erwähnen, und sie am liebsten ganz in die historische Vergessenheit versenken möchten. Es sind die gleichen, die zulassen, daß Prozesse gegen die Henker und Mörder in KZs und Vernichtungslager zur Farce werden, daß Sympathisanten der Nazis als Rechtsanwälte die Opfer der Nazis, die als Zeugen auftreten, offen verhöhnen können. Und sind es auch nicht jene, die nach 1945 die 131er – die Beamten, die den Nazis treu gedient haben, die ihre Blutgesetze ausgetüftelt haben, die ihre Lehrer, ihre Professoren, ihre Richter, ihre Ideologen und ihre ergebenen Diener und Schergen waren, pauschal in den Staatsdienst übernommen haben, aus dem sie heute ihnen verdächtige Linksradikale entfernen wollen.

Wir würden auch heucheln, wenn wir verschweigen würden, daß die Gewalt zwar meist eine reaktionäre, eine konterrevolutionäre Rolle in der Geschichte gespielt hat, aber keineswegs immer. Wären nicht die puritanische englische Revolution, der amerikanische Befreiungskrieg gegen die Engländer, der Kampf um die Befreiung der Südstaaten Amerikas, oder die französische Revolution gewesen, wir wüßten heute weder was Demokratie, noch was Freiheit der Rede oder der Versammlung ist – und diese Veranstaltung hier wäre völlig unmöglich gewesen!

Es war Mark Twain, einer der ehrlichsten und aufrichtigsten amerikanischen Schriftsteller und Journalisten, ein wahrhafter Verfechter der amerikanischen Demokratie, der über die Schreckensherrschaft der französischen Revolution in seinem Buch „Ein Yankee am Hofe König Artus", folgendes schrieb: *„Es gab zwei Schreckensherrschaften, wenn wir uns nur daran erinnern und es erwägen würden. Die eine verübte Mord in heißer Leidenschaft, die andere bei herzlos kaltem Blute, die eine dauerte bloß Monate, die andere hatte tausend Jahre gedauert, die eine verhängte Tod über zehntausend Personen, die andere über hundert Millionen, aber unser Schaudern gilt nur den Schrecken des raschen Todes durch das Beil, verglichen mit dem lebenslangen Schrecken durch Hunger, Kälte, Schimpf, Grausamkeit und an gebrochenem Herzen? .... Trotz allem scheinheiligen Gewinsel vom Gegenteil hat noch kein Volk der Welt jemals durch gemütliches Zureden und moralische Überredung seine Freiheit erlangt, da es ein unabänderliches Gesetz ist, daß jede Revolution, die Erfolg haben will, mit Blutvergießen beginnen muß, wenn auch nachher vielleicht etwas anderes genügt."*

Gewiß, die Verteidigung der französischen, der amerikanischen, der englischen Revolution, ganz zu schweigen von der russischen, sie klingt gerade jenen entsetzlich, die sich gegen den blutigen Terror der Nazi-Konterrevolution niemals aufgebäumt haben.

Daß bei uns die Demokratie nicht das Ergebnis des revolutionären Kampfes der deutschen Bourgroisie war, daß diese deutsche Bourgeoisie ihren Nacken hinhielt, damit er den Stiefeln der Junker als Fußschemel dient, daß diese Bourgeoisie 1918 nur dank einer unterbrochenen Arbeiter-und Soldatenrevolution und 1945 nur von außen aufgezwungen demokratischen Freiheiten verpasst bekam, das macht sie so unsicher und manchmal so hinterhältig im Umgang mit dem Instrument der demokratischen Freiheiten, das macht dieses Instrument in ihren Händen so gebrechlich!

Wenn man Einschränkungen der demokratischen Freiheiten damit begründet, der Mißbrauch dieser Freiheiten durch Terroristen könne die Demokratie in Gefahr bringen, übernimmt man in Wirklichkeit die Logik des individuellen Terrors. Denn diese Logik geht doch davon aus, daß es durch Mißbrauch der demokratischen Freiheiten, durch Anwendung der Methoden der individuellen Gewalt tatsächlich gelingen könnte, die bürgerliche Gesellschaft umzustülpen, eine soziale Revolution durchzuführen, was wir strikt verneinen, was wir für unmöglich halten!

Wenn man Radikale aus dem Öffentlichen Dienst fernhält mit dem Argument, sie seien eine Gefahr für die Demokratie, so tut man so als wären öffentlich Bedien - stete tatsächlich in der Lage, diesen Staat,

so tut man so als wären öffentlich Bedien - stete tatsächlich in der Lage, diesen Staat,

diese Gesellschaftsordnung um und um zu kehren. Aber wann hat es jemals eine soziale Revolution gegeben, die von Staatsdienern gemacht wurde? Wenn die Nazis mit terroristischen Methoden die Weimarer Republik wirksam unterhöhlen konnten, so nicht wegen ihrer Anwendung von Gewalt, sondern weil die Demokratie durch die Wirtschaftskrise, die Millionenarbeitslosigkeit und der fast widerstandslosen Hinnahme der Massenarbeitslosigkeit durch die Gewerkschaften, bereits erschüttert war! Aber diese Krise war weder das Werk der Nazis, noch der Kommunisten, sondern sie entsprang der inneren Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Übrigens: Wenn die Nazis keine Bankeinbrüche zu machen brauchten, um sich zu finanzieren, so darum, weil ihnen die Safes und die Tresore bestimmter Großindustrieller und Banken freiwillig geöffnet wurden, um sie mit Millionenspenden zu füttern. Und das vor allem in dem Augenblick, als ihre Massenbasis zu schwinden begann, sie in den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 rund 2 Millionen Stimmen verloren und ihre Kassen leer waren.

Dennoch: Das Argument, die Einschränkung der demokratischen Freiheit sei nötig, um ihren Mißbrauch zu verhindern, hat seine innere Logik, wenn es nicht auf die Terroristen, nicht auf den öffentlichen Dienst, sondern auf eine durch die kapitalistische Krise in Unruhe geratene Arbeiterklasse angewendet wird.

Die volle Ausnutzung der Redefreiheit, der Versammlungsfreiheit, der Organisationsfreiheit und vor allem der Streikfreiheit in einer schweren Wirtschaftskrise, kann tatsächlich die jetzige Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsordnung erschüttern, die der Bourgeoisie als einzig möglicher Garant der Freiheit gilt, weil sie ihr die freie Marktwirtschaft garantiert.

Es kann keine Zweifel mehr darüber geben, daß die verschiedenen Maßnahmen, die sich scheinbar nur gegen radikale Minderheiten richten, in Wirklichkeit Präventivmaßnahmen gegen eine mögliche radikale Mehrheit sind, die sich heute allerdings noch nicht betroffen fühlt!

Dies, obwohl man auch in der Gewerkschaftszeitung METALL unter dem Titel: „Auf dem Weg in den Überwachungsstaat" – mit Fragezeichen – das lesen konnte: *„Was in den letzten anderthalb Jahren alles an zwielichtigen Kontrollpraktiken, Überwachungsmaßnahmen, Bespitzelungen, Bevormundungen und selbst Einschüchterungen ans Tageslicht kam, läßt sich nicht mehr mit dem Hinweis abtun, hier seien Mißstände eingerissen oder es läge persönlicher Mißbrauch staatlicher Macht vor. Wer trotz allem noch nicht glauben will, daß in diesem Staat ein planvoller Abbau von Freiheitsrechten eingesetzt hat, der wird doch immerhin die Frage ernsthaft diskutieren müssen, ob sich die Polizei-Staatsschutz- und Geheimdienstapparate verselbständigt haben, längst außerhalb der Legalität operieren und, wenn diese Illegalität öffentlich festgestellt wird, sie von den politisch Verantwortlichen gedeckt und gerechtfertigt werden."*

Und dann berichtet METALL: *„Seit März dieses Jahres wissen wir aber auch, das, was zuvor nur eine, wenn auch begründete Vermutung war: Geheimdienste, wie der Verfassungsschutz, kontrollieren nicht nur jeden, der irgendwie auffällt und von verfassungsmäßig garantierten Rechten Gebrauch macht, sie stellen ihre Erkenntnisse auch privaten Arbeitgebern zur Vergügung, also nicht nur dem Staat und seinen Einstellungsbehörden.*

In Hamburger Betrieben, aber auch anderswo, gibt es teilweise seit 20 Jahren eine lebhafte Zusammenarbeit zwischen den Personalchefs und dem Verfassungsschutz, und zwar keineswegs nur in sicherheitsempfindlichen Bereichen. Bereitwillig und unter Bruch der gesetzlichen Bestimmungen rückt diese Sicherheitsbehörde „Erkenntnisse", also Daten heraus, die nicht nur willkürlich zusammengetragen sein können – eine Nachprüfung ist de facto unmöglich – sondern ebenso willkürlich Konsequenzen haben. Wenn, wie geschehen, eine Frau entlassen wird, weil ihr Mann DKP-Mitglied ist, so ist das nichts anderes als Sippenhaftung, wie sie im Dritten Reich praktiziert wurde. In einem Rechtsstaat unerhört ist es aber, daß die politisch Verantwortlichen, wie beispiels-

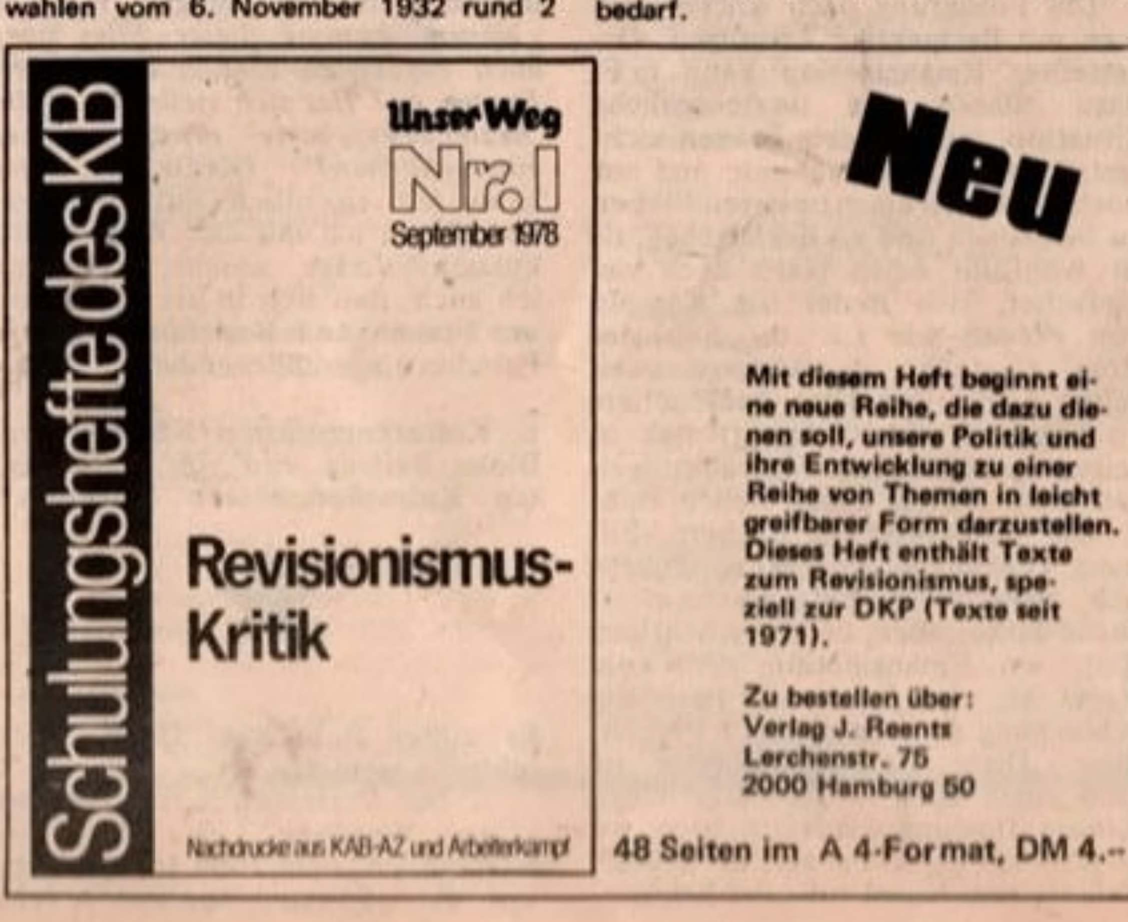
Rechtsstaat unerhört ist es aber, daß die politisch Verantwortlichen, wie beispiels-

weise der Hamburger Innensenator, keinen Anlaß sehen, dieses gesetzwidrige Treiben zu unterbinden, also ihrem Treueid nachzukommen."

Erst wenn es uns gelingt in den Köpfen der Arbeitenden zu verankern, daß alle Methoden der Schnüffelpraxis, der Einschüchterung, die uns daran hindern sollen, unsere demokratischen Rechte auch wahrzunehmen, Gewalt der herrschenden Klassen darstellen, die sich letzten Endes gegen die Arbeiterklasse wenden werden.

Erst, wenn es uns gelingt, den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Abbau demokratischer Rechte und der drohenden Gefahr eines „starken Staates" klar zu machen, erst dann kann dieses neue Bewußtsein der Arbeiterklasse zur materiellen Gewalt werden, die es in der Tat vermag, diese Gesellschaftsordnung zu revolutionieren.

Das ist die einzige Form der Gegengewalt, die der Gewalt der herrschenden Klasse wirksam entgegentreten und den Weg freimachen kann für eine klassenlose Gesellschaft, die der Gewalt nicht mehr bedarf.





Betr. Filmbesprechungen im AK

Im AK 140, S. 31, veröffentlichten wir zwei Kritiken zu Filmbesprechungen im AK. Wir setzen hier die Diskussion mit zwei weiteren Stellungnahmen fort.

•••

In meinem Artikel möchte ich nicht auf einzelne inhaltliche Aspekte des Films „Die Spitzenklöpplerin" eingehen, die von den Autoren der beiden Diskussionsbeiträge im AK 140 anders verstanden wurden, als ich sie in meiner damaligen Filmbesprechung (AK 138) eingeschätzt hatte, weil ich meine, daß man gewisse Dinge wohl einfach unterschiedlich interpretieren kann. Ich habe weniger das Interesse, ein Hin und Her um Einzelaspekte zu beginnen, sondern möchte vielmehr die Herangehensweise der Genossen an diesen Film und ihre damit verbundene Grundeinschätzung untersuchen.

Die Autoren der Kritik I meinen: „*Hier wird ein reaktionäres, frauen-*

Die Autoren der Kritik I meinen: „*Hier wird ein reaktionäres, frauenfeindliches Bild von der anspruchslosen, aufopfernden Frauenliebe gezeichnet, wie es schon seit Ewigkeiten existiert*". Und weiter: „*Was in diesem Film, sicher nicht zufällig, völlig fehlt, ist auch nur die Andeutung einer anderen Lösung, als d e r, sich gegen dieses Leiden zu empören ... Es fehlt völlig an Ansätzen für irgendeine eigenständige Handlung von B., für irgendeinen Versuch ihrer Empörung oder gar Emanzipation von ihrem Leiden ...*"

Wenn ein Film das Leben einer „normalen" Frau, ihre Unterdrükkung, ohne Beschönigung beschreibt und darstellt, wie sie kaputtgemacht wird und an ihrer Situation zugrunde geht, so ist das keineswegs reaktionär, sondern es ist ganz einfach die Beschreibung der Lebenssituation von Millionen Frauen, die durch ihre Darstellung im Film zu Diskussionen anregen kann. Die Frauenfilme, in denen bewußte Frauen gezeigt werden, die es geschafft haben, mit ihrer Situation fertig zu werden, mögen ja ganz schön sein und sie geben auch Mut zum Aufbegehren, gehen aber sicherlich an der konkreten Situation der „normalen" Frau vorbei. Denn welche Frau kann sich schon z.B. mit den Frauen von „Julia" identifizieren?

Die Forderung nach solchen Filmen mit Perspektive, Lösungen, dargestellter Emanzipation kann m.E. dazu führen, die unmenschliche Situation, mit der viele Frauen nicht fertig werden, zu vergessen und nur noch die tollen emanzipierten Frauen zu bestaunen und zu beklatschen. Es ist wohl für einen Mann auch viel einfacher, sich hinter die Kämpfe von Frauen wie z.B. in „Salz der Erde" zu stellen, als mit der verzweifelten Lage einer Frau konfrontiert zu werden, wobei man(n) sich in seinen persönlichen Verhaltensweisen wohl eher in Frage stellen muß.

Die Forderung, in Büchern, Filmen, Theaterstücken usw. ausschließlich erfolgreiche Emanzipationsversuche darzustellen, ist in der heutigen Zeit, wo Emanzipation nicht die Regel ist, eine Forderung nach Beschönigung der bestehenden Verhältnisse. Diese Herangehensweise ist zum einen auch in der bürgerlichen Kunstauffassung wiederzufinden, wo es ja üblich ist, Kunst als „Erbauung" aufzufassen: Kunst soll „das Schöne" darstellen, zur Erheiterung dienen, die Menschen ablenken und sie nicht mit dem „Schlechten", dem „Häßlichen", dem Leid konfrontieren. – Zum anderen ist diese Forderung auch Grundlage des „sozialistischen Realismus", wo praktisch nur gezeigt werden darf, wie die Welt vielleicht sein s o l l t e – und wo z.B. das Bild eines DDR-Malers, das besoffene Arbeiter auf einem Betriebsfest darstellt, Proteststürme hervorrief.

Besonders deutlich wird das Ignorieren der bestehenden Situation in dem Beitrag von Jürgen aus Göttingen: „ ... *Ein Sujet also* (Das Zerbrechen einer Frau an einer Beziehung – Anm. d. Verf.), *wie es in unzähligen Trivialromanen anzutreffen ist. Nur, wo früher die Köchin, die den Grafen von Falkenstein nicht bekam, ins Wasser zu gehen hatte, da landet sie heute in der Psychiatrie*". – Hier kommt eine totale Verachtung von Frauen zum Ausdruck, die mit ihrer Beziehung und ihrer Umwelt nicht fertig werden. Jürgen geht in seinem Plädoyer für

ihrer Umwelt nicht fertig werden. Jürgen geht in seinem Plädoyer für

die Schuldlosigkeit des Mannes aber noch weiter: „*Die AK-Besprechung erklärt das Scheitern der Beziehung aus der Unfähigkeit, ‚andere Menschen als gleichwertige Partner zu akzeptieren' ... Offensichtlich ist aber, daß das, was ein Verstehen notwendig voraussetzt, eine gemeinsame Kommunikationsbasis nämlich, gar nicht oder nur rudimentär vorhanden ist. Beide leben in ganz verschiedenen Welten, Klassen, und h i e r ist das Scheitern ihrer Beziehung zu suchen*". Also, wenn der leitende Angestellte seine (Arbeiter-)Frau kaputt macht, soll man ihn bitte deswegen nicht kritisieren, denn der Arme kann ja gar nicht anders. Tja, Jürgen, das machst du auch nicht wieder wett, indem du mir irgendwelche Marx-Engels-Zitate um die Ohren haust.

Die Schuld allein bei der Frau zu suchen, in ihrer Unfähigkeit, sich zu wehren, das ist auch das Prinzip der Autoren von Kritik I. Mit keinem Wort beleuchten sie in ihrem Beitrag kritisch das Verhalten von Francois (Die männl. Hauptfigur des Films – Anm. AK). Im Gegenteil: „*Weder Mutter, noch Freundin, noch Francois (ansonsten z. T. sehr aufgeschlossene und verständige Freunde) ... können ihre helfen*". Der Unterdrücker als verständiger Freund! „*Warum kommt dieser Film aber auch bei vielen Linken und linken Frauen an? Hat sich vielleicht in die ‚Beziehungsdebatte' etwas Falsches eingeschlichen?*" (Kritik I). Das kann ich eigentlich nur zurückgeben. Wenn ich mir diese beiden Diskussionsbeiträge ansehe, befürchte ich auch, daß sich in die Diskussion um Frauen und Beziehungen etwas Falsches eingeschlichen hat!

E., Kulturkommission (KB Hamburg)
Dieser Beitrag wird von der gesamten Kulturkommission unterstützt.



Es sollten m.E. zwei Dinge unterschieden werden:

1. Das Verlangen nach einer „positiven Wendung" im Film. D.h. letztendlich, dem Film (es geht hier um die „Spitzenklöpplerin") fehlt es an einem Ende, das dem/der Kinogänger/in so das richtig schöne Gefühl gibt: „Da hast du was gelernt, so mußt du's auch machen, dann klappt das schon." –

War es früher das „happy end", so wird heute anscheinend – von den Briefschreiber/innen – gefordert, man solle doch gefälligst eine emanzipatorische Lösung bieten oder zumindest andeuten?

2. „*Filmkritik in einer kommunistischen Zeitung hat die Aufgabe, die in den Filmen vertretene Ideologie ... zu untersuchen ... ihren Klassencharakter zu e r k l ä r e n.*" So der Leserbriefschreiber 2.

Hier wird m.E. verlangt, die gesamte bürgerliche Filmbranche „mal eben" einzuordnen und zu erklären. Das wäre vielleicht noch einfach. Problematisch wird das erst bei jedem einzelnen Film. Man kommt nämlich doch nicht darum herum, sich zu fragen: Was will die Filmemacherin/der Filmemacher mit dem Produkt ausdrücken? Was vielleicht nicht? (Ich glaube, es ist klar, daß wir uns jetzt nicht über „typische" Hollywoodprojekte u.ä. streiten). Ich frage den Schreibervon Kritik 2, wie er z.B. bei dem Film „Tatis Schützenfest" den „Klassencharakter erklären" will?

Wenn man's platt machen will, kann man schreiben, der Film lenkt ab von der Wirklichkeit. Man kann lachen – z.T. über die Fehler anderer Menschen – nur mit dem Leben, mit dem Klassenkampf hat das alles nichts zu tun. Im Gegenteil, der Film lenkt ab davon. Er verschafft „ein paar schöne Stunden" im Kino.

Alles klar?

Ich meine, daß Punkt 1 und 2 zusammengehören. Und zwar aus folgenden Gründen:

„*Wir brauchen weder Märchen noch Fabeln, wir brauchen das Leben, so dargestellt, wie es ist*" (Tretjakov).

Es gibt einen Teil – leider eine Minderheit – von Filmemacher(innen), die gerade das versuchen. Natürlich kann man das auf verschiedene Art und Weise. Bei „Katharina Blum" z.B. war eine „Lösung" vorhanden. Die Frage ist nur, ob sie beispielhaft war, ob man aus ihr etwas lernen konnte.

Bei „Warum nicht!" war keine Lösung da. Da geht man aus dem Kino raus und muß selber nachdenken. Nämlich über seine eigene Beziehung, über das eigene Rangehen. Über Vorurteile etc. Warum nicht?

Ähnlich bei „Deutschland im Herbst". Aus dem Film geht man eigentlich, ohne irgendwo eine Antwort gefunden zu haben. Da muß

eigentlich, ohne irgendwo eine Antwort gefunden zu haben. Da muß

man sich schon selber mit dem eigenen Erleben auseinandersetzen. Da mußt du schon diesen Herbst 77 irgendwo einordnen. Erst dann kann man den Film auch „unterbringen".

Geht man „klassenmäßig" daran, so wird sich schnell herausstellen, daß darin zur Gewaltlosigkeit aufgerufen wird, und das vor dem Hintergrund völliger Perspektivlosigkeit von Widerstand! Das kann „für uns" – die AK-Leser(innen) – doch keine Perspektive sein! Oder?

Geht man s o an Filme heran – anscheinend tun das ja etliche von den Kommunisten – dann muß man leider dem bürgerlichen Kino fernbleiben. Dann haben uns die Filme wirklich nichts mehr zu sagen, dann sind wir schon weiter.

Andererseits – und dieser festen Überzeugung bin ich – zeigen uns gerade solche Filme Dinge, die gerade wir s o früher nicht gesehen haben („Deutschland im Herbst", den wir doch „so gut durchblickt" haben, oder „Warum nicht", wo unsere Beziehungen doch so „klar" sind).

Ähnlich sieht es mit der „positiven Wendung" aus. Warum eigentlich soll der Zuschauer/die Zuschauerin immer die Antwort geliefert kriegen?

Warum sollen wir nicht auch mal die Wirklichkeit – so beschissen und frauenfeindlich sie nun mal ist – für 90 Minuten konzentriert im Kino sehen?!

Für sinnvoll halte ich es, das zu sehen und dann – ob einzeln oder gemeinsam (gemeinsam ist besser) – darüber nachzudenken und zu diskutieren. Ich hasse es, Filme mit „fertigen Aussagen" geliefert zu bekommen.

Ich möchte nämlich an einem Film irgendwie beteiligt sein. D.h. ich möchte meine eigenen Schlüsse ziehen können. Diskutieren können mit Menschen, die vielleicht aus dem Film andere Schlüsse ziehen.

In diesem Sinne bin ich für „Zuschauer-Kino", denn ich denke, ein Film ist solange nicht abgeschlossen, solange nicht die Zuschauer sich ihr Urteil, ihr Fazit daraus gezogen haben.

Der Zuschauer ist – das halte ich für eine richtige Konzeption – nämlich ebenso Produzent wie der Filmemacher. Er soll seine Erfahrungen, seine Welt in Beziehung setzen mit dem Film. Daher „prodziert" er eventuell ganz andere Ergebnisse, ganz andere Lehren als sein Nachbar.

Darum will ich keine „positiven Wendungen" und keine – zwangsläufig oft platten – „klassenmäßigen Bestimmungen"!

„*Die Menschen anzuregen, ihre Stimmung im Zusammenhang mit irgendeinem konkreten Erkennen zu steigern – das ist eine große Kunst*" (Tretjakov).

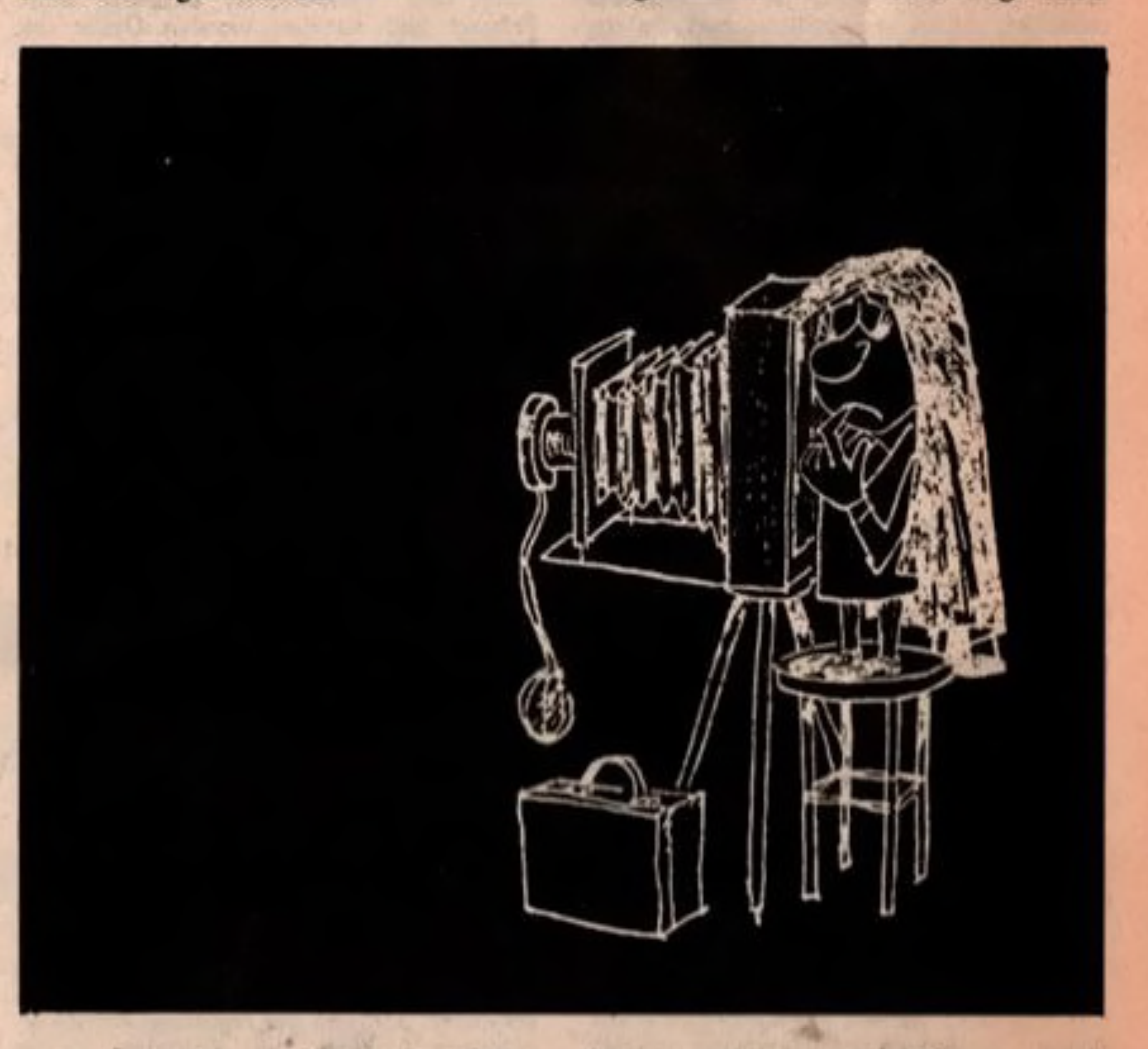
Ich wünsche mir, daß die Kunst weiter „Blüten" treibt und diese „Blüten" auch im AK besprochen werden!

Hartmut, KB Hamburg



In der Diskussion über die Filmkritiken im AK 140 hatte Jürgen aus Göttingen zurecht eine qualitative Verbesserung der Filmkritiken gefortert. Als Aufgabe kommunistischer Filmkritik hatte er wie folgt formuliert: „Filmkritik... hat die Aufgabe, die in den Filmen vertretene Ideologie auf ihre materielle Basis hin zu untersuchen, sie vom Kopf auf die Füße zu stellen, ihren Klassencharakter zu erklären." Weiterhin „hat die Kritik zu klären, was wir... auch von bürgerlichen Filmen lernen können."

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Realisierung dieser Forderung stellen, liegen darin, daß Filmkritik (und das betrifft darüber hinaus den gesamten Bereich der Kultur) bei uns noch in den Anfängen steckt und das die hierfür notwendigen Kriterien noch nicht entwickelt wurden. Was für die politische Arbeit sonst selbstverständlich ist, nämlich z.B. die Schulung der Klassiker, fehlt für den Kulturbereich völlig. Hier gilt es anzusetzen. In der Auseinandersetzung mit den Positionen Brechts, Tretjakovs, Dario Fos und auch P.P. Zahls sehe ich z.B. eine Möglichkeit, sich g r u n d l e g e n d e K r i t e r i e n zu erarbeiten (woran ich mich übrigens beteiligen würde). Das Fehlen grundlegender Kriterien ist mir u.a. besonders an der reichlich liberalen Filmbesprechung von „Warum nicht?" aufgefallen. Außerdem halte ich es für wichtig, sich mit diesem Film auseinanderzusetzen, da viele Genossinnen und Genossen über diesen Film begeistert waren oder ihn zumindest gut fanden.



In der Besprechung des Films wird vor allem die „*Offene und gleichzeitig wirklich gute Darstellung von Beziehungen* " hervorgehoben. Wie offen und ehrlich sind diese Beziehungen denn überhaupt? Bei näherem Hinsehen erscheint diese schöne „Offenheit" doch als ziemlich begrenzt. Die offen ausgetragenen Differenzen betreffen Haushalt, nachlässig betriebene Arbeitssuche und ähnliches. Nach so einem Krach liegt man sich sehr schnell wieder in den Armen. Die Beziehungen werden ansonsten als problemlos dargestellt, Widersprüche treten kaum oder überhaupt nicht auf. Das Gefühlsleben scheint relativ unkompliziert abzulaufen - erstaunlich bei diesen nicht gerade alltäglichen Beziehungen!

Diese dargestellte Harmonie ist Resultat einer oberflächlichen, völlig unpolitischen Herangehensweise an die dargestellte Thematik: Coline Serreau, die Regisseurin, vermeidet es, die Wohngemeinschaft mit dem kapitalistischen Alltag zu konfrontieren. Nur notgedrungen, wenn es ums Geldverdienen geht, begeben sich der Jazzmusiker und die Frau in den Alltag, um anschließend wieder schnell ins alternative Leben zu flüchten. Gerade Szenen „am Rande" machen dies deutlich: Bullen sind zwar etwas dämlich, ansonsten aber so lieb und nett wie in einem bürgerlichen Lustspiel – noch dazu mit einer heimlichen Liebe fürs alternative Leben ausgestattet.

Die Begegnung der drei WG-Mitglieder mit ihrer Vergangenheit - Ehe und kaputtes Elternhaus - werden dem alternativen Leben unvermittelt gegenübergestellt. Sie dienen nicht dazu, die „Geschichte" der WG-Mitglieder bzw. ihre Entscheidung für das alternative Leben als Ergebnis einer Entwicklung aufzuzeigen. Kaputtes Elternhaus und verlogene kleinbürgerliche Ehemoral sind nur da, um das alternative Leben in schönem Licht zu zeigen.

Weil C. Serreau ihren Figuren jede nur ernsthafte Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Wirklichkeit und mit ihren Gefühlen und Gewohnheiten erspart, wirken die dargestellten Beziehungen ausgesprochen statisch. Nichts – so wird dem Zuschauer nahegelegt – kann dieses schöne alternative Idyll in Frage stellen. Die Beziehungen werden dem Zuschauer als etwas Fertiges, nicht Angreifbares, „Normales" vorgestellt. Sie ermöglichen ihm nicht, Verbindungen zur eigenen alltäglichen Erfahrung herzustellen, geschweige denn einen Vorschlag zur Veränderung der eigenen alltäglichen Lebenspraxis mit auf den Weg zu nehmen. Wie sollte es auch möglich sein, in der Isolation, der Abkehr vom kapitalistischen Alltag, offene und ehrliche Beziehungen zu entwickeln? Diese Sensibilität ist nur langfristig zu erreichen durch ständige Auseinandersetzung mit dem ganzen Wust von Empfindungen und Ängsten, die sich „*durch ihre Wiederholung automatisiert haben, die zur Gewohnheit geworden sind und äußerste Zählebigkeit besitzen*" (Tretjakov).

Tretjakovs Kritik der bürgerlichen Kunst trifft auch für den Film „Warum nicht?" zu. Der Zuschauer „*lebt mit fiktiven Menschen auf fiktiven Wegen und vollführt fiktive Handlungen..., um danach aufs neue zu einem sprachlosen und bewegungsgehemmten Atom einer anarchisch unorganisierten Gesellschaft zu werden, und wenn er in seinem Alltagsleben ein Wort wirklich braucht, dann findet er es nicht.*"

„Warum nicht?" beläßt den Zuschauer in seiner Konsumentenhaltung - in der Betrachtung eines Traums, dessen Realisierung sich bestenfalls ein paar Intelektuelle leisten können, die dann auch nur im Getto der alten kleinbürgerlichen Gefühle und Gewohnheiten schmoren würden. „Warum nicht?" ist nichts anderes als die Projektion eines kleinbürgerlichen Wunschtraums an die Leinwand.

Kommunistische Filmkritik hätte u.a. auch die Aufgabe, festzustellen, inwieweit es durch einen Film gelingt, Konsumentenhaltung abzubauen und dem Zuschauer zu helfen, seine „*produktive Fähigkeit*" (Tretjakov) zu entwickeln. Was P.P. Zahl von fortschrittlicher Literatur fordert, gilt auch für den Film: „*Vorbildlich kann eine Literatur genannt werden, die die literarischen Produktivkräfte weiterentwickelt und zum Experimentierfeld sozialer Phantasie wird; die hilft, Modelle zu entwickeln, die den Anforderungen der aktuellen Probleme adäquat sind*" (Zahl, Eingreifende oder ergriffene Literatur, S.78).

Gerd, Eimsbüttel

if-Filminitiative Hamburg stellt sich vor

Vor ca. zwei Jahren wurde in Hamburg die if-filminitiative gegründet. Nach zwei erfolgreichen Jahren ist jetzt ein Katalog erschienen, der die gesamte Arbeit der if darstellt.

Entstehung der if

Nachdem am 30.10.76 mit Hilfe brutalster Staatsgewalt in Brokdorf der Bauplatz eines AKWs errichtet und der Besetzungsversuch der AKW-Gegner an dem gewalttätigen Vorgehen der Polizei scheiterte, wurde am 13.11.76 erneut zur Demonstration am Bauplatz aufgerufen. Einige Mitglieder der Bürgerinitiativen nahmen ihre Super-8-Kamera mit nach Brokdorf und filmten drauflos. Die Aufnahmen wurden aneinandergeklebt und einige Wochen später in einzelnen Bürgerinitiativen gezeigt. Die Filmstreifen wurden mit Begeisterung in den Initiativen aufgenommen, erreichten aber nicht die notwendige Qualität, um sie auch auf größeren Veranstaltungen vorzuführen und mit dem Film der Öffentlichkeit einen Eindruck, z.B. der Brutalität der Polizei gegen AKW-Gegner, zu vermitteln. Diesem Anspruch konnten die individuell arbeitenden Filmer nicht gerecht werden. So wurde Ende 1976 ein erstes Treffen von Filminteressierten organisiert. Wir diskutierten die Möglichkeit einer kollektiven Arbeit und beschlossen, gemeinsam in einer Filmgruppe zu arbeiten. Noch im Januar 1977 begannen wir mit der Produktion des Films „Was lange gärt..." (siehe Filmbeschreibung). Was lag näher als einen Dokumentarfilm über den Kampf der Bürgerinitiativen gegen das AKW Brokdorf zu drehen, arbeiteten doch die meisten Mitglieder der Filmgruppe aktiv in den Stadtteilgruppen der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) mit. Die Verbindung zwischen Anti-AKW Bewegung und Filmgruppe ist zu einem wesentlichen Bestandteil unserer Arbeit geworden. So haben sich die Inhalte unseres ersten Films hauptsächlich aus den Diskussionen in den Bürgerinitiativen entwickelt. Wir haben die neutrale Berichterstattung abgelehnt, das parteiliche Auge geöffnet und das Gesehene zusammen mit der Bewegung verarbeitet, um denen, die die Wahrheit nicht kennen oder nicht wahrhaben wollen, die Augen zu öffnen. Die hohe Anzahl der Filmverleihungen (über 250) bestätigt uns darin, die begonnene Produktionsweise fortzusetzen.

So wurden dann über weitere Anti-AKW-Aktionen Filme erstellt. Es entstanden die Filme „Weil ich das Leben liebe" und „Wo sind wir denn hier" (über die Aktionen in Malville und Kalkar). Zur Bürgerschaftswahl in Hamburg beteiligte sich die if an der Bunten Liste und erstellte einen 20 Minuten Wahlfilm, der von den Initiativen oft benutzt wurde.

Den Filmbeschreibungen sind teilweise Erfahrungsberichte von den Demonstrationen angehängt. So ist der Katalog nicht nur ein Nachschlagewerk, sondern auch eine interessante Broschüre.

Zum Entleihen hat die if einen Verleih aufgebaut. Dort können außer den Filmen noch Videobänder zu verschiedenen Themenbereichen entliehen werden.

Um noch mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, mit Super 8 gute Filme machen zu können, enthält der Katalog noch eine Einführung in das Filmen mit Super 8.

Man kann den Katalog für 6.– DM beziehen über:
if filminitiative, Großheidestr. 27
2000 Hamburg 60; Tel. 27 68 87



Die if bei der Straßenagitation

„Partei ergreifen" Notizen zur diesjährigen „alternativen Buchmesse" in Frankfurt

"Bei uns kann jeder ausstellen, vorausgesetzt, er verpflichtet sich, keine Parteipropaganda zu machen. Das soll aber keinen daran hindern, Partei zu ergreifen."

Diese Worte des Sprechers der **"Arbeitsgemeinschaft alternativer Autoren und Verlage" (AGAV)**, Norbert Ney, kennzeichnen, was die nun zum zweiten Mal in Frankfurt vom 16. bis 22. 10. durchgeführte Gegenbuchmesse will: **Kleinverlegern und Autoren wie auch Initiativen die Gelegenheit geben, sich inhaltlich darzustellen**, ihre Bücher, Broschüren, Schallplatten usw. usf. auszustellen und zu verkaufen. Dieses überall auf der Messe spürbares Verständnis einer A l t e r n a t i v e zur durch und durch kommerziellen offiziellen Buchmesse ist es, die diese Gegenbuchmesse als Forum eines solidarischen Diskussions- und Erfahrungsaustausches auszeichnet und zunehmend bei Ausstellern und Besuchern beliebt macht.

Über 70 Aussteller, Kleinverlage, Autorenverlage, Initiativen aus dem Bereich alternativer Pädagogik, wie z. B. das Kinderhaus aus Hamburg oder die AG SPAK aus München, oder Initiativen aus dem kulturellen Bereich wie z.B. die "Initiative fortschrittlicher Filmemacher" (IFF) usw.. Alternativzeitungen wie die "Andere Zeitung AZ", "Kleinanzeiger" u.a. zeigten, daß nicht nur buchgewordene Theorie, sondern auch konkrete Erfahrungen aus der Praxis angeboten werden können. Und dies in Verbindung mit zahlreichen Veranstaltungen, Lesungen, Musikdarbietungen usw.

Sag mir, wem du Preise verleihst, und ich sage dir, wer du bist ...

In jedem Quartal stellt die Jury der AGAV zwei Publikationen besonders heraus. Zur Frankfurter Gegenbuchmesse wurden dieses Jahr folgende Bücher ausgezeichnet:

"Das Kinderhaus-Buch"
Herausgegeben wurde es vom Kinderhaus e.V. in Hamburg. Verlegt über Jan Schniebel's Comic Verlag, Hamburg 50, Bismarckstr. 113. (Preis DM 10.-).

Begründet wurde diese Auszeichnung wie folgt:

"Das Kinderhaus-Buch enthält in lockerer Form Texte, Zeichnungen, Bilder und Comics für Kinder zwischen 6 und 12 Jahren und ist aus der langjährigen Erfahrung des Kinderhauses in Hamburg heraus gestaltet und zusammengestellt worden.

Wir haben es ausgewählt, weil es uns ein originelles und kindernahes Buch zu sein scheint, das einen aktiven Beitrag zur demokratischen Kindererziehung darstellt."



Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 92 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schreider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 12.00 Uhr

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
R. Gehring
Kirchweg 64
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Jeden Samstag Verkauf
11 bis 12 Uhr
Kaiser-Josef-Str./Ecke
Rathausgasse

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 008 12[illegible]

Fortsetzung von Seite 59

27 bekannte Kinderbuchautoren und Grafiker haben das Buch zusammengestellt (unter Verzicht auf ihr Honorar, um das Kinderhaus in Hamburg materiell zu unterstützen). Da sind Comics wie z.B. die Geschichte "Der Stiefelkönig" von **Klaus Pitter**: Hier wehren sich zwei Kinder gegen einen Kinder-an-der-Leine-führenden Riesenkönig, der sie dann auch noch, als sie sich verzweifelt aber erfolglos zur Wehr setzen, mit der Peitsche schlägt. Schließlich, mit Hilfe vieler herbeigerufener Kinder, erhält der bisher für die zwei Kinder allein unbezwingbare Stiefelkönig für seine Schandtaten die gerechte, wenn auch derbe Quittung: er muß leider auf ein Bein verzichten, da die Kinder es ihm ausrupfen.

Oder die Kurzgeschichte von **Ernst A. Ekker** "Las jugoslawische Haus". Der Junge Harald darf nicht mit den Jogoslawenkindern spielen, und weil *"Wer nicht hören will, fühlen (muß)"* ist der Junge "selber Schuld", wenn er nun nicht mehr in den Park darf. Im weiteren Verlauf wird Haralds Eltern während eines Jugoslawien-Urlaubs von einer sonst vielgeschmähten "Gastarbeiterfamilie" aus der Patsche geholfen. Sie erfahren Freundschaft und Hilfe, und Harald ist sicher, daß die Eltern nun ihre Vorurteile gegen ausländische Familien nun gründlich werden ändern müssen.

Oder **Norgard Kohlhagens** Gedicht "Alleine schafft das keiner", aus dem wir hier eine Strophe zitieren wollen:

"Der Uschi ging's mal richtig mies.
Sie stand Deutsch Fünf. Und überdies sollte sie sitzenbleiben.
Das hörten Freunde, es warn vier.
Die sagten sich: der helfen wir
Sie übten mit ihr Schreiben.
Auf einmal ging das wie geschmiert.
Grammatik hat sie auch kapiert.
Was war das bloß, was anders war?
Ganz einfach, ist doch sonnenklar:
Fünf sind mehr als einer.
Alleine schafft das keiner."

Das KINDERHAUS-Buch ist über das

Kinderhaus Heinrichstraße
Heinrichstr. 14 a
2000 Hamburg 50

zu beziehen. –

Einen weiteren Preis erhielt das Buch **"Wolfsgedichte" von Carmen Kotarski, erschienen im Windhueter Verlag, – Kornelius Retting, Neckarstr. 214, 7000 Stuttgart 1, der Mitglied in der AGAV ist.**







Die Begründung:
"Das Buch 'Wolfsgedichte' besteht aus sensiblen Texten einer sensiblen Autorin, die den Band auch vollkommen nach ihren eigenen Vorstellungen gestaltet hat. Außerdem wird in den Texten in Gedichtform die Chronologie der Bewußtseinsentwicklung der Autorin über den Zeitraum eines Jahres vergegenwärtigt.

Sowohl in Aufmachung (bibliophiler Druck mit Linolschnitten) als auch im Inhalt fällt das Buch aus dem üblichen Rahmen, so daß eine Nominierung gerechtfertigt erscheint."

Neben diesen beiden Sachbuchpreisen verlieh die Jury der AGAV auch einen "alternativen Friedenspreis 1978". Diesen hat die AGAV in Anbetracht der Woche der politischen Gefangenen (vom 16.10. bis 22. 10.) dem Buch
Suche nach M.
Schriften für amnesty international 2
verliehen. Die Autoren sind Urs M. Fiechtner, Claus Magiera, Sergio Vesely; erschienen ist das Buch im "Neuen Verlag Bernhard Bruscha, Tübingen (ISBN 3 – 88233 – 101 – 1). Die zahlreichen eindrucksvollen Illustrationen dieses Buches stammen von Ina Maira Mihalyhegyi-Witthaut, die, wie auch die anderen Autoren, auf ihr Honorar zugunsten von amnesty international verzichtete.

Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz hat zu diesem Buch geschrieben:

"Drei junge Mitarbeiter von amnesty international haben, erdrückt von der Brutalität und Vielzahl der Fälle von Verschleppung, Folter, Rechtlosigkeit, Mord, Zu-Tode-Quälerei und Verschleierung fast überall in der Welt den Versuch gemacht, die in der Vielzahl nahezu anonymen Schicksale in Gedichten und Prosastücken greifbar zu machen. Der Sadismus der Wächter, Henker, Richter hat ihnen die Arbeit der Erfindung abgenommen. Aber was sie hinzugetan haben an Mit-Erleiden, Mit-Empfinden, Mit-Verzweifeln macht betroffen. Was gewöhnlich ohne Schlagzeilen zur Nachricht wird – wenn überhaupt – wird jäh gegenwärtig, macht die Schlagzeilen und die Balken und die Kästen auf der ersten Seite der Zeitung unwichtig und stellt uns, die Leser, die Mitlebenden in Frage.

Unsere eigene Vergangenheit macht die Notwendigkeit einer Organisation wie amnesty international deutlich."

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Buchbesprechung: „Sackgasse"

Die Geschichte der „Sackgasse" ist einfach und leicht erzählt: Ein junges Mädchen, klug und kritisch, liebt einen Mann, der überzeugt diese Gesellschaft bekämpft. Beide organisieren sich in der BfBV, der Basisgruppe für die Befreiung des Volkes, verfassen Flugblätter, wollen Veränderung. Der jüngere Bruder des Mädchens und ein, zwei andere Jugendliche machen mit. Die Kriminalisierung der Gruppe und der sie tragenden Personen geht in raschen, brutalen Schritten vor sich. Ein antifaschistisches Flugblatt, das Bonny, Petras Bruder, verteilt, wird Auslöser für eine Kette von Ereignissen, die schließlich in die „terroristische Sackgasse" führen. Aufgebrachte Passanten, in Weihnachtsstimmung, reißen dem Jungen die Flugblätter aus der Hand und schlagen ihn zusammen. Die Lokalpresse druckt einen Artikel, in dem die Gruppe als „Terroristenbande" bezeichnet wird, sowie eine Fotomontage, auf der angeblich eine Frau, die sich geweigert habe, das Flugblatt anzunehmen, von Bonny geschlagen wird. Eine gemeine Lüge – mit Folgen: Bonny fliegt raus, ist seine Lehrstelle los. Seine Kollegen wenden sich, ohne ihn gehört zu haben, von ihm ab; er ist plötzlich „Anarchist und Bombenleger": *„Zum ersten Mal kamen mir damals ein paar Zweifel, ob Michael recht hatte, wenn er ausrief, die Arbeiterklasse müsse befreit werden. Die wollten nicht befreit werden. Denen gefiel, es so wie es war. Die wollten am Ende des Monats den Lohn nach Hause tragen, ein bißchen Wochenendvergnügen, am Abend ein Bier oder zwei. Sonst nichts. Nur in Ruhe gelassen werden wollen die".*

Für die BfBV hat der direkte Kampf jetzt begonnen. Der Vergeltungsschlag gegen den Zeitungsverlag ist der Anfang vom Ende: Petra und Heinz werfen nachts ein paar Scheiben ein, Heinz wird geschnappt. Für das rechte Lokalblatt ist die Gruppe jetzt interessant genug, um aus der naiven Handlung eine „harte Abrechnung mit diesem Gesindel" zu machen.

Redakteur Hugo Barnickel schleicht sich in die BfBV-Gruppe ein und puzzelt sich einen Artikel zusammen, wie er sicher in so mancher Zeitung der BRD tatsächlich hätte erscheinen können. Zunächst aber gibt es erst einmal Hausdurchsuchungen bei Michael, Petra und Bonny. Auch Petra verliert ihren Job. Die Kriminalisierung und Einschüchterung wird unerträglich. Michael und Bonny brechen in ein Waffengeschäft ein, weil sie einen Revolver für einen Bankraub benötigen, der Petra und Michael bei ihrem Plan, in einer Großstadt unterzutauchen und ihren Kampf aus dem Untergrund fortzusetzen, finanziell absichern soll. Aber nur Michael schafft es, diesen Weg zu gehen. Petra kommt nicht darüber hinweg, daß während des Bankeinbruchs ein Kassierer erschossen und auf der Flucht ein Kind überfahren wird. Als sie, verkleidet und getarnt, sich im Krankenhaus davon überzeugen will, daß es dem Kind wieder gut geht, wird sie erkannt. Nach einer aussichtslosen Verfolgungsjagd ist alles aus: Sie stürzt sich vom Dach des Krankenhauses.

„Jemand sagte: ‚Die ist mausetot. Die erschießt keinen mehr.' Und dann hörte ich noch jemand sagen: ‚Um solche Weiber ist es nicht schade. Das ist das beste, was sie tun konnte. Sicher die einzig gute Tat in ihrem Leben! Sonst hätten wir die aus unseren Steuergeldern noch jahrelang ernähren müssen'."

So endet der Roman. Das Mädchen, das aus der Sackgasse umkehren wollte, ist denen, die sie dahin getrieben haben, zum Opfer gefallen, realistisch und erschütternd.

Einiges in Otto Steigers Roman läßt diese realistische Komponente jedoch vermissen. Die jungen Mitglieder der BfBV werden zu sehr als politisch nicht ernst zu nehmen und lenkbar dargestellt, lediglich den Phrasen ihres „Anführers" Michael folgend, bei dem sich auch noch fast alles auswendig gelernt anhört. Überhaupt finde ich die drei Hauptcharaktere Pertra, Michael und Bonny eher negativ und in ihrer Motivation z.T. wenig überzeugend geschildert:

„Für Petra ist Michael wichtig. Er kann gut argumentieren und er weiß auf alles eine Antwort. Für Bonny ist Petra wichtig. Seine Schwester ist der einzige Mensch, dem er sich vorbehaltlos anvertrauen kann. Als Bonny Flugblätter mit Michaels politischen Thesen verteilt, tut er es eigentlich für Petra."

Gerade die enge, abhängige Beziehung zwischen Bonny und seiner Schwester wirkt in ihrer Ungewöhnlichkeit wenig einsichtig und die Darstellung von Michael als herrschsüchtiger, freudloser, unsensibler, frauenfeindlicher „Politmensch" rutscht in das negative Bild ab, das die bürgerliche Presse nur allzu oft von aktiven Linken zu zeichnen versucht. Das sind ganz deutliche Mängel des Romans, die die Gefahr beinhalten, jugendliche Leser noch in ihren Vorurteilen gegenüber politisch aktiven Menschen zu bestärken.

Ich bin jedoch überzeugt davon, daß das nicht das Anliegen des Autoren ist. Was er will, läßt sich wohl dem Pestalozzi-Wort entnehmen, das er seinem Roman vorangestellt hat:

„Freund , der Mensch ist gut und will das Gute ... und wenn er böse ist, so hat man ihm sicher den Weg verrammelt, auf dem er gut sein wollte."

Und ich glaube, daß es ihm auf weiten Strecken des Buches auch gelungen ist, Verständnis für die „Terroristen" zu wecken und aufzuzeigen, daß sie – zumindest für Petra trifft das zu – um ein vielfaches ehrlicher sind als ihre verlogene Umwelt, in der so viel und so oft nach „Demokratie" gerufen wird. Redakteur Hugo Barnickel als direkter Gegenspieler Petras ist herausragendes Beispiel für Opportunismus und moralischen Verfall, der die Leute auszeichnet, die über die vermeintlichen „Anarchisten und Bombenleger" zu Gericht sitzen. Vielleicht ist einiges an Barnickel doch überzogen, aber allein die Schilderung der Pressemethoden halte ich für gelungen.

Ich werde dieses Buch, trotz seiner Mängel, an Jugendliche weitergeben, um mit ihnen darüber zu reden und freue mich über den Mut des Signal-Verlages, sich so zu diesem Thema zu äußern.

Eine Genossin des KB Hannover

